



Nicht ausleihbar



UNIVERSITÄTS- und
Landesbibliothek DÜSSELDORF

VERLEHNSSTAMP

UNIVERSITÄTS- und
Landesbibliothek DÜSSELDORF

VERLEHNSSTAMP



Verwaltungsbericht

der Landeshauptstadt

D Ü S S E L D O R F

für die Zeit vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1988



Landeshauptstadt Düsseldorf
Der Oberstadtdirektor
Amt für Statistik und Wahlen



Verwaltungsbericht

der Landesbibliothek

zur a
766
24

DÜSSELDORF

für die Zeit vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1988



Verantwortlich für die Inhalte der Amtsberichte: die jeweiligen Amtsleiter, für Stadtchronik: Amt 10/8 - Stadtarchiv, für Rat der Stadt, Organisation der Stadtverwaltung: Amt 10 - Hauptamt, Personalbestand und Dezernatsgliederung: Amt 11 - Personalamt.

Gesamtherstellung:
Druckerei von Ameln, Ratingen





Vorwort

Unsere Stadt verändert sich, neue Aufgaben stellen sich. Richtig ist es, gelegentlich inne zu halten und das Geschaffene, das Erreichte zu überblicken. Der Verwaltungsbericht zwingt alle Beteiligten innerhalb unserer Stadtverwaltung zu diesem Innehalten, zu dieser Rückbesinnung.

Das Jubiläum unseres Landes, die Bundesgartenschau, der runde Geburtstag unserer Stadt waren Höhepunkte im öffentlichen Geschehen Düsseldorfs. Der neue Südpark erinnert uns ebenso an diese Glanzpunkte wie der Landtag am Rhein, der Düsseldorfs Rolle als Landeshauptstadt unübersehbar manifestiert.

In diesen Zeitraum fallen aber auch die Ereignisse des groß angelegten Stadtumbaus. Ich erinnere nur an die Wiedereröffnung des Hauptbahnhofes, an die Inbetriebnahme des U-Bahn-Tunnels unter der City und an die Komplettierung des S-Bahn-Systems in der Region. Aber auch die Öffnung des Hauptbahnhofes nach Osten, der rasche Aufbau der City Ost, sind wichtige Marksteine unserer Entwicklung.

Ein Verwaltungsbericht ist dazu angetan, derartig wichtige und viele weniger spektakuläre Ereignisse, die aber nicht weniger wichtig sind für die Menschen in der Stadt, festzuhalten. Deshalb wünsche ich diesem Rechenschaftsbericht unseres Tuns aufmerksame Leserinnen und Leser.

Karl Ranz
Oberstadtdirektor

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	3
Stadtchronik	5
Der Rat der Stadt	10
Die Bezirksvertretungen	11
Der Personalbestand	13
Organisation der Stadtverwaltung	14
Die Dezernatsgliederung	16
02/1-Frauen-Gleichstellungsstelle	18

	Seite		Seite
Allgemeine Verwaltung		Löbbecke-Museum und Aquarium	105
Hauptamt	25	Naturkundliches Heimat-Museum	
Personalamt	29	Benrath	106
Betriebskrankenkasse	32	Goethe-Museum	107
Amt für Statistik und Wahlen	33	Büro Generalmusikdirektor	
Presseamt	36	Düsseldorfer Symphoniker	108
Bezirksverwaltungsstellen	39	Restaurierungszentrum	110
Amt für automatisierte Datenverarbeitung	39	Kunsthalle	110
Umweltamt	41	Schloß Jägerhof	112
		Orangerie Benrath	112
Finanzverwaltung		Hetjens-Museum	
Kämmerei	47	Deutsches Keramikmuseum	112
Stadtkasse	50	Bibliotheksstelle der Düsseldorfer	
Steueramt	53	Kulturinstitute	113
Liegenschaftsamt	54	Theaterverwaltung	114
Amt für Verteidigungslasten	56		
		Sozial- und Gesundheitsverwaltung	
Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsverwaltung		Sozialamt	117
Rechtsamt	61	Jugendamt	121
Ordnungsamt	63	Sportamt	125
Amt für Einwohnerwesen	65	Gesundheitsamt	126
Standesamt	67	Kliniken der	
Versicherungsamt	68	Landeshauptstadt Düsseldorf	130
Straßenverkehrsamt	73	Ausgleichsamt	131
Feuerwehr	74		
Zivilschutzamt	77	Bauverwaltung	
		Bauverwaltungsamt	135
Schul- und Kulturverwaltung		Planungsamt	140
Schulverwaltungsamt	83	Vermessungs- und Katasteramt	145
Schulpsychologische		Bauaufsichtsamt	147
Beratungsstelle	87	Amt für Wohnungswesen	149
Verwaltungs- und		Hochbauamt	151
Wirtschafts-Akademie	88	Straße-, Brücken- und Tunnelbauamt	154
Volkshochschule	88	Kanal- und Wasserbauamt	155
Städt. Clara-Schumann-Musikschule	89	Garten-, Friedhofs- und Forstamt	160
Pädagogisches Institut	89		
Verwaltung der Schulgärten	89	Verwaltung	
Filminstitut	90	für öffentliche Einrichtungen	
Kulturamt	90	Stadtreinigungs- und Fuhramt	167
Heinrich-Heine-Institut	94	Marktamt	168
Stadtbüchereien	95		
Palais Wittgenstein	95	Verwaltung für Wirtschaft	
Dumont-Lindemann-Archiv	95	und Verkehr	
Kunstmuseum	96	Werbe- und Wirtschaftsförderungsamt	171
Stadtmuseum	101	Städtische Häfen	180
Schloß Benrath	104	U-Bahn-Amt	181

Anhang: Verzeichnis der Veröffentlichungen des Amtes für Statistik und Wahlen Seite 182 ff.

Stadtchronik

Bemerkenswerte Ereignisse in den Jahren 1986, 1987 und 1988

(Die angeführten Daten geben den Tag des Ereignisses, in wenigen Fällen den Tag der Bekanntgabe in der Presse an.)

1986

15. Januar

Der neue Flugsteig C auf dem Düsseldorfer Flughafen wird eröffnet.

3. Februar

Der Hotel- und Gaststättenverband Düsseldorf-Neuss besteht 100 Jahre.

18. Februar

Oberbürgermeister Klaus Bungert wird 60 Jahre.

21. Februar

Das Belgische Verkehrsamt besteht 30 Jahre.
Die neuen Räume des Sozialdienstes für ausländische Mitbürger des Caritasverbandes an der Oststraße werden eröffnet.

22. Februar

Das neue Weiterbildungszentrum am Berthavon-Suttner-Platz wird eingeweiht.

23. Februar

Die Festoktave zum 750jährigen Jubiläum der Stiftskirche St. Margaretha Gerresheim wird feierlich eröffnet.
Die Industrie- und Handelskammer Düsseldorf hält ihre 37. Meisterfeier ab.

26. Februar

Das spanische Königspaar Juan Carlos und Königin Sophia ist zu Besuch in Düsseldorf.

13. März

Der Grundstein für den Erweiterungsbau der Landeszentralbank wird gelegt.

14. März

Die neue Landesgalerie am Grabbeplatz wird eingeweiht.

7. April

Die neue Stadtbücherei an der Westfalenstraße in Rath wird eröffnet.

10. April

Für den neuen Stadtteiltreff an der Siegstraße wird durch Bürgermeister Kürten der Grundstein gelegt.
Im neuen Stadtteil Hellerhof wurde die 1000. Wohnung bezogen.

23. April

Der italienische Staatspräsident Francesco Cossiga besucht während seines Staatsbesuchs Düsseldorf.

26. April

Die Atom-Katastrophe im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobil bei Kiew hat Auswirkungen auf ganz Europa. Auch für Düsseldorf gibt es Strahlenalarm.

2. – 15. Mai

DRUPA Internationale Messe Druck und Papier in Düsseldorf.

2. bis 16. Mai

Festwoche anlässlich des 50jährigen Bestehens der Firma Horten.

2. Mai

Die Altenwohnanlage der Matthäi-Kirchengemeinde an der Hoffeldstraße 39 wird eingeweiht.

3. Mai

Das Dresdner Staatsschauspiel hält im Düsseldorfer Schauspielhaus ein Gastspiel ab.

6. bis 12. Mai

36. Deutsche Weinwoche in Düsseldorf.

7. Mai

Eine vom Heimatverein „Alde Düsseldorfer“ gestiftete Gedenktafel für Norbert Burgmüller wird am Hause Mühlenstraße 12 enthüllt.

8. Mai

Deutscher Surf Cup 86 auf dem Unterbacher See.

11. Mai

Die neue serbisch-orthodoxe Kirche in Düsseldorf-Lichtenbroich wird eingeweiht.

12. Mai

Beginn der Bauarbeiten zur Verbreiterung der Unterführung am Bilker Bahnhof von 21 auf 47 Meter.

15. Mai

Das neue Hotel „Arkade“ an der Ludwig-Erhard-Allee Ecke Kölner Straße wird eröffnet.
Die Provinzialversicherung wird 150 Jahre

19. Mai bis 1. Juni

9. Internationaler Tennis-Mannschafts-Weltcup in den Sportanlagen des Rochusclubs.

30. Mai bis 1. Juni

Hafenfest zum 90jährigen Bestehen des Düsseldorfer Hafens.

3. Juni

Der neue Verkehrsknoten Werstener Kreuz wird eröffnet.

5. Juni

Das Diakoniewerk in Kaiserswerth wird 150 Jahre.
Für das neue Verwaltungszentrum der Mitsubishi International GmbH Deutschland am Kennedydamm wird der Grundstein gelegt.

7. Juni

Die katholische Pfarrgemeinde St. Pius wird 25 Jahre.
Tag der Umwelt.
Das neue Haus der Gesundheit, Kölner Straße 180, wird eröffnet.

13. Juni

Die große Picasso-Ausstellung in der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen wird eröffnet.

15. Juni

Tag der offenen Tür in der für 1987 geplanten Bundesgartenschau und Eröffnung des 78 m hohen Aussichtsturmes.

19. Juni

Für das neue Verwaltungsgebäude der Innungskrankenkasse an der Ludwig-Erhard-Allee wird Richtfest gefeiert.

20. Juni

Die Katholische Arbeiterbewegung (KAB) Düsseldorf wird 100 Jahre.

26. Juni

Die Volksschule an der Golzheimer Heide wird 50 Jahre.

27./28. Juni

Die Leibnitz-Schule (ehem. Scharnhorst-Schule) wird 90 Jahre

11. Juli

Der neue Wohnpark Flingern an der Flurstraße mit 88 Wohnungen wird eingeweiht.
Die erste Spannbeton-Großbrücke mit Glasfasern an der Ulenbergstraße wird eingeweiht.

21. August

Für den Erweiterungsbau der Landeszentralbank am Platz der Deutschen Einheit wird Richtfest gefeiert.

23. August

Die Betriebskrankenkasse Jagenberg wird 100 Jahre.

28. bis 31. August

52. Offene Deutsche Golfmeisterschaften (German Open) auf dem Golfplatz in Hubbelrath.

31. August

Die neue Sporthalle am Lichtenbroicher Weg wird eingeweiht.

1. September

Die neue Kassenhalle der Sparkasse an der Berliner Allee wird eröffnet.

1. bis 5. September

30. Internationaler Kongreß für die Geschichte der Medizin in Düsseldorf.

4. September

Das für 40 Mill. DM umgebaute Kaufhaus Karstadt an der Schadowstraße wird eröffnet.

7. bis 10. September

150. Igedo-Messe für Damenoberbekleidung und Dessous.

11. September

Die Grabbe-Büste, nach Entwürfen von Walter Scheufen, wird im Hofgarten enthüllt.

12. bis 15. September

Altstadtfest anlässlich des 100jährigen Bestehens des Hotel- und Gaststättenverbandes Düsseldorf.

17. September

In Düsseldorf findet der Nordrhein-Westfälische Handwerkstag statt.

Landtagspräsident Denzer überreicht Oberbürgermeister Bungert eine Kopie der Erinnerungsurkunde zur Landeshauptstadt vom 1.8.1946.

Die Arbeiterwohlfahrt feiert die 40. Wiederkehr ihrer Wiederbegründung nach dem Kriege.

20. September

Anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen findet mit Festzug und Volksfest auf den Rheinwiesen das erste NRW-Fest statt.

21. September

Das Diakoniewerk Kaiserswerth besteht 150 und die Kaiserswerther Stadtkirchengemeinde 175 Jahre.

22. September

Die 46. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe findet erstmalig in Düsseldorf statt.

24. September

Festsitzung des Rates der Stadt Düsseldorf zum 40. Jahrestag ihrer Bestimmung zur Landeshauptstadt in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Rau und des Herzogs von Gloucester.

3. Oktober

Der neue „Musikbrunnen“ auf dem Heinrich-Heine-Platz (Stifter: Kundenkreditbank, Künstler: Joachim Schmettau) wird der Stadt übergeben.

4. Oktober

Die Bundesgartenschau feiert Richtfest. Das neue Klemensviertel in Kaiserswerth wird eröffnet.

26. Oktober

Die schwedische Königin Silvia eröffnete die erste Veranstaltung der „Nordischen Wochen“ mit der Kunstausstellung „Im Lichte des Nordens“.

3. November

Die Fußgängerbrücke im Zuge des Ausbaus der Ellerkirchstraße wird freigegeben. Für den neuen Kindergarten der Sintis an der Otto-Pankok-Straße wird Richtfest gefeiert.

14. November

Für den Erweiterungsbau der Golzheimer Klinik wird der Grundstein gelegt.

15. November

Das neue Seniorenheim der Katholischen Kirchengemeinde Heilige Familie in Stockheim wird eingeweiht.

Die Familienbildung der Arbeiterwohlfahrt besteht 30 Jahre.

22. November

Der Stadtsporbund besteht 40 Jahre.

26. November

Die 3. Garather Amateur-Theater-Tage werden abgehalten.

1. Dezember

Für das Fashion-Haus II an der Danziger Straße wird der Grundstein gelegt.

4. Dezember

Das erste Video-Telefongespräch zwischen Düsseldorf und Peking wird geschaltet.

10. Dezember

Das neue Gäste- und Ausbildungshaus der Deutschen Bank an der Bäckerstraße wird feierlich übergeben.

11. Dezember

Die Förderpreise der Landeshauptstadt werden verliehen.

Das neue Straßenbauwerk „Fleher Knoten“ zwischen Himmelgeister Straße und Südring bzw. Fleher Brücke wird freigegeben für den Verkehr.

Die ersten Telefonautomaten ohne Kleingeld werden am Hauptbahnhof und Flughafen in Betrieb genommen.

18. Dezember

Der bisherige Beigeordnete Karl Ranz wird zum neuen Oberstadtdirektor gewählt.

1987

7. Januar Die Ausstellungsgesellschaft NO-WEA besteht 40 Jahre.

19. Februar

Für die neue Turnhalle der internationalen Schule in Oberkassel wird Richtfest gefeiert.

23. März

Der Heimatverein Düsseldorfer Jonges stiftet eine Brücke über die Düssel innerhalb der Bundesgartenschau.

24. März

Start des Wettbewerbs „Grünes Düsseldorf“.

26. März

Oberstadtdirektor Gerd Högener wird offiziell vom Rat der Stadt verabschiedet.

29. März

Das Kommödchen, die kleine Literatenbühne und internationales Kabarett, besteht seit 40 Jahren.

30. März

Sieben neue Glocken werden in Gescher für die St. Lambertus-Basilika gegossen.

Der 14. Deutsche Krankenhaustag findet in Düsseldorf statt.

Der Industrie-Club wird 75 Jahre.

31. März

Die Lufthansa fliegt erstmals Non-Stop Düsseldorf-Chikago.

1. April

Das Abendgymnasium Düsseldorf wird 40 Jahre.

Der Gesamtverband der Evangelischen Kirche besteht 50 Jahre.

Das Sozial- und Finanzgericht zieht von der Grafenberger Allee zum Bertha-von-Suttner-Platz um.

4. April

Das restaurierte Ulanendenkmal wird übergeben.

10. April

Die neue Hammer Eisenbahnbrücke wird in Betrieb genommen.

26. April

Die Schwesternschaft des Deutschen Roten Kreuzes an der Universität Düsseldorf besteht 75 Jahre.

Der 38. Verbandstag der Philatelisten findet erstmalig in Düsseldorf statt.

29. April

Die Bundesgartenschau wird durch Bundespräsident Richard von Weizsäcker eröffnet.

Die französische Schule in Düsseldorf besteht 25 Jahre.

2. Mai

An der Universitätsklinik wurde durch Oberarzt Dr. Jörg Ostermeyer die erste Herztransplantation durchgeführt.

2. Mai

Papst Johannes Paul II. weilt anlässlich seines Nordrhein-Westfalen-Besuches für 5 Minuten auf dem Flughafen Düsseldorf-Lohausen.

14.–20. Mai

Interpack – Internationale Messe für Verpackung in Düsseldorf.

15. Mai
Ein Gedenkstein im Hofgarten wird anlässlich des 140jährigen Bestehens des Düsseldorfer Turnvereins enthüllt.
17. Mai
38. Meisterfeier der Handwerkskammer Düsseldorf.
Die neuen Glocken der Basilika St. Lambertus werden geweiht.
18. – 24. Mai
10. Tennis World Team Cup im Rochusclub.
19. Mai.
Der Lokale Rundfunk Düsseldorf wird gegründet.
Für das neue Verwaltungs- und Lagerzentrum des japanischen Backmaschinenherstellers Rheon wird der Grundstein gelegt.
Der Jugendtreff der Arbeiterwohlfahrt in Unterbilk wird nach einer Brandstiftung neu eröffnet.
22. Mai
Der Düsseldorf-Reading-Verein wird im Rathaus gegründet.
24. Mai
Tag der offenen Tür anlässlich des 60jährigen Bestehens des Flughafens Lohausen.
25. Mai
Stichtag der Volkszählung. In Düsseldorf wurde schon am 11. Mai mit der Zählung begonnen.
5. Juni
Zur Erinnerung an die Gründer der Freilichtbühne Christoph Steinmeyer und Walter Helmreich wird eine Gedenktafel enthüllt.
9. Juni
Für das neue WDR-Landesstudio im Hafengebiet wird der Grundstein gelegt.
10. Juni
Die Montessoriarbeit in Düsseldorf besteht 30 Jahre.
28. Juni
11. Garather Fest unterm Sonnenrad.
29. Juni
Mit dem Ausschwimmen des ersten Überbaues beginnt der Abbruch der alten Hammer Eisenbahnbrücke.
Das Kraftwerk Lausward nimmt durch Umweltminister Matthiesen den ersten Block der Rauchgasentschwefelungsanlage offiziell in Betrieb.
1. Juli
Das Stadtarchiv Düsseldorf besteht 75 Jahre.
Die neugegründete Landesrundfunkanstalt nimmt in Düsseldorf ihre Arbeit auf.
3. Juli
Die erste internationale Mode-Video-Konferenz zwischen Düsseldorf und Peking über 30.000 km wird abgehalten.
4. Juli
Tag der Umwelt.
Die vom Heimatverein "Düsseldorfer Jonges" gestiftete Plastik "Schneckengehäuse" von Hans Breker vor dem neuen Aquazoo/Löbbecke-Museum im Nordpark wird enthüllt.
Die St. Benediktus-Schule an der Neusser Straße besteht 150 Jahre.
10. Juli
Eröffnung des neuen Aquazoo/Löbbecke-Museum im Nordpark.
30. Juli
Der Düsseldorfer Kultursommer am Grabplatz wird eröffnet.
1. August
Der Bertha-von-Suttner-Platz wird eingeweiht.
27. August
Das Goethe-Museum wird nach dem Umzug in das Schloß Jägerhof eröffnet.
28. August
Zwischen der Schadowstraße und der Oben-Shopping-Street in Osaka/Japan wird ein Partnerschafts-Vertrag unterzeichnet.
31. August
Anlässlich des 300jährigen Jubiläums der Berger Kirche wird die Berger Woche eröffnet. (6. Sept.).
4. September
Das vom 20. Juni verlegte große japanische Feuerwerk wird nachgeholt.
5. September
Der erste nordrhein-westfälische Fahrrad Aktionstag findet in Düsseldorf statt.
9. September
Fußball-Länderspiel Deutschland-England im Düsseldorfer Rheinstadion (3:1).
Der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honneker besucht Düsseldorf und nimmt an einem Empfang in Schloß Benrath teil.
10. September
3. "Bücherbummel auf der Kö".
11. September
Der neue Werkpavillon für die Kinder- und Jugendpsychiatrie im Landeskrankenhaus wird eingeweiht.
12. September
Der Kreuzbund – Hilfsorganisation für Suchtkranke – eröffnet das neue Begegnungszentrum in der Bendemannstraße 17.
13. September
Der neue "Grafenberger Brunnen" wird eingeweiht.
Tag der Heimat.
19. September
Der neue Kraftfahrzeug-Sicherheitstrainingsplatz auf der Lausward wird eröffnet.
- Die St. Michaelskirche in Düsseldorf-Lierfeld besteht 75 Jahre.
20. September
Erster Pflastermal-Wettbewerb mit 36 Teilnehmern auf dem Kirchplatz.
Die Schule an der Krahenburgstraße in Düsseldorf-Lichtenbroich besteht 30 Jahre.
Weltkindertag auf der Bundesgartenschau.
23. September
Für das Parkhaus 3 (für 4000 Fahrzeuge) auf dem Flughafen wird Richtfest gefeiert.
26. September
Beginn des Einschubs der neuen Eisenbahnbrücke am Bilker Bahnhof. (Dauer bis 28.9.1987)
Die St. Ursula-Kirche in Düsseldorf-Grafenberg besteht 75 Jahre.
7. Oktober
Die Innungskrankenkasse Düsseldorf-Neuss weiht ihr neues Haus an der Ludwig-Erhardt-Allee 7 ein.
Das Luise-Gymnasium besteht 150 Jahre.
10. Oktober
Die Bundesgartenschau schließt mit einem Besucherrekord von 7,324 Millionen.
15. Oktober
Der Touristikverein Naturfreunde besteht seit 75 Jahren.
- 15.–19. Oktober
2. Deutscher Designer Saturday in Düsseldorf.
16. Oktober
Verleihung des Umweltschutzpreises an die Schule an der Stettiner Straße und andere.
17. Oktober
Die Firma Schönfeld, Lucas-Künstlerfarben, besteht 125 Jahre.
19. Oktober
Erster Spatenstich für die erste Grundschule in Hellerhof.
22. Oktober
Der französische Staatspräsident Francois Mitterand besucht Düsseldorf.
23. – 25. Oktober
2. Düsseldorfer Hauptbahnhoffest.
25. Oktober
Nach 30 Jahren findet das erste Seifenkistenrennen in Düsseldorf statt.
28. Oktober
Das Jan-Wellem-Denkmal muß seinen Sockel verlassen, er muß restauriert werden.
12. – 13. November
Kongreß der Eisenhüttenleute in Düsseldorf.
20. November
Im Aquazoo kann der 500.000 Besucher seit der Eröffnung am 10.7.1987 begrüßt werden.

26. November
Das neue Parkhaus an der Goebenstraße für das Einkaufszentrum Nordstraße wird eröffnet.
Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal wird an seinem neuen Standort am Martin-Luther-Platz aufgestellt.

27. November
Das Postamt 1 feiert Richtfest für den Neubau zwischen Karlstraße/Konrad-Adenauer-Platz/Worringer Straße.
7. Internationales Nikolaustreffen in Düsseldorf.

29. November
Die Große Düsseldorfer Kunstausstellung im Kunstpalastr Ehrenhof wird eröffnet.

3. Dezember
Die größte Kursanzeigetafel Europas in der Rhein-Westf. Börse wird in Betrieb genommen.

5. Dezember
Die Robert-Schumann-Musikhochschule wird mit Inkrafttreten des Kunsthochschulgesetzes autonom.

7. Dezember
33. Bundeskongreß der Europa Union Deutschland in Düsseldorf.

8. Dezember
Erster Spatenstich für das neue Marktzentrum in Lichtenbroich.

16. Dezember
Vor dem Technischen Verwaltungsgebäude an der Brinckmannstraße wird eine Stele des Bildhauers Louis Guerero aufgestellt.

1988

12. Januar
Im Kongreßzentrum der Neuen Messe erfolgt die Auslosung für die Fußball-Europameisterschaft.

15. Januar
Die Kundenkreditbank feiert Richtfest für ihren Erweiterungsbau an der Kasernenstraße.

23. Januar
Der norwegische Thronfolger Kronprinz Harald besucht Düsseldorf anlässlich der Schirmherrschaft Norwegens über die Ausstellung "boot 88".

23. – 31. Januar
Internationale Bootsausstellung "boot 88" mit 415.000 Besuchern.

5. Februar
Nach Instandsetzung des Sockels wird das Jan-Wellem-Denkmal wieder enthüllt.
Richtfest für den 3. Bauabschnitt des Stadtmuseums an der Berger Allee.

3. März
Nach langjähriger Renovierung wird die Liebfrauenkirche wieder eröffnet.

5. – 6. März
32. Deutsche Meisterschaften im Badminton vor 12.000 Zuschauern in der Phillipshalle.

9. März
Unterzeichnung des von der Japanischen Industrie- und Handelskammer und dem Japanischen Club gestifteten Studienfonds Düsseldorf-Japan als Jubiläumsgeschenk für Düsseldorf.

11. März
Weltmeisterschaft der Profiboxer in der Phillipshalle.

16. März
Für die Tiefgarage an der Dammstraße wird der Grundstein gelegt.

21. März
Der DRK-Zug Düsseldorf-Unterrath besteht 75 Jahre.
Der Helmut-Käutner-Preis der Stadt Düsseldorf wird an Hilmar Hoffman und Ulrich Gregor, Berlin, verliehen.

25. März
Erster Rammschlag für die neue S-Bahn-Trasse Dortmund-Düsseldorfer Flughafen.

2. April
Der St. Gregorius Kirchenchor an St. Gertrudis Eller besteht 100 Jahre.

7. – 8. April
Deutscher Management-Kongreß im Kongreßcenter.

6. – 10. April
Internationale Sportwoche mit den Partnerschaftstädten Haifa und Reading in Düsseldorf.

12. April
Für die neue Zentralwerkstatt für Busse und Bahnen der Rheinbahn in Heerdt, wird der Grundstein gelegt.

15. April
Für das „Haus der japanischen Kultur“ zwischen Lütticher und Brüsseler Straße wird der Grundstein gelegt.

16. – 17. April
Die Eisenbahnstrecke Düsseldorf-Wuppertal besteht 150 Jahre.
Der Kneipp-Landesverband feiert sein 25jähriges Bestehen.

2. – 3. Mai
Die Konferenz der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinigung Süd-Ost Asiatischer Nationen findet in Düsseldorf statt.

3. Mai
Die neue Brunnenplastik von Heinz Mack am Platz der deutschen Einheit wird übergeben.

5. Mai
Die neue Jubiläumsbriefmarke „700 Jahre Düsseldorf“ wird in Umlauf gebracht.

7. Mai
Die U-Bahnlinie bis zum Hauptbahnhof wird eröffnet.

11. – 15. Mai
Internationale Konferenz der Spielmobile in Düsseldorf.

13. – 22. Mai
Rheinisches Musikfest in Düsseldorf.

28. Mai
80jähriges Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Düsseldorf-Himmelgeist.
Die neue Ost-West-S-Bahn-Strecke von Wuppertal nach Mönchengladbach (S8) mit sechs Haltepunkten in Düsseldorf wird eröffnet.

1. Juni
Der Partnerschaftsvertrag zwischen Karl-Marx-Stadt und Düsseldorf wird paraphiert.

1. – 5. Juni
Historisches Altstadtfest.

5. Juni
Angermund feiert sein 800jähriges Bestehen.

7. Juni
Richtfest für den Neubau des Studios des Westdeutschen Rundfunks im Hafen.

10. Juni
100 Jahre Sonderschule in Düsseldorf.
Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Dr. Friedrich Wilhelm Christians, erhält den Großen Ehrenring des Rates.
Eröffnungsspiel der Fußball-Europameisterschaft im Düsseldorfer Rheinstadion zwischen Deutschland und Italien (1:1).

10. – 12. Juni
3. Schumann-Musikfest in Düsseldorf.

13. Juni
Beginn des Landtags-Umzugs in das neue Gebäude am Hafen.

22. Juni
Stadtdirektor a.D. Hermann Dornscheidt stirbt im Alter von 68 Jahren.

24. Juni
Der Zentralschulgarten am Rauscherweg besteht 75 Jahre.

27. Juni
Der Partnerschaftsvertrag in Karl-Marx-Stadt wird durch Oberbürgermeister Klaus Bungert unterzeichnet.

2. – 3. Juli
Internationales Jugendmusiktreffen in Düsseldorf mit 600 jugendlichen Musikern aus 5 Ländern.

5. Juli
Das Löbbecke Museum/Aquarium kann den 1 Millionsten Besucher begrüßen.
Die neue Dreifach-Turnhalle an der Siegburger Straße wird durch Bürgermeister Josef Kürten übergeben.

9. – 24. Juli
Große Kirmes am Rhein anlässlich des Stadtjubiläums erstmals über drei Wochenenden.
15. Juli
Das neue Parkhaus für 3.700 Fahrzeuge auf dem Flughafen wird in Betrieb genommen.
17. Juli
Großer historischer Festzug des St. Sebastianus Schützenvereins und der Interessengemeinschaft Düsseldorfer Schützenvereine mit über 4000 Teilnehmern.
29. Juli
Richtfest für das neue Studentenwohnheim des Studentenwerkes am Bittweg mit 120 Appartements.
31. Juli
Die letzte Straßenbahn befährt die Heinrich-Heine-Allee zwischen Elberfelder Straße und Ratinger Tor.
2. August
Großbrand mit Millionenschaden im Kraftwerk Lausward.
Der exklusivste Kochclub der Welt, der "Club der Chefs der Chefs" trifft sich in Düsseldorf.
5. August
Die von den Stadtwerken gestiftete „Energie-Pyramide“ im Bilker Rheinpark wird übergeben.
6. August
5. Marktschreier-Wettbewerb auf dem Jan-Wellem-Platz und dem Gustav-Gründgens-Platz.
Der neue Rheinpark Bilk wird freigegeben.
8. August
Die neue Schnellbahnlinie SB 86 zwischen Düsseldorf und Viersen wird in Betrieb genommen.
12. August
Großes „Floßfest“ im Düsseldorfer Hafen als Auftakt zu den Jubiläumsveranstaltungen.
Das Stadtmonument von Bert Gerresheim, gestiftet vom Heimatverein Düsseldorfer Jonges, wird am Burgplatz enthüllt.
14. August
Riesenparty am Rheinufer und Super-Feuerwerk anlässlich der 700jährigen Wiederkehr der Erhebung Düsseldorfs zur Stadt.
Für den Erweiterungsbau des Stadtmuseums an der Berger Allee wird Richtfest gefeiert.
15. August
Die Partnerschaftsverträge mit den Städten Haifa und Reading werden unterzeichnet.
27. – 28. August
Kö-Fest.
28. August
Schiffsprozession der Düsseldorfer Katholiken von Kaiserswerth zum Marktplatz in Düsseldorf.
2. September
Die Freiwillige Feuerwehr Garath besteht 75 Jahre.
18. September
Das Stadtbad an der Grünstraße besteht 100 Jahre.
20. September
Die 300.000ste Kraftfahrzeugzulassung beim Straßenverkehrsamt Düsseldorf wird registriert.
22. September
Das Fashion House II, Haus der Mode, wird offiziell eingeweiht.
22. – 25. September
Bücherbummel 88 auf der Königsallee.
22. – 24. September
8. Nordrhein-Westfälisches Autorentreffen.
22. - 28. September
Erste Düsseldorfer Umweltwoche.
23. September
Eröffnung der Binationale (Austausch von Arbeiten deutscher und amerikanischer Künstler)
24. September
Die Maxkirche besteht 250 Jahre.
26. September
Das Kunstmuseum Düsseldorf besteht 75 Jahre.
28. September
Das Dumont-Lindemann-Theaterarchiv im Hofgärtnerhaus wird wieder eröffnet.
1. Oktober
Die Maschinenfabrik Lindemann besteht 75 Jahre.
2. Oktober
Das neue Landtagsgebäude am Rheinturm wird eröffnet.
2. – 4. Oktober
Weltmeisterschaft der Friseure in Düsseldorf.
8. Oktober
16. Landespresseball im Hotel Hilton.
8. – 9. Oktober
Tag der offenen Tür im neuen Landtag mit über 50.000 Besuchern.
15. Oktober
Erstes internationales Presseballon-Festival in Düsseldorf.
30. Oktober
Für das neue Gemeindezentrum an der Lantzallee in Lohausen wird der Grundstein gelegt.
6. November
Das 100jährige Bestehen der Katholischen Arbeiter-Bewegung wird gefeiert.
19. November
Das Marienhaus im Anna-Stift an der Ritterstraße wird nach der Modernisierung eingeweiht.
20. November
Fest der Arbeiterbewegung in Düsseldorf.
20. November
Die Große Düsseldorfer Kunstausstellung im Kunstpalast Ehrenhof wird eröffnet.
10. Dezember
Eine Erinnerungstafel an die Kurfürstin Anna Maria Luisa von Medici am Stadtmuseum, gestiftet vom Heimatverein "Düsseldorfer Weiter", wird enthüllt.
11. Dezember
Das erweiterte Heinrich-Heine-Institut an der Bilker Straße wird eröffnet.
13. Dezember
Der Heinrich-Heine-Preis wird an Marion Gräfin Dönhoff verliehen.
20. Dezember
Der Senat der Universität Düsseldorf beschließt die Benennung der Hochschule nach Heinrich-Heine.

Rat der Stadt

In der Zusammensetzung des Rates haben sich folgende Änderungen ergeben:

Ausgeschieden

Strauch, Herbert (CDU)
am 09.02.86 durch Tod

Pielen, Egidius (SPD)
am 16.12.86 durch Verzicht

Dr. Köster, Thomas (CDU)
am 31.03.87 durch Verzicht

Vollmar-Maek, Ilona (GRÜNE)
am 02.07.87 durch Verzicht

Reichardt, Dieter (GRÜNE)
am 02.07.87 durch Verzicht

Schulpen, Wilhelm (SPD)
am 16.11.87 durch Verzicht

Schwarz, Ulrike (GRÜNE)
am 28.01.88 durch Verzicht

Wabbel, Hans (GRÜNE)
am 27.04.88 durch Verzicht

Erwin, Joachim (CDU)
am 05.07.88 durch Verzicht

Vesper, Herbert (CDU)
am 26.8.88 durch Tod

Es trat an die Stelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds:

Homann, Elke (CDU)
am 15.02.86

Reißner, Manfred (SPD)
am 16.12.86

Adams, Hans Joachim (CDU)
am 08.04.87

Sarge, Renate (GRÜNE)
am 02.07.87

Classen, Günther (GRÜNE)
am 02.07.87

Wagner, Karl (SPD)
am 16.11.87

Maigatte, Reinhold (GRÜNE)
am 28.01.88

Kreusch, Claus (GRÜNE)
am 28.04.88

Graff, Manfred (CDU)
am 06.07.88

Klucke, Joachim (CDU)
am 12.09.88

Am 31.12.88 setzte sich der Rat der Stadt aus folgenden Mitgliedern zusammen:

CDU (37 Sitze)

Adams, Hans Joachim
Arensmann, Dieter
Becker, Josef
Böcker, Annelies
Dr. Boisserée, Klaus
Conzen, Friedrich G.
Dahmen, Hans
Dopheide, Friedrich
Dornscheidt, Wolfgang
Funk, Hans
Dr. Germscheid, Bruno
Graff, Manfred
Dr. Hassbach, Friedrich
Homann, Elke
Kamper, Wolfgang
Ketzer, Franz
Dr. Klees, Karl-Friedrich
Klingner, Raimund
Klucke, Joachim
Kruchen, Gisela
Kürten, Josef
Lehne, Klaus-Heiner
Mallmann, Hans
Mauersberger, Herbert
Pieras, Rudolf
Preuß, Peter
Rewald, Ernst
Schenk, Hans Georg
Schiefer, Ursula
Schwabe, Peter
Sting, Werner
Terbuyken, Willi
Tussing, Wilfried
Ulrich, Anton
Werder, Hubert
Wollert, Erich
Zodrow, Hans

SPD (34 Sitze)

Baasch, Uwe
Bräer, Rolf-Jürgen
Bungert, Klaus
Christiansen, Hans-Otto
Dahmen, Andreas
Düren, Ursula
Farrenkopf, Artur
Flessenkemper, Bernhard
Freyer, Günther
Fritsche, Walter
Gaida, Peter
Göbel, Franz-Josef
Goetzenich, Josef
Hahn, Kurt
Jeratsch, Hans
Jung, Karin
Prof. Kalenborn, Heinz
Keil, Karl-Josef
Ketzer, Helmut
Köhler, Guido
Krüger, Detlef
Lingen, Gertrud
Losch, Klaus
Mülhaupt, Bernd
Nell-Paul, Claudia
Reißner, Manfred
Reuter, Hermann
Schneider, Kurt
Smeets, Marie-Luise
Stankowski, Beate
Utech, Heinz
Wagner, Karl
Walther, Rolf
Wogirz, Willi

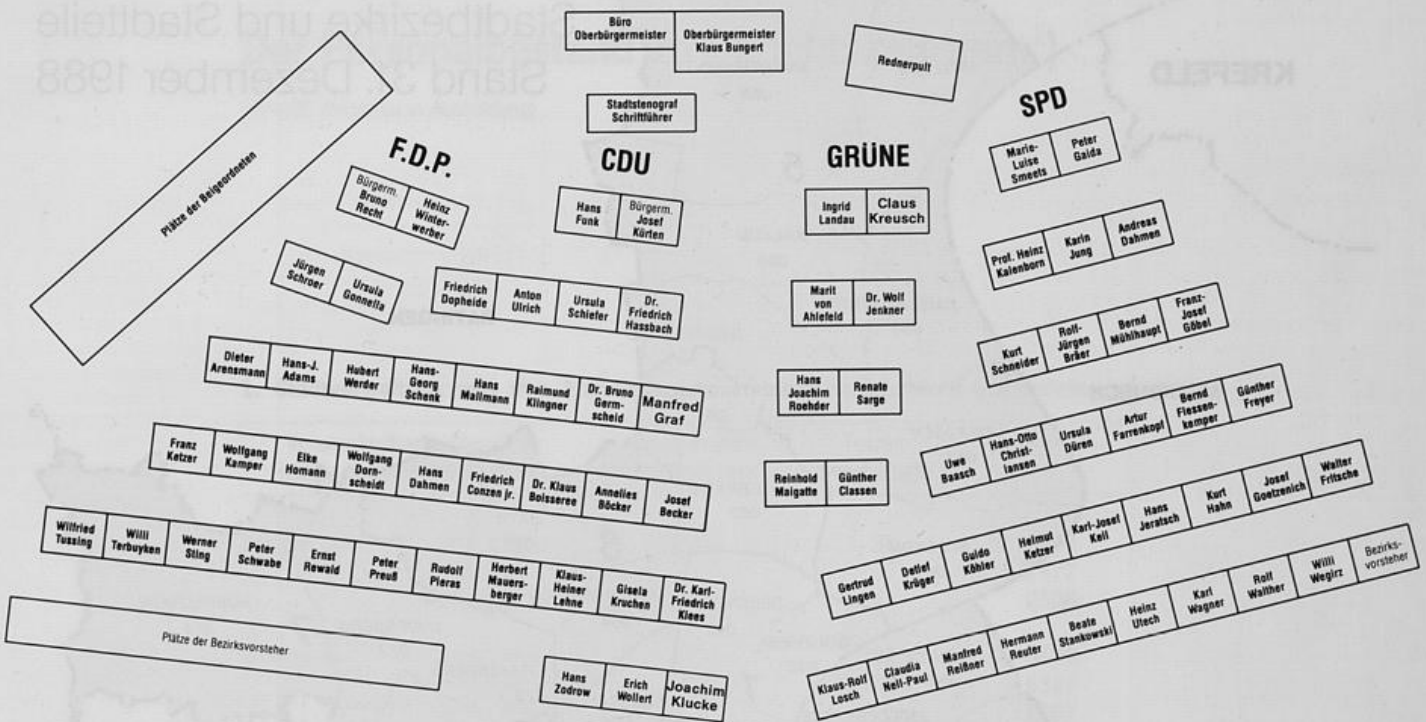
GRÜNE (8 Sitze)

von Ahlefeld, Marit
Classen, Günther
Dr. Jenkner, Wolf
Kreusch, Claus
Landau, Ingrid
Maigatte, Reinhold
Roehder, Hans Joachim
Sarge, Renate

F.D.P. (4 Sitze)

Gonnella, Ursula
Recht, Bruno
Schroer, Jürgen
Winterwerber, Heinz

Wer sitzt wo in der Ratsversammlung?



Die Bezirksvertretungen

Stadtbezirk 1

Altstadt, Karlstadt, Stadtmitte, Pempelfort, Derendorf, Golzheim
 76.742 Einwohner,
 11,35 Quadratkilometer groß
 Bezirksvorsteher:
 Arensmann, Dieter (R) – CDU –
 1. stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Gieseler, Horst – SPD –
 2. stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Jakobskrüger, Horst – FDP –

Stadtbezirk 2

Flingern Süd, Flingern Nord, Düsseldorf
 57.145 Einwohner,
 7,18 Quadratkilometer groß
 Bezirksvorsteher:
 Dr. Heinrichs, Volkhard – SPD –
 stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Dr. Aengeveit, Wulf – CDU –

Stadtbezirk 3

Friedrichstadt, Unterbilk, Hafen, Hamm, Volmerswerth, Bilk, Oberbilk, Flehe
 106.664 Einwohner,
 24,20 Quadratkilometer groß
 Bezirksvorsteher:
 Traupe, Heinrich – SPD –
 stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Tussing, Wilfried (R) – CDU –

Stadtbezirk 4

Oberkassel, Heerdt, Lörick, Niederkassel
 38.152 Einwohner,
 12,77 Quadratkilometer groß
 Bezirksvorsteher:
 Kamper, Wolfgang (R) – CDU –
 stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Dr. Schmitz, Jürgen – SPD –

Stadtbezirk 5

Stockum, Lohausen, Kaiserswerth, Wittlaer, Angermund, Kalkum
 26.698 Einwohner,
 50,90 Quadratkilometer groß
 Bezirksvorsteher:
 Cornelius, Helmut – CDU –
 1. stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Beil, Otto – SPD –
 2. stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Hoymann, Siegfried – CDU –

Stadtbezirk 6

Lichtenbroich, Unterrath, Rath, Mörsenbroich
 55.163 Einwohner,
 19,49 Quadratkilometer groß
 Bezirksvorsteher:
 Schlünke, Egon – SPD –
 stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Klein, Ernst – CDU –

Stadtbezirk 7

Gerresheim, Grafenberg, Ludenberg, Hubbelrath
 40.922 Einwohner,
 27,91 Quadratkilometer groß
 Bezirksvorsteherin:
 Schmitz, Brigitte – SPD –
 1. stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Pruchniewski, Günter – CDU –
 2. stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Faber, Ralf – DIE GRÜNEN –

Stadtbezirk 8

Lierenfeld, Eller, Vennhausen, Unterbach
 57.875 Einwohner,
 21,04 Quadratkilometer groß
 Bezirksvorsteher:
 Röhl, Manfred – SPD –
 stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Terbuyken, Willi (R) – CDU –

Stadtbezirk 9

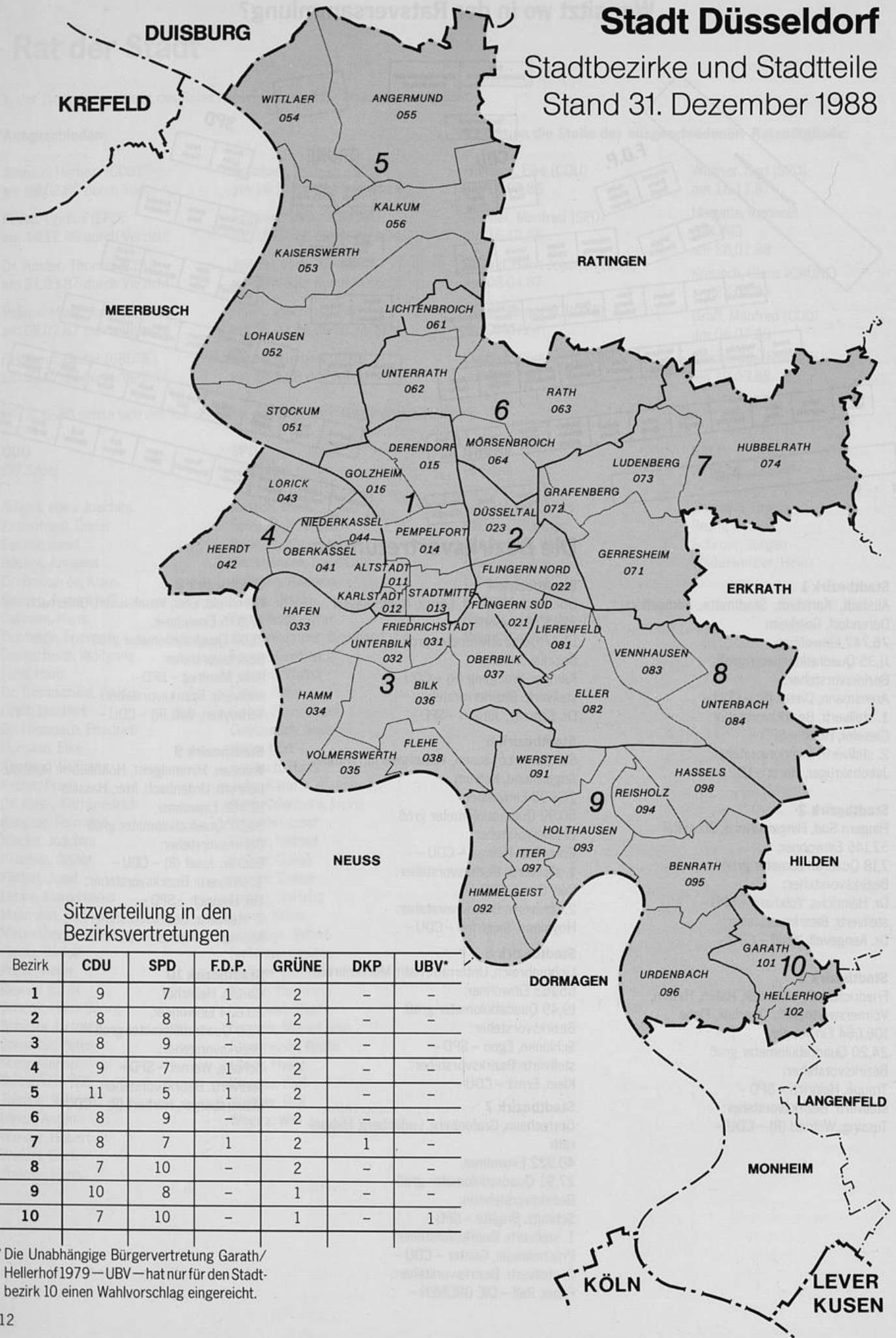
Wersten, Himmelgeist, Holthausen, Reisholz, Benrath, Urdenbach, Itter, Hassels
 81.488 Einwohner,
 36,57 Quadratkilometer groß
 Bezirksvorsteher:
 Becker, Josef (R) – CDU –
 1. stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Liß, Heinrich – SPD –
 2. stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Kremer, Cornelius – CDU –

Stadtbezirk 10

Garath, Hellerhof
 23.624 Einwohner,
 5,59 Quadratkilometer groß
 Bezirksvorsteher:
 Schulte, Werner – SPD –
 stellvertr. Bezirksvorsteher:
 Mauersberger, Herbert (R) – CDU –

Stadt Düsseldorf

Stadtbezirke und Stadtteile
Stand 31. Dezember 1988



Sitzverteilung in den Bezirksvertretungen

Bezirk	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	DKP	UBV*
1	9	7	1	2	-	-
2	8	8	1	2	-	-
3	8	9	-	2	-	-
4	9	7	1	2	-	-
5	11	5	1	2	-	-
6	8	9	-	2	-	-
7	8	7	1	2	1	-
8	7	10	-	2	-	-
9	10	8	-	1	-	-
10	7	10	-	1	-	1

* Die Unabhängige Bürgervertretung Garath/Hellerhof 1979 - UBV - hat nur für den Stadtbezirk 10 einen Wahlvorschlag eingereicht.

Der Personalbestand im Berichtszeitraum¹⁾

(einschl. Personal in Ausbildung)

Ist-Bestand

1. Stadtverwaltung und ihre Einrichtungen²⁾ – ohne wirtschaftliche Unternehmen –

		Im unmittelbaren Dienstver- hältnis beschäftigte Personen	Hauptberuflich Vollbeschäftigte ³⁾	Teilzeit- beschäftigte	Zusammen
Beamte	30.6.1986		2388	35	2423
	30.6.1987		2440	37	2477
	30.6.1988		2464	44	2508
Angestellte	30.6.1986		5383	792	6175
	30.6.1987		5558	789	6347
	30.6.1988		5437	820	6257
Arbeiter	30.6.1986		2697	1132	3829
	30.6.1987		2767	1083	3850
	30.6.1988		2789	1074	3863
Zusammen	30.6.1986		10468	1959	12427
	30.6.1987		10765	1909	12674
	30.6.1988		10690	1938	12628

2. Wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Städt. Häfen)

		Im unmittelbaren Dienstver- hältnis beschäftigte Personen	Hauptberuflich Vollbeschäftigte ³⁾	Teilzeit- beschäftigte	Zusammen
Beamte	30.6.1986		9	–	9
	30.6.1987		9	–	9
	30.6.1988		9	–	9
Angestellte	30.6.1986		43	1	44
	30.6.1987		41	1	42
	30.6.1988		40	1	41
Arbeiter	30.6.1986		73	5	78
	30.6.1987		72	6	78
	30.6.1988		73	6	79
Zusammen	30.6.1986		125	6	131
	30.6.1987		122	7	129
	30.6.1988		122	7	129

²⁾ Ab 1974 ohne die Beschäftigten der Städt. Krankenanstalten Moorenstraße, da sie am 1.1.1973 Landesbedienstete geworden sind.

³⁾ Beschäftigte, deren Arbeitszeit sich mindestens auf die volle Wochenarbeitszeit beläuft.

1 Allgemeine Verwaltung	2 Finanzverwaltung	3 Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsverwaltung	4 Schul- und Kulturverwaltung	5 Sozial- und Gesundheitsverwaltung
10 Hauptamt 1 Organisationsabteilung 2 Verfassungsabteilung 3 Wirtschaftsabteilung 8 Stadtarchiv 11 Personalamt 1 Abt. Allgemeine Personalangelegenheiten 2 Abt. Personalien der Beamten 3 Abt. Personalien der Angestellten 4 Abt. Personalwirtschaft 5 Abt. Aus- und Fortbildung 6 Abt. Personalien der Arbeiter 7 Zusatzversorgungskasse 8 Studieninstitut für kommunale Verwaltung 9 Betriebskrankenkasse 12 Amt für Statistik und Wahlen 1 Abt. Verwaltung, Zählungen und Wahlen 2 Abt. Statistik 3 Abt. Stadtforschung und Datenanalyse, Veröffentlichungswesen 13 Presseamt 14 Rechnungsprüfungsamt 1 Abt. Verwaltungsprüfung 2 Abt. Kaufmännische Prüfung 3 Abt. Technische Prüfung 17 Bezirksverwaltungsstellen 18 Amt für automatisierte Informationsverarbeitung 1 Abt. Gesamtplanung, Betriebswirtschaft und Benutzerservice 2 Abt. Anwendungsentwicklung allgemeine Verwaltung 3 Abt. Anwendungsentwicklung techn. Verwaltung 4 Abt. Technischer Betrieb 19 Umweltamt 1 Abt. Generelle Umwelt- und Verwaltungsangelegenheiten 2 Abt. Untere Wasser- und Abfallbehörde 4 Chemisches und Lebensmitteluntersuchungsamt	20 Kämmerer 1 Haushaltsabteilung 2 Abt. Wirtschaftliche Unternehmen und Betriebswirtschaft 21 Stadtkasse 2 Abt. Zahlungsverkehr 3 Abt. Wiederkehrende Einnahmen 4 Abt. Einmalige Einnahmen 5 Abt. Ausgaben 6 Wählstreckungsabteilung 22 Steueramt 1 Abt. Steuerveranlagung, ADV Angelegenheiten 2 Abt. Sachbearbeitung, Prüfungs- und Ermittlungsdienst 23 Liegenschaftsamt 1 Verwaltungsabteilung 2 Grundstücksabteilung 3 Bewertungsabteilung 5 Abt. Freimachung 6 Geschäftsstelle des Umlegungsausschusses 24 Amt für Verteidigungslasten	30 Rechtsamt 1 Abt. für Grundsatzzagen und zivilrechtliche Angelegenheiten 2 Abt. Öffentlich-rechtliche Angelegenheiten 32 Ordnungsamt 1 Abt. Allgemeine Verwaltungs- und Ordnungsangelegenheiten 2 Abt. Gesundheitsaufsicht 3 Abt. Gewerberechtliche Angelegenheiten 4 Veterinäramt 33 Amt für Einwohnerwesen 1 Abt. Verwaltungs- und ADV Angelegenheiten 2 Abt. Melde-, Ausweis- und Lohnsteuerkartenangelegenheiten 3 Abt. Ausländerangelegenheiten 34 Standesamt 1 Abt. Standesamtsaufsicht, Staatsangehörigkeits- und Namensangelegenheiten 2 Standesamt 35 Versicherungsamt 36 Straßenverkehrsamt 1 Verwaltungsabteilung 2 Verkehrsregelungsabteilung 3 Verkehrsüberwachungsabteilung 4 Führerscheineabteilung 5 Fahrzeugzulassungsabteilung 37 Feuerwehr 1 Verwaltungsabteilung 2 Abt. Organisation, Personalersatz und Sonderdienste 4 Kraftfahrzeugabteilung 5 Abt. Aus- und Fortbildung 6 Abt. Vorbeugender Brandschutz 7 Brandschutzabschnitte 38 Zivilschutzamt	40 Schulverwaltungsamt 1 Abt. Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten 2 Abt. Grund-, Haupt- und Sonderschulen 3 Abt. Realschulen, Gymnasien, Gesamt-, Kolleg- und Berufsbildende Schulen 4 Wirtschaftsabteilung 5 Abt. Schulbau und Schulgebäude 601 Schulpsychologische Beratungsstelle 602 Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie 603 Volkshochschule 604 Städtische Clara-Schumann-Musikschule 605 Pädagogisches Institut für Lehrerfortbildung 606 Verwaltung der Schulgärten 607 Filminstitut 41 Kulturamt 1 Verwaltung 201 Heinrich-Heine-Institut 202 Stadtbüchereien 203 Palais Wittgenstein Kultur- und Bildungszentrum Bliker Straße 204 Dumont-Lindemann-Archiv 205 Kunstmuseum 206 Stadtmuseum 207 Schloß Benrath 208 Löffbecke-Museum + Aquazoo Schiedt-Keim-Stiftung 209 Naturkundliches Heimatmuseum Benrath 210 Goethe-Museum (Plippenberg-Stiftung) 211 Orchester 212 Restaurierungszentrum der Landeshauptstadt Düsseldorf – Schenkung Henkel 213 Kunsthalle 214 Schloß Jägerhof 215 Orangene Benrath 216 Hetjens-Museum Deutsches Keramikmuseum 217 Bibliotheksstelle der Düsseldorfer Kulturinstitute 42 Theaterverwaltung	50 Sozialamt 1 Abt. Allgemeine Sozialhilfe und Verwaltungsangelegenheiten 2 Abt. Sozialhilfe 3 Abt. Fürsorgestelle für Kriegsgopfer 6 Abt. Städtische Altenheime und Altenkassenheime 7 Abt. Obdachlosenhilfe, Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern 51 Jugendamt 1 Abt. Allgemeine Jugendhilfe und Verwaltungsangelegenheiten 2 Abt. Kindergärten 290 Abt. Förderungszentrum für körperbehinderte Kinder 3 Abt. Jugendförderung 4 Abt. Amtsvormundschaft und -pflegschaft 51 Abt. Allgemeiner Sozialdienst 52 Abt. Besonderer Sozialdienst 6 Abt. Wirtschaftliche Erziehungshilfe 7 Abt. Jugend- und Elternberatung 8 Abt. Kinderhilfezentrum 9 Abt. Amt für Ausbildungsförderung 52 Sportamt 1 Verwaltungsabteilung 2 Sportfachabteilung 53 Gesundheitsamt 1 Verwaltungsabteilung 2 Abt. Medizinalaufsicht 3 Abt. Gesundheitsfürsorge für Mütter und Kind, Jugendgesundheitspflege 4 Abt. Zahnärztlicher Gesundheitsdienst 5 Abt. Ärztlicher Untersuchungsdienst 6 Abt. Geschlechtskrankheitsfürsorge und Gefährdeterhilfe 7 Abt. Psychiatrischer und Neurologischer Gesundheitsdienst 8 Abt. Beratungsstelle für Körperbehinderte 9 Abt. Tbc-Fürsorge, med. techn. Dienst

6 Bauverwaltung	7 Verwaltung für öffentliche Einrichtungen	8 Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr
54 Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf 1 Verwaltungsabteilung 2 Wirtschaftsabteilung 3 Technische Abteilung 4 Apotheke 5 Krankenhaus Gerresheim 6 Krankenhaus Benrath 55 Ausgleichsamt 1 Abt. Überregionale Sonderzuständigkeit 2 Abt. Schadensfeststellung und Zuerkennung von Hauptschädigung 3 Leistungsabteilung 60 Bauverwaltungsamt 1 Abt. Bauverwaltung 2 Abt. Verwaltungsangelegenheiten der Planung und Bodenordnung 3 Abt. Bauantragsangelegenheiten 4 Abt. Erschließungsbeiträge 5 Abt. Städtebauförderung 61 Planungsamt 1 Abt. Flächennutzungs- und Grundlagenplanung 2 Abt. Städtebauliche Planung Mitte und West 3 Abt. Städtebauliche Planung Nord und Nordost 4 Abt. Städtebauliche Planung Süd und Südost 6 Abt. Planungsrecht 7 Abt. Stadterneuerung 8 Abt. Verkehrsplanung 62 Vermessungs- und Katasteramt 1 Verwaltungsabteilung 2 Abt. Außendienst 3 Abt. Stadtvermessung 4 Abt. Kartenherstellung und Reproduktion 5 Abt. Kataster 6 Abt. Geodätische Grundlagen 63 Bauaufsichtsamt 1 Verwaltungsabteilung 2 Abt. Sonderbauten 3 Technische Abt. Mitte 4 Technische Abt. West 5 Technische Abt. Nord 6 Technische Abt. Ost 7 Technische Abt. Süd 8 Abt. Baustatik 64 Amt für Wohnungswesen 1 Verwaltungsabteilung 2 Finanzierungsabteilung 3 Wohngebietsabteilung 4 Technische Abteilung 5 Abt. Wohnungsangelegenheiten 6 Abt. Sozialmieten und Darlehensverwaltung	65 Hochbauamt 1 Verwaltungsabteilung 2 Abt. Büro-, Betriebs- und Sozialbauten, Straßen- und Platzgestaltung 3 Abt. Kulturbauten und Versammlungsräumen 4 Abt. Jugend-, Schul- und Sportbauten 5 Abt. Technische Gebäudeausrüstung 6 Abt. Untere Denkmalbehörde 66 Straßen-, Brücken- und Tunnelbauamt 1 Verwaltungsabteilung 2 Abt. Straßenbauentwurf 3 Abt. Straßennetzbau 4 Abt. Verkehrslenkung und -regelung 5 Abt. Straßenunterhaltung 6 Abt. Brückenbau 7 Abt. Tunnelbau 8 Abt. Grundsatzzagen und Sonderbauten 67 Kanal- und Wasserbauamt 1 Verwaltungsabteilung 3 Abt. Abwasserplanung 4 Abt. Abwasserbau 5 Abt. Grundstücksentwässerung 6 Abt. Kanalbetrieb 7 Abt. Wasserbau 8 Abt. Kläranlagenbetrieb 9 Chemisch-biologische Laboratorien 68 Garten-, Friedhofs- und Forstamt 1 Verwaltungsabteilung 2 Abt. Entwurf und Neubau 3 Abt. Gartenanlagen 4 Abt. Friedhöfe 5 Abt. Forsten 6 Abt. Hauptbetriebshof, Stadtgärtnerei, Werkstätten und Baumschule 8 Abt. Grünordnung und Landschaftsplanung	70 Stadtreinigungs- und Fahramt 1 Verwaltungsabteilung 2 Technische Abteilung 3 Betriebsabteilung 71 Marktamt 80 Werbe- und Wirtschaftsförderungsamt 1 Hallenabteilung 2 Abt. Allgemeine Werbung 3 Abt. Kongreß- und Veranstaltungswesen 4 Abt. Wirtschaftsförderung 82 Städtische Häfen 1 Kaufmännische Abteilung 2 Betriebsabteilung 3 Technische Abteilung 84 U-Bahn-Amt 1 Verwaltungsabteilung 2 Planungsabteilung 3 Bauabteilung

Die Dezernatsgliederung

Im Dezernatsgliederungsplan haben sich im Berichtszeitraum folgende Änderungen ergeben:

Oberstadtdirektor Gerd Högener ist zum 31.03.1987 in den Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger hat der Rat in seiner Sitzung am 18.12.1986 Beigeordnete Karl Ranz mit Wirkung vom 01.04.1987 für die Dauer von acht Jahren gewählt.

Die durch die Wahl zum Oberstadtdirektor freigewordene Stelle eines Beigeordneten im Dezernat 012 wurde zum 10.03.1988 durch den damaligen Leiter des Jugendamtes Paul Saatkamp besetzt.

Durch Einrichtung des Umweltdezernats ergab sich die Notwendigkeit, die Dezernatsgliederung neu zu ordnen. Im einzelnen wurde folgende Ämter anderen Dezernaten zugeordnet:

- | | | |
|------------------|-----------------|-----------------------------|
| Amt 55 | - Dezernat 03, | Beigeordneter Helmut Meisen |
| Amt 82 | - Dezernat 07, | Stadtdirektor Bolo Mayweg |
| Ämter 19, 19/4 | - Dezernat 08, | Beigeordneter Dieter Licht |
| Amt 64 | - Dezernat 010, | Beigeordneter Heinz Hemming |
| Ämter 37, 38, 71 | - Dezernat 011, | Beigeordneter Bernd Abetz |



**Oberstadtdirektor
Karl Ranz**



**Stadtdirektor
Bolo Mayweg**



**Stadtkämmerer
Dr. Peter Wissmann**



**Beigeordneter
Helmut Meisen**



**Beigeordneter
Dr.-Ing. Rüdiger Recknagel**



**Beigeordneter
Dieter Licht**



**Beigeordneter
Bernd Dieckmann**



**Beigeordneter
Heinz Hemming**



**Beigeordneter
Bernd Abetz**



**Beigeordneter
Paul Saatkamp**



**Beigeordneter
Prof. Dr. Hans-Günter Rößler**

Am Ende der Berichtszeit ergab sich somit folgende Dezernatsgliederung:

Dezernenten	Dezernate Ordnungs-Nr.	Ämter bzw. Aufgabenbereiche
Oberstadtdirektor Ranz 1. Vertreter: Stadtdirektor Mayweg 2. Vertreter: Stadtkämmerer Dr. Wissmann	02	Büro Oberstadtdirektor Personalien der Dezernenten Frauen-Gleichstellungsstelle Universität Düsseldorf Interkommunale Zusammenarbeit Internationale Beziehungen 13 - Presseamt
Beigeordneter Meisen 1. Vertreter: Stadtdirektor Mayweg 2. Vertreter: Stadtkämmerer Dr. Wissmann	03	10 - Hauptamt 11 - Personalamt 11/8 - Studieninstitut für kommunale Verwaltung 11/9 - Betriebskrankenkasse 12 - Amt für Statistik und Wahlen 17 - Bezirksverwaltungsstellen 18 - Amt für automatisierte Informationsverarb. 30 - Rechtsamt 55 - Ausgleichsamt
Stadtkämmerer Dr. Wissmann 1. Vertreter: Beigeordneter Meisen 2. Vertreter: Stadtdirektor Mayweg	04	20 - Kämmerei 21 - Stadtkasse 22 - Steueramt
Beigeordneter Dr. Recknagel 1. Vertreter: Beigeordneter Prof. Dr. Rößler 2. Vertreter: Beigeordneter Licht	05	65 - Hochbauamt 66 - Straßen-, Brücken- und Tunnelbauamt 67 - Kanal- und Wasserbauamt 84 - U-Bahn-Amt
Stadtdirektor Mayweg 1. Vertreter: Oberstadtdirektor Ranz 2. Vertreter: Beigeordneter Prof. Dr. Rößler	07	23 - Liegenschaftsamt 23/6 - Geschäftsstelle der Umlegungsbehörde 80 - Werbe- und Wirtschaftsförderungsamt 82 - Städtische Häfen Flughafen Ausstellungs- und Messewesen
Beigeordneter Licht 1. Vertreter: Beigeordneter Abetz 2. Vertreter: Beigeordneter Meisen	08	19 - Umweltamt 19/4 - Chemisches und Lebensmittel- Untersuchungsamt 68 - Garten-, Friedhofs- und Forstamt 70 - Stadtreinigungs- und Fuhramt
Beigeordneter Dieckmann 1. Vertreter: Beigeordneter Hemming 2. Vertreter: Stadtdirektor Mayweg	09	41 - Kulturamt 41/201 bis 41/217 - Kulturinstitute 42 - Theaterverwaltung
Beigeordneter Hemming 1. Vertreter: Beigeordneter Dieckmann 2. Vertreter: Beigeordneter Saatkamp	010	40 - Schulverwaltungsamt 40/602 - Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie 40/603 - Volkshochschule 40/604 - Städtische Clara-Schumann-Musikschule 40/605 - Pädagog. Institut für Lehrerfortbildung 40/607 - Filminstitut 64 - Amt für Wohnungswesen
Beigeordneter Abetz 1. Vertreter: Beigeordneter Licht 2. Vertreter: Beigeordneter Hemming	011	24 - Amt für Verteidigungslasten 32 - Ordnungsamt 32/ 4 - Veterinäramt 33 - Amt für Einwohnerwesen 34 - Standesamt 35 - Versicherungsamt 36 - Straßenverkehrsamt 37 - Feuerwehr 38 - Zivilschutzamt 52 - Sportamt 71 - Marktamt
Beigeordneter Saatkamp 1. Vertreter: Beigeordneter Hemming 2. Vertreter: Beigeordneter Licht	012	50 - Sozialamt 51 - Jugendamt 53 - Gesundheitsamt 54 - Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf
Beigeordneter Prof. Dr. Rößler 1. Vertreter: Beigeordneter Dr. Recknagel 2. Vertreter: Stadtdirektor Mayweg	013	60 - Bauverwaltungsamt 61 - Planungsamt 62 - Vermessungs- und Katasteramt 63 - Bauaufsichtsamt

(14 - Rechnungsprüfungsamt - untersteht unmittelbar dem Rat der Stadt)

02/1 – Frauen-Gleichstellungsstelle (Frauenbüro)

Das Frauenbüro begann am 1.1.1986 als neue Dienststelle innerhalb der Stadtverwaltung Düsseldorf seine Tätigkeit. Wegen der Bedeutung der Aufgabe und der Zuständigkeit für den gesamten kommunalen Einzugsbereich wurde die Einrichtung der Gleichstellungsbeauftragten nach § 6a der Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen als Dienststelle mit 4 Mitarbeiterinnen realisiert und beim Oberstadtdirektor angebunden.

Aufgaben laut Ratsbeschuß vom 08.11.1984

1. Prüfung von Vorhaben und Programmen der Verwaltung unter Gleichstellungsgesichtspunkten und gegebenenfalls Einbringung von Änderungs- und Alternativvorschlägen.
2. Prüfung von Beschlüßvorlagen etc. des Rates und der Ausschüsse unter Gleichstellungsgesichtspunkten und gegebenenfalls Einbringung von Änderungs- und Alternativvorschlägen.
3. Erarbeitung von Anregungen und Vorschlägen für Vorhaben und Programme der Verwaltung.
4. Erstellung und regelmäßige Fortschreibung und Ergänzung des Frauenberichtes.
5. Erstellung von Studien bzw. Vergabe von Untersuchungen, um Probleme zu beschreiben, ihre Ursachen zu analysieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.
6. Kontaktpflege zu und Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen, Fraueninitiativen, Frauengruppen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, Arbeitsverwaltung, Kammern etc..
7. Funktion als Anlaufstelle für Anregungen und Beschwerden aus der Bevölkerung.
8. Einrichtung von regelmäßigen Sprechstunden für Bürger/innen und Hilfestellung für ratsuchende Bürger/innen in enger Zusammenarbeit mit anderen Beratungs- und Verwaltungsstellen.
9. Die Durchführung von Informationsveranstaltungen, Hearings, Fortbildungsveranstaltungen etc. und die Erstellung von Informationsmaterial etc.
10. Die Erarbeitung eines Frauenförderplanes für Düsseldorf.
11. Förderung und Initiierung von Frauenprojekten.
12. Finanzielle Unterstützung von Einzelmaßnahmen zur Durchsetzung der Gleichstellung der Frau.
13. Eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenwirken mit dem Presseamt.
14. Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen zur Gleichstellung der Frauen in anderen Kommunen und Ländern.

Voraussetzungen

Frauen und Mädchen sind auf dem Stellen- und Ausbildungsstellenmarkt benachteiligt. Plätze zur ganztägigen Kinderbetreuung fehlen. Beratungs- und Hilfsangebote für Frauen und Mädchen sind nicht ausreichend. Gewalt gegen Frauen im privaten Bereich wird tabuisiert. Stadtplanung und Wohnumfeldgestaltung berücksichtigt die Lebenssituation von Kindern und Erziehenden nur unzureichend. In der Kultur und im öffentlichen Leben sind Frauen noch nicht angemessen vertreten. Geschlechterrollen in Kinder-, Jugend- und Schulbüchern sowie in den Medien beengen die Lebensperspektiven und Möglichkeiten von Mädchen und Frauen.

Die Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesse der neueren Geschichte haben bisher die patriarchal von ökonomischer Abhängigkeit und sozialer, kultureller und politischer Fremdbestimmung geprägte Situation der Frauen nicht entscheidend verändert. Die Verwirklichung der Forderungen von emanzipierten Frauen und Männern in der Tradition der Aufklärung und Französischen Revolution konnte auch von den organisierten Frauen in der „Alten Frauenbewegung“ noch nicht entscheidend vorangebracht werden. Erst Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre dieses Jahrhunderts entwickelten die Frauen eine durchsetzungsfähige neue Frauenpolitik.

Historisch bewußte und gesellschaftspolitisch weitblickende Frauen wie Elfriede Selbert erkannten 1949 die Notwendigkeit, die Verpflichtung zur Gleichstellung von Frauen und Männern als Verfassungsgebot in das Grundgesetz aufzunehmen. Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland heißt es in

Art.3.(2): „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Gleichstellungspolitik besteht in einem Bündel von Maßnahmen, z.B. gleichstellungsrelevante Arbeitsmarkt-, Steuer- und Rechtspolitik, Initiierung eines allgemeinen Bewußtseinswandels und Ergänzung der Systeme sozialer Versorgung einschließlich öffentlicher Einrichtungen der Kindererziehung.

Frauenbüros sind Teil dieser umfassenden gesellschaftlichen Gleichstellungspolitik. Sie sollen Sprachrohr von Fraueninteressen und Durchsetzungsinstrumente auf kommunaler Ebene sein. Die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen bestimmt in

§ 6a Abs.4: „Die Verwirklichung des Verfassungsauftrages der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist auch eine Aufgabe der Gemeinde. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe kann die Gemeinde Gleichstellungsbeauftragte bestellen.“

Grundlage für den Beginn der Arbeit des Frauenbüros am 1.1.1986 wurde auch der

Frauenbericht, mit dessen Erstellung der Rat die Verwaltung 1984 beauftragte. Der in der Verantwortung des damaligen Sozialdezernenten und unter Mitwirkung aller in Düsseldorf aktiven Frauengruppen und -verbände verfaßte „Bericht zur Situation der Frauen in Düsseldorf“ beinhaltet eine Bestandsaufnahme der Situation von Frauen in den Bereichen Bildung, Erwerbsarbeit, Wohnen, Infrastruktur, Politik und der Gewalt als strukturelles Moment der Gesellschaft.

Zur Erwerbstätigkeit von Frauen

Die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt hebt sich durch folgende Faktoren von derjenigen der männlichen Arbeitskräfte ab: eingeschränkter Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, mehr ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und höhere Erwerbslosigkeit, verringerte Möglichkeiten des Aufstiegs in Führungspositionen, durchschnittlich niedrigeres Einkommen, fehlende Sozialversicherung, Doppelbelastung durch die Zuständigkeit für familiäre Aufgaben.

Zur Veränderung sind strukturelle Maßnahmen wie tägliche Arbeitszeitverkürzung und Maßnahmen zur Aufhebung horizontaler und vertikaler Segmentation, Sanktionen bei Verstößen gegen arbeitsrechtliche Gleichstellungsgesetze, betriebliche Frauenförderpläne, Bewußtseinswandel bei Männern und Frauen und bedarfsgerechte Einrichtungen familienergänzender Kinderbetreuung erforderlich.

Förderung der Berufstätigkeit von Frauen bei der Stadtverwaltung Düsseldorf

Die Konzeption von Frauenfördermaßnahmen, die Unterstützung der zuständigen Dienststellen bei der Durchführung und die Erfolgskontrolle stellt die politisch gewollte Priorität innerhalb des Aufgabenkataloges des Frauenbüros dar.

Nach einer ersten Bestandsaufnahme der Personalstruktur wurden 1986 in Zusammenarbeit von Personalverwaltung und Frauenbüro als erste Maßnahmen besondere Fortbildungsmaßnahmen für Frauen beim städtischen Studieninstitut vereinbart und durchgeführt. Entsprechend dem erheblichen Bedarf wurde das Angebot kontinuierlich ausgeweitet.

1987 legte das Frauenbüro den Entwurf eines Frauenförderplanes vor. Der Oberstadtdirektor setzte für die verwaltungsinterne Abstimmung eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Ämter 10 und 11, der Per-

sonalvertretung und des Frauenbüros, das die Geschäftsführung übernahm, ein. Das Beratungsergebnis wurde mit seiner Zustimmung und im Einvernehmen mit dem Personaldezernenten und dem Personalrat Anfang 1989 dem Personalausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt. Der Plan beinhaltet Regelungen zu folgenden Teilbereichen der Personalwirtschaft: Stellenausschreibungen, Auswahlverfahren und -kriterien bei Einstellungen, Beförderungen und internen Stellenbesetzungen, Ausbildung, Fortbildung, Vereinbarkeit von Kindererziehung und Erwerbsarbeit, Stellenbewirtschaftung, Einführung neuer Technologien, Anwendung von Arbeitsschutzbestimmungen, Berichterstattung, Kontrolle und Fortschreibung. Daneben wurden zur Förderung der Berufstätigkeit von Frauen bei der Stadtverwaltung folgende Empfehlungen an die Personalverwaltung gerichtet:

- zur geschlechtergerechten Fassung von Stellenausschreibungen
- zur Kontaktpflege mit beurlaubten Mitarbeiterinnen
- zur vertretungsweisen Stellenbesetzung bei Schutzfrist und Erziehungsurlaub
- zur Teilzeitbeschäftigung im Sozialamt und weiteren Ämtern im Anschluß an Beurlaubungszeiten
- zur Variabilität des zeitlichen Umfangs von Teilzeitstellen im Allgemeinen Sozialdienst
- zur Ansprache von Mädchen bei der Ausschreibung von gewerblich-technischen Ausbildungsstellen
- zur Information von Mitarbeiterinnen des Schreibdienstes über die Zulassung zum Angestelltenlehrgang I
- zur Situation von Berufsanfängerinnen im Sozialamt
- zur Auswahl und Förderung des Nachwuchses für Leitungsfunktionen im Sozialamt
- zur Schaffung von zusätzlichen Stellen im Reinigungsdienst
- zum Einsatz eigener Mitarbeiterinnen im Reinigungsdienst
- zur Schaffung von zusätzlichen Stellen in den Kindertageseinrichtungen
- zur Einrichtung von Telefonaußenanschlüssen für Alleinerziehende
- zur Durchführung einer Befragung über Hemmnisse beim beruflichen Fortkommen
- zum Einsatz und zur beruflichen Förderung von Frauen, vorgetragen im Rahmen von Auswahlgesprächen in verschiedenen Fachämtern.

Zum Informationsaustausch und zur Kontaktpflege lud das Frauenbüro seit 1987 regelmäßig zum Frauenstammtisch ein. In zahlreichen Fällen wurden Einzelberatungen und unterstützende Maßnahmen für Mitarbeiterinnen der Stadt durchgeführt. Referate bei den Berufsverbänden (ÖTV, DAG, KOMBA) dienten der Bewußtseinsbildung über Frauenförderung und der Information über die Aufgaben des Frauenbüros.

Das Frauenbüro nahm regelmäßig an den Beratungen des Personalausschusses teil.

Berufliche Förderung von Frauen in der Privatwirtschaft

Auf den Abbau von Benachteiligungen und Diskriminierungen und die Durchführung von Frauenfördermaßnahmen in der freien Wirtschaft wirkt das Frauenbüro indirekt durch Öffentlichkeitsarbeit, Anschreiben und Kooperations- und Beratungsangebote hin. Aus den Kontakten zur Arbeitsverwaltung, zur Industrie- und Handelskammer, zur Handwerkskammer, zu Weiterbildungsträgern, zu den Gewerkschaften und zu Unternehmen sowie den Fachverwaltungen der Stadt und des Landes entstanden konkrete Projekte.

- 1986 Seminarreihe zu Arbeitsmarktfragen in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Politik der VHS und einer Arbeitsgruppe interessierter Bürgerinnen und Verbandsvertreterinnen zu folgenden Themen: Arbeitsmarktentwicklung und 2. Arbeitsmarkt, Frauenbranchen und Frauenberufe, Förderprogramme des Landes Nordrhein-Westfalen, Möglichkeiten der Projektfinanzierung.
- Die Stadt Düsseldorf war Mitveranstalterin des Deutschen Management-Kongresses 1988, der zu einem publizistisch vielbeachteten Ereignis in der bundesrepublikanischen Fachdebatte über „Frauen in Führungspositionen“ wurde. Das Frauenbüro warb mit Unterstützung des Oberbürgermeisters bei Düsseldorfer Unternehmen um fachliche Beratung, Finanzierung und Teilnahme, arbeitete an der Konzeption mit und beteiligte sich an Einzelveranstaltungen des Kongresses, der vom Oberstadtdirektor eröffnet wurde. Die praktizierte Zusammenarbeit mit der NOWEA-Messegesellschaft und dem Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft wird in konkreten Projekten fortgesetzt.

In einer großen Zahl von Einzelberatungen erhielten Mädchen und Frauen Informationen und weitere Formen der individuellen Unterstützung in Fragen von Bewerbung, Kündigung, Abqualifizierung, Entgelt, Mutterschutz, Erziehungsurlaub, Ausbildung u.a.

Die hohe Zahl von Frauen, die nach einer Familienphase eine Berufsrückkehr planen und die Beratung des Frauenbüros in Anspruch nahmen, veranlaßte zur Beantragung einer AB-Maßnahme. Das Projekt begann am 1.10.1988.

- Projekt Berufsrückkehr, Arbeitsschwerpunkte:
 - Bestandsaufnahme der Beratungsstellen und -dienste und Initiierung und Durchführung eines Informations- und Erfahrungsaustausches,
 - Bestandsaufnahme des Angebotes von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und Initiierung und Durchführung eines Informations-Erfahrungsaustausches von Weiterbildungsträgern,

- Bedarfsermittlung fehlender Angebote an Information, Beratung, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

Rege Beteiligung und umfangreiche Berichterstattung fanden

- die Aktionstage „Frau und Beruf“, die im Oktober 1988 mit Beteiligung der Volkshochschule, der Arbeitsgemeinschaft Düsseldorfer Frauenverbände, Fraueninitiativen, des Arbeitsamtes Düsseldorf, dem Werbe- und Wirtschaftsförderungsamt, dem Arbeitskreis ausländische Frauen und Fachfrauen aus Weiterbildung und Projektarbeit vom Frauenbüro durchgeführt wurden. Themen waren: Die Frauenfrage als Kinderfrage – Unser Recht auf einen Arbeitsplatz – Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.

Das Frauenbüro beriet und unterstützte durch gutachterliche Stellungnahmen Frauenverbände und -gruppen bei der Arbeitsplatzschaffung und -finanzierung und setzte sich wiederholt für die Schaffung zusätzlicher Plätze zur Kinderbetreuung und für erweiterte Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen ein.

Weitere Empfehlungen wurden gerichtet:

- an die Industrie- und Handelskammer zur Einrichtung von Seminaren
- an das Arbeitsamt zur geschlechtergerechten Sprache in Pressemitteilungen, zur Einrichtung von Teilzeitfortbildungsmaßnahmen, zur Einrichtung von Kinderspielecken, zur Förderung von AB-Projekten
- an die Gewerkschaften zur Förderung der Frauen in Funktionen
- an die Beigeordnetenkonferenz zur Durchführung frauenbezogener Maßnahmen bei der Realisierung des Binnenmarktes
- an verschiedene Arbeitgeber in Fällen konkreter Benachteiligung
- an Mädchen zur Bewerbung um Ausbildungsstellen

Bewußtsein und Kommunikation

Wir sprechen, wie wir denken. Mit der Sprache erwerben wir unser Bewußtsein von der Welt, vom Menschen, vom Mann- und Frau-Sein. Frauen und Mädchen werden oft nicht gedacht, sie werden nicht gesprochen. Weiblichkeit bedeutet für viele: Gefühlsbetontheit, Familienorientierung, Verfügbarkeit für den Mann. In Referaten, Gesprächen, Veröffentlichungen, Aktionen und Empfehlungen arbeitet das Frauenbüro an der Veränderung von Sprechen und Denken.

Bei der Stadtverwaltung wurde Übereinkunft mit der Fachverwaltung über eine geschlechtergerechte Änderung des Vordruckwesens, des Telefonbuches und der Beschilderung der Diensträume erreicht.

Empfehlungen erfolgten zu Publikationen verschiedener Ämter, Institutionen und Unternehmen.

Kultur

Frauen haben es im Kulturbetrieb immer noch schwerer, in ihrer Kreativität und den Ausprägungen ästhetischer Praxis wahrgenommen, anerkannt und in den Kulturbetrieb einbezogen zu werden. Das Kulturamt der Stadt Düsseldorf unternimmt bereits beispielgebend Versuche der Frauenförderung. Zur Unterstützung dieser Aktivitäten arbeiten das Kulturamt und das Frauenbüro zusammen.

Das Frauenbüro beriet und unterstützte Frauenkulturgruppen bei Finanzierungsfragen, z.B. Frauenkommunikation, Frauencafé Benrath, Frauenbücherzimmer, Cafe Valentino, Arbeitsgemeinschaft Düsseldorfer Frauenverbände.

Es war Mitveranstalterin dezentraler, kultureller Veranstaltungen und beteiligte sich an zentralen Frauenveranstaltungen:

- Frauenprojekttag 1987 im VHS-Haus Franklinstr.
- Ausstellung „Anna Maria Tempea : Frauen“ im Technischen Verwaltungsgebäude, in Zusammenarbeit mit der Bezirksverwaltungsstelle 3
- „Weiberlexikon, eine Lesung“, in Zusammenarbeit mit der Freizeitstätte Garath
- Frauenfest zur Eröffnung der Frauenkulturwochen 1988

Die Einbeziehung ästhetischer Ausdrucksformen in themenorientierte Veranstaltungen des Frauenbüros bedeutete immer auch Künstlerinnenförderung, so bei der Veranstaltungswoche „Gewalt gegen Frauen“ 1986 und den Aktionstagen „Frau und Beruf“ 1988.

Empfehlungen erfolgten zur Durchführung kultureller Veranstaltungen im Rahmen des Stadtjubiläums.

Erziehung und Bildung

Erziehung und Bildung vermitteln in unserer Gesellschaft nicht nur schichtenspezifisch unterschiedliche Einstellungen, Fähigkeiten und Lebenschancen, sondern differenzieren auch nach den Geschlechtern.

Schulwesen

Das Frauenbüro legte dem Schulausschuß eine über den Bericht zur Situation der Frauen in Düsseldorf hinausgehende Stellungnahme vor, in dem die Schulabschlüsse und der Unterricht unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten weiter analysiert wurden. Empfehlungen erfolgten daran anschließend

- zur Vergabe eines Gutachtens zur geschlechterspezifischen Fächer- und Kurswahl im Schulwesen
- zur Konzeption von Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte
- zur Entwicklung exemplarischer Unterrichtsreihen.

Kindertageseinrichtungen

Aus der Erarbeitung des Berichtes zur Situation der Frauen in Düsseldorf entstand der Arbeitskreis Bildung und Erziehung in Kooperation mit dem Frauenbüro, der sich mit dem Thema „Geschlechtsspezifische Erziehung in den Kindergärten“ befaßte. Anregungen aus diesem Arbeitskreis wurden in der Fortbildung des Jugendamtes berücksichtigt.

Jugendfreizeiteinrichtungen

Mädchen sind in den Jugendfreizeiteinrichtungen unterrepräsentiert, ihre Lebenssituation und ihre Interessen werden erst ansatzweise berücksichtigt. Das Frauenbüro beteiligte sich an Aktivitäten des Jugendamtes, z.B. an den Mädchenfesten 1986 und 1987 in den Jugendfreizeiteinrichtungen in Garath und Rath und war 1988 Mitveranstalterin einer Arbeitstagung zur Weiterentwicklung der Mädchenarbeit mit Jugendämtern der benachbarten Großstädte. Eine Empfehlung erfolgte

- zur Beibehaltung der Stelle Fachberatung/Mädchenarbeit im Jugendamt

Berufswahl von Mädchen

Maßnahmen zur Veränderung des Berufswahlverhaltens von Mädchen schlug das Frauenbüro 1986 und 1987 den Fachverwaltungen vor. 1988 wurden die Vorschläge Gegenstand der Beratungen eines besonders eingerichteten Arbeitskreises unter der Federführung des Arbeitsamtes und führten zur Vereinbarung der Durchführung eines Modellprojektes.

Kinderbücher

Die Anregungen Düsseldorfer Bürgerinnen führten zu der breit gefächerten Aktion „Mädchen können mehr“ in Zusammenarbeit mit den Stadtbüchereien und dem Literaturbüro Nordrhein-Westfalen. Angestrebt wurde Öffentlichkeitsarbeit und ein Bewußtseinswandel bei Eltern, Erziehenden, Verlagen und Buchhandel sowie Autorinnen und Autoren von Kinderbüchern.

Durchgeführt wurden im Rahmen der Aktion

- die redaktionelle Bearbeitung und Herausgabe der Broschüre „Zum Thema Bilderbücher: Mädchen können mehr“
- die Durchführung eines Bilderbuchwettbewerbes
- die Ausstellung „Das Mädchen im Bilderbuch“ des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
- die öffentliche Prämierung der ausgezeichneten Bücher
- die Ausstellung der 40 ersten Wettbewerbsbeiträge.

Die Aktion hat bedeutende Resonanz bei Bürgerinnen und Bürgern, Fachleuten und in den Medien gefunden. Über die Broschüre findet das Thema noch fortlaufend Eingang in pädagogischen Arbeitsfeldern und wird dort weiterhin Anlaß zu einer veränderten Erziehungspraxis sein.

Zur Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Gewalt gegen Frauen und Mädchen wird vielfach tabuisiert, von Frauen jedoch alltäglich als Ohnmachts- oder Benachteiligungserlebnisse (indirekte, strukturelle Gewalt) oder als körperliche oder seelische Mißhandlung (direkte, personale Gewalt) erfahren.

Das Frauenbüro unterstützte und initiierte Hilfseinrichtungen für individuell betroffene Mädchen und Frauen, setzte sich für Präventivmaßnahmen ein und betrieb Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus sind alle Aktivitäten, die zu einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens führen, geeignet, die Dominanz von Männern über Frauen und damit eine der wesentlichen Strukturen für die Gewalt abzubauen.

- Die Veranstaltungswoche „Gewalt gegen Frauen“ im November 1986 war Anlaß zu einer Kooperation mit der Polizei in Düsseldorf, mit der Frauenberatungsstelle und dem Frauenhaus, der Jugendberatungsstelle, Frauen aus den politischen Parteien, dem Jugendamt und dem Filminstitut. Neben grundlegender Information der großen Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde als Ergebnis eine verstärkte Zusammenarbeit der mit dem Problem befaßten Gruppen und Institutionen sowie die Erweiterung der Hilfsangebote erreicht, wie etwa die Einrichtung der „Berufsgruppe zu sexuellem Mißbrauch“. Die Dokumentation der Veranstaltungswoche findet als Arbeitsmaterial für Gruppen und Einrichtungen sowie für Examensarbeiten weiterhin Zuspruch.
- Das Frauenbüro führte im Auftrag des Ordnungs- und Verkehrsausschusses eine bundesweite Umfrage zu Frauennachttaxen durch und legte das Ergebnis zur Beratung vor. Wegen der hohen Kosten wurde kein Beschluß zur Einrichtung gefaßt.
- Ebenfalls wurde die Einrichtung von PKW-Parkplätzen für Frauen Beratungsgegenstand des Ordnungs- und Verkehrsausschusses sowie der Kleinen Kommission Parken. In Verhandlungsgesprächen und bei Ortsbesichtigungen wurde in Zusammenarbeit mit dem Bauverwaltungsamt die Einrichtung dieser Plätze in insgesamt 6 Parkhäusern erreicht. Das Frauenbüro entwickelte ein Merkblatt „Sicherheit für Frauen im Parkhaus“.
- An weiteren Aktivitäten wurden in diesem Problemzusammenhang durchgeführt:
 - Ortsbesichtigung und Verhandlungen zur Verbesserung der Situation im Universitätsgelände
 - Verhandlungen zur Einrichtung von Selbstverteidigungskursen für Mädchen in den Schulen
 - Herausgabe der Broschüre „Mach mich nicht an!“
 - Unterstützung von Frauengruppen und Einrichtungen

Empfehlungen erfolgten zur Bezuschussung von Maßnahmen der Frauenberatungsstelle, des Vereins „Frauen helfen Frauen“, zum Erhalt des Louise-Schröder-Mädchenheimes der Arbeiterwohlfahrt, zur Finanzierung der Internationalen Frauenwohngemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt Düsseldorf und zum Generalverkehrsplan der Landeshauptstadt Düsseldorf wegen der sicheren Gestaltung von Fußwegen.

Das Frauenbüro führte eine Erstberatung in Fällen von sexuellem Mißbrauch, Vergewaltigung und Belästigung am Arbeitsplatz durch und vermittelte an andere Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen und therapeutische Einrichtungen.

Das Frauenbüro arbeitet im Arbeitskreis „Institutioneller Umgang mit Vergewaltigungsoffern“ und in der aus der Veranstaltungswoche hervorgegangenen „Berufsgruppe zum sexuellen Mißbrauch“ mit.

Angebote der sozialen Sicherung und Beratung von Frauen

Frauen sind auf öffentliche kulturelle und psychosoziale Angebote und Einrichtungen in stärkerem Maße als Männer angewiesen, solange die überkommenen, strukturellen Bedingungen ihrer Lebenssituation fort-dauern:

das Fehlen einer eigenständigen Existenzsicherung, die benachteiligte Situation in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, widersprüchliche gesellschaftliche Erwartungen und Ausschluß von bestimmten Angeboten, die einseitig auf männliches Denken und Handeln ausgerichtet sind.

Das Frauenbüro erreichte es, Frauen vermehrt in das kommunale Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ einzubeziehen.

Es unterstützte den Arbeitskreis ausländische Frauen.

Das Frauenbüro trat für die Einrichtung sexualpädagogischer Arbeit bei der pro familia Beratungsstelle ein.

Im November 1988 initiierte das Frauenbüro die Aktion

- „Das kinderfreundliche Amt“.

Um eine kinderfreundliche Einstellung vorbildhaft deutlich zu machen und zu fördern und einen Beitrag zur Bürgerinnen- und Bürgernähe der Verwaltung zu leisten, sollen kindgerechte öffentliche Bereiche und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Umsetzung der verschiedenen Anregungen wird 1989 beginnen.

Das Frauenbüro vermittelte eine Vielzahl ratsuchender Frauen an die bestehenden Einrichtungen, darunter besonders häufig an den Allgemeinen Sozialen Dienst, den Derendorfer Stadtteiltreff, an VAMV und das Arbeitslosenzentrum.

Veröffentlichungen

- Gewalt gegen Frauen – Dokumentation von Referaten und Diskussionsbeiträgen einer Veranstaltungswoche
- Faltblatt Frauengleichstellungsstelle
- Gemeinsam für die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt. Handzettel zum Internationalen Frauentag

- Männersache – Frauensache. Ein Informationsblatt zur Berufswahl
- Frauenförderung im öffentlichen Dienst: Maßnahmen in der Fort- und Weiterbildung
- Gewalt gegen Frauen – Was können Frauengleichstellungsstellen tun?
- Zum Thema Bilderbücher: Mädchen können mehr
- Frauen-Nachttaxi. Ergebnisse einer Umfrage
- Kinder Kinder ... Zeit für Kinder. Informationen über Erziehungsurlaub, Erziehungsgeld und Kindertageseinrichtungen in Düsseldorf

Konsolidierung des Frauenbüros

Die Einrichtung des Frauenbüros implizierte neue Zielsetzungen für die kommunale Administration und erforderte zur Umsetzung wirksame Kompetenzen und eine alle Organisationseinheiten der Verwaltung erfassende Zuständigkeit. In dem neuen und strukturell unterdeterminierten Politikfeld bestanden erhebliche politische und verwaltungsinterne Entscheidungsspielräume über die Aufgaben und über die Organisation. Lange blieb die Zuordnung zum Oberstadtdirektor – als Alternative wurde die Ansiedlung beim Rat oder beim Sozialdezernenten beraten – politisch umstritten. Hochgesteckte Pläne und Erwartungen von den Möglichkeiten eines Frauenbüros einerseits und die von der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens vorgegebene Verwaltungsmäßigkeit der Arbeit führten, wie auch in anderen Städten, zu Problemen mit bedauerlichen personellen Folgen. 1988 ist das Frauenbüro unter der Leitung der erfahrenen Frauenbeauftragten, Dr. Gesine Spieß, und personell verstärkt in eine Phase der Kontinuität und gestiegener öffentlicher Akzeptanz gelangt.

Allgemeine Verwaltung

- 10 Hauptamt
- 11 Personalamt
- 12 Amt für Statistik und Wahlen
- 13 Presseamt
- 17 Bezirksverwaltungsstellen
- 18 Amt für automatisierte
Informationsverarbeitung
- 19 Umweltamt

Amt 10 – Hauptamt

Amtsleiter: Walter Mohr

Gemeinderecht einschl. Satzungsrecht; Anweisungen

Der Innenminister NW hat mit Verordnungen vom 06.12.1985

- die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse neu erlassen und
- die Verwaltungsverordnung zu § 45 Gemeindeordnung NW geändert.

Die entsprechenden Vorschriften der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Düsseldorf hat der Rat der Stadt mit Beschluß vom 06.03.1986 und mit Wirkung vom 01.01.1986 geändert, d.h., die Entschädigungsbeträge erhöht.

Dabei wurde erstmals von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auch den stellvertretenden Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorstehern und den Fraktionsvorsitzenden in den Bezirksvertretungen eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung zu gewähren.

Mit Beschluß vom 17.07.1986 hat der Rat der Stadt die Hauptsatzung in etlichen weiteren Punkten geändert; zum großen Teil handelte es sich um Auswirkungen der Änderungen der Gemeindeordnung von 1979 und 1984 (Umsetzung von Kann-Bestimmungen). Wegen der Vielfalt der Änderungen wird auf die Bekanntmachung im Düsseldorfer Amtsblatt vom 04.10.1986 verwiesen.

Mit Beschluß vom 25.09.1986 hat der Rat der Stadt darüber hinaus im §1 der Hauptsatzung die Personenbezeichnung „Ratsfrau“ festgeschrieben und bestimmt, daß Frauen die Amts- und Funktionsbezeichnungen in der jeweiligen weiblichen Sprachform führen.

Eine ähnliche Regelung ist durch das Rechtsbereinigungsgesetz 1987 NW, Artikel 9, vom 06.10.1987 in § 32 der Gemeindeordnung eingeflossen.

Mit Beschluß vom 28.01.1988 hat sich der Rat der Stadt eine neue Geschäftsordnung gegeben. Maßgebend hierfür waren die Änderungen der Gemeindeordnung von 1979 und 1984 sowie Bedürfnisse, die sich in der Praxis ergaben. Neu in die Geschäftsordnung wurde z.B. § 22 eingefügt, der den Bezirksvertretungen erstmals das Recht einräumt, im Rahmen ihrer Tagesordnung Fragestunden für Einwohner abzuhalten.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Anweisungen, Verfügungen etc. überarbeitet bzw. neu erlassen:

1. Anweisung über die Beflaggung der öffentlichen Gebäude der Stadt vom 02.07.86/02.03.88/ geänderter Neu-

druck vom 13.07.88 der Vfg. vom 02.03.88 (Slg. MittBl. „Befl.“),

2. Anweisung für die Behandlung der Posteingänge und Postausgänge in der Zentralen Poststelle und in den Amtspoststellen vom 01.02.82 (Änderung vom 19.10.88),
3. Anweisung über besondere Briefköpfe im Schriftverkehr der Stadtverwaltung Düsseldorf vom 28.09.87/28.11.88 (Slg. MittBl. „Brief“),

4. Anweisung über die Verwaltung und Verwendung der Dienstsiegel vom 04.08.88 (Slg. MittBl. „Sie“),

5. Verfügung über Dienstaussweise vom 03.04.86/Änderung vom 02.03.88,
6. RdVfg. vom 20.01.86 über die Genehmigung zur Mitarbeit in Gremien, deren Sitzungen Dienstreisen erfordern, die der Stadt Kosten verursachen,
7. Richtlinien über Dienstreisen vom 18.02.86.

Ehrungen

Vorschläge zur Verleihung des Feuerwehr-Ehrenzeichens an Angehörige der Berufsfeuerwehr, Freiwilligen- und Werksfeuerwehr:

- a) in Gold.
b) in Silber

Übernahme der Ehrenpatenschaft durch den Bundespräsidenten

Vom Oberbürgermeister wurden Glückwünsche aus Anlaß von Alters- und Ehejubiläen ausgesprochen:

Zur Vollendung des

80. Lebensjahres ohne Ehrengabe
80. Lebensjahres mit Ehrengabe
90. Lebensjahres
95. Lebensjahres
100. u. weiteren Lebensjahres.

- bei Goldenen Hochzeiten
bei Diamantenen Hochzeiten
bei Eisernen Hochzeiten.
Bei Kupfernen Hochzeiten

	1986	1987	1988
a) in Gold	6	1	2
b) in Silber	24	26	22
Übernahme der Ehrenpatenschaft durch den Bundespräsidenten	2	2	1
Zur Vollendung des			
80. Lebensjahres ohne Ehrengabe	3482	3755	3637
80. Lebensjahres mit Ehrengabe	329	422	382
90. Lebensjahres	617	624	671
95. Lebensjahres	121	138	139
100. u. weiteren Lebensjahres	19	22	26
bei Goldenen Hochzeiten	328	343	341
bei Diamantenen Hochzeiten	49	64	63
bei Eisernen Hochzeiten	14	14	12
Bei Kupfernen Hochzeiten	-	-	-

Ehrungen gemäß der Satzung über Ehreenauszeichnungen der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 19.04.1979:

	1986	1987	1988
Verdienstplakette	-	3	1
Jan-Wellem-Ring	4	1	-
Großer Ehrenring	-	-	1

Die Satzung über Ehreenauszeichnungen der Landeshauptstadt Düsseldorf wurde geändert

- a) am 06.03.1986:
Es wurde die Möglichkeit eröffnet, verdiente Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens im Rahmen der zahlenmäßigen Begrenzung mit dem Jan-Wellem-Ring oder mit dem Großen Ehrenring auszeichnen zu können.

b) am 17.12.1987:
Als zusätzliche Ehrung wurde die Ehrennadel in die Satzung aufgenommen, die der Rat der Stadt Düsseldorf an Mitglieder der Bezirksvertretungen verleiht, die insgesamt zehn Jahre oder zwei volle Wahlperioden einer Bezirksvertretung angehört haben.

Personalvertretungsrecht

Im Berichtszeitraum fanden in der Zeit vom 01. – 05.06.1987 folgende Wahlen statt:

a) Personalvertretungen

Es wurden folgende Personalräte gebildet:

Gesamtpersonalrat
Personalrat der Allgemeinen Verwaltung
Personalrat der Feuerwehr
Personalrat (Orchestervorstand) der Düsseldorfer Symphoniker
Personalrat der Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf
Personalrat des Straßen- Brücken- und Tunnelbauamtes und des U-Bahn-Amtes
Personalrat des Kanal- und Wasserbauamtes
Personalrat des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes
Personalrat des Stadtreinigungs- und Fuhramtes
Personalrat der Städtischen Häfen

b) Jugend- und Auszubildendenvertretungen

Es wurden folgende Vertretungen gebildet:

Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung
Jugend- und Auszubildendenvertretung der Allgemeinen Verwaltung
Jugend- und Auszubildendenvertretung der Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf
Jugend- und Auszubildendenvertretung des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes
Jugend- und Auszubildendenvertretung des Stadtreinigungs- und Fuhramtes

Nach der Neuwahl der Personalvertretungen hat der Rat gemäß § 67 Abs. 1 des Landespersonalvertretungsgesetzes im Einvernehmen mit dem Gesamtpersonalrat wiederum eine Einigungsstelle gebildet, die aus der Vorsitzenden, ihrem Stellvertreter und 18 Beisitzerinnen und Beisitzern besteht. Die Beisitzerinnen und Beisitzer werden je zur Hälfte vom Rat und vom Gesamtpersonalrat bestellt. Die Einigungsstelle wird auf Antrag des Leiters der Dienststelle (Oberstadtdirektor) oder der Personalvertretung tätig, wenn sich bei Maßnahmen, die von der Dienststelle beabsichtigt sind, und bei den vom Personalrat beantragten Maßnahmen, die seiner Mitbestimmung unterliegen, zwischen dem Leiter der Dienststelle und der Personalvertretung keine Einigung ergibt.

Datenschutz

Zwei Themen waren dominierend während des gesamten Berichtszeitraums, nämlich die Durchführung der Volkszählung und die weitere Entwicklung des Datenschutzrechts nach den Maßstäben, die das Bundesverfassungsgericht mit seiner richtungsweisenden Entscheidung zum Volkszählungsgesetz 1983 gesetzt hatte.

Seit dem 25.11.1986 war im Amt für Statistik und Wahlen eine Erhebungsstelle eingerichtet

worden, zu deren „Abschottung“ in der „Dienststanweisung für die Erhebungsstelle der Stadt Düsseldorf für die Volkszählung 1987“ vom 09.12.1986 nähere Einzelheiten festgelegt wurden. Mit Wirkung vom 01.12.1988 wurde die Düsseldorfer Erhebungsstelle zur Volkszählung wieder aufgelöst.

Die öffentlichen Diskussionen über die Volkszählung hatten viele Anfragen, Rückfragen und Hinweise aus der Bürgerschaft zur Folge. Aus der Sicht der kommunalen Vertretungskörperschaft hatte sich auch der Personalauschuß des Rates der Stadt mit der Durchführung der Volkszählung befaßt, um sich zur Gewährleistung des Datenschutzes zu vergewissern und sich ein eigenes Urteil bilden zu können.

Die Novellierung des allgemeinen Datenschutzrechts erforderte mehr Zeit als ursprünglich angenommen. Vorab schon wurde unter dem 10.03.1987 die „Geschäftsordnung für die automatisierte Informationsverarbeitung bei der Stadtverwaltung Düsseldorf“ erlassen.

Unter dem Datum vom 05.01.1987 hatte die Landesregierung einen überarbeiteten Gesetzentwurf (Drucksache 10/1565) unterbreitet und damit das zum Ende der vorangegangenen Legislaturperiode des Landtags nicht mehr angelaufene Gesetzgebungsverfahren neu eingeleitet. Im Verlauf der parlamentarischen Beratungen wurde am 10.09.1987 eine öffentliche Anhörung durchgeführt, bei der auch die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen ihre Stellungnahmen abgeben konnten. Das vom Landtag schließlich verabschiedete „Gesetz zur Fortentwicklung des Datenschutzes (GFD)“ vom 15.03.1988 (GV. NW 1988 S. 160) hat eine Neufassung des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen (DSG NW) und weitere Änderungen (u.a. des Verwaltungsverfahrensgesetzes und des Meldegesetzes) gebracht. Das neue Datenschutzgesetz NW geht aus von dem „informationellen Selbstbestimmungsrecht“, d.h. dem Recht des einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner Daten zu bestimmen. Einschränkungen dieses Rechts bedürfen einer gesetzlichen Grundlage. Der Anwendungsbereich des Gesetzes ist nicht mehr auf Dateien begrenzt, sondern umfaßt auch personenbezogene Daten in Akten und sonstigen Unterlagen. Der Grundsatz der Datenerhebung beim Betroffenen, das Zweckbindungsprinzip bei der Datennutzung, Einschränkungen bei der Amtshilfe und erweiterte Aufklärungs- und Auskunftspflichten sind weitere Grundpositionen der neuen Rechtslage.

Die Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes steht noch aus. Das ist deshalb von Bedeutung, weil das Bundesdatenschutzgesetz anzuwenden ist, soweit die Stadt Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch zu erfüllen hat.

Vom öffentlichen Disput begleitet und beeinflusst waren die gesetzlichen Regelungen zur Einführung fälschungssicherer und maschinenlesbarer Personalausweise und Reisepässe sowie die Änderung verschiedener Bundesgesetze (z.B. des Bundesstatistikgesetzes, des Straßenverkehrsgesetzes und der Abgabenordnung). Das Strafgesetzbuch wurde geändert und ergänzt um Vorschriften zur Bekämpfung der Computer-Kriminalität.

Organisation

Die Arbeit der Organisationsabteilung war im Berichtszeitraum von methodischen Organisationsuntersuchungen und zahlreichen organisatorischen Einzellösungen geprägt. Insbesondere wurden aufgabenkritische Überlegungen angestellt, die vom Rat initiiert waren oder auf Überlegungen der Verwaltung beruhten.

Auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 19.03.1987, eine sinnvolle Strategie der Aufgabenkritik und der Einnahmen- und Ausgabenpolitik zu entwickeln, bildete der Personalauschuß die Kommission Aufgabenkritik, für die die Organisationsabteilung die erforderlichen Entscheidungsprozesse vorbereitete. Aufgabenkritik kann als Faktor der Haushaltskonsolidierung nur sinnvoll sein, wenn auf Aufgaben verzichtet bzw. ihr Erledigungsstandard zurückgeführt wird und dadurch Stellen abgebaut werden können. Als Ergebnis der Beratungen in der Kommission, denen sich der Personalauschuß im Rahmen seiner Erörterungen anschloß, gelang es, insgesamt 100 Stellen einzusparen bzw. mit einem kw-Vermerk (= künftig wegfallend) zu versehen.

Zusätzlich zu den Maßnahmen der politisch initiierten Aufgabenkritik ordnete der Oberstadtdirektor die Bildung der Haushaltsstruktur-Kommission an. Einen großen Teil der Projekte, die von dieser verwaltungsinternen Kommission angesprochen wurden, hat die Organisationsabteilung bearbeitet und auf ihre Auswirkungen untersucht. Der Entscheidungsprozeß über diese einzelnen Vorhaben ist z. Z. noch nicht abgeschlossen.

Neben den o.a. Aktionen wurden methodische Organisationsuntersuchungen durchgeführt; im folgenden sind jeweils die wichtigsten Ergebnisse dargestellt:

● Bürgerbüros

Abbau von Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger; Abbau der Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den am stärksten belasteten Bürgerbüros

● Stadtkasse – Abt. Zahlungsverkehr

Verbesserung der Arbeitsverteilung; Straffung des Arbeitsablaufes

● Ordnungsamt

Optimierung der Arbeitsabläufe; Verbesserung der Arbeitsbedingungen; Senkung der Personalausgaben

● **Schulverwaltungsamt – Abt. Schulbau und Schulgebäude**

Verbesserung der Arbeitsabläufe durch neue Struktur der Abteilung; Anpassung des Personalbedarfs an heutige Arbeitssituation

● **Schulamt**

Straffung der Arbeitsabläufe; Senkung der Personalausgaben

● **Amt für Wohnungswesen – Härteausgleich**

Personalaufstockung und Bewältigung von Mehrarbeit; Verkürzung der Bearbeitungszeiten

● **Stadtreinigungs- und Fuhramt – Schreibdienst**

Anpassung Personalbestand an heutige Arbeitsmenge; Senkung der Personalausgaben durch Einsatz von Textverarbeitungssystem

Daneben war es in einer Vielzahl von Fällen erforderlich, Arbeitsabläufe, organisatorische Strukturen, Zuständigkeiten, Personalbemessungen u.a. zu überdenken und veränderten Anforderungen entsprechend neu festzulegen. Eine umfassende Darstellung ist hier nicht möglich, die folgenden Angaben sind daher nur beispielhaft:

- Einrichten des Umweltdezernates und des Umweltamtes
- Einrichten des Straßenverkehrsamtes als selbständige Organisationseinheit
- Einrichten der Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus
- Einrichten der Abteilung Aus- und Fortbildung im Personalamt
- Einrichten der Abteilung Schulische Weiterbildung an der Volkshochschule
- Einführen einer neuen Organisationsstruktur in der Abt. Ausländerangelegenheiten des Amtes für Einwohnerwesen
- Neustrukturieren des Zivilschutzamtes
- Neuorganisation der Technischen Abteilung des Bauaufsichtsamtes; Anpassen an neue Bezirkssatzung
- Neustrukturierung der Wohngeldabteilung; Anpassen der Personalbemessung
- Neuorganisation des Hochbauamtes; Anpassen an neue Aufgabenschwerpunkte und Neuordnen der Abteilungsstruktur
- Einrichten der Abteilung Abwasserplanung, der Abteilung Abwasserbau und der Abteilung Kläranlagenbetrieb beim Kanal- und Wasserbauamt
- Einrichten von Recycling-Höfen des Stadtreinigungs- und Fuhramtes
- Quantitative Personalbemessung im Standesamt wegen gestiegener Fallzahlen im Bereich Staatsangehörigkeit und Namensrecht
- Quantitative Personalbemessung im Versicherungsamt (Kindererziehungsleistungsgesetz)
- Anpassen der Personalausstattung der Stadtbücherei nach Einsatz der automatisierten Datenverarbeitung und Umzug in das Weiterbildungszentrum

● Anpassen der Personalausstattung des Löbbecke-Museums und Aquazoo nach dem Umzug

● Organisatorische Begleitung der Volkszählung 1987

● Zusammenführen der einzelnen Dienststellen des Gesundheitsamtes im Gesundheitshaus

● Übernahme der Aufgaben des Ausgleichsamtes Mettmann durch das Ausgleichsamt der Stadt Düsseldorf

● Einrichten einer Vorprüfstelle beim Bauaufsichtsamt

Stellenplan

Die intensiven Bemühungen um eine weitere Rationalisierung der Verwaltung ermöglichten es, im Berichtszeitraum eine größere Zahl von Stellen – insgesamt 232,5 – einzusparen.

Neue Aufgaben, die gestiegenen Fallzahlen in vielen Bereichen der Verwaltung und die intensiviertere Wahrnehmung von Aufgaben z.B. im Bereich des Umweltschutzes machten aber gleichzeitig die Neuschaffung von 479 Stellen erforderlich.

Einschließlich der Eigenbetriebe erhöhte sich die Gesamtstellenzahl daher von **10.746** auf **10.992,5**.

Verbesserungsvorschläge

Das Vorschlagswesen ist von besonderer Bedeutung für die Organisationsarbeit. Hier

ist allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Gelegenheit gegeben, eigene Ideen zu entwickeln und in die Verwaltung einzubringen. In den Jahren 1986 – 1988 konnte der aus Vertretern des Personalrates und des Hauptamtes gebildete Ausschuß für Verwaltungsvereinfachungs- und technische Verbesserungsvorschläge 95 von 144 Vorschlägen mit einer Geld- oder Buchprämie anerkennen. Insgesamt wurden rd. 15.000 DM als Prämien ausgeschüttet.

Im Herbst 1988 startete die Organisationsabteilung eine Werbeaktion. Diese Aktion führte zu einem deutlichen Anstieg der Zahl der eingereichten Vorschläge.

Beschwerdeangelegenheiten

Von dem in der Gemeindeordnung verankerten Recht, sich in Angelegenheiten der Gemeinde mit Anregungen und Beschwerden (Bürgeranträgen) an den Rat zu wenden, haben im Berichtszeitraum zunehmend mehr Bürgerinnen und Bürger Gebrauch gemacht. Die Zahl der in diesen drei Jahren eingegangenen Bürgeranträge (335) stieg gegenüber dem Vergleichszeitraum (214) um 57 %. Der für die Behandlung dieser Anträge zuständige Beschwerdeausschuß, der von einer der Abteilung 10/1 zugeordneten Geschäftsstelle betreut wird, tagte in dieser Zeit in 34 Sitzungen (1983–1985 = 27 Sitzungen).

	1986	1987	1988
Sitzungen	11	11	12
Beschwerden/Anregungen	106	105	124
davon:			
Ausschuß unzuständig	6	9	16
Abhilfe durch Geschäftsstelle	26	27	42
Behandelte Eingaben aus den einzelnen Verwaltungsbereichen:			
Bauwesen/Planung	9	10	22
Verkehr	13	16	18
Öffentliche Einrichtungen	12	15	7
Umwelt	2	2	3
Sozial- und Jugendhilfe	5	8	8
Sonstige	21	11	12

Raumangelegenheiten

1986 konnten im „Gesundheitshaus“, Kölner Str. 180, die bisher in verschiedenen Gebäuden untergebrachten Dienststellen des Gesundheitsamtes unter einem Dach zusammengefaßt werden. Das Institut für Lebensberatung wurde in den verkehrsgünstig gelegenen Bereich an der Willi-Becker-Allee verlegt. Einwohnermeldeamt und Schulverwaltungsamt bezogen die nach der Belegung des II. Bauabschnittes des Technischen Verwaltungsgebäudes freigewordenen Räume am Burgplatz; dadurch konnten Mietobjekte aufgegeben werden.

Die im Umweltamt zusammengefaßten Organisationseinheiten wurden zentral am Karl-

platz 24 untergebracht. Das Gebäude Bendenmannstr. 15 bot den Betriebsärzten und Sicherheitsingenieuren die für ihre Arbeit nötigen Räume; damit fanden die beengten Verhältnisse in der Grünstr. 15 ein Ende. Die Einrichtung der Mahn- und Gedenkstätte in der Mühlenstr. machte eine Verlegung der Zentralen Adressverwaltung und Vervielfältigungsstelle innerhalb des Gebäudekomplexes erforderlich. Dem Personalrat konnten neue Räume im Gebäude Burgplatz 11 angeboten werden.

Folgende Mietobjekte konnten aufgegeben werden:

- Benrather Str. 7
- Kasernenstr. 61
- Graf-Adolf-Str. 89
- Immermannstr. 40

Goethestr. 56
Inselstr. 18
Kettwiger Str. 6
Erkrather Str. 162

Grünstr. 15
Schwanenmarkt 21
Breite Str. 7

träge gestiegen. Für den Berichtszeitraum ist folgendes Auftragsvolumen festzuhalten:

1986 – 1988 = 17.858 Aufträge

Gegenüber dem Berichtszeitraum 1983 – 1985 bedeutet dies eine Steigerung um 434 Aufträge.

Anhand der 1980 eingeführten Betriebsabrechnung ist auch für den Zeitraum 1986 –

1988 festzustellen, daß die städtische Druckerei wirtschaftlich arbeitet. Um das erreichte Wirtschaftlichkeitsniveau zu halten bzw. noch zu steigern, wird der eingesetzte „Maschinenpark“ kontinuierlich modernisiert und das Satzsystem ständig den neuen technischen Möglichkeiten angepaßt.

Im genannten Zeitraum schlossen 2 Buchbinder, 1 Drucker und 4 Schriftsetzer ihre Ausbildung erfolgreich ab.

Druckerei

Bedingt durch eine allgemeine Ausweitung der Verwaltungstätigkeit ist das Volumen der in der städtischen Druckerei erledigten Auf-

Zentrale Poststelle

Von der Zentralen Poststelle wurden in folgendem Umfang Postsendungen aufgegeben:

Art der Sendung	1986	1987	1988
Allgemeine Sendungen 1)	1.495.849	1.630.280	1.638.748
Briefe mit Zustellungsurkunde	229.830	224.863	185.678
Einschreibesendungen	26.426	24.484	26.117
Massenpost 2)	1.699.803	1.838.752	1.755.880
Tagespost 3)	361.589	413.978	474.008
Pakete	6.214	8.205	8.114
	3.819.711	4.140.562	4.088.545

1) In diesen Zahlen sind auch die Sammelpostsendungen enthalten. Die Zahl der Postsachen in den jeweiligen Sammelpostsendungen wurde wegen des zu hohen Arbeitsaufwandes nicht ermittelt.

2) Unregelmäßig anfallende Post jeweils gleicher Art in großen Mengen.

3) Bei der Zentralen Poststelle maschinell kuvertierte Einzelsendungen der Ämter und Dienststellen.

Durch den Einsatz einer in 1986 speziell für die Verarbeitung von Endlosvordrucken beschafften Maschine konnte die Bearbeitungszeit in diesem Bereich erheblich verkürzt werden.

Weiterhin ist zu erwähnen, daß, bedingt durch Umzug bzw. Neueinrichtung von Ämtern und Dienststellen, die Boten-Touren der Zentralen Poststelle um 12 Anfahrtsstellen erweitert wurden.

Zentrale Adreßverwaltung

Die im Laufe des Jahres 1984 begonnene Umstellung der Adreßverwaltung vom sog. Adremaverfahren auf automatisierte Datenverarbeitung konnte im Sommer 1988 endgültig abgeschlossen werden. Dazu waren umfangreiche Verbesserungen an den ursprünglich zur Verfügung stehenden Datenverarbeitungsprogrammen erforderlich. Außerdem mußten sämtliche innerhalb der Stadtverwaltung benutzten Adressen (rd. 116.000 Anschriften) grundlegend überarbeitet werden.

So wurden

1986	1987	1988
3.211	2.807	5.375

Einheiten an städtischem Archivgut übernommen, die jeweils bis zu 30 Einzelvorgänge enthalten können. Außerdem konnte das Archiv die teilweise sehr umfangreichen Nachlässe von Knapp 1986, von Lantz und Prof. Tamms, dem ehem. Planungsdezernenten der Stadt Düsseldorf, 1987 sowie von Hilgers und Schmitz 1988 übernehmen bzw. erwerben und bereits durch Erschließung für Interessenten nutzbar machen. Auch das jahrelange Bemühen um ein ADV-unterstütztes Archivierungsverfahren hatte mit der Installation eines leistungsfähigen Personalcomputers gegen Ende 1986 seinen ersten Erfolg. Seit Febr. 1987 werden die umfangreiche Bildersammlung des Archivs und eine Archivabteilung mit Hilfe dieses Kleinrechners erfaßt und erschlossen. Der wesentliche Inhalt von 11.000 Akten und von 5.500 Bildern ist heute schon auf diese Weise abrufbar. So ist es für Teilbereiche möglich geworden, unnötige Aktenbewegungen zu vermeiden, Originale zu schonen und Auskünfte schneller zu erteilen. Dies sind Ergebnisse, die aus der beständigen Zunahme der Archivalienbenutzungen geradezu zwingend notwendig geworden sind.

Lag die Zahl der Benutzerinnen und Benutzer in den Vorjahren noch weit unter zweitausend, so wurden

1986	1987	1988
2.339	2.731	2.969

Besucherinnen und Besucher gezählt. Parallel hierzu stieg auch die an das Archivpersonal gerichtete Erwartung an immer eingehendere Beratung. Unter den insgesamt 199 wissenschaftlich betreuten Arbeiten waren im Berichtszeitraum 19 Dissertationen, 3 Habilitationsschriften, 21 Staatsexamens- und 156 sonstige Forschungsvorhaben. Außerdem stieg die Zahl der schriftlich abgefaßten Stellungnahmen und Gutachten in diesen drei Jahren von 744 auf 810. Insgesamt wurden für Archivbenutzerinnen und -benutzer

1986	1987	1988
5.050	4.350	4.200

Akten bewegt und 1.500 Einheiten städtischen Institutionen wieder zur Verfügung gestellt. An diesen leicht absinkenden Zahlen ist ein erster Erfolg der beabsichtigten Rationalisierung ablesbar.

Die in der Bevölkerung immer beliebter werdende Inanspruchnahme der Mikroverfil-

Stadtarchiv

Seit Juni 1986 stehen dem Stadtarchiv zusätzlich zwei große Magazinräume mit Vollkompaktus-Regalanlagen zur Verfügung. Die im letzten Verwaltungsbericht gemeldete, aus Platzmangel notwendig gewordene Zurückstellung von Aktenablieferungen der Ämter konnte daher vorübergehend wieder aufgehoben werden. Dennoch ist die baldige Bereitstellung eines neuen Archivgebäudes mit einer für die nächsten 15 Jahre hochgerechneten Bedarfsfläche für Archivalien, Mitarbeiter und Benutzer nicht länger aufschiebbar.

mungsstelle im Stadtarchiv, um für Jubiläen und „runde“ Geburtstage Zeitungsrückvergrößerungen käuflich zu erwerben, ließ zwar die Anzahl der hergestellten Sicherheitsfilme von 179 auf 108 sinken, die Einnahme allein aus diesem Bereich jedoch von 27.340,00 DM im Jahre 1986 auf 40.950,00 DM im Jahre 1988 steigen.

Zwei Archivalien- und Fotoausstellungen richtete das Archiv im Berichtszeitraum aus. Vom 27.06. – 27.09.1987 wurden aus Anlaß des 75jährigen Bestehens des Stadtarchivs in der Stadtinformation „Dokumente aus sieben

Jahrhunderten“ gezeigt. Außerdem zeigte das Stadtarchiv gemeinsam mit der Bezirksvertretung 10 aus Anlaß des 700jährigen Stadtjubiläums eine Ausstellung unter dem Titel „Düsseldorfer Trabanten feiern mit“ vom 20.06. – 31.08.1988 in den Räumen der Freizeitstätte Garath.

Am 15. September konnten auch zum Stadtjubiläumsjahr die ersten beiden der auf vier Bände angelegten, schon seit Jahrzehnten geplanten großen Stadtgeschichte „Düsseldorf, Geschichte von den Ursprüngen bis ins 20. Jahrhundert“, Herausgeber Hugo

Weidenhaupt, der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

An Publikationen brachte das Archiv 1987 eine „Geschichte und Bestandsübersicht“ und aus Anlaß des Ausscheidens des langjährigen Leiters des Stadtarchivs, Prof. Dr. Hugo Weidenhaupt, am 30.06.1988, seine Aufsätze aus vier Jahrzehnten „Aus Düsseldorfs Vergangenheit“ heraus.

Am 18. August 1988 ist Dr. Clemens Graf von Loos-Corswarem zum Nachfolger in der Leitung des Stadtarchivs bestellt worden.

Amt 11 – Personalamt

Amtsleiter: Erich Schmidt

Allgemeines

Am 01.09.1987 wurde im Amt 11 die Abteilung 5 – Aus- und Fortbildung – gebildet. Zur gleichen Zeit wurde der bis dahin unmittelbar dem Amtsleiter unterstellte Betriebsärztliche Dienst und der Dienst für technische Arbeitssicherheit der Abteilung 11/1 zugeordnet.

Mit Wirkung vom 16.11.1987 erfolgte die Übertragung der bis dahin von der Betreuungsstelle des Personalamtes wahrgenommenen Aufgabe der Wohnungsfürsorge für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf das Amt für Wohnungswesen.

Amtsleiter Friedel Richter wurde in seiner Funktion wegen Eintritts in den Ruhestand am 01.12.1987 von Herrn Erich Schmidt abgelöst.

Personalwirtschaft

Der Umfang der Bewerbungen ohne Berücksichtigung der Nachwuchskräfte stellt sich zahlenmäßig wie folgt dar:

1986 = 4.592

1987 = 5.050

1988 = 4.175

Hieraus resultierten ohne Berücksichtigung der Nachwuchskräfte folgend Neueinstellungen:

1986 = 843

1987 = 782

1988 = 807

Zur Durchführung verschiedener Veranstaltungen bzw. Sonderaktionen wie BUGA 1987, Stadtjubiläum 1988, Volkszählung, Wahlen wurde über das städtische Personal hinaus Zeitpersonal eingestellt.

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt Düsseldorf führte die Personalverwaltung in den

Jahren 1986 bis 1988 insgesamt 134 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch und beschäftigte dabei vorübergehend 746 Personen. Teilweise konnten die Teilnehmer in ein Dauerarbeitsverhältnis übernommen werden.

Aufgrund der prekären Haushaltssituation im Jahr 1987 wurde durch den Oberstadtdirektor mit Verfügung vom 21.08.1987 für die Zeit bis 23.12.1987 grundsätzlich ein Einstellungsstopp angeordnet.

Für Nachwuchskräfte wurden Ausbildungsmöglichkeiten in 35 Ausbildungsberufen

angeboten. Um diese Ausbildungsberufe bewarben sich in der Berichtszeit jährlich mehr als 2.000 Interessenten. In Anbetracht dieser Bewerberzahlen sind sämtliche Ausbildungskapazitäten mobilisiert und genutzt worden; darüber hinaus wurden im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen. Entsprechend dem Votum des Personalausschusses verfolgte die Personalverwaltung das Ziel, allen Nachwuchskräften nach Beendigung der Ausbildung eine Weiterbeschäftigung anzubieten.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Zahl der Nachwuchskräfte in den einzelnen Ausbildungsbereichen:

	31.12.86	31.12.87	31.12.88
a) nichttechnischer Betrieb			
– Stadtinspektoranwärter/innen	127	139	139
– Aufstiegsbeamte/beamtinnen	20	28	31
– Stadtassistentenanwärter/innen	78	83	90
– Verwaltungsfachangestellte	44	38	48
– Bürogehilfinnen	40	38	39
– Assistent/in an Bibliotheken	6	7	6
– Sozialversicherungsfachangest.	4	6	6
b) technischer Bereich			
– Auszubildende (z. B. Chemielaboranten, Vermessungstechniker)	24	17	19
– Beamtenanwärter/innen (z. B. Vermessungs- und Bauinspektoranwärter/innen, ohne mittl. Dienst bei Amt 37)	20	14	10
c) gewerblich technischer Bereich			
– Auszubildende (z. B. Kfz-Schlosser, Gärtner, Forstwirte, Schriftsetzer, Drucker, Ver- und Entsorger, Berufskraftfahrer)	159	143	142
d) Krankenpflegebereich			
– Krankenpflegeschüler/innen	62	66	66
– Krankenpflegehilfeschüler/innen	41	47	40
e) Praktikanten			
– Praktikanten im Sozial- und Erziehungsdienst sowie in anderen Bereichen einschl. Vorpraktikanten	ca. 160	ca. 140	ca. 150
insgesamt	785	766	786

Die Zahl der Anträge auf Arbeitnehmerweiterbildungsurlaub stieg im Berichtszeitraum stark an und stellt sich wie folgt dar:

1986 = 180 Anträge
1987 = 220 Anträge
1988 = 340 Anträge

Gemeinsame Regelungen für Angestellte, Arbeiter und Beamte

Arbeitszeit, Erziehungsgeld, Beurlaubung einschl. Erziehungsurlaub

Als ersten Schritt auf eine Arbeitszeitverkürzung erhalten Angestellte, Arbeiter und Beamte, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, seit 01.01.1986 pro Kalenderhalbjahr einen zusätzlichen freien Tag.

Mit Wirkung vom 01.01.1986 wird für Geburtsfälle nach dem 31.12.1985 anstelle des bis dahin von der Stadtverwaltung für jeweils sechs Monate gezahlten Mutterschaftsurlaubsgeldes nun vom Versorgungsamt Erziehungsgeld gewährt. Für den Zeitraum, in dem Erziehungsgeld gezahlt wird, besteht für Angestellte, Arbeiter und Beamte auch Anspruch auf Erziehungsurlaub. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub wurden bzw. werden für bis 31.12.1987 Geborene bis zur Vollendung des 10. Monats, für ab 01.01.1988 Geborene bis zur Vollendung des 12. Monats des Kindes gewährt.

Da die Beurlaubung zum Zwecke der Erziehung eines Kindes von § 50 Abs. 2 BAT und § 47a Abs. 2 BMT-G nicht erfaßt ist, wurde in Anlehnung an § 85 a LBG für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadtverwaltung Düsseldorf die Möglichkeit geschaffen, zur Betreuung eines im Haushalt lebenden Kindes auf Antrag Urlaub ohne Anspruch auf Vergütung und Lohn zu erhalten. In besonders gelagerten Einzelfällen ist die Verwaltung bereit, über den Zeitraum von 3 Jahren hinaus Urlaub zu gewähren.

Beamten- und Besoldungsrecht

Aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 07.07.1982 wurde § 5 Abs. 4 Satz 1 erste Alternative und Satz 2 BeamtVG der damaligen Fassung mit Wirkung

vom 01.12.1982 gestrichen. Damit entfallen bei Tod des Beamten und bei Versetzung des Beamten in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit die bisherigen Ausnahmen von dem Grundsatz, daß die Dienstbezüge des zuletzt innegehabten Amtes nur dann ruhegehaltfähig sind, wenn der Beamte sie mindestens zwei Jahre lang erhalten hat.

Mit Beschluß vom 30.09.1987 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, daß die Neufassung des § 55 Abs. 1 BeamtVG durch Art. 2 § 1 Nr. 7 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes hinsichtlich der Rentenanrechnung bei Versorgungsempfängern keinen Verstoß gegen rechtsstaatliche oder verfassungsrechtliche Grundsätze darstellt.

Die in § 12 Abs. 2 a der Beihilfenverordnung getroffene Regelung, daß die Beihilfe bei stationären Krankenhausbehandlungen, Sanatoriumsbehandlungen und zahnärztlichen Leistungen zusammen mit den Leistungen einer Krankenversicherung die dem Grunde nach beihilfefähigen Aufwendungen nicht übersteigen darf, wurde durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25.06.1987 für ungültig erklärt. Bis zu einer Neuregelung werden die Beihilfen in diesen Fällen vorläufig nach der für ungültig erklärten Vorschrift berechnet.

Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge

Im Berichtszeitraum wurden die Dienst- und Versorgungsbezüge

zum 01.01.1986 um 3,5 %,
zum 01.01.1987 um 3,4 % und
zum 01.03.1988 um 2,4 %

erhöht.

Tarifrecht

Anpassungen der Vergütungen und Löhne

Die jeweiligen Tarifabschlüsse bewirkten eine Anhebung der Vergütungen und Löhne

zum 01.01.1986 um 3,5 %,
zum 01.01.1987 um 3,4 % und
zum 01.03.1988 um 2,4 %.

Gesetzliche Abzüge

Sozialversicherung

Die Beitragsbemessungsgrenzen in der Rentenversicherung für Angestellte und Arbeiter betragen:

1986 = 5.600,00 DM mtl.
1987 = 5.700,00 DM mtl.
1988 = 6.000,00 DM mtl.

Die Beitragsbemessungs- und Jahresarbeitsverdienstgrenzen für die Versicherungspflicht in der Krankenkasse beliefen sich

1986 auf 4.200,00 DM mtl.
1987 auf 4.275,00 DM mtl. und
1988 auf 4.500,00 DM mtl.

Nebentätigkeiten

Eine im Jahr 1987 durchgeführte Erfassung der Nebentätigkeiten aller Beamten und Angestellten ergab, daß insgesamt 681 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Genehmigung zur Ausübung einer Nebentätigkeit haben. Schwerpunkte liegen in Bereichen der Lehr-, Vortrags-, Diakon-, Küster-, Pflugschafts- und Vormundschaftstätigkeiten.

Betreuung städt. Mitarbeiter/innen

Im Berichtszeitraum wurden 198 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Wohnraumbeschaffungsdarlehen in Höhe von insgesamt 708.686,00 DM gewährt. Des weiteren wurden für 250 Mitarbeiter zum Bau oder Erwerb eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung Arbeitgeberdarlehen von insgesamt 4,5 Mio DM bereitgestellt.

Zusatzversorgungskasse (ZVK)

Für jedes Jahr der Berichtszeit hat die ZVK einen broschierten Geschäftsbericht herausgegeben, aus dem die Entwicklung auf allen Gebieten hervorgeht.

Studieninstitut für kommunale Verwaltung

Die räumlichen Veränderungen, die mit dem Umzug des Instituts im Jahr 1983 von der Friedrich-Ebert-Straße 55 zur Lacombletstraße 9 eingeleitet wurden, sind inzwischen abgeschlossen worden. Die letzten Räume, die der Hauptschule im Gebäudekomplex Lacombletstr. 9 noch zur Verfügung standen, sind im Sommer 1986 vom Institut übernommen worden, so daß nunmehr mit Ausnahme der Turnhalle der gesamte Gebäudekomplex dem Institut zur Verfügung steht. Gleichzeitig

konnten 8 Räume in Holzpavillons der ehemaligen Grundschule, deren Nutzung von Beginn an als Provisorium angesehen worden war, aufgegeben werden. Zusätzlich zu den vorhandenen 2 Räumen wurde im Jahr 1988 ein weiterer Raum als ADV-Schulungsraum eingerichtet. Insgesamt stehen dem Institut nunmehr folgende Räume für seine Arbeit zur Verfügung:

12 Verwaltungsräume einschließlich Konferenzraum und Aufenthaltsraum für nebenamtliche Dozentinnen/Dozenten
15 Unterrichts-/Seminarräume einschließlich Großraum (Aula)
2 Gruppenarbeitsräume
3 ADV-Schulungsräume
1 Schreibmaschinenraum
1 Bibliotheksraum
1 Aufenthaltsraum für Lehrgangs-/Seminar Teilnehmer/innen

Die Ausbildung und Prüfung der Beamten des gehobenen bautechnischen Dienstes hat eine neue Rechtsgrundlage erhalten. Für den gesamten Personenkreis ist nunmehr die Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des gehobenen bautechnischen Dienstes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden des Landes Nordrhein-Westfalen (VAP gbaut.D-Gem.) vom 22.02.1987 anzuwenden. An Neuerungen gegenüber dem Bisherigen seien vor allem genannt:

- Ausweitung der Gesamtausbildungszeit von 12 Monaten auf 14 Monate
- Erhöhung der Stundenzahl in der theoretischen Ausbildung an den Studieninstituten von 320 auf 430
- Einführung der Fächer Umweltschutz, Organisationslehre und technikerunterstützende Informationsverarbeitung
- Abhängigkeit der Prüfungszulassung von Beurteilungen in der Praxis und bestimmten Mindestleistungen im Unterricht

Die theoretische Ausbildung wird nicht mehr wie bisher in einem fortlaufenden Lehrgang, sondern in einem Einführungslehrgang am Beginn der Ausbildung und einem Abschlußlehrgang vor der Laufbahnprüfung durchgeführt.

Die Entwicklung der technikerunterstützenden Informationsverarbeitung in der Praxis der Verwaltungen war für die maßgebenden Stellen Veranlassung, die Ausbildung in diesem Bereich in den meisten Ausbildungsberufen durch Änderung der Lehr- und Stoffverteilungspläne auszuweiten. So ist die Zahl der Unterrichtsstunden im Fach technikerunterstützende Informationsverarbeitung 1987 für Lehrgänge des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes von 30 auf 60 und für den Angestelltenlehrgang I von 20 auf 40 erhöht worden. Für andere Lehrgänge (Angestelltenlehrgänge II, Lehrgänge im Rahmen der dienstbegleitenden Unterweisung für Auszubildende im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter) sind bereits Verhandlungen, die eine Änderung der Stundenzahl in dem genannten Fach anstreben, eingeleitet worden. Die Neuregelungen sehen im übrigen alle vor, daß mindestens die Hälfte der Stunden für Übungen an Datenverarbeitungsgeräten zu verwenden ist. Das hat im Jahr 1988 dazu geführt, in unserem Institut einen Personal-Computer-Raum einzurichten, der natürlich auch im Rahmen der Fortbildung Verwendung findet.

Im Zusammenhang mit der Einführung der Textverarbeitung an vielen Arbeitsplätzen werden die Ausbildungskräfte der Stadt Düsseldorf, soweit entsprechende Kenntnisse nicht vorhanden sind, im Maschinenschreiben ausgebildet. 1986, 1987 und 1988 haben insgesamt 252 Ausbildungskräfte eine Abschlußprüfung in diesem Fach abgelegt. Die Auszubildenden für den Ausbildungsberuf Bürogehilfin/Bürogehilfe erhalten zudem seit 1986 speziell Unterricht im Fach „Textverarbeitung“ an Textverarbeitungsgeräten. In

den letzten 3 Jahren sind an diesen Geräten insgesamt 135 Bürogehilfinnen/Bürogehilfen ausgebildet worden.

Die Zahl der Lehrgänge und Lehrgangsteilnehmer/innen stellt sich für die Jahre 1986 - 1988 wie folgt dar:

	Lehrgänge	Lehrgangsteilnehmer/innen
1986	41	834
1987	39	842
1988	36	793

Die Veränderungen bewegen sich, auch verglichen mit denen in den Jahren vor 1986, im Bereich der üblichen Schwankungen. Die hohen Zahlen in den Jahren 1986 und 1987 spiegeln verstärkte Einstellungen von Nachwuchskräften im Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit wider. Der Rückgang der Zahlen im Jahr 1988 hat seine Ursache darin, daß wegen Unklarheiten bezüglich der Zulassungsverfahren Angestelltenlehrgänge I und II nicht im üblichen Umfang durchgeführt wurden.

Die Zahl der Teilnehmer/innen an Auswahlverfahren für die Einstellung von Nachwuchskräften hat sich im Vergleich vor allem zum Jahr 1985 verringert, nunmehr aber, wie die nachfolgenden Zahlen zeigen, eine gewisse Konstanz erreicht.

1986 2435 Teilnehmer/innen
1987 2523 Teilnehmer/innen
1988 2478 Teilnehmer/innen

Bei den Einführungstagen für neueingestellte Nachwuchskräfte konnte der hohe Stand der Teilnehmerzahl, wie er sich 1985 herausgebildet hatte, gehalten werden. Auf die Berichtszeit verteilt, ergeben sich folgende Zahlen:

1986 295 Nachwuchskräfte
1987 286 Nachwuchskräfte
1988 281 Nachwuchskräfte

Die Zahl der hauptamtlichen Dozenten/Dozentinnen im Bereich der Ausbildung hat sich um 1/2 zusätzliche Kraft verändert. Bei den nebenamtlichen Dozenten/Dozentinnen haben sich praktisch kaum Veränderungen ergeben. Eingesetzt wurden im Bereich der Ausbildung 1988 61 Personen.

Die Inanspruchnahme des Fortbildungsangebotes des Studieninstitutes im Berichtszeitraum läßt im Vergleich zu früheren Jahren einen Rückgang der Veranstaltungs- und Teilnehmerzahlen erkennen.

	Anzahl der Seminare	Anzahl der Teilnehmer/innen
1986	219	2.593
1987	176	2.505
1988	149	1.965

Der Rückgang der Zahlen liegt im wesentlichen in folgendem begründet: Zum einen mußte das Seminarangebot durch eine zeitweise Nichtbesetzung der Stellen des Leiters des Fachbereichs Fortbildung und eines weiteren hauptamtlichen Dozenten eingeschränkt werden, zum anderen liegt eine Veränderung darin begründet, daß sich die methodische Veränderung der Fortbildungsarbeit in einem wesentlichen Teil in längerfristigen, lernprozeßähnlichen Beratungs- und Trainingsveranstaltungen niederschlägt. Das bedeutet, daß einzelne Zielgruppen an Fortbildungsveranstaltungen über einen längeren Zeitraum teilnehmen.

Der Bereich der AUTOMATISIERTEN DATENVERARBEITUNG (ADV-Fortbildung) gewinnt weiterhin wie in den Vorjahren in wachsendem Maße an Bedeutung. Die sich stets weiter entwickelnden Möglichkeiten der Kommunikationstechnik ziehen immer wieder Neuerungen in den Anwendungsgebieten nach sich.

Nach anfänglich starker Nachfrage nach generellen und einführenden Veranstaltungen wurden in erster Linie anwendungsbezogene Seminare erforderlich. Die statistischen Zahlen für den ADV-Bereich sehen wie folgt aus:

	Anzahl der Seminare	Anzahl der Teilnehmer/innen
1986	88	894
1987	48	581
1988	49	596

Die ADV-Fortbildung ist im Laufe der Jahre im Studieninstitut hinsichtlich der Hardware auf die Bedarfe der nichttechnischen und der technischen Verwaltung eingestellt worden.

Wie in der Vergangenheit war es auch in den zurückliegenden drei Jahren wieder möglich, den aktuellen Erfordernissen der fachlichen Fortbildung zu entsprechen. In Zahlen drückt sich dies wie folgt aus:

	Anzahl der Seminare	Anzahl der Teilnehmer/innen
1986	50	612
1987	56	897
1988	60	621

Neben diesen fachlich orientierten Seminaren als hartem Kern der Fortbildungsarbeit hat sich die verhaltensorientierte Fortbildung in ihrer Bedeutung ebenfalls etabliert. Das zu diesem Fortbildungsbereich gehörende „DIENSTSTELLENBEZOGENE TRAINING“ wird inzwischen intensiver von verschiedenen Stellen der Verwaltung angefordert.

Die Veranstaltungen zum Thema „Umgang mit dem Bürger“ haben sich bezüglich der Zielgruppenspezialisierung weiterhin ausgeweitet. Im Berichtszeitraum wurden unter dem

Titel „Personalverhalten im Umgang mit Badegästen“ in Zusammenarbeit mit dem Verein Deutscher Badefachmänner e.V. 22 Veranstaltungen durchgeführt, die von Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus dem gesamten Bundesgebiet besucht wurden.

Der Zuschnitt der Veranstaltungsreihe auf die Belange städtischer Bibliotheken bewirkte ein ähnliches Echo. Auch in diesem Bereich fand die Fortbildungsarbeit des Studieninstitutes für kommunale Verwaltung Düsseldorf bundesweit ein reges Interesse.

In Zusammenarbeit mit der Frauengleichstellungsstelle werden seit 1987 Seminare angeboten, die sich in erster Linie mit frauentypischen Problemstellungen im dienstlichen Alltag befassen. Veranstaltungen dieser Art sind inzwischen fester Bestandteil des Fortbildungsprogramms.

Betriebskrankenkasse der Landeshauptstadt Düsseldorf

(Körperschaft des öffentlichen Rechts)

Geschäftsführer: Hermann Kleinbreuer

Der gesamte Berichtszeitraum stand im Zeichen des immer größer werdenden Auseinanderklaffens der Schere zwischen den Einnahmen und Ausgaben. Die seit 1984 anhaltende verlustreiche Entwicklung hatte einen erheblichen

Abbau des Vermögens zur Folge. Der Nachfrageboom durch die Versicherten im Vorfeld des zum 1.1.1989 in Kraft getretenen Gesundheits-Reformgesetzes hat in einigen Leistungsbereichen zu Ausgabensteigerungen

in einem nie gekannten Ausmaße geführt. Zur Erhaltung der Liquidität wurden im November 1988 Beitragssatzerhöhungen beschlossen, die aber erst zum 1.1.1989 wirksam werden konnten.

Einnahmen, Ausgaben und Vermögen entwickelten sich wie folgt:

	Einnahmen DM	Ausgaben DM	Fehlbetrag DM	Vermögen am Ende des Geschäftsjahres	
				absolut DM	je Mitglied DM
1986	70.522.000	72.200.000	1.678.000	20.149.000	926,69
1987	74.211.000	78.210.000	3.999.000	16.150.000	729,81
1988	75.959.000	83.773.000	7.814.000	8.336.000	373,05

Einen sehr großen Umfang nahmen die Aufgaben ein, die die Betriebskrankenkasse im Auftrage anderer Sozialversicherungsträger ausführte; so wurden zum Beispiel im Berichtszeitraum Beiträge für die Renten- und Arbeitslosenversicherung in folgender Höhe eingezogen:

1986 = 130.865.000 DM
 1987 = 139.432.000 DM
 1988 = 145.206.000 DM

Die erfreuliche Entwicklung der Mitgliederzahlen ist aus nachstehender Aufstellung ersichtlich:

	Mitglieder insgesamt	davon Pflichtmitglieder (ohne Rentner)	davon Freiwillige Mitglieder	davon Rentner
1986	21.533	11.737	1.738	8.058
1987	21.920	12.038	1.834	8.048
1988	22.250	12.350	1.864	8.036

Im Februar 1988 bezog die Betriebskrankenkasse das von der Innungskrankenkasse Düsseldorf/Neuss erworbene Geschäftsgebäude im Hause Klosterstraße 79.

Amt 12 – Amt für Statistik und Wahlen

Amtsleiter: Dipl.-Soz. Gerd Kark

Die Berichtsjahre 1986 – 1988 waren geprägt von der Vorbereitung der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987 und besonders von der Vorbereitung zur Durchführung der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung am 25. Mai 1987.

12/1 – Verwaltung, Zählungen und Wahlen

Die im Online – Verfahren geführte Gebietsgliederungsdatei GEGD eröffnete ab Jahresende 1987 die Möglichkeit, über Bildschirmmasken Parameterprogramme zu erstellen, die für Auflistungen aus der Datei erforderlich sind.

Die Bemühungen, einen aktuellen Datenbestand über die Grenzen der Stadtteile, Stimmbezirke und Blöcke in der Datenverarbeitung zu erstellen, wurden auch in den Berichtsjahren fortgesetzt. Zum Jahresende 1988 wurde das Eingabeverfahren dahingehend geändert, daß nun auch die Grenzen der Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke erfaßt werden können. Ziel ist die Herstellung von Karten – besonders im Maßstab 1 : 5000 – mit der Darstellung der Kommunalwahlbezirks-, Stadtbezirks-, Stadtteils-, Stimmbezirks- und Blockgrenzen.

Die Umstellung der Systematik der Wirtschaftszweige in der Arbeitsstättendatei wurde im Berichtszeitraum abgeschlossen. Diese Datei wird seit 1988 wieder laufend aktualisiert. Während der Vorbereitung und Durchführung der VZ 1987 konnte die Arbeitsstättendatei nicht gepflegt werden, da die Abteilung 1 personell überwiegend in die VZ – Erhebungsstelle integriert war.

Im Berichtszeitraum wurde ein Gebietsänderungsvertrag mit der Stadt Neuss geschlossen. Aus dem Gebiet der Stadt Neuss wurde eine Fläche von insgesamt 243 qm ausgegliedert und in das Gebiet der Stadt Düsseldorf (Stadtteil 042 – Heerd) eingegliedert.

Die Änderung erfolgte zum 1.4.1986.

Im agrarstatistischen Erhebungsprogramm, das im Auftrag des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NW) ständig abläuft, wurden in den Jahren 1986 – 1988 folgende zum Teil als jährlich wiederkehrende Zählungen bzw. Erhebungen entweder unter Einsatz von städtischen Mitarbeitern/innen als Zähler oder auf dem Postweg durchgeführt.

1. Repräsentative Viehwischnenzählungen im April, Juni und August,

2. Bodennutzungshaupterhebung (Totalerfassung aller Betriebseinheiten) in Verbindung mit der Agrarberichterstattung, zugleich Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft (Repräsentativerhebung in rd. 12 % der Betriebe) in der Zeit von April bis Mai,
3. Gemüseaubauerhebung im Juli (1986 und 1987 als repräsentative Erhebung nach einem festgelegten Stichprobenplan des LDS NW und 1988 als Totalerhebung),
4. Baumschulerhebung im August als Totalerhebung und
5. Viehzählung Anfang Dezember (1986 und 1988 als Totalzählung, 1987 als repräsentative Zählung in rd. 12 % der Viehhaltungen).

Dieses Erhebungsprogramm lief zum Teil neben der Volkszählung bzw. neben der Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl am 25.01.1987 und verursachte infolge der knappen Personalausstattung der Abteilung 1 erhebliche organisatorische und personelle Probleme.

Im Berichtszeitraum fand die Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987 statt.

Bedingt durch den Umzug des Amtes in den II. Bauabschnitt des TVG, Brinckmannstraße 5 entfiel bei der Bundestagswahl 1987 erstmals die Einrichtung des „Wahlamtes“ im Ehrenhof.

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl erwies sich der neue Wahlsaal mit seiner technischen Ausstattung (Datensichtgeräten und Schachtdruckern) als sehr geeignet für eine personalintensive Großaktion. In Zusammenarbeit mit dem Amt 18 wurde das Online-Wahlscheinverfahren entwickelt, das zu ca. 50 % Personaleinsparung führte und die Ausstellung der Briefwahlunterlagen erheblich beschleunigte. Auch die gesamte Briefwahl wurde im TVG, II. Bauabschnitt durchgeführt.

Die Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses der Bundestagswahl für die Wahlkreise 74 und 75 (Düsseldorf I und Düsseldorf II) erfolgte bereits ca. 2 Stunden nach Schließung der Wahllokale um 20.11 Uhr. Damit nahm die Stadt Düsseldorf Platz eins unter den Großstädten in der Bundesrepublik ein.

Das Wahlergebnis ist im Statistischen Jahrbuch der Landeshauptstadt Düsseldorf 1987 im Anhang unter „Politische Wahlen“ veröffentlicht.

Für Mitglieder des Rates bzw. der 10 Bezirksvertretungen der laufenden Wahlperiode mußten von der Abteilung 1 die Nachfolger berufen werden.

In dem Berichtszeitraum waren dies

- 11 Mitglieder des Rates und
- 28 Mitglieder der verschiedenen Bezirksvertretungen.

Das aufwendige Berufungsverfahren konnte durch den Einsatz von Datensichtgeräten und Schachtdrucker formalisiert werden. Für die verschiedenen Nachfolgeregelungen wurden entsprechende Prozeduren entwickelt.

Im August 1987 gab das Amt ein neues amtliches Straßenverzeichnis der Landeshauptstadt Düsseldorf heraus.

12/2 Statistik

Da mit den Ergebnissen der Volkszählung 1987, bei deren Durchführung die Mitarbeiter der Abteilung 2 ebenfalls eingesetzt waren, erst ca. 18 Monate nach dem Stichtag der Zählung (25. Mai 1987) zu rechnen war, wurden die Zahlen der Einwohner, der bewohnten Gebäude, der Wohnungen und der Räume noch bis Ende März 1988 auf der Basis der Volkszählung 1970 fortgeschrieben und in den „Vierteljährlichen Mitteilungen“ des Amtes 12 veröffentlicht. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß nach Vorliegen der Volks-/Wohnungszählungsergebnisse vom 25. Mai 1987, die die neue Fortschreibungsgrundlage darstellen, die Zahlen vom Zählungstichtag an neu ermittelt und veröffentlicht würden.

Nachdem seit Anfang Dezember 1988 die bei der Volkszählung am 25. Mai 1987 festgestellten Zahlen der Düsseldorfer Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung insgesamt, der Deutschen und der Ausländer zur Verfügung standen, wurde die Fortschreibung dieser drei Basiszahlen monatsweise neu vorgenommen – allerdings nur für die gesamte Stadt Düsseldorf, da Volkszählungsergebnisse vom Mai 1987 nach Stadtbezirken und Stadtteilen vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW noch nicht mitgeteilt worden waren. Am Ende der Berichtszeit waren auch die Düsseldorfer Ergebnisse aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 noch nicht bekannt.

In die „Statistischen Jahrbücher“ der Berichtszeit wurden erstmalig dem Bereich „Umweltschutz“ zugehörige Übersichten über die Immissionsbelastung der Luft, schadstoff-

reduzierte Fahrzeuge und Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe aufgenommen. Neu waren auch längere Zeiträume über die Studenten an den Düsseldorfer Hochschulen, den Fremdenverkehr, den Kraftfahrzeugbestand sowie – jeweils nach Stadtbezirken und Stadtteilen – die Einwohner, Wohngebäude und Wohnungen.

Wie in früheren Jahren wurden Daten zu mehreren Abschnitten der „Statistischen Jahrbücher Deutscher Gemeinden“ sowie zu Veröffentlichungen anderer städtischer und nichtstädtischer Stellen geliefert. Zugewonnen haben Datenzusammenstellungen für Städtevergleiche über die üblichen vierteljährlichen und jährlichen Meldungen hinaus.

So ist die Stadt Düsseldorf einer Rahmenvereinbarung zwischen dem Deutschen Städte- tag, dem Deutschen Institut für Urbanistik, der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) sowie dem KOSIS-Verbund (Träger: Verband Deutscher Städte- statistiker) über vergleichende Stadt- und Regionalforschung beigetreten. Ziel der Zusammenarbeit ist einmal die Nutzung regionalstatistischer Daten aus den Beständen der Laufenden Raumbearbeitung der BfLR, zum zweiten Aufbau und Nutzung einer Datenbasis für eine überörtlich vergleichende innerstädtische Raumbearbeitung. Etwa 50 Städte stellen auf einheitlicher Datengrundlage und für vergleichbare räumliche Einheiten unterhalb der Gemeindeebene Daten aus den Bereichen Bevölkerung, Soziales, Gebäude und Wohnungen sowie Liegenschaftskataster einer Zentralstelle zur Verfügung. Das Amt 12 lieferte 1988 bereits ein großes Tabellenpaket mit Stadtteilangaben und wird sich auch in Zukunft beteiligen.

Sehr zahlreich waren im gesamten Berichtszeitraum Anfragen insbesondere von planenden Dienststellen der Verwaltung und von Unternehmen nach meist kleinräumiger Aufbereitung der anonymisierten Statistik-Dateien aus dem Einwohnerwesen, der Bautätigkeit und dem Kraftfahrzeugbestand. Teilweise konnten sie durch Verwendung von Standard-Programmen beantwortet werden. Rund fünfzigmal jedoch waren die Anforderungen hinsichtlich der Merkmalsausweisungen und/oder der räumlichen Einheiten so speziell, daß jeweils ein neues Programm zu erstellen war. Infolgedessen wurde ein weiterer Bildschirmarbeitsplatz eingerichtet, und mehrere Mitarbeiter nahmen an ADV-Lehr- gängen teil.

An Einzelanfragen, die nahezu alle Arbeitsgebiete der Abteilung tangierten, wurden

1986 205
1987 226
1988 281

beantwortet.

12/3 – Stadtforschung und Daten- analyse, Veröffentlichungswesen

Anfang 1986 konnten die Ergebnisse einer großen Repräsentativbefragung Düsseldorfer Bürger vorgelegt werden, welche u.a. Fragen zur Kommunalplanung und -politik, zum Wohnen und zum Infrastrukturangebot enthielt. Anschließend wurden die Düsseldorfer Daten im Rahmen eines interkommunalen Vergleichs entsprechenden Umfrageergebnissen in anderen nordrhein-westfälischen Städten gegenübergestellt.

Durch eine umfangreiche prognostische Untersuchung wurden 1986 wichtige Grundlagedaten für eine von der Rheinischen Bahngesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Planungsamt (Abt. Verkehrsplanung) durchgeführte Gesamtverkehrsuntersuchung für Düsseldorf zur Verfügung gestellt. Als räumliches Bezugssystem wurde von der Rheinischen Bahngesellschaft eine besondere Verkehrszellengliederung in 250 Verkehrszellen vorgegeben, für welche Einwohner-, Erwerbs- personen- und Arbeitsplatzzahlen bis zum Jahr 2000 vorzuberechnen waren.

Im Jahre 1987 wurde mit den Arbeiten für eine grafische Großstadtgeschichte Düsseldorfs zum Stadtjubiläum 1988 begonnen. Das hierzu erforderliche Quellenstudium und die Zusammenstellung historischer Daten zu über 100jährigen Zeitreihen gestalteten sich schon aufgrund der vielfältigen Vergleichs- störungen sehr zeitaufwendig. Mit farbigen grafischen Darstellungen wurden die Entwicklungen in allen wichtigen Lebensbereichen in Düsseldorf seit dem Jahre 1882 veranschaulicht. Dieses bisher in der deutschen Kommunalstatistik neuartige Informationskonzept war nur aufgrund der intensiven Weiterentwicklung der grafischen Datenverarbeitung möglich. Obwohl dieser Beitrag trotz der weitgehend personellen Doppelbelastung durch den Einsatz bei der Volkszählung 1987 rechtzeitig fertiggestellt werden konnte, scheiterte die Veröffentlichung letztlich an den hohen Druckkosten.

Von den im Berichtszeitraum durchgeführten Untersuchungen, deren Ergebnisse in Sonderveröffentlichungen publiziert wurden, sind einige besonders zu erwähnen: Zwei Veröffentlichungen beschäftigten sich mit der Wohnungssituation in Düsseldorf, die im Berichtszeitraum von zunehmenden Schwierigkeiten gekennzeichnet war. Zum Jahresende 1986 erschien ein Beitrag, der Einwohner- und Wohnungsstrukturen auf Stadtteil- und Blockebene untersuchte. Anfang 1988 erschien eine statistische Information, die sich insbesondere mit der Situation einkommensschwacher Haushalte auf dem Düsseldorfer Wohnungsmarkt beschäftigte.

In einem Beitrag über die ausländischen Einwohner in Düsseldorf wurde nicht nur die aktuelle Situation, sondern in einem Rückblick auch die Entwicklung des ausländischen

Bevölkerungsanteils seit dem vorigen Jahrhundert dargestellt.

Wesentliche wirtschaftsstatistische Daten für Düsseldorf lieferte die Handels- und Gaststättenzählung 1985, deren Ergebnisse umfassend analysiert und dokumentiert wurden.

In den Berichtszeitraum fiel nur eine Wahl, nämlich die Bundestagswahl Anfang 1987. Bei der Analyse der Wahlergebnisse nach Alter und Geschlecht wurde erstmalig ein mit Hilfe der ADV beschleunigtes Erfassungsverfahren eingesetzt. Die Feststellung und die Aufbereitung der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik bedurften so nur eines Zeitraumes von 2 Arbeitstagen.

Dank des Programmsystems SAS-Graph wurden Themenkarten für Stadtteile und Wahlbezirke ein fester Bestandteil der verschiedenen Veröffentlichungen. Die entsprechenden Koordinaten wurden von der grafischen Datenbank bei Amt 18 übernommen, nachdem sie von der Abteilung 1 digitalisiert worden waren.

Mit Hilfe entsprechender Hard- und Software konnte die Darstellung statistischer Daten in Grafiken bedeutend erweitert werden. Neben SAS-Graph bewährte sich zunehmend das grafische System GDDM (Graphical Data Display Manager). Voraussetzung für die Einsetzung dieser Software war die Umstellung auf das Dialogverfahren TSO (Time Sharing Office). Die Umstellung auf das Dialogverfahren bedeutete die Ablösung des bisherigen Batch-Verfahrens, womit auch umfangreiche Programmumstellungen verbunden waren, z.B. von DABANK auf SAS.

Zum Jahresende 1988 waren in der Abteilung acht Bildschirmarbeitsplätze vorhanden, darunter drei mit grafikfähigen Bildschirmen sowie grafikfähigen Tischdruckern.

Im Rahmen der Vorbereitungen auf die Auswertung der Volkszählung 1987, deren allererste Ergebnisse Ende 1988 veröffentlicht werden konnten, wurden die Daten der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1970 sowie der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 kleinräumig aufgearbeitet, und zwar in einer mit den Ergebnissen der Zählung 1987 vergleichbaren kleinräumigen Gliederung (Blöcke).

Abgesehen von den periodischen Veröffentlichungen wie dem Statistischen Jahrbuch der Landeshauptstadt Düsseldorf und den vierteljährlichen Mitteilungen „Düsseldorf in Zahlen“ sind im Berichtszeitraum folgende Veröffentlichungen des Amtes erschienen:

Statistische Informationen:
Nr. 218 – Interkommunaler Vergleich von Ergebnissen aus repräsentativen Bürgerbefragungen in den Rheinischen Großstädten Düsseldorf, Duisburg, Köln und Krefeld
Nr. 219 – Die Nutzung von kulturellen Angeboten, Freizeiteinrichtungen und Sportanlagen in Düsseldorf

Nr. 220 – Zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987

Nr. 221 – Zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987 in Düsseldorf – vorläufige Ergebnisse –

Nr. 222 – Ergebnisse der Bundestagswahl 1987 nach Alter und Geschlecht – Repräsentative Wahlstatistik –

Nr. 223 – Volkszählung 1987

Nr. 224 – Die wirtschaftliche Bedeutung von Handel und Gastgewerbe in Düsseldorf

Nr. 225 – Der Wohnungsmarkt für Haushalte mit geringem Einkommen in Düsseldorf

Nr. 226 – Erste Ergebnisse der Volkszählung 1987 in Düsseldorf

Beiträge zur Statistik und Stadtforschung:

Heft 33 – Zur Wohnungssituation in Düsseldorf

Heft 34 – Die ausländischen Einwohner der Stadt Düsseldorf

12/4 – Volkszählungs-Erhebungsstelle

Zur Organisation und Durchführung der Volkszählung gemäß Volkszählungsgesetz vom 8.11.1985 wurde die Düsseldorfer Erhebungsstelle am 1.9.1986 gegen die übrige Verwaltung abgeschottet und am 1.12.1986 nach Beendigung aller Arbeiten und nach Freigabe durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW wieder aufgelöst. Die Abschottung des Zählungsbüros im TVG II in der Brinckmannstraße war in räumlicher, organisatorischer und personeller Hinsicht. Gesetzliche Grundlagen der Zählung waren das bereits erwähnte Volkszählungsgesetz (BGBl. I S. 2078), das Gesetz über Statistik für Bundeszwecke in der novellierten Fassung vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462) und auf der Basis dieser Gesetze des weiteren die Durchführungsverordnung für Nordrhein-Westfalen (DV VZG 87 NW) vom 8.7.1986 (GV NW 1986 S. 536-537) sowie der Runderlaß des Innenministers vom 17.7.1986 (MBL. NW 1986 S. 998).

Die Arbeit der Düsseldorfer Erhebungsstelle verlief sehr erfolgreich, denn zum einen konnte Düsseldorf als erste unter den bundesdeutschen Großstädten mit 500 000 und mehr Einwohnern die Volkszählung beenden – zum Jahresende 1987 waren die letzten Erhebungsbogen fertig zur Ablieferung an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW – und zum anderen wurde hier mit 8,21 DM je Einwohner (einschließlich der Kosten für das Stammpersonal) sehr kostengünstig gearbeitet.

Die im Vorfeld der Zählung groß angekündigten Boykottmaßnahmen gegen die Volkszählung fanden in Düsseldorf weitgehend nicht statt. Insgesamt mußte in 64 711 Fällen die Rückgabe der Erhebungsunterlagen angemahnt werden, in 30 Fällen wurde ein Heranziehungsbescheid verschickt und in 3 Fällen mußte ein Zwangsgeld in Höhe von 200,- DM festgesetzt werden. Dieser Erfolg

ist wahrscheinlich mit der umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit in Verbindung zu bringen:

Dazu wurden die ausländischen Mitbürger – dank der Mithilfe zahlreicher konsularischer Vertretungen – in ihrer Landessprache über die bevorstehende Zählung schriftlich informiert und der Besuch eines(r) Zählers(in) angekündigt. In öffentlichen Gebäuden wurden Informationsmaterial ausgelegt und Plakate aufgehängt, in der Zeit vom 4.5. – 17.5.1987 auch an 260 Litfaßsäulen im gesamten Stadtgebiet. Die Erhebungsstelle ging mit zahlreichen Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit, worin auch das Angebot gemacht wurde, bei Bedarf das Informationstelefon in der Erhebungsstelle anzurufen, das für acht Wochen von morgens 7.00 Uhr bis abends 20.00 Uhr besetzt war und von den Bürgern stark frequentiert wurde. Für die Zähler wurde ein gesonderter Telefondienst installiert, kompetente Mitarbeiter besuchten auf Einladung Veranstaltungen von politischen und sozialen Gruppierungen, um vor Ort über die Zählung zu informieren und sich den Fragen zu stellen. Des weiteren wurde durch eine bauliche Maßnahme am Eingang zur Erhebungsstelle ein Schalter eingerichtet, an dem Fragen beantwortet wurden und Informationsmaterial ausgegeben wurde. Hier konnten auch Erhebungsunterlagen direkt abgegeben werden.

Die Berufung der Zähler bereitete in Düsseldorf keine Schwierigkeit. Durch Beilagen in den Gehaltsblättern (s. u.) unter dem Slogan „Wie wär's mit einem 1000er zusätzlich zum Urlaub?“ konnten ausreichend freiwillige Zählerinnen und Zähler gewonnen werden.

Zeitlicher Ablauf

Ab Juni 1986

- Beginn der umfangreichen Vorarbeiten mit
- der Einteilung des Stadtgebietes in 2042 Zählbezirke
- baulichen Maßnahmen in der Tiefgarage zur Schaffung eines Lagerraumes für das umfangreiche Erhebungsmaterial
- der organisatorischen Vorplanung der Gebäudevorerhebung
- der Einrichtung einer zentralen Poststelle.

Neu im Zählungsgesetz war die Möglichkeit der postalischen Rückgabe der VZ-Unterlagen. Dieses kam nach Auskunft der Deutschen Bundespost während des Zählungsverlaufes in 213 500 Fällen vor, davon ca. 65 % Haushaltshefte, 25 % Gebäudebogen und 10 % Arbeitsstättenbogen.

November 1986

Zählerwerbung außerhalb der Stadtverwaltung, z.B. in Ministerien, Landesämtern und beim Arbeitsamt mit Rückmeldekarten

25.11.1986

Stichtag der Gebäudevorerhebung
Düsseldorf machte von der Möglichkeit

Gebrauch, diesen Zählungsteil 6 Monate vor dem eigentlichen Zählungsstichtag durchzuführen, um das aus 5 Teilen bestehende Zählungsgeschäft (Volks-, Berufs-, Arbeitsstätten-, Wohnungs- und Gebäudeerhebung) zu entzerren. Dieser Zählungsteil erfolgte postalisch, die Adressen der Hauseigentümer bzw. -verwalter wurden – gemäß § 11 Abs. 2 VZG (Anm.: § 11 VZG regelt die Datenübermittlung an die Erhebungsstelle) – der Grundsteuerdatei entnommen und von Amt 18 gedruckt.

Januar 1987

Zählerwerbung innerhalb der Stadtverwaltung mit Rückmeldekarten in den Gehaltsblättern

15.1.1987

Inkrafttreten der Dienstanweisung für die Erhebungsstelle

Ende Januar 1987

Mahnlauf zur Gebäudevorerhebung

Das in Düsseldorf verwandte Mahnverfahren zeichnete sich vor allem durch Effizienz und Zeitersparnis aus: Jedem Fall (also jedem Hauseigentümer oder -verwalter und zur Haupterhebung jeder Person und jeder Arbeitsstätte) wurde eine laufende Nummer zugeordnet. So brauchte im Mahnfall nur diese Nummernfolge am Computer eingegeben zu werden, welcher dann per Programm die entsprechende Anschrift zugeordnet und auf das Mahnschreiben gedruckt wurde.

Februar 1987

Zuordnung von Zählbezirken zu den Zählern

Die Zähler, die sich allesamt freiwillig gemeldet hatten, setzten sich wie folgt zusammen:

städt. Beamte und Angestellte	48,4 %
Bedienstete von Bundes- und Landesbehörden	15,4 %
Angehörige und Bekannte von Behördenbediensteten (einschl. städt.) und Freiwillige aus der Bevölkerung (einschl. 50 Arbeitslose)	36,2 %

Die Zählbezirke umfaßten im Schnitt 180 Zählereinheiten (= Haushalte und Arbeitsstätten), durchschnittlich erhielten die Zähler 842,-DM für die Bearbeitung derselben.

März/April 1987

- Erstellung des Zählerschulungskonzeptes
- Packen der Zählerkoffer
- Einrichtung eines Telefondienstes für Bürger
- Versand von 44 500 Postkarten an ausländische Mitbürger in türkischer, serbo-kroatischer, italienischer, griechischer, spanischer, portugiesischer, englischer, französischer und japanischer Sprache, in denen über die VZ informiert und der Besuch eines Zählers angekündigt wurde.

Mai 1987 (VZ-Stichtag: 25.5.1987)

- Durchführung von Zählerschulungsveranstaltungen im Hörsaal des Studiengebäudes an 6 Tagen

- Verteilung der Erhebungsunterlagen
- Einrichtung eines Zählertelefondienstes
- Durchführung von Informationsveranstaltungen zur VZ auf Einladung

tungen zur VZ auf Einladung

Juni 1987

- Aufteilung des Saalpersonals in 10 Gruppen
 - Schulung der Gruppenleiter
- Die Personalstärke variierte: Die Mitarbeiter wurden in zeitlichen Abstufungen eingestellt und erreichten mit 59 den Maximalwert.

9. - 19.6.1987

Abgabe der Koffer durch die Zähler

ab Mitte Juni 1987

Aufbereitung der Erhebungsunterlagen in den Arbeitsgruppen nach Zählbezirken

- 1) Vollzähligkeitskontrolle mit unterschiedlicher Markierung für „vorhanden“ und „nicht vorhanden“ in der Namens-Adressenliste

- 2) Eingabe der lfd. Nummern der Mahnfälle in den Computer
- 3) Druck der Mahnschreiben in Amt 18

Juli 1987

1. Mahnlauf mit 7 738 Fällen

28.8.1987

Ablieferung der ersten Unterlagen an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW

September 1987

2. Mahnverlauf mit 56 973 Fällen

21.10.1987

13.11.1987

11.12.1987

weitere Liefertermine an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW

15.12.1987

Änderung der Dienstanweisung vom 15.1.1987: „Die Arbeit der Erhebungsstelle ruht ab 1.1.1988“

5.1.1988

Letzte Lieferung von Unterlagen an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW

Januar/Februar 1988

Gesonderte Arbeitsstättenaktion: Erneute Verschickung von Arbeitsstättenbögen an die Arbeitsstätten, von denen noch keine Bogen vorlagen. Wie bei dieser „Nacherfaß-Aktion“ festgestellt wurde, handelte es sich vielfach um nicht mehr existente Arbeitsstätten, z. B. von Freiberuflern, die sich zur Ruhe gesetzt hatten.

1.12.1988

Auflösung der Erhebungsstelle und Vernichtung aller VZ-Unterlagen, nachdem das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW am 23.11.1988 schriftlich bestätigte, daß alle Erhebungsbogen ordnungsgemäß bearbeitet wurden und keine Rückfragen mehr erfolgen.

Amt 13 – Presseamt

Amtsleiter: Hans-Joachim Neisser

In den Jahren 1986, 1987 und 1988 konzentrierte sich die Arbeit des Presseamtes auf wesentliche Abschnitte der Düsseldorfer Stadtgeschichte und des Stadtumbaus: 1986 war Düsseldorf 40 Jahre Landeshauptstadt. 1987 fand die Bundesgartenschau mit 7,3 Millionen Besuchern statt. 1988 feierte die Stadt ihr 700jähriges Bestehen. Alle Ereignisse spielten in der Arbeit des Amtes eine hervorragende Rolle und erforderten für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ein starkes Engagement. Dem Stadtjubiläum ist dabei in diesem Verwaltungsbericht ein eigenes Kapitel gewidmet. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang die besondere Rolle des Amtsleiters des Amtes 13, dem auch die gesamte Koordination für das Stadtjubiläum oblag. Schon daraus ist auch abzulesen, welche zusätzlichen Aufgaben im Jubiläumsjahr auf dem damit vorgezeichneten kurzen Weg auf alle Mitarbeiter des Presseamtes zugekommen sind.

Zur Information der Bevölkerung bediente sich das Presseamt wieder der Möglichkeit, spezielle Themen, Vorhaben und Projekte mit besonderen Publikationen (Broschüren, Faltblättern, Postern) vorzustellen. Bestimmende Faktoren für diese Art der Öffentlichkeitsarbeit waren dabei die Großveranstaltungen der Jahre 1986 bis 1988. Das NRW-Fest, die Bundesgartenschau und das Stadtjubiläum wurden mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit begleitet. So zeichnete das Presseamt beispielsweise verantwortlich für eine Reihe

von Programmfaltblättern. Außerdem wurde eine eigene Dokumentation „40 Jahre Landeshauptstadt“ herausgegeben. Auf einem speziell zu diesem Thema entworfenen Poster lud Düsseldorf die Bewohner der Region in die Landeshauptstadt ein.

Flankierende Öffentlichkeitsarbeit leistete das Presseamt auch bei der Bundesgartenschau. Die im Amt entwickelte Serie der Faltblätter über die Düsseldorfer Parkanlagen wurde vervollständigt. Neu entstanden weitere Produktionen zum Grün-Bereich wie Baumpate, Baumschutzsatzung und die Broschüre „Grüne Wände“.

Zusätzliche erwähnenswerte Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit in diesen drei Jahren: Das Material der 1986 vom Presseamt konzipierten Ausstellung „Stadt im Umbau“ wurde erneut aufgearbeitet und in Form einer repräsentativen Broschüre veröffentlicht. Inzwischen 10.000mal gedruckt, hat sie sich zu einem Nachschlagewerk über die Stadtentwicklung der letzten zwanzig Jahre entwickelt. 1987 öffnete der Neubau des Löbbecke-Museums + Aquazoo seine Pforten. Das Ereignis wurde mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit begleitet: Ein „Einladungsfaltblatt“ – 50.000 Exemplare – wurde hergestellt und unter anderem auch an die Besucher der Bundesgartenschau verteilt. Ein eigenes Plakat richtete sich an die Bewohner der Region. Schließlich wurde anlässlich der Eröffnung unter Federführung des Presseamtes eine auf-

wendige Broschüre herausgegeben. Insgesamt 50.000 Exemplare davon konnten binnen eines Jahres verkauft werden, wodurch eine fast vollständige Kostendeckung erzielt wurde. Der Erfolg der intensiven Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die Attraktivität des Hauses ließen sich in diesem Fall sogar in Zahlen festhalten: Bereits nach weniger als zwölf Monaten hatte die Besucherzahl die Millionen-Grenze überschritten.

In den Berichtszeitraum fiel auch die Eröffnung der U-Bahn auf der Strecke zwischen Bahnhof Heinrich-Heine-Allee bis zum Hauptbahnhof im Mai 1988. Für das Presseamt, das seit Beginn des U-Bahn-Baus im Jahr 1973 die Information der Bevölkerung besorgt, war dies Anlaß, noch einmal verstärkt Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Den Düsseldorfern und den Pendlern aus der Region wurden dabei die Vorzüge des neuen Systems – vor allem in Kombination mit der zum gleichen Zeitpunkt eröffneten Ost-West-S-Bahn – vor Augen geführt. Unterstrichen wurde auch die Bedeutung des U-Bahn-Baus für die Innenstadt im Rahmen des Stadtumbaus. Mit Auflagen von je 200.000 Exemplaren entstanden Faltblätter, die über die Umleitungen vor der Eröffnung sowie über die Eröffnung selbst, unterrichteten. Zum Beginn des U-Bahn-Betriebes wurde wieder in der Region plakatiert.

In einem Modellversuch hat das Presseamt 1987 in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum der Volkshochschule begonnen,

Videodokumentationen herzustellen. Die bereits 1988 abgeschlossenen Arbeiten behandeln die Themen Fertigstellung des Bertha-von-Suttner-Platzes, Eröffnung Aquazoo, Japanisches Feuerwerk im Jahr 1987 und 700 Jahre Düsseldorf. Die Arbeiten wurden 1988 fortgesetzt und haben spezielle Themen des Stadtjubiläums, zum Beispiel die Fahrt des Jubiläumsfloßes, zum Inhalt. Diese Videos waren bei Redaktionsschluß des Verwaltungsberichtes noch nicht abgeschlossen.

Deutlich gewachsen ist das Angebot an Ausstellungen und sonstigen Kulturaktivitäten, für die die Pressearbeit zu leisten war. Dazu zählten fast 300 Ausstellungen in den Kulturinstituten der Landeshauptstadt. Für einige wurden besondere Schwerpunkte (spezielle Pressemappen, Faltblätter, längerfristig angelegte und vielfältige Pressekampagnen, intensive Berichterstattung) gesetzt: 1986 zur Eröffnung der Kunstsammlung NRW, Nordische Wochen mit Ausstellung „Licht des Nordens“, 1987 bei Miró-Ausstellung, Kunst in der Bundesgartenschau, Eröffnung des Löbbecke-Museums + Aquazoo, Wiedereröffnung Goethe-Museum, 1937-Projekt der Düsseldorfer Kulturinstitute, Eröffnung Mahn- und Gedenkstätte und 1988 bei Grundsteinlegung und Richtfest für den dritten Bauabschnitt Stadtmuseum, Schwerpunkt Kunst-Achse, Aufstellung Stadterhebungsmonument, Ausstellung BINATIONALE, Wiedereröffnung von Theatermuseum und Heine-Institut, Ausstellung Keramik vom Niederrhein und Verleihung des Heinepreises.

Die intensivste Arbeit für ein einzelnes Institut galt dabei dem neuen Löbbecke-Museum + Aquazoo mit mehreren themen- und zielgruppen-spezifischen Pressekonferenzen (Lokalpresse, Architektur-Fachzeitschriften, überregionale Presse) sowie dem umfangreichen Engagement bei der Herstellung des Buches, mit dem das Haus vorgestellt wurde.

Das gestiegene kulturelle Angebot spiegelt sich auch in der vom Presseamt herausgegebenen Quartalszeitschrift „Düsseldorfer Museen“ wider. Während früher zwölf Seiten pro Ausgabe genühten, sind heute immer 16 Seiten nötig – ohne daß für einzelne Themen mehr Platz eingeräumt wurde. Die Nachfrage nach diesem Heft übersteigt bei weitem die Auflage (10.000).

Weiterhin gab das Presseamt in den Berichtsjahren seinen täglichen Pressedienst an die Tageszeitungen, Wochenblätter, Redaktionen von Hörfunk und Fernsehen sowie Presseagenturen heraus. Zunehmende Bedeutung für die schnelle Information bekam dabei das im Amt installierte Telefax-Gerät. Die Ausrüstung praktisch des gesamten Amtes mit Bildschirmen, die über den zentralen Rechner der Stadtverwaltung auch untereinander verbunden sind, bedeutete eine Beschleunigung des Arbeitsablaufes für die Herstellung des Pressedienstes. Über den Pressedienst als wichtigstes und schnellstes Informations-

medium wurden im Jahr 1986 (2.387) Meldungen, im Jahr 1987 (3.021) und 1988 (3.042) verbreitet. Die erheblichen Steigerungen in den Jahren 1987 und 1988 werfen ein bezeichnendes Licht auf die Einbindung des gesamten Amtes in die Aktivitäten rund um die Bundesgartenschau und das Stadtjubiläum.

Fortschreitender Ausbau und Differenzierung der Medienlandschaft (Regional- und Privatfunk, Szeneblätter, Anzeigenblätter, stadtteilbezogene Blätter) haben die Presseverteiler erheblich anwachsen lassen. So kletterte allein die Zahl der im Kulturbereich vertretenen Redaktionen und Redakteure innerhalb von zehn Jahren um das dreifache auf fast 550. Fast 300 Redaktionen im regionalen und überregionalen Bereich werden einmal in der Woche mit wichtigen Informationen aus dem weiten Feld der Stadtverwaltung versorgt. Insgesamt werden jetzt mehr als 900 Medien, Redaktionen und Redakteure über das Presseamt mit Nachrichten aus Düsseldorf bedient. Dabei wurde die Ansprache weiter gezielt ausgerichtet, so zum Beispiel für die Themen Feuilleton, Architektur, Ausländer, Frauen, Wirtschaft und Sport. Wegen der aufwendigen Pflege der Verteiler wurde das gesamte Adressenmaterial in die zentrale Adreß-Datei des Hauptamtes überführt.

Ungebrochen ist die Attraktivität des Presse spiegels für die Unterrichtung der Rats- und Verwaltungsspitze. Er enthält täglich die kommunalpolitisch bedeutsamen Beiträge aus mehr als 40 Tageszeitungen und Zeitschriften. Neben der Berichterstattung in Düsseldorf selbst schlagen sich hier auch Beiträge aus anderen Großstädten und Regionen sowie dem Umland der Landeshauptstadt nieder. Ende 1988 lag die produzierte Auflage bei 146. Zu den Aufgaben des Amtes hat sich auch die Dokumentation der regionalen Fernseh-Berichterstattung gesellt. Eigene Aufzeichnungsgeräte wurden angeschafft.

Der Erfolg der vom Presseamt im Zuge der baulichen Umgestaltung des Rathauskomplexes eingerichteten regelmäßigen Führungen durch das Rathaus hat sich weiter bestätigt. Mehr als 4.000 Teilnehmer wurden in jedem Jahr gezählt. Ende 1988 stand der Besuch des 20.000 Teilnehmers unmittelbar bevor. Bei den Großveranstaltungen im Rahmen des Altstadtfestes und der Geburtstagsparty zum Stadtjubiläum kamen in die Stadt-Information 6.000 bzw. 8.000 Besucher. Ausstellungen des Presseamtes hier waren im Jahr 1987 der sowjetischen Hauptstadt Moskau und 1988 den Städten Haifa und Warschau gewidmet.

Als Brücke in die alte Heimat erwies sich das vom Presseamt herausgegebene „Düsseldorf Magazin“, das sich an ehemalige Bürger der Landeshauptstadt in aller Welt richtet. Zahlreiche Zuschriften von allen Kontinenten belegen dies deutlich. In umfassenden Reportagen beschreibt es die vielfältigen Aspekte des täglichen Lebens in Düsseldorf. Unter den

Empfängern sind die deutschen Schulen im Ausland genau so wie zahlreiche Botschaften der Bundesrepublik in aller Welt.

Im Berichtszeitraum erschien weiterhin wöchentlich das „Düsseldorfer Amtsblatt“ als amtliches Bekanntmachungsorgan der Stadt Düsseldorf. Im redaktionellen Teil standen die Arbeit des Rates, der Ausschüsse, der Bezirksvertretungen und der Stadtverwaltung im Mittelpunkt. Die Auflage betrug Ende 1988 rund 5.300.

Für die gesamte Stadtverwaltung wickelte das Presseamt das Anzeigengeschäft ab. Dies gilt in erster Linie für alle Stellenanzeigen, den gesamten Kulturbereich sowie amtliche Bekanntmachungen und Vergaben als zusätzliche Information in der Tages- und Fachpresse. Das Anzeigenvolumen lag im Jahr 1988 bei 600.000 DM.

Das Stadtjubiläum

1988 feierte Düsseldorf sein 700jähriges Stadtjubiläum. Frühzeitig begannen die ersten Überlegungen, zunächst beim Hauptamt, dann bei der Kulturverwaltung. Im Oktober 1986 übertrug der Oberstadtdirektor dem Leiter des Presseamtes die Koordination für das Stadtjubiläum. Ihm stand die Koordinierungsstelle Stadtjubiläum mit einem Team von zwei Mitarbeitern, einer Mitarbeiterin und einer Schreiberkraft für diese Aufgabe zur Verfügung.

Als großes zentrales Ereignis hatte die Verwaltung eine Publikums-Ausstellung „Der Rhein“ vorgeschlagen. Im Dezember 1985 stellte der Rat für die wissenschaftliche Erarbeitung der Ausstellung einen Betrag von 1,5 Millionen Mark bereit. Verträge wurden zwischen Stadt und Universität geschlossen. Als im Sommer 1986 die ersten Kostenberechnungen vorlagen, begann eine kontroverse Erörterung des Projektes und trotz eines reduzierten Kostenplanes sprach sich der Rat am 29. Januar 1987 gegen die Realisierung der Ausstellung aus. Es blieb der Auftrag an die Verwaltung, das Material zu sichern, was in Form der Publikation „Der Rhein – Mythos und Realität eines europäischen Stromes“ geschehen ist.

Nach dem Wegfall des zentralen Ausstellungsprojektes begannen neue, aber schließlich ergebnislose, Diskussionen über eine adäquate Ersatzveranstaltung. Am 12. Oktober 1987 konnte dann endgültig das Festprogramm mit mehr als 250 Veranstaltungen vom Hauptausschuß beschlossen werden. Der Gesamtetat war mit 4,1 Millionen Mark festgelegt.

Die Mischung des Programms ist rückblickend als gelungen anzusehen. Da war der heimatgeschichtliche Auftakt zu Beginn des Jahres. Dann folgten mehrere kulturelle

Schwerpunkte – vom Rheinischen Musikfest bis zur Kunstaussstellung „Meine Zeit, mein Raubtier“ oder die stadtgeschichtlichen Ausstellungen „Quickstep“ und „Medici“ im Stadtmuseum sowie zuletzt das Düsseldorf-Bostoner Gemeinschaftsprojekt „BiNATIONALE“. Große Ausstrahlung entwickelten zwei bedeutsame Ereignisse im Kulturbereich. Mit einem Gipfeltreffen des deutschsprachigen politischen Kabarets wurde das vier Jahrzehnte alte Kom(m)ödchen im Rahmen des Jubiläums gefeiert. Den Schlußpunkt des Jubiläumsjahres setzte die Würdigung des größten Sohnes der Stadt – Heinrich Heine. Das Heinrich-Heine-Institut konnte mit größeren Räumen neu eröffnet werden und zum siebten Male wurde der Heine-Preis vergeben, diesmal an Marion Gräfin Dönhoff.

Die großen Feste im Sommer bildeten die eigentlichen Höhepunkte, sie mobilisierten die Besuchermassen. Mehr als fünf Millionen Gäste wurden gezählt. Das „Historische Altstadtfest“ (1. – 5. Juni), das „Kö-Festival“ (27. – 28. August) und an der Spitze die „Geburtstagsparty“ (12. – 15. August) sorgten für bleibende Eindrücke. Ein Floß, das in einem Seitenarm des Rheins bei Mainz-Kastel zusammengebaut und dann 250 Kilometer stromab nach Düsseldorf schwamm, entpuppte sich als außerordentlich erfolgreiches Hilfsmittel, um Düsseldorf und sein Jubiläum in die Medien zu transportieren. Überregionale Blätter und die Fernsehanstalten nahmen sich bundesweit des Themas an; Hunderttausende kamen, um dieses Gefährt auf seinem Weg stromab und vor Düsseldorf zu erleben.

Das Konzept für die Stadtjubiläums-Aktivitäten ging davon aus, möglichst viele Gruppen in das Geschehen einzubinden. Wo bereits eingeführte Veranstaltungen aus Anlaß des Jubiläums besonders herausgehoben werden sollten, gab es von der Stadt Zuschüsse – wie für die großen Karnevalsveranstaltungen und für die Schützen. Die Schützen verbuchten bei der erstmals über 16 Tage laufenden größten Kirmes am Rhein mit über fünf Millionen Besuchern einen riesigen Erfolg. Die „Düsseldorfer Jonges“ leisteten eigene vielbeachtete Beiträge zum Stadtjubiläum, sie stifteten das Stadterhebungsmonument von Bert Gerresheim und gestalteten eine Ausstellung über die Düssel im Stadtmuseum. Die Kirchen beteiligten sich mit einem großen eigenen Pro-

gramm. Die Sportvereine veranstalteten unter der Federführung des Sportamtes und des Stadtsportbundes besondere Wettkämpfe. Zum ersten Mal feierten die verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung ein großes gemeinsames Fest.

Besondere Programmpunkte galten der Jugend: der internationale Schülerbesuch, das internationale Treffen von Jugendorchestern und die „Jamborette '88“ – ein internationales Pfadfindertreffen – zeugten dabei von der weltweiten Kontaktpflege der Landeshauptstadt. Begeistert wurde auch ein historischer Kinderumzug im Rahmen des Altstadtfestes aufgenommen, in dem etwa 1.400 Kinder und Jugendliche mit Kostümen, Requisiten und Wagen aus eigener Herstellung die Geschichte ihrer Stadt darstellten.

Zum Stadtjubiläum sind einige Bücher herausgegeben worden, die den Leser auch noch nach Jahren an den Anlaß ihres Entstehens erinnern werden. Neben der Rhein-Publikation hat das Presseamt auch ein Buch über die Düssel veröffentlicht. Das Jugendamt brachte eine für Kinder anschauliche Veröffentlichung mit dem Titel „Aufgespürt: Kinderalltag in der Stadtgeschichte“ heraus. Unter der Überschrift „Zierlich & zerbrechlich“ erschien ein Buch über die Geschichte, speziell der Berufstätigkeit von Frauen in Düsseldorf; Herausgeberin ist der Verein Frauenkommunikation e.V.

Die Post hat anläßlich des Stadtjubiläums eine 60-Pfennig-Briefmarke mit Düsseldorfer Motiven herausgegeben. Die Auflage von 35 Millionen war in wenigen Monaten fast vergriffen. Post und Stadt Düsseldorf haben gemeinsam ein Gedenkblatt geschaffen. Dieses bisher einzigartige Angebot hat bei Sammlern guten Anklang gefunden.

Über die Grenzen hinaus weisen die Beziehungen zu den befreundeten Städten. Im Jahr des Stadtjubiläums konnten die Partnerschaftsurkunden mit Karl-Marx-Stadt, Reading und Haifa unterzeichnet werden.

Ein besonderes Ereignis war die Eröffnung des neuen Landtags am 2. Oktober. Das neue Haus des Parlaments besiegelte im Jubiläumsjahr nun endgültig Düsseldorfs Rolle als Landeshauptstadt.

Die Abwicklung aller Jubiläumsaktivitäten setzte konzentrierte Vorbereitung und Kooperation voraus. Die verschiedenen Fachämter behielten zwar ihre Verantwortung für die Durchführung ihrer Veranstaltungen, doch waren übergreifende Aufgaben zu koordinieren. Für die großen Feste wurde ein Arbeitskreis „Ordnung und Verkehr“ gebildet, dem Vertreter der Polizei, der Rheinbahn, der Hilfsdienste und verschiedener städtischer Ämter angehörten. Arbeitskreise, in dem beispielsweise Anlieger und Brauereien mitarbeiten, begleiteten die Vorbereitungen der großen Feste.

Das „Historische Altstadtfest“ und das „Kö-Festival“ wurden vom Werbe- und Wirtschaftsförderungsamt organisiert. Die „Geburtstagsparty“ mit dem Floßprojekt wurde von der Koordination Stadtjubiläum selbst durchgeführt.

Das Presseamt, federführend für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, gewährleistete die Grundinformation zum Stadtjubiläum mit rund 25 Basis-Texten, stellte Fotos zur Verfügung, informierte aktuell über jede einzelne Veranstaltung, verschickte immer wieder aktualisierte Pressemappen und führte Pressekonferenzen durch. Darüberhinaus wurde eine Plakatserie entwickelt und in der Region Düsseldorf plakatiert und für jede Großveranstaltung umfassende Programmbroschüren herausgegeben.

Die Koordinierungsstelle Stadtjubiläum sorgte für die Koordination der Programmbeiträge, für kurze Wege zwischen Veranstaltern und Verwaltungsstellen und für den Informationsfluß über die Mittel des Presseamtes zu den Medien. Sie trat bei der „Geburtstagsparty“ zudem als selbständiger Veranstalter auf.

Bei der Haushaltsabrechnung wurde mit Beendigung aller Jubiläumsfeierlichkeiten ein erfreulicher Abschluß deutlich. Der im Etat gesetzte Rahmen in Höhe von 4,1 Millionen Mark wurde nicht überschritten.

Düsseldorf kann mit dem Erreichten der 700-Jahr-Feier durchaus zufrieden sein. Im Jubiläumsjahr wurde die Chance zur Selbstdarstellung im permanenten Wettstreit der konkurrierenden Städte gut genutzt.

Amt 17 – Bezirksverwaltungsstellen

Die zehn Bezirksverwaltungsstellen in den zehn Düsseldorfer Stadtbezirken haben die Bezirksvertretungen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Sie erledigen die geschäftsführenden Arbeiten und die Öffentlichkeitsarbeit für die Bezirksvertretungen und sind die Verbindungsstellen zwischen den Bezirksvertretungen und der Fachverwaltung. Als Teil der Verwaltung vertreten sie die Verwaltungsmeinung in den Bezirksvertretungen, innerhalb der Verwaltung vermitteln sie die Entscheidungen, Anhörungsergebnisse und Empfehlungen der Bezirksvertretungen.

Daneben sind die Bezirksverwaltungsstellen als dezentrale Einrichtungen der Stadtverwaltung Anlaufstellen für die ankunft- und ratsuchenden Bürger des jeweiligen Stadtbezirkes. Sie informieren über Behörden- und Ämterzuständigkeiten und beraten die Bürger bei der Verfolgung ihrer Anliegen.

Die Bezirksverwaltungsstellen wirken in verschiedenen Projektgruppen innerhalb der Stadtverwaltung mit oder werden beteiligt, wenn Fachplanungen für den jeweiligen Stadtbezirk erarbeitet werden.

Die Bezirksverwaltungsstellen wirken außerdem mit bei den verschiedensten städtischen Maßnahmen auf Stadtteil- oder Stadtbezirksebene, wie z.B. bei Öffentlichkeitsveranstaltungen u.ä. Auf Veranlassung der Bezirksvertretungen organisieren sie unterschiedliche Veranstaltungen in den Stadtbezirken. Aus Anlaß des Stadtjubiläums 1988 wurden von den Bezirksverwaltungsstellen oder mit deren Beteiligung die Beiträge der einzelnen Stadtbezirke vorbereitet und durchgeführt. Diese Beiträge reichten von Stadtbezirksfesten bis zu kulturellen oder sportlichen Aktionen und waren in ihrer inhaltlichen Vielfalt eine Ergänzung der zentralen Veranstaltungen zum Stadtjubiläum.

Nach der am 28.01.1988 beschlossenen neuen Geschäftsordnung des Rates können in den Sitzungen der Bezirksvertretungen Fragestunden für Einwohner durchgeführt werden. § 22 der Geschäftsordnung regelt das Verfahren.

Schwerpunktt Themen in der Arbeit der regelmäßig tagenden Bezirksvertretungen waren neben den Anhörungen zum Haushaltsplan-Entwurf, der Beteiligung an der Bauleitpla-

nung und zahlreichen Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und der ÖPNV-Förderung insbesondere die in vielen Stadtteilen durchgeführten Städtebauförderungs- und Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen, die Bauantragsangelegenheiten und die Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern.

Die den Bezirksverwaltungsstellen zugeordneten Verwaltungsstellen wurden Anfang 1987 in „Bürgerbüros“ umbenannt, um auch sprachlich deren Funktion als Anlaufstelle für die Bürger zu verdeutlichen und Wechselungen mit anderen Dienststellen und Behörden auszuschließen. Neue gesetzliche Regelungen z.B. für die Ausstellung von Personalausweisen und Reisepässen sowie die Anerkennung von Kindererziehungsleistungen führten allgemein zu einer stärkeren Inanspruchnahme der Bürgerbüros. Als „Publikumsmagnet“ hat sich die verlängerte Öffnungszeit donnerstags bis 18.00 Uhr erwiesen. Nach der Schließung des Bürgerbüros Derendorf im Mai 1988 stehen den Bürgern insgesamt 14 Bürgerbüros zur Verfügung, darunter fünf als Außenstellen mit eingeschränkten Öffnungszeiten.

Amt 18 – Amt für automatisierte Informationsverarbeitung

Amtsleiter: Wolfgang Wissing

1. Allgemeine Betrachtungen

Der Berichtszeitraum 1986 – 1988 stand für den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken (IK-Techniken) bei der Stadt vorwiegend unter den Prämissen

- einer Konsolidierung bereits laufender Anwendungen,
- einer Erweiterung von Online-Verfahren (dialoggestützte Sachbearbeitung mit Bildschirmarbeitsplätzen, dezentralen Druckern bzw. „Workstations“) einschl. der integrierten Textverarbeitung – s. Abb. 1 –,
- einer Zusammenführung der Verantwortung für alle technischen Betriebsbereiche der Datenverarbeitung in der Abteilung 4 des Amtes (Zentrales Rechenzentrum, grafisches Zeichen- und Vollzugszentrum für die technische Verwaltung sowie Laserdruck- und Mikrofilsysteme) und
- des Einsatzes neuer Anwendungen insbesondere in der Ordnungs-, Schul- und Kulturverwaltung, der technischen Verwaltung sowie im Bereich Umweltschutz.

Abgesehen von der organisatorischen Zuordnung aller technischen Betriebseinheiten des

Amtes zur Abt. 4 wurde auch die Zuständigkeit der Abteilung 3 – Anwendungsentwicklung in der technischen Verwaltung – um den Bereich Umwelt und Betriebsämter erweitert.

Diese Organisationsmaßnahme resultierte aus der wachsenden Bedeutung von Umweltvorsorgemaßnahmen, die auch in der Einrichtung eines Umweltamtes zum Ausdruck kam.

2. Anwendungserweiterung

Maßnahmen auf dem Gebiete des Umweltschutzes (Emission, Altlasten, Grundwasserbeobachtung, Deponien, Lärmmessungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen bei der Stadtplanung) können durch Einsatz der technikunterstützten Informationsverarbeitung wesentlich unterstützt werden. Aus dieser Erkenntnis heraus hat Amt 18 den Fachämtern Dienste zum Aufbau eines Informationssystems Umwelt angeboten. Im Berichtszeitraum wurden bereits alpha-numerische Datenbestände z.B. über Meßergebnisse unterschiedlicher Art eingerichtet. Neben Dateiabfragen und statistischen Auswertungen wurde auch über die geografische Zuordnung eine grafische Präsentation möglich.

In der geografischen Datenverarbeitung ist der Aufbau eines digitalisierten Kartenwerkes (Stadtgrundkarte) soweit fortgeschritten, daß auf der Basis dieses Datenbestandes der Flächennutzungsplan der Stadt Düsseldorf neu erstellt werden konnte.

Daten über kommunale Einrichtungen und Nachweise wie Grünflächen, Kanalnetz, Baumbestände wurden erfaßt und können heute geografisch zugeordnet dargestellt werden.

Auf dem Gebiet „fließender Verkehr“ wurden Planung und Vollzug mit Simulationsmodellen sowie die Signalplanbearbeitung DV-technisch unterstützt.

Auch in der allgemeinen Verwaltung und der Kulturverwaltung wurde der Einsatz der TUIV durch neue Online-Anwendungen verstärkt:

Finanzverwaltung:

Mittelfreigabe und Gelddisposition

Ordnungsverwaltung:

Ausstellung Bundespersonalausweise und Europapässe, Volkszählung, Wahlen, Objektversicherung, Jagdregister, Abschleppungen

Sozialverwaltung:

Kindergärten und Mündelgelder

Schul- und Kulturverwaltung

PC in Schulsekretariaten, Ausleihe, Stadtbüchereien, Formalerschließung von Buchbeständen, Platzbuchung für Theater- und Konzertabonnements, Veranstaltungskalender.

Durch die aufgeführten Zusatzanwendungen stieg die Gesamtzahl der bei der Stadt Düsseldorf eingesetzten TUIV-Anwendungen auf 134 (Verteilung auf die Aufgabengruppen siehe Übersicht).

Hauptgruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	Sa.	%
Anzahl der Anwendungen von der AKD erhalten	30	25	22	13	9	31	4	0	134	100
Eigenentwicklung an AKD abgegeben	4	3	10	10	1	6	0	0	34	18
	26	22	12	3	8	25	4	0	100	82
	5	4	3	1	1	5	0	0	19	13

Die wirtschaftlichen Vorteile einer über 20 Jahre bewährten kommunalen Zusammenarbeit in der AKD – Arbeitsgemeinschaft Kommunale Datenzentralen NW – werden durch den Einsatz wesentlicher bei Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft entwickelter Anwendun-

gen (= 34) deutlich (z.B. Personalabrechnungen, Meldewesen, Kfz-Zulassung, Bibliotheksverfahren, Sozialwesen). Im Austausch wurden in Düsseldorf entwickelte Anwendungen (= 19) an eine große Zahl AKD-Mitglieder (über 50) abgegeben.

4. Entwicklung der DV-Kosten im UA 060

Entsprechend dem Aufgabenzuwachs und den gestiegenen Anforderungen stiegen die Haushaltsmittel im Verwaltungshaushalt im Berichtszeitraum um etwa 16 %, nämlich wie folgt:

Damit betragen die DV-Kosten

0,744 % (1985) bzw.
0,767 % (1988)

des gesamten Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt.

	1985	%	1988	%
Personalkosten	6.229.000	39	7.359.000	39
Sonstige Sachausgaben	9.874.000	61	11.292.000	61
Summen	16.103.000	100	18.651.000	100
Steigerungssatz		100		116

5. Ergebnis betriebswirtschaftlicher Untersuchungen

Für den Einsatz der IuK-Techniken gilt als Voraussetzung ein positives Ergebnis bei den jeweils vorangestellten Kosten-/Nutzenbetrachtungen über die Verfahrenseinfüh-

rung. Betriebswirtschaftliche Untersuchungen 1973 und 1980 haben bestätigt, daß durch diese Organisationsmaßnahmen erhebliche Einsparungen an Sach- und Personalkosten erzielt werden konnten (s. Verwaltungsbericht 1980 – 1982, Seite 24).

3. Technische Ausstattung

Die beschriebenen Erweiterungen in den Bereichen „Online-Verfahren“ und die neuen TUIV-Anwendungen machten eine Anpassung der Rechner- und Speicherkapazität unerlässlich. So verdoppelte sich mit Einsatz eines Großrechners der Firma IBM (3081K-48MB) im November 1986 die zentrale Leistung des Verwaltungsrechners (7 auf 14 MIPS). Engpässe bei den Adressierungsmöglichkeiten wurden durch den Wechsel des Betriebssystems (neu: MVS-XA) behoben. Schließlich wurde Mitte 1988 der Hauptspeicher des Rechners von 48 MB auf 64 MB vergrößert.

Der wachsende Datenbestand machte auch eine Erweiterung der Plattenspeicherkapazität von 1986 = 37,5 Gigabyte auf Ende 1988 = 70 GB Speicherplatz notwendig.

Interne organisatorische Maßnahmen der techn. Betriebe brachten eine verbesserte Leistungsfähigkeit des Rechenzentrums für die wachsende Zahl der Anwender. So wurde z.B. mit der Einführung eines bedienlosen Betriebes der Zugriff auf Daten außerhalb der Besetzungszeiten des Rechenzentrums (Wochenende und Feiertage) ermöglicht. Intern ablaufende Softwareprodukte unterstützen die Produktion, die Datenverwaltung, die Netzkontrolle, die Datensicherung und die Dokumentation der Verfahrensabläufe.

Schließlich wurde mit dem Einsatz zentraler Laserdrucksysteme die Qualität der Druckausgabe bei geringeren Papier- und Verarbeitungskosten erhöht.

Auf Anregung des Oberstadtdirektors und des Rechnungsprüfungsamtes wurde bei einigen ausgewählten Ämtern (mit fallbezogener Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen) die Auswirkung des Technikeinsatzes seit 1981 (bis 1988) mit folgendem Ergebnis untersucht:

Amt/ Fachbereiche	Aufgaben steig. Fallmengen	eingesp. Stellen	vermied. Stellen	Summe Stellen	Summe Pers.Kost.	Prod. Anteil
11 ZVK	Rentendynamisierung	-	12	12	775.200	0,4 %
12 Wahlen	Wahlen, Zählungen	-	10	10	646.000	-
21 Kasse	Anstieg, Buchungen 36 %	14	10	10	1.550.400	7,3 %
22 Steuern	Anstieg Veranl.Kto. 50 %	11	44	55	3.553.000	1,3 %
33 Melderegister	Ausstellung Pässe	15	8	23	1.485.800	1,9 %
36 Kfz-Zulassung	Anstieg Zulassungen 11 %	21	5	26	1.679.600	2,2 %
41 Bücherei	Anstieg Ausleihen 44 %	12	12	24	1.550.400	2,9 %
vorstehende Fachbereiche	Summe 1981 – 1988	73	101	174	11.240.400	16,0 %
	Summe 1967 – 1980 (nachger.)	-	-	178	11.498.800	-
	Einsparung / Jahr			352	22.739.200	16,0 %

Aus dieser Untersuchung wird deutlich, daß alleine bei einem auf diese Ämter entfallenden ADV-Produktionsanteil von 16 % der Gesamtproduktion die Haushaltseinsparungen die Gesamtkosten der ADV im UA 060 deutlich

übersteigen. Unter Einbeziehung der früher schon festgestellten Einsparungen bei anderen Fachämtern steigt der festgestellte Rationalisierungsgewinn (nach Abzug der Gesamtkosten der ADV) auf über 15 Mill. DM je Haus-

haltsjahr. Der Personalbestand des Amtes 18 stieg von 1985 = 90 Mitarbeiter auf 1988 = 94 Mitarbeiter an.

Bildschirmarbeitsplätze in der Stadtverwaltung

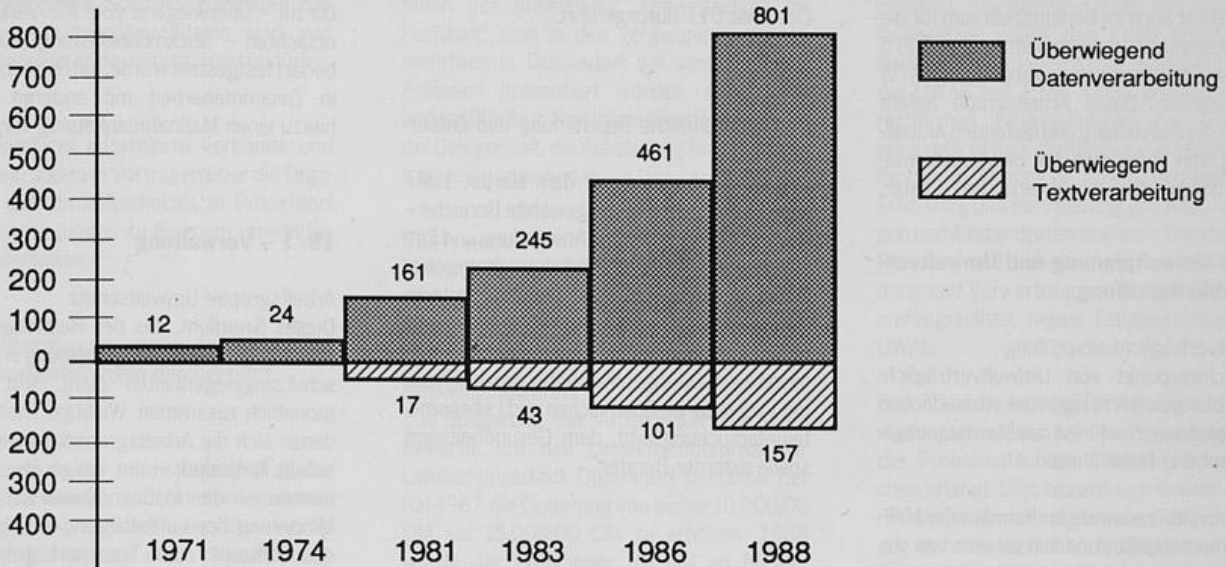


Abb.1: Entwicklung der Zahl der Bildschirmplätze

Amt 19 – Umweltamt

Leiter: Dr. Werner Görtz

Umweltschutz ist keine selbständige Aufgabe im organisatorischen Sinne, sondern vielmehr ein Zielfeld kommunalen Handelns. Diesem Ziel müssen sich alle Mitarbeiter der Stadt Düsseldorf verpflichtet fühlen. Die Belange des Umweltschutzes sind bei der Wahrnehmung aller städt. Aufgaben zu beachten und bei Entscheidungen ihrer Bedeutung entsprechend zu berücksichtigen.

Umweltschutz und Verbesserung der Umweltbedingungen bedürfen darüber hinaus spezieller Kenntnisse und einer qualifizierten Koordination, um die verschiedenen Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung zu bündeln und die Arbeit für die Belange des Umweltschutzes wirksamer als bisher zu gestalten.

Aus diesen Überlegungen heraus ist mit Wirkung vom 01.02.88 ein Umweltamt (Amt 19) eingerichtet worden. In diesem Amt wurden zusammengefaßt

- 19/02 – Gewässerschutz- und Abfallbeauftragter (bisher: Kanal- und Wasserbauamt)
- 19/03 – Umweltplanung und Umweltverträglichkeitsprüfung (bisher: 011/2 – Koordinator für Energie und Umwelt)
- 19/1 – Verwaltung (bisher: 011/1 – Umweltbüro)
- 19/2 – Untere Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde (bisher: Kanal- und Wasserbauamt).

Das Umweltamt soll den Umweltschutz in Zusammenarbeit mit den anderen städt. Stellen intensivieren und die städt. Umweltschutzaktivitäten verwaltungsintern koordinieren.

19/02 Gewässerschutz- und Abfallbeauftragter

Im Berichtsjahr 1988 ist der Gewässerschutz- und Abfallbeauftragte organisatorisch dem Umweltamt angegliedert worden.

Die Wahrnehmung der gesetzlichen Überwachungs- und Kontrollaufgaben erfolgte durch Begehungen, Sichtkontrollen, Gespräche und die Entgegennahme der Betriebsberichte der Abwasser- und Abfallanlagen. Ferner wurde er beratend in Abwasser- und Abfallfragen für städt. Ämter tätig, z. B. in Fragen der Deponiesicherung und der Sickerwasseraufbereitung.

Im Rahmen seiner Aufgabe nach § 21 des Wasserhaushaltsgesetzes bzw. §11 des Abfallgesetzes, auf Verbesserungen bei der Abwasser- und Abfallbeseitigung hinzuwirken, hat der Gewässerschutzbeauftragte/Abfallbeauftragte zu folgenden Punkten Anregungen unterbreitet:

- Sortierung und Wiederverwertung von Kunststoffabfällen, mit dem Ziel, durch Klassifizierung nach den enthaltenen Kunststoffarten die Wiederverwendungsquote zu erhöhen und die Müllverbrennungsanlage zu entlasten

- Untersuchung der Abwasserströme auf organische Einzelsubstanzen, um genauere Aussagen über das Abbauverhalten einzelner Inhaltsstoffe, die für Gewässerschutz und Trinkwasserversorgung von Bedeutung sind, zu erhalten
- Begrenzung des CSB in der Abwasserfassung, um eine Begrenzung der Höchstbelastung der einzuleitenden Abwässer zu erreichen.

Als zusätzliche Aufgabe oblag dem Gewässerschutz-/Abfallbeauftragten zeitweise die Leitung der städt. Kommission zur Erstellung eines Chemiekatasters. Im Rahmen der Kommissionsarbeit wurden schwerpunktmäßig bei 14 Firmen mit größeren Chemiekalialagerbeständen Betriebsbegehungen durchgeführt, bei denen die Sicherheitsfragen mit der Geschäftsleitung erörtert wurden.

In Zusammenarbeit mit dem Gewässerschutzbeauftragten der städt. Häfen und dem Staatlichen Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft wurde 1988 eine Untersuchung der Wasserbeschaffenheit in den Hafengewässern durchgeführt. Im Hafengebiet, das bislang nicht an das städt. Kanalnetz angeschlossen war, sind auf verhältnismäßig engem Raum unterschiedlichste Produktionsbetriebe und Lagerplätze konzentriert. Ziel der Untersuchung war, festzustellen, ob die Hafengewässer aufgrund der speziellen Situation besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Erfreulicherweise hat sich gezeigt, daß in biologischer wie

in chemischer Hinsicht keine Verschlechterungen gegenüber der Beschaffenheit des Rheinwassers erkennbar waren.

Der GSB hat auch im Berichtszeitraum für die Stadt Düsseldorf an der Arbeitsgruppe A 115 der Abwassertechnischen Vereinigung (ATV) teilgenommen. Diese Arbeitsgruppe befaßt sich mit der Aufstellung und laufenden Aktualisierung von Richtlinien für die Kanalbenutzung, insbesondere für gewerbliche Einleiter.

19/03 Umweltplanung und Umweltverträglichkeitsprüfung

Umweltverträglichkeitsprüfung

Der Schwerpunkt von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) lag in der verbindlichen Bauleitplanung; hierfür ist das Stadtplanungsamt (Amt 61) federführend.

Das Umweltbüro wurde im Rahmen der UVP-Verfahren beteiligt, zunächst als eine von vielen Verwaltungseinheiten, mittlerweile nach Einrichtung des Umweltamtes am 01.02.88 als maßgebliches Fachamt für umweltrelevante Fragen wie Bodenschutz und Altablagerungen, Klima- und Lufthygiene, Gewässerschutz, Energie u.a. Die Verarbeitung von UVP-Stellungnahmen erhielt im Berichtszeitraum erste Priorität. Für jedes UVP-Verfahren wurde von Amt 19 ein qualifizierter eigenständiger Fachbeitrag geleistet. Insgesamt betraf dies seit Einrichtung des Umweltamtes ca. 100 Bebauungsplanverfahren.

Daneben erfolgten Stellungnahmen aus umweltschützenden Gesichtspunkten zu Verkehrsplanungen, städtebaulichen Wettbewerben, Planfeststellungsverfahren und anderen Verwaltungsverfahren.

Positiv festzuhalten bleibt, daß aufgrund wiederholter intensiver Beratungsgespräche mit den Fachämtern das Verständnis für ökologische Zusammenhänge und die Bereitschaft zum umweltverträglichen Handeln größer geworden ist.

Auch in Zukunft wird das Umweltamt im Rahmen der UVP ökologisch notwendige Maßnahmen vorschlagen und versuchen durchzusetzen.

Energiekoordination

Im Berichtszeitraum wurden die Anstrengungen zur Energieeinsparung innerhalb der Verwaltung fortgesetzt. Dies geschah sowohl hinsichtlich technischer Maßnahmen im Bereich der städt. Gebäude und Anlagen wie auch der Spar-Motivation der Mitarbeiter. Im Mittelpunkt der letzteren Bemühungen stand die populäre Informationskampagne „Wir sparen Energie – Mit Köpfchen.“ Die Kampagne wurde zu Beginn der Heizperiode 1987/1988 durchgeführt. Sie sprach mit einem besonderen Wettbewerb außerdem die Düsseldorfer Schüler an.

Die Aufgaben des Energiekoordinators wurden, einschließlich der Stellungnahmen zu energetischen Aspekten der Umweltverträglichkeitsprüfungen, bis zum 31.01.88 im Dezernat 011 durchgeführt.

Umweltfreundliche Beschaffung und Entsorgung

Diese Aufgabe wird seit dem Herbst 1987 wahrgenommen. Für ausgewählte Bereiche – wie z. B. die Beschaffung, Anwendung und Entsorgung potentiell gefährlicher chemischer Mittel – wurden die Ausschreibungsunterlagen verschiedener Ämter hinsichtlich ihrer ökologischen Relevanz überprüft und ggf. modifiziert. Dies geschah unter Hinzuziehung der Fachleute im Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsamt, dem Gesundheitsamt sowie externer Berater.

Boden- und Pflanzenuntersuchungen

Im Rahmen des Untersuchungsprogrammes Kleingärten auf Altablagerungen wurden 44 Kleingartenanlagen untersucht. Die Untersuchung besteht aus drei Schritten, deren erster, die Deckschichtenerkundung, für alle Anlagen abgeschlossen ist. Die Folgeschritte, Boden- und Pflanzenuntersuchungen, wurden in 6 verhältnismäßig hoch belasteten Gartenanlagen durchgeführt.

Neben den fortlaufenden Boden- und Pflanzenanalysen in den Rheinüberschwemmungsgebieten Urdenbach, Himmelgeist, Hamm und Oberkassel wurden anlässlich der Aufstellung von B-Plänen in 11 Kleingartenanlagen Bodenproben vom Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsamt auf ihren Schwermetallgehalt hin untersucht.

Umwelt und Verkehr

Im Rahmen der Beteiligung des Umweltamtes an Verkehrsplanungen wurden 151 Straßen, 6 gebietsbezogene Wohnumfeldverbesserungs-, 10 Schienenverkehrsplanungen und der Entwurf des GVP bearbeitet. Anregungen bezogen sich in erster Linie auf die Gesichtspunkte Straßenbegrünung, Verringerung der Bodenversiegelung, Förderung von Rad-, Fußgänger- und öffentlichem Nahverkehr und methodische Hinweise zur systematischen Einbeziehung von Umweltgesichtspunkten in komplexe Verkehrsplanungen.

Luftmessungen

Mit Inbetriebnahme des städt. Luftmeßfahrzeuges 1988 stehen nunmehr zwei Meßwagen für Emissionsmessungen im Stadtgebiet zur Verfügung. Die anwachsende Fülle von Meßdaten der Raster- und Sondermessungen bedarf der Auswertung. Dabei gewonnene Erkenntnisse über Belastungen und ihre

Ursachen finden Eingang in Stellungnahmen des Umweltamtes zu Planungen und Vorhaben der Stadt und Dritter.

Da zur – überwiegend vom Kfz-Verkehr verursachten – Stickoxidbelastung Handlungsbedarf festgestellt wurde, hat das Umweltamt in Zusammenarbeit mit anderen Ämtern hierzu einen Maßnahmenkatalog vorgelegt.

19/1 – Verwaltung

Arbeitsgruppe Umweltschutz

Dieses Gremium, das der Herstellung einer einheitlichen Verwaltungsmeinung in Umweltschutzangelegenheiten dient, tritt einmal monatlich zusammen. Wichtige Themen, mit denen sich die Arbeitsgruppe Umweltschutz befaßt hat, sind – um einige Beispiele zu nennen – die Maßnahmenvorschläge zur Minderung der Luftbelastung in Düsseldorf, das Konzept zum Transport gefährlicher Güter, der Katalog mittelfristig zu ergreifender Umweltmaßnahmen in Düsseldorf sowie die Hotelschiffentsorgung.

Öl- und Giftalarmplan

Der Öl- und Giftalarmplan der Landeshauptstadt Düsseldorf, der sich in einen Melde- und Maßnahmenplan gliedert, wurde überarbeitet und aktualisiert. Der Plan wurde aufgestellt, um die Auswirkungen von Öl- und Giftunfällen so gering wie möglich zu halten.

Überprüfung von Chemiefirmen

Als Konsequenz aus dem Chemiegroßbrand bei der Firma Rentokil in Düsseldorf-Rath im Oktober 1987 wurden zur Überprüfung von Düsseldorfer Chemiebetrieben 2 städt. Kommissionen gebildet. Die „Umweltkommission“, die vom Umweltamt betreut wird, überprüft, ob die Angaben der Firmen im Gewerbemelderegister den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen. Die Arbeitsgruppe Chemiekataster aus Fachleuten der Feuerwehr, der Unteren Wasserbehörde und des federführenden Bauaufsichtsamtes nimmt die eigentliche Überprüfung und Beratung der Firmen vor.

Koordinierung in Arbeitskreisen

Unter Federführung des Umweltamtes wurden Arbeitskreise gebildet, wenn Umweltschutzangelegenheiten die Zuständigkeiten mehrerer Fachämter berührten und eine gemeinsame gezielte Bearbeitung erforderlich wurde. Derartige Projektgruppen wurden z. B. gebildet, um eine Konzeption zur Abwasserentsorgung auf Schützenplätzen, ein Entsorgungskonzept von PCB-haltigen Kleinkondensatoren u.a. zu erarbeiten.

Informationsmaßnahmen

Die Öffentlichkeitsarbeit im Umweltschutz nahm an Stellenwert ständig zu. Zahlreiche Anfragen von Bürgern, Interessengruppen und insbesondere Schülern spiegeln das gewachsene Umweltbewußtsein und das daraus resultierende Informationsbedürfnis wider.

Das Umweltamt informierte Verbände und Besuchergruppen in Vorträgen über die Organisation des Umweltschutzes in Düsseldorf und gab Anregungen zu eigenem umweltbewußten Verhalten.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Informationsveranstaltungen durchgeführt:

Tag der Umwelt

Weltweit wurde der internationale „Tag der Umwelt“ auf den 05. Juni eines jeden Jahres festgelegt. Um möglichst viele Düsseldorfer Bürger erreichen und über Umweltschutzmaßnahmen in unserer Stadt informieren zu können, fanden die Veranstaltungen zum Umweltschutztag – wie bereits in der Vergangenheit erfolgreich erprobt – an verkaufsoffenen Samstagen im Juni oder Juli auf dem Shadowplatz statt. An den Veranstaltungen beteiligten sich neben dem Umweltamt weitere, mit umweltrelevanten Aufgaben beauftragte Ämter und zahlreiche Düsseldorfer Umweltinitiativen. Folgende Schwerpunktthemen standen im Vordergrund:

- 1986 – Wir kaufen umweltfreundliche Produkte
- 1987 – Wasser schonen und schützen
- 1988 – Freizeit gestalten – Umwelt erhalten

ENVITEC 1986

Auf dem Düsseldorfer Messegelände fand vom 17. – 21.02.1986 die 5. Internationale Messe und Kongress ENVITEC '86 statt. Im Info-Center Umwelt informierte das Umweltbüro in Zusammenarbeit mit dem Chemischen und Lebensmittel-Untersuchungsamt, dem Kanal- und Wasserbauamt und dem Amt für automatisierte Informationsverarbeitung über Umweltschutzmaßnahmen in Düsseldorf.

Umweltwoche

Als Beitrag zur 700-Jahr-Feier der Stadt Düsseldorf führten Umweltamt und Umweltinitiativen die erste Düsseldorfer Umweltwoche vom 22. – 28.09.88 im Weiterbildungszentrum am Hauptbahnhof durch. Neben verschiedenen Ausstellungen der Veranstalter wurden eine Reihe von Fachvorträgen zu Umweltthemen angeboten.

Broschüren, Informationsschriften, Ausstellungen

Das Umweltamt hat im Berichtszeitraum neue Informationsschriften für den Bürger entwickelt. Hierzu zählen das Smog-Faltblatt mit

Tips zum umweltbewußten Verhalten und die Broschüre „Umweltverbände in Düsseldorf“, die Aufgaben und Ansprechpartner bei den Umweltorganisationen benennt. Die Schautafeln der Ausstellung „Umweltschutz im Haushalt“ sind in den vergangenen Jahren mehrfach in Düsseldorf bei verschiedenen Anlässen präsentiert worden. Aber auch andere Städte in Nordrhein-Westfalen nutzten die Gelegenheit, die Ausstellung für Veranstaltungen auszuleihen.

BTX-Angebot

In das BTX-Programm der Stadt Düsseldorf wurden Umwelttips für den Bürger aufgenommen.

Umweltschutzpreis

Zur Steigerung der Attraktivität des Wettbewerbs um den Umweltschutzpreis der Landeshauptstadt Düsseldorf beschloß der Rat 1987 die Dotierung von bisher 10.000,00 DM auf 15.000,00 DM zu erhöhen. 1988 wurde der Preis zum 10. Mal an Bürger, Umweltinitiativen und Schulklassen verliehen, die sich in besonderem Maße für die Verbesserung der Umweltqualität in Düsseldorf eingesetzt haben.

Umwelterziehung

Die Deutsche Umwelt-Aktion setzte im Auftrag des Umweltamtes ihre Filmvorführungen zu Umweltthemen an Düsseldorfer Schulen fort.

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Stadt Düsseldorf wurde die Handreichung für Lehrer „Umwelterziehung in Düsseldorf – Unterrichtsmaterialien für die Sekundarstufe 1“ herausgegeben. Am Beispiel lokaler Gegebenheiten soll die persönliche und sachliche Auseinandersetzung von Schülern mit dem Thema Umwelt gefördert werden.

Zusammenarbeit mit Umweltverbänden

Vertreter Düsseldorfer Umweltinitiativen und des Umweltamtes haben einen Arbeitskreis gebildet, der sich in unregelmäßigen Abständen zu einem Gedankenaustausch und zur Planung gemeinsamer Umweltveranstaltungen zusammenfindet.

Umwelttelefon

Das Umwelttelefon der Stadt Düsseldorf ist unter der Rufnummer 49 49 49 von montags bis freitags zwischen 7.30 Uhr und 16.00 Uhr direkt erreichbar und von 16.00 Uhr bis 7.30 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen an einen Anrufbeantworter angeschlossen. In den Jahren 1986 – 1988 wurden insgesamt fast 8.300 Anrufe registriert. Besonders bei aktuellen Anlässen (z.B. Rhein-/Nordseeverschmutzung, Tschernobyl, Smog, Sahara-Sand, Chemieunfälle und Brandfälle im Stadtgebiet, Asbest in Blumenkästen und Nachtspeicheröfen) steigt die Zahl der Anrufe rapide.

19/2 – Untere Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde

Durch die Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes, des Abfallgesetzes, des Landesabfallgesetzes sowie den Erlaß ergänzender Rechtsverordnungen ist der Aufgabenbereich der UWAB seit 1986 weiter gewachsen. Die rechtlichen Neuregelungen zur Genehmigungspflicht für Einleitungen von gefährlichen Stoffen in öffentliche Abwasseranlagen, zur Erfassung und Bearbeitung von Altablagern und Altstandorten sowie zur Beratung von Gewerbe und Industrie im Bereich Vermeidung und Verwertung von Abfällen führen zu umfangreichen, neuen Tätigkeitsfeldern der UWAB.

Besondere Bedeutung für weite Teile des Verwaltungshandelns hat im Berichtszeitraum die Problematik der Altlastenverdachtsflächen erlangt. Dies bezieht sich sowohl auf die rechtliche Umsetzung als auch auf den Vollzug der erforderlichen Maßnahmen. Im einzelnen können dies sein:

- Ordnungsbehördliche Verfügungen,
- Bedingungen und Auflagen in Genehmigungsbescheiden und Planfeststellungsbeschlüssen,
- öffentlich-rechtliche Verträge zu Bebauungsplänen oder Baugenehmigungen,
- Altlastenklauseln in Kauf- oder Verkaufsverträgen sowie in Miet- und Pachtverträgen oder
- Altlastenklauseln in Erschließungsverträgen.

Bei der Wiedernutzung von Industriebrachflächen wurde im Berichtszeitraum erstmals eine systematische Überprüfung des Altlastenverdachts mit konsequenter Sanierung festgestellter Verunreinigungsbereiche durchgeführt (Flächenrecycling).

Im einzelnen wurden von der UWAB während des Berichtszeitraumes

- 730 Wasserrechte bearbeitet und 2.250 Kontrollen durchgeführt,
- 7.800 Handmessungen an 470 Meßbrunnen zur Ermittlung von Grundwasserständen durchgeführt, 2.340 Grundwasserdiagramme sowie ca. 3.650 Regenmeßdiagramme ausgewertet, alle Daten EDV-gerecht erfaßt sowie ca. 41.200 Datensätze aufgearbeitet,
- ca. 50 Brunnenkarten und Grundwasser-geleichenpläne erstellt,
- ca. 160 Anfragen zu Grundwasserständen beantwortet,
- ca. 1.650 Grundwasseranalysen mit einem Parameterumfang zwischen 8 und 105 Parameter erfaßt und ausgewertet,
- 41 deichaufsichtliche Stellungnahmen abgegeben,

- 38 Anlagen an Gewässern genehmigt,
- 6 hochwasseraufsichtliche Genehmigungen ausgesprochen,
- 10 Stellungnahmen zu Kiesgrubenangelegenheiten erarbeitet sowie 46 Kontrollen an Kiesgruben vorgenommen,
- 26 Fischereiprüfungen für insgesamt 950 Teilnehmer durchgeführt,
- 80 fischereirechtliche Genehmigungen ausgesprochen sowie 250 Kontrollen vor Ort durchgeführt,
- 3.450 Baugesuche vorgeprüft und 770 bearbeitet,
- 110 Stellungnahmen im Rahmen der UVVP abgegeben,
- 80 Stellungnahmen zu Bebauungsplänen und 10 Stellungnahmen zu Planfeststellungsverfahren erarbeitet,
- 40 Abwasserbehandlungsanlagen genehmigt und 50 Befreiungen von der Abwasserbeseitigungspflicht ausgesprochen,
- 200 Kontrollen auf Hotelschiffen und Bootshäusern durchgeführt,
- 30 Verfügungen zur Beseitigung von Mängeln bei der Entwässerung erlassen,
- 50 Abwasservorbehandlungsanlagen genehmigt und entsprechende Kontrolluntersuchungen durchgeführt,
- 120 Chemischreinigungen die Einleitung von CKW-haltigem Kontaktwasser in die öffentliche Abwasseranlagen untersagt,
- ca. 100 genehmigungspflichtige Indirekt-einleitungen erfaßt und 65 Kontrolluntersuchungen beauftragt,
- 425 ober- und unterirdische Lagerbehälter, in denen wassergefährdende Stoffe gelagert werden, wasserrechtlich überprüft und genehmigt,
- 14 VbF-Faß- und Lacklager überprüft und wasserrechtlich genehmigt,
- für 48 Lagerbehälter die Eignungsfeststellung nach § 19 h WHG erteilt,
- für den Bereich Altölentsorgung, Schadstoff- und Retourenlager 20 wasserrechtliche Genehmigungen erteilt,
- im Rahmen von Abbruchgenehmigungen der Ausbau und die Entsorgung von 24 Lagerbehältern genehmigt und überwacht,
- im Rahmen von 46 BImSchG-Anträgen 355 Anlagen zum Lagern wassergefährdender Stoffe überprüft und genehmigt,
- ca. 55.000 Abfallbegleitscheine über 204.466 t Sonderabfälle von 2.839 Firmen erfaßt und ausgewertet,
- 300 Betriebskontrollen durchgeführt, 2 Betriebe zwangsweise geschlossen,
- 11 Autoverwerter geräumt,
- ca. 650 Einsätze im Rahmen des Öl- und Giftalarmes durchgeführt,
- im Bereich Altlasten mit der Bearbeitung (Gefährdungsabschätzung, Sanierungsun-

tersuchung, Sanierung) von 49 Flächenrecyclingprojekten (z.B. Mannesmann-Lierenfeld, Mannesmann-Demag-Sack, Jagenberg, Rhode-Dörrenberg) sowie von 31 Altablagerungen begonnen,

- im Rahmen des jährlichen Ausgasungsmeßprogramms bisher 77 Altablagerungen mit sensibler Nutzung (Wohnen, Spielen, Sport) einer Erstbewertung unterzogen, wozu 25.000 Einzelanalysen ausgewertet wurden.

19/4 – Chemisches und Lebensmittel-Untersuchungsamt

Das Gesetz über den Vollzug des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständerechts (LMBVG-NW) vom 19.03.1985 (GV.NW.1985 S.259) trat am 01. Januar 1986 in Kraft. Zur Durchführung des Gesetzes in der Landeshauptstadt Düsseldorf wurde eine Geschäftsordnung erlassen (MittBl. 21/87). Sie überträgt die Erledigung der Aufgaben der Lebensmittelüberwachung dem Ordnungsamt, dem Chemischen und Lebensmittel-Untersuchungsamt, dem Veterinäramt und dem Gesundheitsamt und legt gleichzeitig fest, für welche Aufgaben die einzelnen Dienststellen zuständig sind. Bei der Wahrnehmung von Lebensmittelüberwachungsaufgaben werden die Dienststellen unter der im Gesetz vorgeschriebenen Bezeichnung „Lebensmittelüberwachungsamt“ tätig.

Zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung insbesondere vor gesundheitlichen Gefahren wurden im Bereich des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständerechts ständig bestehende Bestimmungen den aktuellen Erkenntnissen angepaßt und neue Bestimmungen erlassen wie die Keramik-Bedarfsge-

genstände-VO, Schadstoff-Höchstmengen-VO und Verordnung über gesundheitliche Anforderungen an Fische und Schalentiere. Mit den neuen Rechtsbestimmungen erhöhte sich automatisch der Untersuchungsaufwand bei einzelnen Produktgruppen. Moderne Analysegeräte mußten beschafft werden.

Die Untersuchungsaufgaben im Rahmen des Umweltschutzes sind weiter angewachsen. Dem wurde 1987 durch Neubeschaffung einer Stelle für eine Lebensmittelchemikerin und 2 Stellen für Laboranten Rechnung getragen und eine neue Arbeitsgruppe eingerichtet, die hauptsächlich Boden- und Pflanzenuntersuchungen durchführt.

Im Juli 1987 hat der Oberstadtdirektor durch Geschäftsanweisung den Stab Außergewöhnliche Ereignisse (SAE) eingerichtet. Er ist zuständig für die Gefahren- bzw. Schadensabwehr in Fällen, denen möglicherweise nicht routinemäßig mit „amtseigenen“ Mitteln der zuständigen Fachdienststellen wirkungsvoll begegnet werden kann. Das Chemische und Lebensmittel-Untersuchungsamt ist ständiges Mitglied des SAE.

Bis Anfang 1988 war das Untersuchungsamt als Institut an das Ordnungsamt angegliedert. Seit Einrichtung des Umweltamtes ist das Untersuchungsamt diesem Amt in gleicher Weise angegliedert. Die Selbständigkeit blieb erhalten. Es ist nach wie vor dem zuständigen Dezernenten, das ist numehr der Umweltdezernent, direkt unterstellt.

Die Tabelle gibt einen Überblick über Untersuchungs- und Kontrolltätigkeit.

In den Jahresberichten des Chemischen und Lebensmittel-Untersuchungsamtes wird über die Arbeitsergebnisse umfassend berichtet.

Untersuchungstätigkeit und Betriebskontrollen:	1986	1987	1988
I Gesamtzahl der untersuchten Proben	4536	4279	4280
davon entfielen auf:			
1. Lebensmittel aus d. Lebensmittelüberwachung	3391	3360	3094
Beanstandungen	856	799	632
2. Kosmetische Mittel und Bedarfsgegenstände aus der Lebensmittelüberwachung	220	295	293
Beanstandungen	31	30	50
3. Untersuchungen für die Stadt Duisburg	105	93	109
4. Ausfuhratteste	312	253	332
5. Umweltschutz	209	131	239
6. Sonstige Proben	299	147	213
II Betriebskontrollen im Rahmen der Lebensmittelüberwachung	214	345	315

Finanzverwaltung

- 20 Kämmerei
- 21 Stadtkasse
- 22 Steueramt
- 23 Liegenschaftsamt
- 24 Amt für Verteidigungslasten

Amt 20 – Kämmerei

Amtsleiterin: Dr. Susanne Reichstein

A. Haushaltsplan

I. Allgemeines

Die vom Rat der Stadt beschlossenen Haushaltssatzungen für die Hj. 1986–1988 wurden nach vorheriger Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde im Düsseldorfer Amtsblatt

bekanntgemacht, und zwar für 1986 am 08.02.1986, für 1987 am 11.07.1987 und für 1988 am 30.04.1988.

Zu diesen Haushaltssatzungen wurde jeweils eine I. Nachtragshaushaltssatzung vom Rat

beschlossen. Die erforderlichen Genehmigungen der Aufsichtsbehörde sind erteilt worden; die Satzungen wurden im Düsseldorfer Amtsblatt für 1986 am 19.04.1986, für 1987 am 09.01.1988 und für 1988 am 24.12.1988 bekanntgemacht.

II. Verwaltungshaushalt

	Hj. 1986	Hj. 1987 in Mio DM	Hj. 1988
Der Verwaltungshaushalt sah folgende Veranschlagung vor:			
Gesamteinnahmen	2.222,3	2.328,1	2.431,9
Gesamtausgaben	2.222,3	2.328,1	2.431,9
Durch den Nachtragshaushaltsplan veränderten sich die Beträge bei den			
Gesamteinnahmen um	-	+ 17,0	-
Gesamtausgaben um	-	+ 28,1	-
auf			
Gesamteinnahmen von	2.222,3	2.345,1	2.431,9
Gesamtausgaben von	2.222,3	2.356,2	2.431,9
Die Rechnung gem. § 41 GemHVO schloß wie folgt ab:			
Einnahmen			
Endgültiges Anordnungssoll des lfd. Hj.	2.282,9	2.319,6	2.384,6
Abgänge bei den Kasseneinnahmeresten aus Vorjahren (a.V.)	3,5	6,3	8,5
Einnahmen insgesamt	2.279,4	2.313,3	2.376,1
Ausgaben			
Endgültiges Anordnungssoll des lfd. Hj.	2.273,9	2.307,5	2.372,3
Abgänge bei den Kassenausgaberesten a.V.	0,1	-	-
Abgänge bei den Haushaltsausgaberesten a.V. zuzüglich neue Haushaltsausgabereste	0,1	0,3	1,3
	5,7	6,1	5,1
Ausgaben insgesamt	2.279,4	2.313,3	2.376,1
Nachrichtlich:			
Die Zuführung an den Vermögenshaushalt ist hierin ausgewiesen mit:	185,3	166,4	188,3

III. Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt sah folgende Veranschlagung vor:			
Gesamteinnahmen	933,9	892,6	1.068,6
Gesamtausgaben	933,9	892,6	1.068,6
Durch den Nachtragshaushaltsplan veränderten sich die Beträge bei den			
Gesamteinnahmen um	./. 48,0	./. 19,7	-
Gesamtausgaben um	./. 48,0	./. 19,7	-
auf			
Gesamteinnahmen von	885,9	872,9	1.068,6
Gesamtausgaben von	885,9	872,9	1.068,6

	Hj. 1986	Hj. 1987 in Mio DM	Hj. 1988
Die Rechnung gem. § 41 GemHVO schloß wie folgt ab:			
Einnahmen			
Endgültiges Anordnungssoll des lfd. Hj.	598,6	595,4	698,1
Abgänge bei den Kasseneinnahmeresten a.V.	1,6	3,1	0,8
Abgänge bei den Haushaltseinnahmeresten a.V. zuzüglich neue Haushaltseinnahmereste	39,3	3,7	7,1
	153,9	151,9	117,1
Einnahmen insgesamt	711,6	740,5	807,3
Ausgaben			
Endgültiges Anordnungssoll des lfd. Hj.	583,2	605,9	664,5
Abgänge bei den Haushaltsausgaberesten a.V.	5,2	6,7	7,9
Abgänge auf Kassenausgabereste a.V. zuzüglich neue Haushaltsausgabereste	-	-	-
	133,6	141,3	150,7
Ausgaben insgesamt	711,6	740,5	807,3
IV. Rechnungsergebnisse nach Einnahme- und Ausgabearten (Hauptgruppen)			
0 Steuern u. allgem. Zuweisungen	1.343,2	1.357,3	1.403,3
1 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb	634,6	651,0	665,4
2 Sonstige Finanzeinnahmen	301,6	305,0	307,4
3 Einnahmen des Vermögenshaushalts	711,6	740,5	807,3
4 Personalausgaben	600,0	628,7	639,9
5/6 Sächlicher Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	630,4	644,2	641,4
7 Zuweisungen u. Zuschüsse (nicht für Investitionen)	449,7	446,5	466,9
8 Sonstige Finanzausgaben	599,3	593,9	627,9
9 Ausgaben des Vermögenshaushalts	711,6	740,5	807,3
Summe Einnahmen	2.991,0	3.053,8	3.183,4
Summe Ausgaben	2.991,0	3.053,8	3.183,4

B. Vermögen

I. Vermögen nach § 38 Abs. 1 GemHVO

1. Forderungen des Anlagevermögens
 - 1.1 Beteiligungen sowie Wertpapiere, die die Gemeinde zum Zweck der Beteiligung erworben hat
 - 1.2 Forderungen aus Darlehen, die die Gemeinde aus Mitteln des Haushalts in Erfüllung einer Aufgabe gewährt hat
 - 1.3 Kapitaleinlagen der Gemeinden in Zweckverbänden oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen
 - 1.4 Das von der Gemeinde in ihre Sondervermögen eingebrachte Eigenkapital
2. Geldanlagen
 - 2.1 Wertpapiere
 - 2.2 Einlagen bei Geldinstituten
 - 2.3 Sonstige Forderungen

Stand am
31.12.1986 31.12.1987 31.12.1988
in Mio DM

II. Vermögen nach § 38 Abs. 2 GemHVO (kostenrechnende Einrichtungen)

1. Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte
 - 1.1 unbebaute Grundstücke
 - 1.2 bebaute Grundstücke
 2. Betriebsanlagen u. technische Anlagen
 3. Bewegliche Sachen
- Vermögen nach § 38 GemHVO zusammen

478,6	480,3	490,3
299,2	311,8	251,9
37,9	38,9	39,3
417,2	428,4	440,3
1,0	1,1	2,5
-	-	-
-	-	-
176,9	177,7	178,5
367,8	395,5	385,0
878,8	916,5	983,6
28,8	29,6	24,8
2.686,2	2.779,8	2.796,2

III. Rücklagen

Stand am
31.12.1986 31.12.1987 31.12.1988
in Mio DM

	31.12.1986	31.12.1987	31.12.1988
1. Allgemeine Rücklage	115,3	115,1	115,1
2. Sonderrücklagen			
2.1 Selbstversicherungsrücklage	15,0	15,0	15,0
2.2 Sonderausgleichsrücklage für die Eigenunfallversicherung	0,4	0,4	0,5
2.3 Sonderrücklage für die Eigenunfallversicherung – Kapitalabfindung I –	1,4	1,3	1,3
2.4 Sonderrücklage für die Eigenunfallversicherung – Kapitalabfindung II –	-	-	0,1
2.5 Grabunterhaltungsrücklage	2,1	1,6	1,0
2.6 Rücklage für die Instandsetzung der Kriegsgräberanlagen	0,1	0,3	0,3
2.7 Rücklage zur Förderung des Kleingartenwesens	0,1	0,1	0,1
2.8 Gebührenaussgleichsrücklage Straßenreinigung	-	-	-
2.9 Gebührenaussgleichsrücklage Kanalisation	7,1	13,1	12,1
2.10 Gebührenaussgleichsrücklage Müllbeseitigung	-	-	-
2.11 Gebührenaussgleichsrücklage Marktwesen	-	-	-
2.12 Rücklage für die Abwasserabgabe	9,7	14,5	14,2
2.13 Rücklage für Altenerholungsmaßnahmen	0,5	0,5	0,5
2.14 Rücklage für Unterstützungen an hilfsbedürftige Künstler	0,4	0,4	0,4
2.15 Betriebskostenrücklage nach dem Kindergartenengesetz (Amt 51)	0,2	0,1	0,2
2.16 Betriebskostenrücklage nach dem Kindergartenengesetz (Amt 40)	-	-	0,1
2.17 Betriebskostenrücklage nach dem Kindergartenengesetz (Förderzentrum für körperbehinderte Kinder Amt 51)	-	-	-
Summen 1 und 2	152,3	162,4	160,9

C. Schulden

1. Aus Krediten von

1.1 Bund, LAF, ERP, Sondervermögen	4,4	12,4	23,5
1.2 Land	60,6	59,3	66,7
1.3 Gemeinden u. GV	4,3	4,1	4,0
1.4 Zweckverbände u. dergl.	-	-	-
1.5 Sonst. öffentl. Bereich	201,0	199,9	199,6
1.6 Kreditmarkt	2.308,6	2.398,4	2.474,3
	<u>2.578,9</u>	<u>2.674,1</u>	<u>2.768,1</u>

Amt 21 – Stadtkasse –

Amtsleiter: Alfred Kremm

In den Jahren 1986 - 1988 wurde das bei der Stadtkasse eingesetzte elektronische Verfahren weiter ausgebaut und verbessert.

Seit 1986 geben die Ämter und Institute geplante Einnahmen und Ausgaben über Bildschirme ein, damit sich die Stadtkasse jeder-

zeit über die voraussichtliche Liquiditätentwicklung informieren kann.

In 1988 wurde ein neues Verfahren zur Bearbeitung fremder Ersuchen eingesetzt.

In 1988 wurde damit begonnen, Zahlungsaufforderungen wie Mahnung, Verwarngeld, Buß-

geld usw. auf maschinell-lesbaren Belegen herauszugeben.

Die Organisation der Stadtkasse wurde nicht wesentlich verändert.

Über Geldbewegungen und Arbeitsumfang vermitteln die beigefügten Übersichten ein Bild.

Steueraufkommen

	1986	1987	1988
Grundsteuer A	238.434,39	245.716,28	252.343,32
Grundsteuer B	114.394.497,11	115.026.992,56	115.858.763,96
Straßenreinigungsgebühr	14.844.942,19	16.544.582,31	17.164.157,64
Müllabfuhrgebühr	50.290.499,01	62.410.738,56	65.974.693,94
Gewerbesteuer (incl. Lohns. + Versp.Zuschl.)	853.746.398,77	869.409.328,67	893.165.233,65
Vergünstigungssteuer	3.531.486,67	3.519.301,13	4.189.954,04
Hundesteuer	1.968.202,40	1.886.297,25	2.121.544,47
Schankerlaubnissteuer	1.141,55	0,00	0,00
Stundungs-/Aussetzungszinsen.	496.709,82	508.102,67	378.053,23
Nebenforderungen.	1.659.297,13	1.935.195,85	1.839.615,00
	1.041.171.609,04	1.071.486.255,31	1.100.943.359,25

Anzahl der Buchungen

1. Umsatzbuchungen

	1986	1987	1988
Einnahmen bar.	15.177	14.955	15.290
Einnahmen unbar			
Schecks	53.904	55.834	59.734
Abbuchungen	314.055	324.354	349.407
Überweisungen	981.371	959.620	968.142
Ausgaben bar	21.357	21.983	25.201
Ausgaben unbar	266.470	254.517	249.524
Umbuchungen/Verrechnungen	207.046	237.691	250.415

2. Sollbuchungen

Zu- und Abgänge	1.550.392	1.522.974	1.521.464
Stundungen/Aussetzungen.	40.531	42.952	45.579

3. Abschlußbuchungen

Bestandsübernahmen	4.114	4.539	4.259
Bestandsvotr. Bankgegenbücher	6.992	7.072	7.382
Vortrag der Reste	158.877	178.096	182.994

4. Buchungen zur Kontenpflege

	635.305	698.857	476.954
--	---------	---------	---------

5. Buchungen zur Haushaltsüberwachung

Aufträge	56.442	56.667	56.258
Zahlungen	212.132	204.101	199.278

Vollstreckungshandlungen

Erteilte Aufträge	195.470	194.248	200.805
davon erledigt durch:			
Bezahlung	22.530	28.612	31.725
fruchtlose Pfändungen	10.125	10.029	11.277
Verkaufsaufträge.	3.003	3.398	5.620
Zurückziehung, Teil- und sonstige Erledigungen.	159.812	152.209	152.542
Einnahmen insgesamt.	7.695.074,04	8.492.839,14	6.327.906,74

Gesamtabschluß der Stadtkasse Düsseldorf für das Haushaltsjahr 1986

Nr.	Bezeichnung	Ist-Einnahmen DM	Ist-Ausgaben DM	Kassenbestand DM	Kassenvorschuß DM
1.	Verwaltungshaushalt	2.303.236.425,21	2.422.618.598,09	0,00	119.382.172,88-
2.	Vermögenshaushalt.	781.595.918,32	793.236.259,05	0,00	11.640.340,73-
3.	Nebenrechnungen				
3.01	Anton u. Katharina Kippenbergstiftung				
3.010	Verwaltungshaushalt	166.929,73	143.300,45	23.629,28	0,00
3.011	Vermögenshaushalt.	132.612,76	132.612,76	0,00	0,00
3.02	Deichverband Df.-Hamm Volmerswerth	310.796,63	255.815,55	54.981,08	0,00
3.03	Eigenunfall-Versicherung				
3.030	Verwaltungshaushalt	8.204.843,65	8.209.239,11	0,00	4.395,46-
3.031	Vermögenshaushalt.	1.404.587,56	1.404.587,56	0,00	0,00
	Zwischensumme	3.095.052.113,86	3.226.000.412,57	78.610,36	131.026.909,07-
3.04	Landeshaushalt				
3.040	Allgemein.	38.976.027,83	38.489.875,01	486.152,82	0,00
3.041	Vorschüsse	40.851,71	46.511,61	0,00	5.659,90-
3.50	Bundeshaushalt - Verwahrgelder	46.537.335,02	45.587.086,27	950.248,75	0,00
3.06	Sonderkonto Armee und Luftwaffe	4.199.883,48	4.014.346,97	185.536,51	0,00
3.07	Geldstöcke - Rücklagen u. a.	158.850.451,35	8.840.221,08	150.010.230,27	0,00
3.08	Straßen- und Kanalbaukosten.	237.629,10	164.533,78	73.095,32	0,00
3.09	Abschiebungskosten	28.573,91	28.569,91	4,00	0,00
3.10	Vereinigung Sonderabfallwirtschaft	72.242,84	21.940,19	50.302,65	0,00
3.11	Stadtjubiläum 1988 e. V.	50.500,00	889,15	49.610,85	0,00
4.	Verwahrgelder				
4.1	Allgemein.	154.874.252,68	141.249.015,59	13.625.237,09	0,00
4.2	NZVI - Wiederkehrende Einnahmen 569-0	10.731.402,38	0,00	10.731.402,38	0,00
4.3	NZVI - Einmalige Einnahmen 568-1	12.219.925,12	0,00	12.219.925,12	0,00
4.4	Amtshilfe	2.287.382,99	2.190.011,77	97.371,22	0,00
5.	Vorschüsse	35.422.980,66	39.346.894,77	0,00	3.923.914,11-
6.	Abrechnungskonten				
6.1	Abrechnungskonten	317.623.156,95	294.937.656,28	22.685.500,67	0,00
6.2	Abrechnungskonten Vollz.-Beamte	7.695.074,04	7.695.074,04	0,00	0,00
	Gesamtsumme	3.884.899.783,92	3.808.613.038,99	211.243.228,01	134.956.483,08-
		3.808.613.038,99		134.956.483,08-	
		76.286.744,93		76.286.744,93	

Gesamtabschluß der Stadtkasse Düsseldorf für das Haushaltsjahr 1987

Nr.	Bezeichnung	Ist-Einnahmen DM	Ist-Ausgaben DM	Kassenbestand DM	Kassenvorschuß DM
1.	Verwaltungshaushalt	2.321.865.444,33	2.432.326.118,83	0,00	110.460.674,50-
2.	Vermögenshaushalt.	760.227.325,29	732.262.935,14	27.964.390,15	0,00
3.	Nebenrechnungen				
3.01	Anton u. Katharina Kippenbergstiftung				
3.010	Verwaltungshaushalt	235.947,99	219.712,79	16.235,20	0,00
3.011	Vermögenshaushalt.	100.178,00	98.781,00	1.397,00	0,00
3.02	Deichverband Df.-Hamm Volmerswerth	284.304,37	238.728,83	45.575,54	0,00
3.03	Eigenunfall-Versicherung				
3.030	Verwaltungshaushalt	6.941.827,41	6.947.483,53	0,00	5.656,12-
3.031	Vermögenshaushalt.	179.080,32	176.229,23	2.851,09	0,00
	Zwischensumme	3.089.834.107,71	3.172.269.989,35	28.030.448,98	110.466.330,62-
3.04	Landeshaushalt				
3.040	Allgemein.	38.599.937,67	38.478.020,83	121.916,84	0,00
3.041	Vorschüsse	189.955,49	196.163,05	0,00	6.207,56-
3.05	Bundeshaushalt - Verwahrgelder	11.547.434,27	11.336.828,67	210.605,60	0,00
3.06	Sonderkonto Armee und Luftwaffe	3.940.954,93	3.584.928,54	356.026,39	0,00
3.07	Geldstöcke - Rücklagen u. a.	161.429.968,86	1.302.764,44	160.127.204,42	0,00
3.08	Straßen- und Kanalbaukosten.	164.875,29	83.968,90	80.906,39	0,00
3.09	Abschiebungskosten	28.159,15	28.158,65	0,50	0,00
3.10	Vereinigung Sonderabfallwirtschaft	88.515,19	52.222,06	36.293,13	0,00
3.11	Stadtjubiläum 1988 e. V.	962.575,85	187,44	962.388,41	0,00

Nr. Bezeichnung	Ist-Einnahmen DM	Ist-Ausgaben DM	Kassenbestand DM	Kassenvorschuß DM
4. Verwahrgelder				
4.1 Allgemein.	167.188.220,42	148.434.409,36	18.753.811,06	0,00
4.2 NZVI – Wiederkehrende Einnahmen 569-0	9.761.154,41	0,00	9.761.154,41	0,00
4.3 NZVI – Einmalige Einnahmen 568-1	30.565.210,25	0,00	30.565.210,25	0,00
4.4 Amtshilfe.	1.828.328,96	1.731.981,94	96.347,02	0,00
5. Vorschüsse	30.498.086,04	33.966.809,63	0,00	3.468.723,59-
6. Abrechnungskonten				
6.1 Abrechnungskonten	317.651.991,67	297.755.781,58	19.896.210,09	0,00
6.2 Abrechnungskonten Vollz.-Beamte . .	8.492.839,14	8.492.839,14	0,00	0,00
Gesamtsumme	3.872.772.315,30	3.717.715.053,58	268.998.523,49	113.941.261,77-
	3.717.715.053,58		113.941.261,77-	
	155.057.261,72		155.057.261,72	

Gesamtabschluß der Stadtkasse Düsseldorf für das Haushaltsjahr 1988

Nr. Bezeichnung	Ist-Einnahmen DM	Ist-Ausgaben DM	Kassenbestand DM	Kassenvorschuß DM
1. Verwaltungshaushalt	2.374.288.138,58	2.487.409.969,90	0,00	113.121.831,32-
2. Vermögenshaushalt.	874.296.192,36	803.667.686,01	70.628.506,35	0,00
3. Nebenrechnungen				
3.01 Anton u. Katharina Kippenbergstiftung				
3.010 Verwaltungshaushalt	185.151,95	168.204,67	16.947,28	0,00
3.011 Vermögenshaushalt.	152.571,52	160.571,52	0,00	8.000,00-
3.02 Deichverband Df.-Hamm Volmerswerth	294.971,62	249.448,01	45.523,61	0,00
3.03 Eigenunfall-Versicherung				
3.030 Verwaltungshaushalt	7.095.869,09	7.104.572,78	0,00	8.703,69-
3.031 Vermögenshaushalt.	324.797,59	324.797,59	0,00	0,00
Zwischensumme	3.256.637.692,71	3.299.085.250,48	70.690.977,24	113.138.535,01-
3.04 Landshaushalt				
3.040 Allgemein.	40.003.902,46	39.829.426,14	174.476,32	0,00
3.041 Vorschüsse	123.713,41	129.364,08	0,00	5.650,67-
3.05 Bundshaushalt – Verwahrgelder . .	9.262.614,39	9.247.868,20	14.746,19	0,00
3.06 Sonderkonto Armee und Luftwaffe . .	1.425.067,92	1.401.769,80	23.298,12	0,00
3.07 Geldstöcke				
3.071 Rücklagen	160.564.996,01	2.203.951,01	158.361.045,00	0,00
3.072 Stiftungsvermögen	142.033,95	85.956,14	56.077,81	0,00
3.08 Straßen- und Kanalbaukosten. . . .	170.182,75	138.912,82	31.269,93	0,00
3.09 Abschreibungskosten	44.033,78	44.283,78	0,00	250,00-
3.10 Vereinigung Sonderabfallwirtschaft . .	74.501,32	20.117,99	54.383,33	0,00
3.11 Stadtjubiläum 1988 e. V.	1.830.002,87	1.830.002,87	0,00	0,00
4. Verwahrgelder				
4.1 Allgemein.	171.420.946,25	156.602.245,42	14.818.700,83	0,00
4.2 NZVI – Wiederkehrende Einnahmen 569-0	9.313.372,10	0,00	9.313.372,10	0,00
4.3 NZVI – Einmalige Einnahmen 568-1	21.689.528,92	0,00	21.689.528,92	0,00
4.4 Amtshilfe.	1.783.656,79	1.704.123,71	79.533,08	0,00
5. Vorschüsse	31.217.015,94	33.120.968,64	0,00	1.903.952,70-
6. Abrechnungskonten				
6.1 Abrechnungskonten	371.094.141,11	343.196.935,05	27.897.206,06	0,00
6.2 Abrechnungskonten Vollz.-Beamte . .	6.327.906,74	6.327.906,74	0,00	0,00
Gesamtsumme	4.083.125.309,42	3.894.969.082,87	303.204.614,93	115.048.388,38-
	3.894.969.082,87		115.048.388,38-	
	188.156.226,55		188.156.226,55	

Amt 22 – Steueramt

Amtsleiter: Horst Rass

Allgemeines

Auch im Berichtszeitraum sind durch Gesetzesänderungen weitere Eingriffe in die kommunalen Finanzen erfolgt; in geringem Umfang bei der Gewerbesteuer durch Abschaffung der Umrechnungsvorschriften, in größerem Maße bei der Grunderwerbsteuer. Das Grunderwerbsteuer-Verteilungsgesetz, durch das die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen mit 9/14 am Aufkommen der Grunderwerbsteuer beteiligt waren, wurde mit Wirkung vom 1.1.1987 aufgehoben.

Der Anteil der Stadt am Aufkommen der Grunderwerbsteuer betrug

in 1986 32.518.745.- DM
in 1987 1.445.612.- DM.

Der Betrag in 1987 betrifft Vorgänge aus 1986.

Grundsteuer

Die Grundsteuerhebesätze in den Jahren 1986 - 1988 änderten sich gegenüber dem letzten Berichtszeitraum nicht. Sie betragen für die Grundsteuer A (Betriebe der Land- und Forstwirtschaft) 156 v.H. und für die Grundsteuer B (Grundstücke) 312 v.H.

Die Zahl der steuerlich erfaßten Objekte ist

1986 auf 108.428,
1987 auf 110.595 und
1988 auf 111.220

gestiegen. Begründet ist diese Steigerung in erster Linie mit der vermehrten Bildung von Wohnungseigentum.

Das unbereinigte Soll betrug bei der

	1986
Grundsteuer A	236.945,- DM
Grundsteuer B	114.343.070,- DM

	1987
Grundsteuer A	247.718,- DM
Grundsteuer B	115.156.277,- DM

	1988
Grundsteuer A	251.193,- DM
Grundsteuer B	117.019.034,- DM

Der Anstieg des Grundsteueraufkommens ist auf die Bautätigkeit sowie auf die Bildung von Wohnungseigentum zurückzuführen.

Gewerbesteuer

Mit dem Steuerbereinigungsgesetz vom 19.12.1985, durch das die gewerbesteuer-

rechtlichen Umrechnungsvorschriften abgeschafft wurden, hat der Gesetzgeber seine Korrekturen am Gewerbesteuergesetz fortgesetzt.

Seit Mai 1987 werden der Stadt Düsseldorf vom Rechenzentrum der Finanzverwaltung des Landes NW – zunächst in einem Pilotversuch – Magnetbänder zur Verarbeitung von

Das unbereinigte Gewerbesteuersoll betrug (in Mio. DM):

	1986	1987	1988
Vorauszahlungen	673.0	670.5	719.9
Nachforderungen für frühere Jahre	173.7	199.5	191.8
	846.7	870.0	911.7
Niederschlagungen/Erlasse	4.2	6.7	5.0
	842.5	863.3	906.7

Vergnügungssteuer

Die Steuersätze in den Jahren 1986 und 1987 blieben gegenüber dem letzten Berichtszeitraum unverändert. Durch das Gesetz zur Änderung des Vergnügungssteuergesetzes vom 14.06.1988 wurden für vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltungen und für das Halten von Apparaten ab 1.07.1988 neue Steuersätze bestimmt. Nach § 25 des Gesetzes zur Änderung des Vergnügungssteuergesetzes können die Gemeinden durch Satzung von den Steuersätzen des Gesetzes abweichen. Von dieser Möglichkeit hat der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf Gebrauch

Gewerbesteuerdaten der Finanzämter Düsseldorf-Nord, -Mitte und -Altstadt übersandt. Dieses Verfahren ermöglicht einen schnelleren Austausch von Daten bei der Gewerbesteuer.

Nach der Hebesatzerhöhung im Jahre 1985 blieb der Hebesatz im Berichtszeitraum unverändert und betrug 430 v.H.

	1986	1987	1988
Vorauszahlungen	673.0	670.5	719.9
Nachforderungen für frühere Jahre	173.7	199.5	191.8
	846.7	870.0	911.7
Niederschlagungen/Erlasse	4.2	6.7	5.0
	842.5	863.3	906.7

gemacht und die Steuersätze durch die Vergnügungssteuersatzung vom 13.07.1988 ab 1.08.1988 erhöht.

Die Steuerfestsetzungen auf der Grundlage der erhöhten Steuersätze haben in vielen Fällen Rechtsbehelfsverfahren ausgelöst. Die Aufsteller von Apparaten machen in diesen Verfahren fast ausschließlich verfassungsrechtliche Bedenken geltend. Nach ihrer Ansicht führen die neuen Steuersätze zur Unrentabilität der Apparateaufstellung. Diese Ansicht wurde von den Verwaltungsgerichten bisher nicht geteilt.

Von der zum Soll gestellten Steuer entfallen auf:

	1986	1987	1988
Spiel-/Unterhaltungsapparate	2.392.374,-	2.473.049,-	3.408.567,-
Tanzveranstaltungen	706.136,-	580.994,-	568.453,-
Spielkasinos	61.839,-	88.484,-	119.351,-
Filmveranstaltungen	383.651,-	401.262,-	645.794,-

Hundesteuer

Die bisherigen Steuersätze wurden nicht geändert. Die Steuer beträgt auch weiterhin für das Halten eines Hundes 120.-DM; werden zwei Hunde gehalten, beträgt die Steuer 144.-DM je Hund und werden drei oder mehr Hunde gehalten 168.-DM je Hund.

Nach der Einführung der Hundesteuermarken zum 1.1.1988 stieg die Zahl der gemeldeten Hunde merklich an. Am 31.12.1988 waren rd. 18.000 Hunde gemeldet.

Das Steueraufkommen betrug

1986 = 1.955.710.- DM
1987 = 1.879.764.- DM
1988 = 2.127.270.- DM

Benutzungsgebühren

a) Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke

Die Festsetzung und Einziehung wird wie bisher über Amt 67 in Verbindung mit den Stadtwerken Düsseldorf abgewickelt.

b) Gebühren für die Reinigung der öffentlichen Straßen

Diese Gebühren werden zusammen mit der Grundsteuer erhoben. Am 1.1.1986 und 1.1.1987 wurden die Gebühren durch Satzung erhöht, um sie den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes entsprechend den gestiegenen Kosten anzupassen.

Das Gebührenoll betrug

1986 = 14.812.061.- DM
1987 = 16.529.056.- DM
1988 = 17.155.232.- DM

c) **Gebühren für die Abfallbeseitigung**

Die gestiegenen Kosten machten eine Gebührenerhöhung jeweils zum 1.1.1986, 1987 und 1988 erforderlich.

Das Gebührenoll betrug

1986 = 50.303.695.- DM
1987 = 61.340.262.- DM
1988 = 66.064.128.- DM.

Steuerberatung

Neben der Beratung der Städt. Dienststellen in Steuerfragen, Erstellung von Abschlüssen

und Steuererklärungen, Stellungnahmen zu Verträgen sowie zu aktuellen steuerlichen Fragen jeglicher Art, lag das besondere Gewicht der Tätigkeit auf der im März 1987 begonnenen Betriebsprüfung bei der Stadt. Diese Betriebsprüfung dauerte auch über das Jahr 1988 hinaus an. Gegen Ende des Jahres 1988 waren aber alle wesentlichen Probleme gelöst und die Schlußbesprechung für diese Betriebsprüfung inhaltlich weitgehend vorbereitet. Ein weiterer Schwerpunkt lag auch diesmal im Bereich der Spenden und dem Gemeinnützigkeitsrecht, wobei neben der Beratung städtischer Großveranstaltungen wie z.B. BUGA 1987 und Stadtjubiläum 1988 vor allem im kulturellen Bereich steuerliche Fragen zu klären waren. Außerdem wurde das Personalamt während der Lohnsteuerprüfung, die 1986 begann und 1987 zu Ende geführt wurde, beratend unterstützt.

Ermittlungsdienst

Nach wie vor ist die Ermittlung von Betriebsstätten, die durch auswärtige Gewerbetreibende insbesondere durch Bauausführungen in Düsseldorf begründet werden, lohnend. Durch diese Ermittlungen fließen der Stadt jährlich bis zu 550.000.- DM an Gewerbesteuer zu.

Im übrigen ist der Ermittlungsdienst für alle Abgabenarten tätig. Ermittelt werden mußte aus den verschiedensten Gründen an Ort und Stelle

1986 in 2.840
1987 in 3.139
1988 in 2.840

Fällen.

Amt 23 – Liegenschaftsamt

Amtsleiter: Dipl.Volksw. Helmut Rattenhuber

An- und Verkauf, Tausch und Bereitstellung von Grundstücken

A. Verkäufe

1. Bebaute Grundstücke

Das bemerkenswerteste Ereignis im Berichtszeitraum ist der Verkauf des Wilhelm-Marx-Hauses. Es konnte ein Verkaufspreis erzielt werden, welcher die Stadt Düsseldorf in die Lage versetzt, für die vom Verkauf betroffenen Ämter des Sozialdezernates ein Ersatzgebäude an der Eisenstraße zu errichten. Der über die Herstellungskosten hinausgehende Verkaufserlös erhöhte den finanziellen Spielraum der Stadt nicht unwesentlich.

Im Berichtszeitraum konnten weitere 11 Objekte an Mieter in der Tannenhofsiedlung verkauft werden, außerdem 2 Objekte am Räuscherweg. Daneben sind die denkmalgeschützten Objekte Jägerstraße 14 bis 16, Lilienkronstraße 3, Ludenbergstraße 1 und Friedenstraße 15 veräußert worden, ebenfalls das Baudenkmal Schloßhof Eller. Vervollständigt wird die Liste der verkauften bebauten Grundstücke durch weitere Objekte auf der Scheibenstraße, der Kapellstraße und dem Neusser Tor.

2. Unbebaute Grundstücke

a) Einfamilienhausgrundstücke

Einfamilienhausgrundstücke sind nach wie

vor stark gefragt. Angeboten werden konnten Baustellen sowohl für freistehende als auch für Reiheneigenheime. Die Anzahl der verkauften Grundstücke beträgt 670, wovon allein 224 auf das Baugebiet Hellerhof entfallen. Der Rest verteilt sich auf Baugebiete im Bereich Dreherstraße, Rathelbeckstraße, Sterntalerweg, Büttgenweg, Niederkasseler Lohweg, Am Stock, Reiherweg, Fritz-Köhler-Weg, Carl-Sonnenschein-Straße, Tannenhof und Urdenbach. Im Baugebiet Rathelbeckstraße sind z.B. 30 Eigenheime nach ökologischen Grundsätzen entstanden.

b) Geschoßwohnungsbau

Für den Geschoßwohnungsbau sind 12 Baugrundstücke zur Verfügung gestellt worden; davon 4 für den Bau von 192 Aussiedlerwohnungen, eines für 17 Altenwohnungen und eine Altentagesstätte an der Jahnstraße. Nachdem durch den starken Zuzug von Aussiedlern der Bedarf an öffentlich gefördertem Wohnraum stark angestiegen ist, registriert das Liegenschaftsamt eine große Nachfrage nach entsprechenden Baugrundstücken. Auch besteht erstmals nach vielen Jahren wieder Nachfrage nach Grundstücken für refinanzierten Geschoßwohnungsbau.

c) Büro-, Gewerbe- und Industrieflächen und Sonstige

Das Kerngebiet im Bereich Hauptbahnhof-Ost hat sich zwischenzeitlich hervorragend entwickelt. Sämtliche verfügbaren Flächen sind inzwischen veräußert worden. Auch die Vermietungssituation hat sich entspannt. Ein nennenswerter Leerstand besteht nicht. Weitere Grundstücke für eine Kerngebietsnutzung

wurden verkauft unter der A 59 in Garath, am Rheindorfer Weg, an der Altenbrückstraße, an der Albertstraße. Erwähnenswert sind weiterhin Grundstücksverkäufe an die Firmen Kaufring, Siemens, ARAG, Veba, Metro und Case Vibromax wegen eines gesteigerten Eigenbedarfs. Außerdem ist im Berichtszeitraum der sogenannte Ringtausch durchgeführt worden. Hier hat die Firma Daimler-Benz das Rheinbahngrundstück an der Münsterstraße erworben, während die Rheinbahn zukünftig eine Betriebsstätte an der Erkrather Straße auf dem ehemaligen Mannesmann-Grundstück unterhalten wird. Die Firma Daimler-Benz hat dafür ihr Grundstück an der Kölner Straße/Ecke Werdener Straße an die Stadt Düsseldorf übertragen.

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaftsförderung sind 60 Gewerbegrundstücke für sonstige gewerbliche Nutzung veräußert worden. Davon entfallen 28 Grundstücke auf die Baugebiete Reisholz und Hellerhof, 13 auf das Baugebiet Mündelheimer Weg.

Ebenfalls veräußert werden konnte das Grundstück an der Dammstraße, nachdem die durch das Auffinden der Bodendenkmäler eingetretenen Belange des Denkmalschutzes einvernehmlich gelöst werden konnten. Hier entsteht jetzt ein Parkhaus mit ca. 950 Einstellplätzen. Der Hochbau sieht Wohn-, Büro- und Geschäftsnutzung mit einer Geschoßfläche von ca. 16.000 qm vor. Außerdem werden Überlegungen angestellt, auch dem Hetjes-Museum und dem Filmmuseum hier ein Domizil zu geben.

Schließlich ist noch der Verkauf eines Grundstücks am Niederkasseler Lohweg zu nennen. Hier entsteht in drei Bauabschnitten ein japanisches Kulturzentrum für die große japanische Gemeinde in Düsseldorf. Verkauft wurden außerdem diejenigen Flächen an den Landschaftsverband, welche bei dem Weiterbau der A 44 und B 8 n benötigt werden und hierfür von der Stadt Düsseldorf speziell erworben worden waren oder aber aus Altbesitz stammen.

d) Erbbaurechte

Hier wurden im Berichtszeitraum weitere Erbbaurechtsgrundstücke an die Erbbauberechtigten verkauft. Durch Abtretung von Teilflächen aus dem Erbbaurecht konnten weitere Baustellen geschaffen werden. Soweit aus dem Erbbaurecht entlassene Teilflächen für Planungszwecke nicht mehr benötigt werden, werden diese nachveräußert. Neu ausgegeben wurden Erbbaurechte im Hafem im Zusammenhang mit Betriebsumstrukturierungen.

Das Erbbaurecht bezüglich des Verwaltungsgebäudes am Rathausufer wurde zwischenzeitlich von der Stadt Düsseldorf zurückerworben.

B. Ankäufe

Grundstücksankäufe erfolgten in der Regel zur Sicherung und Realisierung städtischer Planungsmaßnahmen. Als Anlaß zu nennen sind der U-Bahn-Bau in der Kölner Straße, die GPW-Programme im gesamten Stadtgebiet, die Grünverbindung Scheidlingsmühlenweg, die Erweiterung der Kläranlage Düsseldorf-Nord, das Erholungsgebiet Angermunder Baggersee und die A 44.

Eine Fläche von ca. 35.000 qm wurde erworben aus dem Grundstück der Firma Mannesmann-Lierenfeld für eine Grünfläche.

Angekauft wurde weiterhin, wie bereits oben erwähnt, von der Firma Daimler-Benz eine

Fläche von ca. 71.000 qm an der Kölner Straße/Erkrather Straße. Hier läuft zur Zeit ein Wettbewerb mit dem Ziel einer Kerngebietsausweisung.

Schließlich ist zu vermerken, daß nach wie vor im Rahmen der Grundstücksvorratspolitik Grundstücke im gesamten Stadtgebiet erworben werden, damit die Stadt jederzeit in der Lage ist, Planungsbetroffenen Ersatzobjekte zur Verfügung zu stellen.

Verwaltung des Haus- und Grundbesitzes

Haus- und Grundbesitz

Amt 23 verwaltete Ende 1988 348 Objekte mit 974 Mieteinheiten. Der überwiegende Teil dieser Objekte wurde für die Durchführung von Planungsmaßnahmen erworben und muß zu gegebener Zeit freigemacht und beseitigt werden.

Der nicht zweckgebundene städt. Hausbesitz wird von der Städt. Wohnungsgesellschaft, Gemeinnützige AG, verwaltet. Ende 1988 verwaltete sie für die Stadt 7.692 Wohnungen. Die Verwaltung dieser Wohnungen umfaßt auch ihre Modernisierungen. Der Rat der Stadt beschloß am 20.11.1986 ein mittelfristiges Rahmenprogramm, in dem Modernisierungsmaßnahmen von rd. 90 Mio DM ausgewiesen sind. Damit soll der größte Teil des städt. Hausbesitzes modernisiert werden, d.h. Bäder, Heizungen und Isolierverglasungen werden in die meist vor dem Krieg errichteten Bauten eingebaut. Neben dieser Modernisierung steht die Instandsetzung. Hierfür beschloß der Rat der Stadt am gleichen Tag ein Instandsetzungsprogramm von 30 Mio DM; insgesamt ein Programm für 10 Jahre mit einem Volumen von 120 Mio DM. Für die Modernisierungen stellte die Stadt seit 01.01.1976 88,6 Mio DM und für die Instandsetzungen 9 Mio DM zur Verfügung.

Darlehen, Steuern

a) Darlehen

Am 31.12.1988 verwaltete das Amt 571 Restkaufpreishypotheken. Die Forderungen betragen am 01.01.1986 12.173.018,77 DM und am 31.12.1988 8.172.126,64 DM.

b) Steuern

Im Berichtszeitraum betrugen die Grundbesitzabgaben für den bebauten und unbebauten Grundbesitz des Amtes 23 einschl. der Umlage der Landwirtschaftskammer

1986 = 2.314.894,56 DM
1987 = 2.315.452,06 DM
1988 = 2.394.288,94 DM.

Freimachung und Grundstücksräumung

Besondere Schwerpunkte der Freimachung waren im Berichtszeitraum die Freimachung Bundesgartenschauelände einschl. Düsseldorfchen, Gewerbegebiet Großenbaumer-/Mündelheimer Weg, Kammgarnspinnerei Brückenstr. 7 - 11, Bezirkssportanlage Dechenweg, Kleingartengelände „Alt Stokum“, Stockumer Kirchstr. für Nordparkerweiterung, Nordring - A 44, Baureifmachung im Bereich Tannenhof und Urdenbach.

Das Sachgebiet Abbruch räumte im Berichtszeitraum 26 Wohn- und Geschäftshäuser, 76 gewerbliche Objekte, 3 Luftschuttkeller einschließlich Lagerbunker und 710 Objekte, wie z.B. Garagen, Schulbaracken, Tankstellen, Trafostationen, Gewächshäuser usw.; insgesamt wurden 227.289 cbm Schutt- und Abbruchmassen mit einem finanziellen Aufwand von 3.914.000,00 DM beseitigt.

Amt 24 – Amt für Verteidigungslasten

Amtsleiter: Karl Schumacher

Das Amt für Verteidigungslasten war im Berichtszeitraum nach der Zuständigkeitsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen weiterhin für die Abwicklung von Schadenersatzansprüchen, die sich gegen die ausländischen Stationierungstreitkräfte richteten, sowie für Ansprüche, die die Streitkräfte ihrerseits gegen Schädiger hatten, sowie für die Mietzahlungen der hier stationierten ausländischen Militärstreitkräfte zuständig.

Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Dienststellen der britischen, amerikanischen und belgischen Stationierungstreitkräfte, die im Regierungsbezirk Düsseldorf stationiert sind, hat sich intensiviert, bedingt durch eine erhöhte Zahl von Großmanövern, die teilweise im Zuständigkeitsbereich des Amtes begannen und die umfangreiche, organisatorische und personelle Vorbereitungen erforderten, um einen reibungslosen Ablauf der Manöver selbst und der Abwicklung der dabei zwangsläufig entstandenen Manöverschäden zu gewährleisten.

Die Auseinandersetzung über die Art und Weise der Erstattung der Personal- und Sachkosten des Amtes ging auch im Berichtszeitraum weiter. Das Verwaltungsgericht in Düsseldorf hat zwar durch Urteil vom 01.07.1988 dem Finanzminister NRW das Recht zugestanden, die sogenannten Erstattungsrichtlinien ab 1982 zum Nachteil der Stadt Düsseldorf zu ändern. Danach müßte die Stadt im Gegensatz zu der Zeit vor 1982 einen jährlichen Zuschußbedarf zwischen 30.000 - 60.000 DM ausweisen, d.h. sie müßte diesen Kostenanteil auf Dauer selbst tragen, obwohl das Amt zu 96 % überörtlich tätig ist. Die Urteilsgründe waren jedoch nicht überzeugend, so daß die Stadt Düsseldorf als Klägerin gegen dieses Urteil aus grundsätzlichen Erwägungen Berufung eingelegt hat. Ein Berufungsurteil durch das Oberverwaltungsgericht Münster ist bisher noch nicht ergangen.

Das Amt für Verteidigungslasten hat insofern eine Sonderstellung, als es ein „echtes“ Amt der Stadt ist, das nach den organisatorischen und personellen Grundsätzen, die für alle städtischen Ämter gelten, behandelt wird, zum anderen jedoch seine Fachweisungen über den Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom Finanzminister NRW erhält. Dementsprechend ist für einen guten Arbeitsablauf des Amtes mit dem Ziel einer relativ schnellen Bearbeitung der Anträge von Geschädigten eine gute Zusammenarbeit sowohl zwischen den jeweils zuständigen Fachämtern der Stadt als auch dem Regierungspräsidenten und dem Finanzminister geboten. In der Praxis hat sich diese Zusammenarbeit bewährt und nicht zu nennenswerten Unzuträglichkeiten geführt.

Im Verhältnis zwischen den Geschädigten, die überwiegend anwaltlich vertreten sind, hat sich ebenfalls dank in der Regel sachbezogener Denk- und Handlungsweise kein Anlaß zu berechtigten Beschwerden gegeben. Auch die Mitwirkung des Vertreters des Finanzinteresses bei der Oberfinanzdirektion Köln, der in bestimmten Schadensfällen seine Zustimmung zu der vom Amt beabsichtigten Entschließung (Bescheid) geben muß, hat nicht zu Schwierigkeiten in der Abwicklung der Schadensfälle geführt.

Abteilung von Personen- und Sachschäden, verursacht durch die ausländischen Streitkräfte

Die Zahl der Anträge wegen Sach- und Personenschäden ist gegenüber dem Berichtszeitraum 1983 - 1985 weiter gestiegen, so betrug die Gesamtzahl der Anträge ca. 2.200. Die Aufwendungen im Einzelschadensfall stiegen im Durchschnitt weiter an und zwar einmal wegen der allgemeinen Kostensteigerung und zum anderen wegen der begünstigenden Rechtsprechungstendenz, die die Geschädigten bzw. deren Anwälte zur Geltendmachung erhöhter Ansprüche veranlaßte. Diese Umstände wirkten sich auch auf die Höhe gesetzlicher Forderungsübergänge aus.

Die im vorgängigen Berichtszeitraum ausstehenden ex-gratia-Fälle konnten im wesentlichen positiv für die betroffenen Bürger geregelt werden. Allgemein konnte die Praxis der Streitkräfte auf die intensiven Einwirkungen des Finanzministeriums auf höherer Ebene und des Amtes in Einzelfällen hin zum Vorteil der Betroffenen beeinflußt werden, so daß derzeit auch die Regulierung dieser Schadensfälle ohne nennenswerte Probleme erfolgen kann.

Der Anteil von Schadensfällen mit Personenschäden ist zwar gegenüber dem vorgängigen Berichtszeitraum etwa gleichbleibend, wobei zu bemerken ist, daß ein relativ hoher Anteil auf Unfälle von Kindern und Zweiradfahrern entfällt.

Das schwerwiegendste Ereignis im Berichtszeitraum stellte der Absturz eines amerikanischen Kampfflugzeuges am 08.12.1988 über der Stadt Remscheid dar.

Durch diesen Absturz wurden

- 7 Menschen (einschließlich des Piloten) getötet und
- 3 Personen schwerstverletzt und
- zahlreiche Menschen leicht verletzt bzw. erlitten durch das Absturzerlebnis Schockschäden
- 3 Miethäuser mit zahlreichen Wohnungen wurden total zerstört

- 18 Häuser wurden mehr oder weniger stark beschädigt
- 24 Mieter erlitten Totalhausratverluste
- 96 Bürger mußten Teilhausratverluste hinnehmen
- 14 gewerbliche Betriebe wurden mehr oder minder stark betroffen und machten zum Teil hohe Vermögensschäden wegen Betriebsunterbrechung geltend.

Der Gesamtschaden ist noch nicht voll schätzbar. Er wird sich aber mit Sicherheit auf mehrere Millionen DM belaufen.

Das Amt hatte ab 09.12. - 22.12.1988 in Verbindung mit der Stadt Remscheid in Remscheid eine Antrags- und Beratungsstelle für die betroffenen Bürger eingerichtet. Dort wurden die Geschädigten beraten und erhielten nach Glaubhaftmachung per Bar- oder Verrechnungsscheck Vorauszahlungen in angemessener Höhe auf ihren Gesamtschaden, um sie damit in die Lage zu versetzen, die elementaren Lebensbedürfnisse befriedigen zu können. Diese Sofortgeldzahlungen auf die später endgültig festzusetzenden Entschädigungen beliefen sich in diesem Zeitraum auf 750.000,00 DM.

Gleichzeitig setzte das Amt zur Erstellung der Hausratschäden im einzelnen einen vereidigten Sachverständigen ein, der in Verbindung mit der Antragstelle in Remscheid Kontakt mit den Betroffenen aufnahm. Wegen des sprunghaft angestiegenen Arbeitsanfalles, auf den das Amt weder personell noch in der Sachausstattung vorbereitet sein konnte, wurde vorübergehend die Mithilfe von bis zu 3 Sachbearbeitern des Amtes für Verteidigungslasten Köln notwendig.

Die Sofortmaßnahmen mußten unter starkem, kritischem Interesse der Medien und den Aussagen von hohen Politikern zwar schnell, aber dennoch mit Sachkenntnis, Fingerspitzengefühl, Geschick und unter Wahrung haftungsrechtlicher Grundsätze durchgeführt werden.

Die endgültige Abwicklung aller Schadensfälle wird einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Dies wird im einzelnen im nächsten Berichtszeitraum darzustellen sein.

Zum Ausgleich der Verluste, die den Geschädigten durch die Abwicklung der Hausratschäden von Zeitwertbasis verbleiben werden, hat das Land Nordrhein-Westfalen einen Härtefonds über 1.000.000 DM eingerichtet, über den die Stadt Remscheid und nach Festsetzung der rechtlich zustehenden Entschädigung durch das hiesige Amt für Verteidigungslasten und in Absprache mit diesem verfügt.

Daneben flossen den Geschädigten umfangreiche Geldspenden zu, so daß keine materiellen Härten erkennbar blieben.

Trotz der im hiesigen Zuständigkeitsbereich beginnenden Großmanöver hatte das Amt relativ wenig Schadensfälle zu bearbeiten, da im Regierungsbezirk Düsseldorf nur die Aufmarsch- und Ausrüstungsbewegungen erfolgten, während die eigentlichen Manöverbewegungen nördlich und östlich des Zuständigkeitsbereiches stattfanden.

Die früher schon aufgezeigte Problematik bei der Abwicklung von sogenannten Düsenge-witterschäden besteht unverändert fort, d.h. die Kausalität zwischen Düsenknall und Schaden ist in vielen Fällen umstritten. Hier gibt es beiderseits erhebliche Beweisschwierigkeiten, außerdem haben zum Teil emotional geführte Diskussionen über militärische Tief-flüge, Lärmbelästigungen und Gefahren der

Flugzeuge verstärkt eingesetzt und überlagern gelegentlich die Sachbetrachtung. Die Rechtsprechung stellt in diesen Schadensfällen unterschiedliche Anforderungen. Sie neigt in der Tendenz dazu, in Schadensfällen zugunsten des Geschädigten zu entscheiden.

Entschädigung für die Inanspruchnahme von Grundstücken durch die Stationierungstreitkräfte und Zahlung von Mieten und Pachten für die von ihnen und ihren Angehörigen genutzten Wohnungen und sonstigen Objekte

Im Berichtszeitraum haben die belgischen Stationierungstreitkräfte durch Verlagerungen und Umgruppierungen innerhalb ihrer NATO-Verbände in der Bundesrepublik eine erhebliche Zahl von Wohnungen, die sie für ihre Militärangehörigen angemietet hatten, aufgegeben. Diese Reduzierung von Woh-

nungsbedarf von belgischer Seite steht weiterhin eine gewisse, wenn auch nennenswert geringere Aufstockung von Wohneinheiten zugunsten der amerikanischen Streitkräfte gegenüber.

Durch unsachgemäßen Umgang mit Wohnungen und deren Einrichtungen richteten sich in Einzelfällen relativ hohe Ersatzansprüche gegen die Streitkräfte; demgegenüber mußten Vermieter in einer Reihe von Fällen Mietminderungen hinnehmen, weil Schäden und Mängel an Häusern und Wohnungen, die vom Vermieter zu vertreten waren, nicht oder nur unzureichend beseitigt wurden.

Die Mietzahlungen beliefen sich
1986 auf 8,23 Millionen DM
1987 auf 7,37 Millionen DM
1988 auf 4,81 Millionen DM
insgesamt im Berichtszeitraum auf
20.41 Millionen DM

... von ...

... von ...

Die ...

Die ...

Die ...

... von ...

Die ...

Die ...

Die ...

Der ...

Das ...

- Durch ...

... von ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Zum ...

Rechts-, Sicherheits- und
Ordnungsverwaltung

30 Rechtsamt

32 Ordnungsamt

33 Amt für Einwohnerwesen

34 Standesamt

35 Versicherungsamt

36 Straßenverkehrsamt

37 Feuerwehr

38 Zivilschutzamt



Amt 30 – Rechtsamt

Amtsleiter: Rolf Weinmann

Zivil- und Verwaltungsprozesse, Haftpflicht- und Strafsachen

rungen des Sozial- und Jugendbereichs) sowie Verwaltungsprozesse und Strafsachen.

nommen. Bei den vom Rechtsamt geführten Verwaltungsprozessen liegt das Scherwergewicht nach wie vor im Baubereich.

Das Rechtsamt bearbeitet die Zivilrechtsachen der Stadt (mit Ausnahme der Forde-

Die Zahl der Zwangsversteigerungssachen und Haftpflichtansprüche hat weiter zuge-

I. Geltendmachung von zivilrechtlichen Forderungen der Stadt (Aktiv-Prozesse)

	1986	1987	1988
A. Mahn- und Klagesachen			
1. Mahnbescheide (rechtskräftig)	501	622	689
2. Zahlungsklagen und in Prozesse übergeleitete Mahnbescheide	34	48	42
3. Räumungsklagen	17	33	16
4. Sonstige Klagen beim Amtsgericht	486	677	605
5. Klagen beim Landgericht	12	20	19
6. Arbeitsgerichtssachen	50	47	48
B. Zwangsvollstreckungssachen			
7. Verfahren zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung	457	403	342
8. Konkurs- und Vergleichsverfahren	12	13	8
9. Zwangsversteigerungen	253	315	338
10. Zwangsverwaltungen	136	178	164
11. Arreste und einstweilige Verfügungen	1	1	2

II. Verteidigung gegen zivilrechtliche Forderungen Dritter (Passiv-Prozesse und Haftpflichtsachen)

	1986	1987	1988
12. Haftpflichtsachen	1354	1462	1631
13. Darunter Klagen gegen die Stadt	42	37	31
14. Sonstige Klagen gegen die Stadt	11	11	10

III. Strafsachen

	1986	1987	1988
15. Strafanzeigen und Strafanträge	93	97	92
16. Strafverteidigungen (soweit nicht gleichzeitig als Haftpflichtfall bearbeitet)	11	13	8

IV. Verwaltungsprozesse

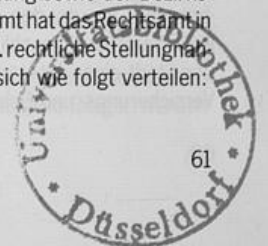
	1986	1987	1988
Summe	447	404	360
und zwar für:			
17. Amt 32	21	20	9
18. Amt 33	30	32	59
19. Amt 40	16	18	22
20. Amt 50	22	13	28
21. Amt 51 (BAFÖG)	2	7	5
22. Amt 60	99	82	49
23. Amt 63	170	120	96
24. Amt 64	2	2	-
25. Amt 65 (Denkmalschutz)	7	2	12
26. Amt 67	15	18	14
27. Amt 68	3	5	-
28. Amt 70	33	28	18
29. Amt 71	-	2	1
30. für andere Ämter	27	55	47
31. Sozialgerichtssachen	-	-	-

Rechtsgutachten

Die rechtliche Beratung der städtischen Dienststellen gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Rechtsamtes. Die Zahl der entspre-

chenden Anfragen ist weiter gestiegen. Schwerpunkte bilden die Überprüfung von Satzungen, die ständig der neuesten Entwicklung der Rechtsprechung angepaßt werden müssen, und Fragen aus dem Bereich der Bau-

und der Sozialverwaltung sowie der Bezirksvertretungen. Insgesamt hat das Rechtsamt in der Berichtszeit 1.681 rechtliche Stellungnahmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen:



	1986	1987	1988
Gemeindeorgane (01 – 013, Fraktionen)	148	74	80
Allgemeine Verwaltung (10 – 19)	48	64	72
Finanzverwaltung (20 – 29)	35	41	21
Sicherheits- und Ordnungsverwaltung (32 – 38)	61	42	41
Schul- und Kulturverwaltung (40 – 42)	45	60	47
Sozial- und Gesundheitsverwaltung (50 – 55)	78	111	119
Bauverwaltung (60 – 69, 84)	116	120	129
Verwaltung der öffentl. Einrichtungen (70 – 72)	21	24	31
Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr (80 – 82)	9	9	16
Sonstige Stellen	4	7	8
	565	552	564

Schadenversicherungen

Die großen Schadenrisiken der Stadt und der städtischen Eigengesellschaften und -betriebe, wie z. B. die Feuer-, Museums- und U-Bahn-Bau-Risiken, sind versichert.

Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit ist die Stadt mit Wirkung vom 1.1.1988 aus der Feuerschutzgemeinschaft kreisfreier Städte Rheinlands und Westfalens (FSG), deren Geschäfte die Provinzial-Feuerversicherung führt, ausgetreten. Die Stadtwerke Düsseldorf AG und die Rheinische Bahngesellschaft AG hatten bereits im Frühjahr 1987 die Mitgliedschaft bei der Feuerschutzgemeinschaft gekündigt.

Die Stadtwerke Düsseldorf AG und die Rheinische Bahngesellschaft AG haben zum Zwecke der Kosteneinsparung eigenständig ab 1.1.1988 Feuerversicherungsverträge bei privaten Versicherungsgesellschaften abgeschlossen.

Die Stadt hat das Feuerrisiko ab 1.1.1988 bei einem Versicherungskonsortium versichert. Mitversichert sind über diesen Vertrag die Eigenbetriebe der Stadt sowie einige Eigengesellschaften und selbständige Einrichtungen. Bei einem Verbleib in der FSG hätte die Stadt voraussichtlich für 1988 an FSG und Provinzial ca. 2.000.000 DM zahlen müssen. Demgegenüber waren nach der Neuordnung der Feuerversicherung nur 931.000 DM zu zahlen.

Nach Kündigung des Haftpflichtversicherungsvertrages durch die Provinzial-Feuerversicherung zum 1.1.1988 hat sich die Stadt anderweitig gegen das Haftpflichtrisiko, allerdings mit einem hohen Selbstbehalt, versichert.

Die Glasversicherung ist von der Provinzial-Feuerversicherung zum 1.1.1988 gekündigt worden. Im Laufe des Jahres ist dann eine andere Versicherung abgeschlossen worden.

Für kleinere Risiken bestehen aus wirtschaftlichen Gründen keine Versicherungen. Die nicht versicherten, aber versicherbaren Schäden werden aus Haushaltsmitteln des Rechtsamtes reguliert.

Die städtischen Eigengesellschaften und -betriebe, die an den Deckungsschutz des Rechtsamtes angeschlossen sind, erstatten der Stadt einen nicht unerheblichen Teil des Versicherungs- und Schadensaufwandes.

Der Aufwand für die Schadenversicherungen und die Schadensregulierung betrug im Berichtszeitraum:

	in Tausend DM		
	1986	1987	1988
1. Haftpflichtschäden			
a) Gesamtaufwand der Stadt	772	694	1.230
(Selbstbehaltsschäden, Versicherungsprämien und Nach-Umlagen des KSA für Schadensfälle aus der Zeit der Mitgliedschaft der Stadt bis 1982).			
b) Gesamtaufwand der beim KSA verbliebenen Gesellschaften und sonstigen Einrichtungen (Stadtwerke AG, IDR, Schauspielhaus, Deutsche Oper am Rhein, Zweckverband Unterbacher See, Werkstatt für angepaßte Arbeit).	499	603	659
2. Schülersachschäden	18	21	17
3. Feuerversicherung			
(60 % Feuerschutzgemeinschaft, 40 % Feuerversicherung)			
Gesamtaufwand (mit Stadtwerken u. Rheinbahn), der sich wie folgt verteilt:			
Umlage (Feuerschutzgemeinschaft)	1.100	1.194	
Rücklage (Feuerschutzgemeinschaft)	978	716	
Prämie (Versicherung)	1.800	1.781	
Indexzahlen (1914 = 100 %) Prämienindex.	(1.730%)	(1.730%)	
Feuerversicherungsprämie (ohne Stadtwerke u. Rheinbahn)			931
Bauindex			(1.460%)
4. Sonstige Versicherungen			
Aufwand (Prämien)	1.834	2.483	2.341
5. Eigenschäden			
Aufwand	3.853	4.134	3.431
6. Regresse und Erstattungen			
Regress zu 5.	510	385	563
Erstattungen von Versicherungen zu 3., 4. und 5.	4.250	2.993	3.042
7. Ersatzleistungen der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften.	4.556	4.578	2.906

Zu 3. (Feuerversicherung)

Da die Stadt 1986 einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der gemeinschaftlichen Rücklage hatte, ist die Zuführung zur Rücklage 1987 geringer gewesen als 1986. Daraus ergibt sich der geringere Gesamtaufwand für 1987. 1988 Austritt der Stadt aus der Feuerschutzgemeinschaft. Der Index ist 1988 auf den günstigeren Bauindex umgestellt worden.

Zu 4. (Sonstige Versicherungen)

Höhere Ausgaben 1987 gegenüber 1986 vor allem wegen der Ausstellungsversicherungen für die Ausstellungen „Flechtheim“ im Kunstmuseum und „Die Axt hat geblüht“ in der Kunsthalle.

Nach Kündigung der Glasversicherung durch die Provinzial wurde (ab 1.4.1988) eine neue Glasversicherung abgeschlossen, die ca. 190.000 DM teurer war als die alte Versicherung. Für die Stadt. Wohnungsgesellschaft wurde ab 1.1.1988 eine Leitungswasserversicherung abgeschlossen (Prämie rd. 250.000 DM).

Die Kosten für die Ausstellungsversicherungen hielten sich im veranschlagten Rahmen.

Die Prämien für die Haftpflichtversicherungen sind nicht in Nr. 4, sondern in Nr. 1 enthalten.

Zu 5 (Eigenschäden)

Immer stark schwankend. Kosten für Rohrbrüche der Städt. Wohnungsgesellschaft waren 1988 durch Leitungswasserversicherung gedeckt. 1988 fast keine Sturmschäden.

Zu 6. (Regress und Erstattungen) Ebenfalls immer stark schwankend.

Zu 7. (Ersatzleistungen der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften)

1988 weniger Einnahmen wegen des Ausscheidens von Stadtwerken und Rheinischer Bahngesellschaft aus dem gemeinsamen Deckungsschutz mit der Stadt.

Amt 32 – Ordnungsamt

Amtsleiter: Dr. Heinz Wiesmann

Abteilung 1 – Allgemeine Verwaltungs- und Ordnungsangelegenheiten

Die gravierendste Veränderung im Berichtszeitraum war die organisatorische Trennung des Ordnungsamtes und des Straßenverkehrsamtes mit Wirkung vom 01.03.1986. Durch Veränderungen in den Aufgabenstrukturen des Straßenverkehrsamtes, das als Abteilung 5 dem Ordnungsamt zugeordnet war, gab es Veranlassung, diese Abteilung aus dem Ordnungsamt herauszulösen und organisatorisch zu verselbständigen. Die Neuordnung entspricht damit den Empfehlungen der KGSt und folgt dem Beispiel der vergleichbaren Großstädte in der Bundesrepublik.

Eine weitere Ausgliederung erfolgte am 01.02.1988, als das bis dahin als Abteilung 6 geführte Chemische und Lebensmitteluntersuchungsamt zum neugebildeten Umweltamt kam.

Somit besteht das Ordnungsamt aus 3 Abteilungen und dem Veterinäramt. Es hat gleichzeitig auch eine Umnummerierung der Abteilungen gegeben, so daß nunmehr die frühere Abteilung 4 Abteilung 2 geworden ist und das Veterinäramt die Organisationsziffer 32/4 führt.

ADV-Koordination

Im Bereich der ADV, die, trotz der Trennung des Straßenverkehrsamtes vom Ordnungsamt, weiterhin für den Gesamtbereich sowie das Büro 011 zuständig ist, wurden neben dem Ausbau der Textverarbeitung und der Fortführung laufender Verfahren (Verwarngeld/Bußgeld, Gewerberegister, Fahrerlaubnis, Fahrzeugzulassung, Sondernutzung) weitere neue Verfahren installiert. Hier sind neben einigen kleineren Verfahren vor allem die Einführung des Online-Verfahrens „Abschleppungen“ im Bereich der Verkehrsüberwachung, das Verfahren „Anwohnerparkausweise“ und das „Jagdregister-Verfahren“ zur automatisierten Ausstellung von Jagdscheinen zu erwähnen.

Im Bereich der Bußgeldstellen wird nach wie vor die Verarbeitung der Zuwiderhandlungen im ruhenden Verkehr mit Hilfe der ADV bewältigt. Die Einführung des ADV-Verfahrens im Polizeibereich scheidet nach wie vor an dem angestrebten bundeseinheitlichen Tatbestandskatalog. Allerdings arbeitet die Polizei auch an einem automatisierten Verfahren, so daß möglicherweise über eine gemeinsame Schnittstelle zukünftig im Datenträgeraustausch bei der Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitenanzeigen im Verkehrsbereich ausgegangen werden kann.

Bußgeldstelle

Die Änderung des Ordnungswidrigkeitengesetzes hat seit dem 01.04.1987 in wesentlichen Bereichen eine völlig veränderte Bearbeitungsweise in der Bußgeldstelle zur Folge gehabt. So sind der Bußgeldstelle Einspruchsverwerfungen und Anträge auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand übertragen worden, die bis dahin von den Gerichten erledigt wurden. Außerdem wurde durch die Gesetzesänderung ein zusätzliches Zwischenverfahren nach erfolgtem Widerspruch vor Abgabe des Vorganges an die Staatsanwaltschaft eingeführt.

Ebenfalls eine Veränderung hat die Einführung der Kostentragungspflicht des Kraftfahrzeughalters gebracht. Im Bereich der Bagatellordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr ist nunmehr der Halter zur Zahlung der Kosten des Verfahrens verpflichtet, wenn der Fahrer nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand zu ermitteln ist. Alle diese rechtlichen Änderungen haben zu erheblicher Mehrarbeit im Bußgeldstellenbereich geführt.

Dagegen ist das Anzeigenaufkommen nach dem bisher höchsten Stand im Jahre 1986 rückläufig. Im einzelnen wurden erlassen:

1986	227.290
1987	202.532
1988	181.906

Der Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, daß ebenfalls seit dem 01.04.1987 die Verwarngeldgrenze auf 75,- DM heraufgesetzt wurde und somit die Polizei Verkehrsverstöße, die früher sofort als Anzeigen zur Bußgeldstelle kamen, noch im eigenen Bereich selbst erledigen kann. Trotz des Rückgangs der Anzeigeneingänge sind die Einnahmen ziemlich konstant geblieben. Grund hierfür ist die Anhebung der Bearbeitungsgebühren und der Zuwachs an Aufgaben und Anzeigen aus dem Bereich der Sozialvorschriften im Straßenverkehr und den Nichtverkehrsangelegenheiten. Gerade in diesen Fällen sind z. T. empfindlich hohe Geldbußen festgesetzt worden (Schwarzarbeit).

Schiedsmannswesen

Das Stadtgebiet ist in 20 Schiedsmannsbezirke eingeteilt. Die Schiedsfrauen und -männer werden von den einzelnen im Rat vertretenen Parteien vorgeschlagen, vom Rat der Stadt Düsseldorf gewählt und vom Amtsgerichtspräsidenten ernannt. Im Berichtszeitraum wurden 14 Schiedsfrauen und -männer wegen Ablauf der Amtszeit wiedergewählt. 4 Schiedsfrauen und -männer wurden neugewählt.

Schöffenwesen

Im Berichtszeitraum fand die Schöffenwahl für die Amtszeit 1989-1992 statt. Aus der erstellten Liste, die 1583 Personen enthielt, wurden beim Amtsgericht 42 Haupt- und 80 Hilfsschöffen, beim Landgericht 151 Haupt- und 150 Hilfsschöffen gewählt.

Jagd- und Fischereischeine

Es wurden erteilt:

	1986	1987	1988
Jagscheine	1.126	897	1.205
Fischereischeine	1.432	1.152	1.341

Sammlungswesen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Sammlungen erlaubt:

1986	1987	1988
313	253	241

Den Großteil der erlaubten Sammlungen machen Regionalaktionen von Vereinen und Jugendverbänden aus. Die restlichen etwa 30 % stellen Sammlungen des Malteser-Hilfsdienstes e.V., des DRK, der Johanniter-Unfallhilfe e.V., des Landesverbandes für Spastisch Gelähmte u. a. dar. Bei der Durchführung und Abrechnung der erlaubten Sammlungen kam es zu keinen Beanstandungen.

Fundbüro

Im Berichtszeitraum wurden 15.031 Fundsachen registriert; etwa 55 % konnten den Eigentümern zurückgegeben werden. Durch regelmäßig stattfindende Versteigerungen wurden die verbleibenden Fundgegenstände an Interessenten veräußert.

Die unerlaubt im Straßenraum abgestellten Schrottautos sind nach wie vor ein Ärgernis für die Bürger und stellen das Ordnungsamt vor Probleme. So ist die Zahl der eingeschleppten Autowracks von 1986 mit 215 Fahrzeugen auf nunmehr 548 Fahrzeugen angestiegen.

Abteilung 2 – Allgemeine Angelegenheiten der Gesundheitsaufsicht

Nach wie vor steigt die Zahl der Beschwerden aus der Bevölkerung an. Die Bürger werden

kritischer und umweltbewußter. Außerdem wächst die Neigung, Nachbarstreitigkeiten über die Ordnungsbehörden auszutragen.

Im Verhältnis zum Zeitraum 1983 – 1985 ist die Zahl der zu bearbeitenden Vorfälle um ca. 1.000 auf nunmehr 6.500 angestiegen.

Diese Mehrarbeit konnte nur z. T. durch technische Verbesserungen wie Datenverarbeitung, zusätzliche Dienstfahrzeuge und Funkgeräte aufgefangen werden.

Nach wie vor sind insbesondere die Außendienstmitarbeiter der Abteilung durch eine Vielzahl von erforderlichen Mehrarbeitsstunden – vielfach zur Nachtzeit – belastet.

Die vorhandenen überalterten Schallpegelmeßgeräte mußten nach und nach gegen moderne Geräte ausgetauscht werden.

Die Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Sozialdienst und dem Institut für Lebensberatung wurde weiter verfeinert. Nur im Zusammenwirken aller Beteiligten kann erreicht werden, daß Ursachen beseitigt und nicht nur Auswirkungen bekämpft werden.

Nach wie vor stehen hinter nächtlichen Ruhestörungen, verwahrlosten Wohnungen und wilden Müllhaufen vielfach massive soziale Probleme und seelische Erkrankungen.

Zu Brennpunkten in der Arbeit der Abteilung entwickelten sich die Flingerpassage, der Heinrich-Heine-Platz und der Marktplatz. Die durch Stadstreicher und Punker verursachten Mißstände beschäftigten intensiv die Öffentlichkeit. Gemeinsam mit Sozialverwaltung und Polizei konnte unter Zuhilfenahme aller rechtlichen Möglichkeiten zumindest eine merkliche Entspannung der Situation erreicht werden.

Die Zahl der Menschen, die nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke zwangsweise unterzubringen waren, hat sich gegenüber 1983 fast verdoppelt und scheint sich bei etwa 1.000 Unterbringungen im Jahr einzupendeln.

Der 1985 begonnene Aufbau einer verbesserten Überwachung nach dem Chemikaliengesetz und der Gefahrstoff-Verordnung wurde weiter fortgesetzt. Der Oberstadtdirektor erließ zum 01.02.1986 eine besondere Geschäftsordnung, die das Zusammenwirken der verschiedenen städt. Ämter auf diesem Gebiet regelt.

Lebensmittelüberwachung

Das zum 01.01.1986 in Kraft getretene Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-Vollzugsgesetz verpflichtet die Kreise und kreisfreien Städte zur Bildung von „Lebensmittelüberwachungsämtern“. In Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsverein-

fachung wurde das „Lebensmittelüberwachungsamt“ aus den auch bisher an der Lebensmittelüberwachung beteiligten Dienststellen der Stadtverwaltung mit der Federführung beim Ordnungsamt gebildet.

Das Miteinander wurde durch den Oberstadtdirektor am 22.10.1987 in einer besonderen Geschäftsordnung festgelegt.

Der Umfang der zu überwachenden Betriebe blieb ohne größere Änderungen bei 6.100, in denen pro Jahr 12.000 Kontrollen stattfinden und 4.500 Proben entnommen werden.

Grundlegend geändert hat sich die Arbeit in der Lebensmittelüberwachung jedoch durch die ständige Zunahme an „Lebensmittelskandalen“, die nicht abzureißen scheint. Diese Vorfälle erfordern schnelles und planvolles Handeln, häufig auch an Wochenenden und außerhalb normaler Dienstzeiten.

Der Berichtszeitraum begann mit Methanol im Rotwein und endete mit Salmonellen in britischen Hühnereiern. Dazwischen liegen sowohl Ereignisse wie Auswirkungen der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, als auch Dinge, über die man inzwischen längst schon wieder zur Tagesordnung übergegangen ist, wie etwa Eitererreger im Sonnenöl oder Bakterien im Weichkäse.

Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft NW zog daraus die Konsequenzen und erließ Anordnungen für eine einheitliche Behandlung der Lebensmittelüberwachung in Dringlichkeitsfällen.

Die durch die Lebensmittelskandale bedingte Verunsicherung der Verbraucher schlägt sich in einer steigenden Zahl von aktuellen Verbraucherbeschwerden und einem erhöhten Beratungsbedarf nieder.

Seit 1988 werden auf Weisung des Umweltministers landesweit gemeinsam mit Polizei, Chemikern und Tierärzten nächtliche Kontrollen von Lebensmitteltransporten durchgeführt.

Abteilung 3 – Gewerbliche Angelegenheiten

Im Gaststättenbereich hat die Anzahl der Anträge auf Übernahme von bestehenden Gaststätten sowie für Neuobjekte 1987 mit 818 Anträgen einen neuen Höchststand erreicht. 1988 war ein leichter Rückgang auf 791 Anträge zu verzeichnen. Dafür ist die Anzahl der vorübergehenden Ausschankgestattungen im Berichtszeitraum ständig gestiegen und lag 1988 bei ca. 600. Diese steigende Tendenz ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß vermehrt Nachbarschafts- und Straßenfeste sowie im Rahmen der Brauchtumpflege und bei Messerveranstaltungen häufiger von kurzfristigen Ausschankgenehmigungen Gebrauch gemacht wird.

Im Bereich der Sperrzeitverkürzungen für Gaststättenbetriebe ist ebenfalls eine ständig steigende Anzahl von Einzelerlaubnissen zu verzeichnen. Dies liegt einmal im geänderten Konsumverhalten zum anderen aber auch in einer liberaleren Handhabung durch das Ordnungsamt. Außerdem wirkten sich auch Großveranstaltungen im Jahre 1988, wie etwa die 700-Jahrfeier, die verlängerte große Düsseldorf Kirmes sowie die zahlreichen Messerveranstaltungen aus.

Besondere Probleme für den Gaststättenbereich ergaben sich auch durch die Veranstaltung der Fußball-Europa-Meisterschaft. So mußten für den Bereich der Altstadt 213 Ordnungsverfügungen erlassen werden, damit der Ausschank von alkoholischen Getränken auf Terrassen und der Flaschenbiervverkauf untersagt werden konnte. Außerdem wurden 41 Dauersperrzeitverkürzungen für den Tag der Veranstaltung zurückgenommen. Dies alles war notwendig, um Ausschreitungen vor und nach dem Spiel einzudämmen.

Die Anzahl der Rücknahmen bzw. Versagungen von Gaststättenerlaubnissen hat sich bei ca. 60 pro Jahr inzwischen eingependelt, wobei in fast 60 % dieser Fälle grundsätzlich mit Rechtsmitteln versucht wird, die Schließung des Betriebes durch das Ordnungsamt zu verhindern. In fast allen Fällen ist allerdings die Maßnahme der Ordnungsbehörde bestätigt worden.

Sorgen bereitet vor allem im Berichtszeitraum auch die Erhöhung der Spielhallenbetriebe im Stadtgebiet. Zur Zeit gibt es 76 Spielhallen. Bei allen Anträgen auf Spielhallenerlaubnis werden die bauplanungsrechtlichen und gewerberechtlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft, um solche Betriebe nach Möglichkeit nicht zuzulassen.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit wurden intensiviert und effektiver gestaltet. Es gibt jetzt sowohl einen Sachbearbeiter als auch einen Außendienstmitarbeiter, der sich ausschließlich mit Ermittlungstätigkeiten im Bereich der Schwarzarbeit beschäftigt.

Die Mitarbeiter des Gewerbeordnungsdienstes wurden 1988 mit Alarmsignalgeräten ausgerüstet. Dadurch ist sichergestellt, daß sie während der Dienstzeit jederzeit erreichbar und somit sofort in akuten Situationen einsetzbar sind. Darüber hinaus wurden Funksprechgeräte beschafft, um bei größeren Einsätzen auch in Sprechkontakt bleiben zu können.

Die Einhaltung der Bestimmungen des Gesetzes zur Regelung des Jugendschutzes in der Öffentlichkeit wurde verstärkt überwacht durch Schwerpunktkontrollen insbesondere in Gaststätten, Spielhallen und Videotheken.

Veterinäramt

Aufgabe des Veterinäramtes ist die Gesundheitsvorsorge für Mensch und Tier. Der Schwerpunkt dieser Tätigkeit liegt auf dem Gebiet der Überwachung der Gewinnung und des Verkehrs mit Lebensmitteln tierischer Herkunft. Erfaßt sind z. Zt. 1976 Betriebe, die sich mit der Behandlung und Abgabe von Fleisch, Fleischwaren und Fisch befassen. Es handelt sich hier um Metzgereien, Fleischwarenfabriken, Fleisch und Fisch verkaufende Geschäfte, Großküchen, Gaststätten und Imbißstuben, die gemeinsam mit dem Ordnungsamt regelmäßig überprüft werden.

Aus den amtstierärztlichen Betriebsüberprüfungen resultierten im Berichtszeitraum die Einleitung von 181 Ordnungswidrigkeitsverfahren, 138 gebührenpflichtige Verwarnungen, 29 Schließungen und Teilschließungen und 13 Strafverfahren.

Nach Ankauf von Proben wurden die angebotenen Lebensmittel auf ihre Beschaffenheit untersucht.

Ergebnis:

	1986	1987	1988
Probenentnahme	179	167	153
davon beanstandet oder	75 42%	53 32%	46 30%

Von Verbrauchern vorgelegte Beschwerdeproben wurden nach lebensmittelrechtlichen Bestimmungen untersucht.

Ergebnis:

	1986	1987	1988
Probenentnahme	66	78	71
davon beanstandet oder	36 55%	45 58%	39 55%

Tier- Einfuhren und Ausfuhren zu Handelszwecken und im Reiseverkehr wurden auf dem Flughafen Lohausen und im Veterinäramt abgefertigt.

Die Rindviehbestände im Stadtgebiet betragen im Berichtszeitraum:

	1986	1987	1988
Bestände	42	40	36
Tiere	1320	1146	1071

Alle Rinderbestände wurden jährlich einer Schutzimpfung gegen die Maul- und Klauenseuche unterzogen.

Der amtstierärztlichen Überwachung unterliegen im Stadtgebiet ständig ca. 1300 Pferde, 1400 Schweine, 500 Schafe sowie 80.000 Stück Geflügel.

Im Schlachthof der Fleischversorgung Düsseldorf wurde die Schlachtier- und Fleischbeschau durchgeführt bei:

1986	99.827 Schlachtungen
1987	120.498 Schlachtungen
1988	128.404 Schlachtungen

Amt 33 – Amt für Einwohnerwesen

Amtsleiter: Ingo Heuser

Allgemeines

Das Amt für Einwohnerwesen wurde im Mai 1986 aus dem Mietobjekt, Immermannstr. 40, in den städtischen Gebäudekomplex, Burgplatz 1 u. 2 verlegt. Gleichzeitig mit dem Neubezug des Gebäudes wurden die Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr erweitert. Zur Verbesserung des Bürgerservices – insbesondere für Berufstätige – sind das Melderegister und die Paß- und Personalausweisstelle donnerstags von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet.

ADV-Angelegenheiten

Als Mitglied im überregionalen ADV-Facharbeitskreis Einwohnerwesen waren die ADV-Fachamtsvertreter wesentlich an dem ADV-Verfahren „Fälschungssichere Personalausweise und EURO-Pässe“ beteiligt. Die ADV-Verfahren waren mit Beginn der Einführung, Personalausweise ab 01.04.1987 und EURO-Pässe ab 01.01.1988, einsatzbereit. Die ADV-Verfahren ermöglichten maschinell die Erstellung der Anträge, die Vergabe der Serien-Nr. und die Führung der Ausweis-, Bestell- und Lieferungsregister. Eine sonst notwendige Stellenvermehrung wurde dadurch nicht notwendig.

Weiterhin wurde unter Mitwirkung der ADV-Fachamtsvertreter im vorgenannten Arbeitskreis das ADV-Ausländerverfahren anwendungsreif fertiggestellt. Einführung und Anwendung dieses Verfahrens im Fachamt

stehen wegen fehlender technischer Ausrüstung des Amtes und aus Finanzgründen noch aus.

Im Berichtsjahr 1988 wurde die gesamte ADV-Hardware, die veraltet und nicht mehr den ergonomischen Anforderungen entsprach, ausgetauscht.

Gebührenangelegenheiten

Ab 01.01.1987 wurden die Gebühren für Anträge auf Ausstellung von Führungszeugnissen durch das Bundeszentralregister um 100 % angehoben. Von den nunmehr 10,- DM Gebühren je Antrag müssen 6,- DM an die Bundeskasse abgeführt werden, 4,- DM verbleiben der Stadt Düsseldorf für ihren Verwaltungsaufwand. Eine wesentliche Steigerung der Gebührenhaushaltsstellen in Einnahme und Ausgabe verursachten die Gebühren für die Ausstellung der fälschungssicheren Personalausweise und EURO-Pässe. Insgesamt erhöhte sich das Gesamtgebührevolumen von 1986 zu 1988 in der Einnahme von 1.807.813,- DM auf 3.397.884,- DM und in der Ausgabe von 52.938,- DM auf 1.671.966,- DM.

Verwaltungs- und Organisationsangelegenheiten

Im Berichtsjahr 1989 wurde dem Fachamt eine INFO-Datei für die vorhandenen ADV-

unterstützten Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt. Diese Datei enthält die jeweilige ADV-Arbeitsplatzbeschreibung, die dort installierte ADV-Hardware namentlich den Hardware-Bediener, die Arbeitsplatzbeurteilung und Hinweise auf die Termine der notwendigen medizinischen Untersuchungen der Hardware-Bediener. Die Pflege dieser Datei obliegt dem Fachamt.

Lohnsteuerkartenangelegenheiten

Am 01.01.1986 trat das Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie (Steuersenkungsgesetz) in kraft. Zum wesentlichen Inhalt dieses Gesetzes zählt die einkommensteuerliche Entlastung von Steuerpflichtigen, bei denen Kinder zu berücksichtigen sind. Um für die berücksichtigungsfähigen Kinder Mehrfachvergünstigungen zu vermeiden, ist es vom 01.01.1986 an erforderlich, auf den Lohnsteuerkarten zwei kinderbezogene Eintragungen vorzunehmen, und zwar

- die Zahl der Kinder und
- die Zahl bzw. die Bruchteile der anrechenbaren Kinderfreibeträge.

Bis zum Inkrafttreten des Steuersenkungsgesetzes war auf den Lohnsteuerkarten nur die Zahl der Kinder eingetragen worden.

Durch das Steuersenkungsgesetz erfuhr das Einkommensteuergesetz auch insoweit eine

Änderung, als ein Kind nur noch berücksichtigt werden kann, wenn es zu Beginn des Kalenderjahres unbeschränkt einkommensteuerverpflichtig war oder im Laufe des Kalenderjahres unbeschränkt einkommensteuerverpflichtig geworden ist. Somit dürfen Kinder, die im Inland keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, seit dem 01.01.1986 bei der Ausstellung der Lohnsteuerkarten nicht mehr eingetragen werden.

Mit Hilfe der ADV konnten nicht nur rechtzeitig vor dem Ausdruck der Lohnsteuerkarten 1986 die notwendigen Änderungen vorgenommen werden, sondern es war auch möglich, den zusätzlichen Arbeitsaufwand auf ein Minimum zu beschränken.

Personalausweis- und Reisepaßangelegenheiten

Mit dem Inkrafttreten des neuen Personalausweisgesetzes wurde am 01.04.1987 der neue fälschungssichere und maschinell lesbare Personalausweis eingeführt.

Der neue Ausweis wird in Form einer eingeschweißten Karte zentral in der Bundesdruckerei in einem aufwendigen Verfahren hergestellt. Zu beantragen ist der Personalausweis nach wie vor bei der zuständigen Personalausweisbehörde (in Düsseldorf Amt für Einwohnerwesen und Bürgerbüros). Der Antrag wird nicht mehr vom Antragsteller, sondern von der Personalausweisbehörde maschinenlesbar ausgefüllt. Die Übersendung der Anträge an die Bundesdruckerei sowie die Lieferung der hergestellten Ausweise von der Bundesdruckerei an die Personalausweisbehörden erfolgt nach einem bundeseinheitlich geregelten Verfahren. Die neuen Ausweise sind zehn Jahre gültig. Bei Personen, die das 26. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, beträgt die Gültigkeitsdauer nur fünf Jahre. Eine Verlängerungsmöglichkeit besteht nicht.

Für den neuen Ausweis wird eine Gebühr in Höhe von DM 10,00 erhoben, auf die jedoch bei Bedürftigkeit (Sozialhilfeempfänger) verzichtet werden kann. Die erstmalige Ausstellung des Personalausweises an Personen, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ist gebührenfrei.

Die bisherigen Personalausweise behalten ihre Gültigkeit bis zu ihrem jeweiligen Ablaufdatum. Sie dürfen nicht mehr verlängert werden. Dies bedeutet, daß spätestens am 31.03.1992 die Gültigkeit aller alten Personalausweise abgelaufen ist. Bis zu diesem Zeitpunkt muß jede ausweispflichtige Person, die sich nicht durch einen gültigen Reisepaß ausweisen kann, den neuen Personalausweis besitzen. Das Amt für Einwohnerwesen rechnet damit, daß es in der Umtauschphase vom 01.04.1987 bis zum 31.12.1992 rund 500.000 neue Personalausweise ausgeben wird. Die Zahl der im ersten Jahr ausgestellten Ausweise belief sich auf 91.851.

Da der vom fälschungssicheren Personalausweis zu erwartende Sicherheitsgewinn erst dann voll wirksam werden kann, wenn auch der Reisepaß auf den Sicherheitsstandard des neuen Personalausweises gebracht wird, war es erforderlich, auch das Paßrecht entsprechend zu ändern. Aufgrund der Wahlmöglichkeit zwischen Personalausweis und Reisepaß bestünde andernfalls die Möglichkeit, auf einen konventionellen Reisepaß auszuweichen.

Aus diesem Grunde wurde am 01.01.1988 ein neuer Reisepaß – auch Europapaß genannt – eingeführt, der ebenfalls zentral in der Bundesdruckerei hergestellt wird.

Für die Beantragung, Ausstellung und den Versand gilt im wesentlichen das Verfahren wie bei den Personalausweisen. Auch der Reisepaß wird auf zehn Jahre ausgestellt, bei Personen unter 26 Jahren auf fünf Jahre. Eine Verlängerungsmöglichkeit besteht nicht. Die Gebühr beträgt für einen Reisepaß mit einer Gültigkeitsdauer von zehn Jahren DM 30,00 und einer Gültigkeitsdauer von fünf Jahren DM 15,00. Familienpässe werden seit dem 01.01.1988 nicht mehr ausgestellt. Dafür können Kinder in den Reise(Europa)paß eingetragen werden.

In Fällen, in denen die Ausstellung eines Reisepasses oder Personalausweises nicht bis zum Zeitpunkt des voraussichtlich erstmaligen Gebrauchs möglich ist, kann mit der sofortigen Ausstellung eines vorläufigen Reisepasses bzw. Personalausweises geholfen werden.

Nachdem es in der Bundesdruckerei – insbesondere durch das unerwartet hohe Antragsaufkommen bei den Reisepässen – zu einem erheblichen Bearbeitungsstau mit Wartezeiten von drei bis vier Monaten gekommen war, faßten am 28.04.1988 die Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder den Beschluß, bereits abgelaufene alte Reisepässe noch einmal um drei Jahre zu erneuern. Die neu ausgestellten alten Reisepässe gelten als vorläufige Reisepässe. Mit dieser Regelung, die in der Einführungsphase zu einer erheblichen Entlastung der Bundesdruckerei führte, konnte auch vielen Bürgern sofort geholfen werden.

Zu dem neuen Personalausweis- und Reisepaßverfahren muß erwähnt werden, daß beide Verfahren sowohl für die betroffenen Bürger als auch für die Verwaltung sehr aufwendig sind. Neben den erheblich höheren Gebühren muß der Antragsteller, der früher den Personalausweis und Reisepaß gleich mitnehmen konnte, heute zweimal im Amt für Einwohnerwesen erscheinen. Im Bereich des Melderegisters, in dem die Anträge entgegen genommen werden, war der Einsatz von 14 neuen ADV-Druckern notwendig, um die erheblichen Mehrarbeiten ohne eine Personalvermehrung auffangen zu können. Dagegen konnte in der Paß- und Personalausweisstelle angesichts des aufwendigen Versandverfahrens

rens und der Einrichtung einer Abholstelle auf die Einrichtung von zwei Stellen nicht verzichtet werden.

Melderecht

Durch die Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung über die Zulassung der regelmäßigen Datenübermittlung von Meldebehörden an andere Behörden oder sonstige öffentliche Stellen (1. MeldDÜV NW) vom 06.08.1986 wurden die Meldebehörden ermächtigt, auch an den Westdeutschen Rundfunk Köln (WDR) und das Landesversorgungsamt aus bestimmten Anlässen bestimmte Daten regelmäßig zu übermitteln. Mit diesen regelmäßigen Datenübermittlungen soll die Anzahl der Einzelanfragen erheblich verringert werden.

Mit dem Landesgesetz zur Fortentwicklung des Datenschutzes vom 15.03.1988 wurden auch einige Bestimmungen des Meldegesetzes für das Land NW geändert. Hervorzuheben ist hier insbesondere das Widerspruchsrecht des Einwohners gegen die Weitergabe seiner Daten an den Adreßbuchverlag. Von Bedeutung ist ferner, daß im Melderegister mit Ausnahme der Berufsausübung im Gesundheitswesen keine Berufe mehr gespeichert werden dürfen.

Ausländerangelegenheiten

Mit dem Umzug des Amtes ist für die Abt. Ausländerangelegenheiten ein verbessertes Instrument zur Steuerung des immer mehr zunehmenden Publikumsverkehrs eingeführt worden. Die vorsprechenden Ausländer erhalten eine Nummer für die jeweilige Wartezone. Diese intern automatisch gespeicherte Nummer wird später vom Dienstzimmer abgerufen und in der Wartezone auf einem Display unter gleichzeitiger Angabe des freien Schalters, zu dem sich der wartende Ausländer begeben möchte, angezeigt.

Ein neues Ausländergesetz, durch das der Aufenthalt von Ausländern klarer ausgestaltet und verbessert werden soll, ist nach wie vor nicht erlassen worden. Trotzdem traten einige wichtige Vorschriften in Kraft, die auf die Ausgestaltung des Aufenthaltes von Ausländern große Auswirkung haben. Hervorzuheben sind dabei

- 01.01.1986 – Inkrafttreten des Vertrages über den Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft
- Erweiterung der Sichtvermerkplicht für einige asiatische und afrikanische Staaten, insbesondere Gambia, Senegal und den Tschad
- 08.07.1987 – Neufassung des Runderlasses des Innenministers NW über die Abschiebung von Personen aus der Bundesrepublik Deutschland und die Übernahme von Personen in die Bundesrepublik Deutschland an der Grenze

- 20.09.1987 – Ergänzung des Erlasses des Innenministers NW über die ausländerrechtliche Verfahrensweise bei Ostblock-Staatsangehörigen (Fortfall des Abschiebungsschutzes für abgelehnte Asylbewerber aus Polen und Ungarn)
- 11.10.1987 – Neufassung des Runderlasses des Innenministers NW über die aufenthaltsrechtliche Verfahrensweise bei iranischen Staatsangehörigen, die wegen Gefährdung für Leib und Leben aus dem Iran in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind
- 05.02.1988 – Neufassung des Runderlasses des Innenministers NW zur Bekämpfung der illegalen Einreise und des illegalen Aufenthalts von Ausländern

Besondere Probleme brachte auch die sprunghaft gestiegene Zahl der als Besucher einreisenden Vertriebenen aus Polen, die erst nach der Einreise sich um ihre Anerkennung als Vertriebene bemühen.

Auch stieg die Zahl der Asylbewerber, insbesondere solcher aus Polen und Jugoslawien erheblich an. Das Asylverfahrensgesetz ist mehrfach geändert worden. Ein sehr großer Teil – ca. 91,4 % – der Asylbewerber wird vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nicht als Asylberechtigte anerkannt. Dennoch ist es nicht immer möglich, die betroffenen Ausländer – wie normalerweise gesetzlich vorgeschrieben – zur Ausreise aus dem Bundesgebiet aufzufordern.

Einige Ländergruppen, z. B. Angehörige aus dem Libanon und Sri Lanka, genießen aufgrund besonderer Erlasse des Innenministers NW Abschiebungsschutz. Einige Ausländer können aufgrund der Neufassung des Asylverfahrensgesetzes nicht als Asylberechtigte anerkannt werden, weil sie sogenannte Nachfluchtgründe erst in der Bundesrepublik selbst geschaffen haben oder sie vor ihrer Einreise in das Bundesgebiet in einem Drittstaat anderweitig Sicherheit vor Verfolgung gefunden hatten.

Amt 34 – Standesamt

Amtsleiterin: Annemarie Bernshaus

Im Berichtszeitraum war der unvermindert große Aussiedlerzustrom von erheblichem Einfluß auf alle Arbeitsbereiche des Amtes. Die Zahl der Staatsangehörigkeitsfeststellungsanträge und Einbürgerungen nahm um ein Vielfaches zu.

Die Bearbeitung der Anträge gestaltete sich zunehmend schwieriger und zeitaufwendiger, da die einreisenden Aussiedler aus Polen – und seit 1988 verstärkt auch aus der UdSSR – die deutsche Sprache nicht oder nur unvollkommen beherrschen. Die von diesem Personenkreis vorgelegten Urkunden und Dokumente enthielten überwiegend ausländische Vor- und Familiennamen. Die deutsche Schreibweise der Namen war nur über

- die Anlegung eines Familienbuches,
- die Anordnung der Neubeurkundung beim Standesamt I Berlin (West) durch die Standesamtsaufsicht oder
- eine öffentlich-rechtliche Namensänderung zu erlangen.

Für den Bereich des Standesamtes hatte die am 01.09.1986 in Kraft getretene modifizierte Fassung des IPR (Gesetz zur Neuordnung des Internationalen Privatrechts) erhebliche Auswirkungen. Hervorzuheben sind die infolge des IPR am 01.07.1987 in Kraft getretene Verordnung zur Ausführung des PStG (Personenstandsgesetz) und der Erlaß der 7. Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden.

Insbesondere die durch das IPR neugefaßten Artikel des Einführungsgesetzes zum BGB (EGBGB) beeinflussten alle Beurkundungsbereiche bei der Ermittlung des Personalstatuts, des Personenstandes und der Namensführung.

Hervorzuheben sind hier die Bestimmungen über die Namensführung der Ehegatten und Kinder in gemischt-nationalen Ehen. Den Ehegatten ist es freigestellt, den Familiennamen nach ihrem Personalstatut oder nach dem Recht des Aufenthaltsortes (Bundesrepublik Deutschland) zu wählen.

Die ebenfalls durch die Neuordnung des IPR erfolgte Änderung des § 15a Ehegesetz führte dazu, daß die bei den Generalkonsulaten in Düsseldorf geschlossenen Ehen nicht mehr in das Heiratsbuch einzutragen waren.

Die automatisierte Textverarbeitung, bereits seit 1985 im Aufgabenbereich Aufgebote und

Eheschließungen in die Praxis umgesetzt, ist seit August 1988 auch im Sachgebiet Geburtenbuch in Anwendung. Der Einsatz im Sachgebiet Sterbebuch ist in Vorbereitung.

Aus der folgenden Übersicht ist deutlich erkennbar, daß die Fallzahlen in allen Beurkundungsbereichen ansteigend sind. Ein Aufgabenzuwachs war auch im Urkundenarchiv zu verzeichnen, zum einen durch die Ausstellung von Urkunden nach dem Kindererziehungsleistungsgesetz und zum anderen durch das steigende Interesse an der Familienforschung.

Übersicht der Beurkundungen

	1986	1987	1988
Eheschließungen	3.471	3.622	3.752
davon Ausländereheschließungen	452	516	593
Geburten	6.350	6.600	7.080
davon Ausländerfälle	1.462	1.519	1.518
Sterbefälle	8.100	7.774	7.906
Ergänzungsbeurkundungen, und zwar bei			
Eheschließungen	2.196	1.920	2.488
Legitimationen	306	314	375
Namenserteilungen	101	103	110
Adoptionen	118	102	133
Vaterschaftsanerkennungen	783	850	972
davon Ausländer	132	100	179
Mutterschaftsanerkennungen	36	49	54
Feststellung der Nichtehelichkeit	154	119	184
Öffentl.-rechtl. Namensänderung	51	42	76
Wiederannahme eines früheren Familiennamens	185	118	239
Auf Antrag angelegte Familienbücher	227	224	289
Anträge auf Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen	110	105	121
Ehefähigkeitszeugnisse	115	140	174
Anträge auf Befreiung von der Beibringung eines Ehefähigkeitszeugnisses	324	388	452
Anträge auf nachträgliche Beurkundung nach § 41 Personenstandsgesetz	25	53	41
Anträge auf Staatsangehörigkeitsfeststellungen	674	1.506	3.654
Anträge auf Einbürgerungen	785	1.058	1.540
Vor- und Familiennamensänderungen	94	130	199

Zusammenstellung der Staaten, die bei den Beurkundungen in den Jahren 1986 – 1988 am häufigsten vertreten waren

	Eheschließungen	Geburten
Ägypten.....	8	19
Frankreich.....	52	44
Gambia.....	35	4
Ghana.....	63	24
Griechenland.....	60	304
Großbritannien.....	62	108
Indien.....	23	32
Iran.....	50	49
Italien.....	171	463
Japan.....	22	245
Jordanien.....	12	35
Jugoslawien.....	158	440
Korea.....	10	42
Libanon.....	18	10
Marokko.....	42	474
Niederlande.....	86	97
Österreich.....	78	112
Philippinen.....	25	12
Polen.....	125	103
Portugal.....	13	39
Spanien.....	60	115
Türkei.....	198	1.033
Tunesien.....	14	94
USA.....	29	30

Die Gesamtzahl der Personenstandsfälle, bei denen Ausländer beteiligt waren, bezog sich bei den Eheschließungen auf 72 Staaten, bei den Geburten auf 68 Staaten

Amt 35 – Versicherungsamt

Amtsleiter: Fritz Weintz-Lichtenscheidt

Organisationsangelegenheiten

Infolge personeller Veränderungen trat in den Jahren 1987/88 ein Wechsel in einigen Funktionen bei den Führungskräften des Amtes ein.

Zum stellvertretenden Amtsleiter wurde im November 1987 der Geschäftsführer der Eigenunfallversicherung (35/07) bestellt. Zur gleichen Zeit konnte auch das Sachgebiet 35/03 – Renten- und Unfallversicherung – unter neue Leitung (Sachgebietsleiter und stellvertretender Sachgebietsleiter) gestellt werden. Der Leiter des Sachgebietes 35/03 wurde auch zum Ausbildungsbeauftragten für die Nachwuchskräfte bestellt. Der stellvertretende Ausbildungsbeauftragte ist im Bereich 35/07 tätig. Nachzutragen wäre in diesem Zusammenhang noch, daß die Leitung des Sachgebietes 35/02 – Krankenversicherung – seit August 1985 durch den Amtsleiter wahrgenommen wird.

Für die Bewältigung der Aufgaben aus dem Kindererziehungsleistungs-Gesetz wurde dem Amt zusätzliches Personal zugewiesen.

Die Leistungen für Kindererziehung für Mütter bis zu den Jahrgängen 1920 einschließlich – unter „Trümmerfrauen“ bekannt geworden – wurden zunächst für die Geburtsjahrgänge bis 1906 ab 01.10.1987, für die Geburtsjahrgänge 1907 bis 1911 ab 01.10.1988, zuletzt in Höhe von DM 28,- monatlich je Kind gewährt. Die Anträge waren u.a. von den Versicherungsämtern entgegenzunehmen.

Für den Leistungsbeginn 01.10.1987 standen 3 überplanmäßige Dienstkräfte, Beamte des mittleren Dienstes, für die Monate Juni bis September 1987 zur Verfügung. Infolge außerordentlicher personeller Engpässe bei dem zuständigen Sachgebiet 35/03 haben die beiden Sachbearbeiter aus dem Sachgebiet 35/02 maßgeblich in diesem Aufgabenbereich mitgewirkt, insbesondere auch zur Einarbeitung der zugewiesenen Dienstkräfte.

Für den Leistungsbeginn 01.10.1988 wurden 2 Zeitangestellte (BAT VII) von April bis September 1988 zugewiesen.

Dank diesem zusätzlichen Personal konnte die Antragstellung, die mit starkem Besucher-

verkehr verbunden war, relativ reibungslos abgewickelt werden.

Das Verfahren wird sich für die Jahrgänge 1912 – 1916 und 1917 bis 1920, bei Leistungsbeginn jeweils zum 01. Oktober, auch noch in die Jahre 1989 und 1990 erstrecken.

Die Bürgerbüros bei den Bezirksverwaltungsstellen waren für die Entgegennahme der Anträge ebenfalls eingesetzt. Damit konnte der Besucherandrang örtlich entzerrt werden, abgesehen von dem Vorteil der kurzen Wege für die Antragsteller. Die Anträge aus den Bürgerbüros wurden über das Versicherungsamt nach Prüfung an die zuständigen Stellen: Rentenrechnungsstelle oder Versicherungsträger weitergeleitet.

Die Arbeitsgemeinschaft der großstädtischen Versicherungsämter Nordrhein-Westfalens kam unter der Leitung des Versicherungsamtes Düsseldorf mit dem Vorbereitungsausschuß mehrfach jährlich im Rathaus Düsseldorf zusammen. Zuletzt waren die Amtsleiter von 14 Versicherungsämtern von kreisfreien Städten und Kreisen im Vorbereitungsausschuß zusammengeschlossen.

Die Tagungen im Rathaus Düsseldorf fanden statt:

Januar/Juli/Oktober 86, Januar/April/Juni/Oktober 87 und Januar/Mai/Oktober 88.

Zu den Arbeitstagungen, die auf Einladung der beteiligten Städte und Kreise reihum angesetzt waren, wurden alle 54 Versicherungsämter Nordrhein-Westfalens (23 Städte/31 Kreise) eingeladen. Sie fanden statt:

1986 April – Viersen/Oktober – Wesel

1987 Mai – Wuppertal-Barmen

1988 November – Dortmund

Bei den letztgenannten beiden Arbeitstagungen waren das Kindererziehungsleistungsgesetz und dessen Umsetzung in die Praxis sowie die Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheitsreformgesetz) Hauptthema der Tagungen.

Die berufliche Fortbildung der Mitarbeiter des Amtes sowie die Nachwuchsausbildung konnte intensiv fortgesetzt werden. Für die Sachbearbeiter 35/02 fanden mehrtägige Seminare in Rotenburg a.d. Fulda (Bundeschule der Betriebskrankenkassen), für die Sachbearbeiter von 35/03 in Tagungsstätten der LVA Rheinprovinz (zusammen mit der BfA) außerhalb Düsseldorfs statt, jeweils für 1 Woche. Außerdem wurden von der LVA Rheinprovinz auch eintägige Informationsveranstaltungen in Düsseldorf durchgeführt.

Wahlen in der Sozialversicherung

Im Frühjahr 1986 waren zum 7. Male seit 1953 die Mitglieder der Vertreterversammlungen der Sozialversicherungsträger zu wählen, und zwar erstmalig ausschließlich durch Briefwahl (§ 54 Abs. 1 SGB IV in geänderter Fassung). Zur Wahl standen im Bereich der Stadt Düsseldorf 14 Versicherungsträger. Der Bundeswahlbeauftragte hatte Mittwoch, den 04.06.1986 als Wahltag festgesetzt, bis zu dem alle Wahlbriefe bei den Versicherungsträgern eingegangen sein mußten.

Das Verfahren aufgrund der geänderten Vorschriften des SGB IV und der Wahlordnung i.d.F. v. 06.02.1985 – ausgerichtet nach dem Wahltag – oblag für den Ortsbereich dem Versicherungsamt, und zwar: Auskunft, Auslage der Vorschlagslisten, Wahlbekanntmachung durch Veröffentlichung im Düsseldorfer Amtsblatt mit Hinweis in der Tagespresse und durch öffentlichen Anschlag an 260 Stellen im Düsseldorfer Stadtgebiet.

Da die Einrichtung von Wahlräumen und die Bestellung von Wahlvorständen entfiel, waren die Kosten im örtlichen Bereich mit rd. 6.800,- DM deutlich niedriger als in den Vorjahren. Die Kosten waren bei dem Landeswahlbeauftragten NW anzumelden und wurden bestimmungsgemäß durch die Wahlausschüsse erstattet.

Krankenversicherung

Wesentliche Gesetze (in Kurzform) in Kraft ab:

01.07.1986
RAG 1986 vom 13.05.1986

01.01.1986
Gesetz zur Änderung von Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherung (Sechstes Rentenversicherungs-Änderungsgesetz) vom 24.04.1986

01.01.1987
Siebtes Rentenversicherungs-Änderungsgesetz vom 19.12.1986

01.07.1987
RAG 1987 vom 19.12.1986

01.01.1987
Sozialversicherungs-Bezugsgrößenverordnung 1987 vom 09.12.1986

08.04.1987
Rentenanpassungssatz-Änderungsverordnung 1987 (RAÄV 1987) vom 07.04.1987

17.07.1987
Kindererziehungsleistungsgesetz (KLG) vom 12.07.1987

01.01.1988
Sozialversicherungs-Bezugsgrößenverordnung 1988 vom 07.12.1987

01.01.1988
Rechnungswesen und Statistik der Krankenversicherung – Änderung des Kontenrahmens etc. – Erlaß des BMA vom 12.01.1989

01.07.1988
RAG 1988 vom 10.05.1988

26.07.1988
Erstes Gesetz zur Änderung des Sozialgesetzbuches (1. SGBÄndG) vom 20.07.1988

außerdem mit Wirkung vom

01.01.1989
Das Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheitsreformgesetz – GRG) vom 20.12.1988 (SGB V) und die Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Sozialgesetzbuch vom 29.12.1988 (GVNW 1988 S. 536)

Im Bestand der unter Aufsicht stehenden Krankenkassen trat eine Veränderung ein. Die BKK der Deutsche Bank AG untersteht ab 01.01.1987 als nunmehr bundesunmittelbarer Sozialversicherungsträger der Aufsicht des Bundesversicherungsamtes in Berlin. Vorausgegangen war die Ausdehnung des Kas senbereiches über Nordrhein-Westfalen hinaus auf das Land Niedersachsen.

Sonstige Veränderungen im Bereich:

- Ausscheidung der Betriebe der Thyssen Handelsunion AG und der MONTAN GmbH Assekuranz-Makler aus der BKK Mannesmannröhren-Werke AG zum 01.01.1986
- Vereinigung der BKK Mannesmannröhren-Werke (aufnehmende Kasse) mit der BKK Kronprinz in Solingen (aufzunehmende Kasse) mit Wirkung vom 01.04.1986.

Bei der IKK Düsseldorf und Neuss

- Ausscheidung von Betrieben der Glaser-Innung Düsseldorf zum 01.07.1986
- Anschluß der Innung für Sanitär- und Heizungstechnik Neuss zum 01.10.1986
- Anschluß der Innung Nordrhein des Kachelofen- und Luftheizungsbauer-Handwerkes zum 01.01.1987
- Anschluß der Boots- und Schiffsbauer-Innung Düsseldorf zum 01.04.1987

Damit sind in der Innungskrankenkasse bisher 53 Innungen als Trägerinnungen zusammengefaßt.

Weitere Anschlußbegehren der

- Maler- und Lackierer-Innung Neuss
- Zimmerer-Innung Neuss-Grevenbroich an die IKK sind noch nicht abgeschlossen.

Jeweils am Jahresende unterstanden der Aufsicht des Versicherungsamtes:

Die AOK – Krankenkasse für Düsseldorf die IKK Düsseldorf und Neuss sowie

1986	12	BKKn
1987	11	BKKn
1988	11	BKKn.

Besondere Maßnahmen, die sich aus der Aufsichtsführung ergaben:

Der Neubau des Verwaltungsgebäudes der IKK konnte am 07.10.1987 mit der Einweihungsfeier abgeschlossen werden (Richtfest 19.06.1986). Das von der IKK aufgegebene Verwaltungsgebäude wurde von der BKK der Landeshauptstadt Düsseldorf erworben und konnte nach Renovierungs- und Umbauarbeiten Anfang 1988 bezogen und am 15.04.1988 eingeweiht werden.

Im Herbst 1988 mußten bei zwei Betriebskrankenkassen die Beitragssätze der Dringlichkeit wegen durch eine Anordnung des Versicherungsamtes gemäß § 391 RVO angehoben werden.

Revisionen gemäß § 88 SGB IV bzw. Auswertung von Revisionen gemäß § 342 RVO:

	§ 88 SGB IV	§ 342 RVO
1986	5	1
1987	2	5
1988	3	10

	Neufassung(en)/Änderung(en) der			Genehmigung(en) von Entschädigungsrichtlinien nach § 41 SGB IV		
	Satzung	Krankenordnung	Dienstordnung	1986	1987	1988
1986	14	2	./.			
1987	14	1	./.	./.	2	1
1988	16	./.	./.			

Bei den unter Aufsicht des Versicherungsamtes stehenden Krankenkassen betragen am Ende des jeweiligen Jahres die allgemeinen Beitragssätze (in % des Grundlohnes):

	1986	1987	1988
AOK	11,5	12,9	12,9
IKK	11,5	13,0	13,0
BKKn	7,1 - 8,0	1	-
	8,1 - 9,0	4	3
	9,1 - 10,0	1	2
	10,1 - 11,0	5	3
	11,1 - 12,0	-	3
	12,1 - 13,0	-	1
	13,1 und höher	-	-

Zahlen aus den Geschäftsberichten:

	1986	1987	1988
Gesamteinnahmen (in Mio. DM)	918	1.004	1.040
Gesamtausgaben (in Mio. DM)	974 (!)	1.424 (!)	1.058
Ø Mitgliederbestand	291.619	292.436	284.968
davon Rentner	94.187	94.078	93.513

Versicherungsunternehmen

Wesentliche Gesetze (in Kurzform) in Kraft ab:

24.12.1986

Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen vom 23.12.1986

31.01.1987

Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen gegenüber dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (Interne VURv) vom 30.01.1987

01.01.1989

Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen vom 08.09.1988.

Der Bestand der Versicherungsvereine veränderte sich am 27.11.1986 zum 01.01.1987 durch Freistellung der Schlachtviehverversicherungsvereinigung der Fleischer-Innung zu Düsseldorf a.G. (FVD) von der laufenden Aufsicht.

Anstelle eines Genehmigungsverfahrens wurde die Beamtenunterstützungskasse Düsseldorf/Oberhausen (der Bediensteten der Justizvollzugsanstalten) zum 31.12.1986 aufgelöst. Die Mitglieder wurden sämtlich ab 01.01.1987 von einem großen Versicherungsunternehmen übernommen. Die Geschäftsabwicklung und Aufteilung des

Restvermögens an die zuletzt noch vorhandenen Mitglieder erfolgte nach der letzten Mitgliederversammlung vom 31.05.1988. Hier wurde die Aufteilung beschlossen und danach ausgezahlt.

Am 31.12.1988 unterstanden der Aufsicht des Versicherungsamtes noch 7 Sterbekassen und 1 Sachversicherungsverein mit insgesamt 24.862 Mitgliedern.

Satzungsneufassung(en) bzw. -änderung(en)

1986	1987	1988
5	2	2

Geschäftsplanmäßige Erklärungen

3	1	2
---	---	---

Versicherungsmathematische Gutachten (einschließlich Prüfung und Weiterleitung mit gutachtlicher Äußerung an den Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie NW in Düsseldorf):

./.	1	2
-----	---	---

Die Verwaltungsgebühren für die Amtshandlungen blieben in der Höhe unverändert. Die Gebühreneinnahmen lagen jährlich unter 300,- DM.

Rentenversicherung/Unfallversicherung

Der Arbeitsumfang und die qualitativen Anforderungen in diesem Bereich wurden stark

durch neue gesetzliche Bestimmungen geprägt. Besonders in den Jahren 1986 und 1987 traten im Rentenversicherungsrecht gesetzliche Neuregelungen in Kraft, die über mehrere Jahre grundlegende Bedeutung erlangen:

a) Neuregelung des Hinterbliebenenrechts

Seit dem 01.01.1986 werden Hinterbliebenenrenten an Witwen und Witwer unter den gleichen Voraussetzungen gewährt. Es ist daher seitdem eine höhere Antragszahl bei den Hinterbliebenenrenten zu verzeichnen, da grundsätzlich jetzt von den Witwern eine Hinterbliebenenrente bezogen werden kann.

Durch die eingeführte Einkommensanrechnung ist das Antragsverfahren umfangreicher geworden. In den meisten Fällen ist wegen der Auswirkungen der Einkommensanrechnung eine ausführliche Beratung erforderlich. Eine umfangreiche Beratungstätigkeit ist bereits vor Eintritt des Versicherungsfalles in vielen Fällen angebracht, da der Gesetzgeber für ältere Ehepaare eine Wahlmöglichkeit zwischen dem alten und dem neuen Hinterbliebenenrecht bis 31.12.1988 eingeräumt hat. Diese Erklärungsmöglichkeit führte besonders in den Monaten November und Dezember 1988 zu einem überdurchschnittlichen starken Anstieg der Beratungstätigkeit. In einem Zeitraum von etwas über einem Monat wurden hier über 600 Ehepaare persönlich ausführlich beraten.

b) Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei Versicherten ab Geburtsjahrgang 1921

Seit 01.01.1986 werden Kindererziehungszeiten (KEZ) in der Rentenversicherung rentenbegründend und rentensteigernd angerechnet. Hierzu rufen die Versicherungsträger jahrgangswise alle Versicherten auf, ggfs. KEZ anerkennen zu lassen. Anträge hierfür werden unter anderem auch bei den Versicherungsämtern gestellt und führen hier meist zu einer kompletten Klärung des Rentenversicherungskontos (Kontenklärung) der Versicherten. Wegen der rentenrechtlichen Auswirkungen der KEZ ist auf Anfrage der Versicherten in vielen Fällen eine umfassende Auskunft und Beratung durch das Versicherungsamt notwendig.

c) Leistungen nach dem Kindererziehungsleistungsgesetz (KLG) für Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 („Trümmerfrauen“)

Jahrgangswise gestaffelt erhalten seit dem 01.10.1987 alle Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 Leistungen nach dem KLG. Hierzu ist ein Antrag mit entsprechender Bestätigung der Geburt der Kinder erforderlich. Als Bestätigungs- und Antragsstellen wurden vom Gesetzgeber in erster Linie die Versicherungsämter

bestimmt. Wegen des stufenweisen Beginns dieser Leistung ist das Versicherungsamt bis in das Jahr 1991 durch zusätzliches Arbeitsaufkommen belastet, welches nur durch den Einsatz von überplanmäßigen Kräften bzw. Zeitpersonal zur Zufriedenheit bewältigt werden kann. Allein in den Jahren 1987 und 1988 wurden über 13.000 Anträge nach dem KLG über das Versicherungsamt Düsseldorf gestellt.

Nicht zuletzt durch die genannten gesetzlichen Neuregelungen ist in den letzten

Jahren auch eine Zunahme der Amtshilfersuchen festzustellen. Wegen der umfangreicheren und komplizierteren Rechtsmaterie sind von Seiten der Versicherten und der Versicherungsträger vermehrt Rückfragen erforderlich.

Seit dem 01.01.1987 erteilen die Versicherungsträger Rentenauskünfte (Mitteilung der Rentenanswartschaft) auf Antrag auch schon an Versicherte, die das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Da eine Rentenauskunft aber nur erteilt werden kann, wenn das Rentenkonto geklärt wurde, wird beim Ver-

sicherungsamt ein Antrag auf Rentenauskunft mit einem Kontenklärungsantrag verbunden.

Auffallend in der Statistik der Jahre 1986 bis 1988 ist die, im Vergleich zu den Vorjahren, überdurchschnittliche Steigerung bei der Auskunft und Beratung, obwohl auch die BfA und LVA Rheinprovinz Auskunfts- und Beratungsstellen in Düsseldorf unterhalten. Dies kann u.a. als Indiz dafür gewertet werden, daß das Versicherungsamt von den Versicherten immer mehr als unabhängige und neutrale Auskunfts- und Beratungsstelle angesehen wird.

Rentenversicherung/Unfallversicherung

Die Inanspruchnahme des Versicherungsamtes auf ausgewählten Gebieten:

	1986	1987	1988
Auskunft und Beratung	21.726	21.705	28.008
Anträge auf - Rente	4.524	4.437	4.160
- Kontenklärung/Rentenauskunft	1.263	1.440	1.293
- Kontenklärung (Aussiedler)	-	-	405
- Kindererziehungszeit	1.454	1.399	1.014
- Kindererziehungsleistung	-	5.688	7.113
- Nachversicherung	105	99	54
- Sonstige	78	118	137
Unfalluntersuchungen	204	179	208
Eidesstattliche Versicherungen/Zeugenerklärungen	561	592	495
Widersprüche u. a.	146	238	450
Sonstiges	4.140	4.208	21.215
	34.201	40.103	64.552

Eigenunfallversicherung der Landeshauptstadt Düsseldorf (EUV)

- Gesetzliche Unfallversicherung

1. Allgemeines und Unfallentschädigung

1.1 In der Berichtszeit stand zweifellos das 100jährige Bestehen der EUV, das 1988 begangen werden konnte, im Mittelpunkt der Ereignisse. Mehrere Veranstaltungen erinnerten an die Gründung vor 100 Jahren. Genannt werden sollen die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand am 30.11. und 1.12.1988, mit Grußworten bzw. Festansprachen von Oberbürgermeister Klaus Bungert und Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales NW Hermann Heine mann, die Geschäftsführerkonferenz des Bundesverbandes am 29. und

30.11.1988 sowie die Unfallverhütungsausstellung im Foyer des Verwaltungsgebäudes Rathausufer 8 mit einer Darstellung des EUV und einer Übersicht über ihre Entwicklung über einen Zeitraum von 100 Jahren.

1.2 Die EUV ist der zuständige Unfallversicherungsträger für die bereits im Verwaltungsbericht 1983 - 1985 genannten Versicherten-Gruppen.

In der Berichtszeit wurde der Bereich auf die Innovatives Düsseldorf Betriebsgesellschaft für Innovationsförderung mbH, Düsseldorf erweitert.

Ausgeschieden ist mit Ablauf des 31.12.1988 die Bundesgartenschau 1987 GmbH.

1.3 Zahl der Versicherten

UV	1986	1987	1988
Allgemeine	86.361	95.913	103.305
Schüler	84.758	84.878	83.152
insgesamt	171.119	180.791	186.457

1.4 Gesetzgebung

Neben den jährlichen Unfallversicherungsanpassungsverordnungen u.a. ist das Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheitsreformgesetz - GRG) vom 20.12.1988 (BGB1. I S. 2477 ff) besonders erwähnenswert, da es für die Unfallversicherung vor allen Dingen wegen der sich daraus ergebenden veränderten Zuständigkeiten bemerkenswert ist.

1.5 Entschädigungen

	1986	1987	1988
Allgemeine UV			
Gemeldete Unfälle und Berufskrankheiten	1.245	1.240	1.195
Ertmals gewährte Renten	23	22	15
Laufende Renten am Jahresende	262	260	247
Versicherungsleistungen (in Mio. DM)	2.9	3.2	3.1
Schüler-UV			
Gemeldete Unfälle	8.549	8.672	8.248
Erstmals gewährte Renten	18	32	16
Laufende Renten am Jahresende	45	52	55
Versicherungsleistungen (in Mio. DM)	3.0	2.7	2.7

1.6 Schadensersatzansprüche und Ersatzansprüche

Einnahmen in DM

	1986	1987	1988
Allgemeine UV	175.145,-	149.626,-	277.991,-
Schüler-UV	377.636,-	173.880,-	300.916,-
insges.	552.781,-	323.506,-	578.907,-

2. Unfallverhütung

2.1 Allgemeine Unfallversicherung

2.1.1 Gemeldete Arbeits- und Wegeunfälle, einschließlich AU unter 4 Tagen sowie Berufskrankheiten

Jahr	Gesamtzahl	davon Wegeunfälle
1986	1.245	248
1987	1.240	252
1988	1.195	219

Die Anzahl der Arbeitsunfälle ist in etwa konstant geblieben. Der Anteil der Verkehrs-unfälle im Jahre 1988 ist gesunken. Die Zahl der nicht meldepflichtigen oder sogen. Bagatellunfälle ist beachtlich (AU unter 4 Tagen 1988 - 402).

2.1.2 Unfallursachenstatistik

	1986	1987	1988
Berufskrankheiten	0,7 %	0,7 %	0,8 %
Bürotätigkeit	2,7 %	3,3 %	1,7 %
Handwerkliche Tätigkeit	9,6 %	14,6 %	24,4 %
Wegeunfälle	19,9 %	20,3 %	18,3 %
Allgemeine Unfälle	41,5 %	37,9 %	26,7 %
Transporttätigkeit	12,9 %	12,0 %	15,4 %
Betriebswegeunfälle	12,7 %	11,2 %	12,7 %

Die meisten Unfälle ereignen sich bei der Ausführung normaler Arbeiten, beim Transport sowie auf dem Weg von und zur Arbeitsstätte.

2.1.3 Unfallverhütungsmaßnahmen und Publikationen

Diese erfolgten in erster Linie durch Besichtigungen, Beratungen und Schulungen in den städtischen Ämtern, Betrieben und Schulen sowie den versicherten Unternehmen.

Publikationen erfolgten darüber hinaus in der bereits in den vorhergehenden Verwaltungsberichten geschilderten Art.

2.1.4 Erste Hilfe

Es wurden in der „Ersten Hilfe“ ausgebildet:

1986	102 Personen
1987	254 Personen
1988	172 Personen

2.2 Schülerunfallversicherung

2.2.1 Gemeldete Schülerunfälle

Jahr	Unfälle
1986	8.549
1987	8.672
1988	8.248

2.2.2 Unfallursachenstatistik

	1986	1987	1988
Sport	38,3 %	37,1 %	38,3 %
Pause	27,8 %	28,2 %	26,6 %
Weg ohne Fahrzeug	6,1 %	7,1 %	5,4 %
Weg mit Fahrzeug während des Unterrichtes	3,8 %	3,0 %	4,8 %
Ausflüge	10,3 %	10,3 %	10,1 %
Betriebswege	2,9 %	2,8 %	2,8 %
Sonstige	10,6 %	11,4 %	11,9 %
	0,2 %	0,1 %	0,1 %

Im inneren Schulbereich ereignen sich die meisten Unfälle; insbesondere beim Sport, in der

Pause sowie während des Unterrichtes und auf Betriebswegen.

2.2.3 Unfallverhütungsmaßnahmen und Publikationen

s. Punkt 2.1.3

2.2.4 Besondere Maßnahmen und Aktionen

Erwähnenswert sind hier die Beteiligung an einer Aktion zur Förderung der Sicherheit im Schulsport, gemeinsam mit den anderen Unfallversicherungs-

trägern der öffentlichen Hand NW und dem Kultusminister sowie eine Schwerpunktaktion gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit in den Düsseldorfer Grundschulen („Such mit Kalender“).

Amt 36 – Straßenverkehrsamt

Amtsleiter: Heinz-Peter Beckers

Vorbemerkungen

Veränderungen in den Aufgabenstrukturen des Straßenverkehrsamtes, das früher als Abteilung 5 dem Ordnungsamt zugeordnet war, gaben Veranlassung, diese Abteilung aus dem Ordnungsamt herauszulösen und organisatorisch zu verselbständigen.

Mit Wirkung vom 01.03.1986 wurde diese organisatorische Trennung vollzogen, so daß seither das Straßenverkehrsamt unter der Ordnungsziffer 36 – in 5 Abteilungen gegliedert – seine bisherigen Aufgaben unter einer neuen Amtsleitung fortsetzt.

Abteilung 1 – Allgemeine Verwaltungs- und Organisationsabteilung

Die Verwaltungsabteilung konnte binnen kurzem mit neuer personeller Ausstattung die Arbeiten aufnehmen und die übrigen Maßnahmen im Zuge der Verselbständigung des Amtes treffen.

Abteilung 2 – Verkehrsregelungsabteilung

Die Aufgaben der Verkehrsregelungsabteilung haben auch im Berichtszeitraum ständig zugenommen. Die Zuständigkeit für die Erteilung von Erlaubnissen zur Sondernutzung des öffentlichen Straßenraumes für Baustellen und Baustelleneinrichtungen wurde mit Wirkung vom 01.05.1987 ausgegliedert und Amt 66 übertragen.

Es wurden zahlreiche Untersuchungen zur Anlage von Fußgängerüberwegen (Zebrastreifen) durchgeführt. Aufgrund der neuen Richtlinien war es erforderlich, viele Einmündungen und Kreuzungen im gesamten Stadtgebiet hinsichtlich der Auswahlkriterien zu überprüfen. Im Ergebnis konnten zunächst ca. 20 neue Überwege angelegt werden. In diesem Zusammenhang wurde auch ein besonderes Schulwegsicherungsprogramm erstellt.

Nach detaillierten Voruntersuchungen wurde in ca. 87 Wohngebieten eine zonenwirksame Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h eingerichtet.

In Golzheim-Derendorf wurde ein weiteres Gebiet mit Parksonderrechten für Anwohner geschaffen.

Durch die ständige Arbeit der Unfallkommission konnten 1986 ca. 40 und 1987 ca. 28 Unfallstellen beseitigt bzw. entschärft werden. Die Zahlen für 1988 liegen noch nicht vor.

Die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) stellt einen wichtigen Schwerpunkt in der Verkehrsregelung und -lenkung dar. Im Berichtszeitraum wurden die Maßnahmen fortgesetzt (Überholverbote, Abschraffuren, Abbiegeverbote, Halteverbote usw.), um hier eine weitere wirksame Beschleunigung zu erreichen.

Auch die gezielte Förderung des Taxenverkehrs als Partner des ÖPNV wird durch die Mitbenutzung von Sonderfahrspuren weiter verstärkt.

Im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung konnten inzwischen 64 Schulen entsprechende Schulwegpläne in der erforderlichen Auflage übergeben werden.

Das Straßenverkehrsamt beteiligte sich ebenfalls an der Verkehrssicherungsaktion NRW „Parke nicht auf unseren Wegen“.

Die Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung machte eine mehrmalige Änderung der Sondernutzungssatzung erforderlich.

Um eine möglichst effektive Nutzung des vorhandenen knappen Parkraumes zu erreichen, wurden die Parkuhrgebühren geändert und gleichzeitig das Stadtgebiet in zwei Gebührenzonen aufgeteilt. In Zone I (erweiterter Innenstadtbereich) werden nunmehr 1,00 DM pro angefangene halbe Stunde erhoben. In Zone II (übriger Bereich) liegt die Parkuhrgebühr bei 0,50 DM pro angefangene halbe Stunde.

Für die Verkehrsregelung aus besonderen Anlässen muß immer wieder eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen getroffen werden.

Herausragende Ereignisse waren im Berichtszeitraum das Landesjubiläum NRW, die Bundesgartenschau und das japanische Großfeuerwerk.

Abteilung 3 – Verkehrsüberwachungsabteilung

Im Rahmen der ÖPNV-Beschleunigung sind seit Januar 1987 ständig 20 Überwachungskräfte im Einsatz. Zweck dieses Einsatzes ist es, überall dort, wo weder bauliche noch optische Hilfen im Verlauf der Linien möglich sind, durch eine konsequente Verkehrsüberwachung den Vorrang der Bahnen zu sichern.

Die Sondereinsätze (BUGA, Vorweihnachtsverkehr, Messeverkehr etc.), die sich sehr personalintensiv auswirkten, nahmen in den letzten Jahren weiter zu.

Darüber hinaus wurden ca. 100 Mitarbeiter von Bahnpolizei, Rheinbahn und Flughafen als

Vollzugsdienstkräfte der Stadt ausgebildet und ermächtigt. Diese Mitarbeiter erteilen in einem begrenzten Rahmen Verwarnungen, wobei die Mitarbeiter der Rheinbahn bei Behinderungen des ÖPNV auch Fahrzeuge abschleppen lassen.

Seit März 87 ist die Abschleppfähigkeit auf die Behindertenparkplätze ausgeweitet worden. Daß dies dringend erforderlich war, beweisen die Abschleppzahlen: Von diesem Zeitpunkt an mußten jährlich über 3.000 unberechtigt parkende Fahrzeuge von den nur für Schwerbehinderte eingerichteten Parkplätzen abgeschleppt werden. Insgesamt wurden 1988 über 8.600 Abschleppmaßnahmen eingeleitet, wobei fast 6.000 Fahrzeuge an den Haken genommen werden mußten. Außerdem sind ca. 490.000 Verwarnungen und Anzeigen im letzten Berichtsjahr ausgestellt worden. Was die Bearbeitung der Abschleppmaßnahmen betrifft, so ist ab April 1988 durch Einführung eines Computerverfahrens eine weitere Rationalisierung erfolgt.

Ab Februar 88 wurde ein neues Einsatzkonzept realisiert. Danach wird der Einsatz aller Überwachungskräfte im gesamten Stadtgebiet von 7 sog. Bezirkseinsatzleitern vor Ort gelenkt, um nach der aktuellen Verkehrssituation eine schnelle, flexible und effektive Kontrolle zu gewährleisten. Mit dem neuen Einsatzkonzept war die Einrichtung einer eigenen Funkleitstelle sowie die Ausrüstung aller Überwachungskräfte mit Handfunkgeräten verbunden.

Vom Oktober 88 an gab es eine Änderung bei den sog. „Knöllchen“. Die bisher gebräuchlichen Zahlkarten wurden von zeitgemäßen Überweisungsformularen abgelöst.

Mit dem in den letzten Jahren ständig weiter wachsenden Verkehrsaufkommen nahm auch die Aggressivität der Autofahrer zu. Es kam vermehrt zu Verurteilungen von Falschparkern wegen Beleidigungen und Tätlichkeiten gegenüber den Überwachungskräften. Gleichmaßen ist der Trend zu beobachten, daß die Bürger zunehmend empfindlicher auf vorschriftswidrig abgestellte Fahrzeuge reagieren.

Abteilung 4 – Führerscheinabteilung

Die seit 1984 voll auf automatisierte Datenverarbeitung ausgerichtete Abteilung konnte die ständig steigenden Fallzahlen unter den erleichterten Bedingungen bislang ohne nennenswerten personellen Zuwachs verkraften.

Im einzelnen wurden folgende Vorgänge verarbeitet:

	1986	1987	1988
Anträge (Gesamtzahl):	25.484	23.577	21.771
Ersterteilung und Erweiterung von Fahrerlaubnissen:	10.328	9.552	8.009
Erteilung aufgrund ausländischer Führerscheine:	1.871	2.297	3.299
Neuerteilung entzogener Fahrerlaubnisse:	1.215	1.173	1.214
Fahrerlaubnisse zur Fahrgastbeförderung (Erteilung und Verlängerung):	2.554	2.574	2.622
Verwarnungen/Mehrfachtäter:	809	751	913
Maßnahmen Probeführerschein:	-	94	360
Internationale Führerscheine:	4.563	4.122	3.835

Abteilung 5 – Fahrzeugzulassungs-Abteilung

Die Zulassungsabteilung arbeitet nunmehr seit fünf Jahren mit ADV. Das Verfahren hat sich in jeder Hinsicht bewährt und Verbesserungen sowohl für den Bürger als auch für alle Bereiche der internen Abwicklung gebracht. Der Fahrzeugbestand ist weiter gestiegen. Das gleiche gilt für alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäftsvorfälle (Zulassungen, Umschreibungen, Abmeldungen, rote Kennzeichen, Zollkennzeichen etc.).

Fahrzeugbestand

1986	1987	1988
289.313	297.906	301.027

Zulassungszahlen

1986	1987	1988
104.799	108.077	110.062

Auch der Bestand an Fahrzeugen, die mit Katalysator ausgerüstet sind, steigt erfreulicherweise ständig an. Nach der letzten Statistik

Verkehrsgewerbestelle

In den Jahren von 1986 – 1988 wurden keine weiteren Taxengenehmigungen erteilt. Die Gesamtzahl beträgt z. Zt. 1.260.

Am 12.01.1986 trat die letzte Erhöhung der Taxentaxen in Kraft. Seit November 1988 ist eine Erhöhung der Taxentaxen beantragt, über die Anfang 1989 im Rat entschieden wird. Die Fahrpreise mußten den gestiegenen Kosten und dem geringerwerdenden Aufkommen von Krankenfahrten angepaßt werden.

des Kraftfahrt-Bundesamtes vom 01.07.1988 gibt es in Düsseldorf

20.881 Fahrzeuge mit geregelter Dreibeige-Kat (US-Norm)

46.905 Fahrzeuge mit ungeregelter Katalysator (Euro-Norm)

14.846 Fahrzeuge bedingt schadstoffarm C (unter 1400 ccm Hubraum)

15.596 Fahrzeuge bedingt schadstoffarm A.

Amt 37 – Feuerwehr

Amtsleiter: Dr. Werner Graf

Neueinrichtung einer Einsatzleitstelle der Berufsfeuerwehr Düsseldorf einschließlich der Erneuerung der gesamten Leitstellentechnik

Der Rat der Stadt beschloß am 15. September 1988 die Neueinrichtung einer Einsatzleitstelle der Berufsfeuerwehr Düsseldorf einschließlich der Erneuerung der gesamten Leitstellentechnik mit Gesamtkosten von 4.686.000,- DM.

Die Einsatzleitstelle der Berufsfeuerwehr Düsseldorf wurde im Mai 1974 an der Feuer- und Rettungswache 1, Hüttenstr. 68, - Gebäude Pionierstr. - in Betrieb genommen. Sämtliche Geräte und Anlagen sind seit nunmehr 14 Jahren in Betrieb. Wenn man davon ausgeht, daß ähnliche Anlagen im allgemeinen ca. 8 Stunden am Tag betrieben werden, so muß man die zurückliegende Zeit mit dem Faktor 2 bis 3 multiplizieren, da die Anlagen der Feuerwehr rund um die Uhr betrieben werden.

Bedingt durch diese hohe Gebrauchsdauer ist die Betriebssicherheit der relaisgesteuerten Anlagen, insbesondere der Fernsprechnebstellen- und Makleranlage nicht mehr gewährleistet. Die Folge sind immer häufigere und längere Ausfallzeiten. Da sichergestellt sein muß,

daß der sich in Not befindliche Bürger die Feuerwehr jederzeit um Hilfe ersuchen kann, ist es unbedingt notwendig, die gesamte Leitstellentechnik zu erneuern.

Die Fülle der Aufgaben, der ständig wachsende Daten- und Informationsfluß, die steigende Zahl von Transporten mit gefährlichen Gütern und die wachsende Bedeutung des Umweltschutzes in den verschiedensten Bereichen machen den Einsatz einer rechnergesteuerten Leitstelle, wie es inzwischen bei vielen Feuerwehren im Bundesgebiet schon der Stand der Technik ist, notwendig. Nur damit können in kürzester Zeit den ausgerückten Einheiten die gezielten Informationen übermittelt werden, die zu einer schnellen sach- und fachgerechten Hilfe für den Bürger notwendig sind.

Da eine nahtlose Umstellung auf die neue Technik erfolgen muß, ist es notwendig, die vorhandenen Räume in der zweiten Etage über der bisherigen Einsatzleitstelle des Gebäudes Pionierstraße nach Auslagerung der Atemschutzübungsstrecke zur Feuer-, Rettungs- und Ausbildungswache Garath, Frankfurter Straße, baulich so herzurichten, daß sie den technischen und der Arbeitssicherheit dienenden Anforderungen gerecht werden.

„25 Jahre Feuerlöschboot zwei“ 1988

1988 war das Feuerlöschboot zwei 25 Jahre im Dienst der Berufsfeuerwehr.

Zum 150jährigen Bestehen der Brauerei Schumacher wurde der Feuerwehr im Dezember 1987 ein 165.000,- DM teurer Notarztwagen als Spende übergeben.

1988 wurde an der Feuerwache Hüttenstraße eine neue Desinfektions- und Reinigungsmaschine installiert.

Im Berichtsraum nahmen auch neben den Aufgaben des Feuerschutzes, der technischen Hilfeleistung und des Rettungsdienstes beim Amt 37 die des Umweltschutzes einen immer größeren Umfang an. So wurde z. B. für den Umweltschutz ein Betrag von ca. 470.000,- DM für die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten ausgegeben.

Die Feuerwehr ist in dem 1987 eingerichteten „Stab außergewöhnliche Ereignisse“ (SAE) vertreten.

In den letzten Jahren wurden 6 Einsatzleitwagen zur Warnung der Bevölkerung bei Gefährdung durch austretende Schadstoffe mit einer Ausrüstung für Warneinsätze versehen.

Einsätze mit gefährlichen Stoffen bei der BF Düsseldorf

	1986	1987	1988
Gesamtzahl der Einsätze	777	872	804
davon Brandeinsätze	25	7	2
Einsätze mit festen Stoffen	15	13	3
Einsätze mit flüssigen Stoffen	761	854	797
Einsätze mit gasförmigen Stoffen	1	5	4
Fundort/Einsatzort auf dem Lande	749	818	766
auf dem Wasser	28	54	38
Die Einsätze wurden durchgeführt:			
nur mit Feuerschutzanzug	774	865	798
mit PreBluftatmer	2	5	6
mit Chemikalienschutzanzug	1	2	-
verursacht durch:			
Straßenfahrzeuge	596	647	605
Schienenfahrzeuge	4	4	3
Wasserfahrzeuge	1	6	5
sonstiges	176	215	191

Feuerweherschule Düsseldorf 1986 – 88

Die Feuerweherschule dient der Aus- und Fortbildung von Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr. Ständig finden je eine Aus- und Fortbildungsveranstaltung für die Berufsfeuerwehr und eine Ausbildungsveranstaltung für die Freiwillige Feuerwehr statt.

Für die Ausbildung der Berufsfeuerwehr stehen u.a.:

- Grundausbildungslehrgang
- Maschinenlehrgang
- Strahlenschutzlehrgang
- Rettungssanitäterausbildung;

für die Fortbildung stehen Seminare wie:

- Umweltschutz
- Gefährliche Stoffe und Güter
- Technische Einsatzleitung
- Fortbildung der Rettungssanitäter

an.

In der Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehr werden Lehrgänge bis hin zum Truppführer-Lehrgang, Maschinenlehrgang und Atemschutzlehrgang durchgeführt. In Seminaren werden Führungskräfte weitergebildet.

Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr werden auch anderen Feuerwehren angeboten; von diesem Angebot wird – vor allem beim Grundausbildungslehrgang und den Lehrgängen für die Freiwillige Feuerwehr – reger Gebrauch gemacht. Zu ständigen Gästen gehören Brandreferendare und Brandinspektoranzwärtler aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

Für „Fremde“, d.h. für Personen, die keiner Feuerwehr angehören, werden Seminare veranstaltet; der dargebotene Lehrstoff wird mit Wünschen der Teilnehmer abgestimmt!

So werden u.a. laufend „Brandschutzseminare“ durchgeführt, in denen die Teilnehmer (z.B. Angehörige von Firmen, Landeskriminalschule, Bereitschaftspolizei) über die Verhütung von Bränden unterwiesen werden. Hier stehen auch praktische Übungen mit Feuerlöschern auf dem Programm.

Insgesamt nahmen im Berichtszeitraum 4.661 Beamte der Berufsfeuerwehr an Lehrgängen, Seminaren und Einsatzübungen teil; hinzu kamen 115 hauptberufliche Feuerwehrmänner anderer Standorte.

58 Anwärter wurden in Grundausbildungslehrgängen auf ihre Tätigkeit vorbereitet; hinzu kamen 107 Anwärter anderer Standorte.

72 Beamte wurden zu Rettungssanitätern ausgebildet.

1.226 Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr nahmen an Lehrgängen und Seminaren teil.

1.041 Personen (Angehörige von Firmen, Landeskriminalschule, Bereitschaftspolizei u.ä.) wurden Grundbegriffe des abwehrenden und vorbeugenden Brandschutzes nahegebracht.

Im Berichtszeitraum nahmen an Wachbesichtigungen, Vorführungen auf den einzelnen Feuerwachen und dem Feuerlöschboot etwa 9.500 Schulkinder, Jugendliche und Erwachsene teil.

58 Beamte der Berufsfeuerwehr haben im Berichtszeitraum das Deutsche Sportabzeichen erworben.

Gleichzeitig erwarben 58 Beamte das Rettungsschwimmabzeichen der DLRG.

Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten

1986	
Notarztwagen NAW	1
Krankentransportwagen KTW	6
Hubrettungsfahrzeug DLK 23-12 n.B.	1
Gerätekombi GK	1
Einsatzleitwagen ELW 1	1
Vetter-Mini-Hebekissen mit Druckschlauch	8
dazu Druckminderer	4
Doppelsteuerorgan	4
Ölschlängel Balear BAP 312 à 50 m	2
Chemikalienschutzanzüge	10
Universalschutzanzüge (Hitzeschutz)	2
Hörsprechgarnituren	11
Kontaminationsnachweisgerät „Contamat“	1
Gas-Meßgerät „Ex-Meter“-N	1
Ultraschall-Reinigungsgerät	1
Kettensäge	1
Tauchanzüge	15
Rettungs- und Schwimmanzüge	5
Atemschutzmasken mit R-Anschluß	20
Wasser-/Mineralölaufangbehälter	1
Schlauchpumpe Mastr Typ M 20	1
Übergangskupplungen V 4 A	10
Vielzweck-Chemieschläuche	6

1987

Krankentransportwagen KTW	3
Rettungstransportwagen RTW	4
Notarztwagen NAW	1
Hubrettungsfahrzeug DLK 23-12 n.B.	1
Einsatzleitwagen ELW 1	1
Abrollbehälter AB-Umweltschutz	1
Schlauchpumpe Mastr TYP M 20	1
Elektro-Tauchpumpe	1
Atemschutzgerät Travox 120	12
Atemschutzgerät PA 80-1600-2 (Grundgerät)	3
Atemschutzmaske mit R-Anschluß	40
Chemikalienschutz-Übungsanzüge	6
Hitzeschutzanzüge	2
Taucheranzüge	5
Tauchermasken	6
Strahlenschutzkasten kompl.	1
Dosiswarner	1
Gas-Meßgerät „Ex-Meter“ N	3
Bergungsaß	1
Handmembranpumpe	1
Außenbordmotor für RTB 4	1
Diverse Edelstahlarmaturen	
Gulli-Abdichtungen	5

1988

Rettungstransportwagen RTW	3
Gerätekombi GK	1
LKW-Anhänger FwA-Schule	1
Abrollbehälter incl. Generator AB-Lüfter	1
Lüfter ca. 500 ³ m/min	3
Lüfter ca. 150m ³ /min	1
Druckluten gesamt	210 m
Saugluten gesamt	110m
Atemschutzgerät Travox 120	10
Atemschutzgerät PA 80/1800	10
Ölschlängel	100 m
Automatische Gasspümpumpe Quantimeter	6
Kontaminations-Schutzanzüge	6

Kontaminations-Nachweisgerät		Bergungsfaß, Edelstahl	1	Elektro-Tauchpumpe	2
Contamat FH/111 M	1	Bergungsfaß, Kunststoff	1	Diverse Edelstahlaraturen	
Dosismeß- u. Warngerät TDW 100 F	6	Rohrdichtkissen verschiedene Größen	6	Diverse nicht funkenreißende Werkzeuge	
Dosisleistungsmesser 6150 AD 1	1	Flüssigkeitsfaltbehälter à 20 m ³	3		
Vacuum-Faß, Edelstahl	1	Vielzweckchemieschläuche Polypal	6		

Einsatzzahlen

	1986	1987	1988
Brände	1.546	1.632	1.696
Hilfeleistungen	4.842	4.455	4.162
Fehlalarmierungen	564	747	659
davon blinde Alarme	166	204	109
böswillige Alarme	290	394	337
durch Brandmeldeanlage (technischer Defekt)	108	149	213
Rettungsdienst	48.222	50.048	51.349
Notfalleinsätze	17.099	18.112	19.074
davon NAW-Einsätze	6.250	6.507	6.683
RTW-Einsätze/sonstige Notfälle	10.849	11.605	12.391
Krankentransporte	26.212	27.270	27.777
Verlegungstransporte	4.723	4.519	4.339
Infektionstransporte	183	144	157
Blutkonserventransporte / Medikamententransporte	5	3	2

Der Feuersicherheitsdienst umfaßte

	1986	1987	1988
Feuersicherheitswachen	1.560	1.339	1.388
hierfür eingesetzte Beamte	4.482	3.928	4.345

Vorbeugender Brandschutz – Brandschau

Die Tätigkeit der Abteilung Vorbeugender

Brandschutz umfaßt folgende Aufgaben:

- Abgabe von gutachterlichen Stellungnahmen zu Neu-, Um-, Erweiterungsbauten und Nutzungsänderung von Gebäuden und Betrieben besonderer Art und Nutzung sowie für unterirdische Verkehrsanlagen;
- Bearbeitung von brandschutztechnischen Anfragen, Gesuchen und Anzeigen;
- Übungen und Unterichtungen in Schulen,

Geschäftshäusern, Krankenhäusern und Versammlungsstätten;

- Erstellung und Ergänzung von Alarmplänen bezüglich brandschutztechnischer Einrichtungen;
- Bearbeitung von Bebauungsvorschlägen zu Neu- oder Sanierungsgebieten;
- Mitarbeit in überregionalen Ausschüssen (Baurecht, Zulassungen, Normung, Vorbeugender Brandschutz);

Vorbeugender Brandschutz

Anzahl der brandschutztechnischen Gutachten im Baugenehmigungsverfahren, aufgeschlüsselt nach folgenden Gebäuden:

	1986	1987	1988
a) Theater, Lichtspieltheater, Versammlungsräume	20	14	9
b) Waren- und Geschäftshäuser, Büro- und Verwaltungsgebäude	136	157	125
c) Hotels, Krankenhäuser, Heilanstalten, Heime, Schulen, Sportanlagen	42	54	53
d) Industrie- und Gewerbebetriebe	313	315	293
e) Großgaragen, Tanklager und Tankstellen	14	29	32
f) Landwirtschaftliche Betriebe	-	2	-
g) Gebäude unter Denkmalschutz, Holzhäuser und Holzbaracken	6	-	4
h) sonstige Bauobjekte	425	415	397
gesamt	956	986	913

Mit Vertretern staatlicher und städtischer Dienststellen sowie Architekten und Bauherren nahmen Beamte des Vorbeugenden Brandschutzes an Planungsbesprechungen, Ortsbesichtigungen und Bauabnahmen teil.

Dabei entfielen auf:

	1986	1987	1988
Ortsbesichtigungen	520	728	777
Besprechungen	612	595	695
Bauabnahmen	111	136	147
gesamt	1.243	1.459	1.619

Brandschau

In dem Sachgebiet Brandschau wurden folgende Bauobjekte begangen, die sich aufteilen in:

	Brandschauen			Nachschauen			Anzahl der zu überprüfenden Objekte
	1986	1987	1988	1986	1987	1988	
a) Theater, Lichtspiele, Versammlungsräume	47	18	15	17	7	12	48
b) Waren- und Geschäftshäuser, Büro- und verwaltungsgebäude	161	102	77	75	42	70	748
c) Hotels, Krankenhäuser, Heilanstalten, Heime, Schulen, Sportanlagen	73	82	112	6	22	28	989
d) Industrie- und Gewerbebetriebe	516	390	345	139	159	130	2.067
e) Großgaragen, Tanklager und Tankstellen	87	100	101	43	24	53	690
f) Landwirtschaftliche Betriebe	9	7	28	4	7	8	161
g) Gebäude unter Denkmalschutz, Holzhäuser und Holzbaracken	3	3	-	-	-	-	98
h) Sonstige Bauobjekte	30	181	175	21	19	51	398
gesamt	926	883	853	305	280	352	5.199

Übungen und Unterrichtungen

Von Mitarbeitern des Sachgebietes Brandschau wurden außerdem im Berichtszeitraum 217 Brandschutzveranstaltungen durchgeführt.

Im einzelnen haben stattgefunden:

	1986	1987	1988
Schulräumungen	31	26	23
Praktische Brandschutzübungen / Unterrichtungen	39	59	39
gesamt	70	85	62

Amt 38 – Zivilschutzamt

Amtsleiter: Heinz Mäurers

Allgemein

Der **Ausschuß für Angelegenheiten der Zivilen Verteidigung**, der im Berichtszeitraum neunmal tagte, empfahl u. a. dem Rat im September 1987 den Ausbau der Führungsstelle für den Stab Außergewöhnliche Ereignisse (SAE) im Katastrophenschutzzentrum Posener Straße.

Der **Katastrophenschutzbeirat**, dem neben Vertretern des Rates alle im Katastrophenschutz tätigen Organisationen angehören, hat im Berichtszeitraum zweimal getagt. In den Sitzungen konnten mit den Organisationen neue gesetzliche Bestimmungen und deren Auswirkungen auf die Arbeit des Katastrophenschutzes – insbesondere auf die Freistellung von Helfern – erörtert werden.

Im Frühjahr 1988 erfolgte eine neue Dezer-natsverteilung. Das Amt 38 wurde vom Dezer-nat 08 (Beigeordneter Licht) zum Dezer-nat 011 (Beigeordneter Abetz) verlagert.

Die **Sanierung des Katastrophenschutz-zentrums** Posener Straße, die mit einem 2. Bauabschnitt im Jahre 1984 begann, wurde in den Jahren 1986 bis 1988 fortgeführt. Im Rahmen des Kostenanschlages wurden wei-tere 2,4 Mio. DM in den abgelaufenen drei Haushaltsjahren verausgabt. Durch vorher nicht erkennbare Bauschäden und andere dringliche Maßnahmen, wie z.B. die un-

umgängliche Aufstockung der Kfz-Hallen IV und V für das THW sowie die Installation eines Notstromaggregats zur Versorgung des gesamten KatS-Komplexes, wurden Pro-grammänderungen notwendig, für die im Rah-men des 2. Bauabschnittes die vorgesehenen 2,6 Mio. DM nicht ausreichten. Es ist deshalb beabsichtigt, für die restlichen Arbeiten einen 3. Bauabschnitt zu bilden

Der Ortsverband Düsseldorf des THW machte der Stadt Düsseldorf das Angebot, mit Bun-desmitteln die vorhandene rd. 800 qm große **Übungsstrecke** neu auszubauen, damit die Ausbildung der Einheiten verstärkt am Ort vorgenommen werden kann. Das Zivilschutz-amt hat diesen Vorschlag stark unterstützt und gefördert. Die Arbeiten zogen sich zwar, weil sie im wesentlichen von den ehrenamtlich tätigen Helfern des THW durchgeführt werden mußten, geraume Zeit hin, stehen aber jetzt kurz vor dem völligen Abschluß.

Das einschneidendste Ergebnis im Berichts-zeitraum war auch in Düsseldorf der **Reak-torunfall in Tschernobyl** (UdSSR) im April 1986. Diese Katastrophe machte schlagartig bewußt, daß alle bisherigen Annahmen und Planungen unzulänglich waren und auch heute noch sind. In den darauffolgenden Wochen wurden mehr als 15.000 telefo-nische Anfragen von besorgten Bürgern aus nah und fern gestellt. Sie wurden von Mitarbei-tern des Umweltamtes, des Gesundheitsam-

tes und der Feuerwehr, insbesondere aber von den Mitarbeitern des Zivilschutzamtes, in bravouröser Weise beantwortet, obwohl zunächst nur allgemeine Hinweise gegeben werden konnten und erst später eine konkrete Beratung, z.B. hinsichtlich der verstrahlten Lebensmittel, möglich war. Es wurden dabei von den Bürgern die vielfältigsten Fragen gestellt, die nur in Zusammenarbeit mit ande-ren städtischen Fachämtern beantwortet werden konnten.

Aus diesen praktischen Erfahrungen heraus wurde dann ab 01.07.1986 ein **Stab Außergewöhnliche Ereignisse (SAE)** eingerichtet und die Geschäftsführung dem Zivilschutz-amt übertragen. Die Leitung obliegt dem zuständigen Dezernenten. Er kann gemäß einer generellen Anordnung des Oberstadt-direktors jederzeit jeden Mitarbeiter der Stadt-verwaltung zur Mitarbeit im SAE heranziehen. Seit dieser Zeit hat dieses Gremium insge-samt 12 Alarmierungen erlebt, die von der Kontamination des Rheinwassers über Eva-kuierungen bei Bombenfunden bis hin zur koordinierenden Tätigkeit bei Großbränden, die an der Einsatzstelle mehr als den Einsatz der Berufsfeuerwehr erforderlich machte, reichten. Die sich immer wieder neu stellen-den Lagen und die aus der Arbeit gewachse-nen Erfahrungen führten inzwischen dazu, daß als ständige Mitglieder im SAE mitwirken das Umweltamt, die Untere Wasser- und Abfallbehörde, das Chemische Lebensmittel-

und Untersuchungsamt, das Ordnungsamt, das Gesundheitsamt und das Kanal- und Wasserbauamt. Selbstverständlich gehören Vertreter der Berufsfeuerwehr und es Zivilschutzamtes ebenso dazu. Diese Ämter haben über das Wochenende eine durch Euro-Signal-Geräte gesicherte Rufbereitschaft für ihre leitenden Mitarbeiter eingerichtet. Die Mitarbeiter des Amtes 38 sind neben der immer einsatzbereiten Berufsfeuerwehr rund um die Uhr in Alarmbereitschaft. Im SAE sind daneben ständig als beratende Mitglieder vertreten die Polizei, die Stadtwerke und die Rheinbahn.

Diese aus der Praxis heraus gewachsene Einrichtung ist seit 1986 in vielen Städten, aber auch bei Oberbehörden, ebenfalls eingerichtet worden, wenngleich die Bezeichnungen differieren. Die allgemeine Erkenntnis kam hier zum Durchbruch, daß Katastrophen äußerst selten sind, man aber zur Koordinierung der Einsatzkräfte und der Tätigkeit von Fachdienststellen eines Gremiums bedarf. Der Regierungspräsident Düsseldorf hat vor mehr als einem Jahr ebenfalls einen solchen Stab eingerichtet.

Der SAE benötigte – das zeigte sich sehr schnell – eine bessere technische Ausstattung, als sie improvisiert im Amt 38 möglich war. Es wurde ohnehin eine neue Hauptführungsstelle im KatS-Zentrum geplant statt der unzulänglichen Einrichtung im Hochbunker Am Bermeshau. Damit verbunden wurde dann die Schaffung einer Leitstelle SAE. Der Rat der Stadt beschloß zunächst am 19.03.1987, mit einem Aufwand von 1,83 Mio. DM diese Einrichtungen zu bauen. Die einerseits erkennbar werdenden Schwierigkeiten bei der Begrenzung des städtischen Vermögenshaushaltsplanes und der andererseits nur als gering erachteten Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe brachten die Verwaltung zu dem Vorschlag, nur die Leitstelle für den SAE mit einem Kostenaufwand von 800.000 DM auszubauen. Der Fachausschuß schloß sich schließlich dieser Auffassung an und empfahl dem Rat, entsprechend zu beschließen (Beschluß vom 22.10.1987). Die neue Leitstelle konnte am 12. Oktober 1988 übernommen werden und hat bereits mehrfach ihre Eignung bewiesen.

Kündigungen von Lager- und Stellflächen durch den Bund konnten z. T. durch kurzfristig mögliche Maßnahmen mehr als aufgefangen werden, weil zugleich städtische Läger verdichtet wurden. Die Mieteinnahmen konnten sogar von 417.000 DM auf 506.000 DM erhöht werden. Zusätzliche Flächen wurden angemietet durch das Technische Hilfswerk, den Malteser Hilfsdienst, den Regierungspräsidenten Düsseldorf und vor allem das Deutsche Rote Kreuz, das wichtige Einrichtungen in das KatS-Zentrum verlegt hat, nachdem zuvor erhebliche Um- und Ausbauten von ihm durchgeführt worden waren. Durch die überwiegende **Vermietung an Katastrophenschutzorganisationen** hat sich das Düssel-

dorfer Katastrophenschutzzentrum als feste Einrichtung weiter bewährt.

In den Abschnittsführungsstellen Garath, Kaiserswerth und Oberkassel wurden für Reparaturmaßnahmen aus Mitteln des Bundes und der Stadt rd. 36.000 DM ausgegeben. Die Bedeutung dieser Einrichtungen, die speziell für den V-Fall gedacht sind, hat in den letzten Jahren auch durch die konzeptionelle Änderung des Bundes beim Fernmeldedienst nachgelassen. Die Verwaltung prüft z. Z., ob es sinn- und zweckvoll ist, diese Einrichtungen auch in Zukunft zu unterhalten. In diesem Zusammenhang muß auch entschieden werden, wo der Stab HVB zukünftig arbeiten soll, da – wie bereits erwähnt – die Hauptführungsstelle Am Bermeshau nur noch unzulänglich die Erledigung dieser Aufgabenstellung zuläßt.

Zur Abwicklung weisungsgebundener Aufgaben hat der Bund folgende Mittel bereitgestellt:

1986 rd. 430.000 DM
1987 rd. 458.000 DM
1988 rd. 296.000 DM.

Der Rückgang ist nicht auf eine Kürzung der **Bundesmittel** zurückzuführen, sondern darauf, daß in der Haushaltsabwicklung die Anweisungen unmittelbar über den Bundeshaushalt erfolgen. Dies hat einerseits den Vorteil, daß die Stadt nicht in Vorlage zu treten braucht, und andererseits wird die Haushaltsüberwachung auf die Bundeskasse verlagert.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat zur Förderung des Katastrophenschutzes jährlich rd. 1.800 DM als Zuschuß zur Verfügung gestellt. Von einer wirklichen Unterstützung der Gemeinden bei den nach dem Katastrophenschutzgesetz NW dem Land und den Gemeinden obliegenden Aufgaben kann deshalb wohl kaum gesprochen werden.

Im Jahre 1986 konnte die Hardware für die ADV beschafft werden. Seit diesem Zeitpunkt werden Programme, wie Helferdatei, Kreisbeschreibung und Objektschutzdatei, erfaßt, um in einem denkbaren Schadensfall möglichst schnell an dringend benötigte Daten zu kommen. Die Umstellung auf ADV und die Erfassung der Daten dauern an. Der weitere Ausbau der Einrichtungen ist konzeptionell abgeschlossen und wird vorbereitet.

Die **zivil-militärische Zusammenarbeit** mit dem Verteidigungskreiskommando 321 ist weiterhin geprägt von einem vertrauensvollen Miteinander, wobei die guten persönlichen Beziehungen nicht unwichtig sind. Die vom Rat der Stadt beschlossene Übernahme der **Patenschaft** über das Feldjägerbataillon 730, das seinen Standort in Düsseldorf-Hubbelrath hat, wird im Rahmen der Möglichkeiten durch das Zivilschutzamt wahrgenommen.

Sachgebiet „Zivilschutz“

In Zusammenarbeit mit dem Hauptamt konnte eine erste Fassung eines V-Geschäftsverteilungs- und Stellenplans im Rahmen der **Zivilen Alarmplanung (ZAP)** erarbeitet werden.

Im Hinblick auf die bevorstehende Teilnahme der Stadt Düsseldorf an der Wintex/Cimex-Übung 1989 wurde ein Erfahrungsaustausch mit den ZAP-Einsatzplanbearbeitern und deren Vertretern unter Leitung des Oberstadtdirektors durchgeführt. Die einsatzplanführenden Stellen wurden auf 14 Ämter reduziert, die in die Verfahrensabläufe unterwiesen wurden.

Düsseldorf nahm an den vom Bund ausgehenden jährlichen Alarmierungsübungen teil, bei denen außerdem bis zu 34 externe Stellen zu benachrichtigen sind.

Ab Juli 1988 wurden Vorbereitungen nach dem Katastrophenschutzgesetz des Landes NW zur Bildung einer **Katastrophenschutzleitung (KSL)** getroffen, die im Katastrophenfall anstelle des SAE Verwaltungshandeln koordiniert. Auf eine personelle Zusammensetzung und Arbeitsabläufe, die möglichst mit dem SAE identisch sind, wurde geachtet.

Die örtlichen lebens- und verteidigungswichtigen Objekte wurden auf Weisung des Landes, der Polizei und der Bundeswehr zum **Objektschutz** zugewiesen.

Die Zahl der **Sirenenanlagen**, die von der Stadt Düsseldorf mit Bundesmitteln zu unterhalten sind, hat sich von 289 auf 272 Sirenen verringert. Dies ist auf Häuserabrisse und das Auslaufen von Verträgen zurückzuführen. Es ergeben sich nunmehr im Stadtgebiet Düsseldorf weitere Beschallungslücken. Der Bund beabsichtigt jedoch derzeit nicht, diese Lücken zu schließen, da nach einer neuen Konzeption gesucht wird.

Auch heute noch werden **Kampfmittel** aus den beiden Weltkriegen gefunden. Gegenüber dem letzten Berichtszeitraum weist die Statistik wieder eine Steigerung aus.

1986 = 64 Munitionsfunde, darunter eine 10 Ztr.-Bombe und 8 Brandbomben mit je 15 kg Gewicht
1987 = 40 Kampfmittelfunde, darunter zwei 10 Ztr.-Bomben, eine 5 Ztr.-Bombe und vier Brandbomben à 15 kg Gewicht
1988 = 70 Kampfmittelfunde, darunter vier 10 Ztr.-Bomben, zwei 5 Ztr.-Bomben und zehn Brandbomben à 15 kg Gewicht

Bei vier Kampfmittelfunden mußten Einwohner evakuiert werden.

Wie in den Jahren davor, fördert der Bund den privaten und den öffentlichen **Schutzraum**,

ohne daß sich die insgesamt absolut unzulängliche Versorgung (rd. 4 %) wesentlich gebessert hätte.

Im Berichtszeitraum wurde die Mehrzweckanlage Kaiserswerther Str. 26 (Tiefgarage) fertiggestellt. Zuschußanträge an den Bund zur Errichtung öffentlicher Schutzzräume wurden im Berichtszeitraum nicht gestellt.

Von 1986 – 1988 ist für 11 der aus dem 2. Weltkrieg noch vorhandenen Deckungsgräben die Genehmigung zur ersatzlosen Beseitigung von der Obersten Landesbehörde erteilt worden. Ein Antrag wurde abgelehnt.

Auf Beschluß des Rates am 28.04.1988 werden in U-Bahn-Anlagen keine Schutzzräume mehr vorgesehen und keine freiwilligen Förderungsmaßnahmen zur Errichtung öffentlicher Schutzzräume durchgeführt. Die Mehrzweckanlagen Königsallee (Deutsche Bank), Hohe Straße (Modernes Düsseldorf), Kaiserswerther Straße (Parkbau) und Goebenstraße (Parkbau) konnten von der Stadt noch nicht übernommen werden, weil die Vereinbarungen mit den Eigentümern ausstehen. Über die Verwendung des sog. Aquariumbunkers an der Speldorfer Straße ist noch nicht entschieden. Das bauliche Veränderungsverbot hält der Bund aufrecht. Ein Investor trat von der Absicht, den Bunker Möhkersgäßchen (Hamm) zu beseitigen, zurück. Der Umbau des Tiefbunkers Karlplatz stößt auf Schwierigkeiten, weil der Bund die Erhaltung der Schutzpläne verlangt bzw. die Ersatzstellung vorschreibt.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) fördert das Zivilschutzamt die Fähigkeit der Bevölkerung zum **Selbstschutz** bei Gefahren und Schadenslagen. Dies gilt auch für die Arbeitsstätten. Hierzu werden kostenlose Veranstaltungen durchgeführt, die nach Angaben des BVS wie folgt besucht wurden:

1986 3.785 Teilnehmer, davon 119 aus der Stadtverwaltung
 1987 5.421 Teilnehmer, davon 29 aus der Stadtverwaltung
 1988 3.914 Teilnehmer, davon 35 aus der Stadtverwaltung.

An Informationsständen bei Stadtteilen, Messen usw. nennt der BVS folgende Zahlen:

1986 5.315 Besucher
 1987 5.090 Besucher
 1988 16.375 Besucher

Seit dem Ende des Berichtszeitraums stehen ehrenamtliche Selbstschutzberater nicht mehr zur Verfügung. Im V-Fall sollen Auskünfte über die Polizei und die Feuerwehr sowie die Bezirksverwaltungsstellen gegeben werden. Eine Neukonzeption des Bundes für diesen Bereich fehlt.

Aufgrund geänderter Rechtsgrundlagen stagniert der Behördenselbstschutz der Stadtverwaltung. Die Neukonzeption wird von Amt 38 vorbereitet.

Sachgebiet „Katastrophenschutz“

Die Mitglieder, die im **Stab HVB** neben- und ehrenamtlich ihren Dienst versehen, wurden im Berichtszeitraum weitergeschult. Sie nahmen auch an den jährlich vorgeschriebenen

Im Bereich der Stadt Düsseldorf standen am 31.12.1988 für den Katastrophenschutz zur Verfügung:

Fachdienst und Anzahl der Züge	Gesamtzahl der Helfer	Träger
5 Brandschutz	125	Regieeinheit Stadt D'dorf
10 Bergung	392	THW
1 Sanitätsdienst	50	DRK
1 Sanitätsdienst	28	MHD
1 Sanitätsdienst	28	ASB
2 ABC	84	Regieeinheit Stadt D'dorf
Fernmeldedienst	55	Regieeinheit Stadt D'dorf
Versorgungsdienst		
– 5 Verbrauchsgüter	20	Regie
– 6 Verpflegung	30	3 Regie, 2 THW, 1 MHD
– 6 Materialerhaltung	18	5 Regie, 1 THW
Führung		
– 2 Führungsgruppen	18	1 DRK, 1 THW
Bereitschaft		
– 1 Technische Einsatzleitung (TEL)	10	Regie Stadt Düsseldorf
– 1 Beobachtungs- und ABC-Meldestelle (BAMSt)	4	Regie Stadt Düsseldorf
– 1 ABC Melde- und Auswertestelle (AMAST)	8	Regie Stadt Düsseldorf

Durch Verordnungen des Bundes wurden die Einstellungsvoraussetzungen für Helfer im Katastrophenschutz geändert. Ebenso wurde eine Neuregelung bei der Verteilung von Freistellungsplätzen getroffen. Dies hatte zur Folge, daß bisher durch den Bund geduldete Überhänge an Helfern abgebaut werden mußten. Betroffen hiervon waren vor allem der Fernmeldedienst der Regieeinheiten der Stadt Düsseldorf und der Sanitätsdienst.

Die Zahl der vom Wehrdienst freigestellten Helfer, die ehrenamtlich in den Einheiten des Katastrophenschutzes für mindestens 10 Jahre ihren Dienst ableisten, lag Ende 1988 bei 1.742 Helfern.

Die **Ausbildung der Katastrophenschutz-einheiten** wurde nochmals intensiviert. Seit 1986 wurde damit begonnen, neue Helfer in Ausbildungszügen zusammenzufassen, um ihnen Grundwissen des Katastrophenschutzes zu vermitteln. Seit dieser Zeit haben 58 Helfer diese Grundausbildung durchlaufen. Außerdem wurden in Sonderlehrgängen 49 Helfer als Krafftfahrer geschult und ausgebildet. Folgende weitere Lehrgänge wurden besucht:

Übungen des Katastrophenschutzes teil. Es gelang allerdings nicht, alle Stabpositionen doppelt zu besetzen, so daß ein denkbarer Schichtdienst unmöglich wäre. Die Bemühungen, weiteres Personal freiwillig für die Stabsarbeit zu gewinnen, werden fortgesetzt.

Von 1986 - 1988 wurden zur besseren Erreichbarkeit der Führungskräfte des Katastrophenschutzes weitere Funkmeldeempfänger angeschafft, damit im Fall einer Alarmierung schnellere Hilfe möglich wird.

Landesschule Wesel von 235 Helfern
 Bundesschule Ahrweiler von 38 Helfern
 DRK-Schule Münsterr von 2 Helfern
 Feuerwehrlehrgänge von 8 Helfern
 Atemschutzlehrgänge bei den Stadtwerken von 171 Helfern

Die Zahl der Lehrgangsteilnehmer hat sich im Vergleich zum vergangenen Berichtszeitraum fast verdoppelt.

Bedingt durch die bessere Ausbildung der Helfer konnten im Berichtszeitraum folgende Übungen und Einsätze mit Hilfe des Katastrophenschutzes abgewickelt werden:

Leistungswettkampf = 84 ABC-Helfer
 = 125 Brandschutz-helfer

Gemeinsame Fachdienstübung mit allen im Katastrophenschutz vertretenen Organisationen = 320 Helfer

Teilnahme am Leistungskampf der Freiwilligen Feuerwehr mit einem Brandschutzzug: Drei Gruppen haben den Vergleich bestanden.

Einsätze anlässlich der Fußball-Europameisterschaft 1988 mit Teilen des Stabes, dem Sanitätsdienst, dem Versorgungsdienst und der TEL mit 130 bzw. 280 Helfern.

Einsatz anlässlich des Stadtjubiläums mit dem Bergungs- und Versorgungsdienst mit 70 Helfern.

Hochwassereinsatz in Himmelgeist mit einem Brandschutzzug und 25 Helfern. Einsatz bei der Dammüberflutung durch die Itter: Mit Brandschutzzug, ABC-Dienst, Bergungs- und Sanitätsdienst mit 300 Helfern.

Seit 1986 erscheint in regelmäßigen Abständen ein K-Taschenplan. Alle Pläne sowie die

neu aufgestellten Alarmpläne werden regelmäßig auf den neuesten Stand hin überarbeitet. Der **Katastrophenschutzplan** wurde 1987 neu erstellt.

Schul- und Kulturverwaltung

40 Schulverwaltungsamt

41 Kulturamt

41/100 – Verwaltung

41/201 – Heinrich-Heine-Institut

41/202 – Stadtbüchereien

41/203 – Palais Wittgenstein, Kultur- und Bildungszentrum
Bilker Straße

41/204 – Dumont-Lindemann-Archiv

41/205 – Kunstmuseum

41/206 – Stadtmuseum

41/207 – Schloß Benrath

41/208 – Löbbecke-Museum und Aquazoo
Scheidt-Keim-Stiftung

41/209 – Naturkundliches Heimatmuseum Benrath

41/210 – Goethe-Museum
(Kippenberg-Stiftung)

41/211 – Orchester (»Düsseldorfer Symphoniker«)

41/212 – Restaurierungszentrum der Landeshauptstadt
Düsseldorf/Schenkung Henkel

41/213 – Kunsthalle

41/214 – Schloß Jägerhof

41/215 – Orangerie Benrath

41/216 – Hetjens-Museum, Deutsches Keramik-Museum

41/217 – Bibliotheksstelle der Düsseldorfer Kulturinstitute

42 Theaterverwaltung



Amt 40 – Schulverwaltungsamt

Amtsleiter: Wolfgang Gucht

Der Umzug des Schulverwaltungsamtes vom Gebäude Graf-Adolf-Straße 89 zum Dienstgebäude Burgplatz 1 – 2 fand zum 1. April 1986 statt.

Im Berichtszeitraum waren für die Arbeit des Amtes die Beschlüsse des Rates vom 19.06.1986, für die umfangreiche Vorarbeiten erforderlich waren, von wesentlicher Bedeutung. Der Rat hat in dieser Sitzung sowohl den Schulentwicklungsplan der Landeshauptstadt Düsseldorf – 1986 – 1995 – als auch eine Vielzahl von notwendig gewordenen schulorganisatorischen Maßnahmen, die Zusammenlegung und Auflösung von Schulen, beschlossen. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen bestanden u.a. darin, daß unzureichend untergebrachte Schulen in freigewordenen Schulgebäuden besser mit Schulraum versorgt bzw. Dependancen von Schulen näher bei der Stammschule untergebracht werden konnten. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen.

Im einzelnen ergaben sich aus dem Schulentwicklungsplan folgende **schulorganisatorische Maßnahmen im Bereich der allgemeinbildenden Schulformen:**

Zusammenlegung von Schulen zum 01.08.1986

Hauptschulen

Städt. Gemeinschaftshauptschule An der Golzheimer Heide mit der Kartause-Hain-Schule,
Städt. Gemeinschaftshauptschule Borbecker Straße am Standort Borbecker Straße

Städt. Gemeinschaftshauptschule Theodor-Litt-Straße mit der
Städt. Gemeinschaftshauptschule Stettiner Straße am Standort Stettiner Straße

Sonderschulen

Hermann-Horrix-Schule, Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Suitbertusstraße mit der
Jan-Daniel-Georgens-Schule, Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Oberbilker Allee am Standort Oberbilker Allee

Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Kalkumer Straße mit der
Janusz-Korczak-Schule, Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Oberrather Straße am Standort Wrangelstraße

Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Schönaustraße mit der

Erich-Kästner-Schule, Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Lindenstraße am vorübergehenden Standort Lindenstraße (bis 31.07.89)
ab 01.08.89 am endgültigen Standort Rosmarinstraße

Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Lüderitzstraße mit der
Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße am Standort Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße

Auflösung von Schulen

Sukzessive Auflösung, d. h., ab diesem Zeitpunkt wurden keine Eingangsklassen mehr gebildet. (Datum der endgültigen Auflösung jeweils in Klammern)

zum 01.08.86

Hauptschulen

Maximilian- Kolbe-Schule, Städt. Gemeinschaftshauptschule Comeniusstraße (01.08.1989)

Städt. Gemeinschaftshauptschule Gotenstraße (01.08.1989)

Städt. Gemeinschaftshauptschule Konkordiastraße (01.08.1989)

Brüder-Grimm-Schule, Städt. Gemeinschaftshauptschule Rosmarinstraße (01.08.1989)

Städt. Gemeinschaftshauptschule Unter den Eichen (01.08.1989)

Städt. Gemeinschaftshauptschule Wrangelstraße (01.08.1987)

Realschulen

Städt. Realschule und Aufbaurealschule Wersten (01.08.1988)

Städt. Aufbaurealschule Graf-Recke-Straße (01.08.1088)

Gymnasien

Städt. Lise-Meitner-Gymnasium (01.08.1988)

Grundständiges Gymnasium am Städt. Georg-Büchner-Gymnasium. Die Schule führt ab 01.08.86 als Aufbaugymnasium nur noch die Jahrgangsstufen 7 – 13.

Organisatorische Maßnahmen, die außerhalb des Schulentwicklungsplanes beschlossen wurden

Errichtung von Schulen

Gesamtschulen

Am 19.11.1987 beschloß der Rat der Stadt die Errichtung der dritten Gesamtschule in

Düsseldorf zum 01.08.1988 im Schulgebäude des sukzessive aufgelösten Helene-Lange-Gymnasiums, Brinckmannstr. 16.

Auflösung von Schulen

Sukzessiv zum 01.08.1987

Städt. Kath. Grundschule Rather Markt (endgültig 01.08.1088)

endgültig zum 01.08.1987

Städt. Kath. Grundschule Helmholtzstraße

Städt. Gemeinschaftshauptschule Hermannplatz

Sukzessiv zum 01.08.1988

Städt. Helene-Lange-Gymnasium (Zusammenlegung mit dem Geschwister-Scholl-Gymnasium zum 01.08.1990)

Umbenennung und Namensgebung von Schulen

Grundschulen

Die BV 06 hat am 18.09.86 beschlossen, der Städt. Kath. Grundschule Rather Markt den Namen St. Nikolaus-Schule, Städt. Kath. Grundschule Rather Markt (Primarstufe), zu geben.

Die BV 07 hat am 24.11.87 beschlossen, der Städt. Gemeinschaftsgrundschule Grafenberger Allee den Namen Gutenberg-Schule, Städt. Gemeinschaftsgrundschule Grafenberger Allee 384, zu geben.

Hauptschulen

Die BV 06 hat am 11.02.88 beschlossen, der Städt. Gemeinschaftshauptschule Borbecker Straße den Namen Kartause-Hain-Schule, Städt. Gemeinschaftshauptschule Borbecker Straße (Sekundarstufe I), zu geben.

Die BV 09 hat am 22.04.88 beschlossen, der Städt. Gemeinschaftshauptschule Melanchthonstraße den Namen Städt. Gemeinschaftshauptschule Benrath, an der Melanchthonstraße (Sekundarstufe I), zu geben.

Sonderschulen

Der Rat hat am 10.03.88 beschlossen, der Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Lindenstraße den Namen Erich-Kästner-Schule, Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Lindenstraße

Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Oberbilker Allee den Namen Jan-Daniel-Georgens-Schule, Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Oberbilker Allee

Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Wrangelstraße den Namen Janusz-Korczak-Schule, Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Wrangelstraße zu geben.

Im Rahmen des Schulentwicklungsplanes (1986 – 1995) hat der Rat als schulorganisatorische Maßnahme die Zusammenlegung von Haupt- und Sonderschulen beschlossen. Die Zusammenlegung stellt gemäß § 8 Abs. 3 Schulverwaltungsgesetz die Errichtung einer neuen Schule dar. Vorhandene Schulnamen gehen in diesen Fällen nicht automatisch auf die neuen Schulen über.

Insoweit mußte über die vorhandenen Schulnamen erneut Beschluß gefaßt werden.

Realschulen

Der Rat der Stadt beschloß in seiner Sitzung am 15.12.1988, der Städt. Realschule Schlüterstraße den Namen

Städt. Thomas-Edison-Realschule
– Schule der Sekundarstufe I – zu geben.

Gymnasien

– Mit der Auflösung des grundständigen Gymnasiums am Georg-Büchner-Gymnasium beschloß der Rat am 19.06.1986, daß die Schule ab Schuljahr 1988/89 folgende

Bezeichnung führt:

**Städt. Georg-Büchner-Gymnasium
Aufbaugymnasium
Sekundarstufe I und II**

– Der Rat beschloß in seiner Sitzung am 28.04.88, daß das Städt. Cecilien-Gymnasium ab dem Schuljahr 1988/89 im Namen den Zusatz „mit Montessorizweig“ führt:

**Städt. Cecilien-Gymnasium
Sekundarstufe I (mit Montessorizweig)
und II**

Gesamtschulen

– Die am 19.11.1987 errichtete neue Gesamtschule erhält folgende Bezeichnung: Städt. Gesamtschule, Schule der Sekundarstufe I und II, Brinckmannstr. 16 4000 Düsseldorf I

Schulumzüge

zum 01.08.1986

Grundschulen

Städt. Gemeinschaftsgrundschule Heerstraße in das Schulgebäude Stoffeler Straße

Städt. Kath. Grundschule Helmutstraße in das Schulgebäude Rather Markt

Städt. Mont.-Grundschule Reinhold-Schneider-Straße in das Schulgebäude Emil-Barth-Straße

Sonderschulen

zum 01.08.1988

Städt. Schule f. Lernbehinderte (Sonderschule) Buchenstraße in das Schulgebäude Walther-Rathenau-Straße

Entwicklung der Klassen- und Schülerzahlen

– an den allgemeinbildenden Schulformen –

Die Statistischen Jahrbücher der Stadt Düsseldorf für die Jahre von 1986 bis 1988 enthalten in Abschnitt VII – Bildungswesen – die notwendigen Angaben. Auf eine weitere Veröffentlichung wird daher an dieser Stelle verzichtet.

Übergang der Schüler zu weiterführenden Schulen

Von den Schülern der 4. Grundschulklassen wechselten in der Berichtszeit zu den Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen über:

Schuljahr	Hauptschulen		Realschulen		Gymnasien		Gesamtschulen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1986/87*	927	25,0	732	19,7	1.612	43,5	396	10,7
1987/88*	772	21,3	745	20,6	1.680	46,4	396	10,9
1988/89*	733	20,1	742	20,4	1.649	45,2	500	13,7

* = Stand jeweils 15.10. d. J.

Bestehende Seiteinsteigerklassen in den Schuljahren:

1985/86*	1986/87*	1987/88*	1988/89*
Grundschulen			
14	19	30	32
Hauptschulen			
21	36	43	50
35	55	73	82

* = Stand jeweils 15.10. d. J.

Im Schuljahr 1988/89 wurden erstmals eine Hauptschulklasse für Analphabeten im Alter von 10 – 16 Jahren und eine Seiteinsteigerklasse an einer Schule für Lernbehinderte eingerichtet.

Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht

Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht (MEU) wird ausländischen Schülern als Ergän-

Ausländische Schüler

Die Entwicklung der Schülerzahlen während des Berichtszeitraumes ist den Statistischen Jahrbüchern zu entnehmen.

Seiteinsteigerklassen

Für ausländische Kinder, die nach Beginn der Schulpflicht in die Bundesrepublik kommen und über keine oder nicht ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, werden Seiteinsteigerklassen gebildet.

zung zum Pflichtunterricht angeboten. Der Unterricht findet an einer Reihe von Schulen sowohl integriert in den normalen Unterricht am Vormittag als auch nachmittags statt. In Düsseldorf besteht z. Zt. ein Angebot in 10 Sprachen:

Albanisch, Arabisch, Griechisch, Italienisch, Mazedonisch, Portugiesisch, Serbokroatisch, Slowenisch, Spanisch, Türkisch.

Schuljahr	MEU vormittags		MEU nachmittags		Teilnehmer Gesamt
	Anzahl der Teilnehmer Schulen		Anzahl der Teilnehmer Gruppen		
1985/86	50	1.180	152	2.541	3.721
1986/87	36	950	160	2.580	3.530
1987/88	31	922	190	2.789	3.711
1988/89	29	827	200	2.783	3.610

An folgenden Realschulen und Gymnasien werden ausländische Schülerinnen und Schüler besonders gefördert:

Städt. Stephanien-Realschule	- jugoslawische Kinder
Städt. Realschule Luisenstraße	- türkische Kinder
Städt. Realschule In der Lohe	- türkische Kinder
Städt. Görres-Gymnasium	- griechische Kinder
Städt. Leibniz-Gymnasium	- griechische Kinder
Städt. Goethe-Gymnasium mit ehem. Rethel-Gymnasium	- türkische Kinder
Städt. Helene-Lange-Gymnasium	- türkische Kinder

Die Förderung besteht insbesondere in der Unterrichtung der deutschen Sprache und der Muttersprache, die für diese Schüler auch die erste Fremdsprache sein kann.

Förderklassen für Spätaussiedler

Der verstärkte Zustrom von Spätaussiedlern nach Düsseldorf hat neben der notwendig gewordenen Belegung von freien Schulgebäuden auch dazu geführt, daß für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche, die die deutsche Sprache nicht oder nicht ausreichend beherrschen, in den Berichtsjahren an folgenden Düsseldorfer Schulen Förderklassen eingerichtet werden mußten:

Gemeinschaftsgrundschule Beckbuschstraße, Katholische Grundschule Einsiedelstraße, Gemeinschaftsgrundschule Südallee, Katholische Grundschule Unter den Eichen, Katholische Grundschule Unterrather Straße, Katholische Grundschule Werstener Feld, Gemeinschaftsgrundschule Flurstraße, Gemeinschaftsgrundschule Grafenberger Allee, Gemeinschaftsgrundschule Rather Markt, Gemeinschaftsgrundschule Sonnenstraße,

Gemeinschaftshauptschule Borbecker Straße, Gemeinschaftshauptschule Emil-Barth-Straße, Gemeinschaftshauptschule Weberstraße, Gemeinschaftshauptschule Blücherstraße, Gemeinschaftshauptschule Graf-Rekke-Straße, Gemeinschaftshauptschule Kamper Weg, Gemeinschaftshauptschule Lützenkircher Straße,

Gymnasium Rückertstraße.

Durch eine Reihe von Maßnahmen soll eine schnelle und bestmögliche Integration dieser Kinder und Jugendlichen in das deutsche Schulwesen erreicht werden. Diese Arbeit wird fortgesetzt und intensiviert.

Schulorganisatorische Maßnahmen und besondere Unterrichtsangebote

Gymnasien

Schulübergreifende Kurse in Jahrgangsstufe 11 für Schüler/innen aller Düsseldorfer Gymnasien wurden im Berichtszeitraum weiter in den Fächern Alt-Griechisch, Hebräisch, Italie-

nisch, Russisch, Spanisch und Technik angeboten. Zu diesen Kursen kamen ab Schuljahr 1988/89 noch hinzu: Jüdische Religionslehre (Bedingung für die Aufnahme in diesen schulübergreifenden Kurs ist die Teilnahme an Religionskursen der jüdischen Gemeinde bereits in der Sekundarstufe I), Französisch, Japanisch, Latein und Neu-Griechisch.

Personalsituation (an den allgemeinbildenden Schulen)

Siehe Statistische Jahrbücher 1986 - 1988

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Lehrer

In den Berichtsjahren wurde an 14 Schulen durch die Beschäftigung von arbeitslosen Lehrern im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine nachmittägliche Hausaufgabenbetreuung sowie die Mitgestaltung des Freizeitbereiches insbesondere für Kinder alleinerziehender und berufstätiger Eltern ermöglicht.

Kollegschulen und Berufsbildende Schulen

Durch das Gesetz zur Änderung des Schulpflichtgesetzes und des Schulverwaltungsgesetzes vom 19. März 1985 haben sich im Bereich der berufsbildenden Schulen und Kollegschulen im wesentlichen folgende Änderungen ergeben:

Die 10-jährige Vollzeitschulpflicht kann grundsätzlich nur noch durch den Besuch der allgemeinbildenden Schule erfüllt werden. Die bis dahin bestehende Möglichkeit, das 10. Vollzeitschuljahr je nach Wahl an einer allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schule zu absolvieren, entfällt.

Das Berufsvorbereitungsjahr wird seit 01.08.1986 nicht mehr angeboten. An seine Stelle trat ab dem Schuljahr 1986/87 die sog. Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr. In die Vorklasse werden in der Regel Schüler aufgenommen, die nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht (10 Schulbesuchsjahre) nicht über den Hauptschulabschluß nach Klasse 9 bzw. einen gleichwertigen Abschluß verfügen. Darüber hinaus wurde mit der Änderung des Schulverwaltungsgesetzes die Berufsfach-

schule neu geordnet und im zusätzlich eingefügten § 4 f nach Dauer und Qualifikation gegliedert.

Insbesondere ergaben sich folgende Änderungen:

An die Stelle der bisherigen Höheren Handelsschule mit gymnasialem Zweig ist durch die Neuordnung die 3-jährige Berufsfachschule mit gymnasialer Oberstufe getreten.

Die 2-jährige Höhere Berufsfachschule, die zu einem Berufsabschluß führte, wird auf 3 Jahre verlängert und führt neben dem Berufsabschluß zusätzlich zur Fachhochschulreife.

- An der Franz-Jürgens-Kollegschule wird ab 01.08.1988 ein neuer Bildungsgang angeboten, der staatlich geprüften Technikern mit mindestens 1/2-jähriger Berufspraxis ermöglichen soll, ihren Kenntnisstand durch eine Zusatzausbildung im Bereich Technischer Umweltschutz zu ergänzen. Diese Erweiterung der bestehenden Fachschule für Technik wird in Teilzeitform (Abendunterricht) angeboten und dauert 1 Jahr.

- An der Kollegschule Kikweg wird ab 01.08.1988 ein 1-jähriger vollzeitschulischer Bildungsgang „Fremdsprachenkorrespondent/in für Abiturienten“ eingerichtet. Ziel des Bildungsganges ist es, Abiturienten aufbauend auf einer Basis von fundiertem sprachlichen Wissen in den jeweiligen Fremdsprachen eine wirtschaftliche Grundausbildung zu geben mit der Möglichkeit, durch externe Prüfung vor der Industrie- und Handelskammer den Abschluß des fremdsprachlichen Korrespondenten zu erlangen.

- Ebenfalls an der Kollegschule Kikweg wird ab 01.08.1988 ein 3-jähriger vollzeitschulischer Bildungsgang „Umweltassistent/Allgemeine Hochschulreife“ angeboten. Hier erwirbt der Schüler in einer integrierten Abschlußprüfung die beiden Abschlüsse

- Allgemeine Hochschulreife (AHR)
- Umweltassistent.

- An der Kollegschule Bachstraße wurden zum 01.08.1986 zwei neue Bildungsgänge eingerichtet.

● 3-jähriger Bildungsgang Verkäufer(in)/ Einzelhandelskaufmann (Kauffrau) und Handelsassistent(in) für Abiturienten

● 3-jähriger Bildungsgang Höhere Handelsschule/Fremdsprachensekretär(in) für Abiturienten

Mit diesen Bildungsgängen soll Abiturienten außerhalb der Hochschulen die Möglichkeit der beruflichen Qualifikation geboten werden.

Neuordnung der industriellen Elektroberufe

Ab dem 01.08.1987 wurde in der Elektroindustrie mit einer Übergangsfrist von 2 Jahren begonnen, die Berufsausbildung nach neuen Richtlinien durchzuführen. Zukünftig gibt es nur noch 4 Ausbildungsberufe, denen 8 Fachrichtungen zugeordnet sind. Die Ausbildungsdauer beträgt einheitlich 3 1/2 Jahre.

Neuordnung der industriellen Metallberufe

Die ab dem 01.08.1987 im Bereich der Metallindustrie mit einer Übergangsfrist von 2 Jahren begonnene Neuordnung der Berufsausbildung hatte u.a. zur Folge, daß statt in bisher 42 Berufen künftig nur noch in 6 Metallberufen, denen 16 Fachrichtungen zugeordnet sind, ausgebildet wird. Die Ausbildungsdauer beträgt einheitlich 3 1/2 Jahre.

Entwicklung der Klassen- und Schülerzahlen

Die Entwicklung der Schülerzahlen ist den Statistischen Jahrbüchern zu entnehmen.

Es handelt sich um folgende Maßnahmen:

Deutzer Str. 102	- Grundschule
Einsiedelstr. 25	- Grundschule
Fliednerstr. 32	- Grundschule
Karl-Müller-Str. 25	- Grundschule
Diepenstr. 26	- Hauptschule
Emil-Barth-Str. 45	- Hauptschule
Kamperweg 291	- Hauptschule
Rather Kreuzweg	- Hauptschule
Stettiner Str. 98	- Hauptschule
Franklinstr. 41	- Volkshochschule
Rethelstr. 13	- Werner-von-Siemens-Realschule
Schlüterstr. 18 - 20	- Realschule
Brucknerstr. 19	- Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium
Ellerstr. 84 - 94	- Lessing-Gymnasium
Gräulingstr. 15	- Marie-Curie-Gymnasium
Fürstenwall 100	- Albrecht-Dürer-Schule
Graf-Recke-Str. 170	- Heinrich-Heine-Gesamtschule
Graf-Recke-Str. 94 - 96	- Heinrich-Heine-Gesamtschule
Färberstr. 34	- Franz-Jürgens-Kollegschule
Redinghovenstr. 16	- Heinrich-Hertz-Kollegschule
Siegburger Str. 139	- Elly-Heuss-Knapp-Kollegschule

Schulbauprojekte in der Ausführung:

Fliednerstr. 32	- Grundschule	- Umbau für außerschulische Nutzung, letzter Bauabschnitt
Helmholtzstr.	- Grundschule	- Umbau u. Modernisierung
Friedenstr. 29	- Kaufm. Schule I	- Fachräume für Bürowirtschaft u.a.
Suitbertusstr. 163-165	- Kaufm. Schulen II u. III	- Fachräume für Bürowirtschaft u.a.
Bachstr. 8	- Kollegschule Bachstraße	- Fachräume für Bürowirtschaft u.a.

Schulbauprojekte in der Planung:

Aachener Str.		- Umbau u. Modernisierung
Lindenstr. 140	- Montessori-Hauptschule	- Aula/Mehrzweckraum (Umbau)
Am Bonnhof 9	- Agnes-Miegel-Realschule	- Modernisierung der naturw. Räume
Friedenstr. 29	- Kaufm. Schule I	- Fassadensanierung
Redinghovenstr. 20	- Schule für Metalltechnik und Chemie	- Modernisierung der Schweißwerkstatt
Redinghovenstr. 20		- Sporthallen
Gotenstr. 20	- Sonderschule	- Umbau
Brinckmannstr. 16	- Gesamtschule	- Umbau
Heidelberger Str. 75	- Gesamtschule Kikweg	- Erneuerung der Klimaanlage
Siegburger Str. 139	- Elly-Heuss-Knapp-Kollegschule	- Fassaden- und Fenstererneuerung (mehrere Bauabschnitte)
Heidelberger Str. 75	- Kollegschule Kikweg	- Fachräume für Bürowirtschaft

Bauliche Maßnahmen

Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden insgesamt ca. 80 kleinere Bauprojekte ausgeführt, die für die Sicherheit der Schüler, die Verbesserung des Schulbetriebes usw. erforderlich waren, wie Schallschutzmaßnahmen, Umbauten von Werkräumen und Fachräumen nach den geltenden Sicherheitsvorschriften, Umbauten infolge schulorganisatorischer Maßnahmen etc.

Personalsituation an Berufsbildenden Schulen und Kollegschaften

Bei den berufsbildenden Schulen ist die Zahl der unbesetzten Lehrerstellen im Berichtszeitraum von 61,5 auf 42,1 unbesetzte Stellen (7,7 %) im Jahr 1988 zurückgegangen. Für den Bereich der Kollegschaften ist dagegen nach dem Stand vom 15.10.1988 ein Stellenüberhang von 40,8 Stellen (10%) zu verzeichnen.

Schulbau

Seit einigen Jahren liegen die Schwerpunkte in der Substanzerhaltung und der Modernisierung von Schulgebäuden. Neugebaut wurden

die Grundschule Hellerhof und die Sporthalle Siegburger Straße.

Schulneubau

Grundschule Hellerhof

4 Klassenräume
1 Mehrzweckraum

Siegburger Str. 139

1 Sporthalle 27 x 45 m

Umbauten und Modernisierungen

In 20 Schulgebäuden wurden größere Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen vorgenommen sowie zwei Schulsportplätze generalüberholt.

- Ersatzbau für Holzhäuser (4 Klassenräume)
- Erweiterung (2 Klassenräume)
- Letzter Bauabschnitt (Grundschule)
- Umwandlung der Lehrküche zu Klassenräumen
- Erneuerung der Ausgabeküche
- Erneuerung des Schulsportplatzes
- Modernisierung der naturw. Räume
- Ausbau der ehem. Stadtbücherei zu zwei Klassenräumen
- Erneuerung des Schulsportplatzes
- Umstellung der Heizungsanlage
- Modernisierung der naturw. Räume
- Modernisierung der naturw. Räume
- Umbau und Modernisierung der naturw. Räume
- Umbau u. Modernisierung
- Umbau u. Modernisierung der naturw. Räume
- Umbau und Modernisierung
- Umbau u. Erweiterung
- Umbau
- Umbau u. Modernisierung der naturw. Räume
- Modernisierung der naturw. Räume
- Fassadenerneuerung (1. Bauabschnitt)

- Umbau für außerschulische Nutzung, letzter Bauabschnitt
- Umbau u. Modernisierung
- Fachräume für Bürowirtschaft u.a.
- Fachräume für Bürowirtschaft u.a.
- Fachräume für Bürowirtschaft u.a.

- Umbau u. Modernisierung
- Aula/Mehrzweckraum (Umbau)
- Modernisierung der naturw. Räume
- Fassadensanierung
- Modernisierung der Schweißwerkstatt
- Sporthallen
- Umbau
- Umbau
- Erneuerung der Klimaanlage
- Fassaden- und Fenstererneuerung (mehrere Bauabschnitte)
- Fachräume für Bürowirtschaft

Wertverbessernde Maßnahmen

Die hier durchgeführten Maßnahmen dienten ausschließlich der Substanzerhaltung und -sicherung des Schulbaubestandes und bezogen sich vor allem auf die Erneuerung von Dächern sowie den Einbau schalldämmender und energiesparender Fensteranlagen. Insgesamt wurden ca. 100 Maßnahmen dieser Art durchgeführt.

Außenanlagen

Die ca. 50 durchgeführten Maßnahmen dienten der Erhaltung und Instandsetzung der Anlagen und Einrichtungen auf den Freiflächen der Schulgrundstücke. Hierzu zählen insbesondere Schulsportanlagen, Pausenhöfe und Spielgeräte.

Aufwendungen für Lehrmittel sowie sonstige Sachausgaben

Für die Beschaffung und Unterhaltung von Lehr- und Unterrichtsmitteln wurden an Ausgaben geleistet:

Ausgabepositionen	1986 DM	1987 DM	1988 DM	insgesamt DM
Wiederkehrende Lehrmittelpositionen	2.394.000	2.559.000	1.876.000	6.829.000
Lernmitteleinsparungen	410.000	385.000	508.000	1.303.000
in Verbindung mit baulichen Maßnahmen	1.517.000	609.000	1.212.000	3.338.000
gezielte Förderung ausländ. Schüler	20.000	20.000	23.000	63.000
berufsqualifizierende Bildungsgänge	746.000	801.000	816.000	2.363.000
Gesamtausgaben	5.087.000	4.374.000	4.435.000	13.896.000
Zum Vergleich 1983 – 1985	4.627.000	4.446.000	5.122.000	14.195.000

Außerdem wurden die Schulen der Sekundarstufen I und II mit Rechnern für den Einsatz im Unterricht ausgestattet. Bis auf wenige Ausnahmen erhielt jede dieser Schulen eine Ausstattung mit mindestens 4 Personal-Computern und Peripherie. Zur Finanzierung der insgesamt rd. 700 überwiegend IBM-kompatiblen Rechner wurden aufgewendet:

1986 DM	1987 DM	1988 DM	insgesamt DM
1.294.000	907.000	844.000	3.045.000

Lernmittelfreiheit

Von den verfügbaren Haushaltsmitteln konnten im Berichtszeitraum 1.023.000,- DM durch Mengenrabatte und weitere 4.080.000,-DM durch die nicht volle Inanspruchnahme der für alle Schüler festgesetzten Lernmitteljahresbeträge, also insgesamt 5.103.000,00 DM, eingespart werden. Die Hälfte der durch Unterschreitung der Durchschnittsbeträge angefallenen Einsparungen von 4.080.000,00 DM floß den Schulen, die diese Einsparungen erzielten, für die Beschaffung zusätzlicher Lehrmittel wieder zu.

Schülerfahrkosten

Gegenüber dem vergangenen Berichtszeitraum hat sich der Umfang der anspruchsberechtigten Schüler und Schülerinnen weiterhin verringert, nämlich von insgesamt rd. 14.600 im Jahr 1985 auf insgesamt rd. 12.300 im Jahr 1988. Dies entspricht einem Rückgang von rd. 16 % in den letzten drei Jahren.

An Ausgaben für notwendige Schülerfahrkosten entstanden:

1983 – 1985 insgesamt	1986 – 1988 insgesamt
DM 36.460.000	DM 32.203.000

Im Vergleich zum vorhergehenden Berichtszeitraum reduzierte sich die Gesamtausgabe um rd. 12 %.

Förderkurse

Die seit dem Jahre 1974 bestehenden Förderkurse während der Sommerferien für zur Nachprüfung zugelassene Schüler/innen wurden auch in den Jahren 1986 bis 1988 in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch, Französisch und Latein fortgeführt und von 666 Schülern und Schülerinnen besucht.

Die im Jahre 1983 eingestellten Förderkurse während der Osterferien für versetzungsgefährdete Schüler/innen wurden 1986 wieder eingerichtet und von 1.108 Schülern und Schülerinnen besucht.

Silentien

Silentien sind schulische Einrichtungen, deren Aufgabe es ist, Schülerinnen und Schüler zusätzlich zum Klassen- und Kursunterricht in Kleingruppen individuell zu fördern. Es bestanden Silentien an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien.

Ferienschwimmaktion

Nichtschwimmerkurse wurden in den Berichtsjahren in den Oster- und Sommerferien angeboten.

	1986	1987	1988
Teilnehmerzahl	1.003	826	1.051

Politische Bildung

Im Rahmen der Förderung der politischen Bildung in Schulen bestand auch in der Berichtszeit für Schulklassen die Möglichkeit, Sitzungen des Rates – mit jeweils vorheriger Information über die Tagesordnungspunkte und sachlichen Zusammenhängen durch Ratsmitglieder – zu besuchen. Hiervon machten in der Zeit von 1986 – 1988 insgesamt 73 Schulklassen mit 1.524 Schülern Gebrauch.

Schullandheime

In der Berichtszeit erhielten die Trägervereine Düsseldorfer Schulen – wie in den Vorjahren – städt. Zuschüsse für die laufende Unterhal-

tung, Inventarbeschaffung und bauliche Maßnahmen.

Zuwendungen für Schulen

Die Stadt-Sparkasse Düsseldorf stellt seit 1970 in jedem Jahr für die Schulen aus Mitteln des Prämienspar-Zweckertrages einen Betrag als Spende zur Verfügung. Mit diesen Spendenbeträgen können unter Beachtung des Verwendungskataloges für den Zweckertrag aus dem PS-Sparen Sport-, Spiel- und Freizeitgeräte, Lernspiele, Freizeitliteratur beschafft werden. Außerdem können die Spendenmittel für die Gestaltung von Schulhöfen verwendet werden. Im Berichtszeitraum erhielten die städtischen Schulen von der Stadt-Sparkasse Zuwendungen von insgesamt 790.000,00 DM.

Weitere Spenden von Bürgern, Fördervereinen, Eltern für die verschiedensten Zwecke wie z. B. Kauf von Lehr- und Unterrichtsmitteln, Unterstützung von Schulfesten oder Martinsumzügen gingen in Höhe einer Gesamtsumme von 1.173.000 DM ein.

Schulpsychologische Beratungsstelle

Im Berichtszeitraum bezog die Beratungsstelle neue Räume in der Willi-Becker-Allee 10 (Bertha-von-Suttner-Platz). Die nun in ausreichender Zahl vorhandenen, gut ausgestatteten Beratungs- und Funktionsräume bieten in Verbindung mit der zentralen Lage günstige Voraussetzungen für die Arbeit mit Eltern, Schülern und Lehrern.

Trotz des Rückganges der Gesamtschülerzahl im allgemeinbildenden Schulbereich in den Jahren 1974 bis etwa 1987, der Schließung einzelner Schulen und der veränderten Frequentierung der Schulformen im S-I-Bereich, blieb die Nachfrage nach schulpsychologischen Hilfen unverändert hoch.

Es wurden 4517 Schüler angemeldet, davon 562 in der Außenstelle Garath. Entsprechend der unveränderten Aufgabenstellung erhielten Eltern, Schüler und Lehrer Hilfen bei schulbezogenen Problemen, insbesondere bei Lern- und Verhaltensschwierigkeiten sowie bei Fragen zur Schullaufbahn.

Die Tendenz zu gravierenden, komplexen Fragestellungen verstärkte sich weiterhin. Besonders umfangreiche Hilfeleistungen waren bei ausländischen Schülern (14 % der Anmeldungen) sowie bei der zunehmenden Zahl von Schülern aus Aussiedlerfamilien notwendig.

Die Anmeldungen erfolgten durch Eltern und Schüler selbst (73 %), oft nach entsprechender Anregung durch Lehrkräfte; darüber hinaus durch Schulen (19 %), Schulaufsicht und Schulärzte (4 %) sowie andere Personen und Dienststellen (4 %).

Die Anteile der einzelnen Schulformen betragen (in %): Vorschulischer Bereich 12, Grund-

schulen 43, Hauptschulen 13, Realschulen 6, Gymnasien 13, Gesamtschulen 1,5, Sonderschulen 4,5, berufsbildende Schulen und Zweiter Bildungsweg 2, sonstige 4.

Bei etwa 60 % aller Schüler war zur Klärung der anstehenden Fragen eine schulpсихologische Untersuchung, z. T. auf mehrere Termine verteilt, notwendig. Im Durchschnitt wurden je Anmeldung 6 Beratungsgespräche geführt. Mehr als 10 Beratungskontakte erfolgten bei 15 % aller Anmeldungen. In vielen Fällen waren auch längerfristige Beratungs-/Therapiemaßnahmen erforderlich. Während darunter 220 Schüler waren, die an Einzel- und Gruppentherapiemaßnahmen teilgenommen haben, konnten vielen anderen, trotz dringender Indikation, diese Hilfe infolge der eingeschränkten personellen Situation nicht gegeben werden.

Die auf den Einzelfall bezogene Arbeit wurde durch eine vielgestaltige, auf die jeweiligen Erfordernisse und Notwendigkeiten abgestimmte Zusammenarbeit mit Schulen ergänzt. Dabei ergaben sich bei etwa 1500 Terminen unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte: z.B. Teilnahme an pädagogischen Konferenzen, Unterrichts- und Verhaltensbeobachtungen, Beratungsgespräche mit Schulleitern und Lehrkräften, Einrichtung von Sprechstunden für Eltern und Schüler, Untersuchungen von Klassen- oder Schülergruppen, z.B. zur Diagnose von Lese- und Rechtsschreibschwächen sowie zur Erarbeitung von Fördermöglichkeiten.

Außerdem wurden folgende, meist prophylaktisch ausgerichtete Aktivitäten durchgeführt: Einjährige Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte der Primarstufe und der Sekundarstufe I und II zum Thema Lern- und Verhaltensstörungen in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut.

Gemeinsam mit dem Audiologischen Zentrum konnten erste Grundlagen für die Diagnose und Therapie von auditiven Wahrnehmungsstörungen bei Schulkindern erarbeitet werden.

Mit der Schulaufsicht wurde überlegt, wie die Hilfen für Schüler mit schweren Störungen beim Lese- und Schreiblernprozeß verbessert werden können.

Positive Resonanz fanden wiederum das Zeugnistelefon sowie die Sondersprechstunden, in denen Eltern und Schülern die Möglichkeit geboten wurde, ohne Anmeldung Fragen des Übergangs zu weiterführenden Schulen sowie der weiteren Schullaufbahn nach Abschluß der Sekundarstufe I zu besprechen.

Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Düsseldorf e.V.

Die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Düsseldorf e.V. ist eine hochschulmäßig aus-

gerichtete Weiterbildungseinrichtung im Rahmen berufsbegleitender Fort- und Weiterbildung. Sie zählt zu den führenden Einrichtungen in diesem Bereich in Nordrhein-Westfalen.

Im Berichtszeitraum gab es einen stetigen Anstieg der Hörerzahlen, so daß zum Wintersemester 1988/89 mit 367 eingeschriebenen VOLLHÖRERN ein seit über zehn Jahren nicht mehr erreichter Höchststand erzielt wurde.

Der für diesen Zeitraum ermittelte Jahresdurchschnitt der eingeschriebenen Hörer

Die Semestereröffnungen während des Berichtszeitraumes wurden im wesentlichen von den Festrednern bestimmt.

Es sprachen zum

Wintersemester 1985/86	Dr. Bruno Weinberger geschäftsführendes Präsidialmitglied des Dt. Städtetages	„Umweltschutz mit, gegen oder ohne kommunale Selbstverwaltung?“
Wintersemester 1986/87	Dr. Rolf Krumsiek Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen	„Wirtschafts- und Computerkriminalität“
Wintersemester 1987/88	Dr. Helmut Geiger Präsident des Dt. Sparkassen- und Giroverbandes	„Internationale Kooperation vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschafts- u. währungspolitischen Probleme“
Wintersemester 1988/89	Dr. Eberhard Munzert Präsident des Landesrechnungshofes Nordrhein-Westfalen	„Entbürokratisierung und Privatisierung – Wege zur Haushaltskonsolidierung?“

Im November 1986 wurde zum ersten Mal das Berufsbildungsprojekt „Anwendungsinformatiker – Wirtschaft VWA“ angeboten, eine Auftragsmaßnahme der Arbeitsverwaltung des Landes. Durchgeführt wurde die Maßnahme in Zusammenarbeit mit der IBM Deutschland GmbH. Sie richtet sich an arbeitslose Hochschulabsolventen – vorwiegend Lehramtsbewerber –, die auf diesem Wege eine Ausbildung zum Anwendungsinformatiker-Wirtschaft (VWA) absolvieren können. Neben Seminaren zu theoretischem Grundlagenwissen bei der VWA (6 Monate) und zur Datenverarbeitung bei der IBM (7 Monate) erfolgte die Ausbildung außerdem in Betriebspraktika bei der IBM Deutschland und anderen Firmen in Nordrhein-Westfalen (6 Monate).

Nach Abschluß der Maßnahme konnten alle 15 Teilnehmer – schon vor Ablauf der Maßnahme – eine gut dotierte Stelle in der Wirtschaft annehmen. Das Pilotprojekt war so erfolgreich, daß es seit November 1988 nochmals durchgeführt wird.

Volkshochschule Düsseldorf

Die Volkshochschule Düsseldorf erreichte 1987 mit 100.000 Unterrichtsstunden plus 20.000 aus fremdfinanzierten Auftragsmaßnahmen das vom Rat im 2. Weiterbildungsentwicklungsplan vorgegebene Unterrichts-

beträgt 583 Studierende. Ausgewählte Vortragsreihen sowie Sonderfachveranstaltungen besuchten 797 Gasthörer jährlich.

Im Berichtszeitraum erwarben 42 Studierende ein Akademie-Diplom, und zwar das

Verwaltungs-Diplom	8
Verwaltungs-Diplom sozialwissenschaftlicher Fachrichtung	1
Kommunaldiplom	1
Wirtschaftsdiplom betriebswirtschaftlicher Fachrichtung - Betriebswirt (VWA)	32.

stunden-Soll und blieb somit die größte anerkannte Weiterbildungseinrichtung in Düsseldorf und die zweitgrößte Volkshochschule in Nordrhein-Westfalen.

Mit 3.578 durchgeführten Kursen und Vorträgen konnte die Nachfrage nicht gedeckt werden. Die Veranstaltungen der Volkshochschule wurden 1987 von 69.670 Teilnehmern besucht.

Die Programminhalte wurden der veränderten Nachfrage und den aktuellen Notwendigkeiten angepaßt.

So wurde z. B. das im Jahr der Bundesgartenschau 1987 stark nachgefragte naturkundlich-ökologische Veranstaltungsangebot erweitert. Als Magnet auf dem BUGA-Gelände erwies sich der VHS-Biogarten mit durchschnittlich 5.000 Besuchern pro Tag. Im Jahr 1988 beteiligte sich die Volkshochschule mit 44 Veranstaltungen am 700jährigen Jubiläum der Stadt.

Auch stiegen im Berichtszeitraum die Angebotszahlen in schulischer und beruflicher Weiterbildung. Die Zahl der Veranstaltungen nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz erreichte 1988 mit 41 durchgeführten Bildungsurlaubsseminaren einen vorläufigen Höhepunkt.

Die Zusammenarbeit mit der Universität Düsseldorf wurde 1987 durch die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Offene Universität im WBZ“ intensiviert und 1988 durch einen schriftlichen Kooperationsvertrag besiegelt.

Im Rahmen der gesetzlich geforderten Mitwirkung von Teilnehmern, Dozenten und Mitarbeitern fand 1988 die 50. satzungsmäßige vorgesehene Kuratoriumssitzung statt.

Die räumliche Situation der Volkshochschule wurde mit Inbetriebnahme des Weiterbildungszentrums am Hauptbahnhof im Februar 1986 entscheidend verbessert. Dieser neue Standort am Verkehrsknotenpunkt von S-Bahn, U-Bahn und Straßenbahn wurde von der Bevölkerung gut angenommen. Die 21 Unterrichts- und Vorlesungsräume der VHS sind von morgens bis abends voll ausgelastet, so daß 1988 etwa 15 % des Gesamtprogramms der Volkshochschule im WBZ stattfinden konnte.

Zu den anderen VHS-eigenen Veranstaltungstätten zählen DIE BRÜCKE am Heinrich-Heine-Platz (seit 1956), das STUDIENHAUS am Rheinturm (seit 1967), SCHLOSS MICKELN in Himmelgeist (seit 1978), das Kulturzentrum Unterrath (seit 1978) und das VHS-Haus in Derendorf (seit 1983), die allesamt im Berichtszeitraum ein Jubiläum feierten.

Räumlichen Nachholbedarf hat die Volkshochschule noch in den Vororten, um das dezentrale Weiterbildungsprogramm attraktiver anbieten zu können.

Städtische Clara-Schumann-Musikschule

Im Berichtszeitraum haben sich die Schülerzahlen der Städt. Clara-Schumann-Musikschule wie folgt entwickelt:

Schuljahr 1986/87	= 7.734
Schuljahr 1987/88	= 8.060
Schuljahr 1988/89	= 7.849

In das Bildungsangebot der Musikschule zum Schuljahr 1988/89 neu aufgenommen wurde neben dem Ergänzungsfach „Gruppenkomposition“ das Hauptfach „elektronische Tasteninstrumente“. Damit rundet die Musikschule ihr umfassendes Instrumentalfach-Angebot auch mit Blick auf die Rock-Pop-Szene ab. Nach wie vor findet das Projekt „Instrumentalunterricht für Behinderte“ bei Eltern und Schülern bzw. Schülerinnen großes Echo. So stieg die Bildungszahl von 213 im Schuljahr 1986/87 über 197 im Schuljahr 1987/88 auf über 250 im Schuljahr 1988/89.

Die in den Jahren 1986 – 1988 durchgeführten Konzertreisen der Ensembles führten die Schüler und Schülerinnen des Jugendsinfonieorchesters, der Big-Band, des Jugendblasorchesters, des Percussionsensembles und des Kammerchors nach Polen, Ungarn, Israel, England und Spanien. Diese Begegnungen haben sich nicht nur auf künstlerisch-musikali-

scher Ebene als wertvoll erwiesen, sondern tragen auch zur völkerverbindenden Freund- und Partnerschaft bei.

Durch die Erträge aus der Stiftung zur Förderung begabter Schüler der Städt. Clara-Schumann-Musikschule wurden insgesamt 19 begabte Schülerinnen und Schüler gezielt und zusätzlich über eine allgemeine Unterstützung der Ensembles deren Mitwirkende im Umfang von rd. 106.500,- DM gefördert.

Finanzielle Hilfe erhielt die Musikschule auch vom Verein der Freunde und Förderer. Zur Anschaffung von Instrumenten und sonstigen Lehr- und Unterrichtsmitteln stellte er einen Betrag von rd. 47.000,- DM zur Verfügung.

Sowohl der Regionalwettbewerb als auch der Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ wird organisatorisch von der Clara-Schumann-Musikschule begleitet. Auf Bundesebene dieses Wettbewerbes konnten wiederholt Ensembles und Schülerinnen und Schüler der Clara-Schumann-Musikschule Bundessieger-Titel erringen.

Pädagogisches Institut

Mit Beginn des Berichtszeitraumes hat das Pädagogische Institut sein Lehrerfortbildungsangebot um den Bereich „Schule und Computer“ erweitert. Die Fortbildungsveranstaltungen werden inzwischen nach einem Baukastenprinzip strukturiert, das sich am RdErl. des KM vom 12.07.1987 orientiert.

Die im vergangenen Berichtszeitraum erstmals durchgeführten Fortbildungsaufenthalte im Ausland wurden intensiviert. Als neue Ziele kamen die USA und Italien (Sizilien) hinzu.

Die Teilnehmerzahl bei Vorträgen, Kursen, Tagungen usw. betrug im Berichtszeitraum 12.000.

Im gleichen Zeitabschnitt hat das Pädagogische Institut insgesamt 16 Publikationen herausgegeben, und zwar eine Veröffentlichung in der Schriftenreihe sowie 15 Veröffentlichungen aus den „Wissenschaftlichen Projektarbeiten“. So sind im Rahmen des 1980 begonnenen Projektes „Dokumentation zur Geschichte der Stadt Düsseldorf“ weitere Bände mit folgenden Themen erschienen:

– Die Industrialisierung	1850 – 1914
– Die Reformationszeit	1510 – 1609
– Die Provinzstadt	1716 – 1806
– Die Stadt der Kunst	1815 – 1850
– Unter franz. Herrschaft	1806 – 1815

Die 1984 begonnene Reihe „Beiträge zur Geschichte der Schule in Düsseldorf“ wurde um vier weitere Bände ergänzt und zwar

- Schule im Krieg, Chronik der Volksschule Morper Str. 1939 – 1945
- 100 Jahre Sonderschule in Düsseldorf

- Schule im „Dritten Reich“ – dokumentiert am Beispiel des Benrather Jungengymnasiums
- Chronik der evangelischen Schule Hassels, 1798 – 1913

Aus inzwischen abgeschlossenen Projektarbeiten gingen folgende Publikationen hervor:

- Gewaltdarstellung in Medien – Diskussion der Gefährdungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche beim Videokonsum
- Gewalt an Kindern – Materialsammlung und didaktische Orientierungshilfe für Schule und außerschulische Bildungsarbeit
- Destruktive Gruppen – sog. Jugendreligionen, Beispiele für die Unterrichtspraxis (Sek. II) – Bausteine für die außerschulische Bildungsarbeit
- AIDS – eine neue sexualpädagogische Dimension – Problemanalyse und didaktisch-methodische Orientierung
- Umwelterziehung in Düsseldorf – Unterrichtsmaterialien für Sek. I

Das Pädagogische Institut hat im Berichtszeitraum für die Robert-Bosch-Stiftung Stuttgart zwei neue Projekte in Arbeit genommen, die voll finanziert und inzwischen abgeschlossen wurden. Die Projektthemen:

- Praktisches Lernen in der Schule
Schuleigene Werkstatt als handwerklich-technisches Erfahrungsfeld für Schüler/-innen;
- Schüler machen eine Stadtteilzeitung
- Interkulturelle pädagogische Arbeit in der Erzieherausbildung – Kollegiumsinterne Fortbildung an Fachschulen für Sozialpädagogik

Neue Projektarbeiten des Pädagogischen Institutes befassen sich mit folgenden Themenkreisen:

- Schüler machen Lokalrundfunk – Ein Projekt zur aktiven Medienerziehung
- Kommunalpolitik im Unterricht
- Errichtung eines Schulmuseums
- Kommunale Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher
- Umwelterziehung in Düsseldorf (eine erste Handreichung erschien 1987, s. o.)
a) Grünes Klassenzimmer im Südpark
b) Naturnahe Lernspielorte im Südpark

Die in der Lehrer-Präsenzbibliothek schulbibliothekarische Beratung hat ihre Serviceleistungen erweitert. Sie bietet nunmehr auch die Ausleihe von Medien an.

Schulgärten

Insgesamt 21.541 Schülerinnen und Schüler kamen zu den ganzjährig angebotenen Führungen im Zentralschulgarten Rauscherweg.

Die Einrichtung einer neuen Frühbeetkastenanlage machte es möglich, daß die Anzucht

von Jungpflanzen verschiedenster Art, die im Zentralschulgarten und in den Außenschulgärten gepflanzt wurden, von bisher jährlich ca. 60.000 auf 75.000 gesteigert werden konnte.

Das Sortiment an Gehölzarten und anderen Pflanzen wurde erweitert.

Gegenüber insgesamt 61 Schulgärten im Jahr 1985 bestanden 1988 insgesamt 66 Außenschulgärten an den verschiedenen Schulformen.

In Zusammenarbeit mit dem Umweltamt und der Gartenbaulichen und Landwirtschaftlichen Berufsschule beteiligte sich der Städt. Schulgarten an Umweltaktionen und Berufswettbewerben für Gärtner und war auch bei der Ausstellung „Das grüne Klassenzimmer“ der Deutschen Gartenbaugesellschaft e.V. Bonn in der Gruga-Halle Essen mit einem eigenen Stand vertreten.

Am 24.06.1988 feierte der Städtische Zentralschulgarten sein 75-jähriges Bestehen. Aus Anlaß des Jubiläums wurde eine Festschrift „75 Jahre Städtische Schulgartenanlage am Räuscherweg Düsseldorf“ und eine Schulgartenfibel „Anlage, Gestaltung und Pflege von Schulgärten“ herausgegeben.

Filminstitut

Das Filminstitut konnte im Berichtszeitraum die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Filmreferat des Kultusministers NW fortsetzen. Dabei bestätigte sich die langjährige Entwicklung des Institutes zu einer überregional bedeutenden Anlaufstelle für das Medium „Film“.

Mit finanzieller und personeller Unterstützung des Landes konnten 1986 und 1987 orchesterbegleitende, festliche Aufführungen des Stummfilms DAS CABINET DES DR.CALIGARI in Moskau, Paris und Düsseldorf realisiert werden. Diese Tradition wurde 1988 mit der Wiederaufführung des vom Filminstitut rekonstruierten Stummfilms DER STUDENT VON PRAG fortgesetzt. Die Aufführungen im Düsseldorfer Schauspielhaus fanden rd. 1.600 begeisterte Besucher.

Darüber hinaus führte die Beschäftigung mit der Filmmusik 1986 zur Realisierung eines Stummfilm-Zyklus und wurde 1987 mit der Veranstaltung MUSIK DES LICHTS, bei der die Düsseldorfer Kino-Orgel im Mittelpunkt des Interesses stand, weiter intensiviert.

Internationale Veranstaltungen mit Filmwissenschaftlern wie das Kolloquium zum Thema LOUIS FEUILLADE (1986) und die im Rahmen der UNESCO-Weltdekade und anlässlich des „Film- und Fernsehjahres“ 1988 stattgefundenen Symposien zu den Themen „Film-Restaurierung“ und Film-Museum“ fanden über die Grenzen des Landes hinaus Resonanz.

Dies gilt ebenso für die Vergabe des HELMUT-KÄUTNER-PREISES, der 1986 an Bernhard Wicki und 1988 zu gleichen Teilen an Hilmar Hoffmann und Ulrich Gregor verliehen wurde.

Im Rahmen des Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik und der DDR realisierte das Filminstitut im November 1988 erstmals eine Filmausstellung im Filmmuseum der DDR in Potsdam. Die einmonatige Präsentation

zum Leben und Werk des Regisseurs Wolfgang Staudte wurde von rd. 20.000 interessierten Bürgern besucht.

Als ebenso erfolgreich erwies sich die in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium, der Stadt Bielefeld und der „Stiftung Deutsche Kinemathek“ (Berlin) entstandene Ausstellung zur Person und zum Schaffen des berühmten deutschen Filmregisseurs Friedrich Wilhelm Murnau, die im Dezember 1988 in den Räumen des Stadtmuseums gezeigt wurde.

Die BLACK BOX bestätigte sich im Berichtszeitraum wiederholt als eines der erfolgreichsten kommunalen Kinos mit gleichbleibend hohem Besucheranteil. Dies gilt auch für die filmbegleitenden Seminare und Arbeitskreise des Institutes.

Der Bestand und Ausbau des Filmarchivs und der Filmwerkstatt ist mit dem für Juni 1989 geplanten Umzug in neu geschaffene, erstmals nach den speziellen Erfordernissen der Einrichtungen ausgestatteten Räumlichkeiten, weiterhin gesichert.

Die filmmusealen Sammlungen des Filminstitutes konnten dank der finanziellen Unterstützung des Landes NW ständig erweitert werden. In einer Ausstellung des Institutes in der Stadt-Sparkasse an der Berliner Allee konnten sich interessierte Besucher im Jahre 1987 einen umfassenden Überblick über die Neuerwerbungen der vergangenen Jahre machen. Es ist geplant, die umfangreiche Sammlung zur Film- und Kinogeschichte mit der Einrichtung eines Filmmuseums ständig der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Amt 41 – Kulturamt

Amtsleiterin: Barbara Kisseler

41/1 – Verwaltung

Sachgebiet 41/11 – Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

Der Austausch kultureller Produktionen über das Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit in NW, die Organisation von überregionalen Veranstaltungen, insbesondere im Theater- und Konzertbereich und die Zusammenarbeit kultureller Einrichtungen haben zu einer weiteren Bereicherung des Düsseldorfer Kulturlebens geführt. Darüber hinaus hat sich die Stadt Düsseldorf an dem ebenfalls vom Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit geförderten Großprojekt „Kultur 90“ mit dem Beitrag „Kultur und Kunst“ beteiligt.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Förderungen gewährt:

Jahr	Zahl der geförderten Projekte	Zuschüsse insgesamt
1986	10	DM 63.110,-
1987	11	DM 94.890,-
1988	20	DM 138.615,-

Die historisch-kritische Heine-Gesamtausgabe ist im Berichtszeitraum um folgende Bände erweitert worden:

1986	Band VII 1 und 2	Späte Reisebilder Prof. Dr. Opitz (Lissabon)
1987	Band IX	Mythologische Schriften in deutscher und französischer Fassung Frau Dr. Neuhaus-Koch (Düsseldorf)
1988	Band XIII 1	Lutezia I Dr. Hansen (Düsseldorf)

Von den geplanten 16 Bänden (teils Doppelbände) sind bisher 11 Bände erschienen. Der Abschluß der Ausgabe wird voraussichtlich 1993 sein. Von dem aufzuwendenden Gesamtkostenvolumen von rd. 10.749.000 DM wird die Stadt Düsseldorf rd. 5.140.000 DM zu tragen haben. Mit der bestehenden Beteiligung der Zuschußgeber Deutsche Forschungsgemeinschaft, Land Nordrhein-Westfalen und Freie- und Hansestadt Hamburg kann weiterhin, ohne daß feste Verträge geschlossen werden konnten, gerechnet werden. Auch wenn die Freie- und Hansestadt Hamburg erstmalig den Zuschuß für 1988 zurückgehalten hat, so hat sie eine weitere Beteiligung in gleicher Höhe ab 1989 bis zum Abschluß der Ausgabe zugesichert. Damit bleibt die bisherige finanzielle Unterstützung der Zuschußgeber erhalten.

Mit städtischer Beteiligung (teils Ankauf von Exemplaren) sind im Berichtszeitraum folgende Publikationen erschienen:

- 100 Jahre KAB Düsseldorf
- Theatergeschichte der Stadt Düsseldorf
- 800 Jahre Angermünder Land und Leute
- Anna Maria Kurfürstin zu Düsseldorf (Ankauf)
- Düsseldorf in der deutschen Geistesgeschichte (Ankauf)
- Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden – Band 22 der Schriftenreihe
- Protest und Kontrolle im Dritten Reich
- Reprint des Sonderdrucks der Düsseldorfer Jahrbücher 1941/42 mit Beiträgen zur Musikgeschichte von Dr. J. Alf
- Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf
- Opfergang einer Frau · Lebensbild der Herzogin Jacobe von Baden
- Edition Harry Hermann Schmitz
- Das literarische Düsseldorf · Zur kulturellen Entwicklung von 1850 bis 1933
- Aus Düsseldorfs Vergangenheit – Aufsätze aus vier Jahrzehnten
- Band I und II, Düsseldorf, Geschichte von den Ursprüngen bis ins 20. Jahrhundert

Mahn- und Gedenkstätte

Die Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in Düsseldorf wurde mit einem Kostenaufwand von rd. 475.000 DM errichtet und am 17. September 1987 mit einer ständigen Ausstellung eröffnet, die auf beachtliche Resonanz stößt.

Besucherstatistik

	1986	1987	1988
1. Anzahl der Veranstaltungen	57	50	45
2. Besucherzahl	6.916	5.580	5.716

Sachgebiet 41/12 – Bau- und Raumplanung

Schloß Benrath

Im letzten Verwaltungsbericht wurde bereits vermerkt, daß die Restaurierung im Inneren des Hauptgebäudes abgeschlossen wurde. Die Außenrestaurierung der Gesamtanlage wurde ebenfalls termingerech abggeschlossen. Die 1982 erstmals, zusammen mit dem Westdeutschen Rundfunk, durchgeführten Wandelkonzerte werden weiterhin jährlich veranstaltet, jedoch seit einigen Jahren ohne die Mitwirkung des WDR. Die Konzerte erfreuen sich nach wie vor einer sehr großen Nachfrage. Außerdem werden jährlich Empfänge des Landes und der Stadt sowie die in der Benutzungsordnung vom 16. Dezember 1982 festgelegten Veranstaltungen durchgeführt. Die laufende Unterhaltung des restaurierten Innenausbau des Schlosses wird im Rahmen eines jährlich aufgestellten Pflegeplanes durchgeführt. Zur laufenden Beobachtung und Behebung kleinerer Schäden ist ein beim Hochbauamt angestellter Restaurator tätig. Abgesehen von der ständigen Pflege der restaurierten Originalsubstanz (im Hauptge-

Neben der ständigen Ausstellung werden Sonderausstellungen und Veranstaltungen durchgeführt, die bisher zur Vernetzung der Einrichtung in Stadt und Land wesentlich beitragen konnten.

Geplant sind außerdem die Einrichtung eines Gedenkraums und die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer im Hofe der Gedenkstätte.

Kammermusiksaal im Palais Wittgenstein

Die Veranstaltungsstätte, Palais Wittgenstein, hat sich in den 11 Jahren ihres Bestehens zu einer unverzichtbaren Plattform für den herausragenden musikalischen Nachwuchs entwickelt. Bedingt auch durch die ständige Presseberichterstattung gilt es bei den Musikern inzwischen als Auszeichnung, im „PW“ auftreten zu dürfen.

Die städtischen Veranstaltungsreihen „sonntags um 11“ und „mittwochs ab 6“, ebenso die 1980 gegründete Reihe Mercredis Musicaux Francais, mit dem Institut Francais, sowie Konzerte mit der deutsch-niederländischen und der deutsch-finnischen Gesellschaft werden weiterhin erfolgreich durchgeführt. Besondere Konzertreihen, wie z.B. das Rheinische Musikfest und die Veranstaltung „Ton und Dichtung“ wurden in Zusammenarbeit mit dem WDR im Berichtszeitraum durchgeführt.

bäude besteht der Innenausbau aus 80 % Originalsubstanz) sind auch laufend Restaurierungsmaßnahmen notwendig, da durch die Luftverschmutzung und andere Umwelteinflüsse die Zerstörung der verschiedenen Originalmaterialien schneller sich entwickelt, als das ursprünglich angenommen werden konnte.

Naturkundliches Heimatmuseum Benrath (Westlicher Schloßflügel)

Die bereits im letzten Berichtszeitraum dargestellte Herrichtung des noch nicht sanierten und restaurierten Teiles des Flügelbaues für die Nutzung durch das Museum wird auch weiterhin im Rahmen der jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durchgeführt.

Östlicher Schloßflügel Benrath

Anschließend an die Darstellung im letzten Verwaltungsbericht hat bis zum Jahre 1988 eine teilweise schulische Nutzung des Flügelbaues stattgefunden. Andere Räume wurde als Magazin des Stadtmuseums genutzt. Verschiedene Nutzungskonzepte wurden in den

vergangenen Jahren verwaltungsintern beraten, ließen sich aber nicht realisieren. Im Jahre 1988 wurde ein Nutzungskonzept entwickelt, welches eine museale Nutzung des Schloßflügels vorsieht. Außerdem haben Gespräche wegen Bezuschussung der Kosten mit dem zuständigen Ministerium stattgefunden. Auf der Grundlage neuer Zuschußrichtlinien des Landes bietet sich hier eine günstige Bezuschussung an. Auf der Grundlage des eben erwähnten Nutzungskonzeptes sind die ersten Verhandlungen mit dem Land sehr erfolgreich verlaufen. Die Angelegenheit wird weiterverfolgt mit dem Ziel, die Genehmigung eines musealen Raumprogrammes und eines Beschlusses über die Sanierung, Restaurierung und Herrichtung des Schloßflügels für eine museale Nutzung zu erhalten.

Östliches Torhaus

In seiner Sitzung am 10.04.1986 hat der Kulturausschuß beschlossen, künftig im Torhaus ein Café unterzubringen. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine entsprechende Unterbringung zu prüfen und die Kosten hierfür zu ermitteln. Die Kosten für die Sanierung und Restaurierung des östlichen Torhauses einschl. der Herrichtung für die Nutzung als Café betragen insgesamt 1,1 Mio. DM. In dieser Summe ist die bewegliche Einrichtung für ein Café nicht enthalten. Nachdem sich bereits ein Pächter gefunden hatte, der bereit war, die Einrichtung selbst zustellen, ist die Realisierung des Vorhabens an der angespannten finanziellen Situation der Stadt gescheitert. Im Dezember 1988 hat sich unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeister Kürten der Verein „Rettet Torhaus und Ostflügel von Schloß Benrath e.V.“ gegründet mit dem Ziel, durch Spenden die Sanierung, Restaurierung und Herrichtung beider Gebäude zu ermöglichen. Es zeichnet sich ab, daß die Sanierung, Restaurierung des östlichen Torhauses und Herrichtung für die Nutzung als Café durch Spenden erfolgen kann. Es ist geplant, die Maßnahme im Jahre 1989 durchzuführen und das Café Ende September 1989 zu eröffnen. Bewerbungen von möglichen Pächtern liegen bereits dem Verein vor.

Stadtmuseum

Für den Neubau eines Erweiterungsgebäudes (3. Bauabschnitt) für das Stadtmuseum wurde Ende 1984 ein beschränkter Realisierungswettbewerb ausgeschrieben. In seiner Sitzung am 8.3.1985 wurde dem Entwurf des Architekten Prof. Niklaus Fritschi, Düsseldorf, zugestimmt. Aufgrund dieser Entscheidung wurde Herr Prof. Fritschi mit der Planung dieses Vorhabens beauftragt. Die Überarbeitung und Reduzierung des Wettbewerbsentwurfes ergab einen Kostenanschlag von insgesamt DM 10.500.000,-. In seiner Sitzung am 17.7.1986 faßte der Rat den Baubeschluß. Baubeginn war September 1987. Der vorgesehene Fertigstellungstermin im 2. Quartal 1989 konnte aus verschiedenen Gründen

nicht eingehalten werden. Es haben sich Terminverzögerungen von mehreren Monaten ergeben. Als heimatgeschichtlicher Auftakt wurde am 5. Februar 1988 die Grundsteinlegung für das Stadtmuseum an dem Beginn der Feierlichkeiten im Jubiläumsjahr vorgenommen. Das Richtfest wurde am eigentlichen Geburtstag der Stadt, dem 14. August 1988, festlich begangen. Die Baufertigstellung ist nach der jetzigen Terminplanung für Februar/März 1990 vorgesehen.

Stadtbüchereien

Stadtbücherei Kaiserswerth

In Ergänzung zu der Darstellung im letzten Verwaltungsbericht ist anzumerken, daß sich die vorgesehene Erweiterung in dieser Größenordnung aus verschiedenen Gründen nicht realisieren ließ. Es hat sich im gleichen Objekt eine andere Lösung gefunden, die eine Erweiterung um 68 qm für die Bücherei vorsieht. Diese Erweiterungsmöglichkeit ist vom Kulturausschuß in der Sitzung am 7.12.1988 genehmigt worden. Ebenso wurde dem entsprechenden Änderungsmietvertrag zugestimmt. Die Bezirksvertretung 5 hat am 31.1.89 ebenso zugestimmt. Voraussichtlich wird die Bücherei zum 1.7.1989 entsprechend erweitert werden können.

Bücherei Rath

Abschließend zu den Ausführungen im letzten Verwaltungsbericht kann mitgeteilt werden, daß, nachdem im September 1985 das Richtfest gefeiert wurde, die Bücherei Rath in den neuen Räumen Westfalenstr. 24 – 32 am 7. April 1986 mit einem festlichen Auftakt eröffnet werden konnte. Die Stadtbücherei Rath fand anläßlich der Eröffnung in ihren Räumen von Vertretern aus Rat, Bezirksvertretung und Verwaltung allgemeine Zustimmung und großes Lob.

Stadtbücherei Oberkassel

Durch ihre expansive Geschäftsentwicklung ist die Stadt-Sparkasse Oberkassel gezwungen gewesen, ihre Zweigstelle zu vergrößern. Sie hatte daher den Mietvertrag für die von der Bücherei im gleichen Gebäude genutzten Räume gekündigt. Gleichzeitig hat die Sparkasse jedoch der Stadtbücherei in diesem Gebäude Luegallee 63/65 durch Umbau und teilweisen Ausbau des Innenhofes andere Räume zur Anmietung angeboten. Für die Stadtbücherei war ausschlaggebend, daß hier der seit langen Jahren bewährte Standort in Oberkassel beibehalten werden konnte. Die Bücherei beteht dort seit 1911. Es kam zu einer Abstimmung mit der Stadt-Sparkasse über den Um- und Ausbau für die Stadtbücherei. Die Bauarbeiten konnten im Dezember 1988 abgeschlossen werden. Die Eröffnung der Bücherei fand am 14. Januar 1989 statt. Der Mietvertrag wurde der Bezirksvertretung 4 zur Genehmigung vorgelegt.

Weiterbildungszentrum

Das Weiterbildungszentrum wurde am 6. Januar 1986 eröffnet. Diese Eröffnung wurde

für die Zentralbibliothek und die VHS mit einem 12-stündigen Programm gefeiert. An diesem Programm nahmen insgesamt 18.000 Bürger teil. Die in Düsseldorf neue Zentralbibliothek wurde sehr gut angenommen. Die Ausleihzahlen haben Größen erreicht, mit denen man nicht gerechnet hat. Die Tendenz seit der Eröffnung der Zentralbibliothek sind ständig steigende Ausleihzahlen.

Kunstpalastr

In einem Vertrag mit der VICTORIA-Versicherung, die für ihre Zentrale neben dem Gelände des Kunstpalastes einen Verwaltungsbau hat errichten lassen, hat sich die Stadt verpflichtet, die Rückfront der A-Hallen (Kunstpalastr) zu sanieren. Bei der darauffolgenden Untersuchung wurde durch das Hochbauamt festgestellt, daß sich der gesamte Gebäudekomplex in einem architektonisch, bautechnisch und insbesondere wärme- und energietechnisch äußerst unbefriedigenden Zustand befindet. Nach eingehender Erörterung der Problematik innerhalb der Verwaltung kam man zu dem Ergebnis, daß für eine künftig sinnvolle Nutzung ein Neubau des Kunstpalastes notwendig ist. Hierbei spielten insbesondere städtebauliche Gesichtspunkte eine große Rolle. In seiner Sitzung am 22.5.1986 hat der Rat die Neugestaltung des Kunstpalastes und das vorgelegte Raumprogramm beschlossen sowie die Verwaltung beauftragt, die Planung durchzuführen und die Kosten zu ermitteln. Um für das geplante Bauvorhaben an diesem städtebaulich sehr wichtigen Standort das bestmögliche Ergebnis zu erhalten, hatte der Bauausschuß in seiner Sitzung vom 17.4.1986 einen 2-stufigen anonymen Wettbewerb beschlossen. Die erste Stufe dieses Wettbewerbes beinhaltete einen Ideenwettbewerb, die zweite Stufe einen Architektenwettbewerb. In seinen Sitzungen am 27. und 28. März 1987 wurden lt. Entscheidung der Jury von 70 eingesandten Entwürfen 10 Entwürfe für die 2. Stufe des Wettbewerbes zugelassen. Für diese 2. Stufe wurde ein spezifiziertes Raumprogramm auf der Grundlage des seinerzeit vom Rat beschlossenen Raumprogramms erarbeitet. In seiner Sitzung am 22.1.1988 hat das Preisgericht als Ergebnis der zweiten Wettbewerbsstufe dem Entwurf des Architektenbüros Hentrich, Petschnik und Partner den 1. Preis zuerkannt. Nachdem der Wettbewerbsentwurf kostenmäßig untersucht wurde, wurde eine Überarbeitung des Wettbewerbsentwurfes mit dem Ziel der Kostenreduzierung notwendig. Diese Überarbeitung findet z. Zt. in mehreren Abschnitten statt. Zu dem geplanten Vorhaben hat der Kultusminister NW einen Zuschuß in Höhe von DM 25 Mio. reserviert. Für die künftige Betreibung dieser für Düsseldorf sehr bedeutenden Veranstaltungsstätte wurde vom Kulturamt ein Nutzungskonzept entwickelt, welches der Kulturausschuß in seiner Sitzung am 7.9.1988 genehmigt hat.

Literaturmuseen

Durch Beschluß des Rates vom 13.6.1985 wurde die Verlegung der Literaturmuseen

beschlossen. Das Goethe-Museum befindet sich nunmehr im Schloß Jägerhof und das Dumont-Lindemann-Archiv – Theatermuseum im Hofgärtnerhaus. Das Heinrich-Heine-Institut wurde im Hause Bilker Str. 12 erweitert.

Die Gesamtkosten für diese Maßnahmen betragen rd. 2 Mio. DM.

Schloß Jägerhof

In Abstimmung mit dem Landeskonservator wurde das Schloß für die Nutzung durch das Goethe-Museum hergerichtet. Außerdem beherbergt es wie bisher die Porzellan- und Silbersammlung Schneider im Obergeschoß. Durch die großzügige Spende einer namhaften Düsseldorfer Firma war es möglich, einen gläsernen Aufzug in das Treppenauge des historischen Gebäudes einzubauen. Unter regem Anteil der Öffentlichkeit wurde das Haus am 28. August 1987 – Goethes 238. Geburtstag – feierlich wiedereröffnet.

Hofgärtnerhaus

Mit dem Umzug in das Hofgärtnerhaus hat das Dumont-Lindemann-Archiv – Theatermuseum – das ideale Domizil in der Nähe von Schauspielhaus und Oper gefunden. Seit der Eröffnung am 28. September 1988 präsentiert es die Düsseldorfer Theatergeschichte im angenehmen Rahmen. Die Herrichtung des Hauses umfaßte die Erneuerung der gesamten Haustechnik, die Trockenlegung der Außenwände des Kellers, die denkmalpflegerische Wiederherstellung, insbesondere des Naturschieferdaches. Auf 1.000 qm Fläche werden nunmehr theatergeschichtliche Dokumente aus 400-jähriger Geschichte, deren Zahl in die Millionen geht, präsentiert und archiviert. Die klare Aufteilung des Hofgärtnerhauses ermöglicht eine sinnvolle thematische Gliederung. Ein besonders reizvolles Kabinett ist dem Marionettenspiel und dem Papiertheater gewidmet.

Bilker Straße 12 + 14

Nach dem Auszug des Dumont-Lindemann-Archivs stehen nun beide Häuser in der Bilker Straße dem Heinrich-Heine-Institut zur Verfügung.

Nach rd. 6-monatiger Umbauzeit wurden die Gebäude am 13.12.1988, dem Geburtstag Heinrich Heines, der Öffentlichkeit übergeben. Der Zuwachs ermöglicht nunmehr eine gründliche und großzügige Neuordnung des Gebäudes. Der Publikumsbereich wurde erheblich erweitert, außerdem stehen zusätzliche Depoträume im Keller und Dachgeschoß zur Verfügung. Das bisherige Domizil dient der Wissenschaft und Forschung mit Bibliothek, Archiv und Lesesaal. Das zweite Gebäude

steht für die völlig neu konzipierte Ausstellung zum Leben und Werk Heines und für Wechselausstellungen zur Verfügung. Mit dieser Wiedereröffnung war der Ringtausch der Literaturmuseen abgeschlossen.

Eller Bahnhof

Im Jahre 1984 wurde der Bahnhof Eller aufgrund eines Ratsbeschlusses zu einem Festpreis von DM 250.000,- angekauft. Die in den letzten Jahren dort durchgeführten Veranstaltungen waren äußerst erfolgreich und haben insbesondere der stadtteilbezogenen Kulturarbeit in Eller ein angemessenes Forum geboten. Der Kulturausschuß hat für die Arbeit im Kulturbahnhof Eller am 7.9.1988 ein Nutzungskonzept beschlossen. Am Bahnhofsgelände wurde die Notwendigkeit kleinerer Umbau- und Reparaturarbeiten festgestellt. Der Rat der Stadt Düsseldorf hat daher die Herrichtung des Kulturbahnhofs Eller mit Gesamtkosten in Höhe von DM 395.000,- am 17.11.1988 beschlossen.

Löbbecke Museum + Aquarium - Aquazoo

Der Neubau des Aquazoo im Nordpark wurde im Juli 1987 fertiggestellt. Das für 34 Mio. DM errichtete neuartige Gebäude ermöglicht eine völlig neue Konzeption der naturkundlich musealen Präsentation. Das in seiner Konzeption wohl weltweit einzigartige Naturkunde-Museum mit Tierschau wurde am 10. Juli unter ausgesprochen reger Anteilnahme der Öffentlichkeit eröffnet. Vom 11. - 19. Juli hatte die Düsseldorfer Bevölkerung Gelegenheit, bei freiem Eintritt das neue Haus zu erleben. Die festliche Eröffnung im Nordpark wurde schnell zu einer Art Volksfest für die Bevölkerung. Zwar war mit einem großem Erfolg des traditionsreichen Institutes gerechnet worden, jedoch entwickelte sich das Institut zu einem ausgesprochenen Publikumsmagneten für Düsseldorf.

Jagenberg-Gelände/Salzmännbau

Das Neuordnungskonzept für das ehemalige Jagenberg-Gelände sieht zunächst eine Sanierung des Salzmännbaues durch die LEG-Landesentwicklungsgesellschaft vor. Die Kulturverwaltung war an der Gestaltung des Raumkonzeptes maßgeblich beteiligt. Zukünftig sollen hier für Düsseldorfer Künstler Ateliers zur Verfügung gestellt werden. Ferner werden die Künstler die Möglichkeit haben, sich in Ausstellungsräumen im Erdgeschoß zu präsentieren. Außerdem ist geplant, in der ehemaligen Alten Schmiede eine Begegnungsstätte für Kunst und Freizeit, die durch das Kulturamt betrieben wird, einzurichten.

Sachgebiet 41/13 – Förderung von Kultur- und Bildungseinrichtungen

Schauspielhaus

Die Schauspiel GmbH wurde bis 31.07.86 von Günther Beelitz, ab 01.08.86 von Dr. Volker Canaris künstlerisch geleitet.

Das Schauspielhaus bespielte in Düsseldorf neben dem Haus am Gustaf-Grundgens-Platz das Kindertheater an der Münsterstraße. Ständige Abstecher wurden nach Duisburg und Mülheim gemacht, daneben gab es 93 Einzelaufführungen in vielen Städten der Bundesrepublik. Gastspielreisen führten das Schauspielhaus 1985/86 nach Israel und in die DDR (und mit der Münchener Tournee-Theater GmbH auch nach Österreich und in die Schweiz), 1987/88 nach Italien und Kanada.

Privattheater/Theatergruppen

Die privaten Theater Kammerspiele, Boulevardtheater Komödie, Puppentheater Fürstenplatz, Theater an der Luegallee und Junges Theater in der Altstadt bestanden fort. Das Rheinische Marionettentheater unter der Leitung von Ursula Zangele hatte am 30.06.85 seinen Spielbetrieb eingestellt. Ende 1985 übernahm Anton Bachleitner das Theater und eröffnete es am 25.01.86 unter dem Namen „Düsseldorfer Marionettentheater“.

Am 21.01.86 konstituierte sich der Beirat für Theatergruppen, der sich aus vier Ratsmitgliedern, einem Verwaltungsvertreter und sieben sachkundigen Bürgern zusammensetzt. Ab 1986 schlägt er dem Kulturausschuß die Verteilung der Mittel für die Düsseldorfer Theatergruppen vor.

Alternative Kulturszene

Die Kommission zur Förderung soziokultureller Initiativen und Zentren nahm am 02.12.85 ihre Arbeit auf. Sie befaßte sich mit den Antragstellern: Zakk e.V., Ausländergruppe Bilk, Selbstverwaltetes Wohnprojekt Theodorstraße, Auxilium, Akki e.V., Café Rosa, Café Hexenkessel, Frauenkommission e.V., Frauenbücherczimmer, Frauencafé Benrath und empfahl den zuständigen Fachausschüssen die Bewilligung oder die Ablehnung von Zuschüssen.

Zakk eröffnete am 15.04.88 das nunmehr vollständig ausgebaute Haus Fichtenstraße 40.

Die Werkstatt e.V. in der Börnestraße 10 bestand weiter.

Ausländische Kulturgruppen

Ab 1986 fördert der Kulturausschuß die Arbeit ausländischer Kulturgruppen. Am

03.06.87 beschloß er entsprechende Richtlinien. 1988 wurden 10 Anträge positiv beschieden, 2 abgelehnt.

Feuerwehrrfonds

Der Kulturausschuß verfügte auch in der Berichtszeit über den sog. Feuerwehrrfonds (Haushaltsstelle 336-3-707/1 – Einmalige Sonderzuschüsse) für neue, spontane, nicht aufschiebbare Kulturveranstaltungen.

An besonderen Ereignissen ist hervorzuheben

- 14.03.86 Eröffnung der Kunstsammlung NRW (Landeseinrichtung)
- Ab 1986 führt das Kulturamt unter der Bezeichnung Kultur & Sommer in der Sommerferienzeit Open-Air-Veranstaltungen auf dem Grabbeplatz durch
- September 1986 bis Februar 1987 Nordische Wochen
- 14.03.87 Gastspiel des Figurentheaters Bunraku aus Osaka – Japan
- 20. – 24.09.87 Deutsch-Bulgarische Wirtschaftstage mit Kulturprogramm
- Oktober '87 bis Januar '88 Marokkanische Kulturtag
- 10.–25.06.88 Festival der freien Theatergruppen
- 04. – 10.12.88 Kabarettwoche
- Am 13.12.88 wurde der Heine-Preis an Frau Dr. Marion Gräfin Dönhoff verliehen

Sachgebiet 41/14 – Kunst- und Künstlerförderung

Künstlerförderung

Für die Förderung Düsseldorfer Künstler standen im Berichtszeitraum folgende Mittel zur Verfügung:

- | | |
|-------------|--|
| 1986 | – 300.000 DM (Bild. Kunst, Literatur, Musik) |
| 1987 | – 240.000 DM Bild. Kunst
60.000 DM Literatur
60.000 DM Musik |
| 1988 | – 950.000 DM Bild. Kunst
60.000 DM Literatur
60.000 DM Musik |

Die Mittel wurden auf Empfehlung der Beiräte für Literatur, Musik und Bildende Kunst jeweils auf die Einzelbereiche aufgeteilt und einerseits zur individuellen Förderung von Künstlern, andererseits jedoch zur schwerpunktmäßigen Förderung verwendet.

Im Jahr des Stadtjubiläums – 1988 – flossen die Mittel für die Bildende Kunst ausnahmslos in die Finanzierung der von Düsseldorfer Künstlern selbst organisierten Ausstellung „Meine Zeit, mein Raubtier“ im Düsseldorfer Kunstpalast.

Im Berichtszeitraum hat sich die Förderung in den Bereichen Musik und Literatur wesentlich

auf die Schaffung von Podien mit Künstlern – Lesungs- oder Konzertreihen – konzentriert. Besonders sind die Konzertreihen Neue Musik, 3 mal neu zu erwähnen.

Gleichzeitig wurde die 1979 ins Leben gerufene Reihe „Jazz im Hofgarten“ weitergeführt.

Die Literaturförderung hat sich nicht nur auf die Fortführung bewährter Lesungsreihen im Sassafras, den Stadtbüchereien und Schulen konzentriert, wobei das Programm der Schullösungen durch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme erheblich erweitert wurde, sondern seit 1988 auf eine „Literarische Woche in der Landeshauptstadt“ deren Bestandteil insbesondere das seit 1981 jährlich stattfindende Autorentreffen, der von der ARGE des Düsseldorfer Buchhandels veranstaltete „Bücherbummel auf der Kö“ und eine „Nacht der Poeten“ mit namhaften Schriftstellern/innen des deutschsprachigen Raumes sind.

Des weiteren literarische Kooperationsprojekte über das Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit in Wuppertal (z.B. Hörspielgalerie und Literatur-Stafette).

Ebenso konnte das in 1981 eingerichtete Literaturtelefon, welches mit Hilfe des Literaturbüros e.V. in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundespost eingerichtet wurde, weitergeführt werden.

Durchschnittlich werden hier monatlich 4.000 Anrufe registriert.

Die Reihe „Das andere Buch“ mit deren Herausgabe die Förderung begabter Autoren aus Düsseldorf als Ziel verfolgt wird, wurde weitergeführt.

Neben Gruppenausstellungen und Aktivitäten wurden in den Jahren 1986 und 1987 Künstler durch Zuschüsse zu Ausstellungs-Transport, Druckkosten, Materialbeihilfen, Ausbauzuschüsse für Ateliers usw. in unterschiedlicher Höhe gefördert.

Anzahl

1986: 37

1987: 32

1988: die Mittel aus der Künstlerförderung wurden für die Ausstellung „Meine Zeit, mein Raubtier“ verwendet.

Darüber hinaus sind in den Jahren 1986/87, durch die Gewährung von Zuschüssen für den Umbau und Ausbau privat gemieteter Räume, für die die Stadt damit ein 10jähriges Belegungsrecht erwarb, weitere Ateliers hinzugekommen.

Durch das seit 1988 zur Verfügung stehende großzügige Gastatelier in der Sittarder Straße werden die Austauschmöglichkeiten wesentlich erweitert.

Große Düsseldorfer Kunstausstellung

Die Große Düsseldorfer Kunstausstellung wurde auch im Berichtszeitraum finanziell gefördert durch Übernahme der Mietkosten

und einem regelmäßigen Zuschuß zum Druck des Kataloges sowie anteilmäßige Übernahme der Personalkosten für eine Schreibkraft und Finanzierungshilfen für einen Künstleraustausch mit der UdSSR.

Außerdem wurden angekauft:

1986: 16 Exponate für DM 170.000

1987: 41 Exponate für DM 170.000

1988: 21 Exponate für DM 170.000

Artothek

Mit der Artothek, welche im Mai 1978 eingerichtet wurde, konnte kunstinteressierten Bürgern die Möglichkeit der Ausleihe von Werken bekannter Künstler geboten werden.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Ankäufe durchgeführt:

1986: 16 Exponate

1987: 21 Exponate

1988: 18 Exponate

Sonderveranstaltungen

Im Rahmen der Bundesgartenschau wurde eine umfangreiche Skulpturenausstellung mit zum Teil international bekannten Düsseldorfern Künstlern im Südpark realisiert.

In den Jahren 1985 und 1986 war die Stadt Düsseldorf am Projekt „Kultur 90“ ebenso beteiligt wie 31 weitere nordrhein-westfälische Städte.

Unter dem Thema „Kultur und Kunst“ wurden Projekte mit Ateliergemeinschaften und freien Künstlervereinigungen durchgeführt, bei denen innovative Möglichkeiten der Künstlerförderung erprobt wurden.

Die Ergebnisse wurden in folgenden Dokumentationen veröffentlicht:

Landeshauptstadt Düsseldorf (Hg.):

Projekt 1. Versuch einer Bedarfsanalyse. Ansprache neuer Zielgruppen, („Im März der Bauer“), Düsseldorf 1987

Dies. (Hg.): Projekt 2. Eine kulturpolitische Initiative, („Die Torte“, „Quirl“), Düsseldorf 1987

Dies. (Hg.): Projekt 3. Selbsthilfeprojekt, („aus den Städten“), Düsseldorf 1987

Dies. (Hg.): Projekt 4. Das Atelierhaus als kulturelles Zentrum, (Ateliergemeinschaft „Hansaallee“), Düsseldorf 1987

Dies. (Hg.): Projekt 5. Untersuchungen der Präsentationsformen von Kunst, („Slalom Salon am Burgplatz“), Düsseldorf 1988

Dies. (Hg.): Projekt 6. Inszenierung eines Ortes „Kunstraum“ als „Erlebnisraum“, („Zweizeit“), Düsseldorf 1988

Dies. (Hg.): Projekt 7. Filmprojekt im Rahmen der Künstlerförderung, („Nach allen Regeln der Kunst“), Düsseldorf 1987.

In den Jahren 1986-1988 wurden für das Projekt „Kultur 90“ rd. 580.000 DM aufgewendet.

Im Berichtszeitraum wurden auch die konzeptionellen Überlegungen, Planungen und Baumaßnahmen fortgeführt, die den 1984 von der Stadt angekauften Bahnhof Eller in ein Kulturzentrum verwandelt haben. Ein umfangreiches Programm mit den unterschiedlichsten kulturellen Veranstaltungen wird hier geboten.

Drei Veranstaltungen wurden im Rahmen des Stadtjubiläums durchgeführt:

- Die Ausstellung „Meine Zeit, mein Raubtier“,
- das Projekt „Skulptur D-88 und
- das Symposium „Stadt und Kultur“.

41-201 –

Heinrich-Heine-Institut

Für die Heine- und Schumann-Archive des Heine-Instituts konnten wie in der Vergangenheit bedeutende Neuerwerbungen getätigt werden. Bei Heine sind unter den Archivalien (Manuskripte und Briefe) vor allem die Korrekturbögen zur „Tannhäuser“ – Legende zu nennen (1988), bei Schumann die korrigierten Fahnabzüge der „Rheinischen Symphonie“ (1988). Unter den Bibliotheksanschaffungen ragt die Erstausgabe von Friedrich Engels „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ heraus (1987). An übrigen Nachlässen und Sammlungen sollen die Sammlung der Krefelder Schriftstellerin Rita Reiners (1987) und die Sammlung des Komponisten Jürg Baur erwähnt werden. 1988 erbt das HHI den Nachlaß der in Düsseldorf verstorbenen Lyrikerin Rose Ausländer; als Leihgabe ihrer Familie kam ein Jugendbildnis der Dichterin ins Heine-Institut.

Die Heine-Jahrbücher 25-27 konnten ordnungsgemäß erscheinen, 1987 zusätzlich der Registerband für den 1. – 25. Jahrgang, der den Zeitraum 1962-1986 umfaßt. An „Heine-Studien“ erschien 1986 eine Arbeit über „Heines Beziehung zu Hegel“ des französischen Germanisten Jean Pierre Lefebvre, 1987 der Berichtsband des Düsseldorfer Kolloquiums über das Verbot des jungen Deutschlands (herausgegeben von J. A. Kruse und B. Kortländer), ebenfalls der 3. Band der Dokumentation mit zeitgenössischen Rezensionen von Galley/Estermann.

Sonderausstellungen waren dem weiten Spektrum der Institutsinteressen und -verflechtungen verpflichtet: Musik in der modernen Kunst, Wilhelm Busch, Georg Christoph Lichtenberg, Paul Valéry und Selma Lagerlöf (im Rahmen der Nordischen Wochen) (1986); an der Landesausstellung Nordrhein-Westfalens in Moskau war das Heine-Institut durch eine Robert und Clara Schumann-Ausstellung im Staatlichen Literaturmuseum Moskau beteiligt (28.06.-25.08.1986).

1987 zeigte das Institut Sonderausstellungen mit den Themen: Georg Büchner, Gottfried Benn (Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs Marbach in Verbindung mit dem ASKI Bonn), Günther Kunert als Zeichner, Dr. Heinrich Hoffmanns „Struwwelpeter“, Kenneth Patchen und Illustrationen zum Werk von Astrid Lindgren. Das Jahr 1988 war durch die Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen geprägt. Gezeigt wurden eine Marivaux-Ausstellung. Im Rahmen des Stadtjubiläums zeigte das Institut eine Schumann-Ausstellung in der Tonhalle und betreute eine Heine-Wanderausstellung in 6 Zweigstellen der Stadtsparkasse Düsseldorf. Vom 02.06.-03.07.88 zeigte das Heine-Institut im Literaturmuseum Petöfi in Budapest eine Heine-Ausstellung.

Die festliche Wiedereröffnung des renovierten und erweiterten Heine-Instituts, wobei die Arbeiten noch nicht ganz abgeschlossen waren, fand zum Abschluß des Stadtjubiläums am 11.12.88 statt. Die Dauerausstellung war neu konzipiert und heißt nunmehr: „Heinrich Heine. Einblicke und Assoziationen“. Die erste Sonderausstellung im neuen Ausstellungs- und Veranstaltungshaus Bilker Straße 12 war graphischen Arbeiten zu Heines Werken von Künstlern aus der DDR gewidmet.

Die Besucherzahlen schlüsseln sich wie folgt auf: 1986: 23.052, 1987: 16.721, 1988: 14.210. An Führungen sind zu verzeichnen: 176 Gruppen im Jahre 1986, davon 93 Schulen (40 davon aus Düsseldorf), der Rest verteilt sich auf Universitäten, Akademien, DAAD (20 Gruppen) und Schüler/und Studentenaustauschgruppen z. B. aus der DDR und der UdSSR. – 171 Gruppen im Jahre 1987, davon 99 Schulen (45 aus Düsseldorf); 79 Gruppen im Jahre 1988, davon 47 Schulen (30 aus Düsseldorf); der Rest der Gruppen entstammte jeweils dem bereits genannten Besucherpotential.

In den Jahren 1986 – 1988 fanden jeweils 12 Lektürekurse statt. An Kolloquien mit großer

Resonanz sind zu nennen: über das Junge Deutschland (1986), Marivaux (1988) und über das Literarische Düsseldorf (1988). Wiederum konnte sich das Veranstaltungsprogramm des Heine-Instituts vor allem auf die Unterstützung durch die Heine-Gesellschaft verlassen.

41/202 – Stadtbüchereien

Entwicklung des Bibliotheksnetzes

Am 26.02.1986 wurde die Zentralbibliothek am Bertha-von-Suttner-Platz eröffnet. Der Standort erwies sich dank guter Verkehrsanbindung als außerordentlich günstig. Die Bücherei Rath konnte am 05.04.1986 in neuen attraktiven Räumen auf der Westfalenstraße wiedereröffnet werden und die Bücherei Oberkassel erhielt in einem postmodernen Einbau im rückwärtigen Teil des Hauses Luegallee 65 Ende 1988 ein neues Domizil. Nachdem am 15. September 1987 ein dritter Bücherbus in Dienst genommen worden war, mußte am 15.07.1988 der erste Bücherbus wegen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen stillgelegt werden. Die Büchereien in den Altenheimen Flehe und Gallberg wurden geschlossen. Bei der Bücherei Universitätsklinik wurde der Teil öffentliche Bibliothek zurückgenommen. Die Bibliothek wird seit Juli 1988 als reine Patientenbibliothek geführt.

ADV

Im Berichtszeitraum wurde das gesamte System auf ADV-online-Verbuchung umgestellt. Lediglich die beiden Bücherbusse arbeiten noch konventionell. Nachdem auch die Programmteile Katalogisierung und Fremddatenübernahme eingesetzt wurden, ist bis auf den Teil „Zugang“ die Umstellung des gesamten Geschäftsganges des Buches abgeschlossen.

Bestand, Nutzung, Stellenplan, Nutzer

Wegen der enormen Nutzung und des damit verbundenen Verschleißes sank die Bestandszahl von 878.595 Medieneinheiten (1986) auf 849.326 (1988).

Die Ausleihen stiegen hingegen im Berichtsraum von 2.665.289 (1986) auf 3.108.872 (1988) = + 16,6 %. Den größten Zuwachs verzeichnete dabei die Zentralbibliothek, die 1986 854.523 und 1988 1.281.545 Entleihungen erreichte = + 49,9 % bei einem Zuwachs von drei Stellen. Daneben wurden alle Dienstleistungen sehr stark beansprucht.

Der Stellenplan, der 1986 noch 173,5 Stellen und 4 bei Amt 70 geführte Fahrer umfaßte, schrumpfte um 8,5 Stellen auf 169 Stellen (einschließlich der Fahrer).

Die stärksten Veränderungen gab es bei den Benutzern, bei denen sich der Geburtenrückgang auswirkt. In der Zentralbibliothek sind inzwischen 81 % aller Leser zwischen 20-59 Jahren alt, in den Zweigstellen sind dies 53 %. Diese Leserschicht benötigt zunehmend qualifizierte Sachliteratur und differenzierte Auskünfte.

Veranstaltungen

Veranstaltungen aus dem Bereich Literatur fanden regen Anklang. Als besonders erfolgreich erwiesen sich die einmal monatlich stattfindenden „Suppenlesungen“, ein Forum für junge Düsseldorfer Autoren. Die Arbeit der Zweigstellen ist mit Ausstellungen, Lesungen, Vorträgen und Kinderveranstaltungen rein stadtteilbezogen. Diese Hinwendung zur Stadtteilkultur wird von den Bürgern gut angenommen. 1988 wurden 18.860 Besucher bei Veranstaltungen gezählt.

41/203 – Palais Wittgenstein

Kultur- und Bildungszentrum Bilker Straße
wird im Bericht 41/1 erwähnt.

41/204 – Dumont-Lindemann-Archiv

Am 28.9.1988 wurde das Dumont-Lindemann-Archiv, Theaterrmuseum der Landeshauptstadt Düsseldorf, nach nicht ganz halbjähriger Umzugs- und Einrichtungsphase im Hofgärtnerhaus (dem ehemaligen Goethe-Museum) wiedereröffnet. Sein 40-jähriges Bestehen hatte das Theaterrmuseum 1987 noch in den alten Museumsräumen in der Bilker Straße durch eine Ausstellung von Neuerwerbungen und Schenkungen der letzten zehn Jahre festlich begehen können. Von den 14 im Berichtszeitraum veranstalteten Ausstellungen konnten 5 aus eigenen Beständen erstellt werden,

Bücherei	Medienbestand			Entleihungen		
	1986	1987	1988	1986	1987	1988
Zentralbibliothek	365.473	349.466	369.473	854.523	1.167.214	1.281.545
Benrath	30.930	29.549	30.600	111.321	113.675	123.825
Bilk	40.202	34.140	33.079	103.072	92.259	94.985
Derendorf	35.894	32.519	30.086	116.095	117.541	121.936
Eller	27.309	29.051	29.412	114.966	97.438	103.814
Flingern	28.807	30.697	30.145	115.754	101.694	106.129
Garath	30.406	29.276	27.930	127.461	121.316	122.031
Gerresheim	29.397	26.389	26.110	115.702	106.667	110.641
Hassels	24.185	23.034	22.735	102.583	86.708	92.370
Kaiserswerth	24.175	25.394	25.331	84.772	70.728	80.942
Oberkassel	29.489	27.196	24.368	91.084	99.825	101.327
Rath	28.256	27.424	28.892	90.143	112.522	119.867
Unterbach	21.094	21.501	19.755	77.588	66.468	63.247
Unterrath	32.550	33.527	31.543	108.857	103.200	103.407
Wersten	28.665	31.007	28.868	100.715	95.667	101.951
Autobücherei	47.379	53.047	53.269	235.903	237.064	245.896
Schulzentrum	21.258	21.857	20.091	43.784	53.501	60.707
Hennekamp						
Universitätsklinik	18.442	18.450	19.084	58.962	54.485	68.486

wurden 4 an anderen Ausstellungsstätten gezeigt, wurden 7 mit auswärtigen Partnerinstitutionen oder Leihgebern realisiert. Das Theatermuseum war dabei an den großen Gemeinschaftsveranstaltungen der Düsseldorfer Kulturinstitute „Skandinavische Wochen“, „1937. Europa am Vorabend des II. Weltkrieges“, „Theaterlandschaft Nordrhein-Westfalen“ und „Das literarische Düsseldorf“ durch eigene Ausstellungs- oder Forschungsbeiträge beteiligt.

Die Besucherzahlen der in den Museumsräumen und an anderen Ausstellungsstätten veranstalteten Ausstellungen und Veranstaltungen schwankte (1986: 17.881, 1987: 15.919). Trotz der umzugsbedingten Schließung des Hauses wurden 1988 bereits 12.829 Besucher gezählt. Durch den Wegfall

von 2 Stellen im Archiv- und Bibliotheksbereich mußte der Benutzerservice eingeschränkt werden. Dennoch stieg die Zahl der Benutzungsfälle weiterhin jährlich um 15 % an.

Durch Ankäufe konnte die graphische Sammlung um Papiertheaterbögen bedeutender deutscher Verlage (Braun & Schneider, München; Renner & Co., Nürnberg; Arnz & Co., Düsseldorf) erweitert werden. Wichtige Stücke konnten für die Porträtsammlung Düsseldorfer Theaterkünstler erworben werden. Die Sammlung der Bühnenbild- und Kostümentwürfe konnte durch Ankäufe und Schenkungen von Werken Walter Gondolfs, Helmut Jürgens', Oskar Beckers, Andreas Reinhardts und Liselotte Erlers weiter vervollständigt werden. Durch Ankauf steht dem Theater-

museum der gesamte Bühnenbildnerische Nachlaß Heinrich Wendels in fotografischer Reproduktion für Veröffentlichungen und Ausleihe zur Verfügung. Durch Schenkung der Deutschen Oper am Rhein gelangte das Theatermuseum noch unter der Intendanz von Prof. Dr. Grischa Barfuss in den Besitz einer 130 Objekte umfassenden Sammlung von Originalkostümen aus den Aufführungen der Deutschen Oper am Rhein.

Durch den Umzug steht dem Theatermuseum eine größere Ausstellungsfläche zur Verfügung, die für eine ständige Ausstellung zur mehr als vierhundertjährigen Düsseldorfer Theatergeschichte und für wechselnde Ausstellungen zu Themen der lokalen, nationalen und internationalen Theatergeschichte genutzt wird.

41/205 – Kunstmuseum

Kunstmuseum Düsseldorf

Im Juni 1987 war das Kunstmuseum 75 Jahre alt: Anlaß zur Rückbesinnung und für einen Ausblick in die Zukunft.

In der Freizeitgesellschaft wachsen den Museen neue Aufgaben zu. Das Kunstmuseum Düsseldorf konnte nach seiner grundlegenden Umgestaltung und Erweiterung 1985 durch die intensive Betreuung seiner Besucher und ein anspruchsvolles Ausstellungsprogramm darauf angemessen reagieren. Dies führte 1986 endlich auch zur Wiederbesetzung der lange gesperrten („versehentlich“ gestrichenen) Stelle in der Graphischen Sammlung, so daß der umfangreiche und qualitätvolle Sammlungsbestand an Handzeichnungen und Druckgraphik vor 1800 verstärkt in die Museumsarbeit einbezogen werden kann.

Seit 1988 bedrohen Sparprogramme der Stadt die Fortsetzung der erfolgreichen Museumsarbeit. Trotz ständig wachsender Aufgaben, trotz Fehlens eines qualifizierten Mittelbaus von Sachbearbeitern, wurden zwei Stellen wissenschaftlicher Mitarbeiter und zwei Magaziner-Stellen mit k.w.-Vermerk versehen. Die Stelle der zweiten Bibliothekarin in der Bibliothek soll künftig in eine Halbtagsstelle umgewandelt werden. Eine kontinuierliche Museumsarbeit ist nur mit einer dem Hause und seinen ihm zugewachsenen Aufgaben angepaßten Personalstruktur möglich:

Die Verwaltung des Museums ist unterbesetzt. Die Aufgabenfülle ist mit zwei Mitarbeitern seit langem – ohne Überstunden auf Dauer – nicht mehr zu bewältigen. Die Schaffung der Stelle des stellvertretenden Verwaltungsleiters und eines weiteren Sachbearbeiters ist dringend erforderlich.

Die leistungsbezogene Bezahlung mehrerer Mitarbeiter konnte trotz begründeter Argumentationen bisher nicht sichergestellt werden.

Den geplanten Umstrukturierungen im Werkstatt-Technikbereich muß jedoch eine ausreichende Zahl von Mitarbeitern entsprechen. Sonst sind die Aufgaben nicht zu bewältigen.

Streichungen von Stellen und k.w.-Vermerke im Zuge von geplanten Rationalisierungen führen zu einer entsprechenden Zurücknahme von Dienstleistungen des Museums, das dadurch die ihm gestellten Aufgaben zu Lasten der Museumsbesucher und der Öffentlichkeitswirkung der Stadt nicht mehr erfüllen kann. Die bei der allgemeinen Verwaltung rein rechnerisch möglicherweise begründeten organisatorischen Maßnahmen sind nicht auf das Museum zu übertragen. Denn zur Aufrechterhaltung des geforderten Ausstellungsangebotes müssen die Kosten für Personalleistungen aus anderen Positionen des Haushalts bezahlt werden. Unter dem Strich ist das eine Fehlrechnung.

Als schon jetzt dringend notwendige Maßnahme erweist sich die Inventarisierung großer Sammlungsgebiete, vorrangig der Graphischen Sammlung mit ihren 80.000 Blättern durch die EDV. Nur so kann sichergestellt werden, daß der Anschluß an den wissenschaftlichen Standard anderer Häuser nicht verloren geht und der Austausch an Informationen durch präzise Aussagen über Bestände möglich wird, die wegen ihres Umfangs mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr effizient erfaßt werden können.

Es wird immer deutlicher, wie unverzichtbar attraktive Sonderausstellungen für die Außenwirkung des Museums sind. Sparmaßnahmen führen gerade in diesem Bereich zu gravierenden finanziellen und personellen Problemen. Darüber hinaus gibt es nach wie vor Raumprobleme, die auch durch den Umbau des Museumsgebäudes nicht gelöst worden sind. Große Ausstellungen machen noch immer das Abhängen ganzer Sammlungsgebiete not-

wendig. Der geplante Erweiterungsbau des Kunstpalastes könnte hier langfristig Abhilfe schaffen. Außerdem fehlt es an Büroräum (für drei bis vier Mitarbeiter).

Neuerwerbungen

Gemäldegalerie

Ein beeindruckendes Spätwerk Lovis Corinth konnte 1986 in die Sammlung integriert werden. Zur Wiedereröffnung gelangte das Gemälde „Kain“ (1917) aus dem Besitz des Sohnes Thomas Corinth, New York, als Leihgabe in das Kunstmuseum Düsseldorf. Weil Corinth vor 1870 geboren wurde, gehört sein Werk in den Sammlungsbereich des 19. Jahrhunderts. Das Bild selbst aber sprengt diese Systematik. Kompromißlos ist das Thema in eine ekstatische Pinselschrift umgesetzt, die malerische Wirkungen zeitgenössischer Künstler vorwegnimmt. Durch exemplarische Ankäufe wie dieses Gemälde soll auch in Zukunft der Bereich der Malerei des 19. Jahrhunderts verstärkt und so vor allem die neben der Düsseldorfer Malerschule nur schwach vertretenen anderen deutschen Kunstzentren besser dargestellt werden.

Einen weiteren Schwerpunkt der Gemäldegalerie, die Kunst des 18. Jahrhunderts, verstärkt das ebenfalls seit 1985 als Leihgabe ins Haus gekommene Gemälde von Giovanni Antonio Pellegrini „Alexander an der Leiche des Darius“, das 1987 erworben werden konnte. Es bereichert den kleinen, aber kostbaren Bestand venezianischer Malerei. Diese Erwerbung ist auch ein Schritt hin zu einer akzentuierten Darstellung der Malerei am Kurfürstlichen Hof. In der Regierungszeit des Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz war Düsseldorf neben London und Paris eines der großen Zentren europäischer Kunst und ein Anziehungspunkt gerade für venezianische Wandermaler.

Die Konzentration der Erwerbungspolitik auf andere Sammlungsschwerpunkte des Kunstmuseums läßt einen kontinuierlichen Ausbau des Bestandes an alter Skulptur und des Kunstgewerbes nicht zu. Dennoch gelang es 1987, fünf bedeutende mittelalterliche Bildwerke der Mönchengladbacher Sammlung Walter und Maria Schwarz, die seit 1970 als Leihgaben in die Sammlung integriert waren, für das Museum auf Dauer zu sichern: Eine lebensgroße Muttergottes-Statue, um 1300 entstanden, vertritt die französische Skulptur der Hochgotik. Den Übergang von der Romanik zur Gotik in Deutschland dokumentiert eine thronende Muttergottes aus Regensburg. Die kleinformatische Statuette einer heiligen Barbara, entstanden um 1480 in Meckeln, besticht durch den vorzüglichen Erhaltungszustand ihrer polichromen Fassung. Das gleiche gilt für eine stehende Muttergottes aus dem Umkreis der Krakauer Werkstatt des Veit Stoß.

Zwei fliegende Engel aus dem ersten Viertel des 16. Jahrhunderts veranschaulichen die Dynamik und raumgreifende Kraft der Skulptur einer Zeit des Umbruchs und der geistigen Erneuerung.

Einer großzügigen Schenkung der Stadt-Sparkasse Düsseldorf war 1988 der Erwerb eines Briefkastens in Boule-Technik mit der Signatur des für den Kurfürsten Johann Wilhelm tätigen Ebenisten Friedrich Luchtenstein zu danken.

Die wichtigsten Erwerbungen für die Glasammlung wurden 1986 im Bereich der modernen Kunst getätigt. Besonders zu erwähnen ist ein Bildfenster von Joachim Klos und zwei großformatige Glasplastiken von Stanislav Libenský und Ivan Mareš. Vier bedeutende Objekte amerikanischer Künstler gelangten als Schenkung der Stadt-Sparkasse Düsseldorf in die Sammlung, sowie zwei weitere der österreichisch-französischen Künstlerin Jutta Cuny als Schenkung aus dem Nachlaß. Ein wichtiges eigenes Werk überreichte der führende japanische Glaskünstler Kyohei Fujita dem Museum. Aus der Sammlung Henrich, seit 1963 im Haus, wurden dem Museum, 42 Gläser geschenkt, darunter wichtige Arbeiten von Emile Gallé und Gläser aus englischen, schwedischen und deutschen Hütten.

Zur Abrundung des in den letzten Jahren aufgebauten Bestandes an indischen Gläsern der Mogul-Zeit wurde 1987 eine sehr seltene Vase mit Email- und Goldmalerei erworben. Unter den Schenkungen sind vor allem sechs Werke japanischer Glaskunst der führenden Künstlerfamilie Iwata, ein Glasobjekt von Renato Santarossa und als Jahresschenkung 39 Jugendstilgläser der Sammlung Henrich hervorzuheben.

1988 konnte aus dem Ankaufsetat ein gravierter Pokal des Frankfurter Glasschneiders

Joh. Benedikt Hess aus dem späten 17. Jahrhundert für die Sammlung gesichert werden. Der Mitte des 19. Jahrhunderts entstammte eine Karaffe mit Gravur und Schliff der Manufaktur Harrach. Von besonderer Bedeutung sind zwei Arbeiten des Stuttgarter Glaskünstlers Wilhelm von Eiff aus den 20er und 30er Jahren, sowie ein frühes Glasobjekt von René Roubiček aus den späten 50er Jahren. Unter den zahlreichen Schenkungen ist ein Objekt der amerikanischen Künstlerin Concetta Mason hervorzuheben, sowie mehrere Gläser des 19. und 20. Jahrhunderts aus dem Besitz einer Düsseldorfer Bürgerin. Die Jahresschenkung Henrich umfaßte 1988 38 Gläser europäischer Hütten, darunter wichtige Arbeiten Emile Gallés und anderer französischer Glaskünstler.

Möbel des Neuen Designs der 1980er Jahre bildeten 1986 den Schwerpunkt der Neuerwerbung für die Design-Sammlung. Die farbenfrohe, collagenhafte italienische Richtung des Neuen Designs wird durch Ankäufe aus der Memphis-Kollektion 1985 dokumentiert: Den Schreibtisch „Sophia“ von Aldo Cibic und den Tisch „Ivory“ nach einem Entwurf von Ettore Sottsass. Für das Neue Deutsche Design stehen der „Axstisch“ von Axel Stumpf (Entwurf und Herstellung) und John Hirscherbergs (Entwurf und Herstellung) „Schwerertisch“. Beide Objekte entstanden 1984 im Rahmen eines Projektes im Bereich Design an der HdK in Berlin. Als Beispiel für eine neue, unkonventionelle Design-Richtung in der Schweiz, die mit im Wohnbereich bislang nicht verwendeten Materialien wie Baustahl arbeitet, wurden drei Arbeiten von Robert Wettstein (Entwurf und Herstellung) aus dem Jahre 1985 in die Sammlung integriert: die Lampe „Spunk“, der Stuhl „Echo“ und die Garderobe „Hertz“. Alle Objekte sind Ankäufe aus der Ausstellung „Gefühlscollagen. Wohnen von Sinnen“ des Kunstmuseums Düsseldorf (1986). Neben einem in Solingen hergestellten Eßzimmer aus den 1930er Jahren gelangten 1986 auch mehrere kleinere Gegenstände für den Wohnbereich, meist als Schenkungen, in die Sammlung.

Insgesamt 31 Schenkungen bereicherten 1987 die Design-Sammlung. Von Wilhelm Wagenfelds Tintenfaß in Originalverpackung, das in den 1930er Jahren entworfen wurde, bis zum „Kaffeebaum“, der Gruppe Kunstflug. Angekauft wurden auch in diesem Jahr vor allem Objekte aus der Ausstellung „Gefühlscollagen“ wie das 1985 von Wolfgang Laubersheimer für Pentagon entwickelte „Verspannte Regal“, S.M. Syniugas (Entwurf und Herstellung) Stuhl „Hotel Ukraina“ aus dem Jahr 1985 und Hermann Waldenburgs (Entwurf und Herstellung) „Schleudersitz“ von 1985.

Zu den Ankäufen des Jahres 1988 gehören vier Objekte von „Alchimia“, Mailand. Zwei von ihnen, Alessandro Mendinis Sessel „Proust“ (1987) und sein Sessel „Redesign Breuer“ (1979) sind Beispiele für „Redesign“. So ist „Redesign Breuer“ eine ornamentale Überar-

beitung des Design-Klassikers, des sogenannten Wassily-Sessels von Marcel Breuer. Als Schenkung erhielt das Kunstmuseum unter anderem Möbel der 1960er Jahre nach Entwürfen von Florence Knoll und Eero Saarinen für Knoll International.

Moderne Abteilung

Die bedeutendste Erwerbung des Jahres 1986 war ein Beuys-Porträt von Andy Warhol, das als Dauerleihgabe des Düsseldorfer Museumsvereins e.V. in die Sammlung aufgenommen werden konnte. Gleichzeitig wurden einige wichtige Ankäufe im Bereich junger Kunst getätigt: Werke von Holger Bunk, Miriam Cahn und Achim Duchow. Die neue und mit Sondermitteln erworbene Gemeinschaftsarbeit Klaus vom Bruchs, Georg J. Dokoupils und Marcel Odenbachs, der „Ping-Pong-Raum“, thematisiert das Verhältnis von Malerei und Video-Kunst.

Gewichtige Neuzugänge, unterstützt mit Landesmitteln, erweiterten 1987 den Bereich zeitgenössischer Kunst: die großformatige Wandarbeit von Jannis Kounellis (Ohne Titel, 1984), die farbige Bodenarbeit von Enzo Cucchi (Zeichnungen leben in Angst vor der Erde, 1983) und – als Dauerleihgabe des Düsseldorfer Museumsvereins e.V. – eine ebenfalls bemalte Skulptur von Allen Jones (Passionate Fan Dance, 1983). Neu in die Sammlung des Kunstmuseums Düsseldorf kamen auch Werke von Bogomir Ecker, Gisela Kleinlein und Ulrike Rosenbach, die das Engagement des Kunstmuseums für junge Kunst deutlich machen.

Sein skulpturales Frühwerk, 20 Arbeiten aus der ersten Hälfte der 60er Jahre, schenkte 1988 Hans Peter Alvermann dem Kunstmuseum, die in einer Sonderausstellung mit Katalog vorgestellt wurden. Als Geschenke aus dem Nachlaß des Sammlers Peter Heintz erhielt das Kunstmuseum Düsseldorf zwei Gemälde von C.O. Paeffgen. Mit einem Bleirelief von Robert Morris aus dem Jahre 1964 konnte ein Frühwerk des bekannten amerikanischen Minimal-Künstlers aus seiner Düsseldorfer Zeit erworben werden. Mit Sondermitteln zur Förderung junger Kunst wurden Werke von Hilmar Boehle, Stefan Runge, Bodo Baumgarten, Dorothee von Windheim, Johannes Lenhart, Abraham D. Christian und Thomas Huber erworben. Mit Sondermitteln für Ankäufe aus der Winterausstellung wurden u.a. Gemälde von Manfred Vogel und Tina Juretzek angekauft. Aus der Skulpturenschau D88 wurden zwei Skulpturen von Jindrich Zeithamml in die Sammlung aufgenommen. Mit Unterstützung des Landes NRW erwarb das Museum Gemälde von Volker Tannert „Unsere Wünsche wollen Kathedralen bauen“ (1982) und Arnulf Rainer „Totenübermalung“ (1983/84).

Graphische Sammlung

An bedeutenden Ankäufen sind für 1986 u.a. die Graphikfolge „Der gefällte Wald“ von Otto

Pankok, bestehend aus 32 Radierungen und einem Titelholzschnitt, sowie eine größere Gruppe von Arbeiten zeitgenössischer Düsseldorfer Künstler zu nennen. Besonders erwähnenswert sind die Mappe mit Serigraphien „Rebenschnitt“ von Anton Stankowski und Zeichnungen von Pallanca, Reinecke, Robbe, Knaus, Kolata und Meyer. Die Sammlung von Mappenwerken und Graphikserien konnte um das „Inventar“ von Rose Ausländer mit Siebdrucken von Otto Piene und 1988 um die Radierfolge „Die Rätin“ von Günter Grass und das Buchobjekt „Autour de Proust“ von Ute Termeer ergänzt werden.

1987 erweiterte die Graphische Sammlung ihren Bestand an zeitgenössischen Zeichnungen, die im weiteren Umfeld der Düsseldorfer Akademie entstanden sind, durch Blätter von Walter Dahn, Felix Droese, Hermann Josef Mispelbaum, Jürgen Partenheimer, Helmut Schweizer und andere. Vierzig Zeichnungen von Carl Gehrts, es handelt sich um Studien zu dem Gemälde „Das Gastmahl des Gero“, verstärken den Bereich an Arbeiten der späten Düsseldorfer Malerschule. Schenkungen waren Werke von Peter Ludwigs, Karl Otto Götz und Barbara Heinisch.

Im Jahr 1988 wurde die Sammlung von Zeichnungen Düsseldorfer Künstler durch die Erwerbung von 3 Zeichnungen der Künstlerin Heather Eastes, 6 Aquarellen von Herbst und 4 Gouachen von Bernd Finkeldei fortgesetzt. Eine Bereicherung des druckgraphischen Bestandes stellen 5 Radierungen von Penck und der Kupferstich „Die Hl. Familie“ des Hans Sebaldus Beham aus dem Jahre 1521 als Schenkung eines Freundes der Sammlung dar.

Ausstellungen

Zum 75jährigen Bestehen des Kunstmuseums Düsseldorf und als ein Beitrag zur 700-Jahrfeier der Stadt Düsseldorf wurde im September 1988 die von allen Abteilungen des Hauses gemeinsam konzipierte Ausstellung „Rückblick nach vorn. Die Museumsarbeit der beiden letzten Jahrzehnte“ eröffnet. Sie akzentuierte und dokumentierte besonders die Abkaufspolitik der letzten Jahre und wies Perspektiven für die Zukunft auf. Schwerpunkte der Abteilungen wurden herausgearbeitet, historische Kontinuität und Neuansätze verdeutlicht, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Sammlungsbereiche veranschaulicht.

Gemäldegalerie

Im Auftrag des Nordischen Rates haben führende Museumsleute und Kunstwissenschaftler der nordischen Länder eine Ausstellung skandinavischer Malerei für London, Düsseldorf und – in veränderter Fassung – für Paris zusammengestellt. Im Oktober 1986 wurde „Im Lichte des Nordens. Skandinavische Male-

rei um die Jahrhundertwende“ durch die Schwedische Königin im Kunstmuseum Düsseldorf eröffnet. Mit 120 Gemälden, Gouachen und Zeichnungen aus der Zeit von 1880 bis 1910 bot sie eine einzigartige Gelegenheit die wichtigsten skandinavischen Maler dieser Zeit und zahlreiche Hauptwerke besonders gut kennenzulernen. Diese Ausstellung war möglich, weil gleichzeitig 104 Gemälde der Düsseldorfer Malerschule aus dem Besitz des Kunstmuseums zu einer Ausstellung in das Russische Museum in Moskau und die Lenigrader Tretjakov-Galerie ausgeliehen waren.

1987 war in der Gemäldegalerie eine kleinere Ausstellung zur Malerei des venezianischen 18. Jahrhunderts zu sehen: „Pietro Longhi. Gemälde und Zeichnungen“. Sie umfaßte 14 Gemälde des Künstlers oder seiner Schule aus dem Besitz der Banca Cattolica del Veneto und 23 Zeichnungen aus dem Museo Correr Venedig.

Plastik, Kunstgewerbe, Glas und Design

Die Ausstellung „Glas in Schweden 1915 – 1960“ wurde im Oktober 1986 eröffnet. Als erste umfassend angelegte Darstellung dokumentierte sie die schwedische Glasgestaltung während der Jahre ihrer größten Bedeutung. Eine breite Auswahl von Kunst- und Gebrauchsgläsern der führenden Hütten, allen voran Orrefors, Kosta und Strömberghyttan verwies auf die beiden sich gegenseitig bedingenden Linien der Glasgestaltung. Die Ausstellung wurde anschließend vom Museum Bellerive in Zürich und dem Nationalmuseum in Stockholm übernommen.

„Glas des späten Mittelalters. Die Sammlung Karl Amendt“ leistete 1987 durch die Präsentation der zuvor noch nicht öffentlich gezeigten Sammlung des Krefelder Architekten Amendt einen Beitrag zur Neubestimmung unserer Vorstellungen von der bisher weitgehend unterschätzten Glaskunst des 13. bis 16. Jahrhunderts. Nach Düsseldorf wurde die Ausstellung im Museum Boymans-van-Beuningen in Rotterdam und in den Kunstsammlungen der Veste Coburg gezeigt.

Neben diesen größeren Veranstaltungen wurde eine Reihe von Studio-Ausstellungen begonnen, die Glas als Medium der freien Kunst thematisieren und in den Kontext zeitgenössischer Malerei, Plastik und Objektkunst stellen: 1986 „Stephen Procter. Thoughts about Light“. 1988 „Renato Santarossa. Intermezzo“.

Der reiche Bestand der Glassammlung ermöglichte auch eine umfassende Ausstellung im Ausland. „2500 Jahre Glaskunst in Europa“ zeigte 1987 Gläser aus dem Bestand des Kunstmuseums Düsseldorf in den Museen von Sapporo, Shimonoseki und Osaka.

Mit einem ausführlichen Beitrag beteiligte sich das Kunstmuseum Düsseldorf 1986 an der

gemeinsam mit dem Landesmuseum Bonn und dem Kunstmuseum Bochum veranstalteten Ausstellung „Aus den Trümmern – Kunst und Kultur im Rheinland und in Westfalen 1945-1952. Neubeginn und Kontinuität“. Durch aufwendige Recherchen wurden Design-Produkte der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgespürt.

Die bisher stärkste Beachtung der Design-Aktivitäten des Kunstmuseums fand die im April 1986 eröffnete Ausstellung „Gefühlscolagen – Wohnen von Sinnen“. Etwa 250 Möbel, Leuchten und Installationen von 120 Künstlern und Designern vermittelten einen Überblick über die neuesten Tendenzen des nicht-funktionalistischen Designs der letzten Jahre. Die Ausstellung wurde von Museen in Holland und Belgien übernommen.

In Zusammenarbeit mit Kollegen in Antwerpen und den Essener Sammlern Ulrich und Ursula Kölsch arbeitete 1987 die Ausstellung „Ebena. Articles de fantaisie et articles industriels. Sammlung Kölsch“ ein Stück Design-Geschichte auf, die Produktion von Kunststoffartikeln der belgischen Firma.

Im Rahmen des deutschen „Designer Saturday“ wurde im Oktober desselben Jahres „Alchimia 1977-1987. 10 Jahre avantgardistisches italienisches Design“ eröffnet. So konnte erstmals in Deutschland die Arbeit der nach Memphis wichtigsten neueren italienischen Designer-Gruppe dargestellt werden.

„Anonymes Design der 1950er Jahre. Sammlung Jaeger, Düsseldorf“ zeigte im Frühjahr 1988 Gegenstände der häuslichen Alltagskultur. Während das Kunstmuseum ganz überwiegend Autoredesign sammelt, bietet die Sammlung Jaeger hervorragendes Anschauungsmaterial für anonymes Design, das heißt Werkdesign, das den größten Teil auf dem Markt befindlicher Produkte ausmacht.

Es folgte im April 1988 „future form. Ergebnisse eines Design-Wettbewerbs für Kaffee-, Tee- und Tafelgeschirr der Firma Eschenbach Porzellan“. Eine international besetzte Jury hatte weit über 100 eingereichte Entwürfe nach den Kriterien „zukunftsweisende gestalterische Qualität, Gebrauchsfähigkeit und Produzierbarkeit“ zu beurteilen. Es wurde deutlich, daß avantgardistisches Design eine Herausforderung an die technologische Entwicklung sein kann.

Moderne Abteilung

Mit „Treibhaus 4. 20 Künstler in Düsseldorf“ setzte das Kunstmuseum 1986 seine 1981 begonnene Reihe von Gruppen-Ausstellungen nicht etablierter jüngerer Künstler fort.

Die bewegten 60er Jahre in Düsseldorf waren das Thema der im Mai 1987 eröffneten Ausstellung „Brennpunkt Düsseldorf. Joseph

Beuys. Die Akademie. Der allgemeine Aufbruch 1962-1987". Sie veranschaulichte nicht nur ein bewegtes Kapitel der internationalen Kunstgeschichte, sondern stellte durch den Brückenschlag zur Gegenwart auch die Frage nach der Kunst der Gegenwart. Die im Kunstmuseum konzipierte Ausstellung fand großes Interesse im Ausland und wurde von Museen in Aalborg, Stockholm, Malmö und Barcelona übernommen.

Als Beitrag zum Projekt der Düsseldorfer Kulturinstitute „Vor 50 Jahren. Europa am Vorabend des 2. Weltkrieges“ wurde im Oktober 1987 die Ausstellung „Alfred Flechtheim. Sammler, Kunsthändler, Verleger“ eröffnet. Durch Gemälde und Skulpturen, die Flechtheim vermittelt hatte oder selber besaß, wurde die Tätigkeit des Sammlers und Kunsthändlers gewürdigt. Mit Alfred Flechtheim, so konnte gezeigt werden, hatte die avantgardistische Kunstszene der ersten drei Jahrzehnte unseres Jahrhunderts einen durchsetzungsfähigen Streiter für ihr Anliegen gefunden. Die Ausstellung wurde vom Westfälischen Museum für Kunst und Kulturgeschichte in Münster, Flechtheims Geburtsort, übernommen.

Im Auftrag des British Council wurde von Michael Peppiatt eine Wanderausstellung erarbeitet, die im November 1987 nach Düsseldorf kam: „Eine Londoner Malerschule. Michael Andrews, Francis Bacon, Frank Auerbach, Lucian Freud, R.B. Kitay, Leon Kossoff“.

In Zusammenarbeit mit der Kunsthalle Tübingen und der Kunsthalle Bielefeld zeigte das Kunstmuseum Düsseldorf ab Ende Januar 1988 Bodenskulpturen und Zeichnungen von David Rabinowitch.

20 Objekte aus den 60er Jahren, die das Museum vom Künstler als Schenkung erhalten hatte, waren ab April 1988 in der Ausstellung „Hans Peter Alvermann. Skulpturen und neue Reliefs“ zu sehen.

Unter dem Titel „Universalpoesie. ars viva 88/89“ wurden im September 1988 Arbeiten der Kunst-Preisträger des Kulturkreises im BDI vorgestellt.

In experimentellen Ausstellungen präsentiert die Moderne Abteilung auch immer wieder das Werk einzelner Künstler: 1987: „Sando Antal. Revier ST 37“, 1987 „Johannes Lenhart. Studio-Ausstellung“, ebenfalls 1987 „Claudia van Koolwijk. Allegorien“ (Forum Bilkener Straße), 1988 „Klaus Mettig. Studio-Ausstellung“.

Graphische Sammlung

Eine Ausstellung mit etwa 250 Blättern aus der Stiftung Felixmüller veranstaltete die Graphische Sammlung im Juli 1986: „Conrad Felixmüller. Das druckgraphische Werk. Eine Schenkung an das Kunstmuseum Düsseldorf“.

Im Februar 1987 war die Sonderausstellung „Ewald Mataré. Aquarelle 1920 – 1956“ zu sehen.

Im März 1987 wurden gleichzeitig zwei Ausstellungen gezeigt: eine Auswahl aus dem umfangreichen Bestand von Calandrucci-Zeichnungen im Kunstmuseum Düsseldorf: „Giacinto Calandrucci (1646 – 1707). Zeichnungen des italienischen Barock“ und die für das Williams College Museum of Art, Williamstown, erarbeitete Ausstellung „Von Raphael bis Beuys“ (mit Zeichnungen aus 6 Jahrhunderten).

Mit einer Übernahme aus dem Wilhelm-Busch-Museum eröffnete das Kunstmuseum Düsseldorf im September 1987 seine neuen Ausstellungsaktivitäten im Bereich der Karikatur. „Gipfeltreffen“ zeigte eine Auswahl der Arbeiten, die zum Wettbewerb um den Wilhelm-Busch-Preis für Karikatur und kritische Graphik eingereicht worden sind. Alle zwei Jahre soll in Zukunft im Wechsel zwischen Hannover und Düsseldorf ein Wettbewerb ausgeschrieben werden. Das ihn jeweils nicht ausrichtende Institut übernimmt die Ergebnisse als Sonderausstellung.

Eine weitere Übernahme aus dem Wilhelm-Busch-Museum war im Jahre 1988 die Ausstellung „Zwischen Hausse und Baisse. Börse und Geld in der Karikatur“.

Von den Flugblättern des 16. Jahrhunderts über Rowlandsöns und Daumiers Arbeiten bis zu den zeitgenössischen Karikaturen von Tomi Ungerer und F.K. Waechter reichte das Spektrum der Arbeiten.

Aus der Sammlung Carl Theodors, die heute den Grundstock der Staatlichen Graphischen Sammlung in München bildet, konnten im April 1988 unter dem Titel „Von Mantegna bis Watteau“ 118 Zeichnungen, darunter Meisterwerke von Annibale Carracci, Guercino, Andrea Mantegna, Raphael, Rembrandt, Tizian und Antoine Watteau gezeigt werden. Die Sammlung wurde von dem in Düsseldorf geborenen Maler Lambert Krahe zusammengetragen, der – 1756 vom Kurfürsten zum Leiter der hiesigen Gemäldegalerie, dann zum Direktor der Düsseldorfer Akademie bestellt – auch die Aufsicht über die Graphik-Sammlung erhielt.

Aus der Staatsgalerie Stuttgart übernahm das Kunstmuseum Düsseldorf im August 1988 die Ausstellung „Hermann Finsterlin. Aquarelle und Modelle“. Finsterlins organische, oft anthropomorphe Architekturentwürfe an der Grenze zur erotischen Zeichnung lassen sich als utopische Antithese zur Bauhausarchitektur verstehen.

Wie in den vergangenen Jahren so wurde auch im Berichtszeitraum der Pflege des Werkes von Otto Pankok besondere Aufmerksamkeit gewidmet, das in wechselnden Präsentationen in einem eigens dafür bestimmten Aus-

stellungsraum des Kunstmuseums Düsseldorf zu sehen ist.

Pädagogische Abteilung

Im Wechsel veranstaltete die Pädagogische Abteilung Ausstellungen und Aktionen für Kinder und Jugendliche. Im Juni 1986 begann die Aktion „Druckwerkstatt im Museum. Der Siebdruck“. Die Möglichkeit im Museum eigene Siebdrucke anzufertigen wurde an den Wochenenden verstärkt auch von Erwachsenen wahrgenommen.

Im Februar 1987 wurde die Ausstellung „Kunstspäße. Scherzgefäße und Kunsttäuschungen“ eröffnet. In ihrem Mittelpunkt stand die optische Täuschung als ein faszinierendes Phänomen, das auf die Unzuverlässigkeit der Wahrnehmung verweist. In ihre phantastische Welt führte den Besucher ein Spiegelkabinett ein. Vexierbilder, Anamorphosen, Farb- und Formtäuschungen lehrten den Betrachter hinter dem vordergründig wahrgenommenen Bild ein neues und andersartiges zu erkennen. Ausstellungskonzept und Katalog wurden von der Kunsthalle Emden übernommen.

„Die Hasenschule. Eine Ausstellung zum 'Bergreifen', von der finnischen Keramikerin Heljä Liukko-Sundström für Blinde konzipiert und im Oktober 1987 in den Räumen der Pädagogischen Abteilung zu sehen, legte einen Vergleich mit dem berühmten Kinderbuch von Fritz Koch-Gotha nahe und vermittelte so auch interessante Einsichten in ein Kapitel der Erziehungsgeschichte.

„Anfassen erwünscht! – Tastgalerie“ hieß es im Januar 1988 im Museum für Junge Besucher. Für eine Weile wurde dort das grundsätzlich im Museum geltende Berührungsverbot außer Kraft gesetzt und zur Erprobung der haptischen Fähigkeiten aufgefordert.

„Der Rhein – von unten“ ist das Thema der Ausstellung für Kinder und Jugendliche, die im Oktober 1988 eröffnet wurde. Der Vielschichtigkeit des Themas entspricht der Aufbau der Ausstellung, ihre Gliederung in eine Unterwasser- und Überwasser-Landschaft. Man kann „auf dem Grund des Flusses“ die Welt der Wasserleute und Flußgeister betreten, aber auch in einer Art Panorama mit den Augen der Künstler die Schönheit der Landschaften an seinen Ufern entdecken.

Veröffentlichungen

Im Berichtszeitraum erschienen zu allen Ausstellungen mehrere Kataloge und Bestandskataloge des Kunstmuseums Düsseldorf. Die Schenkung Titus Felixmüller und Luca Felix Müller dokumentiert der Band „Conrad Felixmüller. Das druckgraphische Werk 1912 bis 1976 im Kunstmuseum Düsseldorf“ (1986). Nach mehrjähriger Forschungsarbeit konnte

1987 ein zweibändiger, von Dieter Graf bearbeiteter Katalog „Handzeichnungen von Giacinto Calandrucci“ herausgegeben werden. Eine Auswahl von Meisterwerken aus dem Besitz der Graphischen Sammlung beinhaltet die Publikation „Raphael to Beuys. European Master Drawings from the Kunstmuseum Düsseldorf“. „2500 Jahre Glaskunst in Europa“ stellte 1987 eine Auswahl aus den Beständen der Glassammlung vor und „Hans Peter Alvermann. Skulpturen 1961 – 1965“ dokumentiert die Schenkung des Künstlers an das Museum.

Seit 1986 liegt der „Führer durch die Sammlungen 2: 20. Jahrhundert. Gemälde. Skulpturen. Objekte“ vor. Besondere Erwähnung verdient auch der Band „Rückblick nach vorn. 75 Jahre Museumsarbeit“, der wie ein Rechenschaftsbericht umfangreiches Material über die Arbeit der einzelnen Abteilungen seit Mitte der 60er Jahre und die Geschichte des Kunstmuseums Düsseldorf seit seiner Gründung enthält.

Die Pädagogische Abteilung konnte ihr Angebot an die Lehrer durch Herausgabe einer Broschüre verbessern. „Schüler im Museum I“ enthält „Themenvorschläge für Vorstufe, Primarstufe und Sekundarstufe 1“ und leistet dem Lehrer bei der Planung und Vorbereitung seines Museumsbesuchs wertvolle Entscheidungshilfen.

Neben solchen Bestandsaufnahmen, die stets von einer Ausstellung begleitet waren oder sogar aus diesem Anlaß publiziert wurden, erschienen auch zu allen Sonderausstellungen des Museums Kataloge. Im Berichtszeitraum insgesamt 22. Zu den wichtigsten von Mitarbeitern des Kunstmuseums erarbeiteten Neuerscheinungen gehören: „Glas in Schweden 1915-1969“, „Brennpunkt Düsseldorf. Joseph Beuys. Die Akademie. Der allgemeine Aufbruch“ und „Alfred Flechtheim. Sammler. Kunsthändler. Verleger“. Das Katalogbuch „Gefühlskollagen. Wohnen von Sinnen“ entstand anläßlich der gleichnamigen Ausstellung im Kunstmuseum unter Beteiligung des Museums.

Öffentlichkeitsarbeit

Die in den vergangenen Jahren begonnenen Veranstaltungsreihen wurden weiter aus-

gebaut und modifiziert. Nach wie vor werden sonntags Führungen und donnerstags Rundgänge durch das Haus angeboten.

Weiterhin wurden auch in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und dem ASG-Bildungsforum Seminare zu kunstgeschichtlichen Themenstellungen veranstaltet. Eine intensive Nachfrage besteht nach Kursen im Rahmen der Lehrerfortbildung, die in Absprache mit dem Gesamtseminar für die Ausbildung und Fortbildung der Lehrer organisiert werden. Das Angebot an praktischen Kursen für Kinder mußte 1988 aus finanziellen Gründen verringert werden. Besonders gut besucht waren im Berichtszeitraum die Ferienkurse für 7- bis 12jährige Mädchen und Jungen.

Ausstellungen und Aktionen für Kinder und Jugendliche werden sonntags regelmäßig pädagogisch betreut. Unter Anleitung kann man dort selbst kreativ tätig sein. Dieses Angebot wurde besonders bei der Siebdruck-Werkstatt, in der man eigene Siebdrucke herstellen konnte, auch intensiv von Erwachsenen genutzt.

Sonderveranstaltungen fanden fast ausschließlich als Begleitprogramm zu großen Wechelausstellungen statt. Ein Symposium wurde anläßlich der Ausstellung „Im Lichte des Nordens“ veranstaltet.

Zwei Konzerte – mit Musik von La Monte Jourg, Mauricio Kagel, John Cage, Yves Klein – und ein umfangreiches Filmprogramm wurden anläßlich der Ausstellung „Brennpunkt Düsseldorf“ veranstaltet. Während der Ausstellung „Gipfeltreffen“ waren mehrfach Karikaturisten eingeladen, die nicht nur über ihren ungewöhnlichen Beruf berichteten, sondern auch vor dem Publikum zeichneten. Als verwandte Kunstform fanden Kabarettveranstaltungen statt.

Die deutsche Glastechnische Gesellschaft hielt im Oktober 1986 die Jahrestagung ihres Fachausschusses „Glasgeschichte und Glasgestaltung“ im Kunstmuseum Düsseldorf ab. Die Tagung führte etwa 100 Glashistoriker, Künstler, Sammler und Galeristen zusammen. Sie ist die einzige Fachtagung dieser Art in Düsseldorf.

Wie schon in den vergangenen Jahren so engagierten sich auch im Berichtszeitraum Mitarbeiter des Hauses in städtischen Projekten, Jurys und Fachverbänden. Dr. Helmut Ricke wurde zum Präsidenten des deutschen Nationalkomitees der „Association Internationale pour l'Histoire du Verre“ gewählt. Dr. Hans Albert Peters war Kommissar des deutschen Beitrags zur 6th Triennale India, New Delhi. Dr. Friedrich W. Heckmanns erhielt den Preis der Camille-Graeser-Stiftung.

1986 wurde das Kunstmuseum Düsseldorf von 130.589 Personen besucht, 1987 wurden 107.515 Personen gezählt und 1988 noch 72.073. Wie sich in der Statistik bis in die 70er Jahre hinein verfolgen läßt, hängt die Besucherzahl des Museums unmittelbar von großen Ausstellungen überregionaler Bedeutung ab. Die hohe Besucherzahl im Jahr 1986 geht nicht nur auf die größere Attraktivität des Hauses nach dem Umbau zurück, sondern auch auf zwei Ausstellungen: „Im Lichte des Nordens“ (ca. 50.000 Besucher) und „Gefühlskollagen. Wohnen von Sinnen“ (ca. 30.000 Besucher).

Auch 1987 konnte das Haus mit „Brennpunkt Düsseldorf“ und „Alfred Flechtheim“ zwei attraktive Sonderausstellungen anbieten. Vergleichbare Veranstaltungen mit internationaler Presseresonanz fehlten 1988.

Seit der Neueröffnung des Kunstmuseums Düsseldorf meldet die Bibliothek steigende Benutzerszahlen. Statistisch erfaßt werden nur die externen Bibliotheksbesucher. 1986 waren es 1.200, 1987 wurde sie von 1.400 Personen in Anspruch genommen und 1988 von 1.500.

Die Pädagogen des Kunstmuseums Düsseldorf betreuen einen hohen Prozentsatz des Stammpublikums. 1988 waren es sogar 42 % aller Museumsbesucher, davon ca. 40 % Kinder und Jugendliche. Alle Veranstaltungen im Jugendprogramm und der Lehrerfortbildung sind doppelstündig, praktische Kurse dauern 6 bis 10 Wochen, Ferienprogramme eine Woche. Im November 1987 begann ein gemeinsames Programm mit dem Stadtmuseum für Schüler der Primarstufe und Sekundarstufe I: „Auf den Spuren von Jan Wellem“, ein vierstündiger Projektvormittag.

	1986		1987		1988	
	Gruppen	Personen	Gruppen	Personen	Gruppen	Personen
Schulprogramm	886	18.463	624	12.257	1.149	25.234
Erwachsenenprogramm: VHS, ASG etc.	184	4.460	129	2.291	104	1.887
Lehrerfortbildung	7	139	15	239	13	233

Museum für junge Besucher

Kinderausstellung „Kunst-Tiere (Ende April)“	239	5.940				
Siebdruckwerkstatt (Juni – Mitte Dez)	162	3.595				
Jugendausstellung „Kunstspäße“			527	12.671		
Praktische Kurse/Ferienprogramme	29	5.213	25	2.839	169	3.195
Insgesamt:	1.507	36.810	1.320	30.297	1.435	30.419

In Bezug auf den Verwaltungsbericht 1983 – 85 ist anzumerken, daß sich die räumliche Notsituation im Stadtmuseum grundsätzlich noch nicht geändert hat. Der 3. Bauabschnitt, der Abhilfe schaffen und eine Umstrukturierung des Sammlungsbereiches im Altbau ermöglichen wird, kann erst Ende 1990 bezogen werden. Das Stadtmuseum hat trotzdem ein intensives Veranstaltungs- und Ausstellungsprogramm durchführen können und war maßgebend an der 700-Jahr-Feier der Stadt Düsseldorf beteiligt.

Öffentlichkeitsarbeit:

Die Arbeit der museumspädagogischen Abteilung wurde mit Hilfe freier Mitarbeiter erheblich gesteigert, besonders das Programm mit Schulen und speziellen Gruppen wurde verstärkt.

Der wissenschaftliche Mitarbeiterstab für das Stadtmuseum, das Schifffahrt-Museum und Schloß Benrath ist bei den wachsenden Aufgaben immer noch viel zu klein.

	1986	1987	1988
Besucherkzahlen	42.470	45.008	49.680
Führungen	352	265	345
Ausstellungen	21	32	29
Vorträge	15	6	10
Konzerte	2	2	6
Lesungen	21	19	13
Künstlertgespräche	4	4	4
Hörspielgalerie	6	3	5
Trödelmärkte	1	1	1

Sommertheater im Stadtmuseum:

1986

„Deutsche Geschichte(n)“ mit Peter Thomas Heydrich (9 Veranstaltungen)

1987

„Deutsche Kabarett-Geschichte(n)“ mit Peter Thomas Heydrich (9 Veranstaltungen)

„Zauberwelt der Taschenspieler“. Ein Mann-Zauberspiel mit Wittus Witt (5 Veranstaltungen)

1988

„Deutsche Kabarett-Geschichte(n)“ mit Peter Thomas Heydrich (9 Veranstaltungen)

„Jedermann“ von Hugo von Hofmannsthal Gastspiel der Düsseldorfer-Theater-Truppe (6 Veranstaltungen)

„Aus dem Leben eines Taugenichts“ von Joseph Freiherr von Eichendorff Gastspiel der Düsseldorfer-Theater-Truppe (2 Veranstaltungen)

„Leutnant Gustl“ von Arthur Schnitzler Gastspiel der Düsseldorfer-Theater-Truppe (2 Veranstaltungen)

Verschiedene Veranstaltungen (eine Auswahl):

1986:

- 1.1. Neujahrsempfang
- 2.2. Gerd Fröbe liest Morgenstern und eigene Geschichten
- 12.2. Hoppeditz Begräbnis
- 14.6. Nachbarschaftsfest der Karlstadt

27.6. „Die Zauberwelt der Taschenspieler“ ein Streifzug durch die Geschichte der Zauberkunst von und mit Wittus Witt

7.7. Sommerfest des Einzelhandelsverbandes Düsseldorf e.V.

5.9. Feierstunde zum Gedächtnis an den 85. Geburtstag von Julo Levin

12.9. Deutscher Schneidertag 1986

25.9. Verleihung des Jugend-Glas-Preises 1986

5.11. Festvortrag von Dr. Hans-Joachim Giersberg zum Thema „Friedrich II. als Bauherr. Denkmalpflege an Bauten des 18. Jahrhunderts in Berlin und Potsdam“

1987:

4.3. Hoppeditz Begräbnis

12.6. Kleines Karlstadtfest

7.9. Sommerfest des Einzelhandelsverbandes Düsseldorf e.V.

18.10. Kunstauktion der Karlstadt

10.11. St. Martin

5.12. Kunstauktion des BBK

1988:

5.2. Grundsteinlegung für den 3. Bauabschnitt des Stadtmuseums

17.2. Hoppeditz Begräbnis

28.5. „Die Erzählung der Magd Zerline“ Schauspiel von Hermann Broch (Schauspielhaus Dortmund)

4.6. 60. Geburtstag von Hanns Friedrichs

14.8. Richtfest 3. Bauabschnitt

17.9. Banchetto alla Medici

10.11. St. Martin

10.12. Enthüllung der Medici-Tafel von Pino Alessio am Anna-Maria-Luisa-Medici-Platz

Ferienkurse

1986

Ostern: Geschichten um Jacobe von Baden
Sommer: „Ein Kaiser wird entführt“. Mit Ausflug nach Kaiserswerth

1987

Ostern: Kleider machen Leute. Basteln mit Anziehpuppen

Sommer: Der Neandertaler - ein alter Düsseldorfer Nachbar. Mit Ausflug ins Neandertal

1988

Ostern: Quiz zum Stadtgeburtstag

Sommer: Wassermühlen, Wisente und Wildpferde. Mit Ausflug an die Düssel

Herbst: Wir ziehen den Kurfürsten und die Kurfürstin an. Bastelkurs zur Ausstellung Anna Maria Luisa Medici

Münzen abformen und neugießen.

Ausstellungen 1986

bis 5.1.1986

Ulrich Leman – Gemälde und Graphik
Zum 100. Geburtstag des Künstlers

bis 25.1.1986

E.O. Köpke

Arbeiten von 1960 bis heute

bis 31.3.1986

Michael Westendorff

Plastiken im Garten des Stadtmuseums

12.1. – 2.3.1986

Ewald Mataré

DER TOTE KRIEGER IN KLEVE

Skulpturen, Holzschnitte und Aquarelle – Dokumentation über den „Toten Krieger“ und andere Kriegerdenkmäler

15.1. – 16.2.1986

TURKU – Gesichter einer Stadt

26.2. – 31.3.1986

„O ihr Gejagten alle auf der Welt“

Federzeichnungen von Tisa von der Schulenburg

2.3. – 20.9.1986

1946 – Neuanfang: Leben in Düsseldorf

12.3. - 4.5.1986

Peter Janssen (1906 – 1979)

Zum 80. Geburtstag – Gemälde

9.4. – 13.7.1986

Dekorative Polymere

Schmuck aus Kunststoff 1860 – 1960

Sammlung Kölns

28.5. - 3.8.1986

Das Mostertpöttchen

30.5. – 27.6./10.8.86
 90 Jahre Hafen Düsseldorf
 Hafengeschichte vom Alten Werft bis zum
 Rheinhafen
 bis 27.6.: Deutsche Bank, Hammer Straße
 bis 10.8.: Schifffahrt-Museum im Schloßturn
 11.6. - 17.8.1986
 Carl Barth (1896 – 1976)
 Gemälde und Graphik
 9.7. – 7.9.1986
 „Auf den Antillen“
 Spuren kolonialer Architektur
 Fotos von Maren Heyne
 31.8. – 5.10.1986
 Joseph Enseling (1886 – 1957)
 Zum 100. Geburtstag – Skulpturen
 5.9.86 – 4.1.1987
 Nachlass Julo Levin
 Gemälde, Graphik, Dokumente
 17.9. – 26.10.1986
 Ragnvald Blix – Politische Karikaturen
 24.9.86 – 22.2.1987
 Ossi Somma
 „Die Kreuztragung“
 Skulpturen im Innenhof des Stadtmuseums
 8.10. – 9.11.1986
 Erwin Quedenfeldt (1869 – 1948)
 Das fotografische Werk
 15.10.86 – 11.1.1987
 Sandra Ikse, Göteborg
 Bilder in Textil
 29.10. – 23.11.1986
 Georg Grulich
 Zum 75. Geburtstag – Gemälde
 9.11. – 7.12.1986
 Verein Düsseldorfer Künstlerinnen
 Zum 75. Geburtstag - Düsseldorfer Motive
 21.11.86 – 11.1.1987
 Carl Lauterbach
 Gemälde, Graphik, Dokumente
 3.12.86 – 4.1.1987
 Monika Meschke
 „Frauen“ – Objekte
 10.12.86 – 4.1.1987
 Fritz Cremer
 Zum 80. Geburtstag
 Graphik – Skulpturen

Ausstellungen 1987

– 4.1.1987
 Nachlass Julo Levin
 Gemälde, Graphik, Dokumente
 – 4.1.1987
 Monika Meschke „Frauen“ – Objekte
 – 15.12.1987
 Fritz Cremer – Zum 80. Geburtstag
 Graphik und Skulpturen
 – 11.1.1987
 Sandra Ikse, Göteborg – Bilder in Textil
 – 11.1.1987
 Carl Lauterbach. Zum 80. Geburtstag
 Gemälde, Graphik, Dokumente

– Ende April 1987
 Ossi Somma „Die Kreuztragung“
 Skulpturen im Innenhof
 14.1. – 22.2.1987
 Annemarie Viegener – Gemälde
 14.1. – 22.2.1987
 Faszination Indien
 Schmuck – Skulpturen – Objekte
 21.1. – 18.2.1987
 Giorgos Rigas – Bilder aus Griechenland
 28.1. – 15.3.1987
 Kurt Lewy – Leben und Werk
 12.2. – 8.3.1987
 Modelle und Pläne zum Karlstadt-Jubiläum
 18.2. – 22.3.1987
 Wie Kalevala entstand
 25.2. – 5.4.1987
 Der Düsseldorfer Goldschmied
 Conrad Anton Beumers (1837 – 1921)
 Zum 150. Geburtstag
 15.3. – 20.4.1987
 Die Thoelens – Eine Familiengeschichte von
 der Citadellstraße
 18.3. – 5.4.1987
 2000 Jahre italienische Goldschmiedekunst
 1.4. – 3.5.1987
 Galerie ARS POLONA zu Gast im Stadt-
 museum:
 Ostern – Naive Kunst aus Polen
 8.4. – 17.5.1987
 Lenore Gerber-Sporleder – Zum 75. Geburts-
 tag
 Skulpturen aus Stein
 2.5. – 11.10.1987
 Düsseldorfer Gartenlust
 6.5. – 8.6.1987
 Misch Da Leiden
 Bildwuchs – Entstehung und Struktur von
 Montagen
 20.5. – 16.8.1987
 200 Jahre Karlstadt
 20.5. – 16.8.1987
 Ruth Weber – Objekte zum Museum
 3.6. – 4.10.1987
 GARTEN · HOF · KUNST
 Pflanzenobjekte im Innenhof des Stadt-
 museums
 Horst Schümmelfelder · Landschaftsarchitekt
 Uwe Stöcker · Innenarchitekt
 28.6. – 23.8.1987
 Die Schenkung Wendt
 Gemälde und Graphik
 Katharina Wendt zum Gedächtnis
 12.7. – 13.9.1987
 Ausstellung im Schifffahrt-Museum:
 Fürstliches Reisen auf dem Rhein
 26.8. – 11.10.1987
 ZAUBERKÄSTEN · Sammlung Wittus Witt
 30.8. – 27.9.1987
 Ernst Bursche · Zum 80. Geburtstag ·
 Gemälde und Graphik

2.9. – 4.10.1987
 RHEINGUT
 Hans Petrovič – Schmuck aus Fundstücken
 Dieter Süverkrüp – Smog aus dem Fundus
 8.9. – 1.11.1987
 Galerie Schoeller zu Gast im Stadtmuseum:
 George Rickey – Skulpturen
 4.10. - 15.11.1987
 Berberschmuck und Berberburgen
 14.10. – 8.11.1987
 GOLD – SILBER – BROM
 J. Bernhard Etschenberg
 Schmucke Körperteile
 Norbert Ferkinghof
 Fotografie im Schmuckkörper
 21.10.1987 – 3.1.88
 Düsseldorfer Kunstszene 1933 – 1945
 28.10. – 6.12.1987
 IM FADENKREUZ
 Textilkunst Düsseldorf
 14 Künstler zeigen aktuelle Kunst aus textilem
 Material
 4. – 17.11.1987
 Alejandro Canales, Nicaragua
 NICARAGUA MUSS ÜBERLEBEN
 Zum Wandbild an der Rochusstraße
 Entwürfe und Grafiken
 11.11. – 6.12.1987
 Sigrid Wachenfeld
 Zeichnungen und Gemälde
 22.11.87 – 10.1.1988
 Weihnachten im Erzgebirge
 „Haus für Volkskunst“ zu Gast im Stadt-
 museum
 29.11.87 – 17.1.1988
 Eberhard Westphal – Mediale Landschaften
 Margrit Westphal · Keramik und Porzellan
 9.12.87 – 10.1.1988
 Herma Körding
 Malerei aus 35 Jahren
 16.12.87 – 14.2.1988
 Theo Champion zum 100. Geburtstag
 Gemälde und Graphik

Ausstellungen 1988

– 3.1.1988
 Düsseldorfer Kunstszene 1933 – 1945
 – 10.1.1988
 Weihnachten im Erzgebirge
 – 10.1.1988
 Herma Körding · Malerei aus 35 Jahren
 – 17.1.1988
 Eberhard und Margrit Westphal
 – 13.2.1988
 Theo Champion zum 100. Geburtstag
 17.1. – 13.2.1988
 Hogenbergs Kupferstiche zur „Fürstlich Gülü-
 schen Hochzeit“ des Dietrich Graminäus
 20.1. – 21.2.1988
 Vladimir Trojevič · Gemälde

23.1. – 6.3.1988
SAIL '86 · Windjammerparade in Bremerhaven
Fotografien von Wolfhard Scheer
(Ausstellung im Schifffahrt-Museum)

27.1. – 28.2.1988
Gustav Österberg · Ein dänischer Künstler im Widerstand

31.1. – 28.2.1988
Franz Monjau · Gemälde und Graphik
Zur Erinnerung an den 85. Geburtstag

24.2. – 10.4.1988
Ein Düsseldorfer Regiments-Silber von 1891

2.3. – 4.4.1988
Wilhelm Hable · Plastiken

5.3. – 17.4.1988
GOYA · Die Radierungen
Sammlung Fundación Juan March, Madrid

10.3. – 10.4.1988
Takako Saito · Eine Japanerin in Düsseldorf – Objekte

20.4. – 29.5.1988
Ein Jugendstilcollier von Max Benirschke

20.4. – 8.5.1988
Düsseldorfer Postkarten · Projekt Gabriele Henkel

27.4. – 23.5.1988
Olga Kaloussi „Griechenland 2000“ · Fotos – Texte

27.4. – 31.7.1988
Düsseldorfer Brückengeschichte
(Ausstellung im Schifffahrt-Museum)

11.5. – 19.6.1988
Milein Cosman · Gemälde und Zeichnungen

15.5. – 21.8.1988
DIE DÜSSEL

4.6. – 28.8.1988
40 Jahre Mode in Düsseldorf
Hanns Friedrichs zum 60. Geburtstag
Eine Ausstellung der Modeabteilung des Stadtmuseums

8.6. – 16.10.1988
QUICKSTEP durch die Stadtgeschichte

22.6. – 31.7.1988
Arthur Kaufmann zum 100. Geburtstag
Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Dokumente

13.8. – 23.10.1988
Wie entsteht ein Denkmal?
Dokumentation zum Stadterhebungsmonument von Bert Gerresheim

28.8. – 18.9.1988
Gemeinschaftsinstallation „Spirale“ · Gruppe 700 + 6

17.9. – 20.11.1988
ANNA MARIA LUISA MEDICI
Kurfürstin von der Pfalz

17.9. – 20.11.1988
Pino Alessio · Per Anna Maria Luisa · OGGETTI

19.10. – 27.11.1988
Rudolf Werner Ackermann · Aquarelle

26.10. – 27.11.1988
Hommage à Dinah Gottlieb – ein visuelles Essay von Youval Yariv

2. – 27.11.1988
Verjagt, ermordet
Zeichnungen jüdischer Schüler · 1936 – 1941

20.11. – 18.12.1988
Hilfe für deutsche Künstler 1946 – 1949
Mieke Monjau zum 85. Geburtstag

29.11.88 – 29.1.1989
SCHMUCK UND TEXTIL AUS NORWEGEN
1.12.88 – 15.1.1989
Friedrich Wilhelm Murnau
Zum 100. Geburtstag

7.12.88 – 8.1.1989
Kleindeutschland
Das deutsche Viertel in New York · Fotoausstellung

Schifffahrt-Museum, Schloßturm

1. Bau- und Restaurierungsmaßnahmen

Mit der Eröffnung des Schifffahrt-Museums im Schloßturm ging am 14.01.1984 für eine der bedeutendsten Sammlungen zur deutschen Binnenschifffahrt eine lange Periode behelfsmäßiger Magazinierung zu Ende: Die um 1932 begonnene Sammlung war rasch gewachsen und 1937 in der Grünen Halle des Planetariums erstmals ausgestellt worden, mußte jedoch seit 1939 vor den Gefahren des Zweiten Weltkrieges außerhalb Düsseldorfs und nach 1945 in Notmagazinen aufbewahrt werden. Erst 1965 konnten das im Vorjahre in sein heutiges Gebäude eingezogene Stadtmuseum und die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Schifffahrtmuseums in gemeinsamer Anstrengung Ausstellungen aus den auch in den Kriegs- und Nachkriegsjahren laufend erweiterten Beständen veranstalten und den ersten Bestandskatalog der Modellsammlung vorlegen. Die unermüdlichen Bemühungen der Museumsleitung und der Fördergesellschaft, der Öffentlichkeit die Bedeutung der Sammlung ins Gedächtnis zu rufen, führten 1979 zum Ratsbeschluß, den Düsseldorfer Schloßturm baulich wiederherzustellen und zur dauernden Bleibe des Schifffahrt-Museums zu bestimmen. Die 1978 beschlossene Restaurierung konnte 1981 – 1983 dank der finanziellen Unterstützung durch den Landschaftsverband Rheinland und die „Aktion Schloßturm“ durchgeführt werden, die über zwei von den veranschlagten 4,9 Millionen DM erbrachte. So wurde es möglich, den wiederentdeckten unteren Gewölbekeller mit Mauerwerk des 14. und Kuppel des 16. Jahrhunderts durch ein unterirdisches Außentreppehaus zu erschließen und museal zu nutzen. Sieben Voll- und zwei Halbgeschosse nehmen nun rund 80 der über 100 vorhandenen Schiffsmodelle auf, 20 Modelle und Originale von Schiffs- und Stromgeräten ergänzen ebenso wie weitere schiffahrtsbezogene Gegenstände, Urkunden, Fahrpläne, Plakate, Denkschriften, Konstruktionszeichnungen und bildliche Darstellungen zum Thema „Ströme und Schiffe“ die Modellsammlung

und bieten so einen Überblick über 3000 Jahre Schifffahrt auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen, über Schiffsverkehr vom Strom zur See und auch auf Weser, Elbe, Oder und Donau, in chronologischer Folge unter Berücksichtigung sachlicher Zusammenhänge. Aus dem wiederentdeckten unteren Kellergewölbe steigt der Besucher auf, bis er in der „Laterne“ freien Blick auf die Rheinschifffahrt der Gegenwart gewinnt und über die Landeshauptstadt, deren baulicher Zustand als Residenzstadt des 18. Jahrhunderts mit ihren Befestigungsanlagen an einem großen Stadtmodell ablesbar ist.

Die breitgefächerte Sammlung in ihrem historischen Gehäuse, das zu den Wahrzeichen der Düsseldorfer Altstadt gehört, fand auf Anhieb breiten Zuspruch des Publikums.

2. Öffentlichkeitsarbeit und Ausstellungen

1985 war das erste „Normaljahr“ des Schifffahrt-Museums. Während die Besucherzahlen von 1984 wesentlich vom Interesse der Düsseldorfer an dem lange nicht zugänglichen historischen Bauwerk ausgelöst waren, haben sie sich seit 1985 bei Zahlen zwischen 25.000 und 30.000 eingependelt. Mit besonderer Genugtuung kann festgestellt werden, daß sich der Anteil der Schüler an den Museumsbesuchen bei rund einem Viertel der Gesamtzahl bewegt. Die starke Nachfrage nach geleiteten Besuchen konnte durch die Einrichtung regelmäßiger Sonntagsführungen und durch die Gewinnung weiterer freier Mitarbeiter befriedigt werden.

Neben den seit 1985 durchgeführten Kinderferienkursen führen seit 1988 das Stadtmuseum, das Kunstmuseum und das Schifffahrt-Museum ganztägige Veranstaltungen der Düsseldorfer Schulen zum Thema „Jan Wellem“ an zwei Tagen in der Woche durch, die auf Monate ausgebucht sind.

Ende 1988 hat das Schifffahrt-Museum als Vorreiter für die übrigen Schifffahrt-Museen am Rhein mit der wissenschaftlichen Bearbeitung des Modellbestandes begonnen (im Rahmen einer ABM-Maßnahme). Für rund 20 Ausstellungen in Düsseldorf, Neuss, Kempen, Bonn, Koblenz, Dillingen, Minden, Hoya und Braunschweig stellte das Museum wertvolle Leihgaben zur Verfügung.

Anlässlich der 90-Jahrfeier des Düsseldorfer Rheinhafens wurde 1986 die erste Sonderausstellung ausgerichtet, 1 – 2 weitere folgen in jährlichem Turnus. Anlässlich des Stadtjubiläums erarbeitete das Schifffahrt-Museum die Ausstellung „700 Jahre Stadt Düsseldorf“ auf der „Boot '88“, die von 44.000 Besuchern gesehen wurde.

Spezielle Programme für Kinder und Senioren begleiten jeweils die Sonderausstellungen, die wegen der ungewöhnlichen Raumsituation des Schloßturmes und des Fehlens eines eige-

nen Wechselausstellungsraumes in die Dauer- ausstellung integriert werden müssen.

Die mit erheblichem Aufwand verbundene Restaurierung im Zweiten Weltkrieg beschädigter Modelle konnte in Angriff genommen werden.

3. Erwerbungen

Die Modellsammlung konnte im Berichts-

4. Besucherzahlen

insgesamt	1984	69.595
	1985	29.594
	1986	25.463
	1987	27.489
	1988	23.647

Führungen	1984	70
	1985	89
	1986	91
	1987	88
	1988	113

zeitraum durch wertvolle Schenkungen und Leihgaben beträchtlich erweitert werden. Da nur geringe Ankaufsmittel zur Verfügung standen, ist das Museum bei der Abrundung und Ergänzung seiner Bestände weiterhin auf die „Gesellschaft der Freunde und Förderer“ angewiesen. 1985 erwarb das Museum das 1935 entstandene Ölbild „Der tote Fischer“ von Fritz Burmann. 1986 gelangte als Geschenk eine anonyme englische Zeichnung von 1825 in die Sammlung, die ein wichtiges

davon Schüler:	7.743
dto.	7.221
dto.	6.691
dto.	8.708
dto.	6.458

Vorträge 1987	1
1988	3

topographisches Dokument für den berühmten Düsseldorfer steinernen Kran und den Sicherheitshafen aus der Wende zum 17. Jahrhundert darstellt. 1987 wurde eine Rheinansicht des Künstlers E.O. Köpke erworben, 1988 ein großformatiges Gemälde von G. Hambüchen.

Ausstellungen:

1986	Düsseldorfer Hafengeschichte	30.05. - 31.07
1987	Fürstliches Reisen auf dem Rhein	12.07. - 13.09.
1988	„700 Jahre Stadt Düsseldorf“ auf der „boot '88“	23.01. - 31.01.
	Sail '86	23.01. - 30.04.
	Düsseldorfer Brückengeschichte	28.04. - 31.07.

41/207 – Schloß Benrath

1. Bau- und Restaurierungsmaßnahmen

In Zusammenhang mit den Arbeiten am Schloßvorplatz (Herausnahme der Wuppertaler Wasserleitung, Regulierung der Höhenlage, der Entwässerung, Kanalisation, feste Straßendecke) fielen auch Arbeiten an den Gebäuden und Toreingängen an. Der Schloßvorplatz war durch Maßnahmen zu verschiedenen Zeiten in Unstand und bot mit den verschiedenen Materialien, Asphalt mit Flickstellen, Pflaster, rote und schwarze Asche, sandfarbener Kies einen unansehnlichen Eindruck, der der ursprünglich einheitlichen Gestaltung entgegenstand. Ziel der Maßnahme war neben der Regulierung der Höhenlage und Ableitung des Wassers von den Gebäuden weg eine einheitliche, den ursprünglichen Kiesbelag nahekommende Weggestaltung. Wegen des zeitweisen Autoverkehrs (bei Veranstaltungen, Feuerwehr und Müllabfuhr) durfte die Entwässerung nicht mehr wie bisher in den Weiher erfolgen. Damit wurde eine neue Kanalführung und eine feste Straßendecke notwendig, die mit einem Rieselbelag aus gewaschenem und gemischtem gerundeten Kleinkies auf Silikon aufgebracht wurde, um in Farbe und Material das ästhetisch notwendige einheitliche Bild zu erreichen. Im Zuge dieser Maßnahme, bei denen im Erdreich eine alte Itterbrücke des 17. Jahrhunderts gefunden wurde, die vom Amt für Bodendenkmalpflege beim Landesmuseum Bonn aufgenommen wurde, fielen Arbeiten an Stufen und Rosten an den Eingängen zu den Flügelbauten und Torhäusern, sowie Regenkanäle an den Torhäusern und

Toreingängen an. Tore und Gitter an der Weihereinfassung wurden abschließend gestrichen.

Die nicht mehr zu befestigenden Löwenköpfe an der Fassade des Hauptgebäudes (vgl. Bericht 1985) wurden durch Abgüsse ersetzt und die Originale in das Lapidarium übernommen.

Turnusmäßig wurden 1986 und 1988 Uhrengruppe und Giebel der Nordfassade, 1987 die Dianagruppe der Südseite gereinigt und hydrophorbiert. Nach Anschaffung einer Hebebühne konnten die architektonischen Gliederungen und dekorativen Teile der Fassaden, die Giebel der Seitenfronten und die Gartenfiguren ohne Einrüstung durch den eigenen Restaurator gereinigt, zum Teil nachgefaßt und hydrophorbiert werden. Er übernahm auch die Beseitigung er Fassadenbeschmierungen und Schadensbehebungen, für die er allein 1988 eine Arbeitszeit von fünf Wochen aufwenden mußte.

Die Sanierung und Restaurierung der steinernen Schilderhäuschen auf der Nordseite, die 1983 zurückgestellt werden mußten, wurden im Berichtszeitraum durchgeführt. Mit den Steinmetzarbeiten an den dekorativen Teilen des westlichen Schilderhäuschens und deren Einbau war das westliche 1986 fertiggestellt. Das östliche Schilderhaus, das schwere Kriegsschäden aufwies, mußte vollkommen abgebaut und wiederaufgerichtet werden. 1987 waren auch die Arbeiten abgeschlossen.

1987 wurde mit der 1983 zurückgestellten dringend notwendigen Sicherung und Sanierung des östlichen Innenhofs im Hauptgebäude begonnen. Nach Öffnung des Dachs, zeigten sich größere Schäden als zunächst angenommen worden waren. Da die Abstützung des Firstbalkens verfault war, gestalteten sich wegen der komplizierten Baukonstruktion des Schlosses – Aufhängung der Deckenbalken von Erd- und Obergeschoßräumen am Dachstuhl – die Sicherungsarbeiten äußerst schwierig. So waren die Eingriffe umfangreicher und erforderten besondere Vorsicht. Alle Kamine mußte neu hochgezogen werden. Die Schieferdeckung erfolgte nach Befund und dem Vorbild des westlichen Innenhofs. Nach Abschluß der Dacharbeiten erhielten die Innenhöfe in Absprache mit dem Landeskonservator einen farblich getönten Anstrich, der auch die Sandsteineinfassungen in das Farbkonzept – nach Befund – einbezog.

Turnusmäßig wurden im Innenbau die Reinigungsarbeiten und die Beseitigung von Fröhschäden vorgenommen. Durch Anschaffung eines hohen fahrbaren Gerüsts entfielen fortan die Einrüstungsarbeiten für den Kuppelsaal. Die Reinigung bis zum ersten Kuppelring kann nun durch den hauseigenen Restaurator vorgenommen werden. Die Deckenbilder der Gartensäle, die Stückfassung des Kuppelsaals wiesen besorgniserregende klimatisch bedingte Schäden auf. In Absprache mit dem Landeskonservator wurden Sicherungsmaßnahmen durchgeführt, doch bleibt abzuwarten, ob diese bei den Klimaschwankungen während der Veranstal-

tungen weitere Schäden ausschließen. Die Restaurierung des Zwischengeschosses konnte im Berichtszeitraum in einzelnen Abschnitten bis auf wenige Arbeiten abgeschlossen werden. Die farblichen Anstriche erfolgten nach dem Originalbefund. Die klimatisch bedingten Schäden am Parkett im Erd- und Obergeschoß wurden 1986 und 1988 behoben, der Boden in Raum 25, der bereits im 19. Jahrhundert restauriert wurde, weitgehend erneuert.

Für die Erneuerung der Kaskaden wurden im Berichtszeitraum die Voruntersuchungen, die Befundicherung an Bauwerk und Umgebung, sowie die Arbeiten im Archiv getroffen und Ende 1988 mit den Arbeiten im oberen, östlichen Becken, der Kump, begonnen.

2. Sammlungstätigkeit

1986 gelang es, ein 30teiliges Service der Manufaktur des Bauherrn, Frankenthal zu erwerben, das reich mit Früchten und Blüten bemalt ein für das Land- und Gartenschloß und das hier gesuchte „natürliche“ Leben geeignetes Geschirr bildet. Es zeichnet sich aus durch seine farbenfrohe und frische Darstellung und die reiche Variation der Motive, die sich nicht wiederholen.

1987 kamen einige ergänzende Einzelstücke hinzu. Im gleichen Jahr erhielt die Sammlungsgruppe des Frankenthaler Porzellan 1 Paar mit feuervergoldeter Bronze montierte Vasen, die in Form, Material und Dekor zu den Prunkstücken der Manufaktur gehören. In der weißen Reserve, einem Band um den Vasenkörper, in apfelgrünem, Gold staffierten Fond und Relief hat Jacob Osterspays Eisenrot Darstellungen der Erde und Wasser verbundenen Gottheiten gemalt. In Material, Form und Qualität sind die Vasen geeignet, die verlorenen Prunkvasen (Girandolen) auf den Konsolen der Gartensäle zu ersetzen.

Eine zweischüßige Kommode, Rosenholz mit intarsierten Gehängen aus Musikinstrumenten und Blütenzweigen fügt sich 1987 mit ihrer strenger Form des Transition-Stils in das Ensemble der kleinen Räume ein.

Trotz der geringer gewordenen Ankaufsmittel konnten 1988 zwei besondere Möbel für die Sammlung erworben werden: Ein Tisch,

41/208 – Löbbecke-Museum + Aquazoo

Das Bunkergebäude Speldorfer Str. wurde am 01.07.1986 für die Besucher geschlossen. Ab der 2. Julihälfte 1986 begann der Umzug des Institutes in den Neubau im Nordpark. Parallel zum Umzug machten die Einrichtungsarbeiten enorme Fortschritte. Es gab jedoch erhebliche zeitliche Engpässe in der Fertigstellung einiger Bereiche, insbesondere beim Landschaftsterrarium, Landschaftsaquarium und Lebensraum Bach. Trotz dieser Verzögerun-

Rosen- und Palisanderholz, auf schlanken geschweiften Beinen und mit ausschwingender Zarge, hinter der in voller Länge des Tischchens eine Schublade läuft; signiert François Reizell und mit dem Pariser Innungstempel versehen. In seiner Eleganz und seinem sparsamen Dekor geht es mit der Raumkunst Benraths zusammen; ferner ein interessantes Mehrzweckmöbel, das der privaten und multifunktionalen Nutzungsbestimmung der Schloßräume entspricht. Das Möbel in Form einer Kommode, ist mit einem Arbeitskasten unter der Kommodenplatte, mit einem herausziehbaren Tablar und einer an der Rückseite über die volle Breite nach rechts herausziehbaren schmalen Schublade und einem herausziehbaren seidenbespannten Licht- und Kaminschirm, vielseitig – als Kommode, Arbeits- und Schreibtisch und als Licht- und Kaminschirm zu benutzen.

Die Graphiksammlung hat mit einigen Darstellungen von Gartenfesten des französischen Hofes einige wenige Zugänge zu verzeichnen. Geschenkt wurden ein Gemälde von Coypel, Diana im Bade und eine Reisholzer Gemarkenkarte von 1822.

Von den originalen Kaminböcken, Paris um 1780, wurden für den 2. Kamin des Kuppelsaals Abgüsse hergestellt.

Die Restaurierung bzw. Vergoldung der 5teiligen Sitzgarnitur wurde fortgeführt.

3. Öffentlichkeitsarbeiten

Das 1985 eingeführte Führungsprogramm hat sich bewährt. 1988 mußten zusätzliche Führungskräfte herangezogen werden. Der Kastellan war in das Programm und für besondere Gruppen einbezogen. Die Museumsleitung bot fortlaufende Führungsreihen an. An Sonderführungen fanden statt:

1986 186 Schulklassen
227 Gruppen
1987 192 Schulklassen
284 Gruppen
1988 218 Schulklassen
327 Gruppen

Um den Andrang an der Tür zu vermeiden, wurden seit 1987 die Vorbereitungen für die Verlegung des Kassenraums in das Souterrain

gen gelang es, den Eröffnungstermin am 10.07.1987 einzuhalten. Obwohl weniger als ein Jahr für die Einrichtung des Hauses zur Verfügung stand, war die Ausstellungseinrichtung am Eröffnungstag zu 95 % fertig. Angesichts der Eröffnungen von anderen Naturmuseen der letzten Jahre war dies zweifellos als ausgesprochen gutes Arbeitsergebnis zu bezeichnen. Dies war jedoch nur mit tatkräftiger Unterstützung anderer städtischer Ämter

getroffen und hier das Lapidarium und die Ausstellung über die Vorgängerbauten erweitert und systematisiert.

Im Besucherzeitraum fanden die Wandelkonzerte weiterhin statt.

4. Publikationen

Das Bildheft, Das ländliche Fest – Der Schmuck des Schlosses bearbeitet von Irene Markowitz und der Führer von Schloß Benrath ebenfalls bearbeitet von Irene Markowitz wurden in verbesserten Auflagen herausgebracht. Kurzführer in Fremdsprachen zum Teil nachgedruckt.

5. Besucherzahlen

1986 43.713 Zahlende
6.574 nicht Zahlende, bzw. 18710 einschließlich der 9168 Besucher des Heimatmuseums (gemeinsame Eintrittskarte) und der Familienmitglieder bei Familienkarte insgesamt: **51.711**

1987 33.595 Zahlende
19.810 nicht Zahlende (davon 9.776 Besucher des Heimatmuseums, gemeinsame Eintrittskarte und der Familienmitglieder bei Familienkarte insgesamt: **53.444**

1988 43.713 Zahlende
6.513 nicht Zahlende (23493 einschließlich der 10.700 Besucher des Heimatmuseums und der Familienkarten) insgesamt: **50.287**

Tag der offenen Tür am 19.06.88
1.200 Besucher

Hierbei ist die Schließung des Schlosses bei Empfängen und Konzerten zu berücksichtigen.

Außer an den Feiertagen und Montagen war das Schloß

1986 13
1987 19
1988 21 Tage geschlossen.

1988 wurden bei Schließung des Schlosses 2.430 Besucher registriert, die das Schloß nicht besichtigen konnten.

möglich. Zur Unterstützung bei den Einrichtungsarbeiten wurden 18 Mitarbeiter aus anderen Ämtern zum Löbbecke-Museum und Aquazoo abgeordnet. Die Präparationswerkstatt wurde durch 2 zusätzliche Mitarbeiter verstärkt.

Die Eröffnung des Hauses wurde unter großer Anteilnahme der Bevölkerung gefeiert. Ein 10-tägiges Rahmenprogramm bei freiem Eintritt

in das Haus wurde vom Freundeskreis Löbbecke-Museum und Aquarium sowie vom Werbe- und Wirtschaftsförderungsamt veranstaltet. Das Interesse und der damit verbundene Besucherandrang war unerwartet hoch. Bereits nach weniger als einem Jahr, am 05.07.1988, wurde der einmillionste Besucher gezählt. In 1987 und 1988 war das Löbbecke-Museum und Aquazoo das besucherstärkste Düsseldorfer Kulturinstitut und zählte mehr Besucher als alle anderen örtlichen Kulturinstitute zusammen.

Der hohe Besucherandrang ergab auch eine unerwartet hohe Abnutzung der Ausstellungsbereiche. Bereits im Dezember 1987, also weniger als 6 Monate nach der Eröffnung, begannen die ersten Renovierungsarbeiten. So mußte der Parkettboden neu versiegelt und der Teppichboden teilweise erneuert werden. Schon kurz nach der Eröffnung wurde erkannt, daß die Befestigung des Vorplatzes mit Steinplatten erforderlich ist, da der vorherige Aschenbelag zu einer zu starken Verschmutzung und damit verbundenen Abnutzung im Hause führte. Diese Maßnahme wurde im November 1988 durchgeführt.

Der Bunker Speldorfer Str. wurde bis zum Ende des Berichtszeitraumes zum größten Teil ausgeräumt. Lediglich die Pallenberg-Sammlung sowie Teile der paläontologischen und mineralogischen Sammlungen waren noch im Bunker untergebracht. Es ist vorgesehen, die Pallenberg-Sammlung nicht mehr im Löbbecke-Museum und Aquazoo, sondern in noch bereitzustellenden Räumen des Naturkundlichen Heimatmuseum Benrath endgültig unterzubringen. Hinsichtlich der weiteren Nutzung des Bunkers sind Untersuchungen begonnen worden, ob das Gebäude zukünftig Musikgruppen bereitgestellt werden kann.

Der Bereich der Pädagogik wurde wegen der hohen Nachfrage der Schulen erweitert. Die Pädagogenstelle im neuen Haus wurde von 20 auf 40 Wochenstunden erhöht. Für den Gymnasialbereich erfolgte Unterstützung durch 2 vom Regierungspräsidenten abgeordnete Lehrkräfte. Die Zahl der unterrichteten Schulklassen hat sich gegenüber dem alten Gebäude nahezu verdreifacht.

Im Bereich der Entomologie wurde 1988 die elektronische Datenverarbeitung eingeführt. Die Bearbeitung der Insektensammlungen erfolgt seitdem über einen Personal-Compu-

ter. Mit der Arbeitsgemeinschaft rheinisch-westfälischer Lepidopterologen e.V. wurde am 06.07.1988 ein Vertrag über den Status der Landessammlung nordrhein-westfälischer Lepidopteren abgeschlossen. Über diese Landessammlung bestand bereits ein Vertrag, der vermutlich in der Zeit von 1934 – 1936 geschlossen wurde, jedoch nach dem Kriege nicht mehr aufzufinden war. Mit dem neuen Vertrag konnten die Rechtsunsicherheiten über den Status und die Eigentumsverhältnisse der Sammlung endgültig geklärt werden.

Veranstaltungen

- Eröffnung des Löbbecke-Museum und Aquazoo am 10.07.1987
- Tag der offenen Tür vom 11. – 19.07.1987 mit zahlreichen Freiluftveranstaltungen vor dem Haus sowie Vorträgen im Hause
- Anfang 1988 wurden Beratungsstunden eingeführt. In diesen regelmäßig stattfindenden Sprechstunden werden unter fachkundiger Leitung interessierte Aquarianer, Amphibien- und Reptilienliebhaber sowie Mineralien- und Fossilien Sammler beraten.
- Ab September 1988 wurde in Zusammenarbeit und mit finanzieller Unterstützung des Freundeskreises Löbbecke-Museum und Aquarium e.V. eine neue Vortragsreihe veranstaltet. In den nahezu monatlich im Winterhalbjahr stattfindenden Vorträgen werden Themen aus dem Bereich der Biologie und Ökologie, oft mit aktuellem Bezug zum Zeitgeschehen, von namhaften Naturwissenschaftlern dargelegt und diskutiert. Das Interesse der Bevölkerung an dieser Veranstaltungsreihe hat sich als außerordentlich hoch erwiesen.

- In den Oster- und Sommerferien fanden bei regem Interesse tägliche Programme und Sonderaktionen für Kinder statt.
- Im Bereich der Lehrerfortbildung wurden in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut Düsseldorf und dem Regierungspräsidenten Düsseldorf Unterrichtsgänge für alle Schulformen vorgestellt. Zum jeweiligen Thema erhielten Lehrer Hintergrundinformationen.
- EUAC-Workshop vom 27. – 29.09.1987
- Tagung der Fachgruppe naturwissenschaftlich-technischer Museen des Deutschen Museumsbundes am 23.11.1987
- Am 19. und 20.11.1988 wurde erstmals in Zusammenarbeit mit der Entomologischen Gesellschaft Düsseldorf e.V. der Westdeutsche Entomologentag als Folgeveranstaltung der bisherigen Insektentauschbörse durchgeführt.
- Am 09. und 10. September 1988 wurde zum erstenmal ein Workshop unter dem Titel „Systematik und Nomenklatur der Insekten“ veranstaltet.

Publikationen

Im Berichtszeitraum hat das Institut folgende Veröffentlichungen über das Haus herausgegeben:

- Jahresbericht 1985
- Jahresbericht 1986/1987
- Löbbecke-Museum und Aquazoo – Veröffentlichung zur Eröffnung des neuen Hauses im Juli 1987
- Löbbecke-Museum und Aquazoo – Erläuterungen zur Stammesgeschichte und Biologie der ausgestellten lebenden Tiere, 6. erweiterte Auflage 1988
- Löbbecke-Museum und Aquazoo – Kurzinformationen

Die Entwicklung der Besucherzahlen

	1986	1987	1988
Besucher gesamt	56.184	562.341	751.308
Schulklassen insgesamt	546	1.482	4.428
Schüler gesamt	11.366	35.295	108.213
Unterrichtete Schulklassen	159	181	495
Unterrichtete Schüler	3.718	4.446	12.106

41/209 – Naturkundliches Heimatmuseum Benrath

Die bisher von der Feuerwehr und vom Schloßgymnasium im westlichen Schloßflügel genutzten Räume wurden im Berichtszeitraum renoviert und als zusätzliche Ausstellungsfläche des Museums eingerichtet. In Raum 13 wurde im Mai 1986 das Landschafts-Großdiorama fertiggestellt und der

Öffentlichkeit vorgestellt. Mit der Eröffnung der Sonderausstellung „Panguana – Wald und Wasser im tropischen Südamerika“ am 23.10.1988 konnten die Räume 14 - 18 erstmals für die Ausstellung genutzt werden.

Am 01.04.1987 trat Herr Dr. Hubert Heuwin-

kel als Nachfolger von Herrn Dr. Behrend Hohorst seinen Dienst als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Naturkundliche Heimatmuseum Benrath an. Die langjährige Pädagogin, Frau Inge Lackinger wurde am 14.07.1987 verabschiedet. Ihre Nachfolge trat Herr Frank Hairbucher an. Das Interesse

der Schulen am Biologie-Unterricht im Museum ist weiterhin gestiegen. Durch eine Erhöhung der Haushaltsmittel für die Pädagogik konnte der Unterrichtsplan diesem gestiegenen Interesse angepaßt werden. Der Unterricht wurde von 3 Tage auf 4 Tage pro Woche erweitert. In den Oster- und Sommerferien wurden regelmäßig Ferienaktionen veranstaltet.

Anfang 1986 wurde ein Museumsführer für Kinder herausgegeben. Die Textbeiträge und Zeichnungen zu dieser Druckschrift fertigten Teilnehmer des Sommerferienprogrammes 1985.

Es fanden folgende Sonderausstellungen statt:

- Naturstudien - Zeichnungen, Radierungen von Gisela Cornelissen 11.09. - 30.10.1986

41/210 - Goethe-Museum

Das wichtigste Ereignis im Berichtszeitraum war die Übersiedlung des Goethe-Museums in das Schloß Jägerhof. Nachdem das Hofgärtnerhaus am 26.6.1987 seine Pforten geschlossen hatte, fand - nur zwei Monate später - am 28.8.1987 die Wiedereröffnung des Museums im Schloß Jägerhof statt. Die neukonzipierte ständige Ausstellung zu Goethes Leben und Werk sowie zahlreiche attraktive Sonderausstellungen ließen das neue Haus schnell zu einem Anziehungspunkt für die Besucher werden.

I. Ausstellungen

1986

01.12.85 - 05.01.86

Puppenwelten

19.01. - 02.03.86

Friedrich Justin Bertuch (1747 - 1822) Gastausstellung des Gutenberg-Museums, Mainz, mit Leihgaben des Goethe-Museums Düsseldorf

16.03. - 20.04.86

Friedrich Christian Reinermann (Maler - Zeichner - Radierer) Gastausstellung der Städtischen Sammlungen Wetzlar

04.05. - 15.06.86

Provokation und Anpassung. August von Kotzebue als politische und literarische Gestalt der Goethe-Zeit

24.08. - 25.11.86

Erwerbungen des Goethe-Museums mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen

1987

04.02. - 29.03.87

Goethe-Zeit in Dänemark

22.02. - 24.05.87

„Auf klassischem Boden begeistert“ - Goethe in Italien

- „Der Storch“, 13.12.1987 - 31.05.1988

- „Heimatstadt Düsseldorf - auch in den Vororten“ (Benrath, Holthausen, Reisholz, Hassels, Urdenbach und Wersten in Plänen, Zeichnungen und Photos von 1900-1929), 19.06. - 18.07.1988

- „Panguana - Wald und Wasser im tropischen Südamerika“ 23.10.1988 - 31.12.1989

- Aquarelle mit Blumenmotiven und Motiven der niederrheinischen Landschaft von Berta Worrings, Düsseldorf-Urdenbach 23.10. - 10.11.1988

Besucherzahlen

	1986	1987	1988
Besucher insgesamt:	26.579	30.294	37.995
Schüler in Klassen:	6.219	4.514	6.160
Unterrichtete Schulklassen:	102	88	147

10.05. - 28.06.87

Landschaftsgärten der Goethe-Zeit

04.06. - 28.06.87

Viktoria Brück: Römische Skizzen

1988

25.04. - 23.05.88

Cesare Pavese

Fotodokumentation des Pavese-Archivs, Genua

Italienische Literatur des 20. Jahrhunderts in deutscher Übersetzung. Aus der Sammlung Werner Schweikert.

29.05. - 07.08.88

Düsseldorfer Künstler im Goethe-Kreis, aus Anlaß der 700-Jahr-Feier der Stadt Düsseldorf

13.08. - 11.09.88

William Havell (1782 - 1857) Ausstellung des Reading Museums & Art Gallery, aus Anlaß der Städtepartnerschaft Düsseldorf - Reading (GB)

25.09. - 06.11.88

... „bei Weib-, Magd- und Mutterpflichten“ - Künstlerisch schaffende Frauen im Goethe-Kreis

02.10. - 13.11.88

Johann Heinrich Lips (1758 - 1827) Ein Kupferstecher zwischen Lavater und Goethe. Ausstellung der Kunstsammlungen der Veste Coburg, ergänzt aus den Beständen des Goethe-Museums

27.11.88 - 06.01.89

Weihnachten im Bilderbuch

Bibliophile Kostbarkeiten von der Goethe-Zeit bis zum 20. Jahrhundert. Ausstellung von Annemarie Verwey, ergänzt u.a. aus den Beständen des Goethe-Museums.

- „Mensch Umwelt ...!“ Illustrationen und Cartoons von Egbert Greven, München, 16.11.1988 - 15.02.1989

Die Entwicklung der Besucherzahlen

Die sehr erfreuliche Zunahme der Besucherzahlen ist vornehmlich auf die verstärkte Durchführung von Sonderausstellungen zurückzuführen.

II. Auswärtige Ausstellungen und Leihgaben

12 Ausstellungen des Goethe-Museums wurden 1986 - 1988 im In- und Ausland gezeigt: „Goethe in Italien“ (in Venedig, Bonn, Frankfurt, Kiel, Wien, Hannover, Rom), „Italien, wie Goethe es sah“ (in Stuttgart), „Heimliche Verführung“ (in Bad Homburg), „Goethe-Zeit in Dänemark“ (in Stuttgart, Geesthacht, Kiel).

Leihgaben aus eigenen Beständen wurden für folgende Institutionen und Ausstellungsveranstalter zur Verfügung gestellt: Aachen, Stadttheater - Berlin, Kunstamt Kreuzberg, Staatliches Institut für Musikforschung Preußischer Kulturbesitz, Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz - Bonn, Ernst-Moritz-Arndt-Haus - Düsseldorf, Heinrich-Heine-Institut, Humboldt-Gymnasium, Stadtmuseum, Universitätsbibliothek - Frankfurt, Freies Deutsches Hochstift Frankfurter Goethe-Museum - Hamburg, Kunsthalle - Hanau, Museum Altes Rathaus - Heidelberg, Deutsches Apothekermuseum - Hildesheim, Roemer-Pelizaeus-Museum - Bad Homburg, Museum Gotisches Haus - Kiel, Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek - Mailand, 17. Triennale - München, Stadtmuseum - Münster, Universitätsbibliothek - Ratingen-Hösel, Oberschlesisches Landesmuseum - Regensburg, Universitätsbibliothek - Taormina, Palazzo De Spuches - Trier, Karl-Marx-Haus - Wertheim, Historisches Museum - Wetzlar, Städtische Sammlungen - Wolfenbüttel, Herzog August Bibliothek.

III. Veranstaltungen

Im Goethe-Museum wurden 50 Vorträge, Ausstellungseröffnungen und Konzerte im Berichtszeitraum veranstaltet. Im Frühjahr

1988 wurde eine internationale Arbeitstagung zum Thema „Italienische Literatur in deutscher Sprache“, in Zusammenarbeit mit den Romanischen Seminaren der Universitäten Köln und Düsseldorf durchgeführt. Bundespräsident Richard von Weizsäcker besuchte am 20.04.1988 das Goethe-Museum aus Anlaß des Vortrags von Prof. Dr. Käte Hamburger. Bei der Eröffnung der Ausstellung „Goethe in Italien“ in Wien waren der Präsident der Republik Österreich, der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland und zahlreiche Vertreter des diplomatischen Corps anwesend.

IV. Neuerwerbungen

In den Jahren 1986-1988 wurden angekauft bzw. dem Goethe-Museum geschenkt: 70 Handschriften, 1 Stammbuch, 1 handschriftliches Konvolut, 54 Drucke, Fotos und Faksimiles, 38 Werke der bildenden Kunst, 1 Silhouettenalbum sowie 680 Titel für die Bibliothek. Unter den Handschriften sind zu nennen 1 eigenhändiges Gedicht Goethes aus dem Besitz der Familie Jacobi, Briefe, Manuskripte und Schriftstücke von Goethe, Handschriften seiner Familie und seiner Zeitgenossen, darunter Herder, Hummel, W. v. Humboldt, J.H. Jacobi, Kotzebue, Schelling, J.H.W. Tischbein und Zelter. Zwei bedeutende Manuskripte von J.M.R. Lenz gelangten in die Sammlung: seine Rezension von Goethes Roman „Die Leiden des jungen Werthers“ und ein bisher unbe-

kanntes Manuskript eines kleinen Dramas, „Belinde und der Tod“.

V. Veröffentlichungen

Katalog der Ausstellung „Goethe in Italien“, hg. v. Jörn Göres mit u. a. 5 Beiträgen der Museumsmitarbeiter, Mainz 1986. Vorab erschien anläßlich der Ausstellung in Venedig eine gekürzte italienische Fassung dieses Katalogs.

Katalog der Ausstellung „Goethe-Zeit in Dänemark“, hg. v. Jörn Göres, bearbeitet von Leif Ludwig Albertsen und Roland Daube-Schackat, Düsseldorf 1987.

Katalog der Ausstellung „Landschaftsgärten der Goethe-Zeit“, hg. v. Jörn Göres, bearbeitet von Ulrike Fitner, Düsseldorf 1987.

Faltblätter der Reihe „Anmerkung“

- 46 Friedrich Justin Bertuch
bearbeitet von Siglinde Hohenstein
- 47 Friedrich Christian Reiner mann
bearbeitet von Hartmut Schmidt
- 48 Provokation und Anpassung - August von Kotzebue als politische und literarische Gestalt der Goethe-Zeit
bearbeitet von Roland Daube-Schackat

49 Erwerbungen des Goethe-Museums mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen bearbeitet von Jörn Göres

50 Düsseldorfer Künstler im Goethe-Kreis bearbeitet von Jörn Göres und Roland Daube-Schackat

51 ... bei Weib, Magd- und Mutterpflichten – Künstlerisch schaffende Frauen im Goethe-Kreis
bearbeitet von Gundula Sroka

52 Johann Heinrich Lips (1758–1817) – Ein Kupferstecher zwischen Lavater und Goethe
bearbeitet von Joachim Kruse

53 Weihnachten im Bilderbuch – Bibliophile Kostbarkeiten von der Goethe-Zeit bis zum 20. Jahrhundert
bearbeitet von Annemarie Verweyen.

VI. Besucherzahl und Besucherbetreuung

Die Besucherzahl des Goethe-Museums belief sich 1986 auf 16.282, 1987 – trotz Schließung des Museums über 2 Monate – auf 23.418 und 1988 auf 21.032 Personen.

Von den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Museums wurden im Berichtszeitraum 418 Führungen, Veranstaltungen „sonntags um 11“ sowie Ferienprogramme für Kinder durchgeführt.

Der Direktor und die wissenschaftlichen Mitarbeiter hielten insgesamt 64 Vorträge, Universitäts- und Volkshochschulseminare.

41/211 – Orchester («Düsseldorfer Symphoniker»)

In dem Berichtszeitraum wurde die Struktur der Symphoniekonzerte (12 Programme mit jeweils 2 Wiederholungen) beibehalten. Die Verantwortung für die Konzertprogramme lagen bis zum Ende der Spielzeit 1986/87 beim Generalmusikdirektor Bernhard Klee, seit 1987/88 liegt die Verantwortung vor allem beim Chefdirigenten David Shallon.

Bernhard Klee hat seinen Alban-Berg-Zyklus zu Ende geführt, darüber hinaus zeitgenössische Düsseldorfer Komponisten wie Günther Becker, Jürg Baur und Oskar Gottlieb Blarr aufgeführt, darunter eine Uraufführung. Als künstlerische Höhepunkte der Spielzeit 1986/87 seien das Verdi-Requiem und die Aufführung der II. Sinfonie von Gustav Mahler genannt. Die damit zu Ende gegangene Ära Bernhard Klee wird allgemein als die Zeit in Erinnerung bleiben, in der dem Düsseldorfer Publikum besonders subtile, wohl durchdachte Programme angeboten wurden.

Erklärte Absicht des neuen Chefdirigenten David Shallon war und ist es, möglichst viele Stilrichtungen aufzugreifen, wiederholte Aufführungen von Werken gleicher Komponisten innerhalb einer Spielzeit aber zu vermeiden.

Man begegnet in den Programmen David Shallons seit 1987 ebenso den Standardwerken der Konzertliteratur wie auch weniger bekannten Werken großer Komponisten, insbesondere auch des 20. Jahrhunderts. Neu eingerichtet wurde ein Programm pro Spielzeit, das ausschließlich einem zeitgenössischen Komponisten, der seine Werke selbst dirigiert, gewidmet ist. 1987/88 wurde demgemäß Krzysztof Penderecki, 1988/89 Mauricio Kagel eingeladen.

1987/88 begannen die Düsseldorfer Symphoniker das TONHALLEmagazin herauszugeben, zunächst ein Heft zu jedem Symphoniekonzert, seit der Spielzeit 1988/89 ein Heft monatlich. Das TONHALLEmagazin kann neben den Konzerten abonniert werden und ermöglicht den Musikfreunden, sich rechtzeitig vor einem Konzert anhand der veröffentlichten Beiträge auf die Konzerte sorgfältiger vorzubereiten. Außerdem enthält das Magazin Werkeinführungen zu allen anderen Programmen des jeweiligen Zeitraums (Kammerkonzerte, Sonderkonzerte usw.)

1986 hat der Intendant der Düsseldorfer Symphoniker das Sekretariat für die Jugend

+ Neue Musik gegründet, das von namhaften Persönlichkeiten der Kunstszene, nicht nur der Musik, unterstützt wird (neben Aribert Reimann sind im Künstlerischen Beirat u.a. Prof. Werner Schmalenbach, Friedrich Dürrenmatt vertreten). Das Sekretariat tritt als Veranstalter und Koordinator auch für Aktivitäten freier Gruppen auf. Die betreffenden Konzerte werden seit Beginn der Spielzeit 1988/89 unter dem Titel „Der Klingende Garten“ veranstaltet (unter Anspielung auf einen Titel von Adolf Weismann, dessen Veröffentlichung gleichen Titels von den Nationalsozialisten seinerzeit verboten wurde).

Im Jubiläumsjahr der Stadt Düsseldorf haben die Düsseldorfer Symphoniker die Ausstellung „Entartete Musik“ rekonstruiert und kommentiert (die Ausstellung gleichen Titels haben die Nationalsozialisten im Rahmen der Reichsmusiktag 1938 in Düsseldorf veranstaltet). Die Ausstellung war außerordentlich erfolgreich und wurde anschließend in Frankfurt, Münster, Wien, Zürich, Bern, Berlin, Hamburg, Amsterdam, München, Osnabrück, Saarbrücken und Bremen gezeigt. Weitere Stationen der Ausstellung werden Mailand, Linz (Österreich), Luxemburg, Gütersloh, Nürn-

berg, Israel, DDR und USA sein. Wie viele andere Aktivitäten der Düsseldorfer Symphoniker und des Sekretariats für die Jugend + Neue Musik wurde auch die Ausstellung durch die Hilfe von Sponsoren ermöglicht.

1987 und 88 konnten Sponsoren dazu bewegt werden, das Patronat über die Konzerte mit Neuer Musik zu übernehmen. Andere Sponsoren konnten für die Unterstützung einzelner Programme, die Anschaffung von Dienstinstrumenten, zur Unterstützung von besonderen Publikationen sowie zur Anschaffung eines großen Kopiergeräts, eines Schreibcomputers und Laserdruckers gewonnen werden.

Die Düsseldorfer Symphoniker haben im Berichtszeitraum Sonderpublikationen herausgegeben u. a. zum Gedenken an Norbert Burgmüller sowie anlässlich der Aufführung des Verdi-Requiems ein Sonderprogramm zum Thema Verdi-Manzoni, Joseph Beuys, einen Almanach zum Messiaen Fest 1986, den Ausstellungskatalog „Entartete Musik“ (der in 2. Auflage von einem Düsseldorfer Verlag übernommen wurde); außerdem lag die Veröffentlichung des ausführlichen Programms zum Schumannfest 1988 in Händen der Düsseldorfer Symphoniker, die sich darüber hinaus an Gemeinschaftsprojekten wie „Musik, Theater, Literatur und Film zur Zeit des Dritten Reichs“ und zum Rheinischen Musikfest 1988 auch publizistisch beteiligt haben.

Im Berichtszeitraum wurden neben dem Großprojekt „Entartete Musik“ auch andere Ausstellungen zum Thema Musik veranstaltet, u. a. Musikportrait-Ausstellungen mit Photographien von Walter Schels und Ingrid von Kruse, außerdem eine Gemeinschaftsausstellung mit dem Stadtmuseum zum Weihnachtssingen 1988.

In Zusammenarbeit mit dem Institut Francais, wiederum unterstützt von Sponsoren, konnte 1987 ein französisches Barockmusikfest in der Tonhalle stattfinden. In Zusammenarbeit und mit Unterstützung des WDR Sonderkonzerte mit persischer Musik (1987) sowie eine Oboenausstellung (1988), die durch den Solooboisten der Düsseldorfer Symphoniker, Herrn Christian Schneider, ermöglicht wurde, um die Ausstellung herum konnten verschiedene Konzerte mit Ensembles aus der Sowjetunion, aus Afrika, Indien u. a. veranstaltet werden.

Im Rahmen von Konzerten mit neuer Musik werden von Fall zu Fall auch sogenannte Komponistenportraits veranstaltet, die in der Regel einem Komponisten gewidmet sind, der auch eingeladen wird und an einer öffentlichen Diskussion teilnimmt. Dieses Konzept wird von Fall zu Fall auch im Rahmen der Symphoniekonzerte verfolgt.

Die Zusammenarbeit mit anderen musikalischen Institutionen und Gruppen, insbesondere mit der Musikhochschule, dort vor allem

mit dem Symphonieorchester der Hochschule unter Wolfgang Trommer sowie dem Robert-Schumann Kammerorchester unter Jürgen Kussmaul und dem ensemble neue musik, bzw. der Sonfonietta unter Leitung von Mark-Andreas Schlingensiepen konnte intensiviert werden. Die genannten Orchester, bzw. Ensembles werden regelmäßig zu Konzerten eingeladen, sie werden nach der bestehenden Konzeption zukünftig auch Träger der Jugendkonzerte sein.

Die bisher gepflegte Kammermusikreihe ist im Berichtszeitraum weitergeführt worden, 1988/89 vorübergehend unter dem Titel „Aimez vous Brahms“. Wesentlich ist die 1988 begonnene Einbindung des ursprünglich in Düsseldorf lokalisierten Cherubini-Quartetts, dessen Programme also auch den Schwerpunkt der Kammerkonzertreihe bilden und noch bilden werden.

Darüber hinaus konnten zunehmend Mitglieder der Düsseldorfer Symphoniker in anspruchsvollen Kammermusikveranstaltungen vorgestellt werden, so nicht nur in den Städtischen Kammerkonzerten, sondern auch in besonderen Zyklen (z. B. Haydn-Zyklus) sowie in den Wandelkonzerten Schloß Benrath, in denen der Veranstalter auch auf andere qualifizierte Düsseldorf Musiker und Ensembles zurückgreift.

Die in Einzelfällen immer wieder erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem WDR mündete 1988/89 in eine eigene Reihe „Radiokonzerte“ mit insgesamt sechs Beiträgen des WDR. Allerdings hat der WDR zu erkennen gegeben, daß er eine weitere Zusammenarbeit dieses Umfangs nicht aufrechterhalten kann.

Die Aufgabe der „klassischen“ Unterteilung in Symphoniekonzerte, Sonderkonzerte und Kammerkonzerte wurde 1988 aufgegeben, ausgelöst durch den dringenden Wunsch des neuen Chefdirigenten, die Aktivitäten der Düsseldorfer Symphoniker von denen der Landeshauptstadt Düsseldorf im übrigen strenger zu trennen. Insbesondere bestand der Chefdirigent darauf, das Neujahrskonzert nicht mehr als Sonderkonzert im Abonnement anzubieten, was allerdings dazu geführt hat, daß zahlreiche Abonnenten der Sonderkonzerte abgesprungen sind. Aus den Erfahrungen der Spielzeit 1988/89 werden für die Zukunft im Einvernehmen mit dem Chefdirigenten entsprechende Konsequenzen gezogen.

Die Düsseldorfer Symphoniker beteiligten sich am Gastspiel der Deutschen Oper am Rhein in Moskau und in Brüssel (1988). Darüber hinaus konnte das Orchester ein Sonderkonzert in der Neuen Philharmonie in Köln unter David Shallon durchführen (1987). Das Orchester der Düsseldorfer Symphoniker darüber hinaus an Sonderveranstaltungen und Gastspielen zu beteiligen, scheidet in der Praxis regelmäßig an der Inanspruchnahme des Orchesters durch die Deutsche Oper am Rhein, die aus verständlichen Gründen, insbesondere aus Gründen der Qualität, nicht ohne

weiteres auf die Düsseldorfer Symphoniker verzichten will. Andererseits wäre es notwendig, dieses große Orchester zunehmend international zu präsentieren, nicht zuletzt, weil sich die Qualität eines Orchesters nur im internationalen Vergleich, bzw. Wettbewerb steigern läßt.

Abschließend und zusammenfassend kann festgestellt werden, daß das Düsseldorfer Musikleben unter Berücksichtigung der Düsseldorfer Symphoniker und der darüber hinaus von der Landeshauptstadt Düsseldorf im Berichtszeitraum veranstalteten Konzerte und Veranstaltungen an Qualität und Lebendigkeit zugenommen hat. Was nach wie vor im argen liegt, ist vor allem eine unterbemittelte Öffentlichkeitsarbeit sowie die Zusammenarbeit mit den Düsseldorfer Schulen.

Angezeigt ist daher eine Konzentration auf das Erreichte, was die Dichte und Vielfalt der Programme betrifft, aber auch eine größere Konzentration auf deren Vermittlung; Musik popularisierende Veranstaltungen wie etwa das Weihnachtssingen (seit 1986) oder die Wandelkonzerte Schloß Benrath reichen insoweit nicht aus, zumal auch die Düsseldorfer Presse im allgemeinen zu wenig zur ausführlichen Information des Düsseldorfer Publikums beiträgt; der Informationsfluß über das Presseamt zur Düsseldorfer Presse ist träge, es wird in der Regel nur das Notwendigste übermittelt, bzw. berichtet, eine phantasievolle, regelmäßige und wirklich publikumswirksame Pressearbeit findet nicht statt. Das Verhältnis und die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten wäre grundsätzlich neu zu überdenken.

Tonhalle

Der positive Trend hinsichtlich der Inanspruchnahme der Tonhalle durch Veranstalter und Besucher hat sich in erfreulichem Maße fortgesetzt. Folgende Nutzungszahlen sind zu verzeichnen:

	Veranstaltungen	Besucher
1986	212	253.300
1987	222	259.200
1988	239	276.200

Damit sind Belegungszahlen erreicht, die in der Hochsaison die Kapazitätsgrenze erreicht haben.

Als Versuch einer neuen Reihe konnte im Herbst 1988 der sogenannte „Jazzfrühschoppen“ jeweils sonntags um 11.00 Uhr etabliert werden. Auch diese Konzertreihe der Tonhallenverwaltung stößt wie die Café-Konzertreihe auf erstaunliche Resonanz. Dies ist um so erfreulicher, als es die üblichen Konzerte mit 20.00 Uhr Beginn nicht tangiert und somit weitere Nutzungsmöglichkeiten wirtschaftlich erschlossen wurden.

Die Technik des Hauses wurde durch Anschaffung eines Glasfaservorhanges (als Hintergrundvorhang) den veränderten Nutzungsgewohnheiten angepaßt.

41/212 – Restaurierungszentrum der Landeshauptstadt Düsseldorf – Schenkung Henkel

In der Berichtszeit wurden im Restaurierungszentrum Düsseldorf 457 Gemälde und Skulpturen restauriert. Die Restaurierung der umfangreichen Opey-Gemäldesammlung des Kunstmuseums konnte abgeschlossen werden. Besonders erwähnenswert ist die Restaurierung des Thermophylen-Tryptichons von Oskar Kokoschka aus dem Besitz der Hamburger Universität. Nach der Restaurierung in Düsseldorf wurde das 7 x 2,50 m große Gemälde im Diomedes-Saal der Glyptothek in München ausgestellt.

Insgesamt wurden 246 Grafiken restauriert, davon 58 Kohlezeichnungen von Pankok für das Kunstmuseum. 50 Radierungen für das Stadtmuseum und 102 Filmplakate für das Filminstitut.

In der Glasrestaurierung wurden 32 Gläser und 37 kunstgewerbliche Objekte konserviert bzw. ergänzend rekonstruiert.

In der Möbelrestaurierung wurden 61 Möbel restauriert. Davon etwa die Hälfte großformatige Objekte.

In der Dependance des Restaurierungszentrums im Hetjens-Museum wurden keramische und Porzellan-Objekte konservatorisch betreut und konserviert. Für die

Sammlung Schneider wurden 21 Porzellane, davon zwei besonders wertvolle Meißner Figuren, wiederhergestellt. Diese Arbeiten wurden im Werkvertrag ausgeführt. Die Restaurierungen für die Sammlung Schneider werden uns noch längere Zeit beschäftigen.

Mit institutseigenen Untersuchungsgeräten und in Verbindung mit den Laboratorien der Firma Henkel wurden zum Teil umfangreiche naturwissenschaftliche Untersuchungen von Kunstwerken durchgeführt. Die Restaurierungsdokumentation des Restaurierungszentrums konnte wesentlich erweitert werden. Im Zusammenhang mit diesen Untersuchungen und auch als Arbeitsvoraussetzung für praktische Restaurierungen an Originalen wurden Modelle aufgrund maltechnischer Vorstudien angefertigt.

Das Ergebnis unserer Arbeit wurde in wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht. Besonders hervorzuheben ist das Buch „Das 19. Jahrhundert und die Restaurierung – Beiträge zur Malerei, Maltechnik und Konservierung“, München 1987. Diese Forschungen wurden wesentlich finanziert durch die Fritz Thyssen Stiftung und die Ernst-Poensgen-Stiftung.

Über das Restaurierungszentrum wurde in verschiedenen deutschen und ausländischen Zeitschriften und auch in Fernsehberichten informiert. Die seit 1985 betriebenen Kontakte zur Dresdner Kunsthochschule wurden intensiviert und 1988 durch einen Kooperationsvertrag zwischen der Hochschule für Bildende Künste und dem Restaurierungszentrum gefestigt. Der Leiter des Restaurierungszentrums erhielt eine Gastprofessur an der Dresdner Hochschule. Auf Einladung des Nationalen Museumsrates der DDR bzw. auf Einladung der Stadt Düsseldorf, wurden Vorlesungen und Seminare in Dresden und Düsseldorf veranstaltet.

1987 hielt der Leiter des Restaurierungszentrums in Moskau einen Vortrag über traditionelle Maltechniken der Ikonenmalerei und im gleichen Jahr einen Vortrag über moderne Kunst im Castello di Rivoli.

1988 wurde der Leiter des Restaurierungszentrums vom Minister für Wissenschaft und Forschung zum Honorarprofessor ernannt.

In Zusammenhang mit dem Umbau des Kunstpalastes wurden Vorgespräche für den Umzug des Restaurierungszentrums nach Schloß Benrath geführt.

41/213 – Kunsthalle

1986

Die wichtigste Ausstellung des Jahres war die mit knapp 36.000 Besuchern unerwartet erfolgreiche Retrospektive des Düsseldorfer Akademieprofessors Gerhard Richter. Diese Eigenproduktion der Kunsthalle wurde anschließend in der Nationalgalerie Berlin (West), in der Kunsthalle Bern und im Museum des 20. Jahrhunderts Wien gezeigt. Sie war von einem zweisprachigen (deutsch/englisch) Katalogbuch mit einem Werkverzeichnis sämtlicher Gemälde begleitet, das im DuMont Buchverlag erschien und der ersten Wanderausstellung Richters in amerikanischen Museen den Weg geebnet hat. Der Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen, der selber vor Jahren Richter ausgestellt hatte, überließ dem Künstler zusätzlich seinen Raum, um ihm eine maximale Präsentation der Auswahl des umfangreichen Oeuvres zu ermöglichen.

Mit 13.500 Besuchern hatte auch der keineswegs leicht erschließbare „Palast der Philosophie“ des Amerikaners James Lee Byars einen beachtlichen Erfolg zu verzeichnen. Im Anschluß an diese Ausstellung gab die Kunsthalle ein von der Galerie Michael Werner, Köln, finanziertes bibliophiles Buch heraus (wiederum deutsch/englisch), das dann als

eines der schönsten Bücher der Bundesrepublik Deutschland des Jahres 1987 ausgezeichnet wurde.

Die 1984 begonnene Reihe „ein anderes Klima“ wurde mit einer Ausstellung ausschließlich von Frauen fortgesetzt. Sie konzentrierte sich auf Beiträge von Künstlerinnen, die in neuen statt in traditionellen akademischen Techniken arbeiten. Mit knapp 8.000 Besuchern wurde die Ausstellung ebenso beachtet wie die zweite Folge von „Standort Düsseldorf“, mit der die Kunsthalle sich erneut für die Düsseldorfer Kunstszene einsetzte.

Mit den Ausstellungen Brus (übernommen aus dem Museum des 20. Jahrhunderts in Wien), Torres-Garcia, eines wenig bekannten Lateinamerikaners der Generation der klassischen Moderne, den die Gastkuratorin Margit Rowell vorstellte (in Zusammenarbeit mit dem Arts Council of Great Britain), sowie des Franzosen Alberola und des Schotten McKenna wurde die internationale Ausstellungspolitik des Hauses bekräftigt, auch wenn das Publikumsinteresse begrenzt blieb: die drei letztgenannten Künstler hatten bei uns ihre erste Einzelausstellung in einem deutschen „Museum“.

Die Ausstellung „Geschichte als Widerstand“, von Frau Syring im Auftrag der Association

Francaise d'Action Artistique, Paris, organisiert, diente dem deutsch-französischen Kulturaustausch.

„SkulpturSein“ schließlich war die Variante eines Ausstellungsthemas, das Harald Szeemann – Zürich, der Kunsthalle durch mehrere Gastausstellungen freundschaftlich verbunden, zuvor ähnlich in Zürich und Wien und 1988 umfassender im „Hamburger Bahnhof“ während der Berliner 700-Jahr-Feier behandelt hat.

Mit 9 Ausstellungen, darunter 6 Eigenproduktionen, unterschied sich das Angebot der Kunsthalle 1986 nicht von dem der beiden Vorjahre; sie mußte dennoch einen Rückgang der Besucherzahl auf rund 76.500 hinnehmen. Ausschlaggebend war dabei das Fehlen einer jener Klassiker-Ausstellungen, die in den Vorjahren zu Besucherrekorden weit über den langjährigen Durchschnitt von 100.000 geführt hatten. Sofern aber auch die übrigen Ausstellungen relativ weniger gut besucht wurden als vorher, darf daran erinnert werden, daß mit der Eröffnung des Museum Ludwig in Köln und vor allem des Neubaus der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen eine neue „Konkurrenz“ entstanden war. Die gelegentlich geäußerte Erwartung, daß die beiden Institute am Grabbeplatz gerade bei publi-

kumswirksamen Ausstellungen voneinander profitieren könnten, sollte auch in Zukunft enttäuscht werden: das Publikum gibt sich in der Regel mit dem Besuch der populärsten der angebotenen Ausstellungen zufrieden.

1986 konnten in unmittelbarer Nachbarschaft der Kunsthalle, in der Hunsrückstraße 24, 11 Arbeitsräume für die Mitarbeiter der Verwaltung und der wissenschaftlich künstlerischen Leitung angemietet werden. Die Verwaltung war bereits zuvor außerhalb der Kunsthalle untergebracht, während die Ausstellungskuratoren unter unerträglichen räumlichen Verhältnissen zu leiden hatten.

Im Zuge des Umbaus des Grabbeplatzes wurde auch die Terrasse der Kunsthalle einladender gestaltet: der Zugang erfolgt nunmehr frontal. Außerdem wurden die Klimaverhältnisse innerhalb des Hauses durch den Einbau einer Drehtür am Eingang verbessert.

Ausstellungen 1986

- 12.1.
Geschichte als Widerstand
Aspekte zeitgenössischer Kunst in Frankreich
- 12.1.
Maria Gilissen
Portraitphotographie
- 18.1. – 23.3.
Gerhard Richter
Bilder 1962 – 1985
(in Zusammenarbeit mit dem Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen)
- 28.3. – 11.5.
ein anderes Klima
a different climate
Künstlerinnen gebrauchen neue Medien
Dara Birnbaum, Hanne Darboven, Jenny Holzer, Astrid Klein, Barbara Kruger, Christina Kubisch, Ulrike Rosenbach, Maura Sheehan, Katharina Sieverding
- 17.5. – 22.6.
Jean-Michel Alberola
Die Malerei, die Geschichte, die Geographie und...
- 17.5. – 22.6.
Stephan McKenna
Bilder und Zeichnungen 1980-1985
- 28.6. – 17.8.
Günter Brus
Der Überblick
- 28.6. – 17.8.
Torres-Garcia
Gitter, Muster Zeichen
Paris – Montevideo 1924 – 1944
- 5.9. – 28.9.
Standort Düsseldorf
September '86
Jürg M. Geismar, Gereon Lepper, Wilhelm Mundt, Chris Reinecke, Klaus Ritterbusch, Thomas Struth
- 18.10. – 30.11.
James Lee Byars
Palast der Philosophie
The Philosophical Palace

13.12. – 1.2.1987

SkulpturSein

Joseph Beuys, James Lee Byars, Constantin Brancusi, Joseph Cornell, Tony Cragg, Felix Droese, Etienne-Martin, Joel Fisher, Michael Gitlin, Willi Kopf, Wolfgang Laib, Marisa Merz, Royden Rabinowitch, Medardo Rosso, Reiner Ruthenbeck, Kurt Schwitters, Richard Serra, Richard Tuttle, Cy Twombly, Micha Ullman, Thomas Virnich, Franz West

1987

Dank der Retrospektive Joan Miró, die, von der Kunsthalle angeregt, in bewährter Zusammenarbeit mit dem Kunsthaus Zürich und Guggenheim Museum New York, durchgeführt wurde, war das Jahr 1987 mit insgesamt 236.000 Besuchern das zweiterfolgreichste seit Bestehen des Hauses. Allein bei Miró, der ersten Ausstellung im Rheinland seit den 50er Jahren, wurden 187.000 Besucher gezählt (nur Matisse erreichte 1983 noch höhere Zahlen). Der Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen ermöglichte eine räumlich großzügige, den konservatorischen Bedingungen entgegenkommende Präsentation der zahlreichen Leihgaben aus privaten und öffentlichen Sammlungen, darunter vor allem dem Museum of Modern Art, New York, und dem Musée National d'Art Moderne, Paris. Die Ausstellung wurde weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus als ungewöhnliches Ereignis gewürdigt.

Die übrigen 49.000 Besucher verteilten sich auf weitere sechs Ausstellungen des Jahres. Mit „Die Axt hat geblüht“ leistete die Kunsthalle einen zentralen Beitrag zu dem Gemeinschaftsprojekt Düsseldorfer Kulturinstitute „1937. Europa vor dem 2. Weltkrieg“. Die im Untertitel der Ausstellung angedeuteten „Konflikte“ wurden an Beispielen der kulturellen Repräsentation Frankreichs, Italiens, Spaniens, Deutschlands und der Sowjetunion dargestellt, um die „kulturelle Aufrüstung“ der 30er Jahre insgesamt mit der internationalen Avantgarde der 20er Jahre zu vergleichen. Die Sowjetunion lehnte offiziell ihre Beteiligung ab (jedoch konnte der Leiter der Kunsthalle im Herbst 1988 in Moskau über die Ausstellung einen Lichtbildervortrag halten). Mit Exponaten von 140 Leihgebern, einer begleitenden umfangreichen didaktischen Dokumentation und einem Katalog von 490 Seiten, an dem 30 Autoren aus 8 Ländern beteiligt waren, verwirklichte die Kunsthalle erneut eine bedeutende, länger nachwirkende thematische Ausstellung, die mehr als 22.000 Besucher anzog. Anspruchsvolle Ausstellungen dieses Umfangs lassen sich allerdings nur bewältigen, wenn die begrenzten personellen und administrativen Kapazitäten durch zusätzliche Mitarbeiter ergänzt werden.

Die erste Ausstellung des umstrittenen amerikanischen Nachwuchsstars Julian Schnabel in einem öffentlichen Institut (übernommen von der Whitechapel Gallery, London) erreichte, begleitet von der Ausstellung des namhaften

Düsseldorfer Künstlerehepaars Wolfgang und Ilona Weber, knapp 10.000 Besucher, während der Klassiker der amerikanischen minimal art, Donald Judd (übernommen vom Stedelijk von Abbe-Museum, Eindhoven), anschließend nur auf die Hälfte kam. „Similia-Dissimilia“, eine Ausstellung zum Thema der Abstraktion in der aktuellen Kunst, die Herr Prof. Crone in Zusammenarbeit mit der Columbia University und der Leo Castelli-Gallery in New York vorbereitet hatte, rangierte an der unteren Grenze des Publikumsinteresses.

Am 1. Juni 1986 begann Herr Prof. Crone seine Tätigkeit als stellvertretender Direktor der Kunsthalle. Ihm war ein Sondervertrag eingeräumt worden, der es ihm erlauben sollte, ein Semester jährlich (3 Monate) seine Tätigkeit an der Columbia University, New York, fortzusetzen, um damit zugleich die Kontakte der Kunsthalle zu New Yorker Museen, Sammlern, Künstlern und Galerien zu festigen.

Ausstellungen 1987

- 1.2.
Skulptur Sein
Joseph Beuys, James Lee Byars, Constantin Brancusi, Joseph Cornell, Tony Cragg, Felix Droese, Etienne-Martin, Joel Fisher, Michael Gitlin, Willi Kopf, Wolfgang Laib, Marisa Merz, Royden Rabinowitch, Medardo Rosso, Reiner Ruthenbeck, Kurt Schwitters, Richard Serra, Richard Tuttle, Cy Twombly, Micha Ullman, Thomas Virnich, Franz West
- 14.2. – 20.4.
Joan Miró
- 30.4. – 17.6.
Julian Schnabel
Bilder und Skulpturen 1975 – 1986
- 30.4. – 17.6.
Ilona und Wolfgang Weber
HIGH CULTURE
Die geheime Schönheit der magischen Gärten
- 2.7. – 16.8.
Donald Judd
Skulpturen und Farbe 1960 – 1987
- 29.8. – 25.9.
Similia/Dissimilia
Abstraktionen in Malerei, Skulptur und Photographie heute
Richard Artschwager, Joseph Beuys, John Chamberlain, Dan Flavin, Eva Hesse, Jasper Johns, Donald Judd, Yves Klein, Piero Manzoni, Duane Michels, Günther Uecker, Robert Ryman, Joseph Amar, Carel Balth, Alighiero Boetti, Saint Clair Cemin, Francesco Clemente, Peter Halley, Georg Herold, Roni Horn, Anish Kapoor, Imi Knoebel, Peter Nadin, Tim Rollins & K.O.S., Philip Taafe, Nahum Tevet, Rosemarie Trockel, Not Vital
- 11.10. – 6.12.
„Die Axt hat geblüht...“
Europäische Konflikte der 30er Jahre in Erinnerung an die frühe Avantgarde
- 16.12.-31.1.1988
Cy Twombly
Bilder, Arbeiten auf Papier, Skulpturen

Das Jahr 1988 stand im Zeichen der BiNATIONALE. Auf Anregung der Kunsthalle taten sich die Institute am Grabbeplatz (Kunsthalle, Kunstverein und Kunstsammlung NRW) zusammen, um mit amerikanischen Partnern in Boston (Museum of Fine Arts, Institute of Contemporary Art) einen Austausch aktueller deutscher und amerikanischer Kunst zu organisieren. Das mit erheblichen Mitteln des Auswärtigen Amtes und des Landes NRW geförderte Austauschprojekt, das auf Veranlassung der Gesellschaft für aktuelle Kunst Düsseldorf e.V. auch von Düsseldorfer Firmen unterstützt wurde, knüpfte an „von hier aus“ an, ohne mit Sonderausstellungen von Messen konkurrieren zu wollen. Mit teilweise raumfordernden Arbeiten von 26 deutschen, darunter 11 Düsseldorfer (!), beziehungsweise 28 amerikanischen Teilnehmern überstieg die BiNATIONALE dennoch die Ausstellungsmöglichkeiten jedes der beteiligten Institute. Die interinstitutionelle Kooperation ging von dem Gedanken aus, die gegebenen Kapazitäten auszuschöpfen statt die Institute der Konkurrenz einer weiteren Großveranstaltung auszusetzen. Trotz eines durchaus kontroversen Echos wurden in Düsseldorf insgesamt 43.500 Besucher gezählt (einschließlich des Anteils der amerikanischen Ausstellung im Januar 1989). Allein die deutsche Ausstellung erreichte in Düsseldorf und Boston insgesamt 95.000 Besucher (davon rund 27.000 in Düsseldorf); weitere Stationen waren 1989 Minneapolis und Houston (während die Amerikaner in Bremen und Stuttgart ausstellten). Die beiden Ausstellungen wurden von je einem zweisprachigen Katalog begleitet, der im DuMont Buchverlag, Köln, erschien. Die Düsseldorfer Agentur GGK entwickelte kostenlos das nachträglich preisgekrönte Werbekonzept. Zahlreiche begleitende oder anschließende Ausstellungen der beteiligten Künstler in amerikanischen ebenso wie in deutschen Privatgalerien belegen die stimulierende Wirkung der BiNATIONALE, noch bevor die Tourneen der beiden Ausstellungen abgeschlossen sind.

Insgesamt blieben die Besucherzahlen 1988 jedoch hinter den Erwartungen zurück (62.000, zum Vergleich: 1982 waren es knapp 65.000).

41/215 – Orangerie Benrath

In der Orangerie Benrath haben im Berichtszeitraum folgende Veranstaltungen stattgefunden:

1986	949 Veranstaltungen
1987	766 Veranstaltungen
1988	763 Veranstaltungen

2.478 Veranstaltungen

Von den 2478 Veranstaltungen waren 2003 städtische Veranstaltungen und 24 Kunstausstellungen.

Die erste große Retrospektive Mario Sironis außerhalb Italiens, die von der italienischen Kritik als die bisher bedeutendste Sironi-Ausstellung überhaupt gewürdigt wurde, brachte es trotz aufwendiger Werbung, gesponsort größtenteils von der Firma Lorenzini, Mailand, nur auf gut 13.000 Besucher. Die Ausstellung dieses schwermütigen Werks, ein Beitrag zugleich zur Auseinandersetzung mit der Kultur des italienischen Faschismus (im Anschluß an „Die Axt hat geblüht...“), war von der ersten deutschsprachigen, in Zusammenarbeit mit dem DuMont Buchverlag herausgegebenen Publikation zur Sironi-Forschung begleitet. Bei gleichen Zahlen vergleichsweise gut besucht war die von Harald Szeemann betreute Retrospektive des prominenten in Rom lebenden Amerikaners Cy Twombly. Die Kunsthalle konnte diese vielfach begehrte Wanderausstellung als einziges deutsches Institut nur beherbergen, nachdem der Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen bereit gewesen war, seinen Raum zugunsten Twomblys gegen den sogenannten Grafikraum zu tauschen.

Die zunächst für 1987 geplante Ausstellung „Edward und Nancy Kienholz“ mußte wegen hausinterner Terminprobleme verschoben werden. Die dadurch entstandene Programmlücke konnte für dringend erforderliche Reparaturen am Dach in Verbindung mit einer Modernisierung der Decke und der Beleuchtung der beiden Haupträume der Kunsthalle genutzt werden, wie sie sich bereits im Kunstverein bewährt hatte. Während dieser Zeit lief eine kleine, in der „Szene“ sehr beachtete Ausstellung zum Gedächtnis des Fluxus-Künstlers Robert Filliou, der Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in Düsseldorf einige seiner besten Arbeiten schuf.

Ausstellungen 1988

– 31.1.

Cy Twombly

Bilder, Arbeiten auf Papier, Skulpturen

6.2. – 14.2.

Pier Paolo Pasolini

Zeichnungen und Gemälde

in Zusammenarbeit mit dem Düsseldorfer Schauspielhaus

19.2. – 4.4.

ein anderes Klima

41/216 – Hetjens-Museum – Deutsches Keramikmuseum

1986

Es wurden folgende Sonder- und Wechselausstellungen durchgeführt:

Sonderausstellungen

Nanni Valentini, Italien

Yvette Mintzberg, Canada

Fance Franck, USA

Sueharu Fukami, Japan

Positionen aktueller Kunst aus Wien
Erwin Bohatsch, Heinrich Dunst, Bruno Gironcoli, Franz Graf, Peter Kogler, Oswald Oberhuber, Walter Obholzer, Hubert Scheibl, Eva Schlegel, Manfred Wakolbringer, Heimo Zobernig

in Zusammenarbeit mit dem Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen

30.4. – 26.6.

Mario Sironi

Malerei und Zeichnung

6.8. – 11.9.

Robert Filliou

1926 – 1987

Zum Gedächtnis

24.9. – 27.11.

BiNATIONALE

Deutsche Kunst der späten 80er Jahre

Stephan Balkenhol, Michael Bauch, Heiner Blum, Werner Büttner, Heinz Emigholz, Georg Ettl, Ludger Gerdes, Georg Herold, Ulrich Horndash, Felix Stephan Huber, Thomas Huber, Axel Hütte, Jörg Immendorff, Bruno K., Axel Kasseböhmer, Harald Klingelhöller, Imi Knoebel, Klaus Merkel, Gerhard Merz, Reinhard Mucha, Albert Oehlen, Michael van Ofen, Thomas Ruff, Andreas Slominski, Manfred Stumpf, Rosemarie Trockel

in Zusammenarbeit mit dem Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen und der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen

10.12. – 22.1.1989

THE BiNATIONAL

Amerikanische Kunst der späten 80er Jahre

Ross Bleckner, St. Clair Cemin, Constance DeJong, Tim Ebner, Karen Finley, Robert Gober, Peter Halley, Connie Hatch, Tishan Hsu, Mike Kelley, Jeff Koons, Tony Labat, Anette Lemieux, David McDermott, Peter McGough, Tony Oursler, Stephen Prina, Richard Prince, Tim Rollins & K.O.S., Lorna Simpson, Doug and Mike Starn, Haim Steinbach, Philip Taaffe, Meier Vaisman, Meg Webster, James Welling, Christopher Wool

in Zusammenarbeit mit dem Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen und der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen

41/214 – Schloß Jägerhof

wird im Bericht 41/1 erwähnt.

Wechselausstellungen zur zeitgenössischen Kunst

Kyllikki Salmenhaara, Finnland

Keramik in der Weimarer Republik

1919 – 1933

Österreichische Keramik der Gegenwart

Zeitgenössische deutsche Keramik

1950 – 1980 (Sammlung Dr. Vehring)

Es fanden zu den Ausstellungen und in gemeinschaftlicher Durchführung mit dem Freundeskreis des Hetjens-Museums e.V. statt:

17 Veranstaltungen	2.015 Besucher
78 Führungen	865 Besucher
Teilnehmer m. Düsseldorfspass	59 Besucher

2.939 Besucher

Die Gesamt-Besucherzahl des Jahres 1986 betrug 16.342 Personen.

1987

Es wurden folgende Sonder- und Wechselausstellungen durchgeführt:

Sonderausstellungen

Johnny Rolf, Niederlande
Gerd Gruber-Spurey, Mexiko
Claudi Casanovas, Spanien

Ausstellungen

Kakiemon – Eine traditionelle japanische Porzellanmanufaktur
Ikebana-Ausstellung
Laurenz Heinrich Hetjens – Ein Bürger und Mäzen aus der Düsseldorfer Altstadt

Bunzlauer Geschirr – Eine Töpferware zwischen Handwerk und Industrie
Marokkanische Keramik

Es fanden zu den Ausstellungen und in gemeinschaftlicher Durchführung mit dem Freundeskreis des Hetjens-Museums e.V. statt:

20 Veranstaltungen	2.126 Besucher
94 Führungen	961 Besucher
Teilnehmer mit Düsseldorfspass	66 Besucher

3.153 Besucher

Die Gesamt-Besucherzahl des Jahres 1987 betrug 17.788 Personen.

1988

Es wurden folgende Sonder- und Wechselausstellungen durchgeführt:

Sonderausstellungen

Emil Schumacher – Keramik
5 schwedische Keramiker

Ausstellungen

Keramik vom Niederrhein – Vom Haushaltsgeschirr zum Exportartikel und Prestigeobjekt
500 Jahre Alltag in Düsseldorf – Die Funde aus der Baugrube Dammstraße

Es fanden zu den Ausstellungen und in gemeinschaftlicher Durchführung mit dem Freundeskreis des Hetjens-Museums e.V. statt:

24 Veranstaltungen	2.129 Besucher
80 Führungen	121 Besucher
Teilnehmer m. Düsseldorfspass	109 Besucher

2.359 Besucher

Die Gesamt-Besucherzahl des Jahres 1988 betrug 14.573 Personen.

2. SAMMLUNG SCHNEIDER im Jägerhof

1986 - geschlossen	
1987 – 01.01. bis 27.08	geschlossen
28.08. – 31.12.87	7676 Besucher
1988 – Jan.-Dez.	13.122 Besucher

41/217 – Bibliotheksstelle der Düsseldorfer Kulturinstitute

Im Berichtszeitraum erfuhr die Arbeit der Bibliotheksstelle eine zunehmende Akzeptanz, vor allem auch im internationalen Raum. Betrug der erfaßte Bestand aus den Bibliotheken der Düsseldorfer Kulturinstitute Ende 1986 noch 70.000 Dokumenteneinheiten mit ca. 190.000 Eintragungen, so wuchs der Nachweis in dem auf Mikrofiches ausgegebenen Gesamtkatalog der Düsseldorfer Kulturinstitute Ende 1988 auf 100.000 Dokumenteneinheiten mit ca. 260.000 Eintragungen. Die Zahl der in- und ausländischen Abonnenten nahm auf 150 zu. Es wurden zahlreiche Auskünfte anhand des Katalogs wie auch der instituts-eigenen Bibliothek an Benutzer erteilt, und bei den am Katalogisierungsverbund beteiligten Bibliotheken nahm die Zahl der Fernleihbestellungen aufgrund auswärtiger Katalogbenutzung beträchtlich zu. Die Bibliotheksstelle war auf der internationalen Tagung der Kunst-

bibliotheken 1986 in Amsterdam und beim Weltkongreß der Bibliotheken 1987 in Brighton vertreten, wobei durch einen Vortrag in englischer Sprache und durch Verteilung englischsprachigen Werbematerials für die Arbeit des Instituts gewonnen wurde. Um den künftigen Anforderungen seitens der Informationstechnologie und den gestiegenen Ansprüchen der Nutzer des Katalogs gerecht zu werden, wurde der gesamte Datenbestand im Berichtszeitraum durch die Gesellschaft für Elektronische Medien (GEM) in Frankfurt a. M. in eine Datenbank umgewandelt, die nach der Retrievalsprache STAIRS/VS mit den entsprechenden Suchkommandos von jedem Besitzer eines PC's entweder mit Akustikkoppler bzw. Modem oder Datex-P abgefragt werden kann. Hierbei ist erstmals eine Suche nach einzelnen Wörtern aus dem abgespeicherten Datenmaterial und deren Verknüp-

fung unter verschiedenen Aspekten möglich. Die Datenbank soll auf lange Sicht den Mikrofilmkatalog ablösen, der jedoch vorerst noch weitergeführt wird. Um die Datenbank, die den Namen DIANA (Düsseldorf's Institutions Art Network Application) erhalten hat, zur Nutzung anbieten zu können, wurde Ende 1988 mit der GEM von seiten der Stadt Düsseldorf ein Vertrag geschlossen, der die kommerzielle Nutzung der Daten des Düsseldorfer Gesamtkataloges dieser Gesellschaft überläßt, die sich im Gegenzug verpflichtet, kostenlose Anschaltzeiten zur Verfügung zu stellen und Hilfeleistung beim späteren Aufbau einer eigenen Datenbank zu leisten. Bereits vor der Einführung auf dem Markt gingen Anfragen aus dem In- und Ausland nach Nutzung der Datenbank DIANA ein, die auf dem Gebiet der geisteswissenschaftlichen Datenbanken eine Lücke schließt.

Amt 42 – Theaterverwaltung

Amtsleiter: Angela Eckert-Schweizer

Die Theatergemeinschaft zwischen den Städten Düsseldorf und Duisburg wurde durch Ratsbeschlüsse vom 14.3.1985 (Düsseldorf) und 18.3.1985 (Duisburg) bis zum 31.7.1994 verlängert.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Oper am Rhein hatte den Räten der Städte Düsseldorf und Duisburg empfohlen, von ihrem Recht, den Theatergemeinschaftsvertrag zwischen den Städten Düsseldorf und Duisburg in der Fassung vom 19.11.1973 bis zum 31.7.1987 zu kündigen, keinen Gebrauch zu machen. Dadurch wurde die Fortführung der Theatergemeinschaft Düsseldorf – Duisburg bis zum 31.7.1994 sichergestellt.

Dem Amt 42 obliegt die Aufgabe, die spielfertige Bereitstellung des Opernhauses zu gewährleisten, wozu die Unterhaltung des Theatergebäudes mit allen technischen Einrichtungen, der Werkstätten, des Probenhauses, der Probebühne, der Kulissenlagerhalle und die Personalverwaltung von ca. 80 Personen gehört.

Die weiteren Hauptaufgaben bestehen darin, den Theaterbesuch werbemäßig zu fördern und den gesamten Kassenverkehr einschließlich Abonnement abzuwickeln.

	1986/87	1987/88	1988/89
Vorstellungszahlen	255	261	261
Gesamtbesucher	302.861	311.183	303.692
Platzausnutzung	91,5 %	91,9 %	89,6 %
Einnahme DM	5.342.126.–	5.371.052.–	5.663.186.–
Abonnement	12.037	12.074	11.145
davon Düsseldorfer	6.293	6.252	5.604
in %	52,3	51,8	50,3
Auswärtige	5.744	5.822	5.541
in %	47,7	48,2	49,7

Am 28.4.1988 beschloß der Rat der Stadt Düsseldorf eine 10 %ige Anhebung der Eintrittspreise des Opernhauses Düsseldorf ab Spielzeit 1988/89. Die Preisanhebung wurde im Abonnement über die Verringerung von bisher 9 auf 8 Vorstellungen erreicht. Gleichzeitig wurde die Anzahl der angebotenen Premieren von bisher 9 auf 8 gekürzt.

Die Stadt erhält zur Finanzierung der Oper zweckgebundene Finanzzuweisungen des Landes aus dem Finanzausgleichsgesetz. Es handelte sich in den 3 vergangenen Rechnungsjahren um folgende Beträge:

1986 – 2.277.790,- DM
1987 – 2.309.158,- DM
1988 – 2.474.450,- DM

1986/87

Herr Prof. Kurt Horres übernahm ab dieser Spielzeit die Intendanz der Deutschen Oper am Rhein.

Im Rahmen der Nordischen Woche fanden ein Auftritt des Cullberg-Balletts und eine Lied-Matinee mit den Gästen Yorma Hynninen/Ralf Gothoni statt. Das 40-jährige Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen am

2.10.1986 wurde im Rahmen eines Festaktes in Anwesenheit der Prominenz aus Wirtschaft und Politik im Opernhaus Düsseldorf gefeiert.

Während des 2-wöchigen Moskau-Gastspiels der Deutschen Oper am Rhein mit 7 Aufführungen im Bolschoi-Theater wurden im Opernhaus Düsseldorf folgende Gastspiele durchgeführt:

- Theater der Stadt Essen: Dreigroschenoper
- Liederabend mit Kurt Moll
- Theater Krefeld – Mönchengladbach: Judith
- Peking Oper, Shanghai
- Bühnen der Stadt Bielefeld: Transatlantik
- Pantomime Samy Molcho
- Musiktheater Gelsenkirchen: Die Krönung der Poppea

Zum Abschluß der Ballett-Woche der Rheinoper gastierte im Opernhaus Düsseldorf das Tanzensemble des Schauspielhauses Bochum mit Reinhild Hoffmanns „Föhn“.

1987/88

Zu Beginn der Spielzeit standen zwei Sonderveranstaltungen auf dem Programm, die

etwas aus dem üblichen Veranstaltungsrahmen herausfielen, eine Modenschau der internationalen Modemesse Igedo und die Eröffnungsfeier der Deutsch-Bulgarischen Wirtschaftstage in Düsseldorf.

Im Rahmen des 3. Internationalen Tanzfestivals Nordrhein-Westfalen gab es Gastspiele des Cloudgate Contemporary Dance Theater, Taiwan und des Tanzensembles Pina Bausch, Wuppertal.

Zugunsten des Deutschen Roten Kreuzes sangen, wie jedes Jahr, Solisten der Deutschen Oper am Rhein in einer besonderen Matinee.

Großes Publikumsinteresse fanden 2 Lied-Matineen innerhalb des 3. Schumann-Festes Düsseldorf, in denen Herr Dietrich Fischer-Dieskau und Herr Francisco Araiza auftraten.

1988/89

Die Ballett-Tage der Deutschen Oper am Rhein, die turnusgemäß mit Duisburg wechseln, fanden wieder bei starkem Publikumsinteresse in Düsseldorf statt. An 7 Abenden wurde ein großer Teil des Ballett-Repertoires zusammengefaßt. Als internationale Gäste waren The National Ballett of Canada an 2 Abenden mit 2 unterschiedlichen Tanzprogrammen vertreten. Zum Abschluß gab es eine Ballett-Gala mit internationalen Solisten, die den erfolgreichen Gesamteindruck dieser Veranstaltungen noch einmal besonders hervorhob.

In einer Lied-Matinee sang Frau Christina Hagen innerhalb des Düsseldorfer Frauenfestivals.

Zum 5. Mal sangen Solisten der Deutschen Oper am Rhein zugunsten des Deutschen Roten Kreuzes vor ausverkauftem Hause. Auch der erstmals durchgeführte anschließende Bazar des Deutschen Roten Kreuzes fand beim Publikum reges Interesse.

Weitere Gastspiele gaben Kammersänger Dietrich Fischer-Dieskau in einer Matinee und das Rheinische Landestheater Neuss mit der Aufführung „Jakob Lenz“.

In den Geschäftsberichten, die jährlich von der Deutschen Oper am Rhein herausgegeben werden, sind weitere Einzelheiten über den Theaterbetrieb sowie Übersichten über die Jahresrechnung, die Vorstellungen und deren Besucher zu finden. Auch auf die Statistischen Jahrbücher der Stadt Düsseldorf wird, was die Vorstellungen und die Besucherzahlen des Opernhauses anbelangt, hingewiesen.

Sozial- und Gesundheitsverwaltung

- 50 Sozialamt
- 51 Jugendamt
- 52 Sportamt
- 53 Gesundheitsamt
- 54 Kliniken der
Landeshauptstadt Düsseldorf
- 55 Ausgleichsamt

Amt 50 – Sozialamt

Amtsleiter: Rainer Rohstock

Personal- und Organisationsangelegenheiten

Die Anfang der 80iger Jahre begonnene Einführung der sachbearbeiterorientierten Textverarbeitung konnte im Berichtszeitraum weiter ausgebaut werden. Mittlerweile sind 72 Bildschirmarbeitsplätze für Textverarbeitung eingerichtet, wovon 115 Mitarbeiter profitieren. Durch den Einsatz der Bildschirmarbeitsplätze war es möglich, den durch steigende Fallzahlen und neue Aufgaben bedingten Personalbedarf zu begrenzen.

Zur Vorbereitung auf die Einführung eines neuen Berechnungsverfahrens „Sozialwesen“ als Online-Version mit rd. 180 Bildschirmarbeitsplätzen, vornehmlich in den Zweigstellen des Sozialamtes, wurden bereits zu Testzwecken einige Bildschirme in zwei Zweigstellen installiert. Die komplette Einführung des Online-Verfahrens erfolgt ab 1989.

Der Einsatz dieses neuen Verfahrens soll mit dazu beitragen, dem Sachbearbeiter mehr Freiraum für noch qualifiziertere Beratung der Hilfesuchenden zu geben. Das neue Programm bietet letztlich auch Möglichkeiten für die Ausfertigung lesbarer Hilfebescheide und für eine verbesserte Sozialplanung und versetzt die Verwaltung in die Lage, Strukturanalysen – sei es im organisatorischen als auch im inhaltlichen Bereich – durchzuführen.

Zu erwähnen sei noch die durchgeführte Sonderaktion „Straßenschlüssel“, die erhebliche Vorteile u.a. im Bezug auf stadtteilbezogene Auswertungen bringt. Die in immer weitere Bereiche Einzug haltende Textverarbeitung bedingt u.a. auch eine Umgestaltung im Bereich des Vordruckwesens.

Die in der Kettwiger Straße 6 untergebrachten Zweigstellen 10 und 14 wurden im Januar 1988 in die Bogenstraße 39 verlegt. Durch den permanenten Anstieg der Sozialhilfeempfänger-Zahlen mußten in allen Zweigstellen weitere Arbeitsgruppen eingerichtet werden. Dadurch sind in einigen Dienststellen erhebliche Raumprobleme aufgetreten, die zu weiteren Verlegungen und auch Neubauplanungen führen werden.

Die zuletzt im Gesundheitshaus Kölner Straße 180 untergebrachte wirtschaftliche Tbc-Hilfestelle des Sozialamtes wurde im Juni 1987 aufgelöst und die Bearbeitung der Leistungsfälle in die Zweigstellen verlagert. Zum 01.01.1988 wurde die Tbc-Hilfe als gesetzliche Leistung des BSHG aufgehoben.

Bei der Verbindungsstelle des Sozialamtes zum Arbeitsamt wurde das Sachgebiet „Hilfe zur Arbeit“ personell weiter ausgebaut.

Das Sachgebiet „Hilfe für Sprachbehinderte“ ist Mitte 1986 von der Goethestraße 56 in die

Willy-Becker-Allee 10 an der Ostseite des Hauptbahnhofes umgezogen.

Die Personalentwicklung des Sozialamtes in den drei Jahren laut Stellenplan sieht wie folgt aus:

	1986	1987	1988
Arbeiter	102	103	98
Angestellte	510	492	519
Beamte	201	207	229
insgesamt:	813	802	846

Allgemeine Sozialhilfe (einschl. Kriegsofopferfürsorge)

Ab 01.10.1986 können Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zur Deckung des Bedarfs an Bekleidung und Schuhen Jahrespauschalen in Anspruch nehmen. Die Pauschalzahlung soll den Hilfeempfänger in die Lage versetzen, seinen notwendigen Regelbekleidungsbedarf in eigener Verantwortung und selbstgewählter Rangfolge zu decken und dabei günstige Angebote, beispielsweise im Sommer- und Winterschlußverkauf auszunutzen, ohne jedes Bekleidungsstück einzeln beantragen und die Notwendigkeit begründen zu müssen. Die Pauschale ist z.Zt. wie folgt nach Lebensalter gestaffelt:

Alter	Jahrespauschale DM
4 Monate bis 6. Lebensjahr	320
7. bis 10. Lebensjahr	360
ab 11. Lebensjahr	400

Sie wird in zwei Raten jeweils April und Oktober oder auf Wunsch für Januar und Juli (Schlußverkäufe) gezahlt. Durch diese Regelung ist der Arbeitsaufwand durch geringere Anzahl von Einzelanträgen und Vorsprachen in den Zweigstellen reduziert worden. Mit dem Hilfeempfänger kann auch eine andere Regelung vereinbart werden.

Zusätzlicher Bedarf wird in begründeten Einzelfällen durch Sonderzahlung bewilligt.

Im gleichen Zeitraum haben sich die Aufwendungen nach dem BSHG und der KOF wie folgt entwickelt:

	1986 DM	1987 DM	1988 DM
Reinausgaben	189.924.309	210.185.173	217.652.762
Reineinnahmen	52.176.958	62.696.125	58.016.824
Zuschußbedarf	137.747.351	147.489.048	159.636.938

Die Regelsätze in der Sozialhilfe sind im Berichtszeitraum 3 mal erhöht worden, und zwar für Alleinstehende und Haushaltsvorstände

Im Vergleich 1985 zu 1988 sind die Fälle der Hilfe zum Lebensunterhalt von 25.191 Personen auf 30.420 Personen = 20,8% gestiegen.

Dieser Zuwachs ist überwiegend auf die wachsende Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Während Arbeitslosigkeit Ende 1985 mit 31,7 % die häufigste Ursache für den Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt war, betrug die Rate am 31.12.1988 = 41,2 %. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der Sozialrentner von 22 % auf 17,7 % verringert.

Im einzelnen stellt sich die Ursachenentwicklung im Berichtszeitraum wie folgt dar:

Berichtsjahr	Anteil der Arbeitslosen	Anteil der Sozialrentner
1986	(+ 6,05 %) 37,75 %	(- 3,28 %) 18,72 %
1987	(+ 2,82 %) 40,57 %	(- 0,56 %) 18,16 %
1988	(+ 0,62 %) 41,19 %	(- 0,5 %) 17,66 %

Die Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger einschl. Kriegsofopferfürsorge ist im Berichtszeitraum wie folgt angestiegen:

1986 = 29.681 Personen, davon HzL 28.434 Personen
1987 = 30.529 Personen, davon HzL 29.189 Personen
1988 = 31.787 Personen, davon HzL 30.420 Personen

Die Fallzahlen in der Tbc-Hilfe und der Kriegsofopferfürsorge haben sich im Berichtszeitraum wie folgt entwickelt:

	Kriegsofopferfürsorge	Tbc-Hilfe *)
1986	1.010	141
1987	1.062	87
1988	990	-

*) Ab 01.01.1988 haben Tbc-Kranke keinen Anspruch mehr auf Sonderleistungen.

Entsprechend haben sich auch die Regelsätze für Angehörige erhöht. Die Krankenkostzulage ist ab 01.07.1986 ebenfalls angehoben worden:

Für Sonstige
von 54,- DM auf 57,- DM
für Diabetiker und HIV-Infizierte
von 78,- DM auf 82,- DM
für Krebskranke wie bisher 90,- DM.

Schuldnerberatung

Viele Düsseldorfer Bürger haben hohe private Schulden, die zu einem großen Teil Folgen der Arbeitslosigkeit sind. Es erwies sich daher als notwendig, durch qualifizierte Schuldnerberatung einen Weg aus der existenzbedrohenden Situation aufzuzeigen.

Zu diesem Zweck wurde eine Konzeption zur Schuldnerberatung erarbeitet. Danach beraten der Allgemeine Sozialdienst und der Hauswirtschaftliche Beratungsdienst der Stadt sowie bereits bestehende Stellen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege. Zur Unterstützung der mit der Schuldnerberatung befaßten Institutionen wurde im März 1987 der Verein „Schuldnerhilfe Düsseldorf e.V.“ gegründet. Mitglieder sind Vertreter der Wohlfahrtsverbände, der Verbraucherzentrale, der Stadtsparkasse und der Stadtverwaltung.

Zweck des Vereins ist es, die Beratungsstellen in Düsseldorf zu koordinieren, den Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Schuldnerberatungsstellen zu fördern und durch Bildung eines Entschuldungsfonds einzelnen Schuldnern finanzielle Hilfen zu bieten. Im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Arbeitsamtes wurden für 2 Jahre bis 30.09.1988 hierfür zwei Juristen beschäftigt.

Obdachlosenhilfe/Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern

Im Verwaltungsbericht der Jahre 1983 bis 1985 war einer der Schwerpunkte die Umwandlung von Notunterkünften für Obdachlose in Mietwohnungen. Eine solche Umwandlung erfolgte am 01.07.1986 mit dem Stadtwohnheim Erich-Müller/Melanchthonstraße, das in die Verwaltung der Stadt. Wohnungsgesellschaft übergang. Weitere Projekte sollen in den nächsten Jahren folgen.

Gegenüber den Vorjahren ist die Zahl der Obdachlosen im Berichtszeitraum angestiegen:

Von 630 Parteien mit 1.925 Personen am 01.07.1987 auf 780 Parteien mit 2.204 Personen am 31.12.1988.

Hier treffen gleich mehrere Faktoren aufeinander, und zwar eine Zunahme der Räumungsklagen und Zwangsräumungen bei gleichzeitig stark nachlassendem Angebot an preis-

wertem Wohnraum. Aus den nachfolgenden Zahlen ist auch ersichtlich, daß die Fluktuation in den Obdachlosen-Unterkünften merklich nachgelassen hat, jedoch bei den Zugängen mit einem deutlichen Plus bei den Parteien zu verzeichnen ist:

Abgänge 370 Parteien mit 969 Personen
Zugänge 498 Parteien mit 954 Personen

Dies zeigt, daß sich der Trend des Einzugs von Kleinpensonalhaushalten fortsetzt. Besonders deutlich wird die Situation bei Alleinstehenden. In der Unterkunft für alleinstehende Männer, Dorotheenstraße 85, betrug die Fluktuation bei einer Kapazität von 40 Plätzen im Berichtszeitraum 413 Auszüge zu 436 Zuzügen.

Nachdem sich in den vergangenen Jahren der Zuzug von Asylbewerbern verringert hatte, ist im Berichtszeitraum wieder eine erhebliche Steigerung eingetreten. Die Zahl der Asylbewerber erhöhte sich von 436 auf 1.720 Personen.

Die Fluktuation stellt sich wie folgt dar:

Abgänge 2.229 Personen
Zugänge 3.349 Personen.

Von den Zugängen wurden ab 01.10.1986 insgesamt 984 Personen zur Landesstelle für die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge nach Unna-Massen weitergeleitet.

Im Berichtszeitraum hat sich die Zahl der Aussiedler drastisch erhöht, was an den nachstehenden Zahlen deutlich wird:

1986 = 688 Parteien mit 1.133 Personen
1987 = 1.053 Parteien mit 1.965 Personen
1988 = 1.725 Parteien mit 3.805 Personen

Durch den starken Zuzug von Aussiedlern nach Düsseldorf – im Jahr 1988 nahezu gleichviele wie in den vorangegangenen 3 Jahren zusammengenommen – hat sich die Unterbringungssituation mangels geeigneter Objekte drastisch verschärft. So mußten neben weiteren Übergangsheimen provisorisch 5 leerstehende Schulen zu Wohnzwecken hergerichtet und bis Ende 1988 = 5 Container-Wohnlager an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet aufgestellt werden.

Die Fluktuation in den Jahren 1986 bis 1988 stellt sich wie folgt dar:

Abgänge 2.189 Parteien mit 4.047 Personen
Zugänge 3.245 Parteien mit 6.779 Personen.

Die Bemühungen, Aussiedler im Normalwohnbereich unterzubringen, sind durch die äußerst angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt kaum erfolgreich.

Hinzu kommt, daß die Aussiedler in der Altersstruktur immer jünger werden und der Anteil von Kindern und Jugendlichen relativ hoch ist.

Daraus ergeben sich Probleme im Schul- und Kindergartenbereich. Die Verwaltung entwickelt eine ämterübergreifende Konzeption, wozu auch entsprechende Angebote für die in Containern untergebrachten Kinder gehören. Die soziale Betreuung der Aussiedler wird durch viele Organisationen, Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Kirchengemeinden und auch den Allgemeinen Sozialdienst und Jugendverbände sichergestellt, soweit das mit den vorhandenen Fachkräften möglich ist.

Sonstige Hilfen und Dienstleistungen

Betreuung von Besuchern aus der DDR, Berlin (Ost) sowie den ost- und südosteuropäischen Vertreibungsgebieten

Mit Wirkung vom 01.09.1987 wurde der Bundeszuschuß von 30,- DM auf 100,- DM erhöht, so daß für den Zeitraum 01.09. bis 31.12.1987 eine Bargeldhilfe von 120,- DM (Bundeszuschuß 100,- DM und städt. Zuschuß 20,- DM) je Besucher bei der ersten Einreise gezahlt wurde.

Besucher, die in der Zeit vom 01.01. bis 31.08.1987 bereits ein- oder mehrmals einreisten und bis Jahresende 1987 erneut zu Besuch waren, erhielten auf Antrag den entsprechenden Differenzbetrag zwischen altem und neuem Bundeszuschuß.

Mit Wirkung vom 01.01.1988 ist der städt. Zuschuß von 20,- DM entfallen. Im Berichtszeitraum waren folgende Gästezahlen zu verzeichnen:

1986 17.704 Personen
1987 24.811 Personen
1988 22.837 Personen.

Hilfe zur Arbeit für Sozialhilfeempfänger

Das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ ist in den letzten Jahren weiterentwickelt worden. Die Stadt Düsseldorf übernimmt bei Wohlfahrtsverbänden, gemeinnützigen Vereinen und Initiativen sowie Kirchengemeinden die vollständigen Lohnkosten für die Dauer von 2 Jahren, wenn arbeitslose Düsseldorfer/innen eingestellt werden, die lfd. Sozialhilfe erhalten und keine Leistung des Arbeitsamtes beziehen.

Dieses Programm – seit 1988 umfaßt es noch 218 Stellen fast ausschließlich mit der Landesförderung – zahlt sich nach dem 3. Jahr, bei hoher Abbrecherquote (25 %) nach dem 4. Jahr für die Stadt aus, d.h., die stadt-eigenen Fördermittel je Arbeitsplatz werden bei einer Durchschnittsberechnung nach Ablauf der 2-jährigen Förderzeit in weiteren 1 – 2 Jahren an Sozialhilfe eingespart. Selbst die zusätzlichen Personalkosten für die Abwicklung des Programms, im wesentlichen aber für die begleitenden Hilfen (3 Sozialarbeiter-Stellen) amortisieren sich bei ca. 218 Beschäftigungsstellen.

Im Haushalt 1988 waren hierfür 7.000.000,- DM etatisiert.

Förderung von Initiativen/Vereinen u.a.

Die Initiativförderung, insbesondere im Arbeitslosenbereich, wurde weiter ausgebaut.

Die Förderung umfaßt grundsätzlich die Hilfeleistung im Rahmen von Beratung und Information als auch finanzielle Hilfen in der Regel in Form von projektbezogenen Personal- und Betriebskostenzuschüssen einschließlich unabdingbarer Beschaffungen im Einzelfall.

In bestimmten Einzelfällen werden auch Personalkosten für hauptamtliches Personal übernommen.

An Haushaltsmitteln für die Initiativförderung einschließlich Arbeitslosenzentrum der Wohlfahrtsverbände unter Federführung der Arbeiterwohlfahrt, wurden verausgabt

1986 391.030,- DM
1987 557.123,- DM
1988 630.784,- DM

Im Berichtszeitraum stellt sich die Entwicklung beim Düsseldorf-Paß wie folgt dar:

Jahr	Ausgabe insgesamt Stück	bei der Rheinbahn eingelöste Monatskarten	Aufwand 1) DM
1986	14.424	52.395	1.196.638,--
1987	14.140	70.102	1.596.059,--
1988 2)	22.934	39.369	781.764,--

1) Aufwand für die sonstigen Vergünstigungen belastet nicht den Etat des Sozialamtes

2) Änderung der Anspruchsvoraussetzungen.

Aussiedler und Flüchtlinge

Einweisungen nach Düsseldorf sind erfolgt aus:

	1986	1987	1988
Polen	862	1.531	3.008
Rumänien	91	80	92
Ungarn	8	4	1
CSSR	5	1	7
Jugoslawien	-	-	5
UDSSR	3	22	57
Bulgarien	-	-	-
DDR	271	193	276
insgesamt:	1.244	1.835	3.446

An Anträgen auf Ausstellung eines Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsausweises wurden abschließend bearbeitet:

Ausweisart	1986	1987	1988
A-B (für Heimatvertriebene und Vertriebene)	926	953	2.566
C (DDR)	185	42	42
insgesamt:	1.118	998	2.615

Düsseldorf-Paß

Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage der Stadt, jedoch mit dem Wunsch, das Angebot aufrecht zu erhalten, ist der anspruchsberechtigte Personenkreis für den Düsseldorf-Paß mit Wirkung vom 01.01.1988 neu festgelegt worden. Danach erhalten den Düsseldorf-Paß

- Düsseldorfer Einwohner über 14 Jahre, die lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG beziehen.
- Bewohner von Düsseldorfer Alten- und Altenpflegeheimen, sofern die (restlichen) Heimpflegekosten aus Sozialhilfemitteln übernommen werden.

Damit ging auch die Bearbeitung der Anträge und Ausstellung der Pässe vom Amt für Wohnungswesen auf das Sozialamt über.

Inhaber dieses Ausweises erhalten weiterhin in den Bereichen Verkehr, Kultur, Freizeit und Bildung Sondertarife. Darüber hinaus bietet der Ausweis die Möglichkeit, die öffentlichen Nahverkehrsmittel im Stadtgebiet im Rahmen der 9.00 Uhr-Sparkarte zu einem wesentlich ermäßigten Preis zu benutzen.

Seit 1983 erhält die Stadt Düsseldorf keine Landeszuschüsse mehr für die Ausländerarbeit. Wie bereits im vorherigen Berichtszeitraum wurden die Aktivitäten der ausländischen Vereine und Verbände weiterhin durch städt. Mittel bezuschußt. Für Aktivitäten standen im Jahre

1986 156.000,- DM
1987 208.000,- DM
1988 146.000,- DM

zur Verfügung. Für Mietzuschüsse der Ausländervereine standen im Jahre 1986 und 1987 je 140.000,- DM und 1988 130.000,- DM zur Verfügung. 1986 stellte der Rat der Stadt Düsseldorf zusätzlich 40.000,- DM für die Durchführung der Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an“ bereit.

Schwerpunkt der Ausländerarbeit im Berichtszeitraum war – wie auch in den Vorjahren – die soziale Integration der ausländischen Einwohner Düsseldorfs. Zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses wurde verstärkt Öffentlichkeitsarbeit betrieben.

Unter Federführung der Ausländerkoordination wurden unter Beteiligung ausländischer Gruppen und Einbindung der Ausländer in das Düsseldorfer Brauchtum eine Vielzahl von – zum Teil stadtteilbezogenen – Aktivitäten, Veranstaltungen und Veröffentlichungen durchgeführt bzw. die Teilnahme der ausländischen Mitbürger daran organisiert. Hier sind besonders zu nennen:

- Die Durchführung von Informationsveranstaltungen zur Ausländerpolitik, zum Ausländerrecht und zu Vorurteilen.
- Die Teilnahme am Tag der Heimat.
- Die Durchführung des seit 1987 jährlich stattfindenden „Internationalen Frauentreffs“ und die Öffentlichkeitsarbeit und Begleitung des jährlichen „Islamischen Opferfestes“.
- Insbesondere war die Ausländerkoordination an der Durchführung der marokkanischen und mazedonischen Kulturwoche beteiligt.
- Im Rahmen der Woche der ausländischen Mitbürger, die jährlich stattfindet, wurden im Berichtszeitraum erneut Kultur- und Informationsveranstaltungen durchgeführt.
- Im Rahmen der Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an“ wurden unter Federführung der Ausländerkoordination eine Reihe von Aktivitäten, wie z.B. die Gestaltung von Plakatwänden, die Herausgabe eines eigenen Plakates, mehrere Einzelveranstaltungen sowie eine zentrale Abschlußveranstaltung durchgeführt.
- Seit 1988 laufen intensiv Vorbereitungen der Urwahl zu einem Ausländerbeirat.
- 1988 führte die Ausländerkoordination eine Aktionswoche mit 7 Einzelveranstaltungen zu ausländerrelevanten Themen durch.

Aus den o.a. Zahlenübersichten ist die enorme Steigerung der Zuweisungszahlen, insbesondere von 1987 zu 1988, ersichtlich, die bei den Ausweis-Anträgen aufgrund der nicht im gleichen Maße Schritt gehaltenen Personalaufstockung zu erheblichen Bearbeitungsrückständen geführt hat.

Ausländerangelegenheiten

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung ist im Berichtszeitraum wieder leicht angestiegen. Vermutlich hängt dies auch mit der Beendigung des Rückkehrhilfeprogramms der Bundesregierung zusammen, aufgrund dessen in den Jahren 1983 bis 1985 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war.

Somit betrug der Prozentsatz der ausländischen Bevölkerung an der Gesamteinwohnerzahl im Jahr

1986 12,7 %
1987 13,2 %
1988 13,8 %

– Auf Initiative der Ausländerkoordination erfolgte die Herausgabe einer vom Gesundheitsamt entwickelten AIDS-Broschüre in 13 Sprachen und die Herausgabe einer Sozialhilfebroschüre in 7 Sprachen.

Neben diesen Einzelaktivitäten erhielt die Beratung hilfesuchender Ausländer durch die Ausländerkoordination im Laufe der letzten Jahre einen besonders hohen Stellenwert. Die Begleitung und inhaltliche Anregung der Arbeit der Ausländervereine und der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft sowie deren Arbeitskreise wurde intensiviert.

Behindertenangelegenheiten

Mit Beginn des Jahres 1988 wurde für die Inanspruchnahme des Behindertenfahrdienstes auf Kosten der Stadt eine Einkommensgrenze nach § 81 Abs.1 BSHG und eine Vermögensgrenze nach § 88 BSHG eingeführt. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Berechtigtenzahl, die sich im Berichtszeitraum wie folgt entwickelt hat:

1986: 1.314 Personen
1987: 1.219 Personen
1988: 822 Personen

Das Angebot im Rahmen des Behindertenfahrdienstes mit bis zu 8 Fahrten monatlich hat sich nicht geändert.

Die Werkstatt für angepasste Arbeit (WfA) verfügt nunmehr über 3 Geschäfte im Stadtgebiet, in denen Erzeugnisse der Behindertenwerkstätten verkauft werden. Zuletzt wurde in zentraler Lage der Düsseldorfer Altstadt ein Laden eingerichtet.

Im Jahre 1987 erwarb man die Ausstattung einer Kerzenfabrik und die erste Gruppe behinderter Mitarbeiter konnte im März 1988 in den Räumen Weinheimer Straße beschäftigt werden.

Die Pflege des Südparks – ehemaliges Gelände der Bundesgartenschau – wurde im Laufe des Jahres 1988 durch die Werkstatt für angepasste Arbeit übernommen, wobei im Bereich der Garten- und Tierpflege inzwischen über 100 Arbeitsplätze für Behinderte eingerichtet werden konnten.

Die 1985 eröffnete Werkstatt in Düsseldorf-Heerdt brannte im November 1988 vollständig ab. Die rd. 120 Mitarbeiter wurden in den bestehenden anderen Reha-Einrichtungen weiterbeschäftigt. Ein Wiederaufbau der Werkstatt an gleicher Stelle ist geplant.

Im Jahre 1988 wurde in Trägerschaft des Johanniter Sozialdienstes eine Wohngemeinschaft für jüngere Körperbehinderte in der Knechtstedenstraße eingerichtet.

Im September 1986 wurde die einmal wöchentlich angebotene Beratung für Behin-

derte von der Kasernenstraße in die Räume der Fürsorgestelle für Schwerbehinderte im Wilhelm-Marx-Haus verlegt.

Im Berichtszeitraum wurde die Beratungsstelle wie folgt in Anspruch genommen:

1986 an 44 Beratungstagen insgesamt 355 Besucher
1987 an 45 Beratungstagen insgesamt 291 Besucher
1988 an 47 Beratungstagen insgesamt 340 Besucher.

Im Berichtszeitraum fanden zwei Ereignisse statt, die aus der Sicht der Behindertenkoordination besonders erwähnenswert sind. Einmal die REHA '87, auf der mit einem eigenen Beratungsstand die speziellen Angebote für Behinderte in Düsseldorf dargestellt wurden.

Zum anderen die Bundesgartenschau im Jahre 1987, auf der in Zusammenarbeit mit der Buga-Geschäftsführung und verschiedenen Hilfsorganisationen ein Service-Angebot

Im Rahmen der übertragenen Aufgaben nach dem Schwerbehindertengesetz hat sich im Berichtszeitraum die Anzahl der bearbeiteten Anträge sowie die gewährten Leistungen wie folgt entwickelt:

Bearbeitung von Anträgen im Kündigungsschutzverfahren	1986	1987	1988
a) ordentliche Kündigung	205	196	172
b) außerordentliche Kündigung	35	28	38
c) nachgehende Hilfen durch Betriebsbesuche	715	695	598

Aus Mitteln der Ausgleichsabgabe wurden folgende Bewilligungen ausgesprochen:

1986 in 204 Fällen 939.728,- DM
1987 in 207 Fällen 902.250,- DM
1988 in 209 Fällen 1.080.701,- DM

Hinzu kommen jeweils unmittelbare Leistungen der Hauptfürsorgestelle beim Landschaftsverband Rheinland.

Sprachbehindertenhilfe

Im Berichtszeitraum lagen die Schwerpunkte bei den Hilfen für sprachgestörte Kinder im Kindergartenalter und im Bereich der Beratung. Zum Ende des Jahres 1988 bestanden insgesamt 35 Sprachheilambulanzen, davon 14 Normalambulanzen, 21 Spezialambulanzen.

Aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums der städt. Hilfen für Sprachbehinderte fand am 30. und 31.05.1988 eine Festveranstaltung mit Fachvorträgen im Weiterbildungszentrum am Hauptbahnhof statt.

Offene Altenhilfe

Im Berichtszeitraum stieg der Anteil der älteren Bürger, die 60 Jahre und älter sind, von

für Behinderte durchgeführt worden ist. Aber auch schon im Vorfeld erfolgte mit den Buga-Planern eine behindertengerechte Gestaltung des Geländes und der Bauten.

Nachstehende Veröffentlichungen wurden im Berichtszeitraum herausgegeben:

- Die Neuauflage des Wegweisers für Sprach- und Stimmgestörte
- Broschüre „Integriert arbeitender Sprachheilkindergarten“
- Informationsblatt „Schule für Sprachbehinderte“ und Einrichtungen für Sprach- und Stimmgestörte
- Faltblatt „Mit dem Rollstuhl unterwegs in Düsseldorf“
- Broschüre „Rat und Tat und Tips – wo finden Behinderte in Düsseldorf Hilfe“ (überarbeitete Neuauflage)
- Stadtinformation für Blinde auf Tonbandcassetten
- Festschrift „100 Jahre städt. Hilfen für Sprachbehinderte“

22,86 % auf 22,98 % an. Dies sind bei einer Gesamtbevölkerung von 579.640 Einwohnern in Düsseldorf 133.219 60jährige und ältere Mitbürger in Düsseldorf am 31.12.1988.

Die Anzahl der durch den Ausschuß für Gesundheit und Soziales anerkannten Altenklubs ist im Berichtszeitraum von ehemals 52 auf 47 zurückgegangen. Gemäß den Richtlinien zur Förderung von Altenklubs in der Fassung vom 12.05.1976 erfolgte eine Förderung, deren Summe 1988 insgesamt 151.999,- DM betrug. Neben diesen bestehenden Altenklubs schließen sich vermehrt Senioren mit gleichen Interessen zusammen. Eine Festschreibung als Altenklub wird von diesen Gruppen jedoch nicht angestrebt. Hinzuzufügen ist, daß eine Überarbeitung der Förderrichtlinien für 1989 vorgesehen ist.

Die Zahl der Altentagesstätten in Düsseldorf blieb in den Jahren 1986 bis 1988 konstant. Eine der 33 Altentagesstätten ist in städt. Trägerschaft. Die Förderrichtlinien für Altentagesstätten wurden im Jahre 1987 überarbeitet und von den politischen Gremien beschlossen.

Die Versorgungsangebote im ambulanten Bereich wurden in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden weiterentwickelt. In Düsseldorf existieren 16 Sozialstationen in

Verbandsträgerschaft. Neben den anerkannten Sozialstationen der Verbände sind in den Jahren 1986 bis 1988 vermehrt private Anbieter im Bereich der häuslichen Kranken- und Altenpflege tätig, die über die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen die Zulassung zur häuslichen Krankenpflege erhalten haben.

Zu erwähnen ist, daß in den Jahren 1987 und 1988 durch die Geschäftsführung des Seniorenbeirates beim Sachgebiet Altenhilfe die Vorbereitung der für 1989 geplanten Neuwahl des Seniorenbeirates lag.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum Großveranstaltungen für Senioren in Düsseldorf angeboten. Dazu zählen u. a.

- Seniorentanztees
- Konzerte
- Sportveranstaltungen
- Wandertage
- Ausstellungen
- Veranstaltungen im Rahmen der Verkehrsaufklärung

Durchgeführt wurden auch wieder Fortbildungsangebote für die Leiterinnen und Leiter der Altentagesstätten und Altenklubs.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ist 1988 ein neues beschreibendes Heimverzeichnis über die Alten- und Altenkrankenhäuser in Düsseldorf vom Sachgebiet Altenhilfe erstellt und herausgegeben worden.

Heimaufsicht – Platzangebot

Die Gesamtsituation der Einrichtungen der geschlossenen Altenhilfe in Düsseldorf stellt sich für 1988 wie folgt dar:

	1988
Anzahl der Einrichtungen	54
Anzahl Altenwohnheimplätze	484
Anzahl Altenheimplätze	1830
Anzahl Altenkrankenheimbetten	2526
Anzahl Wohnheimplätze für volljährige Behinderte	329
Plätze insgesamt	5169

Städt. Alten- und Altenkrankenhäuser

Da nach dem BSHG der ambulanten Hilfe Vorrang eingeräumt wird, kommen die alten Menschen in der Regel erst dann in den Heimbereich, wenn alle anderen Möglichkeiten vorher ausgeschöpft worden sind oder sich als unzweckmäßig herausstellen. Daraus resultiert ein Durchschnittsalter der hier verweilenden Pflegebedürftigen zum Zeitpunkt der Heimaufnahme von fast 83 Jahren. Mehr als 90 % aller Neuaufnahmen kommen unmittelbar als schwere und schwerste Pflegefälle aus Krankenhäusern. Das Durchschnittsalter der Heimbewohner in den städt. Pflegeheimen liegt derzeit bei 85,6 Jahren. Im Jahre 1988 konnte die räumliche Situation der an die Städt. Altenheimstatt Flehe angegliederten staatlich anerkannten Schule für Krankenpflegehilfe einschließlich Mobiliar und Sachausstattung deutlich verbessert werden. Mit dazu beigetragen hat eine zweckgebundene Spende in Höhe von 50.000,- DM der Samuel-Stiftung. Einbezogen in diese Maßnahme wurden Überlegungen der Sozialverwaltung, auch ein eigenes Fachseminar für Altenpflege in kommunaler Trägerschaft einzurichten. Dieses Vorhaben ist ein wesentlicher Baustein des im parlamentarischen Bereich beschlossenen Konzeptes zur Neuorganisation der kommunalen Altenhilfe in Düsseldorf und zur Anwerbung qualifizierten Personals.

Seit Herbst 1988 ist begonnen worden, den Verwaltungsbereich durch die Datenverarbeitung intensiv zu unterstützen.

Bedingt durch die zunehmende Zahl von Rollstuhlfahrern wurden im Heimbereich folgende Verbesserungen geschaffen:

- Austausch von Pendeltüranlagen durch Automatiktüren
- Anschaffung eines behindertengerechten Fahrzeuges mit Hebebühne

Am 31.12.1988 verfügten die Städt. Alten- und Altenkrankenhäuser über folgende Heimplätze:

Flehe	509 Betten, davon 75 Betten im Altenheimbereich
Gallberg	228 Betten, davon 63 Betten für geronto-psychiatrische Betreuung
Benrath	61 Betten

Hinzu kommen 49 Apartments im Bereich des Altenwohnheimes Gallberg, Blanckertzstraße 10 sowie 59 altersgerechte Wohneinheiten in der Chlodwigstraße 94 und 90 Wohneinheiten im Altenwohnhaus Blanckertzstraße 26.

Im Berichtszeitraum sind den 3 Städt. Einrichtungen zahlreiche Spendenmittel zugeflossen. So z. B.:

470.000,- DM	von der Ernst und Berta Grimmke-Stiftung
150.000,- DM	von der Samuel-Stiftung
6.500,- DM	von der Heinrich-Küppers-Stiftung.

Amt 51 – Jugendamt

Amtsleiter: Richard Isselhorst

Am 10.03.1988 wurde der bisherige Amtsleiter, Herr Paul Saatkamp, zum Sozialdezernenten ernannt. Mit Wirkung vom 01.09.1988 trat Herr Richard Isselhorst dessen Nachfolge als Leiter des Jugendamtes an.

Nach wie vor liegt einer der Schwerpunkte der Arbeit des Jugendamtes in der Verbesserung der Situation arbeitsloser junger Menschen. Im März 1985 wurde eine Ausbildungsküche mit 16 Plätzen für auszubildende Köchinnen und Köche eingerichtet. Mit einem Ausbildungsrestaurant für 12 auszubildende Fachgehilfinnen und Fachgehilfen im Gastgewerbe wurde ab September 1986 ein weiteres Aus-

bildungsprojekt für schwervermittelbare arbeitslose Jugendliche ins Leben gerufen. Beide Ausbildungsbetriebe befinden sich auf dem Gelände des städtischen Kinderhilfeszentrums in der Eulerstraße 46.

Abnehmer der Dienstleistungen der Ausbildungsküche sind vordringlich soziale Einrichtungen in Düsseldorf. Das Ausbildungsrestaurant, das über 60 Plätze für Gäste verfügt, steht auch für Veranstaltungen der Stadt Düsseldorf, soweit sie einem sozialen Zweck dienen, zur Verfügung.

Für Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit hat der Rat der Stadt auch im Berichts-

zeitraum erhebliche Finanzmittel bereitgestellt. Sie betragen einschließlich der Zuschüsse für die Projekte der freien Träger der Jugendhilfe

1986	4.469.708,00 DM
1987	6.425.042,00 DM
1988	6.851.169,00 DM.

Als Mangel des seit etwa 10 Jahren bestehenden Düsseldorfer Verbundsystems zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, in dem durch das Zusammenwirken der verschiedenen Maßnahmenträger eine Vielzahl schwervermittelbarer arbeitsloser junger

Menschen für das Berufsleben vorbereitet, qualifiziert und ausgebildet wird, stellte sich mehr und mehr heraus, daß die notwendigen Folgemaßnahmen fehlen und die Teilnehmer trotz Arbeitsbereitschaft schon in jungen Jahren zu Sozialhilfeempfängern werden. Das veranlaßte den Rat der Stadt, am 13.12.1984 die Verwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit gemeinnützigen Trägern Vorschläge zur Organisation der Arbeit im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms für arbeitslose junge Menschen zu entwickeln. In Erfüllung dieses Auftrags hat das Jugendamt in Zusammenarbeit mit den klassischen freien Trägern der Jugendhilfe und unter Beteiligung des Jugendwohlfahrtsausschusses ein Konzept zur Gründung einer Zukunftswerkstatt gGmbH erarbeitet, das Ende 1988 beschlußreif war.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Arbeit des Jugendamtes waren im Berichtszeitraum die Bemühungen zur Verbesserung der Versorgung mit Kindergartenplätzen. Die Zahl der noch benötigten Plätze in diesen Einrichtungen ist erneut gestiegen und lag Ende 1988 bei etwa 3.000. Aus finanziellen Erwägungen, aber auch deshalb, weil durch Neubau von Tageseinrichtungen für Kinder kurzfristige Lösungen nicht zu erreichen sind, wurde verstärkt versucht, vorhandene geeignete Objekte entsprechend zu nutzen und Investoren zu finden, die bereit sind, in Fertigbauweise oder im Zusammenhang mit der Errichtung von Bauwerken derartige Einrichtungen zu schaffen. Wenn auch die Bemühungen nicht immer erfolgreich waren, werden sie dennoch weiter intensiviert.

Zur Verbesserung der Lebenssituation ausländischer Kinder und Jugendlicher wurden in den Stadtteilen Heerdt und Pempelfort zwei weitere Projekte mit dem Ziel einer speziellen integrativen Jugendhilfe auf der Grundlage einer ganzheitlichen Familienbetreuung eingerichtet. Sie befinden sich in der Schiess-Straße 21 und der Schirmerstraße 32.

Mit der Einrichtung in der Breslauer Straße 23 verfügt das Jugendamt damit über 3 Projekte, die nicht nur spezielle integrative Freizeitangebote für ausländische Kinder und Jugendliche machen, sondern darüber hinaus auch Sozialberatung für ausländische Familien anbieten.

Das Sachgebiet „Öffentlichkeitsarbeit und Sonderaufgaben“ wurde 1988 mit der Koordination der Öffentlichkeitsarbeit für die Ämter des Sozialdezernats betraut. Die bis dahin dort bearbeiteten Angelegenheiten der Schulsozialarbeit wurden der Abteilung „Besonderer Sozialdienst“ zugeordnet.

Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Landes NW hat das Jugendamt im Juli 1986 einen Fachkongreß Jugendhilfe veranstaltet, zu dem die Jugendämter des Landes eingeladen worden waren. Die Veranstaltung, die in dieser Form erstmalig stattfand, diente der fachlichen Information und dem gedanklichen Austausch aktueller Fragen und Probleme der

Jugendhilfe. 42 Einzelveranstaltungen innerhalb einer Woche wurden von 500 Teilnehmern aus örtlichen Jugendämtern, Landesjugendämtern und Ministerien besucht.

Für die 1979 ins Leben gerufene und vom Jugendamt organisierte Aktion „Düsseldorfer helfen Kindern der Dritten Welt“ konnten im Berichtszeitraum insgesamt 440.000,00 DM an Spenden zusammengetragen werden, die Entwicklungsprojekten in Südamerika, Afrika und Asien zugeflossen sind.

Hilfen für behinderte Kinder und Jugendliche

Die Erkenntnis, daß neben den schwerst körper- und mehrfachbehinderten Kindern eine Vielzahl von als unauffällig geltenden Kindern erhebliche Schwierigkeiten in der Gemeinschaft haben, veranlaßte das Förderungszentrum für körperbehinderte Kinder, sich in den vergangenen drei Jahren verstärkt diesem Problembereich zuzuwenden. Neben der Motopädagogik und der Wahrnehmungsschulung wurden weitere spezielle Betreuungsmethoden wie die sensorische Integration nach Jean Ayres angeboten, um den Bedürfnissen dieser Kinder besser gerecht werden zu können. Als Konsequenz der verbesserten Diagnostik organischer Defizite wurde eine weitere Psychologin auf Honorarbasis eingestellt. Besonderen Anklang haben die 1986 gegründeten Eltern-Kind-Gruppen gefunden, in denen unter der Leitung von Heilpädagogen, Sozialarbeitern und Therapeuten sehr erfolgreich das Miteinander aller Betroffenen und Beteiligten in der Betreuung behinderter Kinder praktiziert wird.

Die Zusammenarbeit des Förderungszentrums mit anderen Trägern der Behindertenhilfe wurde in den letzten drei Jahren erheblich intensiviert. Die offenen Fortbildungsangebote der städtischen Einrichtung zum Thema Diagnostik und Therapie behinderter Kinder finden großen Zuspruch auch bei freipraktizierenden Fachkräften und heilpädagogischen Institutionen.

Im Aufgabenbereich der Koordination der Behindertenhilfe wurde 1987 das Angebot der Zusammenarbeit bei der „außerschulischen Förderung geistig behinderter Kinder“ auf alle drei städtischen Schulen für Geistigbehinderte ausgedehnt. Im Herbst 1988 wurde gemeinsam mit einer Fachschule für Sozialpädagogik und einer Schule für Geistigbehinderte ein Kleingruppenprojekt ins Leben gerufen, dessen Aufgabenstellung die Vermittlung von Möglichkeiten der Freizeitgestaltung ist, welche nach entsprechendem Training selbständig wahrgenommen werden können.

Im Juli 1988 wurde in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Behindertenvereine der Aktionstag „Kinder haben Vorfahrt“

zum Verkehrsverhalten kleiner Kinder durchgeführt.

Auch in den vergangenen Jahren hat die Behindertenkoordination gemeinsam mit den zuständigen Fachämtern verschiedene Veröffentlichungen für behinderte Bürger herausgegeben.

Kindergartenangelegenheiten

Während Ende des Jahres 1985 die Versorgungsquote bei den Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder noch bei ca. 83 % aller Düsseldorfer Kinder im Kindergartenalter lag, ist sie bis 1988 auf rund 78 % zurückgegangen. Begründet ist diese Entwicklung damit, daß die Zahl der Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren im Berichtszeitraum effektiv gestiegen ist, zumal bis Ende 1988 rund 300 Aussiedlerkinder im Kindergartenalter zugezogen sind. Hinzu kommt aber auch, daß inzwischen für jedes in Düsseldorf lebende Kind in diesem Alter ein Kindergartenplatz gefordert wird. Trotz vielfältiger Bemühungen seitens des Jugendamtes, aber auch der freien Kindergartenträger ist es bisher nicht gelungen, diesen Fehlbedarf auch nur annähernd abzubauen. Durch Umwidmung nicht mehr benötigter Schulräume, durch die Schaffung von Einrichtungen in Fertigbauweise und durch die Einschaltung von Investoren wurde versucht, diesem Mangel möglichst kurzfristig abzuhelpfen. Das Ziel, geeignete Wohnungen oder Einfamilienhäuser anzumieten, um sie entsprechend ausbauen zu können, hat sich in den letzten Jahren wegen der erforderlichen, nicht aber erteilten Zustimmung von Nachbarn als wenig erfolgreich gezeigt.

Auch der Bedarf an Plätzen für unter 3-jährige Kinder ist im Berichtszeitraum gestiegen. Diese Tatsache ist auch darin begründet, daß die Zahl der alleinerziehenden Mütter und Väter, die wegen Berufstätigkeit gezwungen sind, ihre Kinder anderweitig unterzubringen, inzwischen auf 20 % aller Haushalte mit Kindern angewachsen ist. Auch hier war es, abgesehen von einigen wenigen Projekten, in den vergangenen drei Jahren nicht möglich, eine merkliche Verbesserung der Situation zu erreichen.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Entwicklung hat zur Folge, daß viele Mütter den Wunsch haben, wieder in ihre Erwerbstätigkeit zurückzukehren, sobald ihre Kinder das Kindergartenalter erreicht haben oder spätestens, wenn sie eingeschult werden. Die Konsequenz ist, daß nicht nur Kindergartenplätze erforderlich werden, sondern daß auch bei der Einschulung Hortplätze mit Schulaufgabenbetreuung zur Verfügung gestellt werden. Diesem im Berichtszeitraum erheblich angestiegenen Bedarf konnte ebenfalls bisher nicht entsprochen werden.

Um dem Mangel an Plätzen in Kindergärten und Horten wenigstens in Zukunft abhelfen zu

können, wurde im Berichtszeitraum die konkrete Planung von 26 neuen bzw. Erweiterung von vorhandenen Einrichtungen in Angriff genommen.

Jugendförderung

Im Sommer 1986 wurde in Containerbauweise die Jugendfreizeiteinrichtung Froschkönigsweg als Interimslösung für das geplante Jugendzentrum in Flingern eröffnet. Im Rahmen der Brachflächengestaltung entstand in Garath eine Bürgerwiese und in Lichtenbroich ein Fahrradspielplatz. Auf Initiative einer Schulklasse wurde im Berichtszeitraum die Planung einer Skateboard-Anlage auf dem Gustaf-Gründgens-Platz begonnen und abgeschlossen. Der Baubeginn dieser Bahn steht unmittelbar bevor.

Als Folge aus den Untersuchungen zu dem vom Jugendamt Ende 1985 dem Jugendwohlfahrtsausschuß vorgelegten Frauenbericht wurde 1986 mit der Intensivierung und Qualifizierung der Mädchenarbeit in Jugendfreizeiteinrichtungen begonnen. Neben der konzeptionellen Verarbeitung einer gemeinsam mit dem Institut für Soziale Arbeit durchgeführten Untersuchung wurden zwei Jugendfreizeiteinrichtungen Mädchengerecht umgebaut und atmosphärisch verändert. Die Angebote wurden entsprechend den gewonnenen Erkenntnissen umgestaltet und erweitert.

Durch die Ausweitung der Immunschwäche „AIDS“ stellte sich für die Arbeit im Jugendschutz die Frage nach notwendigen und möglichen Präventivmaßnahmen für Kinder und Jugendliche. Neben umfangreicher Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit wurde eine Arbeitshilfe für die Betreuungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Einrichtungen der Jugendförderung entwickelt.

Im Sommer 1988 wurde die bis dahin von einem freien Träger geführte Freizeiteinrichtung für Kinder an der Burscheider Straße vom Jugendamt übernommen. Im gleichen Jahr wurde die städtische Jugendfreizeiteinrichtung an der Breslauer Straße aufgegeben.

Am Ende des Jahres 1986 wurden folgende Einrichtungen der Jugendförderung betrieben:

- 6 Heime der Ganz-Offenen-Tür
- 8 Heime der Kleinen-Offenen-Tür
- 16 sonstige Jugendfreizeiteinrichtungen
- 1 Kinderspielhaus
- 4 Bürgerhäuser
- 3 Abenteuerspielplätze

Zur Bundesgartenschau 1987 plante und organisierte die Abteilung Jugendförderung ein kontinuierliches Kinderprogramm auf dem Ausstellungsgelände. Vordringliches Ziel der Aktivitäten und Veranstaltungen war es auch, die Kinder aus der mit Spielmöglichkeiten unterversorgten Nachbarschaft des

Geländes auf die vielfältigen Spielmöglichkeiten aufmerksam zu machen und sie zu motivieren, auch nach Abschluß der Bundesgartenschau den Südpark zu nutzen und verantwortlich mit ihm umzugehen.

Amtsvormundschaft und -pflugschaft

Im Bereich der Amtsvormundschaft war im Berichtszeitraum ein erheblicher Rückgang der Zahl der nichtehelichen Geburten bei Minderjährigen festzustellen. Der Umfang der Bestellungen des Jugendamtes zum Vormund oder Pfleger für eheliche Kinder insbesondere aus Problemfamilien nahm dagegen zu. Diese Entwicklung wirkte sich nicht unwesentlich auf die Arbeit der Fachkräfte aus, die neben der rechtlichen Vertretung des Kindes und seiner Betreuung sich verstärkt veranlaßt sahen, intensive Elternarbeit und -beratung unter Berücksichtigung der gesamtfamiliären Situation anzubieten. Merklich gestiegen ist in diesem Aufgabenbereich auch die Zahl der Ehelichkeitsanfechtungsverfahren.

Als Auswirkung einer durchgeführten Organisationsuntersuchung kam es zu Beginn des Jahres 1986 im Sachgebiet „Amtspflegschaft für Minderjährige“ zur Streichung von drei Planstellen und damit zu einer Neuverteilung und Erhöhung der von den einzelnen Fachkräften zu bearbeitenden Fälle. Bis zum Ende des Berichtszeitraums nahm dann die Zahl der beim Jugendamt geführten Amtspflegschaften und Beistandschaften weiter zu. Die Zunahme zahlungsunfähiger Langzeitarbeitsloser mit den hieraus folgenden Anträgen auf Herabsetzung der Unterhaltsverpflichtung ließ in den vergangenen drei Jahren ebenso wie die steigende Zahl von Problemfällen bei den Aussiedlern, den Arbeitsanfall nicht unerheblich anwachsen. Gestiegen ist auch die Summe der Anträge auf Leistungen nach dem Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfälleistungen (UVG). Ende 1988 hatte die Zahlstelle der Fachabteilung ca. 2.700 laufende Fälle zu bearbeiten. Die Ausgaben, die je zur Hälfte von Bund und Land getragen werden, beliefen sich auf:

2.495.204,00 DM	1986
2.557.414,00 DM	1987
2.649.155,00 DM	1988

Mitte 1987 erhielt die Zahlstelle eine Computer-Dialog-Anlage mit drei Bildschirmarbeitsplätzen. Durch die Einführung einer Soll-Ist-Rechnung konnte auch das Mahnwesen automatisiert werden.

Auch die Zahl der Anträge auf Einleitung vorläufiger Vormundschaften bzw. Pflegschaften für Erwachsene hat im Berichtszeitraum weiter zugenommen. Ende 1988 wurden in Düsseldorf insgesamt 3.159 Vormundschaften und Pflegschaften geführt, von denen 1.485 von den Wohlfahrtsverbänden und dem Jugendamt übernommen wurden. Die

übrigen Fälle werden von Einzelpersonen geführt.

Die in der Trägerschaft des Jugendamtes stehende Wohngemeinschaft für unter Amtsvormundschaft und -pflugschaft stehende Erwachsene in der Norderneystraße 21 mußte 1986 aufgegeben werden, da das Haus abgerissen wurde. Eine adäquate Nachfolgeeinrichtung konnte im Berichtszeitraum nicht gefunden werden.

Soziale Dienste

Die Lebenssituation vieler Düsseldorfer Familien wird nach wie vor von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere als Folge von Arbeitslosigkeit, belastet. Seit 1987 traten aber auch in zunehmendem Maße Wohnprobleme zutage. Auch die Reform des Ehescheidungsrechts und die gesetzliche Neuregelung der elterlichen Sorge beeinflussten die Tätigkeit des Allgemeinen Sozialdienstes des Jugendamtes. Durch neue Methoden der Sozialarbeit konnte die Behandlung von Familienkonflikten verbessert werden, und es wurde verstärkt versucht, die betroffenen Familien durch besondere Beratung zu befähigen, aufgetretene zwischenmenschliche und persönliche Schwierigkeiten zu überwinden. Um das Abgleiten in die Obdachlosigkeit zu verhindern, wurden insbesondere die Wohn- und Obdachlosenhilfen intensiviert. Obdachlose wurden so weit es möglich war in den Normalwohnbereich eingegliedert, bzw. es wurden ihnen zusätzliche Hilfen angeboten, um ihre Lebensverhältnisse innerhalb der Obdachlosenunterkünfte zu festigen und zu verbessern.

Die sozialpädagogische Familienhilfe hat weiterhin an Umfang und Bedeutung zugenommen, und sie ist als wichtiges Betreuungsangebot im Rahmen der Jugendhilfe nicht mehr wegzudenken.

Die Eingliederung insbesondere der im Jahre 1988 erheblich angewachsenen Zahl von Aussiedlerfamilien erfordern in zunehmendem Maße den vollen Einsatz der Sozialfachkräfte, zumal auch vermehrt „Problemfamilien“ sich in Düsseldorf ansiedeln. Die Zahl von 1.183 Minderjährigen, die Ende 1988 in den Übergangsheimen lebten, verdeutlicht die Situation. Besonders problematisch für sie ist, daß sie Schwierigkeiten haben, sich den neuen Lebensraum zu erschließen. Sie bedürfen deshalb verstärkt der Hilfe und Betreuung durch die Fachkräfte des Allgemeinen Sozialdienstes. Auch ihre Eltern benötigen besonders in Erziehungsfragen einer intensiven Beratung.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Arbeit des Allgemeinen Sozialdienstes war in den vergangenen drei Jahren die Stadtteilarbeit. Vor dem Hintergrund des Wissens, daß die vor Ort tätigen Sozialfachkräfte besondere Kenntnisse über die Probleme ihres Stadtteils haben, wurde – soweit dies personell leistbar war –

versucht, die vorhandenen Hilfen zu koordinieren und neue anzuregen. In diesem Zusammenhang wurde auch im September 1986 das „Projekt Erkrather Straße“ geschaffen. Durch die ständige Präsenz der Sozialfachkräfte des Allgemeinen Sozialdienstes in der im Hause Erkrather Straße 330 untergebrachten Nebenstelle, durch eine bedarfsangepasste Veränderung und Erweiterung der Hilfsangebote konnten bis zum Ende des Berichtszeitraums in diesem Wohnbereich, der durch einen Ausländeranteil von 80 %, durch hohe Arbeitslosenquote verbunden mit vielfältigen sozialen Benachteiligungen sowie mehrfachen Eigentümerwechsel gekennzeichnet ist, zumindest punktuell erste Erfolge zur Verbesserung der Verhältnisse erreicht werden. Im Frühjahr 1987 und Anfang 1988 wurden zur Intensivierung der Betreuungsarbeit, insbesondere für Kinder und Jugendliche, zusätzliche Guppenräume in zwei Nachbarhäusern angemietet.

Wie auch im vorherigen Berichtszeitraum lag ein wesentlicher Schwerpunkt der Abteilung „Besonderer Sozialdienst“ in den Jahren 1986 bis 1988 in den Bemühungen zur Verbesserung der Situation arbeitsloser junger Menschen. Die Sonderausbildung für schulisch und sozial benachteiligte Jugendliche wurde weiter verstärkt. Nach Abschluß dieser außerbetrieblichen Berufsausbildung in Projekten des Jugendamtes konnten im Berichtszeitraum 24 junge Menschen erfolgreich eine Lehrabschlussprüfung ablegen. Dieses Ergebnis ist bemerkenswert, da es sich bei diesen Jugendlichen in der Regel um Sonderschüler und Hauptschüler ohne bzw. mit schlechtem oder nachträglich erworbenem Hauptschulabschluß handelte. Sie hatten teilweise etliche „Warteschleifen“, Zeiten der Arbeitslosigkeit, Ausbildungsabbrüche oder vergebliche Bewerbungsversuche auf dem freien Ausbildungsmarkt hinter sich.

Im März 1988 wurden die Sachgebiete „Pflegekinderdienst und Adoptionsvermittlung“ sowie „Erziehungshilfe in Einrichtungen“ umorganisiert und zu einem Sachgebiet „Erziehung außerhalb der Herkunftsfamilie/Fremdplatzierung“ zusammengelegt.

Wirtschaftliche Erziehungshilfe

Die Zahl der Minderjährigen und jungen Volljährigen, die in fremden Familien oder bei Verwandten leben und für die nach den Bestimmungen des Jugendwohlfahrtsgesetzes und des Bundessozialhilfegesetzes wirtschaftliche Hilfen zu leisten sind, ging gegenüber dem Stand vom 31.12.1985 um weitere 54 zurück. Sie lag am Ende des Berichtszeitraums bei 657 Fällen. Im Bereich der Hilfen für Minderjährige und junge Volljährige in Heimen hat sich die Zahl ebenfalls leicht reduziert. Sie lag Ende 1988 bei 710 Fällen. Darin enthalten sind 157 Fälle von jungen Volljährigen, für die über den Zeitpunkt der Volljährigkeit hinaus Hilfen nach § 6 Absatz 3 JWG bzw. freiwillige

Leistungen aufgrund eines Ratsbeschlusses vom 01.07.1982 gewährt wurden.

Die Zahl der jungen Volljährigen, die wirtschaftliche Hilfe erhalten, hat sich demgegenüber von 130 am 31.12.1985 auf 157 am Ende des Berichtszeitraums erhöht. Von Bedeutung für diese Steigerung dürfte auch die weitere Differenzierung der Heimerziehung durch neue Betreuungsformen, wie das „sozialpädagogisch betreute Wohnen“ gewesen sein. Für diese Betreuungsform konnte 1988 mit den freien Trägern der Jugendhilfe eine neue Finanzierungsregelung vereinbart werden, die die Besonderheiten dieser Form der Heimerziehung stärker berücksichtigt.

In Kindergärten und Horten befanden sich am Ende des Jahres 1988 insgesamt 646 Kinder, für die Hort- bzw. Kindergartenbeiträge aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Eltern ganz oder teilweise aus Mitteln des Jugendhilfeeats übernommen werden mußten.

Nach einer vorübergehenden Stabilisierung der Personalsituation in der zuständigen Fachabteilung ergaben sich 1988 durch starke Fluktuation erhebliche Probleme in der Sachbearbeitung.

Jugend- und Elternberatungsdienst

Im August 1986 zog die Hauptstelle des Jugend- und Elternberatungsdienstes aus dem Stadtteil Düsseldorf zur Willi-Becker-Allee 10. Die verkehrsmäßig günstige zentrale Lage führte dazu, daß für die Ratsuchenden der Zugang zu dieser Einrichtung erheblich erleichtert wurde. Neben der Entwicklung eines professionelleren Arbeitsstils war dies auch ein Grund dafür, daß sich bis zum Ende des Jahres 1988 die Zahl der Betreuungsfälle erheblich erhöhte. Im gesamten Berichtszeitraum ist die pädagogische Gruppenarbeit mit schulpflichtigen Kindern zu einem gefragten Dauerangebot geworden. Ihre Zielsetzung war und ist die Förderung von altersgemäßer Selbstständigkeit und Kontaktfähigkeit. Auch die sozialtherapeutische Gruppenarbeit mit delinquenten Jugendlichen konnte stabilisiert werden.

Großen Anklang bei türkischen Familien fand ein Sprachförderungsprojekt, das während der Sommerferien 1988 erstmals durchgeführt worden ist.

In enger Zusammenarbeit mit dem psychiatrisch-neurologischen Dienst des Gesundheitsamtes für Kinder und Jugendliche wurde gegen Ende des Berichtszeitraums ein Konzept entwickelt, das gezielte Hilfen für Familien mit hyperkinetischen Kindern anbietet.

Die Außenstelle des Beratungsdienstes in der Scheffelstraße 83 hat im Berichtszeitraum erstmals in einem Informations- und Beratungstreff für Arbeitslose eines eingetragenen freien Vereins eine offene Elterngruppe

gegründet. Wegen der positiven Resonanz auf dieses Angebot soll es auch in Zukunft weitergeführt werden.

Im Jahre 1987 wurde in der Einrichtung Scheffelstraße eine Mutter-Kind-Gruppe ins Leben gerufen. Diesem Angebot lag ein Wunsch von Eltern zugrunde, denen es nicht gelungen war, ihre Kinder in den bestehenden Kindertageseinrichtungen unterzubringen. Da das Interesse an diesem Angebot außerordentlich hoch war und die Teilnehmerzahl begrenzt werden mußte, wurde zusätzlich ein Angebot zur Selbsthilfe, d.h. zur Gründung und Betreuung von Spielgruppen in Eigeninitiative gemacht.

Im Rahmen der institutionellen Zusammenarbeit mit dem Kinderheim eines freien Trägers hat die Außenstelle des Jugend- und Elternberatungsdienstes in der Burscheider Straße 29 sich im Berichtszeitraum stark engagiert bei der diagnostischen Abklärung und Begutachtung besonders problematischer Kinder.

Städtisches Kinderhilfezentrum

Die Notaufnahmen insbesondere von Kindern im Alter von bis zu 6 Jahren nahmen in den vergangenen beiden Jahren erheblich zu. Eine Kinderschutzgruppe wurde deshalb für die Aufnahme dieser Kleinkinder familiengerecht umstrukturiert. Es konnten zusätzlich Familien für Erziehungsstellen im Kinderschutzbereich gewonnen werden, die bereit waren, in enger Zusammenarbeit mit dem Kinderhilfezentrum Säuglinge und Kleinstkinder vorübergehend zu betreuen.

1988 wurden durch die Polizei 75 Roma- und Sinti-Kinder dem Kinderhilfezentrum zugeführt. Um diesen Kindern, die zunehmend auf die Heimerziehung zukommen, entsprechende Hilfen geben zu können, mußte ein spezieller Bereitschafts- und Rückführungsdienst eingerichtet werden.

Im Jahre 1986 wurde eine interne Wohngruppe mit 9 Plätzen geschlossen. Aufgrund der Zunahme junger Erwachsener im Bereich des „Betreuten Wohnens“ konnte die Gesamtkapazität der Einrichtung trotz dieser Gruppenschließung auf dem gleichen Niveau gehalten werden. Die freigewordene Wohneinheit wird seither durch das Roma-Sinti-Rückführungsprojekt genutzt.

Ebenfalls 1986 konnte ein lang angestrebtes Ziel erreicht werden, nämlich eine weitere interne Wohngruppe auszulagern. 9 Kinder und Jugendliche konnten mit den Pädagogen in ein großes Haus an der Siegburger Straße 98 umziehen. Damit verfügt das städtische Kinderhilfezentrum wieder über 4 Außenwohngruppen.

Durch die Auslagerung dieser Wohngruppe konnte eine Sondergruppe für hörbehinderte Kinder und Jugendliche die freigewordenen

Räume nutzen. Da es sich hier um die einzige Gruppe dieser Art im Rheinland handelt, war es möglich, im Kinderhilfzentrum einen wichtigen Beitrag für die Stabilisierung der Hilfe für hörgeschädigte Kinder zu leisten.

Um dem Ziel der modernen Heimerziehung, die als eine vorübergehende stationäre Hilfe gewertet wird, näherzukommen, wurde im Berichtszeitraum die systematische Eltern- und Familienbetreuungsarbeit erheblich intensiviert. Die Tagesgruppen der Einrichtung haben dabei eine zentrale Rolle in der Nachsorge der betroffenen Kinder übernommen.

Amt für Ausbildungsförderung

Am 21.06.1988 ist das 11. Änderungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in Kraft getreten. Es enthält neben einer gestaffelten linearen Leistungsanpassung einige Verbesserungen im Bereich der Auslandsausbildung, die Grundlage für eine

beschränkte Erweiterung der Schülerförderung sowie wesentliche Neuregelungen im Bereich der Darlehensrückzahlung und des Darlehenserrlasses.

Das Gesetz über die Unterhaltsbeihilfen für Schülerinnen und Schüler des Landes NW (UBG-NW) gilt in der Fassung vom 10.06.1986. Diese Novellierung des Unterhaltsbeihilfegesetzes enthält eine Sonderregelung zugunsten der Schüler, die in Bildungsgängen an Berufsschulen oder Kollegschulen eine Berufsausbildung in einem nach dem Berufsbildungsgesetz bei der Handwerkskammer anerkannten Ausbildungsberuf durchführen. Nach erfolgreichem Abschluß der Prüfung vor der Kammer erwerben diese Schülerinnen und Schüler einen Berufsabschluß in einem anerkannten Ausbildungsberuf.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Anträge bearbeitet:

1986	1.603
1987	1.575
1988	1.605

Folgende Förderungsbeträge wurden ausbezahlt:

nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	
1986	4.551.576,00 DM
1987	4.764.395,00 DM
1988	4.873.464,00 DM

nach dem Gesetz über Unterhaltsbeihilfen für Schüler des Landes NW (UBG-NW)	
1986	700.032,00 DM
1987	862.053,00 DM
1988	825.059,00 DM

Das Amt für Ausbildungsförderung wurde 1987 aus dem Gebäude Kasernenstr. 6 in das Haus Breitestraße 7 verlegt. 1988 wurde es im Stadthaus Mühlenstr. 29 untergebracht.

Amt 52 – Sportamt

Amtsleiter: Karl Theo Kels

Herausragende Fußball-Großveranstaltungen mit internationaler Bedeutung waren im Rheinstadion:

1987
Fußball-Länderspiel Deutschland/England
1988
Fußball-Länderspiele Deutschland/Italien und England/Niederlande
im Rahmen der in der Bundesrepublik durchgeführten Europameisterschaft,

Fußball-Länderspiel Deutschland/UDSSR und Leichtathletik-Länderkampf Deutschland/DDR.

Im Bereich des Rheinstadions wurde in den Berichtsjahren eine Reihe weiterer Maßnahmen begonnen bzw. abgeschlossen, die zum größten Teil Verbesserungen und Erneuerungen in der Hauptkampfbahn waren. Dazu zählen auch Sicherheitsmaßnahmen, welche für die Abwicklung von Spielen für die Fußball-

Europameisterschaft u. ä. künftige Ereignisse notwendig sind. Der Gesamtaufwand betrug rd. 7,35 Mio DM.

Im Eisstadion Brehmstraße wurden 1986 7 Spiele der Junioren-Eishockey-Europameisterschaft ausgetragen sowie das Eishockey-Länderspiel Deutschland/UDSSR. In den Jahren 1986-1988 fand die Deutsche Fieselmeisterschaft, 1987 die Deutsche Meisterschaft im Damen-Eishockey statt. 1988 war es Austragungsstätte für einige Spiele des jährlich im "Rochusclub" durchgeführten Tennis-World-Team Cup infolge zeitweilig witterungsbedingten Ausfalls der Tennisplätze am Rolander Weg.

Für die Erneuerung und Verbesserung verschiedener Einrichtungen des Eisstadions in den 3 Berichtsjahren wurden insges. rd. 712.000 DM ausgegeben.

Zur Verbesserung der Möglichkeiten für die Sportausübung bzw. Freizeitgestaltung der Düsseldorfer Bürger sind die verschiedensten

Maßnahmen auf städt. Sportanlagen mit einem Kostenaufwand von rd. 11,8 Mio. DM fertiggestellt worden.

Hierbei wurden neue Einrichtungen geschaffen - z. B. 1 Sporthalle, 3 Kleinspielfelder - und zahlreiche Überholungs- bzw. Erneuerungsarbeiten - z.B. Spielfelder, Gebäude - ausgeführt.

Für besonders förderungswürdige Maßnahmen auf dem Sport- bzw. Freizeitsektor wurden rd. 16 Mio. DM bewilligt. Dabei handelte es sich überwiegend um zweckgebundene Zuschüsse an Turn- und Sportvereine zur Förderung des Jugend- und Spitzensports, für die Teilnahme Düsseldorfer Sportler an Meisterschaften, für die Benutzung der Schwimmhallen, für die Übernahme der Reinigungs- und Bereitschaftsgebühren der Schulhausmeister bei der Benutzung der Turnhallen, für die Unterhaltung von Sportanlagen, für den Neubau und die Verbesserung von Vereinsheimen, Trainingsbeleuchtungen, Tennisplätzen und sanitären und sonstigen Einrichtungen auf Sportanlagen.

Amt 53 – Gesundheitsamt

Amtsleiter: Dr. Heiko Schneitler

Personalsituation

Im Berichtszeitraum mußte – wiederum überwiegend durch Pensionierungen bedingt – eine Vielzahl der Führungspositionen des Gesundheitsamtes neu besetzt werden.

Es handelte sich u.a. um die Stelle des stellvertretenden Amtsleiters und Leiters der Abteilung Medizinalaufsicht zum 01.02.1988, des Verwaltungsleiters zum 01.06.1986, der Leiterin der Abteilung Zahnärztlicher Gesundheitsdienst zum 01.10.1986, der Leiterin der Abteilung Ärztlicher Untersuchungsdienst zum 01.01.1987, und der Leiterin der Abteilung Tuberkulosefürsorge, Medizinisch-technischer Dienst zum 01.09.1987.

Unter Einbeziehung der Veränderungen im Vorberichtszeitraum haben sich in den vergangenen 6 Jahren mit Ausnahme der Leitung der Abteilung Psychiatrischer und Neurologischer Gesundheitsdienst in allen Führungspositionen personelle Veränderungen ergeben.

Bereits im Verwaltungsbericht 1983 - 1985 wurde darauf hingewiesen, daß für die Arbeit des Gesundheitsamtes auch neue Schwerpunkte gesetzt werden sollten. Dies wurde insbesondere dadurch erleichtert, daß das Gesundheitsamt 1986 ein neues Gebäude, das Gesundheitshaus Kölner Straße 180, beziehen konnte. Der Oberbürgermeister übergab das neue Gesundheitshaus der Düsseldorfer Bürgerschaft im Rahmen eines feierlichen Festaktes am 07.06.1986. Die bis dahin im Stadtgebiet dezentral untergebrachten Organisationseinheiten konnten bis auf den Psychiatrischen und Neurologischen Gesundheitsdienst und die Nebenstellen, die der bürgernahen Versorgung dienen, zusammengeführt werden. Für den Psychiatrischen und Neurologischen Gesundheitsdienst konnten im lediglich ca. 5 Fußminuten entfernten Gebäude Willi-Becker-Allee 10 Räume gefunden werden.

Ein neuer wichtiger Schwerpunkt im Rahmen der Bürgernähe war die Öffentlichkeitsarbeit und Gesundheitserziehung. So beteiligte sich das Gesundheitsamt im Jahre 1986 erstmals an einer Ausstellung der NOWEA, der Ausstellung "Präventa 86". Hier wurde der Düsseldorfer Bevölkerung bürgernahe Beratung zum Thema "Gesunde Ernährung" angeboten. Der Stand des Gesundheitsamtes wurde von über 12.000 Interessierten besucht. Im Folgejahr nahm das Gesundheitsamt mit der Themenstellung "Im Mittelalter gab's noch kein Gesundheitsamt / Vom Quacksalber zur modernen Prävention" an der Nachfolgemesse "aktiv 87" mit dem gleichen Erfolg teil.

Im Februar 1987 wurde ein zweitägiges Einweihungsfest der "Aktion Zahngesundheit in Düsseldorf" veranstaltet, mit dem den Düsseldorfern eine Gemeinschaftsaktion des Gesundheitsamtes und der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der Innungskrankenkasse Düsseldorf und Neuss, der Düsseldorfer Betriebskrankenkassen und der Krankenkasse der rheinischen Landwirtschaft vorgestellt wurde. Innerhalb dieser Aktion werden alle Düsseldorfer Kindergartenkinder sowie deren Eltern und Erzieherinnen in einem umfangreichen Programm über richtige Zahnpflege und gesunde Ernährung informiert. Im Februar 1988 fand eine einwöchige umfassende Aufklärungs- und Informationsausstellung "Familienplanung – aber wie?" zu den Themen Sexualität, Familienplanung, Kontrazeption und AIDS statt.

Am 01.12.1988, dem Welt-AIDS-Tag, gestaltete das Gesundheitsamt in Zusammenarbeit mit dem AIDS-Hilfe Düsseldorf e.V. eine große öffentliche Informationsveranstaltung auf dem Burgplatz. Zum gleichen Thema wurden Informations- und Aufklärungsmedien für verschiedene Zielgruppen in 13 Sprachen erarbeitet.

Gemeinsam mit dem Weiterbildungszentrum wurde im Herbst-Wintersemester 1988/89 an 14 Abenden eine öffentliche Vortrags- und Gesprächsreihe zu den verschiedensten aktuellen Themen der körperlichen und seelischen Gesundheit unter dem Motto "Gesundheitsfragen – Zeitfragen" durchgeführt.

Zum Thema "Gesunde Ernährung des Kindes" konnten zwei umfangreiche Broschüren erarbeitet werden, die nicht nur in der Düsseldorfer Bürgerschaft erhebliches Interesse fanden. Die Erstellungskosten konnten durch die Genehmigung bundesweiter Nachdrucke erheblich gesenkt werden.

Umstrukturierung

Mit dem Bezug des Gesundheitshauses wurde das Gesundheitsamt in wesentlichen Bereichen umstrukturiert, um die veränderten räumlichen und medizinisch-technischen Möglichkeiten voll nutzen zu können.

So wurde insbesondere der ärztliche Untersuchungsdienst als Abteilung verselbständigt, wurden der Abteilung Medizinalaufsicht die Aufgaben des medizinischen Umweltschutzes, des Katastrophenschutzes und die Aufgabe des Prüfungsvorsitzenden für Krankenpflegeschulen und ähnliche Einrichtungen zugeordnet.

Um der Bekämpfung der neu aufgetretenen Erkrankung AIDS gerecht zu werden, wurde das Sachgebiet "AIDS" im Bereich der Abteilung Geschlechtskrankenfürsorge und Gefährdetenhilfe neu geschaffen. Schließlich war es erforderlich, den stark verbesserten medizinisch-technischen Dienst des Amtes unter die fachliche Leitung einer Ärztin für Lungen- und Bronchialheilkunde zu stellen.

Rettungsdienst

Die Stadt Düsseldorf betreibt seit dem 01.07.1973 zwei ärztlich besetzte Rettungswagen, stationiert in den Feuerwachen Münsterstraße und Hüttenstraße. Zum 01.06.1983 wurde eine dritte Rettungswache in Düsseldorf-Garath, Frankfurter Straße 245 eingerichtet. Für den medizinischen Bereich dieser Wachen (Personalkosten der Ärzte, Kosten für medizinisch-technisches Gerät, Arzneimittel und Verbandstoffe) wurden aus dem Etat des Gesundheitsamtes folgende Beträge aufgewandt:

1986	DM 1.279.974,77
1987	DM 1.340.167,29
1988	DM 1.380.341,76

Im selben Jahreszeitraum wurden von den Notärzten Einsätze in steigender Anzahl gefahren:

1986	5.806
1987	6.314
1988	6.431

Die durchschnittlichen Kosten betragen für den medizinischen Teil je Einsatz

1986	DM 220,46
1987	DM 212,25
1988	DM 214,64

Medizinalaufsicht

Krankenhauswesen und Krankenhausaufsicht

Erstmals wurden im Berichtszeitraum Krankenhausbaumaßnahmen aus städtischen Mitteln nicht gefördert.

Letztmalig wurden den freien gemeinnützigen Krankenhäusern 1986 DM 100.000,- für die Bereitstellung von Infektionsbetten gezahlt.

Derzeit ist nicht abzusehen, wann der neue Krankenhausbedarfsplan des Landes Nordrhein-Westfalen fertiggestellt sein wird.

In Zusammenarbeit mit den Trägern der Düsseldorfer Krankenhäuser wurde seit Anfang 1987 in der "Kleinen Kommission Bedarfsplanung" eine Analyse der Bettensituation in Düsseldorf erarbeitet. Die hier erreichten Ergebnisse sollten in die weiteren Planungen mit eingehen. Die Verwaltung hält den Abbau der vorhandenen Belegabteilungen für erforderlich, da hier die kontinuierliche qualifizierte Betreuung der Patienten und der medizinischen Notfälle nicht gleichermaßen gut wie in den ausreichend zur Verfügung stehenden Hauptabteilungen zu gewährleisten ist.

Durch die Schließung des Liebfrauenkrankenhauses im April 1988 fielen insgesamt 162 Krankenhausbetten fort. Wie vorhergesehen ist dieser Abbau sowohl in der Notfallversorgung als auch in der stationären Versorgung ohne Probleme durch die anderen Krankenhäuser aufgefangen worden.

Durch eine Reihe von Bau- bzw. Modernisierungsmaßnahmen verschiedener Kliniken konnte die Qualität der Versorgung in Düsseldorf gehalten bzw. verbessert werden. Der steigende apparative und technische Aufwand und die komplizierten medizinischen Verfahren verlangen einen immer größeren Aufwand bei der Überwachung der hygienischen Bedingungen in den Kliniken, besonders in den Operationsbereichen und den Intensivpflegestationen. Hier ist die Medizinalaufsicht mit erheblichen Problemen konfrontiert.

Durch geänderte Versorgungsstrukturen haben sich auch neue Gefahren ergeben, beispielsweise wird in Altenheimen und Krankenhäusern die Warmwasserversorgung überwiegend von zentralen Einrichtungen mit Vorlauftemperaturen von 45° C gefahren. Diese Warmwasserversorgung bietet ideale Vermehrungsbedingungen für Legionellen; in etwa 70 % der Duschköpfe von Duschen in Altenheimen sind Legionellen bereits nachweisbar. Erheblicher Aufwand zur Gefahrenabwehr ist in diesem Bereich erforderlich.

Medizinischer Umweltschutz und Umwelthygiene

Die aktuelle Diskussion über Umweltprobleme in Düsseldorf wie z.B. Asbest- oder Dioxinbelastungen zeigt, welche hohe Bedeutung die Bürger dem gesundheitlichen Umweltschutz beimessen. Notwendigerweise hat die Bürgerinformation und Bürgerberatung einen großen Umfang angenommen. Neben jährlich über 1.000 ausgedehnten telefonischen Beratungen sind rund 100 Ortstermine je Jahr in Wohnungen oder an Arbeitsplätzen, die der Analyse und der Erfassung von Umweltbelastungen und Empfehlungen zur Abwendung von gesundheitlichen Risiken dienen, wahrzunehmen. Die Frage der gesundheitlichen Folgen und die Bewertung von Umwelttrisiken wird zukünftig weiter steigen, d.h., der medizinische Umweltschutz wird,

gerade in der Großstadt, eine bedeutsame Rolle spielen.

Die Aufgabenbewältigung in diesem Bereich wird erschwert durch die bisherigen schematischen großflächigen Messungen. So wird die Luftmessung in Düsseldorf mit einem Raster von 1 km durchgeführt, die individuellen Belastungen können jedoch ungleich höher sein als die Durchschnittswerte ausweisen, z.B. bei Anwohnern verkehrsreicher Straßen. Die individuelle Belastung ist auch von der Risikquelle abhängig, so sind beispielsweise Kleinkinder durch Autoabgase stärker gefährdet als Erwachsene.

Die Bürgerberatung im Umweltbereich wurde weiter ausgebaut, durch die individuelle Beratung lassen sich auch Erkenntnisse im Rahmen der Gesamtbelastung gewinnen. Im Rahmen der Umweltaufgaben wird zukünftig der Bereich des biologischen Monitorings weiter ausgebaut, um die langdauernde Einwirkung von toxischen Stoffen und Schadstoffkombinationen besser beurteilen zu können.

Ein weiterer Schwerpunkt der umweltmedizinischen Arbeit liegt in der Beratung anderer Ämter in Umweltfragen, so in der Mitarbeit bei der Bewertung von Altlasten, Stellungnahmen zu grundlegenden Problemen, wie den Luftmeßberichten der Stadt oder Analysen von Planungsmaßnahmen auf ihre medizinischen und sozialen Auswirkungen. Es erscheint dringend notwendig, den gesundheitlichen Aspekt bei der Bewertung von Umweltfaktoren und bei Stadtplanungen zukünftig noch stärker zu berücksichtigen.

Zu den Schwerpunktaufgaben des Gesundheitsamtes gehört auch weiterhin die Überwachung der Trinkwasser- und Badewasserqualität. Trotz örtlicher Grundwasserbelastungen, vor allem durch Nitrat und vereinzelt durch chlorierte Kohlenwasserstoffe, ist die Trinkwasserqualität in Düsseldorf ungefährdet, da über 99% der Bürger zentral über die Stadtwerke mit aufbereitetem Trinkwasser versorgt werden.

Die Eigenwasserversorgungsanlagen bedürfen der verstärkten Überwachung, um bei steigender Belastung des Grundwassers gesundheitliche Gefährdungen frühzeitig festzustellen. Hier spielt auch die Pflanzenschutzmittelproblematik eine zunehmende Rolle. Erstmals ist 1988 ein umfassender Bericht über die Trinkwasserqualität in Düsseldorf erarbeitet worden.

Apotheken- und Arzneimittelaufsicht

Bis 31.12.1987 beschäftigte die Stadt Düsseldorf gemeinsam mit dem Kreis Mettmann einen Amtsapotheker, seit dem 01.01.1988 ist dieser ausschließlich für die Stadt Düsseldorf tätig.

Trotz eines bereits sehr dichten Netzes öffentlicher Apotheken – in Düsseldorf kommt auf je rund 2.760 Einwohner eine Apotheke – wurden 5 neue Apotheken im Berichtszeitraum eröffnet, 4 Apotheken und eine Krankenhausapotheke wurden aufgegeben.

Nachdem im Juli 1987 eine pharmazeutisch-technische Assistentin eingestellt werden konnte, wurde bis Ende 1988 schwerpunktmäßig der Verkehr mit Betäubungsmitteln überwacht. Die Betäubungsmittelverschreibungen der niedergelassenen Ärzte wurden überprüft, um Verschreibungsgewohnheiten festzustellen. Von über 50% der Ärzte wurden die Vorschriften der Betäubungsmittelverschreibungsverordnung und des Betäubungsmittelgesetzes nicht ausreichend beachtet. In ca. 25 Fällen, in denen besonders leichtfertige Verstöße gegen die Betäubungsmittelverschreibungsverordnung festgestellt wurden, wird derzeit strafrechtlich ermittelt.

Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind, Jugendgesundheitspflege

Die Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind sowie die Jugendgesundheitspflege wird im wesentlichen in den Nebenstellenbezirken des Gesundheitsamtes wahrgenommen. Diese Bezirke wurden zum 01.09.1987 von 7 auf 5 reduziert. Gleichzeitig wurde sichergestellt, daß in jedem Bezirk die Hauptnebenstelle täglich und zwei Zweignebenstellen tageweise besetzt sind. Die durch diese neue Organisationsform freigewordenen personellen Kapazitäten wurden für die Schaffung eines neuen Sachgebietes "Betreuung in sozialen Brennpunkten" eingesetzt.

Während in den Nebenstellenbezirken die üblichen Schulreihenuntersuchungen, Beratungen von Mutter und Kind usw. angeboten werden, führen die Mitarbeiter/innen des Sachgebietes "Betreuung in sozialen Brennpunkten" nachgehende und aufsuchende Betreuung, insbesondere Hausbesuche bei sozial schwachen Familien, Müttern in Notlagen und in sozialen Randgruppen durch. Wesentliche Aufgabe ist die Betreuung vernachlässigter oder mißhandelter Kinder. Unerfahrene Mütter werden in Fragen der Säuglingsernährung und -pflege beraten, über soziale Hilfen informiert und auf Organisationen, z.B. den ASD hingewiesen. Da diese Familien im allgemeinen selten oder überhaupt nicht einen niedergelassenen Kinderarzt aufsuchen, sorgt dieses Team für eine regelmäßige ärztliche Überwachung und medizinische Versorgung der Kinder, dabei insbesondere der gefährdeten Säuglinge und Kleinkinder. Die niedergelassenen Kinderärzte und Kinderkliniken wenden sich in den letzten Jahren bei Problem- und Risikokindern vermehrt mit der Bitte an das Gesundheitsamt, sie bei der Betreuung dieses Patientenkreises zu unterstützen. Die Zusammenarbeit zwischen dem sozialpädiatrischen Team und den niedergelassenen Kinderärzten sowie den Kinderklini-

ken verbessert sich mit zunehmendem Bekanntheitsgrad dieses Dienstes weiterhin ständig.

Im Bereich der sozialmedizinischen Familienberatung ist die Zahl der Schwangerschaftskonfliktberatungen in den letzten Jahren rückläufig, während die Beratungen im Bereich der Bundesstiftung "Mutter und Kind" zunehmen. Da die Stiftungsgelder für bedürftige Schwangere jedoch in keinem Jahr in ausreichender Höhe zur Verfügung standen, gestaltete sich die Beratung für die Stiftung insbesondere in der jeweils zweiten Jahreshälfte oft sehr schwierig. Die vom Gesundheitsamt seit Jahren angebotenen sexualpädagogischen Vorträge und Informationsgespräche werden gut und zunehmend verstärkt von den Schulen in Anspruch genommen.

Auch der berufsschulärztliche Dienst konnte aufgrund der bereits beschriebenen organisatorischen Änderung verstärkt werden. Diese wichtige Aufgabe wird durch das Gesundheitsamt auch zukünftig verstärkt wahrzunehmen sein, da die Berufsschüler häufig nicht mehr vom Kinderarzt und noch nicht vom praktischen Arzt regelmäßig versorgt werden. Angeboten werden nicht nur ärztliche Untersuchungen, sondern insbesondere auch Beratungen, hier besonders für Jugendliche mit Behinderungen, Drogen- und Alkoholproblemen oder mit psychologischen Auffälligkeiten.

Die Angebote "Ernährungsmedizinische Beratung", "Psychologische Untersuchung und Beratung bei Kleinkindern" sowie die "Human-genetische Beratung" werden nach wie vor gut frequentiert.

Zahnärztlicher Gesundheitsdienst

Seit 1986 bemüht sich das Gesundheitsamt in besonderem Maße, seiner Verpflichtung gerecht zu werden, auch Kindergartenkinder zahnärztlich zu betreuen. Es hat hierzu gemeinsam mit der AOK Düsseldorf, der Innungskassenkasse Düsseldorf und Neuss, der Arbeitsgemeinschaft der Düsseldorfer Betriebskrankenkassen sowie der Krankenkasse der rheinischen Landwirtschaft eine Aktionsgemeinschaft Zahngesundheit in Düsseldorf gegründet. Diese Aktionsgemeinschaft stellt im Gebäude der AOK und im Gesundheitshaus jeweils ein Mundhygienezentrum zur Verfügung.

Dabei untersucht eine Zahnärztin des Gesundheitsamtes jährlich alle Düsseldorfer Kindergartenkinder und stellt deren Zahnstatus fest. Die im Rahmen der Aktionsgemeinschaft tätigen Prophylaxehelferinnen führen mit allen Düsseldorfer Kindergartenkindern, deren Eltern und den Erzieherinnen alljährlich ein Prophylaxeprogramm durch. Hierbei besucht die Prophylaxehelferin den Kindergarten mehrmals und informiert über richtige Zahn-

pflege und gesunde Ernährung. Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe wird regelmäßig auch ein Elternabend zur Information der Eltern durchgeführt. Abschluß der Veranstaltungsreihe ist für die Kinder der Besuch des Mundhygienezentrums, bei dem gemeinsam ein gesundes Frühstück eingenommen und anschließend die richtige Zahnpflege geübt wird. Dieses Programm ist bei der Düsseldorfer Bevölkerung gut angekommen.

Darüber hinaus werden vom zahnärztlichen Gesundheitsdienst die üblichen Schulreihenuntersuchungen durchgeführt. Hier bemüht sich das Gesundheitsamt jedoch aus hygienischen und medizinischen Gründen, diese Untersuchung nach Möglichkeit nicht mehr in den Klassen- oder ähnlichen Schulräumen durchzuführen, sondern die Schüler in das Gesundheitshaus zu bitten, wo drei gut ausgestattete zahnärztliche Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Während der Wartezeit wird den Schülern mittels Videoanlage Gesundheitsinformation vermittelt, die durch das Gespräch mit den Zahnärztinnen vertieft wird.

In steigendem Umfang wurde der zahnärztliche Gesundheitsdienst für zahnärztliche Begutachtungen von verschiedenen Ämtern der Stadtverwaltung Düsseldorf, aber auch von in Düsseldorf ansässigen Landesbehörden und anderen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts in Anspruch genommen.

Ärztlicher Untersuchungsdienst

Die personelle Besetzung des ärztlichen Untersuchungsdienstes wurde strukturell verbessert, es werden nunmehr überwiegend Internisten oder in der Weiterbildung zum Internisten stehende Ärzte beschäftigt. Diese fachliche Verbesserung führt in Verbindung mit der erheblich verbesserten medizinisch-technischen Ausstattung des Amtes zu einer deutlich gesteigerten Qualität der erstellten ärztlichen Gutachten.

Um die Ärzte nicht nur im Bereich der Diagnostik, sondern auch im Bereich der Notfallmedizin auf dem jeweils neuesten Stand zu halten, nehmen diese fast ausnahmslos nebenamtlich Notarztdienste auf den Rettungswagen der Stadt Düsseldorf wahr. Dem für die Organisation des medizinischen Dienstes auf den Rettungswagen verantwortlichen Gesundheitsamt werden dadurch wertvolle Organisationshinweise vermittelt.

Die steigende Zahl der Asylbewerber führte dazu, daß zunehmend vorsorgende Untersuchungen bei diesem Personenkreis durchgeführt werden.

Geschlechtskrankenfürsorge und Gefährdetenhilfe

Die Zahl der gemeldeten Geschlechtskrankheiten ist weiterhin rückläufig. Auch die im Gesundheitsamt festgestellten Erkrankungen sind zurückgegangen. Während 1986 noch 279 Geschlechtskrankheiten (245 GO, 34 Lues) festgestellt wurden, waren es 1987 75 (58 GO, 16 Lues, 1 weicher Schanker) und 1988 39 (28 GO, 11 Lues). Dieser Rückgang war sicher auch Folge der intensiven AIDS-Aufklärungskampagne und der damit verbundenen verstärkten Kondombenutzung. Es ist jedoch zu befürchten, daß - wie in den USA - die Zahlen wieder ansteigen werden, da mit einem Nachlassen der Angst vor HIV-Infektion gerechnet werden muß. Durch die Intensivierung vertrauensbildender Maßnahmen im Bereich der weiblichen Prostituiertenarbeit ist es gelungen, vermehrt auch die Frauen zur Erreichung, die neben einer anderen Beschäftigung "anschaffen" und deshalb anonym arbeiten. So überwiegt die Zahl der betreuten Prostituierten aus Clubs, Studios, Apartments und Agenturen die Zahl der Frauen aus "öffentlichen" Häusern und der "genehmigten" Straßen bei weitem. Im Berichtszeitraum begaben sich insgesamt 1.551 weibliche Prostituierte erstmals in die Betreuung des Gesundheitsamtes.

Der HIV-Antikörpertest wurde einschließlich der Erstuntersuchungen 4.495 mal bei weiblichen Prostituierten durchgeführt. Bei 14 der untersuchten Frauen wurden HIV-Antikörper nachgewiesen.

Schwerpunkt der Arbeit in den zurückliegenden drei Jahren waren die AIDS-Aufklärung sowie die weitere Intensivierung der medizinischen und psychosozialen Betreuung der Prostituierten.

1987 entwickelte das Gesundheitsamt ein Hilfefprogramm für HIV-positive Prostituierte und bot Ausstiegshilfen für alle Prostituierten an. Mit Hilfe des Gesundheitsamtes sind bisher 35 Frauen aus der Prostitution ausgestiegen.

Im Jahre 1986 wurde die AIDS-Beratung für die "Allgemeinbevölkerung" einem eigenständigen Sachgebiet in der Abteilung Geschlechtskrankenfürsorge und Gefährdetenhilfe zugeordnet. Schwerpunktaufgaben dieses Sachgebietes waren zahlreiche Informationsveranstaltungen für die Düsseldorfer Bürgerschaft zum Thema AIDS, Einzelberatungen für Bürger, die befürchteten HIV-infiziert zu sein, die Durchführung von HIV-Testen und die Betreuung HIV-infizierter bzw. AIDS-kranker Menschen.

Psychiatrischer und Neurologischer Gesundheitsdienst für Kinder und Jugendliche

Der kinder- und jugendpsychiatrische Bereich betreut insbesondere fachärztlich Kinder mit

Lernbehinderungen und geistigen Behinderungen aller Art. Kindern und Eltern werden auch intensive sozialarbeiterische Hilfen angeboten.

Zunehmend sind die Beratungen für Kinder mit psychosomatischen neurotischen Entwicklungen.

Bedeutsam ist die Betreuung von Kindern, die Opfer von Kindesmißhandlungen geworden sind. Diese erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Anlaufstelle für Kindesmißhandlungen im Ev. Krankenhaus. Weiterhin wurden Jugendliche mit Adoleszenz-Krisen, Alkohol- und/oder Drogenabhängigkeit, Identitätskrisen oder depressiven Syndromen sowie Suizidgefährdete betreut.

Die ambulante Betreuung mußte zunehmend ausgebaut werden. Inzwischen wird für psychomotorisch gestörte Kinder ein motopädisches Sondertraining angeboten. Eine besondere Bedeutung kommt auch der Beratung und Unterstützung von Müttern behinderter Kinder zu, die im Rahmen einer von den Sozialarbeiterinnen des Dienstes geleiteten Gruppe geleistet wird.

Unter dem Dach des Institutes für Lebensberatung findet eine enge Zusammenarbeit mit dem schulpädagogischen Dienst und der Jugend- und Elternberatungsstelle statt.

Psychiatrischer und Neurologischer Gesundheitsdienst für Erwachsene

Der Psychiatrische und Neurologische Gesundheitsdienst für Erwachsene erstellt für den Amtsarzt die fachärztlichen Zusatzgutachten und ist darüber hinaus im Rahmen begleitender, nachsorgender Hilfen für psychisch Kranke sämtlicher Bereiche zuständig. Einen Betreuungsschwerpunkt bilden die chronischen Psychosen, die zunehmend ambulant betreut werden. Hierbei wird in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Nervenärzten eine teilstrukturierte Betreuung immer wichtiger. Eine zweite große Gruppe sind die psychisch Alterskranken, für die ambulante Versorgungsmöglichkeiten im Wohnbereich organisiert werden.

Eine ständige Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Sozialdienst ist Grundlage für eine erfolgreiche Betreuung vor Ort. Der in den letzten Jahren zunehmend ausgebaute sozialpsychiatrische Dienst besteht aus 5 multiprofessionell, sektorbezogen arbeitenden Teams (bestehend aus Arzt, Sozialarbeiter und Krankenschwester) und ist zu einem festen Bestandteil des ambulanten Versorgungssystems der Stadt Düsseldorf geworden. Der sozialpsychiatrische Dienst wird nach Möglichkeit sofort bei Kriseninterventionen und bei Nachsorgeaufgaben tätig, wobei nunmehr drei selbständige Außenstellen in den Sektoren Nord, Bilk und Süd bestehen.

Im Rahmen der Außenstellen wurden in 16 Gruppen verstärkt tagesstrukturierende und freizeitgestaltende Maßnahmen durch 3 nebenamtliche Kräfte geleistet. Hier sind ein Sportlehrer, ein Maltherapeut und ein Bewegungstherapeut eingesetzt.

Darüber hinaus betreut der psychiatrische Dienst eine therapeutische Wohngemeinschaft für 12 chronisch psychisch Kranke. Angehörigengruppen, im Rahmen derer die Familienmitglieder im Umgang mit ihren psychisch kranken Angehörigen geübt und trainiert werden, ergänzen das Angebot. Die zukünftigen Bestrebungen gehen dahin, neben dem Ausbau der tagesstrukturierenden Angebote Beratungen für ein spezielles Klientel anzubieten, so für die bislang noch nicht befriedigend versorgte Gruppe der psychisch kranken Rechtsbrecher.

Seit März 1988 betreut der Psychiatrisch-Neurologische Dienst 25 ehemals heroïnabhängige Suchtpatienten im Rahmen eines medikamentengestützten Rehabilitationsprogramms, dem Methadon-Projekt des Landes Nordrhein-Westfalen, als erste Stadt in Deutschland. Ziel ist es, die Eignung medikamentengestützter Entziehungsprogramme wissenschaftlich zu überprüfen.

Ärztliche Beratungsstelle für körperlich Behinderte

Die sozialmedizinische Arbeit der Beratungsstelle verbindet in ihrer Praxis die fachärztlich orthopädische Begutachtung und Beratung mit einer intensiven sozialarbeiterischen Betreuung von Behinderten und ihren Angehörigen. Einer der Schwerpunkte ist die Arbeit für jugendliche Behinderte in der Körperbehinderten-Schule und den Werkstätten für angepaßte Arbeit sowie dem Förderungszentrum für körperbehinderte Kinder.

Steigend ist der Bedarf an gutachterlichen Leistungen für die Hilfsmittelversorgung Behinderteter.

Die Tätigkeit der Beratungsstelle für körperlich Behinderte umfaßte wie im Vorberichtszeitraum amtsärztliche, sozialärztliche, schulärztliche bzw. sonderschulärztliche und betriebsärztliche Aufgaben. Darüber hinaus war die sozialmedizinische und soziale Beratung von Körperbehinderten und deren Angehörige wesentlicher Aufgabenschwerpunkt.

Die Zusammenarbeit mit den Werkstätten für angepaßte Arbeit und dem Förderungszentrum für körperbehinderte Kinder wurde weiter gepflegt. Die aufsuchende Sozialarbeit durch Hausbesuche mit Betreuung im familiären Umfeld ist ein zweiter Schwerpunkt in der Abteilungsarbeit.

Seit 1986 entwickelte sich verstärkt der sogenannte Bereich der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung. Im Jahre 1988 konnte für diese Aufgabe eine Sozialarbeiterin im Rahmen einer AB-Maßnahme eingestellt werden. Seit Anfang 1988 entwickelt sich eine enge Zusammenarbeit mit dem Geriatriischen Krankenhaus Elbroich. Die zunehmende Zahl der älteren Menschen, die durch eine akute oder chronische Erkrankung eine Behinderung erwerben, erfordert die Erprobung neuer Wege für die Wiedereingliederung dieser Betroffenen. Die zunächst als Modell angelegte Arbeit hat sich bewährt und sollte weiter verbessert werden.

Tuberkulose-Fürsorge, medizinisch-technischer Dienst

Der Rückgang der klassischen Tuberkulosefälle ließ es im Jahre 1986 zu, die Tbc-Nebstellen aufzugeben. Ohne daß dies zu personellen Konsequenzen führte, konnte der Abteilung im Jahre 1987 der medizinisch-technische Dienst zugeordnet werden. Die Anzahl der schweren Lungenerkrankungen hat in den letzten Jahren im Gegensatz zur allgemeinen Entwicklung im Tbc-Bereich nicht abgenommen, lediglich das Spektrum der schweren Lungenerkrankungen hat sich geändert. Besonders aktuell sind die Fälle von AIDS und Tbc mit einigen bereits eingetretenen Todesfällen in Düsseldorf.

Düsseldorf ist in Nordrhein-Westfalen immer noch die Stadt mit einer der höchsten Inzidenzen an Neuerkrankungen. Innerhalb des nicht mehr zurückgehenden Tuberkulosebestandes nimmt die Zahl der offenen, d. h. ansteckungsfähigen Fälle zu. Zudem bereitet hier eine derzeit noch schwer faßbare Dunkelziffer Sorge, da die Umgebungsuntersuchungen durch Wegfall der Röntgenbusse des Rheinischen Tuberkuloseausschusses behindert werden.

Die medizinisch-technischen Geräte müssen ständig auf dem hohen Standard der Medizingeräteverordnung und der europäischen Strahlenschutznormen der neuen Röntgenverordnung gehalten werden. Die Röntgendiagnostik des Gesundheitsamtes behält nicht nur ihre Bedeutung, sie muß sich vielmehr neuen Anforderungen stellen. Für die Funktionsdiagnostik der Atmung und der Atmungsorgane – z. B. der aktiven Feuerwehrbeamten – werden seit 1988 die Ganzkörperplethysmographie und die Blutgasanalyse eingesetzt. Sonographie und Gefäßduplex ergänzen die bisherigen Diagnosetechniken. Das Labor wurde auf den Stand der Technik gebracht und wird fortlaufend seiner Entwicklung angepaßt; damit verbunden ist eine Differenzierung der Untersuchungsmöglichkeiten in den Diagnosebereichen des Gesundheitsamtes.

Amt 54 – Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf

Amtsleiter: Hans Kirschgens

Leistungen

In Erfüllung ihrer Aufgabenstellung wurden in den beiden Krankenhäusern Gerresheim und Benrath der Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf im Berichtszeitraum die nachstehenden Patienten stationär aufgenommen und behandelt:

Jahr	Gerresheim	Benrath	Gesamt
1986	10.065	9.038	19.103
1987	10.858	9.074	19.932
1988	11.807	9.252	21.059

Die Ambulanzen und Leistungsstellen der beiden Krankenhäuser wurden in demselben Zeitabschnitt wie folgt zur ambulanten Untersuchung und Behandlung in Anspruch genommen:

Jahr	Behandelte Patienten		
	Gerresheim	Benrath	Gesamt
1986	19.718	22.924	31.642
1987	18.658	11.743	30.401
1988	22.095	11.170	33.265

Pflegesätze

Für die Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf wurden in der Berichtszeit die nachstehenden allgemeinen Pflegesätze vereinbart und berechnet:

Jahr	KH Gerresheim	KH Benrath
1986	283,70 DM	244,70 DM
1987	299,30 DM	256,79 DM
1988	308,48 DM	257,00 DM

Struktur

Nachdem der Chefarzt der Chirurgischen Klinik des Krankenhauses Gerresheim Ende September 1986 wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand trat, wurde die Chirurgische Klinik nach den Vorgaben des Krankenhausbedarfsplanes des Landes NW neu strukturiert und der Fachbereich seiner Aufgabenstellung entsprechend in zwei selbständige Abteilungen – nämlich für Allgemeinchirurgie und Gefäßchirurgie – gegliedert. Die Stadt hat bei ihren Überlegungen die veränderte Bedarfssituation in der Krankenversorgung berücksichtigt und die Teilung der Klinik ohne Veränderung der Gesamtbettenzahl durchgeführt. Der Chirurgischen Klinik wurden 115 Betten und der Gefäßchirurgischen Abteilung 30 Betten zugeteilt. Nachdem die erforderlichen baulichen Veränderungen fertiggestellt waren, konnten beide Fachbereiche jeweils unter Leitung eines eigenen Chefarztes am 01.10.1986 ihre Tätigkeit aufnehmen.

Unter anderem durch diese Umstrukturierung konnte eine Steigerung der Zahl der stationär behandelten Patienten im Krankenhaus Gerresheim herbeigeführt werden. So war bereits im Jahr 1987 eine Steigerung der Bettennutzung festzustellen. Dieser Trend setzte sich im Jahre 1988 fort.

Auch in der Leitung der Medizinischen Klinik des Krankenhauses Benrath erfolgte am 01.02.1988 ein personeller Wechsel, nachdem der bisherige Chefarzt dieses Bereiches

wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand getreten war.

Baumaßnahmen

Auch in diesem Berichtszeitraum konnte eine Reihe notwendiger Bau- und Umbaumaßnahmen nicht erfolgen, weil die hierfür benötigten Fördermittel nicht zur Verfügung standen.

Unter Inanspruchnahme eines Investitionszuschusses der Stadt wurden im Krankenhaus Gerresheim die durch die Umstrukturierung der Chirurgischen Klinik notwendig gewordenen Umbaumaßnahmen durchgeführt. Gleichzeitig mußten für die operativen Bereiche der beiden Krankenhäuser Gerresheim und Benrath in Verbindung mit den Zulassungsanträgen für das Durchgangsarzt- und Verletzungsartenverfahren weitreichende Auflagen und Anforderungen des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der gewerblichen Berufsgenossenschaften erfüllt werden. Die gesamten Umbau- und Einrichtungsmaßnahmen verursachten einen Kostenaufwand von knapp über 1 Million DM, die nahezu ausschließlich aus Eigenmitteln der Stadt getragen wurden.

Die nach Auflagen des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes zur Sicherung der gesetzlichen Strahlenschutzbestimmungen erforderlich gewordenen Schutzmaßnahmen im nuklearmedizinischen Bereich des Krankenhauses Gerresheim bewirkten Kosten in Höhe von 557.000,00 DM, die in voller Höhe durch Landesmittel abgedeckt waren.

Amt 55 – Ausgleichsamt

Amtsleiter: Hans-Josef Moser

Allgemeines

Der vermehrte Zustrom von Spätaussiedlern veranlaßte den Gesetzgeber, den Lastenausgleich wider Erwarten fortzuschreiben, so daß auch die Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder deutscher Volkszugehörigkeit, die erst nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen aus Polen, der UdSSR und Rumänien in das Bundesgebiet und nach Berlin (West) kommen, weiterhin in den Genuß von Entschädigungsleistungen gelangen. Diese Vergünstigung betrifft zunächst jedoch nur die bis 31.12.1991 eintreffenden Spätaussiedler. Vieles spricht aber dafür, daß die Frist verlängert wird und auch die ab 01.01.1992 ankommenden Geschädigten Lastenausgleichsansprüche geltend machen können. Das hat zur Folge, daß die Lastenausgleichsverwaltung noch viele Jahre für Spätaussiedler sowie Zuwanderer und Flüchtlinge aus der DDR und Berlin (Ost) tätig bleiben wird.

Seit 01.01.1988 nimmt das Ausgleichsamt Düsseldorf zusätzlich die Lastenausgleichsaufgaben des Kreises Mettmann wahr. Die Verwaltungskosten des Ausgleichsamtes, die nicht durch Zuweisung des Landes gedeckt werden, teilen sich Stadt und Kreis im Verhältnis ihrer Antragsbestände.

Die gesetzliche Fortführung des Lastenausgleichs, der vermehrte Zustrom, insbesondere von Aussiedlern, und die Übernahme der Lastenausgleichsaufgaben des Kreises Mettmann, sichern den Bestand des Ausgleichsamtes Düsseldorf über das nächste Jahrzehnt hinaus.

Entwicklung der Arbeitsgebiete

Im Berichtszeitraum wurden mehr als 1.000 Anträge auf Feststellung von Vermögensschäden, hauptsächlich von Spätaussiedlern aus

Polen, der UdSSR und Rumänien, eingebracht. Der Zuzug von Flüchtlingen und Zuwanderern aus der DDR und Berlin (Ost) nimmt zwar zu, wirkt sich aber nicht in vollem Umfang auf die Arbeit im Ausgleichsamt aus, weil dieser Personenkreis nur zum Teil Lastenausgleichsleistungen in Anspruch nehmen kann.

Die Bearbeitung der Spätaussiedleranträge stellt das Ausgleichsamt vor große Probleme. Hierbei wird die Prüfung, ob im Zusammenhang mit der Aussiedlung auch tatsächlich Schäden eingetreten sind, durch eine mangelhafte Beweisführung und zunehmend auftretende sprachliche Hürden immer schwieriger.

Die überregionalen Aufgaben der einheitlichen Feststellung von Schäden wegen Ver-

Zur Abgeltung von Kriegs- und Nachkriegsschäden sowie von Schäden infolge Spätaussiedlung wurden an Hauptentschädigung und anderen Einmalleistungen gezahlt:

	Gesamtleistung	davon Barzahlung	an Empfänger
1986	5,1 Mio. DM	4,4 Mio. DM	1.181
1987	4,5 Mio. DM	3,9 Mio. DM	1.032
1988	6,4 Mio. DM	4,9 Mio. DM	1.389

Am Ende des Berichtszeitraumes betreute das Ausgleichsamt Düsseldorf 2.239 Kriegsschadenrentenberechtigte, 984 mit Wohnsitz in Düsseldorf und 1.255 mit Wohnsitz im Kreis Mettmann. An Kriegsschadenrente und vergleichbaren Leistungen wurden gewährt:

1986 = 7,0 Mio. DM
1987 = 6,5 Mio. DM
1988 = 14,1 Mio. DM

Die Anzahl der Geschädigten, die Darlehen zum Aufbau oder zur Festigung einer selbständigen Existenz sowie für den Wohnungsbau

lusts von Anteilsrechten bzw. Beweissicherung von Schäden juristischer Personen, für die das Ausgleichsamt Düsseldorf sonderzuständig ist, blieb im Berichtszeitraum unverändert. In diesem Bereich sind noch für mehr als 400 Gesellschaften Schadensfeststellungen oder Beweissicherungen durchzuführen. Dabei handelt es sich um Verfahren, die ebenfalls kompliziert und zeitaufwendig sind.

Nahezu alle Spätaussiedler haben Ansprüche auf Hausratenschädigung. Diese Lastenausgleichsleistung, 1.200,00 DM bis 2.000,00 DM je Familie, beantragten im Berichtszeitraum mehr als 2.200 Geschädigte, davon im Jahre 1988 = 1.240.

beantragten, nimmt infolge des Spätaussiedlerzustroms seit einem Jahr wieder zu. Im Berichtszeitraum wurden Aufbaudarlehen mit 2,5 Mio. DM (davon 1988 = 1,2 Mio. DM) an 137 Geschädigte (davon 1988 = 72 Geschädigte) gewährt.

Gesamtleistungen

Das Ausgleichsamt Düsseldorf zahlte im Berichtszeitraum 46,1 Mio. DM an Entschädigungen.

Bauverwaltung

- 60 Bauverwaltung
- 61 Planungsamt
- 62 Vermessungs- und Katasteramt
- 63 Bauaufsichtsamt
- 64 Amt für Wohnungswesen
- 65 Hochbauamt
- 66 Straßen-, Brücken- und Tunnelbauamt
- 67 Kanal- und Wasserbauamt
- 68 Garten-, Friedhofs- und Forstamt

Amt 60 – Bauverwaltungsamt

Amtsleiter: Gerhard Schulz

Organisation

1986 erhielt die Abt. 4 – Erschließungsbeiträge – zusätzliche Stellen, um seit Jahrzehnten in der Anlegung begriffene Erschließungsanlagen beitragsrechtlich beschleunigt abzuwickeln. Der Abt. 2 – Verwaltungsangelegenheiten der Planung und Bodenordnung – wurde das Sachgebiet „Parkhaus- und Stellplatzangelegenheiten“ neu zugeordnet.

Mit Ratsbeschluß vom 05.09.88 ist die Zuständigkeit für Grenzregelungsverfahren auf die Umlegungsbehörde (Amt 23/6) übergegangen.

60/01 - Koordinierung von Sonderprojekten

Im Bereich des Hauptbahnhofes erfordern städtebaulich bedeutsame Vorhaben der Stadt, der Deutschen Bundesbahn, der Rheinischen Bahngesellschaft und privater Investoren einen außergewöhnlich hohen Koordinierungsaufwand. Die Koordinierungsstelle sorgte für eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten bei der Stadt, den Trägern öffentlicher Belange, den Investoren und den beauftragten Unternehmen.

Nach der Neueröffnung der Hauptbahnhof-Passage am 16.12.1985 konnten neben einer Reihe von Einzelprojekten der Vorplatz des Hauptbahnhofs-Westseite, der Immermannhof und die Gleisschleife der Rheinbahn fertiggestellt werden. Mit den Hochbauarbeiten für das neue Postgebäude Worringer Straße/Immermannstraße wurde begonnen.

Im Bereich Hauptbahnhof-Ostseite wurde das Hbf.-Parkhaus mit insgesamt 1.538 Plätzen, der Bertha-von-Suttner-Platz mit dem Weiterbildungszentrum und der angrenzenden Hochbebauung fertig. Die Grünflächen beiderseits der Straßenbahn-Gleisanlagen waren rechtzeitig zur Bundesgartenschau (1987) hergerichtet. Das Verwaltungsgebäude für die Staatsanwaltschaft ist im Bau. Die U-Bahn-Teilstrecke von der Heinrich-Heine-Allee zum Hauptbahnhof wurde am 07.05.88 in Betrieb genommen.

Neue Koordinierungsaufgaben stellen sich nunmehr bei dem tief in die angrenzenden Stadtteile hineinwirkenden Projekt „Tieflegung Rheinuferstraße“, das der Rat am 17.12.87 beschlossen hat. Die Koordinierung erfolgt durch die regelmäßigen Planungsbesprechungen sowie im Rahmen der vom Rat eingesetzten Lenkungsgruppe. Auf diese Weise lassen sich sowohl Konfliktpunkte rechtzeitig aufzeigen und ausräumen als auch das Einhalten und Aktualisieren der Zeit- und Finanzierungspläne sicherstellen.

Der Koordinierungsauftrag für den Stadtteil Hellerhof umfaßt alle Verwaltungsarbeiten in

Verbindung mit der Planung, der Erschließung und dem Hochbau. Im Bereich Hellerhof-West wurden die Realisierungsstufen 1, 2 und 3 abgeschlossen. Mit den Maßnahmen in Hellerhof-Ost wurde begonnen.

Der 1985 abgeschlossene Vertrag zwischen der Stadt/Rhein. Bahngesellschaft AG und der Fa. Wall Verkehrswerbung GmbH über die Aufstellung von 700 Fahrgastunterständen und 100 Stadtinformationsanlagen wurde realisiert.

60/1 - Bauverwaltung

In der Abt. 1 werden außer den Personal- und den allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten die Rechtsvorgänge bearbeitet. In 2.439 Fällen gingen Widersprüche gegen Heranziehungsbescheide zu Beiträgen, Vorausleistungen auf Beiträge sowie Gebühren, Kostenerstattungen und Zinsen ein (gegenüber dem vorigen Berichtszeitraum erneut eine Steigerung: 43%). Dies ist u.a. neben der Erhebung von Erschließungsbeiträgen für Kinderspielplätze auf die verstärkte beitragsrechtliche Abwicklung sog. „alter Straßen“, die bislang noch nicht endgültig hergestellt waren, zurückzuführen.

Mit dem Inkrafttreten des Baugesetzbuches am 01.07.87 wurde eine Neufassung der Satzung über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages (Ratsbeschluß: 02.07.87) notwendig. Dabei war die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte zu berücksichtigen. Wesentliche Neuregelungen sind der Wegfall der Beitragspflicht für Kinderspielplätze und der Verzicht auf den sog. Frontmetermaßstab zugunsten des beitragsgerechteren modifizierten Flächenmaßstabes.

60/2 - Verwaltungsangelegenheiten der Planung und Bodenordnung

Bauleitplanverfahren und deren Sicherung

Das an die Stelle des früheren Bundesbaugesetzes (BBauG) und des Städtebauförderungsgesetzes (StBauFG) getretene Baugesetzbuch (BauGB) sieht einige Verfahrensvereinfachungen vor. So wurden die Vorschriften über die frühzeitige Bürgerbeteiligung geändert sowie der Verfahrensabschluß bei Änderung oder Ergänzung der Planentwürfe nach der öffentlichen Auslegung erleichtert. Verbessert ist die Bestandskraft der Bauleitpläne, insbesondere, was evtl. Mängel bei der Abwägung betrifft. Danach sind diese unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bauleitplanes geltend gemacht worden sind. Auf bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits bekanntgemachte Bauleitpläne kann die Vorschrift ebenfalls angewandt werden. Darauf wurde mit Bekanntmachung im Düsseldorfer Amtsblatt

am 25.07.87 hingewiesen. Rechts- und Investitionssicherheit sind daher wesentlich gestärkt.

Die Vereinfachungsvorschriften wirken sich bisher im Ergebnis nicht positiv auf die Dauer der Bauleitplanverfahren aus. Die erhöhten Anforderungen an den Umwelt- und Denkmalschutz führen zwangsläufig zu Verzögerungen.

Dem Rat der Stadt wurden in der Berichtszeit u.a. zur Entscheidung vorgelegt:

- 61 Aufstellungsbeschlüsse
- 26 Beschlüsse über die Aufstellung und Auslegung von Flächennutzungsplan-Änderungen
- 65 Beschlüsse über die Aufstellung und Auslegung von Bebauungsplänen
- 48 Beschlüsse über Bebauungspläne als Satzung
- 50 Beschlüsse über Bedenken und Anregungen zu Bauleitplänen
- 10 Beitrittsbeschlüsse zu Genehmigungsverfügungen des Regierungspräsidenten
- 6 Beschlüsse zur Änderung von Bebauungsplänen im vereinfachten Verfahren
- 10 Beschlüsse über die Einstellung von Planverfahren
- 37 Beschlüsse über die Anordnung oder Verlängerung von Veränderungssperren
- 14 Satzungsbeschlüsse zur Erhaltung baulicher Anlagen
- 4 Satzungen zur Unterschutzstellung eines Denkmalsbereiches bzw. über ein besonderes Vorkaufsrecht.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit für Bauleitplanverfahren fanden 57 Anhörungstermine mit insgesamt 2.200 Besuchern statt.

Besondere Bedeutung hatte die Aufstellung und öffentliche Auslegung des Flächennutzungsplan-Entwurfs für das gesamte Stadtgebiet im Herbst 1987.

Der Flächennutzungsplan ist neu aufzustellen, da sein aus dem Jahre 1961 stammender Vorgänger am 17.12.1987 außer Kraft getreten ist. Während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs wurden ca. 3.900 Bedenken und Anregungen vorgebracht.

Wichtige Bebauungsplan-Verfahren sind: Mannesmann/Lierenfeld, Zentrum Gerresheim, Siemenserweiterung Neusser Straße/Lahnweg, neue Hafenzufahrtsstraße, Erbbaurechtsgebiet Urdenbach, Gewerbepark „Am Schönenkamp“, Hansaallee, Niederkasseler Lohweg.

Baugebote

Von den bis Ende 1988 ermittelten 996 Baulücken sind bisher 322 geschlossen (= 32,3%). In 113 Fällen ist eine Bebauung aus unterschiedlichen Gründen z. Z. nicht realisierbar. Die vor-

geschriebenen Erörterungsgespräche mit den betroffenen Grundstückseigentümern fanden in 498 Fällen statt. In 120 Fällen bestehen jetzt Bauabsichten. Im Berichtszeitraum wurden zwei Baugebote erlassen.

Die Verhandlungen mit den Eigentümern gestalten sich nach wie vor sehr schwierig und langwierig, weil die Betroffenen teils aus persönlichen, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen zu entsprechenden Bauvorhaben nicht in der Lage sind.

Entschädigungen

Bei der Vielzahl städtebaulicher Planungsvorhaben und den damit verbundenen Maßnahmen zur Sicherung der Planung lassen sich Wertminderungen der Grundstücke und Vermögensnachteile nicht immer vermeiden. Auch nach dem neuen BauGB hat die Gemeinde Vermögensnachteile zu entschädigen, soweit sie durch städtebauliche Planungsmaßnahmen entstanden sind. Im Berichtszeitraum kam es zu sieben Entschädigungsanträgen. In drei abgeschlossenen Fällen waren an Entschädigungen 259.700,- DM zu zahlen.

Planverfahren nach bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen

Im Bereich des Straßenverkehrs wurde für den Abschnitt der B8n von der Straße „Am Spielberg“ bis zur nördlichen Stadtgrenze die Einleitung des Verfahrens nach dem Bundesfernstraßengesetz vorbereitet. Für das in den Vorjahren eingeleitete Verfahren bezüglich der A 44 – Abschnitt Volkardey – mit dem Anschluß an die Reichswaldallee ist der Planfeststellungsbeschluß (Baubeginn Anfang 1989) ergangen, nachdem mit der Stadt Ratingen und dem Rhein. Autobahnamt eine Einigung über einen reduzierten Anschluß erzielt werden konnte. Für die westliche Weiterführung der geplanten A 44 mit den Anbindungen an die A 52, den Rhein-Ruhr-Flughafen Düsseldorf und den schon fertiggestellten Abschnitt westlich der Danziger Straße zum Messegelände und zum Rheinstadion hin haben die Planfeststellungsunterlagen im zweiten Halbjahr 1988 offengelegen.

Nach Abschluß der Verhandlungen und Abstimmungen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für den 6-spurigen Ausbau der A 46 (südlicher Zubringer) sind inzwischen der am Elbsee erforderliche Lärmschutzwall ebenso wie die Lärmschutzwand an der Deutzer Straße vorzeitig errichtet worden.

Für den Fuß- und Radweg am Gerichtsschreiberweg erging im Jahre 1986 der Planfeststellungsbeschluß.

Eine der größten Straßenbaumaßnahmen der nächsten Jahre ist die Tiefflegung der Rheinfelderstraße zwischen der Oberkasseler Rheinbrücke und der Gladbacher Straße. Die Planfeststellungsunterlagen hierfür lagen im September/Oktober 1988 offen.

Die S-Bahnstrecke Mönchengladbach – Hagen, für die in den Vorjahren die Planfeststellungsverfahren erfolgten, ist am 29. 05. 1988 eröffnet worden.

Für das zum 6-gleisigen Ausbau der Bundesbahnstrecke Düsseldorf-Duisburg eingeleitete Verfahren hat die Deutsche Bundesbahn im Dezember 1986 den Planfeststellungsbeschluß gefaßt. Mit den Bauarbeiten ist 1988 begonnen worden. In nachträglichen Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn konnte Einvernehmen über einen zusätzlichen Lärmschutz östlich der Bahnlinie zwischen dem Kieshecker Weg und der Hamborner Straße erzielt werden. Der Wall wird nunmehr 5 m statt 3 m hoch angeschüttet.

Nach Abbau der alten und Inbetriebnahme der neuen Hammer Eisenbahnbrücke begann 1987 das Verfahren für den Abbruch der alten Vorlandbrücken und Brückentürme. Die Brückentürme wurden unter Denkmalschutz gestellt und bleiben erhalten.

1987 leitete die Deutsche Bundesbahn das Verfahren zum Abbruch der Fußgängerbrücke im Bereich des Bahnhofes Gerresheim ein. Die Bedenken der Stadt konnten bisher nicht ausgeräumt werden.

Für den zusätzlichen direkten S-Bahnanschluß des Rhein-Ruhr-Flughafens wurde das Planfeststellungsverfahren zum Bau der Gleisabzweigung zwischen der Bundesbahnstrecke Duisburg-Düsseldorf und den bereits vorhandenen S-Bahngleisen eröffnet (Nordanbindung).

Es waren vier Privatgleisanschlußverfahren nach dem Landeseisenbahngesetz und mehrere Verfahren nach dem Personenbeförderungsgesetz durchzuführen, u.a. Neugestaltung der Straßenbahndaltestelle und der neuen Führung der Straßenbahn im Zentrum von Gerresheim sowie Neueinrichtung der Wendeschleifen an der Hellriegelstraße und an der Universität (Christophstraße).

In Bearbeitung befinden sich verschiedene Verfahren nach dem Wasserhaushalts- und dem Abgrabungsgesetz (Auskiesungsanträge im Raume Kalkum, Angermund und die Festsetzung von Wasserschutzzonen in Wittlaer und Bockum). Hier haben die Belange des Umweltschutzes besondere Bedeutung.

Grunderwerb und Freilegung

Die Aufwendungen für Grunderwerbs- und Freilegungsmaßnahmen betragen 10,7 Mio. DM. Der Grunderwerb für den Abschnitt der B8n zwischen der vorgesehenen Anschlußstelle Am Spielberg und der Flughafenstraße, für den inzwischen fertiggestellten UNI-Knoten-Nord und im Bereich des Bahnhofs Bilk konnte abgeschlossen werden. Verstärkt ergaben sich Ankäufe für die Beschleunigung des ÖPNV (z.B. in Unterrath und Heerd) und für die Realisierung des Radwegeprogrammes. Vorzubereiten war der Grunderwerb für die neue Hafenzufahrts-

straße und die Kölner Landstraße. In den Gebietsprogrammen zur Wohnumfeldverbesserung wurden für den Ankauf von öffentlichen Flächen 1,93 Mio. DM ausgegeben.

Parkhaus- und Stellplatzangelegenheiten

In der Berichtszeit gab es aufgrund von Verträgen über die Ablösung von Stellplätzen nach § 47 (5) der Bauordnung NW Einnahmen von 9.776.000,- DM, die für die Herrichtung verschiedener Parkeinrichtungen zweckgebunden sind.

So wurden 1.101 Parkbuchten im öffentlichen Straßenraum, der P + R Platz Wittlaer mit 53 Parkständen sowie die Parkplätze An der Apfelweide (33), Carl-Sonnenschein-Straße (27) und Bittweg (42) mit insgesamt 102 Parkständen erstellt.

Die Tiefgarage Nordstraße mit 335 Plätzen wurde von einem privaten Investor gebaut und am 26.11.87 eröffnet. Hierfür stellte die Stadt ihr Grundstück im Erbbaurecht zur Verfügung und gewährte einen verlorenen Baukostenzuschuß aus Ablösebeträgen. Einen Zuschuß aus dem Ablösefonds erhielt die Tiefgarage Dammstraße, die mit 950 Plätzen, davon 700 für die öffentliche Nutzung, 1989 eröffnet werden soll. Für dieses Projekt hat das Land einen Zuschuß in Höhe von 4,9 Mio. DM bewilligt. Am 01.12.87 eröffnete in der Kreuzstraße die von der Landesversicherungsanstalt hergestellte Tiefgarage mit 580 Plätzen. Diese Anlage steht außerhalb der Dienstzeiten und an Wochenenden der öffentlichen Nutzung zur Verfügung. Auch mit der Fa. Schaffrath konnte im Oktober 1988 vereinbart werden, das firmeneigene Parkhaus Aachener Str. 90 mit 209 Stellplätzen der Allgemeinheit in gleicher Weise zugänglich zu machen. Unter Ausschöpfung des seit 1985 durch den § 47 (5) BauO NW gegebenen gesetzlichen Handlungsspielraums wurden weiterhin verschiedene private Stellplatzanlagen mit Hilfe von Baukostenzuschüssen aus Ablösebeträgen so dimensioniert, daß zusätzlicher Parkraum für Anwohner entstand (Wissmannstr. 21-23, Jahnstr. 47-51 sowie Kronenstr. 39). Mit 113 zusätzlichen Parkmöglichkeiten gelang eine wesentliche Unterstützung des Gebietsprogramms zur Wohnumfeldverbesserung im Bereich Friedrichstadt/Bilk.

Bodenverkehr

4.473 Grundstückskaufverträge wurden zur Prüfung der gesetzlichen Vorkaufsrechte nach dem StBauFG, dem BBauG/BauGB und dem Denkmalschutzgesetz vorgelegt. Lediglich in 3 Fällen mußte das Vorkaufsrecht ausgeübt werden; in vielen Fällen waren freihändige Vereinbarungen möglich.

Die Zahl der Anträge zu Grundstücksteilungen war mit 837 gegenüber dem letzten Berichtszeitraum leicht rückläufig. Zur Bereinigung des Grundbuchs von nicht mehr notwendigen

Belastungen wurden 57 Bewilligungen erteilt. Ferner sind 342 notarielle Verträge zum Erwerb oder zur Übertragung von nicht mehr benötigten öffentlichen Verkehrsflächen abgeschlossen worden. Die Zahl der internen Grundstücksüberweisungen betrug 177. An Verwaltungsgebühren fielen 278.515,- DM an.

60/3 - Bauantragsangelegenheiten

Neuerschließung von Baugebieten

Für Bauvorhaben auf bisher nicht erschlossenen Grundstücken kam es mit Bauherren bzw. Bauträgern zur Sicherung der Erschließung ihrer Grundstücke zu 34 Verträgen. Hierdurch wurden Erschließungsmaßnahmen mit geschätzten Kosten (Straßenausbau, Straßenbeleuchtung und Kanalisierung der Ausbaustrecken) in folgender Höhe geregelt:

1986	4.868.000,- DM
1987	7.567.000,- DM
1988	20.093.000,- DM
<hr/>	
	32.528.000,- DM

Über die neuen Versorgungsleitungen (Gas, Wasser, Strom) in den Ausbaustrecken wurden zwischen den jeweiligen Vertragspartnern und der Stadtwerke Düsseldorf AG besondere Vereinbarungen getroffen.

Zu den durchgeführten und begonnenen Projekten gehören u.a. die Erschließung von Grundstücken an folgenden Straßen: Kittelbachstraße/Am Ritterskamp, Frobenstraße, Kapeller Hofweg, Spangerstraße, Am Schmidtberg, Rothäuser Weg, Niederkasseler Lohweg, Niederkasseler Kirchweg, Schneidemühler Straße, Mündelheimer Weg, Ronsdorfer-/Erkrather Straße.

Darüber hinaus wurden aufgrund von Bauabsichten in weiteren Fällen die Erschließungskosten ermittelt.

Im Rahmen der Erschließungsvereinbarungen hat die Stadt die Kostenanteile für die an den sog. Vertragsstrecken liegenden „fremden Grundstücke“ (die nicht im Eigentum des Vertragspartners stehen) aus Haushaltsmitteln vorfinanziert. Außerdem beteiligte sich die Stadt bei den vertraglich vereinbarten Erschließungsmaßnahmen mit dem gesetzlichen Gemeindeanteil von 10 % der beitragsfähigen Aufwendungen. Die hierfür geleisteten Zahlungen betragen:

1986	623.700,- DM
1987	1.121.000,- DM
1988	1.426.000,- DM
<hr/>	
	3.170.700,- DM

Erschließungsmaßnahmen in Umlagegebieten

Zum Bau der aufgrund von Umlageverfahren notwendigen Erschließungsanlagen wur-

den die Baubeschlüsse nach Bereitstellung der benötigten Haushaltsmittel herbeigeführt. Die Ausgaben beliefen sich auf:

1986	1.905.000,- DM
1987	1.249.000,- DM
1988	2.357.000,- DM
<hr/>	
	5.511.000,- DM

Dies betraf u.a. folgende Gebiete bzw. Straßenzüge:

Rathelbeckstraße, Kölner Landstraße/Volksgartenstraße (Bundesgartenschau), Rheindorfer Weg, Am Ritterskamp, Bublitzer Straße/Am Köhnen, Grünscheider Straße, Süllenstraße, Heltorfer Mark, Wersten West III.

Endgültige Herstellung von Straßen in Wohngebieten

Der Straßenausbau in nicht ordnungsgemäß erschlossenen Wohngebieten – insbesondere in älteren Siedlungsgebieten – wurde mit einem Kostenaufwand von 1,27 Mio DM fortgeführt. Hiervon waren Maßnahmen in folgenden Straßen betroffen: Mergelgasse, Stichstraße Flachkampstraße, Blumenweg und Röntgenweg.

Überwiegend werden die Kosten dieser Investitionen von den Eigentümern der Grundstücke an den genannten Straßen in Form von Beiträgen nach den Bestimmungen des BauGB wieder eingezogen.

Mitwirkung im Baugenehmigungsverfahren bzw. Auswertung erteilter Baugenehmigungen

Die Abt. 60/3 wirkt im Baugenehmigungsverfahren bzw. bei Bauvoranfragen dort mit, wo Forderungen zur Sicherung der Erschließung (Erschließungsverträge), wegen der Übereignung von Straßenland, zur Finanzierung prov. Fahrbahnanschlüsse oder von Überbautengeltzen zu stellen sind.

Die übrigen Fälle wurden nach Baugenehmigung daraufhin ausgewertet, ob

- a) die Genehmigung des Bauvorhabens den Eigentümer zu einer Vorausleistung auf den Erschließungsbeitrag verpflichtet;
- b) Forderungen nach § 16 des Straßen- und Wegegesetzes NW für besondere Baumaßnahmen vor dem Baugrundstück im öffentlichen Straßenraum zu stellen waren (Bordsteinabsenkungen, Gehwegüberfahrten, Beseitigung und Wertersatz von Straßenbäumen usw.).

Für die Inanspruchnahme öffentlichen Straßenraumes durch Überbauungen konnten 630.400,- DM an einmaligen Abfindungsbeiträgen vereinnahmt werden.

Mit Inkrafttreten des BauGB hat sich die Möglichkeit der Forderung von Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag erweitert. So können jetzt Vorausleistungen verlangt werden, wenn mit der Herstellung einer Erschließungsanlage begonnen wurde. Diese Neuregelung wirkt sich insbesondere bei den aufgrund von Erschließungsverträgen gebauten sog. Vertragsstraßen aus. Hier können die von der Stadt für die Fremdanlieger vorgelegten Kostenanteile jetzt als Vorausleistung auf den Erschließungsbeitrag zurückgefordert werden. Die bisherige Möglichkeit, Vorausleistungen zu fordern, wenn ein Bauvorhaben auf einem Grundstück genehmigt wird, besteht daneben weiter.

60/4 - Erschließungsbeiträge

Beiträge nach § 127 ff BBauG/BauGB

Das BauGB hat die rechtlichen Probleme im Erschließungsbeitragsrecht nur in geringem Umfang behoben.

Kinderspielflächen gehören nach den neuen Bestimmungen nicht mehr zu den Erschließungsanlagen, für die Beiträge gefordert werden können. Die Beitragspflicht für selbständige Parkplätze wurde durch die Rechtsprechung da verneint, wo der Kreis der erschlossenen Grundstücke nicht eindeutig festzulegen und somit eine Verteilung des Aufwandes nicht möglich ist.

Durch die Bereitstellung von erforderlichen Baumitteln für die endgültige Herstellung von Erschließungsanlagen konnten 676 Erschließungsanlagen endgültig hergestellt und an Erschließungsbeiträgen rd. 16,7 Mio DM eingezogen werden.

Hierin sind Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag und Ablösebeträge enthalten.

Beiträge für straßenbauliche Maßnahmen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG)

Im Berichtszeitraum wurden 28 straßenbauliche Maßnahmen mit einer Einnahme von rd. 1,7 Mio DM abgerechnet.

Kanalanschlußbeiträge nach § 8 KAG

Insgesamt ergingen 623 Beitragsbescheide mit einem Beitragsaufkommen von rd. 7 Mio DM. Die Zahl der noch zu veranlagenden Grundstücke wird künftig weiter abnehmen, da der überwiegende Teil des bebauten Stadtgebietes kanalisiert ist.

In vielen Fällen mußte über Ratenzahlungs- bzw. Stundungsanträge entschieden werden.

An Zinsen wurden 208.000,- DM vereinnahmt.

60/5 - Städtebauförderung

Die zum 01.01.88 in Kraft getretenen Landesrichtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung setzen weiterhin auf behutsame, kleinteilige Stadterneuerung.

Mit der Novelle des StBauFG und der Einbeziehung dieses Gesetzes in das BauGB hat auch der Bund entsprechende Akzente gesetzt. Hervorzuheben ist die Möglichkeit zu vereinfachten städtebaulichen Sanierungsverfahren.

Im übrigen gewährt der Bund entsprechend einer Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern als Mitfinanzierung im Städtebau für die Jahre 1988 – 1990 Finanzhilfen.

Die im Berichtszeitraum vom Land bewilligten 56,2 Mio. DM Zuschüsse verteilen sich wie folgt:

1986	rd.	15,6 Mio DM
1987	rd.	12,2 Mio DM
1988	rd.	28,4 Mio DM.

Die 1977 gebildete Ratskommission „Sanierung“ ist im Berichtszeitraum sechsmal zusammengetreten.

Die Arbeitsschwerpunkte der Abteilung lagen in der verwaltungsmäßigen Durchführung laufender und der Vorbereitung weiterer Stadterneuerungsprogramme (Gebiets- und Sachprogramme zur Wohnumfeldverbesserung, Sanierungsmaßnahmen, städtebauliche Einzelmaßnahmen).

Gebietsprogramme zur Wohnumfeldverbesserung

Gebietsprogramm zur Wohnumfeldverbesserung südlich der Innenstadt (GPWS)

GPWS I

Während des Berichtszeitraums sind zahlreiche Teilvorhaben der Wohnumfeldverbesserung (Verkehrsberuhigung, Begrünung und Kinderspielplätze) in den vom Programm betroffenen Stadtteilen Unterbilk, Friedrichstadt, Oberbilk und Wersten verwirklicht worden. In Oberbilk ist in dem Bereich zwischen Hauptbahnhof und Südpark – nutzungsbereit zum Beginn der Bundesgartenschau 1987 – ein weitgehend flächendeckendes System zusammenhängender Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung entstanden. Ende 1988 war das GPWS I zu etwa 90 v. H. abgeschlossen. Das Land hat Zuschüsse in Höhe von 20 Mio DM bewilligt.

GPWS II (Anschlußprogramm)

Auf Antrag der Stadt von 1987 hat das Land 1988 zur Fortsetzung der Wohnumfeldverbesserung innerhalb des GPWS einen Zuschuß von rd. 19,9 Mio DM bewilligt. Das Programmgebiet ist wegen der im Zusammenhang mit der Tieflegung der Rheinuferstraße neu abgegrenzt worden, so daß ihm Unterbilk jetzt nur noch teilweise angehört.

Gebietsprogramm zur Wohnumfeldverbesserung (Erweiterungsgebiete) in den Stadtteilen Bilk, Flingern und Stadtmitte (GPWE).

Im Rahmen des v.g. Gebietsprogramms setzen sich die Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Begrünung fort. Mit der Anlegung eines Kinderspielplatzes an der Kölner Straße wurde begonnen. Zu den voraussichtlichen Gesamtkosten des Programms von rd. 40 Mio DM wurde ein Landeszuschuß von rd. 20,4 Mio DM bewilligt.

Gebiet Garath-Südost

Für Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung in Garath-SO wurde 1988 ein Zuschußantrag gestellt. Bei Gesamtkosten in Höhe von 750.000,00 DM sollen öffentliche Straßen, Wege und Plätze sowie vorhandene Kinderspielplätze verbessert werden.

Gebietsprogramm zur Wohnumfeldverbesserung in angrenzenden Bereichen der Rheinuferstraße (GPW RUS)

Das Gebietsprogramm soll die städtebauliche Leitidee der Tieflegung der Rheinuferstraße (Verbesserung der urbanen Qualität des Zentrums von Düsseldorf und seine Öffnung zum Rheinstrom hin) über den unmittelbaren Tunnelbereich hinaus bis in die angrenzenden Stadtteile hineinragen und in die Tat umsetzen. Es erstreckt sich auf jene Stadtbereiche, die – angrenzend an die Oberflächengestaltung des Tunnelprojekts – von den Auswirkungen der Tieflegung direkt betroffen sind und städtebaulicher wie verkehrlicher Maßnahmen zur Anpassung an die veränderte Situation bedürfen. Der Rat hat am 17.12.87 den Grundsatzbeschuß zur Durchführung des Programms gefaßt. Zu den voraussichtlichen Gesamtkosten von rd. 48 Mio DM wurde ein Zuschuß in Höhe von 33,6 Mio DM beantragt.

Sanierungsmaßnahmen nach dem StBauFG/BauGB

Sanierungsgebiet Eisenstraße

Nach einem Gestaltungswettbewerb ist der Bertha-von-Suttner-Platz nunmehr in einer von zeitgenössischen Kunstwerken geprägten Form fertiggestellt; ebenfalls beendet ist der Umbau der Eisenstraße einschl. der Westseite des Oberbilk Markts. Damit sind die Verkehrsflächen des Sanierungsgebietes insgesamt der vollen Nutzung übergeben. Im Bereich des Hochbaus sind verschiedene Objekte bezugsfertig geworden. Weitere Bauanträge sind gestellt. Die restlichen Arbeiten im Sanierungsgebiet, die 1989 abgeschlossen werden sollen, hängen in ihrem Fortgang z. T. von einer Untersuchung der Altablagerungen ab. Für die Sanierung stehen Zuschußmittel in Höhe von ca. 30 Mio DM zur Verfügung.

Sanierungsgebiet Berger Hafen/Zollhafen

Mit den Wasserbau- und Erschließungsmaßnahmen, dem Umbau des Straßenknotens Stromstraße, der Herrichtung der öffentlichen Grünanlagen sowie der Schaffung einer Rasentreppeanlage vor dem Landtag und einer Sitzstufenanlage am Kopfende des Zollhafenbeckens sind die städt. Baumaßnahmen im wesentlichen beendet. Der Sporthafen wurde 1987 eingeweiht. Anlässlich des Stadtjubiläums 1988 konnte der Rheinpark Bilk der Bevölkerung übergeben werden. Im gleichen Jahr wurde das neue Landtagsgebäude fertiggestellt. Die Bauarbeiten für die Errichtung des WDR-Funkhauses gehen zügig voran (Richtfest Mitte 1988). Zu den Kosten der Sanierung von rd. 100 Mio DM sind Städtebauförderungsmittel von 69,4 Mio DM bewilligt worden.

Die Maßnahmen in den Ersatzgebieten im Hafengebiet sind abgeschlossen.

Sanierungsgebiet Fichtenstraße

Im Sanierungsgebiet Fichtenstraße gingen die Hochbaumaßnahmen auf den im Rahmen der Bodenordnung neu gebildeten Industriegrundstücken 1986 zu Ende. Der Rat hat entschieden, die Gebäude an der Kiefern-/Fichtenstraße mit einem Aufwand von 3 Mio DM instandzusetzen. Die Gebäude sollen langfristig erhalten bleiben (Rat 05.07.88). Für 1989 wird der Ausbau der Kiefernstraße angestrebt. Zu den voraussichtlichen Gesamtkosten des Sanierungsprojekts von rd. 6,6 Mio DM wurden Landeszuschüsse in Höhe von rd. 4,6 Mio DM bewilligt.

Sanierungsgebiet Grafenberger Allee

Die städt. Erschließungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet kamen 1986 zum Abschluß. Die Aufhebung der förmlichen Festlegung ist nach den zwei noch ausstehenden Hochbaumaßnahmen vorgesehen. Zu den zuwendungsfähigen Kosten des Projekts von rd. 27,7 Mio DM hat das Land Förderungsmittel in Höhe von rd. 16,6 Mio DM bewilligt.

Untersuchungsbereich Ortskern Gerresheim

Der Rat hat am 22.10.87 den Grundsatzbeschuß zur Durchführung wohnumfeldverbessernder Maßnahmen im Ortskern Gerresheim gefaßt. Zu den Kosten des Projekts in Höhe von ca. 9,5 Mio DM bewilligte das Land 1987 eine erste Zuschußrate in Höhe von 4,16 Mio DM. Der Bebauungsplan für den Bereich Zentrum Gerresheim wurde am 17.11.88 vom Rat als Satzung beschlossen. Ende 1988 ist mit dem Bau der Neunzigstraße als Ortskernumgehung sowie den Vorarbeiten für die Verlegung der Rheinbahnlinie 703 in den Wallgraben begonnen worden.

Untersuchungsbereich Derendorf

Der Grundsatzbeschluß für eine 1. Baustufe des Programms Derendorf wurde vom Rat am 17.11.88 gefaßt. Bereits 1987 bewilligte das Land einen Zuschuß in Höhe von 4 Mio DM. Im Hinblick auf die Konsolidierung des Haushalts der Stadt beginnen die Maßnahmen erst 1989.

Untersuchungsbereich Kaiserswerth

Ein Zuschußantrag wurde 1986 gestellt. Z. Z. besteht keine Förderungspriorität des Landes.

Untersuchungsbereich „Am Steinberg“

Nachdem aufgrund des Kaufvertrages von 1985 die Besitz- und Nutzungsrechte an dem ehemaligen Gelände der Firma Jagenberg bis zum 01.05.86 auf die Stadt übergegangen waren und ein erster Teilbericht über die vorbereiteten Untersuchungen vorlag, beschloß der Rat am 20.11.86 einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für den Untersuchungsbereich „Am Steinberg“. Die Ergebnisse des Wettbewerbs und besonderer Untersuchungen zum Salzmann-Bau flossen – in Abstimmung mit allen Beteiligten einschl. des Landes – in ein städtebauliches Neuordnungskonzept ein (Ratsbeschluß 17.11.88). Notwendige Altlastenuntersuchungen haben erst zu Teilergebnissen geführt. Die (vorrangige) Umnutzung des Salzmann-Baus wird mit dem vorgesehenen Träger der Maßnahme vorbereitet. Bisher sind 13,6 Mio DM an Förderungsmitteln gewährt worden.

Sachprogramme zur Wohnumfeldverbesserung

Sachprogramm Verkehrsberuhigung I Im Rahmen dieses Sachprogramms wurden die Ehrenstraße, der Geranienweg, die Schlesische Straße sowie die Straße an St. Swibert umgestaltet. Die letzte Maßnahme des Programms in der Moltkestraße begann 1988. Zu den Gesamtkosten des Programms von rd. 3,8 Mio DM hat das Land einen Zuschuß in Höhe von rd. 1,5 Mio DM bewilligt.

Sachprogramm Verkehrsberuhigung für übergeordnete Straßen Der Rat hat am 05.07.88 die Umgestaltung der Heubestraße als erste Maßnahme beschlossen. Zu den voraussichtlichen Baukosten von rd. 1,9 Mio DM wird ein Zuschuß in Höhe von rd. 1,3 Mio DM erwartet.

Sachprogramm Nachbarschaftsparks

Der Grundsatzbeschluß zur Durchführung des Sachprogramms wurde vom Rat am 22.10.87 gefaßt. Mit je einem Projekt in Gerresheim (Diepenstraße) und in Eller/Lierenfeld (Am Hackenbruch) soll 1989 begonnen werden. Zu den voraussichtlichen Gesamtkosten von rd. 2 Mio DM wurde 1988 ein Zuschuß von rd. 1,4 Mio DM bewilligt.

Sachprogramm öffentliche Kinderspielplätze

Das vom Rat am 15.12.88 beschlossene Sachprogramm umfaßt z. Z. 33 Plätze. Über den Förderungsantrag (Gesamtkosten von rd. 9,7 Mio DM) hat das Land noch nicht entschieden.

Sachprogramm Baggerseen

In Vorbereitung ist ein Sachprogramm Baggerseen mit der Gestaltung von Uferbereichen für Zwecke der Freizeit und Erholung. Geplant sind Anlagen am Angermunder Baggersee sowie am Albertussee (Heerdt). Für den Grunderwerb im Bereich des Angermunder Baggersees hat das Land 1987 eine erste Zuschußrate von 0,6 Mio DM bewilligt.

Städtebauliche Einzelmaßnahmen Eller

Die wohnumfeldverbessernden Maßnahmen im Zentrum Eller (u.a. Umgestaltung des Gertrudisplatzes, Anlegung eines Ersatzparkplatzes an der Gumbertstraße) wurden 1986 zum Abschluß gebracht. Zu den Gesamtkosten des Projekts sind Landeszuschüsse in Höhe von 3,4 Mio DM bewilligt worden.

Verkehrsberuhigung Höxterweg

Die Belastungen der Anlieger aus dem Verkehrsaufkommen des Höxterweges sollen durch geeignete straßenbauliche Maßnahmen gemildert werden. Der zu den voraussichtlichen Baukosten (rd. 1,9 Mio DM) gestellte Zuschußantrag ist nach Auffassung des Landes im Hinblick auf eine mögliche kostengünstigere Lösung zu modifizieren.

Weitere städtebauliche Einzelmaßnahmen (z. B. Spieloase Brunnenstraße, öffentliche Begegnungsstätte "ZAKK" Fichtenstraße) wurden fortgeführt.

Planungszuschüsse

Hellerhof-Ost

Auf Förderungsantrag der Stadt von 1987 hat das Land 1988 einen Zuschuß von 43.400,- DM zur Beteiligung am internationalen Wohnungsbauwettbewerb "Flachbau in hoher Verdichtung" bewilligt.

Für ein Gelände an der Bergischen Landstraße/Benderstraße fand 1988 ein städtebaulicher Ideenwettbewerb statt. An den Kosten von 275.000,- DM beteiligte sich das Land mit einem Zuschuß von 179.000,- DM.

Zur Vorbereitung des Tieflegungsprojekts Rheinuferstraße sind umfangreiche Untersuchungen und Planungen notwendig. Zu den bisher veranschlagten Kosten von rd. 5,4 Mio DM hat das Land Zuschüsse von insgesamt 3,6 Mio DM bewilligt.

Änderung der Gemeindegrenze

Der zwischen den Städten Düsseldorf und Neuss zur Anpassung der Stadtgrenze an den tatsächlichen Ausbau im Bereich Laacher Abzugsgraben (Heerdt) geschlossene Gebietsänderungsvertrag wurde durch Verfügung des Regierungspräsidenten am 01.04.86 wirksam.

Amt 61 - Planungsamt

Amtsleiter: Dipl.-Ing. Kurt Schmidt

Im Berichtszeitraum ergaben sich nur wenige nennenswerte organisatorische und keine räumlichen Veränderungen.

Der Schreibdienst des Amtes 61 wurde teilweise mit Bildschirmgeräten ausgestattet. Für die Abteilungen 2 bis 4 und 8 des Amtes werden organisatorische Veränderungen angestrebt, die jedoch erst im folgenden Berichtszeitraum wirksam werden können.

Auch für den Berichtszeitraum 1986 bis 1988 stand die Aktivierung von Baulandreserven für Wohnbauflächen und gewerbliche Bauflächen im Vordergrund der städtebaulichen Arbeit. Für die Bauleitplanung wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung als Regelverfahren eingeführt und weiter entwickelt. Einen nennenswerten Stellenwert hatten wie zuvor die vom Land Nordrhein-Westfalen geförderten Gebietsprogramme zur Wohnumfeldverbesserung mit zahlreichen Einzelmaßnahmen zur Verkehrsberuhigung sowie die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Für gezielte Aufgabenbereiche wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit finanzieller Personalkostenförderung durch das Arbeitsamt durchgeführt. Dieser umfaßte insbesondere Bestandserhebungen im städtebaulichen und verkehrstechnischen Bereich sowie die planungsmäßige Rekonstruktion des Ortskerns von Benrath zum Zeitpunkt der letzten Jahrhundertwende zur Vorbereitung der Anfertigung eines historischen Modells.

Aus der Arbeit der Abteilungen des Planungsamtes sind folgende Maßnahmen besonders erwähnenswert:

Abteilung 1 - Flächennutzungsplanung und Grundlagenplanung

Schwerpunkt der Tätigkeit war die Aufstellung des neuen Flächennutzungsplanes für die Stadt Düsseldorf. In der ersten Hälfte des Berichtszeitraumes wurde das Ergebnis der Bürgerbeteiligung nach § 2a Bundesbaugesetz ausgewertet und dem Rat der Stadt zur Beschlußfassung vorgelegt.

Nach dem Ratsbeschluß vom 24.9.1987 zur öffentlichen Auslegung des Flächennutzungsplanes, die vom 17.11. - 17.12.87 stattfand, wurde im Jahr 1988 das Ergebnis dieser öffentlichen Auslegung, an der sich ca. 3900 Bürger schriftlich beteiligten, ausgewertet und für die Ratsgremien aufbereitet.

Der Flächennutzungsplan-Entwurf wurde vollständig überarbeitet.

Im Zusammenhang mit der Aufstellung von Bebauungsplänen wurden Entwürfe zur Änderung des Flächennutzungsplanes angefertigt und

nach § 20 Landesplanungsgesetz mit der Bezirksplanungsbehörde abgestimmt.

Zu den Routineaufgaben der Abteilung zählt auch die Erarbeitung von Stellungnahmen der Stadt Düsseldorf zu Bauleitplänen der Nachbargemeinden.

Zu den Sonderaufgaben der Abteilung 61/1 gehörte u.a. die Koordination des Projektes „Containerbahnhof in Düsseldorf“ und verschiedene Standortuntersuchungen (z.B. Moschee, Spaßbad).

Im Bereich Grundlagenplanung, Stadtentwicklung wurden in dem Zeitraum 1986- 1988 im wesentlichen folgende Aufgaben bearbeitet:

1. Langfristige Bevölkerungsentwicklung und deren Auswirkung auf Stadtentwicklung und Stadtplanung.
2. Einschätzung des Gewerbeflächenbedarfs und Ermittlung der Flächenreserve für Gewerbe- und Industriegebiete im Flächennutzungsplan.
3. Ermittlung des Flächenbedarfs und der Flächenreserve für Wohn- und Kerngebiete im Flächennutzungsplan.
4. Fortführungs- und Änderungsarbeiten des digitalen Flächennutzungsplanes, Erarbeitung von Druckvorlagen, Erstellung von Flächenbilanzen.
5. Auswertung der Meßdaten der Luftverunreinigung und deren grafische Darstellung durch ein Computerprogramm.
6. Erarbeitung der Planungsgrundlagen für die Aufstellung des städtebaulichen Rahmenplanes für das Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Oberkassel.
7. Ausarbeitung des städtebaulichen Rahmenplanes Bahnhof Oberkassel für zwei Verkehrsplanungsvarianten.
8. Mitarbeit in der Lenkungsgruppe des Auftrages „Konzept stadttökologischer Grundlageninformation“ für die Stadt Düsseldorf.
9. Vorprüfung des städtebaulichen Ideenwettbewerbs „Wohngebiet Benderstraße“ in Gerresheim.
10. Koordinierung und Aufstellung des Wettbewerbsprogrammes für den städtebaulichen Ideenwettbewerb „Internationales Handlungszentrum“ an der Kölner Straße.
11. Vorbereitende Arbeiten für den Aufbau eines ADV-gestützten Planungs- und Umweltinformationssystems in Abstimmung mit dem Umweltbundesamt.

Neben diesen Arbeiten wurden in der Abteilung 61/1 zahlreiche Regierungsbaureferendare der Fachrichtungen Städtebau, Hochbau, Stadtbauwesen, Straßenverkehr, Wasserwesen und Vermessungswesen sowie Inspektor-Anwärter für den allgemeinen Verwaltungsdienst und den bautechnischen Dienst sowie Praktikanten aus dem In- und Ausland ausgebildet.

Das Sachgebiet Grafik übernahm die Gestaltung und Produktion von zahlreichen Broschüren, Plakaten und Falblättern für verschiedene Dezernate, wie z.B. die Broschüren

- Düsseldorf - Rheinstadion
- Stadt der grünen Ufer
- Tieflegung Rheinuferstraße
- Sozialräumliche Nutzungsanalyse Gerresheim
- Nutzungsanalyse Bereich Unterbilk/Rheinufer
- Vorbereitende Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung Tieflegung Rheinuferstraße
- Ökologischer Begleitplan zum FN-Plan Düsseldorf

sowie zahlreiche Falblätter zur Wohnumfeldverbesserung, Herstellung und Archivierung von Luftbildern der Stadt Düsseldorf.

Veranstaltete Ausstellungen in der Stadtinformation, Rathausufer 8:

- Fotowettbewerb Königsallee
- Planungsprojekt Dammstraße
- Schüler planen ihre Stadt
- Begegnung mit Plätzen
- Grüne Wände in Düsseldorf
- 40 Jahre Landtag
- Düsseldorfer Impressionen
- 100 Jahre Eigenunfallversicherung
- Frühling in Düsseldorf
- Stadt am Hafen Hafenstadt
- Köln - Leben am Rhein
- Frankfurt - Kulturszene am Main
- Düsseldorf - zu neuen Ufern.

In der Brinckmannstraße 5

- Grün in die Straßen

Wettbewerbsbroschüren

- Ortskern Gerresheim
- Am Steinberg

Abteilungen 61/2, 61/3, 61/4 und 61/7 für die städtebauliche Planung in den einzelnen Stadtbezirken

Stadtbezirk 1
(Stadtteile Altstadt, Karlstadt, Stadtmitte, Pempelfort, Derendorf, Golzheim)

Bebauungspläne für die Bereiche Altstadt-Süd und Am Wehrhahn / Wielandstraße wurden fertiggestellt.

Planverfahren für Gebiete an der Hans-Böckler-Straße und Georg-Glock-Straße zur Errichtung von Verwaltungsgebäuden wurden weitgehend vorangetrieben (stehen kurz vor dem Abschluß).

Weitere Verfahren für mindergenutzte städtische Flächen an der Vagedesstraße und Düsselthaler Straße / Schirmerstraße sowie für Werkserweiterungen der Firma Daimler Benz auf dem Gelände „An der Pwipp“/Hugo-Viehoff-Straße und östlich des ehemaligen Lemgoer Weges wurden weitergeführt.

Neue Planverfahren wurden für Gebiete an der Meineckestraße, Rheinbabenstraße und an der Yorckstraße (Milchhofgelände) eingeleitet.

Für einen Bereich „Am Tannenwäldchen“ wurde eine Denkmalbereichssatzung aufgestellt.

Für den Grundstücksbereich Stephaniestraße /Klosterstraße wurde nach einer Grundsatzentscheidung des Rates zu Vorstellungen eines Investors die Planung fortgeführt.

Für die Liesegangstraße wurden nach Bedenken und Anregungen aus der Planauslegung alternative Planungsvorstellungen entwickelt.

Für die Ordnung der Vergnügungsstätten im Bereich Innenstadt zwischen der Königsallee und dem Hauptbahnhof wurde ein Bebauungsplan-Vorentwurf erarbeitet; zur Sicherung der Planung wurde eine Veränderungssperre erlassen.

Mit der Planung zur Tieflegung der Rheinuferstraße wurde für das gesamte Gebiet der Altstadt und Karlstadt sowie für das südlich angrenzende Regierungsviertel, Bereiche des Hafens und beiderseits der Völklinger Straße in Unterbilk eine neue, weitreichende städtebauliche Zielkonzeption entwickelt, die auch für das Gebiet nördlich der Altstadt (Tonhalle, Ehrenhof) eine großzügige Aufwertung nach sich zieht.

Sämtliche Wettbewerbsstufen von ersten Grundkonzepten bis zur Vorplanung für das Planfeststellungsverfahren wurden vom Planungsamt intensiv begleitet und mit den planerischen Überlegungen zu angrenzenden Bereichen abgestimmt.

Öffentlichkeitsarbeit in Form von Ausstellung und Bürgerversammlungen wurden vom Planungsamt durchgeführt, die entsprechenden politischen Beschlüsse vorbereitet. Die erarbeiteten Nutzungs- und Gestaltungskonzepte wurden in das Planfeststellungsverfahren eingebracht.

Das Planungsamt hat außerdem für die städtebaulich bedeutsame Bebauung beiderseits der Dammstraße ein Gutachterverfahren ausgearbeitet und abgeschlossen. Die weitere Bearbeitung des ausgewählten Entwurfs wurde betreut und jeweils für die politischen Gremien aufbereitet.

Stadtbezirk 2

(Stadtteile Flingern-Süd, Flingern-Nord, Düsseldorf)

Abschluß von fünf Bebauungsplanverfahren (davon drei innerhalb des „Problemgebietes Flingern“):

- An der Icklack
- Grafenberger Allee / Neanderstraße
- Lindenstraße
- Flinger Richtweg
- Buschermühle

Erstellung und Überarbeitung von weiteren 13 Bebauungsplan-Entwürfen

Grundlagenermittlung und konzeptionelle Vorarbeit für eine „Vorgartennutzung“ im Stadtbezirk 2 (seit Dez. 1987 in Kraft).

Mitarbeit bei der planerischen Umsetzung der Maßnahmen des „Gebietsprogrammes Wohnumfeldverbesserung“ in Flingern und der Konzepterstellung für das „Untersuchungsgebiet Derendorf“ im Teilgebiet Düsseldorf.

Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung von zwei Fassadenwettbewerben im Stadtbezirk 2.

Fachliche Betreuung von sechs Referendaren (Städtebau, Stadtbauwesen, Hochbau) drei Praktikanten und zwei Inspektoranwärtern.

Stadtbezirk 3

(Stadtteile Friedrichstadt, Unterbilk, Hafen, Hamm, Volmerswerth, Bilk, Oberbilk, Flehe)

Im Stadtbezirk wurden 25 Bebauungsplan-Vorentwürfe zur Ausweisung von Baugebieten, Grünflächen und Verkehrsflächen ins Verfahren gebracht, darunter sechs Bebauungspläne für Oberbilk sowie für Gebiete beiderseits der Völklinger Straße in Abstimmung mit den Belangen aus der Tieflegung der Rheinuferstraße, für den Bereich Hammer Straße / Handelshafen (Hafenphase II) mit der Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes, ein Planentwurf für die Zubringerstraße zum Hafen und die Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes für den Bereich Landtag / Neusser Straße. Für diesen Bereich sowie für ein Gebiet an der Brückenstraße wurden Veränderungssperren angeordnet.

Weiterhin wurde an der Erarbeitung des Wettbewerbsprogramms für ein Internationales Handelszentrum in dem Gebiet zwischen der Readinger Straße / dem Bundesbahngelände / der Werdener Straße und der Kölner Straße mit einem Flächenareal von ca. 160.000 qm mitgewirkt. Dies gilt auch für die stadtplanerische Betreuung der Tieflegung der Rheinuferstraße und der Umgehungsstraße „Zentrum Oberbilk“.

Für die Bereiche Borsigstr./Kruppstr., Eisenstr./Ellerstr., Christophstr./Wiesbadener Str., Volmerswerther Str./Nievenheimer Str., Werstener Str./Stoffeler Kapellenweg, Himmelgeister Str./Professor Dessauer Weg, nördlich Bachstr. wurden Bebauungspläne im Berichts-

zeitraum rechtsverbindlich. Die Bebauungspläne Ellerstr./Liniestr. und Oberbilk Allee/Emmstr. werden in Kürze rechtsverbindlich.

Stadtbezirk 4

(Stadtteile Oberkassel, Heerdt, Lörick, Niederkassel)

Es wurden Bebauungsplan-Entwürfe erarbeitet für die Gebiet

- Heerdt Baggersee
- südl. Düsseldorfer Straße
- ehem. Gelände Rohde u. Dörrenberg
- Alt Lörick und Oberkasseler Straße
- nördlich Niederkasseler Lohweg
- die Verbreiterung der Heerdt Landstraße.

Inhaltliche Themenschwerpunkte waren hierbei Flächenrecycling in ehemaligen Industriegebieten, die Sicherung der vorhandenen Wohnnutzung, Maßnahmen im Bereich des tertiären Schwerpunktes Am Seestern, Festsetzungen zum Erhalt der schützenswerten historischen Bebauung in den einzelnen Stadtteilen, Entwicklung von Planungskonzepten für bisher unbebaute Gebiete, planerische Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation im Stadtbezirk 4, Untersuchung von Baublocken in Gemengelage, die Erarbeitung von Rahmenplänen für das Oberkasseler Bahnhofsgelände mit Betreuung eines studentischen Wettbewerbs.

Rechtsverbindlich wurden die Bebauungspläne Alt Niederkassel, Askanierstraße, Böhrerweg, Büttgenweg, Comeniusstraße, Heerdt Landstraße, Lütticher Straße und Niederkasseler Kirchweg.

Stadtbezirk 5

(Stadtteile Stockum, Lohausen, Kaiserswerth, Wittlaer, Angermund, Kalkum)

Im Berichtszeitraum wurden neun Bebauungsplanverfahren eingeleitet, davon fünf mit umfangreichen Umweltverträglichkeitsvorprüfungen. Von diesen Planungen sind von besonderer Bedeutung:

- die Erweiterung der Messeparkplätze für ca. 5000 Pkw,
- das Naherholungsgebiet des Angermunder Baggersees mit ca. 162 ha für Wasser- und Reitsport,
- der Ortskern von Alt Kaiserswerth mit ca. 44 ha Fläche für Wohnbau, BfG, Grünflächen sowie Parkplatzflächen,
- das Gewerbegebiet Einbrunger Straße mit ca. 20.500 m² Bruttogeschossfläche f. Gewerbe, mit BfG-Flächen für Feuerwehr und Jugend und mit Tennisanlage,
- der Pastoratsweg/Bockumer Straße (Wittlaer) u.a. mit Wohnbau- und einer BfG-Fläche für ein Kirchenzentrum.

An 5 Bebauungsplan-Vorentwürfen wurde die Arbeit weitergeführt, z.T. mit den UVP-Vorprüfungen.

3 Veränderungssperren wurden ins Verfahren gebracht und sind z.Z. wirksam.

2. Aufstellungsbeschlüsse erhielten Flächenergänzungen zur Sicherung von privaten Dauerkleingartenanlagen, wie Ortskern Kaiserswerth und Ortskern Kalkum. 2 Aufstellungsbeschlüsse wurden neu gefaßt für das Erholungsgebiet Angermunder Baggersee und das Gewerbegebiet nördl. Flughafenstraße (Lohausen).

Vorarbeiten zu 5 Bauvorhaben wie Medienzentrale (Stockum), Vielzweckhalle (Stockum/Messe), Bolzplatz (Lohausen-Schnasestr.), Messe-Erweiterung (Stockum-Rotterdam Str.), Golfplatz Lohausen wurden erbracht.

Vorarbeiten zur Satzung über Gestaltung von Vorgärten und Einfriedigungen von Baugrundstücken in Stockum wurden geleistet.

Rechtsverbindlich wurden die Bebauungspläne

- nördlich „Am Hain“ mit einem Kerngebiet für das Fashion House II sowie BfG- und Wohnbauflächen,
- nördlich der Kittelbachstraße für Wohnbauflächen mit ca. 320 Wohneinheiten,
- nördlich der Angermunder Straße für ein Mischgebiet,
- St. Göres-Straße für BfG- und Wohnbauflächen,
- „Zum hohen Bröhl“ mit Wohnbauflächen für rd. 56 Einfamilienhäuser,
- Angeraue/Alte Gasse/Rottgärten für Wohnbau-, BfG- und Verkehrsflächen sowie eine Satzung für den Denkmalbereich Kaiserswerth.

Stadtbezirk 6

(Stadtteile Lichtenbroich, Unterrath, Rath, Mörsenbroich)

Für ein Gewerbegebiet nördlich der Theodorstraße, das Kindertheater an der Münsterstraße und ein Wohngebiet westlich der Helgolandstraße wurden neue Bebauungsplan-Konzepte erarbeitet.

Elf bereits im Verfahren befindliche Bebauungsplan-Vorentwürfe bzw. -Entwürfe wurden neu erstellt oder überarbeitet. Darunter sind von Bedeutung für den Stadtbezirk die Gewerbegebiete in Lichtenbroich incl. Planung Kreisstraße 3n, die Bezirkssportanlage, der Ausbau B 1/Werkserweiterung Daimler-Benz, die Erbaurechtsgebiete nördlich und südlich Krönerweg und im Kittelbachbereich, die Wohnbaufläche nördlich der Unterrather Straße mit ca. 140 geplanten Wohneinheiten.

Fünf Aufstellungsbeschlüsse wurden gefaßt u.a. zur Sicherung privater Kleingartenflächen, Herabzonung von Wohnbebauung in Lichtenbroich.

Für zwei Teilgebiete im Bezirk 6 wurde eine Satzung über die Gestaltung von Vorgärten und die Einfriedigung von Baugrundstücken erarbeitet.

Darüberhinaus:

Umfangreiche Abstimmungsarbeiten im Rahmen der Planfeststellungsverfahren zur A 44 und zum 6-gleisigen Ausbau der DB-Strecke Düsseldorf-Duisburg.

Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs im Bezirk 7.

Fachliche Betreuung von zwei Auszubildenden.

Rechtsverbindlich wurden die Bebauungspläne

- östlich Parsevalstraße (Mischgebiet und Kerngebiet)
- Münsterstraße/Stieglitzstraße (Wohngebiet mit 255 WE)
- oberirdische Nutzung
Tieferlegung Bundesbahnstrecke Rath – Eller (Grünfläche)
- Saargemünder Straße
- Am Schein
- östlich Münsterstraße/südlich Rather Broich
- Kalkumer Straße / Thewissenweg.

Stadtbezirk 7

(Stadtteile Gerresheim, Grafenberg, Ludenberg, Hubbelrath)

Von 32 im Verfahren befindlichen Bebauungsplänen wurden 14 Pläne neu ins Verfahren gebracht. 12 Bebauungsplan-Vorentwürfe wurden - teilweise mit Alternativen - neu erstellt oder überarbeitet. Für 16 Pläne wurde die Umweltverträglichkeitsvorprüfung und für 7 Pläne die Bürgerbeteiligung durchgeführt. 4 Bebauungspläne wurden rechtsverbindlich, darunter der im Berichtszeitraum ins Verfahren gebrachte Plan für den Golfplatz „Schmidtberg“.

Der Bebauungsplan-Entwurf für das Zentrum Gerresheim wurde u.a. aufgrund der Ergebnisse der Offenlegungen überarbeitet und 1988 vom Rat als Satzung beschlossen. Bei der Erarbeitung der Entwürfe für die Gestaltung der Straßen und Plätze im Ortskern Gerresheim wurde mitgewirkt.

Für ein Gebiet an der Ludenberger Straße wurde eine Erhaltungssatzung erarbeitet und rechtsverbindlich.

Für ein geplantes Wohngebiet an der Bergischen Landstraße / Benderstraße mit ca. 500 neuen Wohneinheiten wurden die Planungsgrundlagen erstellt und wohnungsbaupolitische Konzepte entwickelt. Für den 1988 für dieses Plangebiet durchgeführten städtebaulichen Ideenwettbewerb wurde der Auslobungstext erarbeitet und am Wettbewerbsverfahren, an der Vorprüfung und der Ausstellung der Wettbewerbsbeiträge mitgewirkt.

Stadtbezirk 8

(Stadtteile Lierenfeld, Eller, Vennhausen, Unterrath)

Im Berichtszeitraum wurden 15 Planverfahren

bis zu folgendem Planungsstand bearbeitet:

- Aufstellung und Vorentwurfsplanung für 6 Bebauungspläne
- Durchführung der Bürgeranhörung und Vorbereitung der Offenlage für 6 Bebauungspläne
- Durchführung der Offenlegung für 3 Bebauungspläne.

Der Bebauungsplan für das Gelände der ehemaligen Mannesmann-Röhrenwerke bildete den Schwerpunkt der Arbeit.

Aufgrund der Größe des Plangebietes (50 ha), des zeitlich vorgegebenen Rahmens (Ringtausch), der schwierigen planungsrechtlichen, technischen und gewerbeaufsichtlichen Belange sowie der Altlastenproblematik stellte diese Planungsaufgabe besondere Anforderungen. Im Berichtszeitraum wurden die Verfahrensstufen; Vorentwurf, Bürgerbeteiligung, Offenlage einschl. der Ratsvorlage über Bedenken und Anregungen von 950 Einsprechern und Vorbereitung 2. Offenlage durchgeführt. Parallel zum Planverfahren wurde eine Vielzahl von Koordinierungsgesprächen mit Fachbehörden, Investoren und Bauherren geführt.

Die Bebauungspläne für die 3 Teilgebiete des Grünzuges Lierenfeld-Eller sind in der Öffentlichkeit vorgestellt worden und können offengelegt werden.

Für das Plangebiet Cruthovener Straße/Jägerstraße ist das Planverfahren bis zur Offenlage, für das Gebiet Ludwigshafener Straße/Weinheimer Straße bis zur Bürgerbeteiligung fortgeführt worden.

In Unterbach ist für den Bebauungsplan Rathelbeckstraße/Am Langenfeldsbusch der Vorentwurf fertiggestellt, für das Gebiet Dellestraße/Gerresheimer Landstraße/Sandstraße wurde die Bürgeranhörung durchgeführt.

Neben der Bebauungsplanung wurden 170 Bauanträge/Bauvoranfragen planungsrechtlich beurteilt.

Stadtbezirk 9

(Stadtteile Wersten, Himmelgeist, Holthausen, Reisholz, Benrath, Urdenbach, Itter, Hassels).

Im Stadtbezirk 9 wurden zeitgleich etwa 40 Bebauungsplan-Verfahren bearbeitet, davon wurden im Berichtszeitraum 15 Bebauungspläne rechtsverbindlich.

Schwerpunkte der Arbeit lagen in Urdenbach (hier wurden allein 6 neue Bebauungspläne rechtsverbindlich, darunter Baurecht für rd. 70 neue Einfamilienhäuser im Bereich Urdenbacher Acker), sowie entlang der Kölner Landstraße (Vorbereitung der Umgestaltung der Kölner Landstr., 3 Pläne wurden rechtsverbindlich, 2 sind noch im Verfahren).

Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Schaffung neuen Baurechts für gewerbliche und industrielle Nutzungen. Die Planung im Bereich Span-

gestr./Bublitzer Str. wurde rechtsverbindlich, die Planung im Bereich Buchenstraße fortgesetzt und die Planungen für den Gewerbepark „Am Schönenkamp“ sowie das Mannesmann-Gelände in Reisholz neu begonnen.

Durch das letztgenannte Planverfahren in Verbindung mit der Planung im Bereich des Paulinenplatzes wurde außerdem die Grundlage für künftige wohnumfeldverbessernde Maßnahmen im Stadtteil Reisholz erarbeitet.

Durch Satzungsbeschluß abgeschlossen wurden im Berichtszeitraum weiterhin die Erhaltungssatzung für den Ortskern von Urdenbach sowie die Gestaltungssatzung für den Kernbereich von Benrath.

Stadtbezirk 10 (Stadtteile Garath, Hellerhof)

Für den Stadtteil Garath wurden einige Bebauungspläne bzw. Gestaltungssatzungen ausgearbeitet. Sie sollen für Bürger und Verwaltung Rechtssicherheit schaffen bei Erweiterungsbauten, Dachaufstockungen, o.ä. Auch die Anpassung des Baurechts an die vorhandenen Nutzungen war Ziel von Planungen. Für das Wohnviertel Garath-Süd wurde ein Programm zur Wohnumfeldverbesserung vorbereitet mit dem Ziel, die hier sehr einseitige bauliche Struktur und damit auch die Sozialstruktur zu verbessern.

Für den neu entstehenden Stadtteil Hellerhof wurde die Gesamtkonzept: auf 2.200 bis 2.300 WE, 10 ha Gewerbeflächen für 50-70 Betriebe und 51 ha Grün- und Sportflächen sowie Dauerkleingärten erweitert. Außerdem waren einige Bebauungsplanverfahren nötig, um zusätzlich Infrastruktureinrichtungen zu ermöglichen und die Breite von Verkehrswegen auf ein wirtschaftliches Maß zu reduzieren.

Zusätzlich wurden in allen Stadtbezirken zahlreiche Bauvoranfragen und Bauanträge planungsrechtlich beurteilt. Ergänzend hierzu wurden in vielen Fällen Beratungsgespräche mit Bauherren und Architekten geführt.

Abteilung 6 – Angelegenheiten der Bauleitplanung

1. Versand von 55 Bebauungsplan-Vorentwürfen mit Begründungen an Amt 60;
2. Vorbereitung zur Einleitung von Planverfahren gem. BauGB (Abstimmung mit Planverfasser über Umfang, Inhalt und Darstellung der städtebaulichen Pläne),
3. Schriftführung für den Ausschuß für Planung und Stadtentwicklung (Aufstellung der Tagesordnung, Einladung, Mitwirkung bei der Fertigung der Beschlußentwürfe, der Begründungen und der Erläuterungsberichte sowie Fertigung der Niederschriften) für insgesamt 30 Sitzungen mit
 - Einleitung von 76 Planverfahren für Bebauungspläne,
 - Einleitung von 26 Planverfahren für Flä-

chennutzungspläne,

- 67 Berichte über Bürgerbeteiligungen und Entscheidungen über Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange
- Vorbereitung der Entscheidung des Ausschusses über Bedenken und Anregungen zu insgesamt 60 Bauleitplänen,
- Vorbereitung der Beschlußfassung über insgesamt 61 Aufstellungsbeschlüsse gem. § 33 BauGB,
- Vorbereitung der Beschlußfassung zum Erlaß von insgesamt 37 Veränderungsperren gem. § 14 BauGB
- Vorbereitung der Beschlußfassung zum Erlaß von insgesamt 14 Satzungen zur Erhaltung baulicher Anlagen einschl. deren Änderung aufgrund der Überleitungsvorschriften des BauGB.

4. Vorbereitung und Übersendung von 419 Vorlagen an die Bezirksvertretungen;
5. Vorbereitung und Übersendung von 58 Vorlagen für den Ausschuß für Umweltschutz an das Umweltbüro bzw. Amt 19;
6. Übersendung der Unterlagen zur Durchführung aller Bauleitplanverfahren an die beteiligten Ämter, insbesondere an Amt 60;
7. Erteilung von ca. 1370 mündl. Auskünften über allgemeine Planungsangelegenheiten.
8. Abfassung der Redekonzepte für die Ratsvorträge des Dezernenten über städtebauliche Planungsmaßnahmen (30 Ratssitzungen).

Zu den planungsrechtlichen Maßnahmen gehört u.a. auch die Bearbeitung von Bodenverkehrs- und Bauanträgen, sie besteht im wesentlichen in der Prüfung der Anträge auf Übereinstimmung mit den Zielen der Planung.

Auf diese Weise wurden bearbeitet:

4473	Kaufverträge
946	Teilungen
2176	Baugesuche und Anfragen
76	Bauanzeigen
1843	Stellungnahmen zu Anfragen der Ämter 23, 60, 62 und 64.

Neben diesen Tätigkeiten wurden in der Abteilung 61/6 zahlreiche Regierungsbaureferendare, Inspektoranwälter und Praktikanten fachlich und – nach Überwecheln des Ausbildungsbeauftragten in diese Abteilung – auch organisatorisch betreut.

Abteilung 7 – Stadterneuerung

Der Abteilung oblag im Berichtszeitraum die Bearbeitung und Betreuung von Sanierungs- und Stadterneuerungsmaßnahmen, die städtebaulichen Planungen in Oberbilk und Garath/Hellerhof, die Koordinierung von Ausführungsplanung, die Koordinierung und Beschleunigung von Vorhaben in Wohn- und Gewerbegebieten und die Grün- und Freiflächenplanung sowie Umweltschutzmaßnahmen in der Bauleitplanung.

1. Sanierungsgebiete

Planerische Projektbetreuung in den Sanierungsgebieten Berger Hafen/Zollhafen (Landtag, Fernmeldeturm, WDR-Studio, Rheinpark), Erweiterungsgebiet Hafen/Phase I, Hbf-Ost/Eisenstraße (Bebauung am Berthavon-Suttner-Platz, Weiterbildungszentrum, Staatsanwaltschaft) und Grafenberger Allee, teilweise in Verbindung mit der Bauleitplanung. Koordinierung der Planung und Projektdurchführung in Sanierungsgebieten Gerresheim und Derendorf. Vorbereitende Untersuchungen im Sanierungsgebiet Rheiuferstraße und Erarbeitung eines Sanierungsprogrammes.

Für das Sanierungsgebiet Am Steinberg (ehem. Fabrikgelände der Fa. Jagenberg in Bilk) wurde ein städtebaulicher Ideenwettbewerb durchgeführt. Darauf aufbauend wurde das Neuordnungskonzept entwickelt und vom Rat beschlossen. Das gesamte Verfahren wurde von einer sehr intensiven Bürgerarbeit begleitet.

2. Stadterneuerungsmaßnahmen

Erarbeitung und Aufstellung von 10 Bebauungsplan-Entwürfen in Oberbilk.

3. Programme zur Wohnumfeldverbesserung

Im Rahmen von Städtebauförderungsmaßnahmen mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen wurden in Gebietsprogrammen und als städtebauliche Einzelmaßnahmen über 400 Projekte in die Förderprogramme einbezogen und zum großen Teil durchgeführt. Im Vordergrund standen hierbei Maßnahmen der Verkehrsberuhigung. In den Programmen enthalten sind darüberhinaus öffentliche Grünflächen und Kinderspielflächen sowie Freizeitanlagen.

Der Schwerpunkt der Maßnahmen lag in den Stadtteilen Oberbilk, Unterbilk, Friedrichstadt und Fliegern. Die Entwurfsplanungen wurden zum Teil über Honoraraufträge abgewickelt. Für alle anstehenden Planungen bzw. bauliche Durchführungen wurde intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben.

4. Ausführungsplanung

Für den Stadtteil Hellerhof wurden, da es sich um ursprünglich kompletten städtischen Grundbesitz handelt, planerische Koordinierungsleistungen für ein Flächenareal von ca. 16 ha Bauland erbracht. Dabei wurden bei Trägerbaumaßnahmen und trägerfreien Baumaßnahmen in Gruppen und Einzelbauweise 356 Ein- und Zweifamilienhäuser vorgesehen, die Abstimmung mit den Bauherren durchgeführt sowie 39 Teilungsanträge und 300 Bauanträge bearbei-

tet. Dazu wurden jeweils die notwendigen Straßengestaltungspläne erstellt. Für das Gewerbegebiet Hellerhof-Ost wurden 20 Bauanträge und die dazugehörigen Straßenausbaudetails bearbeitet.

5. Koordinierung und Beschleunigung von Baugebieten
 - a) beschleunigungsbezogene Betreuung von Gewerbe, Industrie und Kerngebieten (Arbeit für/bzw. im Sinne einer Ratskommission) Bestand in der Gewerbegebiete-Datei im Dezember 1988: 60 Gebiete mit ca. 375 ha Bruttobauland
 - b) Bauleitplanung für besonders eilige Gebiete:
 - Bebauungsplan Seestern-Gebiet mit Erweiterung der Kerngebietenutzung und der Freiflächennutzung nordwestlich der Emanuel-Leutze-Straße.
 - Bebauungsplan Hansaallee/Niederkaseler Lohweg (ehem. Fa. Rohde & Dörrenberg) mit planungsrechtlicher Neuordnung des gewerblich genutzten Teiles und Neuausweisung eines Kerngebietes. Im B-Plan-Gebiet werden ca. 110.000 qm Bruttogeschoßfläche ausgewiesen.
 - Führung und Fortschreibung einer Wohngebiete-Datei zur Erhaltung einer gesamtstädtischen Übersicht. Bestand Dezember 1988: 150 Gebiete mit ca. 7.000 WE im Geschoßwohnungsbau und ca. 5.000 Grundstücken für Eigenheimbau.
 - c) Bauleitplanung für besondere Gebiete:
 - Bebauungsplan für Wohngebiet Flensburger Straße
 - Bebauungsplan für Wohngebiet südlich Kapeller Hofweg
 - Bebauungsplan für Wohngebiet südlich Garather Kirchweg
 - d) gesamtstädtische Koordinierung und planungsrechtliche Beurteilung im Arbeitskreis Sonderwohnungsbauprogramm für Aussiedlerwohnungen.
 - e) Beobachtung des Wohnungsmarktes durch Erfassung und Auswertung der Baugenehmigungen, Fortführung des jährlichen Vergleichs.
 - f) planerische, terminliche und finanzielle Koordinierung, Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit, der Wohnumfeldverbesserung Ortskern Gerresheim bestehend aus Verbesserung der Verkehrsführung durch Neubau einer Umgehungsstraße und Verlagerung der Straßenbahntrasse als Maßnahme nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und Umgestaltung der historischen Straßen- und Platzräume als Sanierungsmaßnahme.
 - g) Koordinierung, städtebauliche Beurteilung und Prioritätenstellung für das Sachprogramm Verkehrsberuhigung in Anliegerstraßen und Verkehrsberuhigung in Hauptverkehrsstraßen.

6. Grün- und Freiflächenplanung, Umweltsorge.

Neben der Wahrnehmung von grundsätz-

lich allen umweltrelevanten Aufgaben im Bereich der Stadtplanung wurden im vorgegebenen Zeitraum folgende Themen vorrangig bearbeitet:

Mit dem Institut für Umweltschutz der Universität Dortmund (INFU) wurde die 1. Stufe einer F.u.E.-Arbeit für die Ermittlung, Auswertung und Bewertung von umweltrelevanten Informationen als Fördermaßnahme des Umweltbundesamtes, Berlin, erarbeitet und abgeschlossen. Die 2. Stufe dieser Arbeit zur Umsetzung des F.u.E. Vorhabens für den Aufbau einer stadtökologischen Grundlageninformation Düsseldorf wurde vorbereitet.

Ziel dieser 2. Stufe ist der Aufbau einer interaktiv nutzbaren Umweltdatenbank im Rahmen eines Planungs- und Umweltinformationssystems. Hierbei werden die planerischen Anforderungsprofile ermittelt und mit den Informationserfordernissen anderer umweltdatenverarbeitender Dienststellen koordiniert.

Mit dem letzten Kenntnisstand vieler Einzelaspekte der Umweltverträglichkeitsprüfung, wie Informationsbedarfe, welche Umweltteilbereiche, Eingriffsregelung, Beurteilung usw. wurde das bestehende UVP-Verfahren modifiziert.

Hierdurch wird frühzeitig den rechtlichen und sachlichen Umwelterfordernissen im Abwägungsprozess der Bebauungsplanung Rechnung getragen, so daß aufgrund des gewachsenen Umweltbewußtseins der Bevölkerung und der Politiker die Planungen zügig und ohne große Zeitverluste durchgeführt werden können. Die Umsetzung der Grün- und sonstigen umweltvorsorgespezifischen Festsetzungserfordernisse werden im Rahmen der UVP ermittelt, bewertet, abgewogen und fachgerecht formuliert.

Die Aufgaben und Erfordernisse, die sich durch kontaminierte Standorte – Altlasten – auf die Umwelt ergeben, werden durch den hier im Amt eingesetzten Altlastenauftragten wahrgenommen.

7. Teilnahme an Wettbewerben

Ein im Landeswettbewerb 1986 „Ökologisches Bauen“ erarbeitetes und vorgestelltes Planungsprojekt wurde prämiert.

Im Landeswettbewerb „Innenentwicklung unserer Städte und Gemeinden“ wurde die Stadt Düsseldorf mit dem Beitrag „Grüne Achse vom Rhein zum Rhein“ Landessieger. Im gleichlautenden Bundeswettbewerb wurde die Landeshauptstadt Düsseldorf mit der Goldplakette ausgezeichnet. Der bundesoffene städtebauliche Ideenwettbewerb in Düsseldorf Gerresheim „Benderstraße / Bergische Landstraße“ (1988) wurde federführend betreut.

Öffentlichkeitsarbeit und Vorträge/Stadtführungen für ausländische Besuchergruppen zu den Themenbereichen „Grüne Achse vom Rhein zum Rhein“ und „Stadterneuerung in Düsseldorf“.

Abteilung 8 - Verkehrsplanung

- Erarbeitung von Gesamtverkehrsprognosen im Rahmen der Untersuchungen zum Generalverkehrsplan auf der Basis veränderter Strukturserwartungen.
- Fortschreibung des Generalverkehrsplanes und Einbringung des Entwurfes in die politischen Gremien.
- Erarbeitung von Verkehrsprognosen (auch Varianten) zur Unterstützung der Planungen insbesondere größerer Verkehrsvorhaben.
- Erfassung von Durchgangsverkehren und Erstellung von Parkraumbilanzen als Grundlage für die Verkehrsplanungen in Wohngebieten.
- Ermittlung von Kfz-Geschwindigkeiten in Tempo-30-Gebieten (vorher/nachher).
- Erarbeitung einer Parkflächenübersicht für das gesamte Stadtgebiet.
- Erarbeitung des Hauptradverkehrsnetzes für die Gesamtstadt auf der Basis der Radwegenetzpläne für die Stadtbezirke 1 – 10 und Herbeiführung der politischen Beschlüsse.
- Radwegekonzept für die BUGA 87.
- Vorentwurfsplanungen für Fahrradabstellanlagen an S-Bahn-Stationen.
- Verkehrslärmuntersuchungen für die Bauleitplanung im Rahmen der Umweltverträglichkeits-Prüfung.
- Lärmschutzuntersuchungen für Danziger Str., Münchener Str., Südring.
- Sonderuntersuchungen für das städteigene Lärmschutzfenster-Programm.
- Erstellung und Prüfung von Umweltgutachten für verkehrliche Planungen (6-spuriger Ausbau A 46, B 8n, Containerbahnhof Eller).
- Vorentwurfsplanungen für Stadtbahn-Zulaufstrecken
 - Kölner Landstr.
 - Siegburger Str.
 - Erkrather Str. - Gumbertstr.
 - Kaiserswerther Str.
- Linienbezogene Vorentwurfsplanungen zur Beschleunigung der Straßenbahnen.
- Vorentwurfsplanungen zur Beschleunigung der Omnibuslinien.
- Vorentwurfsplanungen zur Tieflegung der Rheinuferstraße sowie Erstellung von Verkehrskonzepten für die angrenzenden Stadtteile.
- Weiterentwicklung der Verkehrskonzeption für die linksrheinischen Stadtteile.
- Entwicklung eines Verkehrskonzeptes im Bereich Oberbilk.
- Vorentwurfsplanungen für die Erschließung des ehemaligen Mannesmann-Geländes in Lierenfeld.
- Planung von verkehrslenkenden und ordnenden Maßnahmen in Wohngebieten (GPW).
- Vorentwurfsplanungen zur Entschärfung von

Unfallschwerpunkten und zur Schulweg-Sicherung.

- Vorentwurfsplanungen
- Grafenberger Allee
- L 404n mit weiteren Varianten
- Gerresheimer Landstraße

- Sandträgerweg
- Westfalenstraße
- Münsterstr. mit mehreren Varianten
- Nordstraße
- Zentrum Gerresheim
- Neue Hafenzufahrtsstraße

- Immermannstraße
- Königsallee
- Platz der Deutschen Einheit
- Innerer Ring

Amt 62 – Vermessungs- und Katasteramt

Amtsleiter: Dipl.-Ing. Heinz Homburg

In der Organisation des Amtes ist in den Jahren 1986 bis 1988 keine Änderung eingetreten.

Im Laufe des Berichtszeitraumes wurden jährlich im Durchschnitt 17 Nachwuchskräfte in den Fachbereichen Vermessungstechnik, Kartographie und Reprographie ausgebildet. Alle Ausgebildeten konnten, sofern sie es wünschten, nach erfolgreichem Abschluß der Ausbildung übernommen werden. Daneben wurden in den Bereichen „Kommunales Vermessungsamt“ und „Kataster“ zusätzlich folgende Nachwuchskräfte anderer Behörden ausgebildet:

- 8 Regierungsvermessungsreferendare,
- 2 Regierungsbaureferendare sowie
- 6 Praktikanten

Abteilung 2 – Vermessungsaußendienst

Die Erneuerungsarbeiten für das trigonometrische Festpunktfeld (TP-Feld) im Stadtgebiet wurden zielstrebig fortgesetzt. Die Anzahl der trigonometrischen Punkte konnte auf etwa 200 erhöht werden. Hieraus resultierte ein erhöhter Aufwand für die Überwachung und Instandhaltung der einzelnen Festpunkte.

Auf der Grundlage des TP-Feldes wurde das Aufnahmepunktfeld (AP-Feld), an das die einzelnen Stückvermessungen vor Ort angeschlossen werden müssen, weiter gepflegt. Das AP-Feld ist jedoch in weiten Teilen überaltert und entspricht nicht mehr den heutigen Genauigkeitsanforderungen. Der Außendienst wurde daher mit einer systematischen Neubearbeitung des AP-Feldes nach den neuesten vermessungstechnischen Erfordernissen beauftragt. Begonnen wurde in Hellerhof.

Im Arbeitsbereich Urkundsvermessungen und Neuvermessungen für Umliegungen war das Arbeitsaufkommen in etwa genauso groß wie im vorherigen Berichtszeitraum. Es zeigte sich hier ein vermehrter Verwaltungsaufwand mit einem erhöhten Zeitaufwand für die Einzelfallbearbeitungen. Die Ursache lag einerseits in der konsequenten Auslegung der Vorschriften des Vermessungs- und Katastergesetzes von Nordrhein-Westfalen durch die Rechtsprechung und andererseits in einer erhöhten Aufmerk-

samkeit der Bürger gegenüber dem hoheitlichen Handeln der Verwaltung.

Bei sämtlichen städtischen Bauvorhaben hat der Außendienst den Auftragnehmern die nach VOB erforderlichen vermessungstechnischen Grundlagen örtlich übergeben. Während der Bauausführung wurde die Einhaltung der vermessungstechnischen Vorgaben ständig kontrolliert. Beispielhaft seien der U-Bahn-Bau, der Hauptsammler Mitte in der Erkrather Straße und die Erweiterung des Klärwerks Nord in Iverich genannt.

Für Straßenum- und -ausbaumaßnahmen wurden vermehrt Grenzabsteckungen als Einweisung des Auftragnehmers in das Baufeld vorgenommen. Hier sei nur an den Umbau der Heerdtter Landstraße erinnert.

Ein weiteres wichtiges Tätigkeitsfeld war die Erstellung von detaillierten Planungsgrundlagen für die planenden Ämter. Die Arbeiten wurden durch die Neueinführung von computergesteuerten Meßverfahren mit automatischer Datenregistrierung wesentlich wirtschaftlicher als in der Vergangenheit ausgeführt.

Die notwendigen Arbeiten im Höhenfestpunktfeld konnten im Berichtszeitraum wiederum nur zögernd vorangetrieben werden.

Abteilung 3 - Stadtvermessung (Innendienst)

Das Baurechtsübersichtskartenwerk wurde in dem Maße weitergeführt, wie Stadtgrundkarten neu erstellt und Bebauungspläne rechtskräftig wurden.

Zu den circa 1.600 Aufforderungen zur Erfüllung der gesetzlichen Gebäudeeinmessungspflicht gab es nur sehr wenige Widersprüche, von denen keiner in einen Rechtsstreit mündete.

Die ins Planverfahren gebrachten Bauleitpläne (Beschlüßempfehlung an den Rat) waren der Anzahl nach im Jahre 1986 vorübergehend rückläufig; bis zum Ende des Berichtszeitraumes war jedoch eine erhebliche Steigerung der Planverfahren zu verzeichnen.

Die Anzahl der erstellten technischen Unterlagen für die Abrechnung von Erschließungsbeiträgen wurde deutlich gesteigert. Darüber hinaus stellte die weiter zunehmende Problematik im Erschließungsbeitragsrecht erneut höhere Anforderungen an die Sachbearbeiter(innen) und beanspruchte einen erheblich vermehrten Arbeitsaufwand. Die Arbeitsrückstände konnten aufgrund der gestiegenen Menge von Auftrageingängen nur leicht vermindert werden.

Circa 569 Urkundsvermessungen wurden häuslich bearbeitet.

Die Kanaldatenbank wurde soweit fortgeführt, daß nun circa 95 % aller Kanäle erfaßt sind. Auch die Überprüfung der gespeicherten Kanaldaten wurde erheblich weitergetrieben. Circa 75 % der Bestandskarten des Straßen- und Verkehrskatasters konnten aktualisiert werden.

In der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte gingen im Jahresdurchschnitt 4.516 Verträge über Rechtsgeschäfte an Grundstücken ein, deren Auswertung ausschließlich auf ADV-Anlage übernommen wurde. Die Programme für die Erfassung, Auswertung und Analyse der gespeicherten Daten wurden nach den Bedürfnissen des Gutachterausschusses und in Erfüllung der Rechtsvorschriften weiter verbessert. Der Gutachterausschuß trat zu 79 Sitzungen zusammen und ermittelte 304 Verkehrswerte von bebauten und unbebauten Grundstücken, Eigentumswohnungen, Rechten und Entschädigungen. Zum Ende eines jeden Jahres beschloß der Gutachterausschuß circa 168 Bodenrichtwerte, die über das ganze Stadtgebiet verteilt und in Bodenrichtwertkarten dargestellt sind. Etwa 12.950 schriftliche und mündliche Auskünfte über Bodenrichtwerte wurden erteilt. Erstmals wurden durchschnittliche Marktpreise für Eigentumswohnungen veröffentlicht.

Abteilung 4 - Kartenherstellung und Reproduktion

Im Berichtszeitraum wurden 30 Rahmenkarten (Voll- und Teilblätter) im Maßstab 1 : 1.000 und 3 Rahmenkarten im Maßstab 1 : 500 der Stadt-

grund- und Liegenschaftskarte neu hergestellt. 15 Flurkartenpausen im Rahmen- bzw. Inselformat wurden zeichnerisch überarbeitet. 89% der Fläche des Stadtgebietes von Düsseldorf werden nunmehr durch Gauß-Krüger-Rahmenkarten abgedeckt.

Für die Herstellung der automatisierten Stadtgrund- und Liegenschaftskarte (ALK) wurden als Vorarbeiten für die Digitalisierung weitere 359 Karten überprüft. Insgesamt wurden somit 463 Karten digitalisiert und inhaltlich geprüft; davon konnten 38 Karten nachgeführt und in die Geographische Datenbank übernommen werden.

Für 67 Bebauungsplanverfahren und 305 Straßenabrechnungen sind die Stadtgrund- und Flurkarten topographisch ergänzt worden. Für den Bedarf der technischen Ämter wurden umfangreiche Fortführungsarbeiten im Bereich Rheinpark Bilk, Kö-Galerie, Stadtteil Hellerhof, Buga-Gelände, Fleher Knoten, S-Bahnlinie 8 und U-Bahnlinie 7 bearbeitet.

Die Deutsche Grundkarte 1 : 5.000 wird im Stadtgebiet Düsseldorf durch 53 Voll- und 26 Randblätter abgebildet. Im Berichtszeitraum wurden davon 13 Karten bearbeitet und neu herausgegeben und 9 Karten fortgeführt. Für alle Karten wurde in den Maßstäben 1 : 2.500, 1 : 5.000 und 1 : 10.000 eine Sonderkarte ohne Gebäudeflächenraster als Planungsunterlage entwickelt.

Die amtlichen Stadtkarten (im Maßstab 1 : 25.000, plano, einteilig, dreifarbig - im Maßstab 1 : 25.000, gefaltet zweiseitig, achtfarbig - im Maßstab 1 : 5.000, plano, einteilig, achtfarbig -) wurden mit einzelnen Nachträgen fortgeführt, gedruckt und herausgegeben.

Sonderkarten wurden für den Hauptbahnhof, den Flughafen, für die Feuerwehrlitzentrale und für 100 Stadtinformationstafeln angefertigt. Auf der Grundlage der amtlichen Stadtkarten wurden folgende thematische Karten bearbeitet und herausgegeben:

- Gemarkungs- und Flurübersichtskarte 1 : 25.000
- Grünordnungsplan 1 : 25.000
- Bodenrichtwertkarte 1 : 25.000
- Hauptverkehrsstraßennetz 1 : 25.000
- Smog-Sperrbezirke 1 : 25.000
- Straßenunterhaltungsbezirkkarte 1 : 25.000
- City-Karte 1 : 20.000
- Wahlkreisgrenzenkarte 1 : 25.000
- Freizeitkarte 1 : 25.000
- Freizeitkarte Rhein-Ruhr-Wupper-Dhünn 1 : 50.000

Im Rahmen von Nutzungsrechten an städtischen Kartenwerken wurden im Berichtszeitraum 221 Lizenzen erteilt.

Ein anhaltend wachsender Bedarf an Planungs- und Informationsunterlagen konnte von der Reprographie bewältigt werden. Mehrere städtische Großbauprojekte nahmen die Arbeitsbereiche Lichtpause, Photographie und Mikrographie voll in Anspruch. Durch konzentrierte Ersatzbeschaffungen ist der Maschinenpark der Lichtpause auf den neuesten technischen Stand gebracht worden. Hierdurch konnten alle im Berichtszeitraum gestellten Anforderungen der Stadtverwaltung in vollem Umfang erfüllt werden.

Abteilung 5 - Liegenschaftskataster

In den bestehenden Umlegungsgebieten wurden sämtliche vermessungstechnischen Arbeiten für die Aufstellung von Umlegungsbeschlüssen und Umlegungsplänen, wie z. B. Berechnung der Absteckungsmaße für die neuentstandenen Grundstücke, Absteckung der neuen Grenzen und Anfertigung der Umlegungskarten und sämtliche katastertechnischen Arbeiten ausgeführt. In den letzten drei Jahren konnte die Bearbeitung von 6 Umlegungsteilgebieten mit einer Fläche von circa 6 ha durch Amt 62 abgeschlossen werden. Seit 1986 sind 3 weitere Umlegungsgebiete mit einer Gesamtfläche von circa 6,5 ha vermessungstechnisch zu betreuen.

In Gebieten mit mangelhaftem Katasterzahlenwerk sind Neuvermessungsarbeiten durchgeführt worden. Die Vermessung von etwa 14,4 ha Fläche wurde an Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure vergeben.

Für eine Fläche von 78,3 ha konnten die Ergebnisse von Bodenordnungs- und Neuvermessungsverfahren in das Liegenschaftskataster übernommen werden.

Um den vielfältigen Belangen des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Planung und Statistik gerecht zu werden, wurden in den Jahren 1987 und 1988 in einer Sonderaktion die im automatisiert geführten Katasterbuchwerk verzeichneten Grundstücksnutzungsarten aktualisiert. Unter Federführung der Arbeitsgruppe „Neuvermessung“ sind 172 km² Siedlungsfläche überprüft worden. Im Ergebnis konnten für circa 92.000 Flurstücke spezifizierte Nutzungsarten in das Liegenschaftskataster übernommen werden.

Die Fortführung des Liegenschaftskatasters durch Änderungen im Bestand, in der Bezeichnung der Grundstücke und Gebäude sowie in den Eigentumsangaben erfolgte in circa 49.000 Fällen, die Fortführung des Lagerbuches durch die Übernahme von Veränderungen (wie die Eintragung von Erbbaurechten, An- und Verkäufen, Vormerkungen und Leitungsrechten) in etwa 6.700 Fällen. Für die Verwaltung, Beleihung und Veräußerung von Grundstücken sind rund 18.000 Auszüge, Abschriften und Abzeichnungen gefertigt worden.

Rund 5.200 Anträge auf Ausfertigung von Vermessungsunterlagen wurden erledigt und etwa 3.100 Teilungen, Grenzherstellungen und Verschmelzungen von Grundstücken sowie Gebäudeeinmessungen konnten in das Liegenschaftskataster übernommen werden. Die Leistung entspricht einem Gebührenaufkommen von rund 1.041.000,- DM.

Nachschätzungen des Kulturbodens durch das Finanzamt wurden für ein Gebiet von 21 km² in die Schätzungskarten und in die Bücher des Liegenschaftskatasters übernommen.

Abteilung 6 - Geodätische Grundlagen

Zur systematischen Beobachtung des städtischen Waldbesitzes in bezug auf das Waldsterben erfolgte eine Vitalitätsinterpretation aus Falschfarbenaufnahmen (Infrarotcolor) eines sommerlichen Bildfluges. In diese Bewertung wurden auch die 43.500 Straßenbäume einbezogen, zu deren photogrammetrischer Standortbestimmung aus Luftbildern 279 km² im Maßstab 1 : 6.000 befliegen wurden.

Die Topographie der Stadtgrundkarte 1 : 1.000 konnte auf einer Fläche von 82 km² aus einer weiteren Neubefliegung im Bildmaßstab 1 : 4.000 aktualisiert werden.

Unter Mitwirkung des Amtes 62 hat der Regierungspräsident Düsseldorf das Netz der trigonometrischen Punkte (4. Ordnung) zu 80% erneuert, in das in einem ersten Schritt die Aufnahmepunkte (Polygonpunkte) durch Messung und Berechnung eingebunden werden müssen. Dann erst können die Grenz- und Gebäudepunkte durch Neuberechnung neue Koordinaten erhalten. Mit diesen Arbeiten wurde im südlichen Stadtgebiet begonnen.

63 – Bauaufsichtsamt

Amtsleiter: Dipl.-Ing. Wilfried Moog

Neben den für das Bauaufsichtsamt typischen Aufgaben sind für den Berichtszeitraum folgende wesentlichen Neuerungen festzuhalten:

Neue Rechtsgrundlagen

Nachdem mit dem Inkrafttreten der neuen Landesbauordnung zum 01.01.85 das Bauordnungsrecht im vergangenen Berichtszeitraum eine weitgehende Änderung erfahren hat, ist mit Inkrafttreten des Baugesetzbuches zum 01.07.87 auch eine Änderung der bauplanungsrechtlichen Vorschriften erfolgt.

Desweiteren sind zur Landesbauordnung mehrere ergänzende bauordnungsrechtliche Vorschriften in Kraft getreten (z.B. Hochhausverordnung).

Normen

Im Rahmen der Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft in Bezug auf die angestrebte Vollendung des Binnenmarktes bis 1992, die ausdrücklich das Bauwesen als eines der vorrangig zu harmonisierenden Gebiete in Europa nennen, wird mit Hochdruck an europäischen Normen gearbeitet, die zum Teil wesentlich von den hiesigen nationalen abweichen. Einführungen und erste Darstellungen wurden angeboten.

Trotzdem wurden wiederum nationale Fassungen neuer oder veränderter Normen eingeführt. Zum Beispiel ersetze die aufgrund aerodynamischer Versuche völlig veränderte Windlastnorm die Fassung 1938/1969; auch nach mehr als einjähriger Einarbeitungsfrist haben kleinere Ingenieurbüros damit Schwierigkeiten. Umfangreiche Hilfestellung war erforderlich.

Dagegen kam nach Ansicht des Bauaufsichtsamtes die Norm für das Ingenieurmauerwerk zu spät, da der Bau von Wohnhochhäusern, für die sie u.a. gedacht war, inzwischen völlig eingestellt wurde; es wird beim Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr sogar über den „Rückbau“ nachgedacht.

Dagegen gab es neue Erkenntnisse und Normen über nicht tragende Trennwände, über Holzschutz im Hochbau, über Injektionen im Baugrund sowie beim Stahlbau u.a.

Die Richtlinie bei Absturzsicherung mit Glas (Balkon/Treppen) ist in der Praxis schwer handhabbar und mißverständlich und führt zu häufigen Querelen. Den Forderungen nach Typenprüfungen kommt die Glasindustrie nur sehr zäh nach.

Neugliederung des Bauaufsichtsamtes

Das Bauaufsichtsamt ist mit Wirkung vom 03.11.86 neu gegliedert worden. Durch Über-

tragung von Entscheidungskompetenzen auf die Bezirksvertretungen ergab sich die Notwendigkeit unter Neuschaffung einer weiteren technischen Abteilung die Zuständigkeitsbereiche so auf die Bezirksgrenzen abzustimmen, daß nunmehr eine technische Abteilung für jeweils zwei Stadtbezirke zuständig ist.

Im einzelnen ist das Amt wie folgt gegliedert:

- 63/0 Amtsleiter
mit den Sachgebieten ADV-Angelegenheit, Schreibdienst und Vorprüfstelle
- 63/1 Verwaltungsabteilung
- 63/2 Abteilung Sonderbau
– zuständig für das gesamte Stadtgebiet
- 63/3 Technische Abteilung Mitte
– zuständig für die Stadtbezirke 1 und 2
- 63/4 Technische Abteilung West
– zuständig für die Stadtbezirke 3 und 4
- 63/5 Technische Abteilung Nord
– zuständig für die Stadtbezirke 5 und 6
- 63/6 Technische Abteilung Ost
– zuständig für die Stadtbezirke 7 und 8
- 63/7 Technische Abteilung Süd
– zuständig für die Stadtbezirke 9 und 10
- 63/8 Abteilung Baustatik
– zuständig für das gesamte Stadtgebiet

Automation

Seit dem Jahre 1986 wird ein erheblicher Teil des zu erstellenden Schriftgutes des Bauaufsichtsamtes mittels Textverarbeitung erstellt. Inzwischen besteht ein Texthandbuch mit über 400 Textbausteinen und über 40 Formdokumenten.

Darüberhinaus werden, neben der Erfassung von Lagerbehältern (vergl. auch vorangegangenen Berichtszeitraum) nunmehr auch Garagen und Sonderbauten, die einer wiederkehrenden Prüfung unterliegen, erfaßt.

Weiterhin wurde als Vorläufer für ein ADV-unter-

stütztes Baugenehmigungsverfahren für den Bereich Werbeanlagen ein Programm erstellt, das alle wesentlichen Schritte des Verwaltungsverfahrens (Erfassung von Daten, Erstellung von Bescheiden, Terminkontrolle) abdeckt.

Als erste Entwicklungsstufe für das eigentliche Baugenehmigungsverfahren werden seit dem 01.11.86 alle Anträge und Schreiben, die beim Bauaufsichtsamt eingehen, datenmäßig erfaßt. Ferner wurde für den Verwaltungsbereich des Amtes die Möglichkeit geschaffen, Auskünfte aus dem Kassenwesen und dem Liegenschaftskataster direkt abzurufen.

Annahme und Vorprüfung der Bauanträge, Bauberatung

In der zentralen Vorprüf- und Bauberatungsstelle werden Architekten und Bürger in bau- und planungsrechtlichen sowie gestalterischen Fragen täglich beraten. Es wird eine Vorprüfung aller Anträge auf Vollständigkeit und Inhalt gemäß BauPrüfVO und der grundsätzlichen Genehmigungsfähigkeit vorgenommen.

Hierbei ist festzustellen, daß ca. 70% der Anträge derart mangelhaft sind, daß sie zurückgewiesen werden müssen.

Die Vorprüfstelle unterrichtet den Amtsleiter und den Dezernenten über den Eingang wichtiger Anträge mit Aussage über das geltende Planungsrecht.

Jeder Bauantrag und jede Bauvoranfrage wird dahingehend untersucht, ob ein Bau- oder Bodendenkmal betroffen ist, Baulasten vorhanden sind, Altstandorte oder Altlastenverdachtsgebiete tangiert werden. Nach Abschluß der Vorprüfung wird jeder Antrag mittels ADV registriert.

Damit einhergehend werden nunmehr bestimmte Aufgaben zentral in der Verwaltungsabteilung bearbeitet. In einem neu eingerichteten Sachgebiet werden Widersprüche, Klagen, ordnungsbehördliche Angelegenheiten und Bußgeldverfahren bearbeitet, während in einem anderen Sachgebiet neben den sonst von einer Verwaltungsabteilung wahrzunehmenden Aufgaben insbesondere Angelegenheiten der politischen Gremien, Satzungsangelegenheiten,

Zahlenmäßige Entwicklung im Berichtszeitraum:
– Bauanträge, Voranfragen etc.

Antragsart	1986	1987	1988
Bauvoranfragen	1.314	671	716
Bauanträge	2.476	2.520	2.886
Abbrüche	112	106	110
Nutzungsänderungen	391	332	138
Werbeanlagen	1.598	1.434	1.398
insgesamt	5.891	5.063	5.248

Gebührenangelegenheiten und Baulasten behandelt werden.

– Gebühren

Das Gebührenaufkommen für Baugenehmigungen, Befreiungen und Verwaltungsgebühren betrug:

1986 = 9,7 Mio. DM
1987 = 8,8 Mio. DM
1988 = 10,7 Mio. DM

– Baulasten

Die Anzahl der eingetragenen Baulasten betrug

1986 = 254
1987 = 322
1988 = 280

– Widersprüche

1986 = 534
1987 = 469
1988 = 518

– Ordnungsverfügungen

1986 = nicht erfaßt
1987 = ca. 1.000
1988 = ca. 1.000

– Bußgeldbescheide

1986 = 44
1987 = 120
1988 = 100

Satzungen

Weiterhin ist eine zunehmende Tätigkeit im Bereich der bauordnungsrechtlichen Satzungen festzustellen. Neben den obligatorischen gestalterischen Festsetzungen in Bebauungsplänen sind im Berichtszeitraum fünf bauordnungsrechtliche Satzungen in Kraft getreten. Die wichtigste dürfte hierbei die Werbeanlagensatzung für den Altstadtbereich sein. Daneben werden vom Bauaufsichtsamt in zunehmendem Maße Gestaltungs-, Vorgarten- und Einfriedigungssatzungen sowie Satzungen zur Verringerung der Abstandsflächen erarbeitet und im Vollzug überwacht.

Da die genannten Satzungsbestimmungen den Bauwilligen meist unbekannt sind, ist verstärkte Bauberaterung sowie Öffentlichkeitsarbeit erforderlich.

Umweltschutz

Bedingt durch das verstärkte Umweltbewußtsein sind dem Bauaufsichtsamt in erheblichem Maße zusätzliche Aufgaben erwachsen:

- Bei allen Bauanträgen ist zu prüfen, ob unter Umständen umweltrelevante Belange

(z. B. Altlasten) zu beachten sind. Trifft dies zu, ist die Untere Wasserbehörde zusätzlich im Baugenehmigungsverfahren zu beteiligen. Die Auswertungen der Stellungnahmen der Unteren Wasserbehörde bzw. die gemeinsame Prüfung, ob und in welcher Weise die umweltrelevanten Bedenken ausgeräumt werden können, sind unter Umständen sehr zeitaufwendig und können die Laufzeit eines Bauantrages erheblich verlängern.

- Bei allen Abbruchanträgen ist sinngemäß zu verfahren. Insbesondere ist hierbei vor Ort zu prüfen, ob umweltrelevante Maßnahmen notwendig werden, insbesondere wenn Transformatoren, Öllagerbehälter oder Altlagerungen auf dem Abbruchgrundstück vorhanden sind.
- Es ist erforderlich, alle Transformatoren und Kondensatoren mit PCB-haltigen Kühlmitteln zu erfassen und zu kontrollieren.

Durch den Großbrand in einer Lagerhalle ist offensichtlich geworden, daß mit der unsachgemäßen Lagerung von gefährlichen Stoffen ein erhebliches Gefahrenpotential verbunden ist. Um diesen Gefahren zu begegnen, wurde die Arbeitsgruppe Chemie gebildet. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe, in der Feuerwehr, Bauaufsichtsamt und Untere Wasserbehörde vertreten sind, ist eine eingehende Prüfung und Beurteilung der entsprechenden Betriebe im Hinblick auf die brandtechnische und bauliche Situation. Darüberhinaus ist auch die Lagerung gefährlicher Stoffe und die Abwassersituation zu untersuchen.

Sofern festgestellte Mängel durch die Betriebe nicht aus eigener Einsicht heraus beseitigt werden, sind durch das Bauaufsichtsamt die erforderlichen ordnungsbehördlichen Verfahren einzuleiten. Für die sachgerechte Durchführung dieser Verfahren ist die Einarbeitung in die umfangreichen Bestimmungen des Umweltrechts erforderlich geworden.

Baustoffe

Gestiegenes Umweltbewußtsein und Prozesse haben die Hersteller von Holzschutzmitteln nach Ersatzstoffen für das hochgiftige Wirkmittel Penta-Chlor-Phenol (PCP) suchen lassen, mit teilweisem Erfolg. Holztragwerke müssen weiterhin gegen Schädlinge geschützt werden, jedoch eingeschränkt. Auch kann es vom Zweck her kein giftfreies Holzschutzmittel geben - versäuerter Holzschutz führte im Berichtszeitraum wiederum zu umfangreichen Sanierungen an Gebäuden (Schäden von mehreren hunderttausend DM).

Zu einem Dauerbrenner ist das Thema "Asbestbaustoffe" geworden, das häufig intensive Beratung von Bauherren erforderlich macht. Die vom Institut für Bautechnik in Berlin herausgegebene Broschüre "Spritzasbest" weist dem

Eigentümer zur Zeit die alleinige Verantwortung und Zuständigkeit zu. Eine umfangreiche „Technische Baubestimmung Asbest" ist in Vorbereitung.

Darüberhinaus wird das Bauaufsichtsamt im zunehmenden Maße um Stellungnahmen für politische Gremien zu umweltrelevanten Themen gebeten (z. B. Asbestentsorgung, Abluft aus Tiefgaragen und Lagerung in Wasserschutz-zonen).

Auswirkung der neuen Bezirksverfassung

Seit der Änderung der Bezirkssatzung im Oktober 1985 haben die Bezirksvertretungen Zuständigkeiten im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens erhalten. Sowohl in technischer wie auch in verwaltungsmäßiger Hinsicht ist hierdurch ein erheblicher Arbeitszuwachs zu verzeichnen.

Steigende Anforderungen zur Vorbereitung der Bezirksvertretungsentscheidungen, öffentliche Behandlung und steigende Fallzahlen haben zu einer Belastung geführt, die an der Grenze der Zumutbarkeitsschwelle liegt.

Anzahl der Vorhaben, die von den Bezirksvertretungen entschieden wurden:

1986 = 281 Vorhaben
1987 = 321 Vorhaben
1988 = 336 Vorhaben

Innenstadtkommission

Im Hinblick auf die auch im Berichtszeitraum festzustellende Flut von Anträgen, die die Errichtung von Vergnügungsstätten (insbesondere Spielhallen und Sex-Shops) zum Inhalt haben, standen negative Auswirkungen auf das Erscheinungsbild von Straßenzügen bzw. Stadtteilen, vor allem im Innenstadtbereich zu befürchten.

Mangels anderweitiger Steuerungsmöglichkeiten wird verstärkt das baurechtliche Instrumentarium zur Verhinderung unerwünschter Nutzungen herangezogen.

Im Hinblick auf die finanzielle Bedeutung dieser Vorhaben führt dies in der Regel zum Verwaltungsrechtsstreit mit dem Betroffenen und zieht daher einen erheblichen Bearbeitungsaufwand nach sich.

Spätaussiedler, Asylbewerber

Durch den anwachsenden Zustrom von Spätaussiedlern und Asylbewerbern ergibt sich für die Stadt die Notwendigkeit, eine schnelle wohnraummäßige Versorgung dieses Personenkreises sicher zu stellen. Allein schon für das Jahr 1988 müssen über 4.000 Spätaussiedler durch die Stadt untergebracht werden. Eine Ende des Zustromes in den kommenden Jahren ist nicht zu erwarten. Ab 1989 ist mit ca. 500 Spätaussiedlern monatlich zu rechnen.

Die Stadt ist bemüht, den bei einem derartigen Zustrom entstehenden akuten Wohnungsmangel über besondere Zuschußprogramme abzustellen. Die Spätaussiedler müssen teilweise in Übergangsheimen untergebracht werden, bis ihnen eine Wohnung zur Verfügung gestellt werden kann.

Aufgabe des Bauaufsichtsamtes ist die Vorprüfung der vorgeschlagenen Standorte mit bauplanungsrechtlicher Prüfung, Ortsbesichtigung und die Bearbeitung der einzelnen Bauanträge sowie der nach bisherigen Erfahrungen zu erwartenden Beschwerden aus der Nachbarschaft, Vorstellung der Bauvorhaben in den Bezirksvertretungen, Koordinierung der Zusammenarbeit aller beteiligten Dienststellen, um so das Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Bei wachsendem Bedarf an Standorten für Übergangsheime ist jeweils ein entsprechendes Verfahren erforderlich. Die Grundstückssituation der Stadt – kostengünstige Grundstücke fehlen völlig – macht die Angelegenheit so schwierig.

Bauausführung, Bauüberwachung

Zwei parallel verlaufende Entwicklungen brachten einen deutlichen Qualitätsverlust auf Baustellen mit sich: einmal der planmäßige Fortfall

der baubegleitenden Überwachung der Bauausführung beim Vereinfachten Baugenehmigungsverfahren (d.h. im wesentlichen alle Ein- und Zweifamilienhäuser), zum anderen die starke Einschränkung der Bauüberwachung auch bei allen anderen Bauvorhaben. Letzteres ist bedingt durch mangelnde personelle Kapazität: mit gleichem Personal müssen seit Erlaß der neuen Gebührenordnung die früheren Überwachungsbereiche der Prüfengeure mit abgedeckt werden, d.h. an Menge etwa das Dreifache.

Dieses Defizit führt zwangsläufig zu Pfusch. Feststellbar ist dies u.a. an Nachkriegsbauten, bei damals ebenfalls nur sporadischer Überwachung. Im Berichtszeitraum wurde u.a. ein großes Verwaltungsgebäude an der Berliner Allee abgebrochen, weil der mangelhafte Beton nicht sanierbar war.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich eine nicht mehr zu überschaubare Erweiterung und Wandlung des Aufgabenbereiches abzeichnet. Durch die Beteiligung der Bezirksvertretungen im Baugenehmigungsverfahren und die vermehrte Übernahme von umweltrelevanten Aufgaben wird das Baugenehmigungsverfah-

ren insgesamt wesentlich zeitaufwendiger und komplizierter. Besondere Probleme ergeben sich in zunehmendem Maße im Bereich des Planungsrechts. Da die Stadt kaum noch über Bauerwartungsland verfügt, findet das Bauen überwiegend innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile statt, für die häufig keine Bebauungspläne neueren Datums vorliegen. Die Genehmigung von Bauvorhaben in diesen Bereichen ist in der Regel nicht ohne Ausnahmen und Befreiungen möglich. Auch die Schwierigkeiten, die erforderlichen Stellplätze nachzuweisen, müssen an dieser Stelle aufgezeigt werden. Erschwerend kommt hinzu, daß zahlreiche Standorte oft mit Altlasten belastet sind.

Erfreulich ist dagegen die Tatsache, daß die Stadt während des Berichtszeitraumes nicht in dem Maße von dem Rückgang der Bautätigkeit betroffen wurde, wie dies bei zahlreichen Gemeinden der näheren und weiteren Umgebung festzustellen ist.

Wenn man vom Gebührenauskommen ausgehend eine Hochrechnung vornimmt, und die Bauinvestitionen in Düsseldorf denen vergleichbarer Großstädte gegenüber stellt, ergibt sich eine für Düsseldorf weit überdurchschnittliche Bautätigkeit.

Amt 64 – Amt für Wohnungswesen

Amtsleiter: Stefan Wagener

Wohnungsbauförderung

Die Stadt Düsseldorf förderte den sozialen Wohnungsbau im Berichtszeitraum auf verschiedene Weise: Zunächst sind hier die Gewährung öffentlicher und nichtöffentlicher Mittel des Landes NW nach den Wohnungsbauförderungsbestimmungen 1984, das Sonderwohnungsbauprogramm für Aussiedler und das städt. Wohnungsbauprogramm zu nennen. Ferner wurden nach den städtischen Richtlinien zur Förderung des Wohnungsbaus Aufwendungsbeihilfen sowie nach den städtischen Richtlinien zum Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen Zinszuschüsse, insbesondere an junge und kinderreiche Familien, gewährt. Im Berichtszeitraum sind die letztgenannten Bestimmungen durch Ratsbeschluß vom 19.02.1987 geändert worden.

Neben dem Neubau wurde vor allem dem Bestandsschutz von Wohnraum hohe Bedeu-

tung beigemessen: Nach den Modernisierungsrichtlinien des Landes NW konnten Mittel für Modernisierung und Energieeinsparung beim Ausbau von Wohnungen ebenso gewährt werden wie Zuschüsse nach den städtischen Modernisierungsrichtlinien. Diese wurden im übrigen durch Ratsbeschluß vom 24.04.1986 der aktuellen Entwicklung angepaßt.

Weiterhin stellte die Stadt Mittel zur Förderung des passiven Lärmschutzes bereit. Durch kontinuierliche Senkungen der Lärmbemessungszahlen konnten im Berichtszeitraum weitere Straßenabschnitte mit Lärmschutzfenstern ausgerüstet werden.

Nicht nur wegen des BUGA-Jahres 1987 führte die Stadt ihre Bemühungen, das Wohnumfeld zu verbessern, durch die Förderung der Begrünung von Innenhöfen weiter fort. Der Rat be-

schloß in seiner Sitzung am 23.10.1986 eine Erweiterung bei der „Grünförderung“ durch die Einbeziehung neugestalteter (begrünter oder gestrichener) Fassaden.

Im Berichtszeitraum wurden darüber hinaus Aufwendungszuschüsse zur Mietpreisbegrenzung im öffentlich geförderten Wohnungsbau des Landes NW gewährt. Maßgebend für die Bewilligung waren die Härteausgleichsbestimmungen 1985/87 für den Förderungszeitraum vom 01.07.1985 - 30.06.1987 sowie die Härteausgleichsbestimmungen 1987/89 für den Förderungszeitraum ab 01.07.1987. Die Bestimmungen sahen für den berechtigten Personenkreis eine Senkung der Brutto-Kaltmiete im sozialen Wohnungsbau auf einen bestimmten Tabellenbetrag oder auf den Betrag in Höhe von 7,00 DM/m² Wohnfläche monatlich vor (ab 01.07.88 7,40 DM/qm). - Antragsberechtigt waren jeweils entweder der Vermieter oder der Mieter.

Die statistischen Angaben der einzelnen Forderungsarten teilen sich für den Berichtszeitraum wie folgt auf:

	Bescheide	Wohnungen	
Städt. Mittel			
Wohnungsbau	519	872	
Modernisierung	188	738	
Lärmschutz	414	3.129	
Wohnumfeldverbesserung	191	206	Höfe/Fassaden
Landesmittel			
Wohnungsbau	439	1.079	
Modernisierung	138	1.312	
Härteausgleich	2.460	17.668	mit einer Gesamtverpflichtung für die Dauer der Laufzeit von 23.327.648 DM.

Wohngeld

Die Neufassung des Wohngeldgesetzes (WoGG) vom 11.07.1985 trat am 01.01.1986 in Kraft. Mit der Änderung ist ein neues System hinsichtlich der Mietobergrenzen eingeführt worden. Bei der Bemessung des Wohngeldes wurde nun nicht mehr - wie bisher - auf die Gemeindegröße (Einwohnerzahl der Gemeinde) abgestellt, sondern auf das örtliche Mietniveau mit einer Einstufung des Bundesgebietes in 5 Mietstufen. Düsseldorf ist der höchsten Mietstufe zugeordnet (in Nordrhein-Westfalen erhielt diese Zuordnung nur noch die Stadt Bonn).

Die Bundesregierung hob die Mietobergrenzen zugleich um durchschnittlich 25 % an. Dies wirkte sich besonders günstig bei den Antragstellern aus, deren Miete über der bisherigen Obergrenze lag.

Mit der Einführung des Mietstufensystems fand auch eine Anhebung der Einkommensgrenze (plus 21 %) statt. Darüber hinaus sind bei der Einkommensberechnung durch die Einführung von Familienfreibeträgen weitere Vergünstigungen entstanden.

Im Berichtszeitraum gingen 128.643 Wohngeldanträge ein.

Düsseldorf-Paß

Der Rat der Stadt Düsseldorf hatte in seiner Sitzung am 14.03.1985 die Ausgabe eines Vergünstigungsausweises "Düsseldorf-Paß" beschlossen. Der Paß wurde an Düsseldorfer Einwohner über 14 Jahre ausgegeben, sofern das Familieneinkommen die Einkommensgrenze des WoGG nicht überschreitet. Mit diesem Ausweis hat der Inhaber das Recht, die kulturellen Einrichtungen der Stadt sowie die städt. Bäder zu einem Sondertarif in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus bietet er die Möglichkeit, die öffentlichen Nahverkehrsmittel im Stadtgebiet im Rahmen der 9-Uhr-Sparkarte zu einem ermäßigten Preis zu benutzen.

Seit dem 01.01.1988 ist für die Ausgabe des Passes das Sozialamt zuständig. Berechtig sind nunmehr Personen, die Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten.

Im Berichtszeitraum (bis 1987) gingen 23.902 Anträge ein.

Technik

Die techn. Abteilung hat im Berichtszeitraum für die Förderung von Neu-, Um- und Ausbau, der Eigentumsbildung im Wohnungsbau, der Wohnungsmodernisierung und energiesparender Maßnahmen, des behindertengerechten Wohnens, bei Wohnungsaufsicht und Zweckentfremdung von Wohnraum sowie für die Steuervergünstigung in architektonischer, bautechnischer, bauphysikalischer und rechnerischer Hinsicht beraten, Stellungnahmen abgegeben und geprüft.

Der Schwerpunkt der Arbeiten verlagerte sich 1987 von der Wohnungsmodernisierung auf die Förderung von Eigenheimen; hinzu kam 1988 das Sofortprogramm von Bund und Land für Aussiedlerwohnungen und das städtische Wohnungsbauprogramm. Von Seiten des Landes wurden im Rahmen des Sonderprogramms erhöhte Anforderungen an städtebauliche und architektonische Qualität gestellt. Dies bedeutete für die techn. Abteilung eine noch intensivere Beschäftigung mit den Förderobjekten in Abstimmung mit Bauherren, Architekten und Fachingenieuren sowie mit dem Planungs- und Bauaufsichtsamt.

Die bautechnische und bauphysikalische Beurteilung von Mißständen nach dem Wohnungsgesetz behauptete den Stellenwert der letzten Jahre. Gleiches gilt für die Begutachtung und Feststellung des Wohnwertes bei beantragten oder festgestellten Zweckentfremdungen von Wohnraum.

Weitere Tätigkeiten entfielen auf Stellungnahmen zu Bebauungsplan-Vorentwürfen und die Erörterung von Grundsatzfragen nach Wohnungsbedarf oder den sozialen Folgen der Wohnumfeldverbesserung, nach Sonderprojekten sowie Maßnahmen der Stadterneuerung und Wohnumfeldverbesserung. Die Beratung bei Sonderprojekten wie die Umgestaltung des Salzmannbaues oder die federführende Bearbeitung des Gesamtkonzeptes zur Verbesserung und Sicherung des Wohnumfeldes in Garath-Süd/Ost nahmen ebenfalls erheblichen Raum ein.

Durch die Teilnahme an der Vorprüfung der Wettbewerbsergebnisse für das Wohngebiet Bergische Landstraße und Benderstraße in Gerresheim wurden wohnungsrelevante Aspekte geltend gemacht.

Bestands- und Besetzungskontrolle der öffentlich geförderten Wohnungen, Vollzug des Wohnungsbindungsgesetzes und des Gesetzes zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungsbau

Sämtliche öffentlich geförderten Wohnungen unterliegen der Bestands- und Besetzungskontrolle. Durch örtliche Überprüfungen soll insbesondere festgestellt werden, ob die Nutzung der Wohnungen zu Wohnzwecken durch Berechtigte aufgrund einer Wohnberechtigungsbescheinigung oder Benutzungsgenehmigung nach den gesetzlichen Vorschriften erfolgt ist. Es wurden im Berichtszeitraum 19.234 Wohnungen überprüft. - Im Rahmen dieser Kontrollen sind 592 Verstöße gegen das Wohnungsbindungsgesetz festgestellt und - soweit möglich - geahndet worden. Wegen derartiger Verstöße vereinnahmte die Stadt 27.818,82 DM an Geldleistungen, die wieder dem sozialen Wohnungsbau zugeflossen sind.

Als Wohnungsuchende waren registriert:

31.12.1986	6.156 Haushalte
31.12.1987	6.753 Haushalte
31.12.1988	7.885 Haushalte

Nach Prüfung der Voraussetzungen wurden

1986	5.902 WE
1987	4.827 WE
1988	4.467 WE

in der Erst- und Wiederbelegung bezogen.

Ein besonderer Schwerpunkt ist die wohnungsmäßige Versorgung von Behinderten. Es wurden im Berichtszeitraum 662 Behinderte mit einer Wohnung versorgt.

Mit dem vom Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner Sitzung am 10.03.1988 verabschiedeten Prämienprogramm konnten bis zum Jahresende 38 Haushalte mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt mit Wohnraum versorgt werden.

Aus dem Personenkreis der Aussiedler befanden sich 3.448 Haushalte in den städt. Übergangsheimen. Davon wurden 1.204 Haushalte mit Wohnraum versorgt.

Im Vergleich zu den Vorjahren ist bei den allgemeinen Wohnberechtigungsbescheinigungen eine stetige Zunahme zu verzeichnen:

1986	7.698 Anträge
1987	7.759 Anträge
1988	8.524 Anträge

Im Berichtszeitraum sind ferner 561 öffentlich geförderte Wohneinheiten von Miet- in Eigen-

tumswohnungen umgewandelt worden.

Zur Durchführung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG) waren insgesamt 72.660 Wohnungen erfaßt. Es wurden 61.764 Erklärungsunterlagen bearbeitet. - Im vorgenannten Berichtszeitraum ergingen 21.612 Leistungsbescheide mit Forderungen von bis zu 2,- DM/m² Wohnfläche monatlich.

Wohnungsaufsicht

Im Dezember 1984 trat das Wohnungsgesetz NW in Kraft, mit dem die Behörde die Eigentümer von Mietwohnungen zwingen kann, diese instandzuhalten. Die Behörde hat in diesem Tätigkeitsfeld weitgehend eine Vermittlerfunktion zwischen Mieter und Vermieter zu erfüllen. Die Arbeitsmenge hat im Berichtszeitraum weiter zugenommen. Insgesamt wurden in 1.360 Wohnungen Mängel oder Mißstände festgestellt, die durch den Eigentümer abzustellen waren. Dabei hat es in den meisten Fällen ausgereicht, wenn die Wohnungsverwaltung den Vermieter erstmalig aufforderte, einen bestimmten Mangel in der Wohnung abzustellen. Nur in wenigen Fällen mußten behördliche Instandsetzungsverfügungen erlassen oder diese mit Verwaltungszwang durchgesetzt werden.

Seit 1972 gilt in Düsseldorf das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum. Dies bedeutet, daß ohne eine behördliche Genehmigung kein Wohnraum abgebrochen oder in ein Büro bzw. Gewerberaum umgewandelt wer-

den darf. Im Berichtszeitraum mußten für knapp 600 Wohnungen wegen des Vorliegens besonderer Voraussetzungen Genehmigungen zur Zweckentfremdung erteilt werden. In den meisten Fällen wurde für den zweckentfremdeten Wohnraum Ersatzwohnraum neu geschaffen. So gingen zwar rd. 14.000 m² abgebrochenen Wohnraums verloren, dafür wurden aber ca. 30.000 m² Wohnraum neu erstellt. In einzelnen Fällen wurde eine Genehmigung erteilt, unter der Auflage Ausgleichszahlungen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues zu leisten. Diese beliefen sich im Berichtszeitraum auf knapp 1,4 Mio. DM.

Auch im Bereich der Mietpreisverfahren nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz (WiStG) ist eine erhebliche Zunahme der Fallzahlen zu verzeichnen. Die Ordnungswidrigkeit des § 5 WiStG bestimmt, daß ein Vermieter keine unangemessen hohen Mietentgelte fordern darf, die in Folge der Ausnutzung eines geringen Angebots von Wohnungen vereinbart wurden. Insgesamt wurden 150 Mietverhältnisse überprüft.

Darlehensverwaltung

Das Amt für Wohnungswesen verwaltet die öffentlichen und nichtöffentlichen Baudarlehen einschließlich der Arbeitgeberdarlehen, die die Stadt Düsseldorf ausgegeben hat. Am Ende des Berichtszeitraums wurden 3.930 Darlehen verwaltet; das aus den Darlehen noch an die Stadt zurückzuzahlende Kapital beläuft sich zum 31.12.1988 auf rd. 122 Mio. DM, während am 01.01.1986 noch rd. 149 Mio. DM zurückzuzahlen waren. Im Berichtszeitraum

wurden 614 Darlehen vorzeitig zurückgezahlt. Kapitalausfälle im Zusammenhang mit Zwangsversteigerungen gab es nur in einem Fall; die persönliche Forderung gegen den Darlehensnehmer wird weiter betrieben.

Überwachung der Sozialmieten

Es ist in rd. 8.000 Fällen die Einhaltung des preisrechtlich zulässigen Mietentgelts für die Sozialwohnungen überprüft worden. In rd. 1.200 Fällen sind die Mieten nach Aufteilung der Mietwohnhäuser in Eigentumswohnungen neu genehmigt worden. - Nach dem Wohnungsbindungsgesetz muß nachträglichen Baumaßnahmen in öffentlich geförderten Wohnungen von der Bewilligungsbehörde zugestimmt werden, wenn es sich um Modernisierungen handelt. Voraussetzung für die Zustimmung ist, daß die Miete nach der Modernisierung tragbar bleibt. Im Berichtszeitraum wurden 8.366 Verbesserungsmaßnahmen zugestimmt.

Steuerbegünstigter Wohnungsbau

Es gingen 5.096 Anträge auf Grundsteuervergünstigung ein. Ferner konnten 529 Anträge auf Grunderwerbsteuerbefreiung bearbeitet werden. In 3.296 Fällen war über Gerichtsgebührenbefreiungen zu entscheiden. - Insgesamt sind hierfür 116.492,00 DM an Verwaltungsgebühren vereinnahmt worden.

Vor dem Verwaltungsgericht in Düsseldorf waren im Berichtszeitraum 11 Verwaltungsstreitverfahren anhängig.

Amt 65 – Hochbauamt

Amtsleiter Dipl.-Ing. Herb Koevenig

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz) vom 1. Juli 1980 wurde die Erfassung von Bau- und Bodendenkmälern und die Eintragung in die Denkmalliste fortgesetzt. Am 31.12.1988 waren 1.163 Bau- und 6 Bodendenkmäler in der Denkmalliste eingetragen. Zum gleichen Zeitraum sind Eller-Zentrum und Altstadt Kaiserswerth als Denkmalbereiche durch Satzung unter Schutz gestellt worden. Die Ausweisung weiterer Denkmalbereiche, z.B. in Oberkassel, Am Tannenwäldchen, für Benrath – Benrodestraße/Sophienstraße und für die Altstadt Gerresheim sind in Vorbereitung.

Die Untere Denkmalbehörde hat im übrigen z.Zt. einen Katalog der erhaltenswerten Bauten der 50-er Jahre in Arbeit.

Jedes Jahr wurden wie in der Vergangenheit Restaurierungs- und Renovierungsarbeiten an privaten Baudenkmalern durch städt. Zuschüsse und Landeszuschüsse unterstützt. In den Jahren 1986 - 1988 wurde eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen durch insgesamt 681.000 DM städt. Mittel und 681.000 DM Landesmittel bezuschußt.

Außerdem sind größere Restaurierungs- und Renovierungsarbeiten, u.a. an den Kirchen „Heilige Dreifaltigkeit“ und „Herz Jesu“ in Dendorf mit jeweils 100.000 DM sowie „St. Suitbertus“ in Kaiserswerth mit 200.000 DM als Einzelmaßnahmen durch das Land Nordrhein-Westfalen gefördert worden.

Die Maßnahmen zur Gestaltung von Straßen und Plätzen vor allen Dingen im Rahmen der

Wohnumfeldverbesserung wurden fortgesetzt.

Von den erstellten Planungen sind besonders zu erwähnen die Gestaltungen der Heinrich-Heine-Allee, des Platzes der Deutschen Einheit und des Bertha-von-Suttner-Platzes, der Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung im Stadtteil Unterbilk (Konkordia-, Weiher-, Kirchfeld-, Düssel-, Kronen-, Kronprinzenstraße), im Stadtteil Flingern (Dorotheenplatz, Cranachplatz, Platz Licht-/Flurstraße, Degerstraße, Unterführung Wetterstraße), Friedrichstadt (Königsallee Süd, Friedrichstraße, Jahnstraße), Gerresheim (historischer Bereich) und Gebiet Hauptbahnhof Ost- und Westseite (Konrad-Adenauer-Platz, Friedrich-Ebert-Straße, Karl, Immermann-, Kurfürsten-, Worringer-, Heinz-Schmölle-, Velberter-, Schlägel-, Erik-Nölting-Straße, Willi-Becker- und Ludwig-Erhard-Allee).

Die Gestaltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen Damm- und Rheinuferstraße wurden aufgenommen. Hierbei werden auch die angrenzenden Straßen und Bereiche vor allen Dingen in der Altstadt in die Gestaltung mit einbezogen.

In den Jahren 1986 – 1988 sind weitere rd. 2.700.000 DM investiert worden, um den Energiebedarf zu reduzieren. Im einzelnen sind die Mittel im wesentlichen für die Erneuerung von veralteten Heizungsregelanlagen, die Abgaswärme-Rückgewinnung und für den weiteren Ausbau des Energie-Management-Systems verwendet worden. Der Einsatz des Energie-Management-Systems ermöglicht das optimale Zusammenwirken aller Baueinheiten des Heizungssystems (z.B. Brenner, Pumpen, Mischer, Abgasklappen, Wärmerückführung) durch die zentrale Datenerfassung, die -verarbeitung und -kontrolle. Eine exakte Analyse, ob der Einsatz wirtschaftlich und der weitere Ausbau der Anlage ratsam ist, soll nach Abschluß der Heizzeit 1988/89 erfolgen.

Die Ausgaben für den Energiebedarf haben im Berichtszeitraum folgende Entwicklung genommen:

1986 = 60.295.000 DM Ausgaben

1987 = 54.281.000 DM Ausgaben

1988 = 52.601.000 DM Ausgaben

Der Ausgabenrückgang ist einmal bedingt durch Preisrückgang bei Heizöl und Gas, aber auch durch die Energiesparmaßnahmen des Hochbauamtes eingetreten.

Hierbei muß auch bedacht werden, daß der technische Standard der Stadtverwaltung ständig wächst, was beispielsweise Mehrverbrauch beim Strom erzeugt. Außerdem sind im Berichtszeitraum Großverbraucher wie das Löbbecke-Museum/ Aquazoo, das Weiterbildungszentrum und das Gesundheitshaus dazu gekommen.

Im Vermögenshaushalt werden jährlich etwa für 550 Haushaltsstellen und Unterkonten Baukostenkontrollen nach DIN 276 mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung geführt. Die Abrechnung von Baumaßnahmen und die Erstellung von insgesamt 450 Revisionsnachweisen erfolgte im Berichtszeitraum durch die ADV.

Jährlich werden mittlerweile etwa 750 Ausschreibungen mit durchschnittlich je 34 Positionen nach dem Programmsystem „Ideal“ unter Zuhilfenahme von Standardleistungsbüchern gefertigt. Ab dem Jahre 1987 sind jährlich 35 Jahresausschreibungen für die verschiedenen Gewerke im Gebäudeunterhalt zu fertigen.

Darüber hinaus wird eine Reihe von Dateien geführt, die u.a. Entscheidungshilfen vor allen Dingen für den wirtschaftlichen Einsatz der Haushaltsmittel geben sollen, z.B. im Bereich Gebäudeunterhaltung.

Es wurde eine Grundlagenuntersuchung für die

Einführung von Textverarbeitung im Schreibdienst des Amtes durchgeführt. Die Vorbereitung für die Einrichtung eines grafischen Arbeitsplatzes in der Abteilung „Technische Gebäudeausrüstung“ ist angelaufen.

a) Maßnahmen, die im Berichtszeitraum geplant wurden:

1. Verwaltungs- und Betriebsgebäude, Alteneinrichtungen, Sozialbauten

Fenstersanierungsprogramm Heinrich-Ehrhardt-Straße 61

Verwaltungsgebäude Willi-Becker-Allee
Schaffung von Zugängen für Behinderte in die Dienstgebäude Marktplatz 2/3 und 5/6

Umbau des ehem.Fahrerhauses für das Gesundheitsamt, Kölner Straße

Umbau Verwaltungsgebäude

Kaiserswerther Straße 390

Dach- und Fenstersanierung

Heinrich-Ehrhardt-Straße 63

Umbau Asylantenheime

Malmedyer Straße 1-5

Umbau Stadtwohnheime

Rückertstraße 12 + 14,

Schmiedestraße 49-50,

Kuthsweg 16 - 20, 43,

Werstener Feld 8 - 22

Umbau und Modernisierung einschl.

Einbau einer Heizung der Stadtwohnheime

Rebhuhnweg, Wachtelweg

Containeranlagen Zurlindung 31,

Schmiedestraße 23,

Kamper Weg 180/182,

Flemmingweg 5,

Cloppenburger Weg,

Gertelstraße

Umbau eines Bürogebäudes für

Spätaussiedler Oststraße 51

Umbau Pavillon zur Aids-Station

Hospitalstraße 1

Neu- und Umbau der Werkstatt für

Heizung, Lüftung und san. Installation

des Hochbauamtes Weinheimer Str. 29

Erweiterung und Verlagerung

des Hauptbetriebshofes Kirchstraße 14

durch Neubau/Umbau Höherweg 205

Neubau für Betriebshof Martinstraße 30

Neubau Gut Höltgen

Zentraldeponie Hubbelrath

Neubau Hauptführungsstelle u.a.

Posener Straße 171 - 185

Sanierung Katastrophenschutzzentren III.

BA Posener Straße

Neubau einer Verkaufshalle Großmarkt

Erweiterung Kläranlage Nord

Erneuerung der Wärmeversorgung

Kläranlage Nord

Vergrößerung des Büro- und

Laborgebäudes Kläranlage Nord

Neubau Sozialgebäude

Kläranlage Süd

Neubau von 4 Pumpstationen

Betriebsgebäude und Pumpstation im

Zuge A 44

Regenrückhaltebecken Unterbach

Regenbecken Lohausen

2. Kultur- und Krankenhausbauten, Versammlungsstätten

Eingangsbereich und Ausbau

2. Obergeschoß Stadthalle

Ausbau 2. Obergeschoß Radschläger-Saal

Brunnenanlage Jan-Wellem in Grafenberg

Gestaltung Fußgängerbereich

Benrath/II. Bauabschnitt

Verbesserung der Akustik Tonhalle

Dachsanierung und Fenstererneuerung

Schauspielhaus

Umbau Hofgärtnerhaus für das

Dumont-Lindemann-Archiv

Umbau Bilkerstraße 12 und 14 für das

Heine-Institut

Schloß Benrath,

Restaurierung Osttorhaus,

Einbau eines Cafes

Restaurierung der Kaskaden

im französischen Garten

Sanierung der Dachhaut und

-konstruktion des Westflügels

Erweiterung des

Naturkundl. Heimatmuseums

Restaurierung des Ostflügels

und Westtorhauses

Kindertheater Münsterstraße

Stadtmuseum, 3. Bauabschnitt

Innerer Ausbau Probühne Ackerstraße

Neuordnung Kunstpallast

Neubau Cafeteria Krankenhaus Gerresheim

Umbau nuklearmedizinische Abteilung und

Unfall-Ambulanz Krankenh. Gerresh.

Umbau HNO-Abteilung

Krankenhaus Gerresheim

Brandschutzmaßnahmen Krankenhäuser

Gerresheim und Benrath

3. Jugend-, Schul- und Sportbauten

Klassenneubau Fertighaus

Grundschule Deutzer Straße 102

Umbau und Anbau alte Turnhalle

Lindenstraße 140

Umbau Sonderklassentrakt

Marie-Curie-Gymnasium Gräulinger Str. 15

Neubau Klassentrakt und Umbau der

Verwaltung Grundschule Einsiedelstr. 25

Einrichtung einer Bücherei

Lacombletstraße 9

Umbau Hausmeisterwohnung/Neubau

Hausmeisterhaus Humboldt-Gymnasium

Pempelforter Straße 40

Grundschule Hellerhof

Umbau und Anbau Turnhalle Heyestraße 61

WC-Gebäude Schule Kalkumer Straße 85

Umbau Schulgebäude Tersteegenstraße

für Landesbildstelle

Sporthalle Brinckmannstraße

Tribüne Rennbahn Düsseldorf

Umkleidegebäude Karweg 24 - 36

Wohnhaus Johannstraße 4

Schulmuseum Suitbertus Stiftplatz 1

Umbau Gesamtschule Graf-Recke-Straße 96

Umbau Gesamtschule Kikweg

Umbau Grundschule Fliednerstraße 32

Dreifachsporthalle Gerresheimer

Landstr.89

5 weitere große Umbauten in Schulen

Anbau und Umbau Kindergarten
Katharinenstraße 28
Neubau Kindergarten
Stralsunder Straße 28
Neubau Kita Fürstenwall 9-11 und 13
Dreifachsporthalle Fürstenwall 9-11
Umbau Kindertagesstätte
Chemnitzer Straße 42
Umbauten unter der Tribüne und Neubau
von TV- und Rundfunk-
Kabinen, Kommentatoren-Plätze
Rheinstadion

b) Die bauliche Durchführung folgender Maßnahmen wurde begonnen bzw. fortgeführt:

1. Verwaltungs- und Betriebsgebäude, Altneinrichtungen, Sozialbauten

Fassadensanierung und Sanierung der Läden Heinrich-Heine-Allee 53
Ladeneinbauten im Erdgeschoß
Burgplatz 2
Fassadensanierung Innenhof
Burgplatz 1 + 2
Mahn- und Gedenkstätte Stadthaus
Mühlenstraße
Gesundheitshaus Kölner Straße 180
Umbau Burgplatz 1 + 2
Umbau zur Unterbringung der Betriebskrankenkasse Klosterstraße 79
Instandsetzung Ballspielhaus Nordpark
Sanierung Wasserspiele Nordpark
Dachsanieierung Zentralbetriebshof
Höherweg 205
Neubau Betriebshof Fichtenstraße
Ausbau Tunnel Wersten A 46, Betriebsgebäude und Pumpstation
Erweiterung Laborgebäude Kläranlage Süd
Erweiterung Kläranlage Nord
Umbau Katastrophenschutz-Zentrum
Posener Straße, II. Bauabschnitt und
Neubau SAE
Umbau Malmedyer Straße 1 - 5
Umbau Stadtwohnheime in familienge-
rechte Wohnungen
Rückertstraße 12 + 14
Umbau Asylantenheim
Oberbilker Allee 1
Umbau für Spätaussiedler
Schwabstraße 1, 3, 5, 7,
Dabringhauser Straße 2-8,
Sulzbachstraße 10-16,
Schule Schönaustraße 25,
Gymnasium Tersteegenstraße 62,
Schule Helmutstraße 8,
Schule Lüderitzstraße 25,
Kartäuser Straße 90,
Schule Franz-Liszt-Straße 5-7,
Krankenhaus Degerstraße 59,
Wohngebäude Morsestr. 20 Einbau
Heizungsanlage Kuthsweg 16 - 20

2. Kultur- und Krankenhausbauten, Versammlungsstätten

Neubau Löbbbecke-Museum und
Aquarium
Umbau Stadthalle
Neubau Fundus Opernhaus
Umbau und Restaurierung
Schloß Jägerhof
Umbau Hofgärtnerhaus für
Dumont-Lindemann-Archiv
Umbau Bilkerstraße 12 + 14
für Heinrich-Heine-Institut
Restaurierung der Kaskaden
Schloß Benrath
Sanierung Tempel Süd,
Landesmuseum Volk und Wirtschaft
Neubau Stadtmuseum, 3. Bauabschnitt
Umbau nuklearmedizinische
Abteilung Krankenhaus Gerresheim
St. Florian-Brunnen, Urdenbach
Mack-Brunnen,
Platz der Deutschen Einheit
Wiederaufstellung Kaiser-Wilhelm-Denk-
mal Martin-Luther-Platz
Restaurierung Jan-Wellem-Denkmal,
Marktplatz

3. Jugend-, Schul- und Sportbauten

Neubau Grundschule
Ingeborg-Bachmann-Straße 31
Erneuerung der Heizung und Umbau
Verwaltung Volkshochschule
Franklinstraße 41 /43
Umbau und Sanierung Grundschule
Helmholtzstraße 16-18
Wiederaufbau Wohnhaus
Johannstraße 4
Sanierung und Modernisierung
Wohnhäuser Benzstraße 13-17
Neubau Kindertagesstätte Hellerhof II
Umbau Heyebad für eine
Jugendfreizeiteinrichtung
Neubau Kindertagesstätte
Stralsunder Straße
Sanierung Bürgerhaus Jägerstraße 31

c) Folgende Baumaßnahmen wurden fertiggestellt:

1. Verwaltungs- und Betriebsgebäude, Altneinrichtungen, Sozialbauten

Gesundheitshaus mit Hausmeisterhaus
Kölner Straße 180
Umbau Burgplatz 1 + 2
Fassadensanierung Stadthaus
Mühlenstraße
Ladeneinbauten im Erdgeschoß und
Fassadensanierung Burgplatz 2
Sanierung der Läden
Heinrich-Heine-Allee 53
Umbau für die Betriebskrankenkasse
Klosterstraße 79
Mahn- und Gedenkstätte Stadthaus
Mühlenstraße

Sanierung Wasserspiele Nordpark
Instandsetzung Ballhaus Nordpark
Neubau Betriebshof Fichtenstraße
Ausbau Tunnel Wersten A 46 einschl.
Betriebsgebäude und Pumpstation
Umbau Katastrophenschutz-Zentrum
Posener Straße, I. Bauabschnitt
Umbau Asylantenheime Malmedyer
Straße 1- 5 und Oberbilker Allee 1
Umbau für Spätaussiedler
Gymnasien Tersteegenstraße 62,
Schwabstraße 1, 3, 5, 7,
Sulzbachstraße 10 -16,
Schule Schönaustraße 25,
Schule Helmutstraße 8,
Schule Lüderitzstraße 25,
Kartäuser Straße 90,
Schule Franz-Liszt-Straße 5 - 7

2. Kultur- und Krankenhausbauten, Versammlungsstätten

Löbbbecke-Museum, Aqua-Zoo
Sanierung Tempel-Süd
Landesmuseum Volk und Wirtschaft
Umbau und Restsanierung
Schloß Jägerhof für das Goethe-Museum
Umbau Hofgärtnerhaus für Dumont-Lin-
demann-Archiv
Sanierung Kunstmuseum
Ausbau Probephöhne Ackerstraße
Anbau Probenhaus Oberkassel
Umbau Stadthalle
Umbau Innenraumgestaltung
Philiphshalle
Gestaltung Fußgängerbereich Eller
Errichtung St. Florian-Brunnen,
Urdenbach
Errichtung Mack-Brunnen,
Platz der Deutschen Einheit
Aufstellung Antes-Plastiken,
Bertha-von-Suttner-Platz
Wiederaufstellung Kaiser-Wilhelm-Denk-
mal, Martin-Luther-Platz
Restaurierung Jan-Wellem-Denkmal,
Marktplatz

3. Jugend-, Schul- und Sportbauten

Neubau Grundschule
Ingeborg-Bachmann-Straße
Umbau Realschule Rethelstraße
Umbau und Renovierung des gesamten
Schulgebäudes Gymnasium und Kolleg-
schule Ellerstraße 84/94
Heizungserneuerung und Umbau
Verwaltung Volkshochschule
Franklinstraße 41/43
Umbau Gymnasium Gräulinger Straße
Neubau Dreifachsporthalle
Siegburger Straße 149
Umbau und Sanierung Rheinstadion für
Europameisterschaft
Neubau Sport- mit Tischtennishalle
Lichtenbroich
Neubau Wohnhaus Johannstraße 4
Sanierung und Modernisierung der
Wohnhäuser Benzstraße 13 - 17
Neubau Kindertagesstätte
Carlo-Schmidt-Straße

Amt 66 – Straßen-, Brücken- und Tunnelbauamt

Amtsleiter: Dipl.-Ing. Fritz Vollrath

Mit der Fertigstellung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Werstener Kreuz“, zwischen der Anschlußstelle Holthausen und dem Universitätstunnel, konnte im Juli 1986 das letzte noch fehlende Stück in der A 46, der „Südtangente“, zwischen Wuppertal und Neuss-Süd dem Verkehr übergeben werden. Für die Baumaßnahme sind Gesamtkosten in Höhe von rd. 460 Mio DM aufgewendet worden, die überwiegend von der Bundesrepublik Deutschland getragen wurden.

Die Maßnahme A 46 – Südtangente war, wie auch die Bundesgartenschau 1987, Anlaß, verschiedene Randprojekte im näheren Umfeld mit in Angriff zu nehmen. So wurden gleichzeitig die Werstener Straße und die Kreuzung mit der Kölner Landstraße verkehrsgerecht neu gebaut. Auch anliegende Gemeindestraßen, wie Nixenstraße und Werstener Dorfstraße, erfuhren eine Modernisierung. Ausgehend vom „Fleher Knoten“ erhielt die A 46 im Dezember 1986 einen unmittelbaren Anschluß an den Südring. Im Zuge der A 46 sind im Bereich der Universität und im Bereich der „Grünen Siedlung“ in Wersten zwei Lärmschutztunnel entstanden, die auf ihrer Oberfläche parkähnlich gestaltet wurden.

Zusammen mit der Landschaftsgestaltung südlich der A 46 (Uni-See) ist damit auf etwa 3 km Länge ein durchgehender Grünzug entstanden. Die Baumaßnahme war Bestandteil des Düsseldorfer Beitrages zum Landeswettbewerb 1987 zur Innenentwicklung unserer Städte. Im Rahmen dieses Wettbewerbes wurde die Stadt Düsseldorf Landessieger.

In unmittelbarer Nachbarschaft zur A 46 wurde eine P+R-Anlage gebaut, die über die um- und ausgebaute Werstener Straße sowie die neu gebaute Universitätsstraße erschlossen wird. Die Maßnahme ist im Rahmen der ÖPNV-Förderung im Namen und für Rechnung der Rheinischen Bahngesellschaft AG durch das Straßen-, Brücken- und Tunnelbauamt durchgeführt worden.

Eine provisorische Nutzung als Parkplatz erfolgte bereits während der Bundesgartenschau.

Im Zuge der Bundesgartenschau sollte eine „Grüne Achse vom Rhein zum Rhein“ verwirklicht werden. Sie sollte von Himmelgeist über Wersten, Oberbilk bis zum Rheinpark Bilk (Rheinturm) verlaufen. Deshalb wurden besondere Aktivitäten zur Verkehrsberuhigung im Verbund mit Wohnumfeldverbesserung eingeplant. An der Gestaltung der Oberflächen mit Pflaster und Platten war hier das Hochbauamt beteiligt, damit durch ein ansprechendes Wohnumfeld die Qualität des Stadtbildes insgesamt verbessert wird.

Im Norden der Stadt ist der 1. Bauabschnitt der A 44 im Frühjahr 1986 für den Verkehr freige-

geben worden. Ausgehend vom Knoten Nordstern (Kreuzung der A 44 mit der B 8n) ist mit dem Bau der B 8n begonnen worden.

Das Straßen-, Brücken- und Tunnelbauamt hat hier, obwohl nicht selbst Bauherr, für die Bundesstraßenverwaltung entscheidende Vorarbeit geleistet, d.h. Planung und Baurechtsverfahren durchgeführt. Mit der Fertigstellung dieser Maßnahme als Ortsumgehung Lohausen ist im Sommer 1990 zu rechnen.

Für den an den fertiggestellten Abschnitt der A 44 anschließenden Bereich der Anschlußstelle Flughafen ist im Berichtszeitraum nach jahrelangem Ringen der Entwurf durch den Bundesverkehrsminister genehmigt und das Planfeststellungsverfahren nach den Vorschriften des Bundesfernstraßengesetzes eingeleitet worden.

Nach der Terminplanung ist mit einem Baubeginn um die Jahreswende 1989/90 zu rechnen.

Im Frühjahr 1987 wurde eine Studie für den Bau der Tiefgarage Dammstraße mit einem voraussichtlichen Kostenvolumen von 60 Mio DM den politischen Entscheidungsträgern vorgelegt. Parallel hierzu wurde ein Konzept bezüglich des Abbaues der Bodendenkmäler Dammstraße entwickelt. Im Herbst 1987 konnte ein entsprechender Demontageauftrag erteilt und mit der Sicherung der in der ursprünglichen Lage zu erhaltenden Teile begonnen werden. Alle übrigen Teile wurden nach modernsten Methoden abgebaut und gelagert.

An einem Konzept für die Platzgestaltung der Dammstraße unter Einbeziehung der Bodendenkmäler und der Hafennachbildung wird seit Januar 1988 gearbeitet.

Einen großen zeitlichen Raum nimmt seit Mai 1987 die baureife Planung für die Tieflegung der Rheinuferstraße ein. Im Dezember 1987 konnten dem Rat der Stadt Unterlagen vorgelegt werden, die für die weitere Planung notwendig waren.

Im Januar 1988 ging die Leitung des mit 400 Mio DM veranschlagten Projektes auf das Straßen-, Brücken- und Tunnelbauamt über. Den Beschluß, das erforderliche Planfeststellungsverfahren einzuleiten, faßte der Rat im Juli 1988; dieses wurde in der Zeit von September bis Oktober 1988 durchgeführt.

Nach dem heutigen Stand der Planung kann Ende 1989 mit dem Bau begonnen werden.

Schwerpunktmäßig ist zu erwähnen, daß folgende Baumaßnahmen im Berichtszeitraum begonnen bzw. abgeschlossen wurden:

- die Absenkung des Konrad-Adenauer-Plat-

zes auf die Höhe der neuen Eingangshalle des Hauptbahnhofes mit seiner anschließenden repräsentativen Neugestaltung

- der Baufortschritt der Hochbauten auf der Hauptbahnhof-Ostseite machten den Neubau des Bertha-von-Suttner-Platzes erforderlich, der durch seine Kunstobjekte eine besondere Ausstrahlung erhielt
- die neuen Erschließungsstraßen im Bereich des früheren Stahlwerkes, wie u.a. Ludwig-Erhard-Allee-, Eisenstraße, Schlägelstraße, Velberter Straße konnten zum großen Teil fertiggestellt werden
- Vorplatz Bahnhof Benrath (Zentraler Omnibusbahnhof, P+R-Platz Heubes-/Hildener Straße)
- Platz der Deutschen Einheit
- Heinrich-Heine-Allee
- Zubringerstraße Hafen
- Wohnumfeldverbesserung Gerresheim-Mitte und Umgehung Gerresheim (Wallgraben, Neunzigstraße).

Im Rahmen der Erschließungsmaßnahmen konnte mit dem Beginn der großräumigen Erschließung des Gebietes Hellerhof-Ost ein besonderer Schwerpunkt gesetzt werden.

Für die Durchführung der Hochbauarbeiten waren umfangreiche Vorarbeiten für Befahrbarkeit, Ver- und Entsorgung erforderlich. Zum Schutz der Anwohner vor der Lärmbelästigung durch die Autobahn wurden in Garath und Hellerhof die Wälle und Wände mit dem Fortgang der Besiedlung vervollständigt.

Im Stadtgebiet Düsseldorf wurden im Berichtszeitraum eine Reihe von Lichtzeichenanlagen neu in Betrieb genommen und Altanlagen durch neue ersetzt. Ende des Jahres 1988 waren insgesamt 587 Lichtzeichenanlagen in Betrieb. Aufgrund von Verkehrsverlagerungen zur Behebung und Beseitigung von Unfallschwerpunkten, zur Verbesserung des ÖPNV und als Folge von Baustellen mußten ca. 430 Änderungen an vorhandenen Lichtzeichenanlagen vorgenommen werden.

Insbesondere die im Rahmen des vom Rat der Stadt beschlossenen Programmes zur ÖPNV-Beschleunigung vorgenommenen zahlreichen Änderungen werden immer komplizierter und anspruchsvoller bezüglich Planung und technischen Aufwandes.

Der neue Verkehrsrechner „Düsseldorfer Straße“, der zur Steuerung der Lichtzeichenanlagen in den linksrheinischen Stadtteilen dient, konnte im Jahre 1987 in Betrieb genommen

werden. Andere Verkehrsrechner im Düsseldorf Stadtgebiet wurden umgebaut und modernisiert. Damit konnte die Flexibilität der Verkehrssteuerung weiter verbessert werden. Zur Verringerung der jährlichen Kosten für die Anmietung von Steuerleitungen für LZA bei der Bundespost wurden ca. 55.000 Meter eigene Steuerkabel verlegt und in Betrieb genommen.

Im Rahmen von rd. 750 Einzelmaßnahmen sowie durch natürlichen Verschleiß bedingt, mußten ca. 310 km Markierungslinien und ca. 1.700 Fahrtrichtungspfeile auf den Fahrbahnen aufgebracht werden. Zur Verbesserung der Auffindbarkeit der Parkmöglichkeiten im Innenstadtbereich wurde ein Park-Hinweis-

System mit 150 großen, beleuchteten Schildern installiert. Zur Instandhaltung des Düsseldorfer Straßennetzes, welches eine Gesamtlänge von rd. 1.200 km hat, war es erforderlich, ca. 50 km Fahrbahn, 20 km Radwege und ca. 210.000 m² Gehwege mit einem Kostenaufwand von 80 Mio DM zu erneuern.

Das Gesamtbauvolumen des Amtes betrug im Berichtszeitraum für den Neubau von Straßen, die Anlage von Gehwegen, für den Bau von Vertragsstraßen, für die Erst- und Wiederherstellung von Bürgersteigen, für den Neubau, den Umbau und die Unterhaltung von Schulhöfen, Sportplätzen etc., für die Unterhaltung und Instandsetzung des Gesamtstraßennetzes, für

die Erstellung und Unterhaltung von Lichtzeichenanlagen sowie der Öffentlichen Beleuchtung insgesamt rd. 535 Mio DM.

An Zuwendungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, § 5 a des Bundesfernstraßengesetzes sowie aus dem Radwegeprogramm erhielt die Stadt für Straßen- und Brückenbaumaßnahmen insgesamt 89,4 Mio DM. Durch Koordinierungsmaßnahmen im Bereich der Öffentlichen Beleuchtung konnten erhebliche Einsparungen erzielt werden. So konnte der Zuschuß trotz erheblich gestiegener Lohn-, Material und Energiekosten sowie einer Vermehrung der Leuchten verringert werden.

Amt 67 – Kanal- und Wasserbauamt

Amtsleiter: Bernd Wille

Die Aufgaben des Kanal- und Wasserbauamtes mit den zwei Schwerpunkten

- Sicherstellung der ordnungsgemäßen **Abwasserbeseitigung** als größte Gewässer-schutz Aufgabe der Stadt und
- Pflege, Unterhaltung und Ausbau bzw. naturnahe Gestaltung der **Bachläufe** im Stadtgebiet sind von herausragender Bedeutung für den Umweltschutz in Düsseldorf.

Der Berichtszeitraum dürfte für die zukünftige Entwicklung der kommunalen Abwasserbeseitigung schlechthin und somit auch für die in der Stadt Düsseldorf eine Schlüsselstellung einnehmen. Insbesondere in den letzten 3 Jahren hat sich das Bewußtsein von Bürgern, Politikern und vom Gesetzgeber hinsichtlich der Aufgabe und Bedeutung der Abwasserbeseitigung für den Umweltschutz wesentlich entwickelt. Es wurden daher im Berichtszeitraum eine Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften mit erheblichen betrieblichen, personellen sowie finanziellen Auswirkungen auf die kommunale Abwasserbeseitigung erlassen. Als wesentliche Auswirkungen dieser Entwicklung seien für die Stadt Düsseldorf hier die wesentlichen Entscheidungen aufgeführt, die diese Entwicklung skizzieren:

- Beschluß des Rates zum „Konzept zur Erhaltung des Kanalnetzes“, am 20.11.1986
- Beschluß des Rates zum Ausbau des Groß-Klärwerkes Düsseldorf-Nord, am 21.05.1987
- Grundsatzbeschluß des Rates zur Aufstellung einer Ausbauplanung für das Groß-Klärwerk Düsseldorf-Süd, am 24.09.1987
- die Einrichtung einer planmäßig festgelegten Rufbereitschaft zur unverzüglichen Bekämpfung von Umwelt-Störfällen, im Jahre 1988
- Beschluß des Rates zur 1. Fortführung des

Abwasserbeseitigungskonzeptes für die nächsten 12 Jahre (Erarbeitung wesentlich im Berichtszeitraum), für 1989 vorgesehen.

Diese Entwicklung in der Abwasserbeseitigung führte auch dazu, daß der Bauausschuß in seiner Sitzung am 24.11.1986 die Verwaltung beauftragt hat, die für die Abwasserbeseitigung geeignete Organisationsform zu prüfen. Zu diesem Zweck wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben.

Das sehr umfangreiche Gutachten einer Wirtschaftsberatungsgesellschaft liegt mittlerweile vor. Die Stadt Düsseldorf befaßt sich z.Zt. aus verschiedensten Gesichtspunkten mit diesem Gutachten bevor dies dem Rat der Stadt zu einer Entscheidung vorgelegt werden kann. Die Diskussion über die Betriebsform der Abwasserbeseitigung führte im Berichtszeitraum auch zu zahlreichen Publikationen in der Düsseldorfer Tagespresse.

Abwasserbeseitigung

Gesetzlich ist die Stadt Düsseldorf verpflichtet, das am 16.09.1982 erstmals vom Rat der Stadt beschlossene Abwasserbeseitigungskonzept, den Maßnahmenkatalog aller notwendigen Abwassermaßnahmen schlechthin, aktualisiert fortzuschreiben. Die vom Rat der Stadt eigentlich 1987 schon zu beschließende 1. Fortführung des Abwasserbeseitigungskonzeptes bestehend aus über 600 Einzelmaßnahmen und mit einem notwendigen Gesamtvolumen von etwa 1,5 Mrd. DM führte zu einem Zielkonflikt zwischen dem erheblichen Investitionsbedarf für Abwassermaßnahmen einerseits und der bisher zulässigen jährlichen Verschuldung der Stadt im Rahmen des Gesamthaushaltes andererseits. In einer Reihe von Gesprächen innerhalb der Verwaltung und im politischen Raum wurde versucht, einen Weg

zur Lösung des Konfliktes zu finden. Die Frage einer gewissen Verselbständigung der Abwasserbeseitigung insbesondere in Verbindung mit einem eigenständigeren Haushalts- und Rechnungswesen könnte der Weg dazu sein. Die Untersuchungen dauern noch an. Eine Entscheidung steht noch aus.

Für die im Berichtszeitraum durchgeführten Abwasserbeseitigungsmaßnahmen wurden insgesamt 167 Mio. DM (brutto) investiert. Hiervon entfiel allein auf das Jahr 1988 ein Investitionsvolumen von 70 Mio. DM. Diese Abwasserbeseitigungsmaßnahmen verteilen sich auf folgende Bereiche:

- Erweiterung und Sanierung der beiden Groß-Klärwerke
- Erneuerung defekter Kanäle
- Kanalbau für bestehende Wohn- und Gewerbegebiete zur Beseitigung von behelfsmäßigen Entwässerungsanlagen
- Erweiterung der Kanalnetzkapazität
- Sonderbauten für die öffentliche Kanalisation
- Abwassertechnische Neuerschließung neuer Baugebiete
- Grundstücks- und Straßenanschlußleitungen

Folgende größere Baumaßnahmen wurde beispielsweise geplant bzw. ausgeführt:

Kanäle / Sammler	Mio. DM
HS-Mitte (weitere Abschnitte)	15,2
Dorfstr.	11,6
Fringsstr. (I. u. II. BA)	6,0
NS Hamm	5,8
Hamburger Str.	3,0
Wesermünder Str.	3,7
Graf-Adolf-Str. / Bahnstr.	2,0
Schlesische Str.	2,1
Rotthäuser Weg	2,3
Dorotheenstr.	2,2

Sonderbauwerke	Mio. DM
Erweiterung KW-Nord	81,5
Versuchskläranlage KW-Süd	2,5
Blähschlammсанierung KW-Süd	6,0
Regenbeckenanlage Lohausen	2,1
Rückhaltebecken Unterbach	6,3
Diverse Pumpstationen	4,5

Der Nebensammler Hamm wurde 1987 mit Kosten in Höhe von 12 Mio. DM fertiggestellt. Damit war die Voraussetzung für die abwassertechnische Erschließung und Sanierung des Hafengebietes, des größten noch nicht vollständig kanalisierten Gewerbegebietes, geschaffen.

1987 wurde mit der Hafenkilisierung begonnen. Im gleichen Jahr wurde die Kanalisierung der Fringsstr. in I. und II. BA (6 Mio. DM) fertiggestellt. Darüber hinaus waren bis Ende 1988 Kanalbaumaßnahmen in Höhe von ca. 8,8 Mio. DM im Bau bzw. beauftragt. Die gesamte Hafenkilisation soll 1992 fertiggestellt sein. Damit können insgesamt 220 Einleitstellen in die Hafenbecken bzw. in den Rhein geschlossen werden.

Im Rahmen des „Konzeptes zur Erhaltung des Kanalnetzes“ wurden im Berichtszeitraum Kanalisierungs- und Reparaturmaßnahmen in Höhe von insgesamt 21,5 Mio. DM durchgeführt.

Der ca. 6 km lange Abschnitt des Hauptsammler Mitte zwischen Dreherstraße und Erkrather Straße soll in den kommenden Jahren bis 1996 realisiert werden. Hierfür wurde Ende 1988 ein Ingenieurauftrag für die Planung und Baudurchführung erteilt.

1987 wurde die Kanalisierung der im Blickpunkt der Bevölkerung stehenden Festwiese am Rheinufer für ca. 1,8 Mio. DM fertiggestellt.

Für den Ortsteil Unterbach wurde im Oktober 1988 ein kombiniertes Regenrückhalte- und Klärbecken mit einem Stauraum von 6.000 m³ in Betrieb genommen. Es trägt dazu bei die gerade in diesem Raum schwierigen Abflußverhältnisse zu verbessern. Auch ist damit die Gefahr der früher häufigen Überflutungen der Grundstücke an der Vennstraße durch den Bruchgraben bei starken Regenereignissen behoben.

Der Rat der Stadt beschloß am 21.05.1987 die sogenannte „Große Erweiterung“ des Klärwerkes Düsseldorf-Nord. Der Klärwerksausbau ist insbesondere deshalb erforderlich, weil das Klärwerk heute sowohl hydraulisch als auch von der Schmutzfrachtzufuhr her überlastet ist. Zudem wurden in den letzten Jahren durch gesetzliche Regelungen die Anforderungen an die Abwasserreinigung wesentlich verschärft. Die Reinigungsleistung des Groß-Klärwerkes Düsseldorf-Nord trägt damit nicht mehr den heute wesentlich veränderten Verhältnissen in der Abwasserreinigung Rechnung. Da mit dem bisher üblichen mechanisch-biologi-

schen Reinigungsverfahren die heute geforderten Grenzwerte nicht zu erreichen sind, wird das Klärwerk nach Ausbau auf die A-B-Technologie (Adsorptions-Belebungs-Verfahren) umgestellt. Mit der Ausbaumaßnahme wurde Mitte 1987 begonnen. Das Projekt ist zu 50% fertiggestellt. Die Inbetriebnahme der Erweiterungsstufe wurde vom Regierungspräsidenten auf Ende 1990 festgesetzt. Die Kosten betragen ca. 81,5 Mio. DM. Das Land zahlt nach Baufortschritt Zuschüsse in Höhe von insgesamt rd. 28 Mio. DM. Der Umbau der derzeitigen Belegung I in ein Kreislaufbecken zur Denitrifikation wird vorbereitet. Desweiteren befindet sich in der Planung noch eine Filtrationsanlage.

Im Zuge des Ausbaues des Groß-Klärwerkes Düsseldorf-Nord wurde in Lohausen der Bau einer Regenbeckenanlage mit einem Stauraum von 12.000 m³ erforderlich, um die Niederschlagswasserbehandlung im rechtsrheinischen Einzugsgebiet des Klärwerkes Düsseldorf-Nord zu verbessern. Die Baukosten sind mit 44,4 Mio. DM veranschlagt.

Mit den Bauarbeiten ist im Februar 1989 begonnen worden. Die Fertigstellung muß gleichzeitig mit der Inbetriebnahme der Erweiterungsstufe des Klärwerkes, Ende 1990, erfolgen. Mit der Fertigstellung der Regenbeckenanlage Lohausen entspricht der Abschlag von Mischwasser für das rechtsrheinische Einzugsgebiet des Klärwerkes Düsseldorf-Nord den gesetzlichen Anforderungen, wonach 70% des anfallenden Abwassers einschl. Regenwasser der Kläranlage zuzuleiten sind.

Unabhängig von der Ausbaumaßnahme konnten im Klärwerk Düsseldorf-Nord durch eine Reihe von Maßnahmen die Leistung und Wirtschaftlichkeit der Anlage sowie die Sicherheit und Stabilität des Klärprozesses verbessert werden. U. a. wurden folgende Maßnahmen realisiert:

- Einbau von vorgezogenen Ablaufrippen in die Nachklärungsbecken
- Bau einer Silo- und Dosieranlage für Eisenoxydpulver zur Belebtschlammbeschwerung
- Einbau einer Konditionierungsanlage zur Aufbereitung des Faulschlammes mit organischen Flockungsmitteln für die Entwässerung in Kammerfilterpressen
- Erneuerung und Vergrößerung einer Einheit zur Klärgasnutzung (Eigenstrom- und Wärmeerzeugung = Blockheizkraftwerk).

Der starke Anstieg des Schadstoff-Frachteils des Abwassers, das dem Großklärwerk Düsseldorf-Süd zugeleitet wird, sowie die wesentlich verschärften Anforderungen an die Abwasserreinigung erfordern auch die Erweiterung des Großklärwerkes Düsseldorf-Süd. Dieses Großklärwerk arbeitet gerade noch im Grenzbereich der bis jetzt noch zulässigen Mindestanforderungen für das Einleiten von Abwasser aus Klärwerken in Gewässer, wobei diese dauerhaft einzuhaltenden Grenzwerte in der Zukunft immer weiter minimiert werden. Das Klärwerk entspricht damit nicht mehr dem Ausbaugrad, der für die erhöhte Schadstoff-Frachtzufuhr erforderlich ist und vor allem auch

nicht dem heutigen Stand der wesentlich weiterentwickelten klärtechnologischen Möglichkeiten.

Der Rat der Stadt Düsseldorf stimmte daher am 24.09.1987 der Erweiterung des Großklärwerkes Düsseldorf-Süd mit einem Kostenaufwand von rd. 120 Mio. DM vom Grundsatz her zu und beauftragte die Verwaltung mit der Baureifmachung des Projektes. Am 16.06.1988 nahmen der Bau- und Umweltausschuß das Planungskonzept zum Ausbau des Klärwerkes Düsseldorf-Süd zustimmend zur Kenntnis.

Ein zentraler Punkt der gesamten Entwurfsplanung für die Erweiterung des Klärwerkes Düsseldorf-Süd ist der Bau und Betrieb einer Versuchskläranlage im halbtechnischen Maßstab. Die Wahl der geeigneten Klärtechnologie ist neben der Festlegung der Bemessungswerte für die Abwassermengen und Schadstofffrachten ein Kernpunkt der Klärwerksplanung. Mit den Bauarbeiten für die Versuchsanlage wurde im Dezember 1988 begonnen. Die Anlage soll Mitte 1989 in Betrieb genommen werden, um anschließend sofort mit den Versuchen zu beginnen. Der Versuchszeitraum wird auf etwa 1 Jahr eingeschätzt. Die Baukosten der Versuchskläranlage einschließlich der Versuche sind mit 2,5 Mio. DM veranschlagt. Nach Durchführung der Versuche bleibt die Anlage als Pilotanlage bestehen, um mit ihr bei Änderungen der Abwasserbeschaffenheit evtl. erforderliche Betriebsumstellungen des Klärwerkes Süd simulieren zu können.

Gegen Ende des Berichtszeitraumes ist beim Klärwerk Süd eine Betriebsstörung, die Bildung von sogenanntem Blähschlamm (massenhaftes Wachstum von fadenförmigen Bakterien) aufgetreten. Diese Blähschlamm-Bildung hat wesentliche Gefahren für die dauernde Reinigungsleistung des Klärwerkes mit sich gebracht. Da die Ursachen der Blähschlamm-Bildung mit der notwendigen Sicherheit bis heute nicht feststellbar sind, wurde in Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden und einigen Hochschulen ein Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Blähschlammphänomens erarbeitet. Mit den Sanierungsmaßnahmen wurde im August 1988 begonnen. Bis Januar 1991 sollen sämtliche Sanierungsmaßnahmen zum Abschluß gebracht sein. Die je nach Wirkung der Einzelmaßnahmen erforderlichen Investitionen können eine Größenordnung von insgesamt 50 Mio. DM erreichen.

Unabhängig von der Ausbaumaßnahme und den Sanierungsmaßnahmen zur Blähschlamm-Bekämpfung konnten auch im Klärwerk Düsseldorf-Süd durch eine Reihe von Maßnahmen die Leistung und Wirtschaftlichkeit der Anlage sowie die Sicherheit und Stabilität des Klärprozesses verbessert werden. U. a. wurden folgende Maßnahmen realisiert:

- Einbau von 4 Überschußschlammzentrifugen
- Bau eines Schwimmschlammabnahme-Pumpwerkes
- Erneuerung der Räumerrückenfahrwerke
- Einbau von Zulaufabsperrschiebern an Vorklärbecken und Schneckenpumpen

- Einbau einer Energieoptimierungsanlage
- Einbau von 4 Rührwerken in die Belebungsbecken
- Sanierung und Umrüstung von 2-Kammerfilterpressen einschl. Abzugsförderern.

Darüber hinaus konnten durch Verfahrensumstellungen, wie Außerbetriebnahme von 4 der 6 vorhandenen Vorklärungsbecken sowie die Entlastung der Vorklärung von Faulwasser und Überschussschlamm, die CSB-Ablaufwerte reduziert und die Reinigungsleistung stabilisiert werden.

Für die Umstellung der Schlammverbrennungsanlage auf eine Schlamm-trocknungsanlage wurde im November 1987 die wasserrechtliche Genehmigung erteilt. Die Baukosten des Projekts, dessen Realisierung außerhalb des Berichtszeitraumes liegt, werden mit ca. 12,5 Mio. DM veranschlagt.

Im genannten Berichtszeitraum wurden in den 2 Düsseldorfer Großklärwerken

Nord und Süd	
rd. 285 Mio. m ³	Abwasser gereinigt, wobei
rd. 34.000 m ³	Rechengut, Sandfanggut und Schwimmschlamm verbrannt und Klärschlamm ausgefault, entwässert und zum größten Teil verbrannt wurden, so daß noch
rd. 2,9 Mio. m ³	Trockenschlamm und Asche zu geordneten Deponien abtransportiert werden mußten.
rd. 108.000 m ³	

Der gesamte Abwasserreinigungsaufwand verursachte Betriebskosten in Höhe von rd. 126 Mio. DM. Die kalkulatorischen Kosten betragen rd. 43 Mio. DM, so daß sich die Gesamtkosten der Abwasserreinigung auf rd. 169 Mio. DM belaufen.

Die im Jahre 1984 vom Klärwerksbetrieb erstmalig durchgeführte Ausbildungsarbeit für den neuen Ausbildungsberuf „Ver- und Entsorger“ wurde auch im Berichtszeitraum erfolgreich weitergeführt. Es konnten vier Auszubildende nach bestandener Facharbeiterprüfung in unbefristete Anstellungen übernommen werden.

Zur Ableitung der Abwässer von Grundstücken im Stadtgebiet wurden ca. 3.200 neue Anschlußkanäle gebaut bzw. Veränderungen und Abbindungen von Anschlußleitungen vorgenommen und zwar mit einem Gesamtkostenumfang von ca. 14 Mio. DM. Damit sind über 90% aller Grundstücke im Stadtgebiet einschl. der Industrie- und Gewerbegrundstücke an das

Düsseldorfer Kanalnetz angeschlossen. Durch den Bau dieser 3.000 Anschlußkanäle wurde nicht nur die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung von Neubaugrundstücken sichergestellt, sondern auch in einer Vielzahl von Fällen die ordnungsgemäße Entwässerung von Hausgrundstücken ermöglicht, bei denen bisher nur eine behelfsmäßige Entwässerung z.B. über Sickergruben bestand.

Im Rahmen des Kanalsanierungs- und Abwasserbeseitigungskonzeptes wurden desweiteren beispielsweise auf der Schlesischen Straße durch die Umstellung der öffentlichen Kanalisation von Trenn- auf Mischsystem ca. 800 Grundstücksanschlüsse erneuert. Auf der Kaiserswerther Straße wurden im Zuge der Straßenausbaumaßnahmen die verwurzelten öffentlichen Kanäle beseitigt. In diesem Zusammenhang erfolgte auch der Umschluß von ca. 70 Hausanschlußkanälen sowie 90 Straßenabläufen an einen tiefergelegenen größeren Vorflutkanal.

Ca. 3.100 Gleis-, Weichen- und Straßenentwässerungsanlagen wurden neu gebaut bzw. Veränderungen an Straßenabläufen vorgenommen. Für solche Maßnahmen, die im Auftrag anderer Ämter bzw. Behörden durchgeführt wurden, fielen Kosten in Höhe von insgesamt 11,1 Mio. DM an.

Zu ca. 1.400 Bauanträgen bzw. -anfragen wurde aus abwassertechnischer Sicht schriftlich Stellung genommen. Im Rahmen der Bauantragsbesprechungen wurden ca. 3.500 Bauvorhaben abwassertechnisch und -rechtlich geprüft. Darüber hinaus wurden ca. 2.300 Einleitungen in die öffentliche Abwasseranlage satzungsmäßig geprüft.

Das 1985 vom Rat der Stadt beschlossene Indirekteinleiterkonzept hat die Zielsetzung, bis Mitte 1990 sämtliche (ca. 10.000) Einleitungen industrieller und gewerblicher Art in die öffentliche Abwasseranlage in einem Abwasserkataster zu erfassen und intensiver zu überwachen. Aufgrund der Arbeitsergebnisse im Berichtszeitraum zur Realisierung dieses Konzeptes läßt sich schon jetzt erkennen, daß die zeitliche Vorgabe von 5 Jahren nicht eingehalten werden kann. Ein hauptsächlich Grund dafür ist, daß die Erfassung und Überwachung dieser Einleitungen sich viel schwieriger und zeitaufwendiger gestaltete als bei der Erstellung des Konzeptes eingeschätzt wurde. Die zur fristgemäßen Aufgabenerfüllung benötigte Personalkapazität wurde dementsprechend viel zu gering seinerzeit veranschlagt. Zur Beschleunigung dieser Aufgabenabwicklung wird daher eine deutliche personelle Verstärkung im Indirekteinleiterbereich angestrebt. Darüber hinaus wird z.Zt. überlegt, inwieweit Teilaufgaben durch Vergabe an Ingenieurbüros abgewickelt werden können. Bisher konnten 250 Industrie- und Gewerbebetriebe erfaßt werden. Intensiv überwacht werden z.Zt. etwa 150 Einleitungen von Industrie- und Gewerbebetrieben in die öffentliche Kanalisation. Die Kosten für Abwasseruntersuchungen an diesen 150 Einleitstellen

beliefen sich im Berichtszeitraum auf rd. 1,3 Mio. DM. Darüber hinaus wurden an 35 Stellen im Kanalnetz Abwasserproben zur Überwachung der Abwasserqualität in der öffentlichen Abwasseranlage entnommen und analysiert. Bei 18 Firmen konnte die Abwasserqualität durch Verfahrens- bzw. Produktionsänderungen oder durch Neubauten bzw. Änderungen der Abwasservorbehandlungsanlagen verbessert werden. Die Investitionskosten hierfür beliefen sich bei 7 Firmen auf rd. 340.000,- DM. Z. Zt. werden bei 5 Firmen Maßnahmen zur Verbesserung der Abwasserqualität mit einem Gesamtkostenumfang von etwa 14 Mio. DM geplant bzw. durchgeführt. Zum Aufbau sowie zur Fortführung des Abwasserkatasters für gewerbliche und industrielle Einleitungen, zur Verbesserung der Abwasserqualität und um die Stabilität des Klärprozesses in den beiden Großkläranlagen zu gewährleisten, wurde die Installation einer Dauermeßstation in einem Sammler geplant. Durch diese Meßstation soll sowohl die aus 3 öffentlichen Kanälen dem Sammler zugeführte Abwassermenge als auch die Abwasserqualität dauernd überprüft, aufgezeichnet und ADV-mäßig ausgewertet werden. Zusätzlich erfolgt über diese stationäre Meßstation eine kontinuierliche sowie eine ereignisgesteuerte Abwasserprobeentnahme.

Die Novellierung der „Satzung über die Entwässerung der Grundstücke im Stadtgebiet Düsseldorf“ wurde grundlegend erarbeitet, um die heutigen rechtlichen, technischen und betrieblichen Änderungen in der Abwasserbeseitigung durch Schaffung eines entsprechenden Ortsrechtes auch realisieren zu können. Der Ratsbeschluß hierfür steht noch aus.

Die Gesamtlänge des Düsseldorfer Kanalnetzes mit all seinen begehbaren und nicht begehbaren Kanälen von etwa 1.400 km hat sich im Berichtszeitraum um rd. 35 km erhöht. Im Zuge dieser Erweiterung des Kanalnetzes hat sich die Zahl der Pumpstationen und Rückhaltebecken vergrößert. Z.Z. stehen 71 Pumpstationen und 16 Rückhaltebecken in betrieblicher Unterhaltung.

Durch eine Reihe wesentlich verschärfter gesetzlicher Bestimmungen, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften etc. zur Optimierung des Gewässerschutzes ist seit den letzten 2 Jahren auch im Bereich des Kanalnetzbetriebes ein starker Aufgabenzuwachs zu verzeichnen. Konnten in den Jahren 1983-1985 im Jahresdurchschnitt noch 32 % des Kanalnetzes kontrolliert und gereinigt werden, so vermindert sich die Reinigungsleistung im Berichtszeitraum auf 25 %. Die notwendige Reinigungsleistung, die für die dauerhafte Aufrechterhaltung der Abwasserfortleitung unabdingbar ist, ging durch die Übernahme zusätzlicher Aufgaben und das zunehmende Alter der Kanäle leider weiter zurück, weil das dazu erforderliche Personal einschließlich der Fahrzeuge im Bereich des Kanalnetzbetriebes bisher nicht zur Verfügung gestellt wurde.

Die Reinigungsarbeiten erstrecken sich im einzelnen auf:

- 1.064 km begehbare Kanäle und Rohrleitungen
- 143.577 Stck. Straßenabläufe
- 5.243 Stck. Gleisentwässerungsanlagen
- 878 Stck. Sickerschachtanlagen
- 17.751 Stck. Leichtflüssigkeits- und Fettabseideranlagen einschl. der zugehörigen Schlammfänge.

Neben den Reparaturarbeiten in den Kanalisationsanlagen wurden 636 Stück schadhafte und nicht mehr verkehrssichere Kanalschachtdeckungen ausgewechselt und reguliert.

775 größere Schäden an den Kanälen und Hausanschlüssen mit teils umfangreichen Aufgrabungen beseitigten die Vertragsunternehmer des Amtes.

1986 wurde vom Rat der Stadt ein "Konzept zur Erhaltung des Kanalnetzes" beschlossen. Dieses sogenannte Kanalsanierungskonzept hat zum Ziel systematisch den baulichen Zustand der öffentlichen Abwasserkanäle zu untersuchen, zu bewerten und - wo erforderlich - die notwendigen Sanierungsmaßnahmen einzuleiten. Diese Kanalzustandskontrolle erfolgte mit Hilfe einer selbstfahrenden Kamera bis Mitte 1988 durch eine Fachfirma. Seit Juli 1988 wird diese Aufgabe in eigener Regie mit einem betriebseigenen TV-Untersuchungsfahrzeug abgewickelt. Bisher konnte allerdings sowohl die zeitliche als auch die inhaltliche Sollvorgabe dieses Konzeptes nur zu einem Teil erfüllt werden. Zu begründen ist dies u.a. durch zeitlich nicht steuerbare aber äußerst sinnvolle andere Verwendungszwecke der hierfür zur Verfügung stehenden Personal- und Gerätekapazität wie z.B. für die Bauabnahme öffentlicher Kanäle im Rahmen der Gewährleistungspflicht, für die Kontrolle öffentlicher Kanäle vor Beginn umfangreicher Straßenbaumaßnahmen etc.. Verglichen mit den Jahren 1983-1985 ist jedoch im Berichtszeitraum eine deutliche Steigerung der Kanalzustandskontrolle mit insgesamt 200 km systematisch untersuchten Rohrleitungen zu verzeichnen, die jedoch gemessen am Kanalsanierungskonzept vom Umfang her nicht zufriedenstellend sein kann. Für den gesamten Kanalnetzbetrieb wird daher angestrebt, die Personalkapazität in Orientierung an das Kanalsanierungs- und Abwasserbeseitigungskonzept so zu erweitern, daß die Aufgabenentwicklung an die veränderten Anforderungen des Gewässerschutzes angepaßt werden kann.

278 Stck. Hausanschlußkanäle von DN 100 - DN 200 wurden mit 2 transportablen Fernsehkameras auf bauliche Schäden untersucht. Erforderliche Aufgrabungen im öffentlichen

Verkehrsraum, auch im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen und Wohnumfeldverbesserungen, konnten so gezielt durch Fachfirmen vorgenommen und auf das Notwendigste beschränkt werden.

Daß die Abwasserbeseitigung nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein ökonomisches Problem ist, verdeutlichen die Kosten der öffentlichen Abwasserbeseitigung in Düsseldorf. Sie beliefen sich im Berichtszeitraum einschl. der ans Land zu zahlenden Abwasserabgaben auf ca. 320 Mio. DM. Sie wurden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten über eine Kostenrechnung ermittelt. Diese ist auch Kalkulationsgrundlage für die Abgabenerhebung und für Kostenverrechnungen mit Dritten sowie ein Instrument zur Gewinnung von Informationen über das betriebliche Geschehen zur Planung, Steuerung und Kontrolle der wirtschaftlichen Durchführung der Abwasserbeseitigung. Zur Betriebsabrechnung wurden jährlich von 100 Kosten und Ertragsraten bzw. Unterkonten Tausende von Daten über diverse Zwischenrechnungen, Schlüsselungen und Abgrenzungen sowie inner- und außerbetriebliche Leistungsverrechnungen auf 150 Kostenstellen verteilt und zu ca. 600 verdichteten Ergebnispositionen zusammengefaßt. Zur rationalen Abwicklung der Rechnungsvorgänge werden seit 1983 wesentliche Teile der Kostenrechnung mit Hilfe der ADV erstellt.

Zur Deckung von Abwasserbeseitigungskosten von ca. 320 Mio. DM wurden neben Kostenverrechnungen mit Nachbargemeinden, Dritten und dem Steuerhaushalt für die Entwässerung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelte Kanalbenutzungsgebühren erhoben. Desweiteren erfolgte aufgrund bundes- und landesrechtlicher Regelungen seit 1981 die jährliche Veranlagung zu Abwasserabgaben, wobei die eingezogenen Beträge in vollem Umfang an das Land abgeführt werden müssen. Die Stadt Düsseldorf ihrerseits hat im Berichtszeitraum für ihre eigenen Regen- und Schmutzwasserreinleitungen in den Rhein rd. 22 Mio. DM gezahlt. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß noch nicht alle Festsetzungsbescheide insbesondere aus den Jahren 1987 und 1988 vorliegen und andererseits, daß in einigen Fällen noch Widerspruchs- und Klageverfahren über die endgültige Höhe der Abwasserabgabe laufen. Mittels EDV-Einsatz sind im Berichtszeitraum insgesamt ca. 200.000 abschließende Gebührenveranlagungen und ca. 1,8 Mio. Teilgebührenfestsetzungen durchgeführt worden. Aufgrund von Anträgen auf Reduzierung der Kanalbenutzungsgebühren wurden die Voraussetzungen für Gebührenermäßigungen in Höhe von ca. 21 Mio. DM bezogen auf 3 Jahre überprüft. Insbesondere bei Industrie- und Gewerbebetrieben waren auch Prüfungen vor Ort erforderlich. Mit der Herstellung, Veränderung bzw. Abbindung von ca. 3000 Anschlußkanälen entstanden Kosten in Höhe von ca. 14 Mio. DM. Sie wurden im wesentlichen durch entsprechende Heranziehungsbescheide von den

Anschlußnehmern zurückgefordert und durch diese erstattet. Aufgrund von Anträgen und Widersprüchen zu Gebühren- und Kostensatzbescheiden wurden ca. 12.000 Fälle bearbeitet.

Beim Bau der Kanalisationsanlagen ließ es sich nicht immer vermeiden, daß auch Privatgrundstücke in Anspruch genommen werden mußten. Dazu war der Abschluß einer Vielzahl Verträgen bzw. ihre Änderung, insbesondere bezüglich der haftungsrechtlichen Fragen, der rechtlichen Sicherung der Bauwerke, der Regelung von Entschädigungen und technischer Belange erforderlich. Es wurden sehr zeitaufwendige Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern, öfters vertreten durch Rechtsanwälte, und mit den Pächtern geführt.

Zur Abwicklung der ADV-Angelegenheiten (Auskünfte, Berechnungen, Datei- und Programmpflege) werden im Amt 67 zur Zeit 18 Bildschirme und 6, zum Teil grafikfähige Drucker, eingesetzt.

Herauszuheben ist nach wie vor das „Integrierte Tiefbau-Verfahren“, mit dem die Aufgabengebiete Leistungsbeschreibung, Kostenanschlag und Angebotsprüfung abgewickelt werden. Darüber hinaus sind etliche Auskunftssysteme wie z.B.

- Abwasserbeseitigungskonzept,
- interne Haushaltsliste,
- Behelfsentwässerungen,
- Baustellenpläne

in Benutzung. Mit dem Anschluß an die Datenbanken des Umweltbundesamtes wurde die Möglichkeit geschaffen, aktuelle Informationen aus den Bereichen Umweltliteratur und Umweltforschung online zu erhalten. Mit Beschaffung des Programmes "LWA-FLUT" ist es dem Amt erstmals möglich, selbständig hydraulische Langzeitsimulationen im Kanalnetz durchzuführen und damit Sonderbauwerke (z.B. Regenüberlaufbecken) optimal zu dimensionieren.

Seit Mitte 1988 wird in Zusammenarbeit mit dem Amt 18 eine Studie über den wirtschaftlichen Einsatz weiterer ADV-Verfahren im Amt 67 erarbeitet.

Hier sollen die Bereiche

- Labor,
- Kanaldaten,
- Kanalzustand,
- Vermögensbewertung,
- Netzberechnung,
- Netzsteuerung und
- Computerunterstütztes Zeichnen

untersucht werden, um weitere rationellere Arbeitsweisen durch die Datenverarbeitung zu ermöglichen.

Bachläufe/Wasserbau

Die Bedeutung der Wasserläufe in unserer Stadt als Bestandteil der Landschaft und damit

ihre Gestaltung rückten im Berichtszeitraum noch stärker ins Bewußtsein der Bürger, des Rates und der Verwaltung. Die Gewässerplanungen mit dem erklärten Ziel der möglichst naturnahen Gestaltung wurden intensiv fortgeführt.

Die oberirdischen Wasserläufe erhalten damit den gleichen Stellenwert wie die geordnete Abwasserbeseitigung der Stadt.

Parallel zur naturnahen Umgestaltung der Gewässer muß nach wie vor die geregelte und vorschriftsmäßige Vorflut sichergestellt werden. Das wird durch die über das ganze Jahr laufenden Unterhaltungsmaßnahmen einschließlich aller Maßnahmen für den Ausbau, Ausgleich der Wasserführung sowie die Umgestaltung von Wasserläufen in einem naturnahen Zustand, soweit dies im Großstadtbereich möglich ist, erreicht.

Im Zuständigkeitsbereich der Stadt wurden an den Gewässerläufen auf eine Länge von 64 km, den Ziergewässern von 20 ha Größe, den städtischen Rheinufern (7,52 km) und Rheinvorländern, den Industrie- und Sporthäfen mit 12,9 km Umfangsgelände und den Deichen und Hochwasserschutzmauern (29,5 km Länge) für 7,62 Mio. DM Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Für Sanierungs-, Ausbau und naturnahe Umgestaltungsmaßnahmen an den Gewässern, Deichen und Hochwasserschutzmauern sind 1,38 Mio. DM aufgewandt worden.

Folgende größere Maßnahmen wurden realisiert bzw. sind in der Planung:

- Einleitungsbauwerk Ratherbroicher Grenzgraben
- Deichprojekt Itter-Himmelgeist
- Kittelbachverlegung im Zuge der A 44
- Ufersanierung Landskrone
- Naturnaher Ausbau der nördlichen Düssel im Bereich Simrock-/Graf-Recke-Str.
- Gestaltung Klärteich Gut Holt
- Überwölbung der inneren nördlichen Düssel im Bereich Burgplatz
- Zusammenstellung der Wasser- und Sedimentuntersuchungen für die Erstellung der Gewässergütekarte.

Für die Maßnahmen des Hafengewässerbaus, die die Abt. Wasserbau für die städt. Häfen und das Sportamt plant und ausführt, sind im Berichtszeitraum Ingenieuraufgaben und Fachberatungen neben den Aufsichts- und Kontrollfunktionen angefallen, die zusammen mit der Endabwicklung Rheinpark Bilk 9,26 Mio. DM betragen. Dazu gehören die Sollsohlenherstellung und Überwachung der Gewässer sowie die Sicherheitsüberprüfungen sämtlicher Uferwände am Strom und in den Häfen.

An größeren Baumaßnahmen sind zu nennen:

- Im Hafengebiet „C“
 - Neubau einer Kaianlage mit Spundwand
 - Pflasterböschung und Kranbahn auf 350 m Länge

- Verlängerung der gepflasterten Uferböschung um 70 m vor der Fa. Deuka
- Im Zollhafen
 - Herstellung einer Wandfußsicherung an der stadtseitigen Ufermauer
 - Neubau eines Rheinbahnsteigers
- Überholung der Rheinuferbefestigungen von der Landzunge Rheinpark Bilk bis zur Rheinkniebrücke
- Umgestaltung der Bastion Ufermauer Berger Hafen
- Erstellung einer Sitzstufenanlage mit Bastionen am Zollhafenkopf.

Zu ca. 420 Bauanträgen, Bbauungs- und Flächennutzungsplänen, Planfeststellungen, Genehmigungsanträgen und Planungen anderer städt. Ämter wurden Stellungnahmen abgegeben. Darüber hinaus wurden ca. 80 Anträge im Bereich der Deichaufsicht für die Aufsichtsbehörden geprüft und zur Genehmigung vorbereitet.

Bauobjekte Dritter im Bereich der Deichanlagen und Gewässer wurden geprüft und überwacht.

Die Hochwasserschutzanlagen im Stadtbereich einschl. die der 3 Deichverbände mit 3.400 ha Polderflächen wurden ganzjährig betreut und in sicherem Zustand gehalten.

Chemisch-biologische Laboratorien

Durch die wesentlich verschärften gesetzlichen Bestimmungen, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften etc. zur Optimierung des Gewässerschutzes ist seit den letzten 3 Jahren auch im Bereich der Chemisch-biologischen Laboratorien ein weiterer Aufgabenzuwachs zu verzeichnen. Die Arbeit der Laboratorien konzentrierte sich insbesondere auf die Indirekteinleiter-, Kanalnetz- und Kläranlagenüberwachung und war durch Grundwasser-Oberflächengewässerkontrolle sowie durch Boden-, Altlasten- und Abfalluntersuchungen geprägt. Die Aufgabenerweiterung erbrachte eine Erhöhung der Gesamtleistung gegenüber dem Berichtszeitraum 83-85 um 3 Mio. DM unter dem Gesamtumsatz von ungefähr 8,4 Mio. DM. Die Zahl der analytischen Einzelbestimmungen stieg um 95.220 auf insgesamt 271.220. Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum 658 rechtsfeste Einzelgutachten im Auftrag des eigenen Amtes, der Unteren Wasser- und Abfallbehörde, des Stadtreinigungs- und Fuhramtes, des Garten- und Friedhofsamtes und Institutionen und Firmen in städtischer Trägerschaft ausgefertigt. Die Arbeitskapazität der Laboratorien war damit voll ausgelastet.

Die Geräteausstattung der Laboratorien wurde auch im Berichtszeitraum zur Bestimmung neuer, bisher nicht qualitativ und quantitativ erfaßter umweltrelevanter Stoffe weiter modernisiert. Die Qualität der Geräte erfüllt heute die Forderungen des Standes der Analytik.

Folgende Analyseverfahren wurden neu eingeführt oder in der Aussagefähigkeit und im Beweissicherungsverfahren überarbeitet:

- Bestimmung von Schwermetallen allgemein, Phosphor
- Bestimmung von organischen Stoffen nach dem Stand der Wissenschaft, wie z.B. Fettsäuren, Phenole, Kohlenwasserstoffe, Harze und Farbstoffe
- Bestimmung von leichtflüchtigen organischen Stoffen, wie z.B. chlorierte Kohlenwasserstoffe
- Übersichtsbestimmung von organischen Stoffen
- Bestimmung von kondensierten Aromaten
- Bestimmung von anorganischen Anionen, wie z.B. Sulfat, Chlorid, Sulfid, Ammonium, Phosphat, Nitrit, Nitrat nach dem Stand der Wissenschaft.

Die analytischen Bestimmungsergebnisse dienen insbesondere als Grundlage für Betriebsneuerungsmaßnahmen der Klärwerke, für die Beurteilung von Indirekteinleitungen nach den Bestimmungen der Ortssatzung sowie für die Beurteilung von Abfällen nach den Bestimmungen des Abfallgesetzes. Darüber hinaus werden die Analyseergebnisse für die Bewertung von Störfällen im gesamten Bereich der Abwasserbeseitigung und für die Lösung wichtiger chemischer, biochemischer und biologischer Grundsatzfragen in der Abwasserreinigung herangezogen. Als Beispiele der praxisbezogenen klärtechnisch bedeutsamen Grundlagenentwicklungen sind folgende Fragestellungen aus chemisch-analytischer sowie aus biologischer und mikrobiologischer Sicht in Zusammenarbeit der Grundstücksentwässerungsabteilung und dem Klärwerksbetrieb gelöst bzw. behandelt worden:

- Schwimmschlammbildungen auf der Grundlage "Norcadia" in der Biologie des Klärwerkes Süd
- Blähschlammentwicklung und -bekämpfung im Klärwerk Süd
- CSB-Restbelastungen der Klärwerkseinleitungen in den Rhein insbesondere unter dem Aspekt der Struktur der Reststoffe
- Komplexbildungsmechanismen-Remobilisierung von Schwermetallen durch Komplexbildner in den beiden Klärwerken
- Nitrifizierungsfragen und Sauerstoffeintrag im Klärwerk Nord
- Prüfung von Toxizitäten und Abbaueigenschaften von Inhaltsstoffen aus Abwässer und Abfällen
- Messung von Abwassermengen im Indirekteinleiterbereich durch mobile Meßstationen, um so aus der Abwassermenge und der separat gemessenen Schadstoffkonzentration die Schmutzfracht ermitteln und bestimmen zu können.

In Störfällen werden Sofortmaßnahmen zur Schadenbegrenzung oder -verhütung und die Entsorgung der toxischen Stoffe festgelegt. Als herausragende Beispiele für Störfalleinsätze und die in diesem Zusammenhang durchge-

fürten analytischen Arbeiten sind folgende Fälle zu nennen:

- kontaminiertes Löschwasser aus Großbränden, das z.B. bei der Brandbekämpfung von gelagerten Schädlingsbekämpfungsmitteln, von chemischen Grundstoffen der chemischen Industrie und von Fettkoholen im Hafen Reisholz anfiel
- Einleitung von giftigen Schwermetallen aus

- einem Galvanikbetrieb ins Klärwerk Süd
- Formaldehydeenleitung eines Chemiewerkes ins Klärwerk Süd.

Die Ausbildungsarbeit der Laboratorien wurde mit gutem Erfolg weitergeführt. Im Berichtszeitraum sind 3 Ausbildungskräfte in unbefristete Anstellungen übernommen worden. Zur Zeit werden 4 Chemielaboranten nach den Maßstä-

ben der Chemischen Industrie sowie 3 Ver- und Entsorger ausgebildet.

Die Untere Wasser- und Abfallbehörde wurde Anfang des Jahres 1988 aus dem Kanal- und Wasserbauamt ausgegliedert und dem neu geschaffenen Umweltamt zugeordnet.

Amt 68 – Garten-, Friedhofs- und Forstamt

Amtsleiter: Ltd. Verwaltungsdirektor Bert Gillet

Allgemeines

Seit dem 01.09.88 ist Bert Gillet Leiter des Amtes. Sein Vorgänger Dipl.-Ing. Per-Halby Tempel wurde mit Wirkung vom 31.01.88 in den Ruhestand versetzt.

Der Berichtszeitraum wird durch den Zuwachs von Aufgaben ohne eine entsprechende finanzielle und personelle Ausstattung bestimmt. Der Aufgabenzuwachs der Abt. „Gartenanlagen“ konnte durch 16 neue Stellen teilweise ausgeglichen werden. Der Personalbestand der Friedhöfe ging trotz der Erweiterung der ausgebauten Friedhofsflächen um rd. 2 ha und erneuter Verkürzung der Arbeitszeit zurück. Insgesamt stieg die Zahl der Mitarbeiter auf 722 (Arbeiter + 21, Angestellte und Beamte + 9) zuzüglich 22 Putzkräfte, 8 Saisonkräfte (Hilfsaufseher), 62 Azubi verschiedener gewerblicher Fachrichtungen und durchschnittlich ca. 45 Mitarbeiter in ABM.

Die vom 30.04. bis 11.10.1987 unter dem Motto „Der Garten für uns alle“ im rd. 72 ha großen Südpark durchgeführte Bundesgartenschau erneuerte den Ruf Düsseldorfs als Kunst- und Gartenstadt. Die Anlage des Südparks und die Durchführung der Bundesgartenschau lagen zwar in Händen der Bundesgartenschau 1987 Düsseldorf GmbH. Das Garten-, Friedhofs- und Forstamt unterstützte das für die Stadt bedeutende und auf die 700-Jahr-Feier 1988 einstimme Ereignis durch die Tätigkeit der Koordinierungsstelle, durch vielfältige, der Aktivierung und Verbesserung des Stadtgrüns dienende Begleitmaßnahmen und durch seine Mitarbeit bei dem Wettbewerb „Grünes Düsseldorf 1987“ zur Förderung der Begrünung von Innenhöfen, Fassaden, Dächern und Baumpatenschaften.

Am 18.12.1986 beschloß der Rat der Stadt eine neue Fassung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Am 16.09.87 setzte der Fachausschuß neue Wohnlaubengebühren für Dauerkleingärten fest.

Gleichzeitig stimmte er dem Inhalt eines Generalpachtvertrages mit dem Stadtverband Düsseldorf der Kleingärtner e. V. zu.

Die Parkaufsicht erstattete 7515 Anzeigen und erhob rd. 79.000,- DM Verwarnungsgelder.

Grünordnungs- und Bauleitplanung

Der 1987 den Fachausschüssen und Bezirksvertretungen vorgestellte Entwurf des Grünordnungsplanes ist in Anpassung an die Änderungen des Entwurfs zum Flächennutzungsplan fortgeschrieben worden. Er soll mit diesen Änderungen erneut eingebracht werden. Die Mitwirkung bei Planfeststellungsverfahren (z.B. Deponie Hubbelrath) und städtischen oder privaten Planungsvorhaben (z.B. Tieflegung Rheinuferstraße, Albertussee, Kölner/Werdener Straße, Golfplatz Mydlinghoven) sowie die Beteiligung an Umweltverträglichkeitsprüfungen (z.B. B 8n) führte entsprechend der gewachsenen Bedeutung des Umweltschutzes zu gestiegenen Anforderungen an die fachlichen Stellungnahmen. Das gilt wegen zunehmender Festsetzungen von Begrünungsmaßnahmen in Bebauungsplänen und verstärkter Eingriffsregelungen nach dem Bundesnaturschutzgesetz, dem Landschaftsgesetz NW und der Baumschutzsatzung auch für die Mitarbeit in Bauantragssachen, die Aufstellung bzw. fachliche Begleitung von landschaftspflegerischen Begleitplänen (z.B. für die Deponie Hubbelrath, die A 46, die A 44 und die B 8 n) und die Tätigkeit in verschiedenen verwaltungsinernen Arbeitskreisen, deren Ziel der Schutz der Umwelt ist.

Das 1986 für eine Vitalitätsbewertung der Wald- und Straßenbäume bei einer Befliegung gewonnene Fotomaterial wurde systematisch ausgewertet. Es bildet die Grundlage der teilweise fertig gestellten Straßenbaumdatei.

Zur Förderung durch das Land erarbeitete „Sachprogramme“ für Kinderspielplätze, Nachbarschaftsparks, öffentliches Grün und Bag-gerseen erforderten umfangreiche vorberei-

tende Untersuchungen, Auswertungen und Vorplanungen. Für die Nachbarschaftsparks Diepenstraße und Am Hackenbruch wurde 1988 eine Landeszuwendung bewilligt. Das Sachprogramm Kinderspielplätze wurde 1988 durch den Rat beschlossen.

Landschaftsplanung

1986 wurden die zuständigen Ratsausschüsse und die Bezirksvertretungen, 1987 wurden der Landschaftsbeirat und in 8 bezirksbezogenen Veranstaltungen die Öffentlichkeit über das Ergebnis der bisherigen Arbeiten am Landschaftsplan unterrichtet. Zusätzlich wurde im Nordpark eine dem Thema „Landschaftsplan“ gewidmete Ausstellung durchgeführt. Die bei der Öffentlichkeitsarbeit gewonnenen Erkenntnisse und die umfangreichen Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange wurden ausgewertet. Ende 1988 waren der Entwurf des Landschaftsplanes mit textlichen Darstellungen und Festsetzungen sowie Erläuterungen und die digitalisierte Festsetzungskarte druckreif fertiggestellt.

Im Rahmen der landschaftsökologischen Grundlagenuntersuchungen wurden für die durch den Regierungspräsidenten einstweilen sichergestellten Naturschutzgebiete Rothhäuser Bachtal und Urdenbacher Kämpe Aufträge für Biotopmanagementpläne vergeben. Sie sollen mittel- bis langfristige Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen aufzeigen. Die Aufträge wurden 1988 abgewickelt.

Die geplanten Sicherstellungen von Landschaftsteilen, z. B. Urdenbacher Kämpe, Rätiger Weg, Hildener Straße, wurden durch fachliche Stellungnahmen unterstützt.

Im Sachbereich Landschafts- und Stadtökologie wurden Eigenkartierungen im Bereich der Gebüschgesellschaften und der Mauerfugenvegetation erfaßt. Als Auftragsarbeit wurde eine „Vegetationstypenkarte“ fertiggestellt. Sie bildet eine der Grundlagen für die weitergehende Stadtbiotopkartierung, zu der 1988 für 2

Biologen eine ABM bewilligt wurde. Exemplarisch wurde für den linksrheinischen Stadtbezirk ein Biotopverbundsystem aufgezeigt. In seinem Rahmen wurde die Einrichtung eines „Stadt-Natur-Lehrpfades“ vorgeschlagen.

Wohnumfeldverbesserungen und Öffentlichkeitsarbeit

Die Mitarbeit am „Innenhofbegrünungsprogramm“ erforderte 1986 mit ca. 185 Beratungsterminen und den sich anschließenden Arbeiten erheblichen Aufwand. 1987, dem Jahr der Bundesgartenschau, wurden über 210 Interessenten beraten. 1988 sank diese Zahl auf ca. 120. Rund 30 Fassaden städtischer Gebäude wurden begrünt, überwiegend unter finanzieller Beteiligung des Landes.

Bei der Mitarbeit im Arbeitskreis für Wohnumfeldverbesserung und im Koordinierungskreis Garath konnten zahlreiche Anregungen für lokale Begrünungsmaßnahmen gegeben werden. Interessierte Bürger wurden beraten. Während der Bundesgartenschau wurde in Verbindung mit dem Zentralverband Gartenbau eine dem Thema Wohnumfeldverbesserung gewidmete Vortragsreihe veranstaltet.

Vorbereitende Arbeiten galten den Sanierungsgebieten Kaiserswerth und Derendorf.

Im Rahmen des Begleitprogramms zur Bundesgartenschau wurden für mehr als 15 innerstädtische Bereiche Vorentwürfe zur Aufstellung von Pflanzschalen ausgearbeitet.

1986 lag der Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit in der Durchführung von Ausstellungen. Die Ausstellung „Grün in die Stadt“ wollte Anregungen vermitteln. Die in verschiedenen Stadtteilen präsentierte und anderen Städten überlassene Ausstellung „Bäume in der Stadt“ wies eindrucksvoll auf die extremen Lebensbedingungen städtischer Straßenbäume hin. Bei einer weiteren Ausstellung wurden die prämierten Beiträge des durch ein Faltblatt unterstützten Wettbewerbs „Grüne Wände in Düsseldorf“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Instandgesetzten „Ballhaus“ des Nordparks wurde 1987 durch die Ausstellung „50 Jahre Nordpark“ ein Überblick über die bewegte Geschichte des Nordparks gegeben. Während der Bundesgartenschau wurden zahlreiche in- und ausländische Besuchergruppen und Fachleute durch die Bundesgartenschau und zu den Schwerpunkten der Wohnumfeldverbesserung geführt. 1988 fanden weitere Führungen statt.

Die Betreuung der in einer ADV-Datei gespeicherten Baumpaten wurde fortgesetzt. 1987 wurde – für die Bundesrepublik einmalig – die 3.000. Baumpatenschaft übernommen.

Entwurf und Neubau

1986 trat das Programm zur Wohnumfeldverbesserung in die Realisierungsphase. Es wurde im Bereich zwischen Hauptbahnhof und

Volksgarten mit Rücksicht auf die Bundesgartenschau stark forciert. Die Bundesgartenschau bestimmte auch den Zeitplan für die übrigen Ausbaumaßnahmen in ihrem Umfeld, insbesondere den Abschluß der sich über 52 ha erstreckenden Begrünung über und an der A 46. Nach Abschluß der Bundesgartenschau trat mit den Vorbereitungen für die Tieferlegung der Rheinuferstraße ein stadtgestalterisch gleichermaßen bedeutsames Vorhaben in den Vordergrund.

Im Sachgebiet Kinderspielplätze und Kindertagesstätten wurden Neu- und Umbaumaßnahmen im Wert von rd. 3,3 Mio DM ausgeführt, von denen rd. 0,6 Mio DM auf Kindertagesstätten entfallen. 4 baureife Vorhaben mußten zur Haushaltskonsolidierung zurückgestellt werden. Andererseits konnten die haushaltsmäßig bereitgestellten Mittel trotz des Einsatzes freischaffender Landschaftsarchitekten auch in der Berichtszeit nur teilweise ausgegeben werden. Darunter litt auch die Realisierung des am 17.09.86 durch den Fachausschuß beschlossenen Programms „Spielen mit Wasser“.

Hervorgehoben seien die neuen Kinderspielplätze auf der Tiefgarage „Kaiserpark“ (Kaiserswerther Straße) und an der Sternstraße. Für den Umbau des Kinderspielplatzes Maasstraße spendete der Verkehrs- und Verschönerungsverein Oberkassel 15.000,- DM. Der Neubau des Kinderspielplatzes Velberter Straße mußte wegen möglicher Altlasten eingestellt werden.

Am Ende der Berichtszeit waren 358 Kinderspielplätze vorhanden (+ 11).

Im Bereich des allgemeinen Grüns wurde im Rahmen des mit Landesmitteln geförderten Programms zur Wohnumfeldverbesserung in den Stadtteilen Oberbilk, Unterbilk, Friedrichstadt und Flingern über 750 Bäume gepflanzt und neue Grünflächen gestaltet. Dazu zählt auch die Erweiterung des Lessingplatzes und der Neubau einer Grünverbindung von der Schmiedestraße zur Sonnenstraße. Die Pflege eines Teils dieser Grünverbindung wurde dem „BUND“ (Bund für Umwelt und Naturschutz) übertragen.

Eine weitere Grünverbindung wurde parallel zur Brinkmannstraße fertiggestellt.

Der Vorplatz von Schloß Benrath wurde erneuert und mit einem Rieselbelag versehen. Auf der fertigen Platzfläche wurden nach historischem Vorbild 40 mit Lorbeerbäumen bepflanzte Baumkübel aufgestellt (Gesamtkosten rd. 1 Mio DM).

Das Löbbbecke-Museum - Aquazoo im Nordpark wurde mit einem Aufwand von 1,1 Mio DM in den Nordpark eingebunden.

Der Rheinpark Bilk wurde 1988 zeitgleich mit dem Bezug des neuen Landtages fertiggestellt und seiner Bestimmung übergeben (Gesamtkosten ca. 1,35 Mio DM).

Das Verkehrsgrün wurde weiter ausgebaut. Am umfangreichsten waren die landschaftsgärtnerischen Arbeiten zur Einbindung der A 46. Die Begrünung des Fleher Knotens wurde abgeschlossen. Auf dem Mittelstreifen der Straße Auf'm Hennekamp wurden 1986 350 Bäume gepflanzt. Von den 1988 durchgeführten Maßnahmen seien die Gestaltung des Verkehrsgrüns in Hellerhof (Kosten 1,4 Mio DM), die Pflanzung von 71 Linden auf der Heerdter Landstraße und die Gestaltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Bau des Fußgängertunnels und der U-Bahn-Haltestelle Tonhalle erwähnt.

Der Fachausschuß beschloß am 05.03.1987, Frau Tita Giese zu beauftragen, die Mittelstreifen und Baumscheiben der Berliner Allee zwischen Hütten- und Steinstraße zu begrünen.

Im Schulbereich wurden in der Berichtszeit mit einem Aufwand von rd. 1,65 Mio DM Außenanlagen an über 160 Schulen gestaltet, ergänzt oder verbessert. Dabei wurden die Schulsportanlage Stettiner Straße (205.000,- DM) und die Außenanlagen der Sporthalle Siegburger Straße (176.000,- DM) sowie der Grundschule Hellerhof (162.000,- DM) neu gestaltet.

Für die Außenanlagen an Kultur-, Verwaltungs- und Versorgungsbauten und für sonstige Maßnahmen wurden rd. 655.000,- DM aufgewendet. Hervorzuheben sind die Außenanlagen des Betriebshofes Ost des Stadtreinigungs- und Fuhramtes und des 1. Bauabschnittes der Kläranlage Nord sowie die Renaturierung der nördlichen Düssel.

Im Sachgebiet Kleingärten konnte 1986 der 1. Bauabschnitt der Dauerkleingartenanlage Hellerhof mit 35 Gärten fertiggestellt werden. 1988 wurde der 2. Bauabschnitt mit 63 Gärten vollendet. Die Arbeiten für den 3. Bauabschnitt mit 44 Gärten und für die neuen Dauerkleingärten am Sermer Weg und an der Frobenstraße wurden begonnen.

Die Gemeinschaftsanlagen der in das Gelände der Bundesgartenschau einbezogenen Daueranlagen wurden mit einem Aufwand von rd. 637.000,- DM überholt und verbessert.

Die Zahl der Bauanträge von Kleingärtnern hat, nachdem der Fachausschuß 1987 die bis dahin gültige Begrenzung der bebaubaren Fläche aufhob und unter Ausschöpfung des Rahmens des Bundeskleingartengesetzes Lauben mit einer Grundfläche bis zu 24 m² zuließ, erheblich zugenommen. Sie stieg bei unveränderter Personalausstattung von 250 im Jahre 1987 auf 345 im Jahre 1988.

Unterhaltung und Pflege von öffentlichen Grün- und Parkanlagen

Die Begleitmaßnahmen der 1987 durchgeführten Bundesgartenschau stellten erhebliche Anforderungen an die Betriebsführung und die Betriebsstellen. Mit einem Aufwand von ca. 2,1

Mio DM wurden Wegeflächen überarbeitet, Rasenflächen regeneriert, Baumstandorte verbessert (640.000,- DM), das Anlagenmobiliar ergänzt (350.000,- DM), Einjahresblumen gepflanzt und Blumenzwiebeln ausgebracht.

Der Ausbildungsbetrieb Gala-Bau gestaltete nach der mit dem Ulrich-Wolf-Preis ausgezeichneten Planung den in das Bundesgartenschau-gelände integrierten Bereich der ehemaligen Leersenstraße. Der Zentralverband Gartenbau verlieh hierfür eine Auszeichnung.

Die zu betreuenden 1.134 Anlagen umfassenden Grünflächen waren am Ende der Berichtszeit, obwohl die Pflege der Messeparkplätze von der NOWEA übernommen wurde, insgesamt 983 tfa groß. Hierin nicht enthalten sind die zur Bundesgartenschau angelegten, ca. 46 ha umfassenden Teilbereiche „In den Gärten“ und „Vor dem Deich“ des Südparkes, deren Pflege der Werkstatt für angepaßte Arbeit GmbH übertragen wurde.

Da die Personal- und Finanzausstattung den Flächenzuwachs, insbesondere den Zugang an Kleinstflächen im Wohnumfeldbereich, die erhöhte Beanspruchung der Flächen durch ihre verstärkte aktive Nutzung und durch eine steigende Zahl von Veranstaltungen sowie den weiterhin gültigen Verzicht auf Herbizide nur zum Teil ausglich, konnte der Pflegezustand insgesamt nicht gehalten werden.

Die Zahl der Straßenbäume im Stadtgebiet war am Ende der Pflanzperiode 1987/88 ohne Anrechnung der früher berücksichtigten rd. 2.000 Bäume auf den Messeparkplätzen auf 45.134 Stück angestiegen (+ 1.192). Damit stieg u. a. auch die Zahl der wachsenden Koordinierungsaufwand erfordernenden Umlaufverfahren. Unabhängig davon verzeichnete das Baumsachgebiet aufgrund der Baumschutzsatzung und des gewachsenen Bewußtseins um die Wohlfahrtswirkungen der Bäume eine erhöhte Inanspruchnahme (über 1100 Beratungen und 1594 Befreiungsanträge, von denen 126 abgelehnt wurden). Die Arbeiten für den Aufbau einer Straßenbaumdatei wurden fortgesetzt. Der Aufbau einer Grünflächendatei wurde für den Bereich der Abt. 3 vorläufig abgeschlossen. Die damit gewonnenen Möglichkeiten können erst teilweise genutzt werden, da die Ausstattung der Unterhaltungsbezirke mit der erforderlichen Hardware noch fehlt.

Die der Sicherheit der spielenden Kinder dienende DIN-gerechte Ausstattung der bestehenden Kinderspielplätze wurde 1986 im wesentlichen abgeschlossen. 1988 wurde mit Unterstützung des Landes eine im Bereich des Freizeitparks Heerdt festgestellte Altlast saniert. Der Kinderspielplatz an der Fritz-Röber-Straße wurde aufgegeben. Insgesamt wurden am Ende der Berichtszeit 358 Kinderspielplätze mit 26 Sandmatschanlagen betreut.

Die Uferzonen der Landskrone wurden reguliert, die technische Ausstattung der Wasserbecken und Fontänen im Nordpark überholt. In

Teilbereichen des Schloßparks Garath wurde eine Wasserleitung installiert. Der Rat der Stadt beschloß 1988, mit einem veranschlagten Aufwand von 1,9 Mill DM die Kaskaden im Französischen Garten von Schloß Benrath zu restaurieren.

Im Nordpark wurde 1987 das Löbbecke-Museum/Aquazoo eröffnet. Das Cafe-Restaurant Nordpark wurde erweitert. Im Schloßpark Eller und im Park Elbroich wurde mit Unterstützung von Bürgerinitiativen jeweils ein Musikpavillon errichtet und seiner Bestimmung übergeben. Mit finanzieller Unterstützung der Stadt wurde auf dem Gutshof Niederheid 1987 ein „Kinderbauernhof“ eingerichtet. Die zur Bundesgartenschau im Bereich des Volksgartens errichtete Spielburg wurde, weil ihre ursprüngliche Zweckbestimmung wegen der Folgekosten aufgegeben werden mußte, als Betriebs-hof übernommen. Der Unterhaltungsbezirk 10 wurde mit Rücksicht auf die eingetretenen und zu erwartenden Flächenzugänge in den Stadtteilen Garath und Hellerhof von Benrath nach Garath (Am Kapeller Feld 40) verlegt.

Am 01.01.1987 wurden von der Liegenschaftsverwaltung 26 insgesamt 50,7 ha große Kleingartenanlagen übernommen, die nach dem BKleingG künftig als Dauerkleingartenanlagen gelten.

Die Zahl der Erdbestattungen und Kremationen entwickelte sich wie folgt:

Erdbestattungen		davon in Einzelgräbern	in Wahlgräbern
1986	6012	28,6%	71,4%
1987	5692	27,4%	72,6%
1988	5761	28,8%	71,2%
Kremationen		davon Ortsansässige	
1986	2247	1141	
1987	2297	1147	
1988	2527	1302	

Die Kriegsgräberfelder 118 auf dem Friedhof Nord sowie 20 und 46 auf dem Friedhof Süd wurden erneuert. Auf dem Friedhof Stoffeln wurde 1988 ein Teil des Niederländischen Ehrenfeldes neu hergerichtet.

Seit dem 06.10.87 ist der südliche Teil des Friedhofs Nord als Baudenkmal geschützt. Hier liegt die Mehrzahl der künstlerisch und historisch wertvollen Grabanlagen. Soweit sie auf städt. Friedhöfen liegen, wurden sie 1987 systematisch dokumentiert und aufgelistet. Der Fachausschuß stimmt ihrer Aufnahme in das nach der Friedhofssatzung zu führende Verzeichnis der erhaltenswerten Grabmale am 16.09.1987 zu.

Die Bemühungen zu ihrer Erhaltung wurden im Rahmen der sehr begrenzt verfügbaren Mittel fortgesetzt (5 Grabmale konserviert oder re-

Friedhöfe

Der Rat der Stadt setzte 1986 neue Preise für die städt. Dauergrabpflege fest. Für sie wurden in der Berichtszeit Pflegeverträge im Wert von rd. 1,4 Mill DM geschlossen.

Am 18.12.86 beschloß der Rat der Stadt eine neue Gebührensatzung. Dabei setzte er den für die Gebührenkalkulation wichtigen Anteil des öffentlichen Grüns der Friedhöfe auf 28,9%, der nach Abzug der Nettograbflächen verbleibenden Friedhofsfläche fest. Am 17.12.87 ermäßigte er diesen Anteil auf 14,6% und beschloß abermals erhöhte, im wesentlichen kostendeckende Friedhofsgebühren.

Die Friedhöfe Gerresheim und Itter wurden in der Berichtszeit alljährlich erweitert.

1986 wurden für den Friedhof Stoffeln und 1988 für den Friedhof Heerdt neue Beerdigungsflächen angelegt.

1987 wurde der Besucherparkplatz des Friedhofs Stoffeln ausgebaut.

1988 wurde auf dem Friedhof Süd ein Grabfeld für Beisetzungen nach islamischem Ritus hergerichtet.

stauriert und 33 Grabmale neu fundamiert). Für 8 historische Grabmale konnten 1987 Patenschaftsverträge geschlossen werden.

Der Neubau der 1985 durch Brand zerstörten Belegschaftsunterkunft auf dem Friedhof Süd wurde 1986 fertiggestellt und bezogen. 1988 wurden die Kühlanlagen im Leichenhallentrakt der Friedhöfe Eller und Itter erneuert. Die Leichenhalle des Friedhofs Süd erhielt eine neue Klimaanlage. Die Erneuerung der Dacheindeckung der Kapelle des Friedhofs Nord wurde begonnen. Weitere notwendige Unterhaltungsarbeiten mußten aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden. Das begünstigt den nach der Verordnung über das Leichenwesen zulässigen Ausbau von privaten Aufbahrungsräumen durch die Bestatter. 1987 erfolgten bereits 1.783 und 1988 2.126 Beisetzungen ohne vorherige Inanspruchnahme der Leichen-

zellen der städtischen Friedhöfe, was zu einer spürbaren Mindereinnahme bei den Friedhofsgebühren führte.

Die Beseitigung des Friedhofabbaus verursachte zunehmend Probleme und steigende Kosten. Zur gesonderten Sammlung der anorganischen Abfälle wurden 1987 auf den Friedhöfen Nord, Süd und Stoffeln und 1988 auf den übrigen Friedhöfen spezielle Behälter aufgestellt. Durch ihre gesonderte Abfuhr soll die bisher versuchsweise betriebene Wiederverwendung (Kompostierung) der organischen Abfälle unterstützt werden. Zu dem gleichen Zweck wurden 1986 die Abfallplätze der Friedhöfe Stoffeln und Unterrath ganz oder teilweise erneuert. 1988 wurden die Abfallplätze eingefriedet und mit einer Sperre versehen, um die bei erhöhten Müllabfuhrgebühren um sich greifende unbefugte Nutzung zu unterbinden. Vermehrte Sachbeschädigungen auf dem Friedhof Nord führten dazu, daß dieser Friedhof seit dem 23.10.86 als einziger städtischer Friedhof nachts wieder geschlossen wird.

Am 11. und 12.06.87 traf sich in Düsseldorf der Arbeitskreis der Friedhofs- und Bestattungsamtsleiter beim Deutschen Städtetag zu seiner jährlichen Arbeitstagung.

Städtische Wälder

Bei den von der Forstabteilung betreuten und bewirtschafteten städtischen und privaten Waldflächen war in der Berichtszeit ein Zuwachs von rund 405 ha auf ca. 2.511 ha zu verzeichnen.

Für im Außenbereich gelegenen Flächen von rund 6.200 ha (Landschafts- und Rheinufer-schutzgebiete) wurden die Aufgaben als Untere Landschaftsbehörde (Sonderordnungsbehörde) wahrgenommen.

Bei Aufforstungen auf rund 73 ha wurden über 531.000, bei Nachbesserungen auf rund 40 ha über 195.000 standortgemäße Gehölze gepflanzt. Die Jungwuchspflege erstreckte sich auf rund 477 ha und die Jungbestandspflege auf rund 188 ha. Zur naturgemäßen Waldpflege wurden rund 10.200 fm Holz eingeschlagen.

In Fortführung der bisherigen planmäßigen Waldpflege wurde 1988 mit Genehmigung der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung ein neues Forsteinrichtungswerk – ökologisches Gutachten für den Stadtwald – fertiggestellt.

Neben Arbeiten zum Schutz des Waldes wurden umfangreiche Leistungen zur Erhaltung der Erholungseinrichtungen im Stadtwald (Schutzhütten, Bänke, Kinderspielplätze, Lehr- und Sportpfade) erbracht. Neben rund 140 km Waldwegen wurden rund 82 von insgesamt 100 km Waldreitwegen unterhalten und instandgesetzt. Für ihre zunehmende Benutzung wurden 1988 1.942 Reiterplaketten ausgegeben (1986 = 966).

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden bei 555 Veranstaltungen, z.B. Waldführungen und Vorträgen, rund 30.000 Teilnehmer gezählt. 10 unterschiedlichen Umweltschutzthemen gewidmete Ausstellungen in der Info-Hütte des Wildparks im Grafenberger Wald besuchten über 73.000 Personen.

2,5 Mio Waldbesucher jährlich unterstreichen eindrucksvoll die Bedeutung des Waldes für die Freizeitgestaltung und die Erholung.

Es ist deshalb zu bedauern, daß die Waldschadensbilanz für den Stadtwald noch keine Besserung erkennen läßt. Rund 50% des Bestandes sind geschädigt (3,5% stark, 15,5% mittelstark und 31% schwach). Das ist geringfügig weniger als im Bundesdurchschnitt (52,2%), aber erheblich mehr als im Landesdurchschnitt (39,2%).

Zur Waldschadensbekämpfung wurde 1987 auf 435 ha der Forsten in Eller, Hassels, Benrath und Eichenhorst durch Hubschrauber kohlenaurer Magnesiumkalk ausgebracht. 1987 wurden auf rund 210 ha und 1988 auf rund 431 ha durch den gemeinen Frostspanner und den Eichenwickler verursachte Fraßschäden von 25 % und mehr bis zum flächenweisen Kahlfraß in den Kronen der Laubbäume festgestellt.

Als Untere Landschaftsbehörde führte die Forstabteilung in der freien Landschaft und im Wald über 300 Kontrollen durch.

Mit finanzieller Unterstützung des Landes wurden umfangreiche Landschafts-, Rheinufer- und Naturschutzmaßnahmen abgewickelt (Anpflanzung von Hecken, Alleen, Baumgruppen, Feldgehölzen, Vogelschutzgehölzen und Bienenweiden, Entschlammungs-, Säuberungs- und Baumpflegemaßnahmen sowie Anlage und Erhaltung von Biotopen). Hervorgehoben sei die Sanierung der 1986 als Naturdenkmal unter Schutz gestellte Ebkastanienallee von der Rennbahnstraße zum Haus Roland.

1986 erfolgte die einstweilige Sicherstellung von Grundstücken in der Gemarkung Hubbelrath und Rath und 1988 die Sicherstellung von Flächen des Hubbelrath Bachtals als Naturschutzgebiet.

1986 wurde im Hexhof eine Station „Natur und Umwelt“ eingerichtet. In ihr werden seit November 1986 Zivildienstleistende im Umweltschutz eingesetzt. Mit ihrer Hilfe wurden u.a. zum Schutz wandernder Kröten 1987 und 1988 zeitweise je 1.800 laufende Meter Amphibienschutzzäune gesetzt, Nistkästen kontrolliert und angebracht, Unrat beseitigt sowie Feuchtgebiete entschlammt.

In der 1987 eingerichteten und anerkannten „Aufzucht- und Ausgewöhnungsstation für hilflose Greifvögel“ wurden 41 Greifvögel aufgezogen, 28 wurden wieder ausgewildert. Von den nicht aufgeforsteten Flächen des Hexhofes wurde 1988 auf rund 8 Hektar in eigener Regie der biologisch-dynamische Landbau aufgenommen.

Die Gebäude des Hexhofes wurden ausgebaut.

Die Personalunterkunft des Forstbezirks 55 (Forstthof Kalkum) wurde ausgebaut und erweitert. Das schadhafte Flachdach des Forsthofes am Bismarckweg wurde durch ein Walmdach ersetzt.

Im Bereich des Artenschutzes wurden 74 Kontrollen und 21 Bußgeldverfahren durchgeführt. Unter anderem wurden 18.000 kg Schildpatt beschlagnahmt. Aufgrund der durch die Bundesartenschutzverordnung geregelten Meldepflicht für Wirbeltiere wurden von Juli 1987 bis Dezember 1988 von 1.750 Tierhaltern 4.273 Tiere 454 verschiedener Arten angemeldet.

Hauptbetriebshof

Stadtgärtnerei, Werkstätten und Baumschule

Die Bewirtschaftung einer in der Wasserschutzzone I des Wasserwerkes Am Staad gelegenen, ca. 10 Morgen großen Teilfläche der Baumschule mußte 1986 eingestellt werden. Eine an das Gelände der Baumschule angrenzende Ersatzfläche wurde mit Verlegung der erforderlichen Wasserleitungen erschlossen und eingefriedet.

Zur Versorgung der öffentlichen Grünanlagen wurden von der Stadtgärtnerei rd. 1,4 Mio. Blumen und von der Baumschule rd. 2.700 Hochstämme und 206.000 Blüten- und Ziersträucher ausgeliefert.

Im Rahmen der die Bundesgartenschau begleitenden Maßnahmen wurden im Stadtgebiet 135 neue Pflanzschalen aufgestellt.

In den Werkstätten machte sich die Überalterung des Maschinenparks durch einen verstärkten Reparaturbedarf deutlich bemerkbar.

Die Ausbildung für den Blumen- und Zierpflanzenbau und für die Baumschule wurde erfolgreich fortgesetzt (durchschnittlich 26 Auszubildende).

Der Fachausschuß beschloß 1988 den Bau eines neuen Gewächshauses. Im Rahmen der laufenden Instandsetzung und Unterhaltung wurden das Dach der Kantine erneuert und die Fenster der Dekorationsabteilung teilweise durch Fenster mit Isolierglas ersetzt. Die Fahrbahnerneuerung wurde im Bereich der Werkstätten (Anstreicherei, Kfz-Werkstatt, Schlosserei) fortgesetzt.

Die auf dem Gelände der Stadtgärtnerei versuchsweise durchgeführte Kompostierung (Mietenkompostierung) von Grünrückständen aus dem Amtsbereich wurde 1988 eingestellt, um eine Gefährdung des Grundwassers durch die teilweise mit Abfällen durchsetzten Grünrückstände zu vermeiden.

Weitere Kompostierungsversuche finden seitdem auf dem Gelände der ehemaligen Mülldeponie in Hamm statt.

Verwaltung für öffentliche Einrichtungen

70 Stadtreinigungs- und Fuhramt

71 Marktamt



Amt 70 – Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

(bis 31.12.1988: Stadtreinigungs- und Fuhramt)

Amtsleiter: Otto Drewes

1. Abfallwirtschaftskonzept

Auf der Basis des am 18.12.1985 im Fachauschuß für öffentliche Einrichtungen beschlossenen Abfallwirtschaftskonzeptes hat das Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung inzwischen folgende Maßnahmen umgesetzt:

Mit dem Umbau der Kessel 3 und 4 in der Müllverbrennungsanlage wurde begonnen. Bereits seit Herbst 1986 werden die Rostaschen der MVA vom Flugstaub sowie den Reaktionsprodukten der Rauchgaswäsche getrennt. Hierdurch wird erreicht, daß die aufbereitete Rostasche im Straßenbau eingesetzt werden kann. Die Flugaschen und Reaktionsprodukte der Rauchgasreinigung werden auf einer Sonderabfalldeponie abgelagert.

Das Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung hat eine gutachterliche Stellungnahme für eine Vorschaltanlage an der MVA erstellen lassen, in der Gewerbeabfälle sortiert werden sollen. In einem weiteren Gutachten werden die möglichen Verkehrsanbindungen (Gleisanschluß) des Gesamtobjektes MVA/Gewerbeabfallsortieranlage sowie die verschiedenen Anlagenkonzepte für die Sortierung untersucht.

Für die Erweiterung der Zentraldeponie ist das Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden, aufgrund verschärfter Auflagen sind die Unterlagen allerdings zu überarbeiten. Die Deponie wird zukünftig nur noch als Reststoffdeponie für nicht mehr recycelfähige und nicht brennbare Abfallstoffe verwendet.

Für die Sammlung von Wertstoffen wurde das Netz der Altpapiercontainer verdichtet und die Anzahl der Container auf ca. 300 Stück in der Innenstadt und die Anzahl der Glascontainer um ca. 50 Standorte auf rd. 500 im gesamten Stadtgebiet erhöht.

In den südlichen Stadtteilen wird Papier im Bundsystem durch das Jugendförderungswerk gesammelt; in den nördlichen Stadtteilen ist eine ähnliche Maßnahme durch das Jugendamt geplant. Die gesammelten Wertstoffe werden vollständig einer stofflichen Wiederverwertung zugeführt.

Zur Steigerung der Recyclingquote konnten im Berichtszeitraum 5 der geplanten Recyclinghöfe eingerichtet werden. Auf diesen Recyclinghöfen kann die Bevölkerung Altpapier, Weiß- und Buntglas, Almetalle, Gartenschnittabfälle, Holz und Textilien abgeben.

Für die Abgabe von Schadstoffen bietet das Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung folgende Abgabemöglichkeiten:

- Sieben feste Sammelstellen an jedem 3. Samstag im Monat von 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr

- Auf den Recyclinghöfen jeweils montags von 11.00 Uhr bis 18.00 Uhr (außer auf dem Recyclinghof Hildener Str. 109).
- Einsatz des Schadstoffmobils zu bestimmten Terminen an ca. 60 Standplätzen im Stadtgebiet jeweils vierteljährlich.
- Täglich geöffnete Sammelstelle an der MVA.

Für die Beratung der Bevölkerung setzt das Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung seit Ende 1986 zwei Abfallberaterinnen ein. Sie informieren durch Vorträge in Schulen und bei Vereinen, sie beraten am Bürgertelefon und im Abfallinformationszentrum (AIZ), Kirchstr. 14/18, über die Möglichkeiten der Abfallvermeidung, Abfallverwertung und umweltbewußte Abfallentsorgung.

Das Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung hat 1986 begonnen, Firmen bezüglich ihrer Abfallentsorgung zu beraten. Mittlerweile arbeiten in diesem Bereich 4 Mitarbeiter. Die firmenspezifischen Daten werden erfaßt und bilden die Grundlage für ein noch zu erstellendes Abfallkataster.

Im Oktober 1986 wurde der Betriebshof Höherweg zum neu erbauten Betriebshof Fichtenstr. 74 verlegt. Gleichzeitig wurden die Mitarbeiter und Fahrzeuge der Müllabfuhr und Straßenreinigung des Betriebshofes Kirchstr. auf die Betriebshöfe Fichtenstr. und Hildener Str. verteilt. Auf dem Betriebshof Kirchstr. befindet sich nunmehr noch ein Teil der Verwaltung und der Werkstätten sowie die Organisationseinheit Schadstoffsammlung. Mit der Eröffnung des Betriebshofes Fichtenstr. wurde auch der Betriebshof Gerresheim aufgelöst. Dort befindet sich nun ein Recyclinghof.

2. Müllabfuhr

Durch Rationalisierung in der Müllabfuhr konnte in der 110/120/240-Liter-Abfuhr die Anzahl der Fahrzeuge um 4 verringert werden. Das Leistungssoll beträgt in der 110/120/240-Liter-Abfuhr 175 Abfallgefäße pro Müllader/Tag. In der Behälterabfuhr wurde das Leistungssoll auf 175 Abfallbehälter pro Kolonne/Tag erhöht.

Am 31.12.1988 waren in den Abfuhrrevieren folgende Abfallgefäße aufgestellt:

110 l =	81.081
120 l =	2.388
240 l =	11.151
660 l =	603
770 l =	1.986
1.100 l =	7.024

Das Müllaufkommen betrug 1988: Haus- und Industrieabfälle aus Düsseldorf und den angeschlossenen Gemeinden

394.769 t (brennbar)
95.036 t (nicht brennbar)

3. Winterdienst

Seit dem Winter 1985/86 führt das Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung verstärkt einen ökologisch orientierten Winterdienst durch. Sämtliche Straßen in der Stadt Düsseldorf sind drei Dringlichkeitsstufen zugeteilt:

Dringlichkeitsstufe I

- Brücken einschl. der entsprechenden Zu- und Abfahrten, Straßen mit hoher Verkehrsfrequenz und Straßen vor Krankenhäusern und Altenheimen.

Dringlichkeitsstufe II

- Verbindungs- und Wohnsammelstraßen

Dringlichkeitsstufe III

- Wohn- und Siedlungsstraßen.

Die Straßen der Dringlichkeitsstufe I werden im Bedarfsfall mit Auftaustoffen behandelt. In der Dringlichkeitsstufe II kommt ein Edelbasaltsplitt mit der Körnung 1/3 mm zum Einsatz. Die Straßen der Dringlichkeitsstufe III werden erst ab einer Schneehöhe von ca. 25 cm geräumt.

In drei von vier Betriebshöfen wurden die Streufahrzeuge mit Kalzium-Chlorid-Tanks zur Feuchtsalzstreuung ausgerüstet. Ein effektiveres Auftauen bei gleichzeitig reduziertem Salzstreuen sind die Vorteile dieser Technik. Der ökologisch orientierte Winterdienst wird von den Kraftfahrern durch umsichtiges und den jeweiligen Straßenverhältnissen angepaßtes Fahren bejaht.

Wegen der milden Winter 1987/88 und 1988/89 ergaben sich für den Winterdienst erheblich weniger Kosten als in den Vorjahren.

4. Öffentliche Toilettenanlagen und Schmierschriftenentfernung

In der Stadt werden 24 Vollanlagen und 7 Pissoire unterhalten. Zukünftig sollen zusätzlich ca. 10 vollautomatische Einzeltoilettenanlagen aufgestellt werden. In Auftrag gegeben wurde die Einrichtung einer weiteren Behinderten-Toilette im Haniel-Park.

Um eine Verunstaltung des Stadtbildes zu verhindern, setzt das Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung ein Fahrzeug zur Schmierschriftenentfernung mit 2 Mitarbeitern ein. Darüber hinaus wird ein Mitarbeiter damit beschäftigt, widerrechtlich angebrachte Plakate zu entfernen.

5. Verwaltungsmaßnahmen

Gebühren

Die überarbeitete Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen in der Landeshauptstadt Düsseldorf wurde durch den Rat am 18.12.1986 beschlossen. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hatte Bedenken gegen den Veranlagungsmodus bei Teilhinterliegergrundstücken und bei Grundstücken, die mit mehreren Seiten an eine Straße angrenzen, geäußert. Außerdem war durch Übernahme der Winterdienstkosten in den Gebührenhaushalt eine Gebührenerhöhung von rd. 15% von 5,28 DM auf 6,12 DM jährlich je Frontmeter bei einer einmaligen wöchentlichen Reinigung der Fahrbahn und des Gehweges erforderlich.

Mit Wirkung vom 01.01.1988 ist die vorgenannte Satzung einschl. Straßenverzeichnis durch den Rat unter Beibehaltung des Gebührensatzes in folgenden wesentlichen Punkten erneut geändert worden:

- Wegfall der Unterscheidung bei den Straßenreinigungsgebühren zwischen Anliegerstraßen und Straßen, die überwiegend dem innerörtlichen Verkehr dienen,
- Neuaufnahme von Straßen,
- Abgänge von Straßen,
- Änderung der Reinigungsklassen,
- Änderung der Reinigungsverpflichteten,
- Änderung der Reinigungsart,
- Herausnahme der selbständigen Gehwege aus der Gebührenveranlagung.

Durch den Gebührenhaushalt „Müllbeseitigung“ waren erhebliche Kostensteigerungen aufzufangen. Die Gründe hierfür waren insbesondere:

- mehr Überhangmüll durch eingeschränkte MVA-Kapazität als erwartet,
- Erhöhung der Abnahmepreise für Überhangmüll bei Entsorgungsanlagen des Umlandes,

- Verteuerung der Entsorgung der Rostaschen und Reststoffe.

Darüber hinaus blieben die Einnahmen für Dampf wegen der geringeren Verbrennungsleistung erheblich hinter den Erwartungen zurück.

Mehrausgaben und Mindereinnahmen machten folgende Gebührensprünge notwendig:

1986 = 182,28 DM	jährliche Gebühren für die wöchentlich
1987 = 218,28 DM	einmalige Entleerung eines 110 l Abfallgefäßes.
1988 = 230,28 DM	

Im gleichen Zeitraum unterlagen die privatrechtlichen Entgelte für die Beseitigung von gewerblichen Abfällen in der Müllverbrennungsanlage folgenden Schwankungen:

01.01.1986 = 67,- DM/t
01.01.1987 = 99,- DM/t
01.01.1988 = 111,- DM/t

6. Kraftfahrzeugpark

Sämtliche Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung Düsseldorf, mit Ausnahme der Spezialfahrzeuge der Feuerwehr und des Zivilschutzamtes, werden durch das Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung betreut. Erforderliche Inspektionen und Reparaturen werden in den Werkstätten des Amtes 70 durchgeführt. Ende 1988 war das Amt für folgende Fahrzeugeinheiten zuständig:

- Abfallbeseitigungsfahrzeuge	97
- Straßenreinigungsfahrzeuge	103
- Winterdienstfahrzeuge	39
- LKW und Kombi	222
- Elektrofahrzeuge	35
- Kleinkrafträder	9

- Gabelstapler	23
- PKW	132
- Anhänger	234
- sonstige Fahrzeuge	77

7. Privateigene PKW

Für Dienstfahrten waren am 31.12.1988

- 956 privateigene PKW zugelassen.

8. Beiträge zum Umweltschutz

Personenkraftwagen werden seit 1987 ausschließlich mit geregelttem Katalysator bestellt.

18 städtische Fahrzeuge mit Motorkapsel nehmen an einem vom Umweltbundesamt Berlin geförderten Versuch über lärmarme Nutzfahrzeuge teil. Außerdem werden seit 1987, wo dies möglich ist, ausschließlich LKW's mit Motorkapsel in lärmarmen Ausführung gemäß § 49 (3) Anlage XXI beschafft. Die Geräuschemission von 10 lärmarmen Fahrzeugen entspricht der eines herkömmlichen Fahrzeuges.

Der Partikelemission des im LKW ausschließlich verwendeten Dieselmotors wird karzinogene Wirkung zugeschrieben. Serienmäßige Abgasreinigungsanlagen stehen jedoch noch nicht zur Verfügung. Um einen Beitrag zur Schadstoffminderung zu leisten, wurde ein Müllwagen mit einem Partikelfilter durch die Versuchsabteilung der Fa. Daimler-Benz ausgerüstet. In einem Großversuch ist das Filtersystem zu testen.

Seit 1988 wird ein elektrisch betriebener Kehrichtwagen in der Altstadt eingesetzt. Das Fahrzeug ist mit dem sehr leisen und schadstofffreien Antrieb prädestiniert für Fußgängerzonen.

Amt 71 - Marktamt

Amtsleiter: Ralf Ingmann

Die Zahl der auf dem Großmarkt vertretenen Firmen ist im Berichtszeitraum unverändert geblieben. Die Umschlagszahlen (ohne Blumen) sind auch in diesem Berichtszeitraum ständig gestiegen und haben sich wie folgt entwickelt:

1986 =	203.928 t
1987 =	220.313 t
1988 =	225.381 t

Der negative Trend bei den Waggonzufuhren hat sich in den Jahren 1986 bis 1988 fortgesetzt. 1988 verstärkte sich dieser Trend noch drastisch durch die Verlagerung eines Teilbetriebes ins Umland.

Demgegenüber hat die Zahl der LKW-Zufuhren auch in diesem Berichtszeitraum ständig von 25.792 LKW's 1986 auf 26.547 LKW's 1988 zugenommen.

Die Sammlung von Paletten und Obstkisten wurde weiter verstärkt. 1987 wurde als neue Serviceleistung für die Kunden des Großmarktes eine Abfallsammelstelle eingerichtet. Die Marktbenutzer haben die Möglichkeit, Marktabfälle und Leergut in den Nacht- bzw. frühen Morgenstunden an der Sammelstelle gegen Zahlung eines Entgeltes abzugeben.

1987 wurde als Ersatz für eine Lokomotive ein Zwei-Wege-Fahrzeug angeschafft, das sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße eingesetzt werden kann.

Die Blumengroßmarkt Düsseldorf eG hat 1988 mit der dritten Erweiterung der Blumengroßmarkthalle um zusätzlich 2.000 m² begonnen.

Auf einer weiteren unbebauten Großmarktfläche wurde von einer Großmarktfirma ebenfalls mit dem Bau einer firmeneigenen Halle begon-

nen. Im Berichtszeitraum mußte festgestellt werden, daß die aus dem Jahre 1936 stammende Halle 8 mit rd. 3.100 m² Verkaufs- und Lagerflächen im Erdgeschoß sowie rd. 2.100 m² Lagerflächen im Keller am Baukörper – besonders im Bereich der Kellerdecken – starke Schäden aufweist, so daß nur noch eine beschränkte Nutzung der Halle möglich ist.

1988 wurde mit den Vorbereitungen der Sanierung bzw. eines Neubaus der Halle begonnen.

Erstmals wurde im November 1988 in den Hallendurchgängen der Markthallen ein Trödelmarkt (Radschlägermarkt) veranstaltet.

Die Resonanz sowohl bei den Trödlern als auch bei den Besuchern war so positiv, daß dieser Trödelmarkt auf dem Großmarkt fortgesetzt werden soll.

Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr

- 80 Werbe- und
Wirtschaftsförderungsamt
- 82 Städtische Häfen
- 84 U-Bahn-Amt

Amt 80 – Werbe- und Wirtschaftsförderungsamt

Amtsleiter: Ulrich Krömer

80/1 – Hallenabteilung Philipshalle

Seit 1980 liegt die Philipshalle in ständigem Aufwärtstrend. Fast jedes Jahr wurde das Vorjahresergebnis übertroffen. Dies zeigt die Veranstaltungsübersicht über den Berichtszeitraum.

	Veranstaltungstage	Belegtage	Besucher	Einnahmen
1986	110	139	284.882	1.853.763,-- DM
1987*)	70	84	201.288	2.371.573,-- DM
1988	126	182	300.187	2.537.904,-- DM
1986 – 1987:	306	405	786.357	6.763.240,-- DM
1983 – 1985:	364	464	840.863	5.193.518,-- DM

*) 1987 wurde die Philipshalle in der Zeit vom 06.04. bis 30.10.87 (= 208 Tage) der Bundesgartenschau GmbH zur Durchführung ihrer Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Während dieser Zeit war der Spielbetrieb eingestellt.

Die Steigerung der Einnahmen ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Mieten zum 01.09.86 und zum 01.09.88 und außerdem auf die steigenden Besucherzahlen zurückzuführen. Erstmals seit 1988 wird sowohl bei der teilbestuhlten als auch bei der bestuhlten Halle den Veranstaltern eine zusätzliche Größe – und somit insgesamt 5 verschiedene Größen – angeboten. Im Vergleich zu anderen

Hallen dieser Größenordnung ist dies ein einmaliges Angebot.

Seit Bestehen der Philipshalle wurden im Jahr 1986 erstmalig die Betriebskosten voll eingepreist. Das heißt, daß ohne Berücksichtigung der kalkulatorischen Kosten die Halle einen Überschuß erwirtschaftet hat. Dieses Ergebnis wurde in den Jahren 1987 und 1988 erneut erzielt.

Wie in der Vergangenheit, läßt die Gliederung nach Veranstaltungsarten ein deutliches Übergewicht der Konzertveranstalter erkennen.

	1986	1987	1988
Konzerte	46	27	45
Shows, Operetten, Fernsehen	28	18	33
Sport	16	11	22
Ausstellungen, Märkte	10	6	15
Brauchtum	7	2	7
Versammlungen, Vorträge	3	6	4
	110	70	126

Für den Berichtszeitraum sind besonders hervorzuheben:

- 2 Fernsehproduktionen des ZDF (1988)
- 3 Holiday on Ice-Shows mit zusammen 66.431 Besuchern
- 1 Gastspiel des Moskauer Staatszirkus (7 Veranstaltungen mit 20.272 Besuchern) (1988)

– Konzerte mit ausverkauftem Haus

Im Jahre 1986 waren insgesamt 13 Konzerte und im Jahr der Bundesgartenschau 3 Konzerte ausverkauft. 1988 setzten die ausverkauften Konzerte mit 7 Veranstaltungen fort. Hierbei sind folgende Auftritte internationaler und nationaler Stars besonders hervorzuheben:

Al Jarreau, Chris de Burgh, Supertramp, Chris Rea, Aha, Herbert Grönemeyer und Peter Maffay.

– Sportveranstaltungen

Seit 1987 wiederkehrend die Yonex German

Open Badminton (internationale deutsche Meisterschaften), 1988 die Box-Weltmeisterschaft im Supermittelgewicht mit Graciano Rocchigiani gegen Vince Boulware, erstmalig 1988 der Grand Prix Düsseldorf (Reitturnier) und 96 Stunden nach dem Spiel um olympisches Gold bei der Olympiade in Seoul 1988 beide Endspielteilnehmerinnen Steffi Graf und Gabriela Sabatini bei einem Tenniskampf. Außerdem fanden verschiedene Handballspiele um den Europapokal der HSG Turu Düsseldorf in der Halle statt.

Stadthalle

Der bereits im Berichtszeitraum 1983–1985 erkennbare Aufwärtstrend hat sich fortgesetzt und zu einer Steigerung der Mieteinnahmen geführt.

Aufgrund des zentralen Standortes und der hervorragenden Verkehrsanbindung – insbesondere durch die U-Bahn-Verbindung bis zum Hauptbahnhof – ist die Halle für viele Veranstaltungen besonders geeignet.

Das Flächenangebot ermöglicht Messen, Ausstellungen, Kongresse, Tagungen, Festveranstaltungen, Karnevalsveranstaltungen, Versammlungen, Partei- und Wahlveranstaltungen, Wagenbau Rosenmontagszug.

Die Einnahme-Situation hat sich wie folgt entwickelt:

Mieten (ohne Nebenkosten)

1986	843.000,-- DM
1987	905.000,-- DM
1988	1.012.000,-- DM

Der positive Einnahmetrend ist insbesondere auch auf die seit 1986 jährlich stattfindende Int. Kosmetikmesse „BEAUTY“ zurückzuführen! Die Mieteinnahmen (ohne Nebenkosten) belaufen sich auf überschlägig 185.000,-- DM. Ebenso hatten dazu die jährlichen Aktionärsversammlungen der Feldmühle Nobel AG, der Henkel AG und der VEBA AG mit insges. 170.000,-- DM beigetragen.

Nachstehend der Veranstaltungsüberblick:

Kongress-Saal/1. OG

Jahr	V-Tage	Belegungs- tage	Besucher- zahl
1986	98	149	134.500
1987	84	134	130.160
1988	93	156	142.900

Ausstellungsflächen/EG

1986	28	120	30.600
1987	35	157	45.700
1988	32	148	43.300

Für den Berichtszeitraum sind besonders hervorzuheben:

jährlich 25 – 27 Karnevalsveranstaltungen, SPD-Ingenieur-Kongreß, Meisterfeiern der Handwerkskammer, 1. gemeinsamer Landesparteitag der CDU Rheinland und Westfalen, Int. Kosmetikmesse „BEAUTY“, Daimler Benz – Int. Automobilpräsentation, jährlich 3 Aktionärsversammlungen von Henkel, VEBA und Feldmühle Nobel, Daimler Benz - Busausstellung, SPD-Wahlveranstaltung, Festabend der Schering AG, Wahlveranstaltung der „Grünen“, Eisenhüttenfest, Heilpraktikertag, Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW, Chinesische Verkaufsausstellung, Aktionärsversammlung der Deutschen Bank, Siegerehrung anl. WM Friseure, jährlich 2 Antiquitätenausstellungen, 2 Messen „Sporteinkaufstage“, 1 Messe „Schenken + Wohnen“ sowie verschiedene Märkte und Präsentationen.

Nach Fertigstellung des Toilettenumbaus und des Verwaltungsgebäudes der Victoria zeigte das Veranstaltungsinteresse der Konzertdirektionen wieder aufsteigende Tendenz. Im Jahre 1987 fand leider eine große Zahl der sonst im Robert-Schumann-Saal stattfindenden Konzerte auf dem Gelände der Bundesgartenschau statt, damit sank die Veranstaltungszahl beträchtlich. 1988 konnte die Ausnutzung des Saales durch verschiedene Theaterstücke erheblich gesteigert werden, so daß das Ergebnis der Vorjahre sogar bei weitem überschritten wurde.

Wie in all den Jahren zuvor wird der Robert-Schumann-Saal in erster Linie für Konzerte der U- und E- Musik genutzt. Danach folgen Jazzkonzerte, Dia- und Filmabende, Betriebs-/ Personalversammlungen, Theaterstücke, Vorträge und Firmen-Vorführungen. Dazu kommen noch die Tonaufnahmen für den WDR, die Proben des Opernhauses, des Musikvereins und der Düsseldorfer Symphoniker.

Nach 1982 wurde 1988 die Benutzungsordnung des Saales per 01.09.1988 geändert. Somit ist für die Zukunft auch mit Mehreinnahmen zu rechnen.

Die Mieteinnahmen waren wie folgt:

1986	153.406,--	DM
1987	116.143,--	DM
1988	214.435,--	DM

Die Besucherzahlen und Belegungstage waren folgende:

Jahr	V-Tage	Belegungs- tage	Besucher- zahl
1986	115	121	46.370
1987	83	86	37.340
1988	164	153	46.365

U. a. fanden nachstehende Veranstaltungen statt:

Theaterstück „Scarlattis Birthday Party“
– 9 Veranstaltungen
Cherubini Quartett
Chez Nous
Show aus Argentinien – Tango – Tango
Svjatoslav Richter
Rheinisches Musikfest
Stephan Krawczyk
Theaterstück „Spy Society“
– 8 Veranstaltungen
Musical „Little Shop of Horrors“
– 20 Veranstaltungen
„Der zerbrochene Krug“ mit Manfred Krug
Nikolai Gedda
Weihnachtskonzerte
Bolschoi Don Kosaken

1. Präsentationsbeteiligungen
 - 1.1 Magic Eight
 - 1.2 Sonstige im In- und Ausland
2. Drucksachen
3. Plakate, Plakatierung
4. Versandaktionen
5. Anzeigen/redaktionelle Werbung
6. Werbepräsentate
7. Bildverleih
8. Werbefilm
9. Grafik
10. Image-Kampagne
11. Bundesgartenschau
12. Stadtjubiläum
13. Werbemittellager
14. Sonstige Werbeaktionen

1. Präsentationsbeteiligungen

1.1. Magic Eight

In den Berichtsjahren wurde die Zusammenarbeit mit der Werbegemeinschaft Magic Eight (8 Großstädte) in Verbindung mit der Deutschen Zentrale für Tourismus, der Lufthansa und der Deutschen Bundesbahn fortgesetzt. 80/2 stellte dafür umfangreiches Display- und Werbematerial zur Verfügung und veranlaßte den Versand in die Akquisitionsländer.

Die Veranstaltungen wurden in folgenden Orten durchgeführt:

1986
16.06. – 25.06. Tokyo, Seoul, Taipei

1987
26.10. – 05.11. Singapore, Kuala Lumpur
Hong Kong

1988
01.10. – 13.10. Raleigh, Charlotte, Nashville, Chicago (mit Teilnahme am Travel Mart in Oak Brook/Chicago)

1.2 Sonstige Beteiligungen In- und Ausland

1986 beteiligte sich die Stadt Düsseldorf erstmals mit einem eigenen Messestand an der Internationalen Tourismusbörse Berlin (ITB). Dieser Messestand (Eigenbeteiligung DM 90.000,-) konnte mit Hilfe der NOWEA, des Flughafens sowie einiger Anschließer (Hotellerie) finanziert werden. In den Folgejahren wurde er regelmäßig sowohl auf der ITB als auch auf kleineren Messen eingesetzt und – dank seiner Flexibilität – in Gestaltung und Größe dem jeweiligen Motto angepaßt.

Sowohl für die ITB Berlin als auch für weitere Messen wie z.B. World Travel Mart London, Rhine-River-Promotion, BIT Mailand, Reisemarkt Brüssel, Reisemarkt Philipshalle, Reisemärkte Mönchengladbach, Neuss und Wuppertal zur Eröffnung der S-Bahn-Linie, oder Info-Center zur Fußball-

WM-Auslosung stellte 80/2 ausführliches Display- und Werbematerial zur Verfügung.

Der veraltete Displaybestand wurde aufgestockt; angeschafft wurden Videorecorder mit Farbfernseher, eine moderne Laufschriftenanlage, Messe-Werkzeug-Sätze, Wandtafeln sowie drei neue Fotomotive als Spanntuch für unsere Ausstellungswände. Der Bestand an Großfotos wurde ebenfalls aktualisiert und überarbeitet, neue Fotos mit Messerahmen hinzugekauft. In 1987 wurde für den ITB-Stand noch zusätzlich ein großer, drehbarer und beleuchteter Werbewürfel angeschafft.

2. Drucksachenwerbung

Ohne Berücksichtigung der Drucksachen für die Bundesgartenschau und das Stadtjubiläum wurden in den Berichtsjahren insgesamt ca. 4 Mio. Prospekte in 19 Sprachen neu entwickelt, aktualisiert, produziert und laufend verschickt. Dies waren im einzelnen Geschenkprospekte, Stadtplanprospekte, Hotelverzeichnisse, Wirtschaftsbroschüren, Besichtigungsprospekte, Schützenprospekte, Karnevalprospekte, Eindruckprospekte, Pauschalarrangements, Streuprospete und Kurzprospekte.

Ganz neu kamen hinzu eine Kongreßbroschüre, verschiedene Wirtschaftsbroschüren mit Schwerpunktthemen, ein Bildband „Grünes Düsseldorf“, ein Bildband „Brauchtum in Düsseldorf“, ein Bildband „Ansichten aus Düsseldorf“.

Vermehrt wurden Produktionswünsche anderer Abteilungen und Ämter an 80/2 hergetragen: der Gesamtumsatz der von 80/2 produzierten Werbemittel lag 1986 bei 500.000,-- DM, 1987 bei 550.000,-- DM, 1988 bei 630.000,-- DM.

Während der DRUPA 1986 wurden in Kooperation mit den Druckmaschinenfirmen Heidelberger und MAN Roland drei verschiedene Poster mit über 75.000 Exemplaren Auflage gedruckt und an die Besucher verteilt.

In Kooperation mit dem Einzelhandelsverband wurden jedes Jahr 400.000 Exemplare „Cityplan zum Einkaufsbummel“ produziert und als Zeitungsbeilagen im Umland von Düsseldorf verteilt.

Der Sales Guide Düsseldorf wurde von Jahr zu Jahr überarbeitet und erweitert; die jährliche Auflage stieg zuletzt auf über 20.000 Exemplare. Verteilt werden diese im Direktversand bzw. über die DZT, die Lufthansa, die NOWEA sowie einige Großkunden in Düsseldorf. Der Sales Guide, dessen jährliche Produktionskosten bei 120.000,-- DM liegen, wird refinanziert durch Anzeigen Düsseldorf Firmen, Brauereien, Hotels oder Incoming-Büros, die sich im Sales Guide selbst darstellen können.

Mit allen Drucksachen wurden beliefert: Tagesanfragen, Reisebüros und Omnibusunternehmen, die DZT, die NOWEA, der Verkehrsverein Düsseldorf, Hotels, Incoming-Büros, deutsche und ausländische Schulen und Universitäten, Fluggesellschaften, Goethe-Institute, deutsche Vertretungen im Ausland, ausländische Vertretungen in Deutschland, Internationales sowie Direktsendungen.

3. Plakate, Plakatierung

Im Berichtszeitraum wurde die Linie bestehender Motivplakate weiter ausgebaut und ergänzt. Inzwischen liegen Poster mit den Motiven Schloß Benrath, Jan Wellem, Rheinturm, Altstadt, Landtag, Rheinfront sowie Grafiken von Jan Wellem und Stadtansichten des australischen Künstlers Charles Billich vor. Die Einzelaufgaben schwanken zwischen 5.000 und 20.000 Exemplaren. Hinzu kommen Saison-Plakate wie z.B. Karneval, Schützenfest, St. Martin sowie Plakate mit Hinweisen auf Aktionen, Veranstaltungen, Neueröffnungen (Feuerwerk, Schifffahrt-Museum im Schloßturm, Eröffnung Löbbecke-Museum und Aquazoo, Neueröffnung Goethe-Museum etc.).

4. Versandaktionen

Größere Versandaktionen werden regelmäßig gestartet

- mit der Neuauflage eines Sales Guides
- zu Karneval
- zum Martinsfest
- zum Schützenfest/Kirmes
- zur ITB
- zu den Weihnachtsmärkten.

Ergänzt werden die regulären Versandaktionen durch besondere Mailings aus Anlaß von Veranstaltungen, Aktionen oder Neuerscheinungen.

5. Anzeigen, redaktionelle Werbung

In den Berichtsjahren wurden Anzeigen im Sales Guide USA, Sales Guide Japan, in Reisehandbüchern, Katalogen und Magazinen geschaltet. Herausragend zu nennen sind dabei die deutsche Vogue sowie der Fashion Guide.

Beiträge für Düsseldorf-Literatur wurden auf Richtigkeit und Aktualität überprüft, z.B. Polyglott-Reiseführer, Reisen in Deutschland, Jaeger's Intertravel, Aral-Autoatlas, ADAC-Reisebücher, Baedeker. Redaktionell unterstützt wurde ferner der neue Merian-Band über Düsseldorf, der im Dezember 1987 auf den Markt kam.

6. Werbepräsentate

In den Berichtsjahren sind als Werbepäsentate eingesetzt worden: Aufkleber von Kö-Schild,

Radschlägern und Stadtwappen, Anstecknadeln am Rockrevers, Luftballons, Schlüsselanhänger Radschläger, Schlüsselanhänger Königsallee, Krawattenklammern, Halsketten, Baedeker, Merian-Bände, Houben I, Houben II, Belser Bildband, Bildband „So schön ist Düsseldorf“, Kiedrowski-Bildband, Diafolder, Schumann-LP, Schumann-CD, Video-Version des Düsseldorf-Werbefilms, Tragetaschen, Schlüsseltaschen, Taschenspiegel, Düsseldorf-Puzzle, kleine und große Kö-Schilder, Wimpel, Porzellanteller, kleine und große Stahl-teller, Zinnteller, Feuerzeuge, Maniküre-Sets, Poly-Krawatten, Seidenhalstücher, Stockschirme, Jan-Wellem-Bronze-Figur, Radschläger-Bronze-Figur, gerahmte alte Stiche, Lederschreibmappen, kleine und große Rheintürme, Porzellan-Jan-Wellem in drei Größen, Ledermappe für Visitenkarten, LCD-Uhr, Düsseldorf-Kaleidoskop, Düsseldorf im Cartoon, Kinderbuch Pulles Flöte, BUGA-Bücher, Geschichtsbuch Kinderalltag, Ideenblöcke, BUGA-Blöcke, Urlaubsplaner, Aretz-Drucke, Jan-Wellem-Grafiken, Postkartensammlungen vom Stadtmuseum und Marionetten-Theater, Saitenwind-Single, Gedenkmedaillen, BUGA-Teller.

Die Einnahmen aus den Verkäufen von Werbegeschenken flossen dem ursprünglichen Etat wieder zu, so daß in den Jahren des Berichtszeitraums insgesamt folgende Gelder für Werbepäsentate-Einkäufe zur Verfügung standen:

1986	128.000,--	DM
1987	185.000,--	DM
1988	131.000,--	DM

7. Bildverleih

Der Verleih von Dias, Fotos oder Aufsichtsvorlagen hat im Berichtszeitraum stark zugenommen. Inzwischen werden durchschnittlich pro Tag fünf Besucher individuell betreut und beraten, wenn es um die gezielte Veröffentlichung von Bildmaterial über die Stadt Düsseldorf geht. Hinzu kommt der Versand von gezieltem Bildmaterial aufgrund telefonischer und schriftlicher Anfragen. Archiviert werden auch eingehende Belege, aus denen zu ersehen ist, in welcher Form Düsseldorf in den jeweiligen Medien dargestellt wurde. Durchschnittlich kann davon ausgegangen werden, daß pro Jahr 150 hochkarätige Veröffentlichungen in Zeitschriften, Fachbüchern, Schulbüchern, Bildbänden oder Reisebeschreibungen veröffentlicht werden. Hilfreich ist ein neu gestalteter Dia-Folder, der 20 der interessantesten Ansichten aus Düsseldorf im Kleinbildformat zeigt. Dazu gehören Kurzbeschreibungen in deutsch, englisch und japanisch.

8. Werbefilm

1987 wurde nach zweijähriger Drehzeit der neue Werbefilm „Guten Tag, hier ist Düsseldorf“ fertiggestellt. Zur Verbreitung wurden Kopien produziert in Format 35 mm, 16 mm, U-matic High- und Low-Band, VHS in den Normen PAL, SECAM und NTSC.

Der Film liegt in den Sprachversionen deutsch, englisch, französisch, japanisch, italienisch, chinesisch, taiwanesisch, niederländisch und spanisch vor.

Direkt nach der Uraufführung wurden Kopien gezogen und weltweit verschickt; Muster gingen an die Goethe-Institute, die Außenstellen der NOWEA, der Lufthansa, der DZT, den Internationales; verliehen wird er in Bildstellen und Video-Bibliotheken; gezeigt wird er auch bei Düsseldorfer Großunternehmen während Betriebsbesichtigungen sowie in allen großen Düsseldorfer Hotels (Foyer und Hotel-Video-Kanal).

Weiterhin fand er Verwendung während verschiedener Messen, Informationsreisen zur BUGA, im Info-Stand der BUGA, bei verschiedenen Warenhäusern in Düsseldorf und als laufende Vorführung in Düsseldorfer Museen. WDR, ZDF und RTL-plus brachten Ausschnitte davon in aktuellen Sendungen.

Über Pressemitteilungen wurden Düsseldorfer Bürger informiert, daß der Film auch als Video-Version im Werbeamt käuflich zu erhalten ist; im ersten Jahr wurden dadurch allein 223 Video-Kassetten verkauft.

Bis zum Ende des Berichtszeitraumes waren 1.300 Kopien weltweit im Einsatz. Mitte 1988 erhielt der Film von der Filmbewertungsstelle Wiesbaden das Prädikat „wertvoll“. Für den Einsatz in Lichtspieltheatern als Vorfilm wurde neben der ursprünglichen 18-Minuten-Version eine neue 15-Minuten-Version hergestellt. Der geplante bundesweite Start begann Ende 1988 in Düsseldorfer Kinos.

9. Grafik

Sowohl für das Werbeamt als auch für das Presseamt, Kulturamt, Umweltamt, Frauenbüro sowie weitere Ämter der Stadtverwaltung wurden in den Berichtsjahren Werbeträger (Plakate, Prospekte, Anzeigen) gestaltet. Besonders zu erwähnen sind hier

- Plakate, Programme, Broschüren zum Thema 90 Jahre Hafen
- Plakate, Programme, Faltblätter, Dia-Wand zum Thema 40 Jahre NRW
- Plakate und Broschüren zur Inbetriebnahme der Düsseldorfer Kinoorgel
- Plakate und Programme Neueröffnung Goethe-Museum
- Plakate, Programme Schadowstraßenfest
- Plakat und Faltblatt BUGA-Feuerwerk
- Plakate, Faltblatt, Buch zur Eröffnung Löbbecke-Museum
- Filmplakat und Programm „Musik des Lichts“ des Filmintitutes
- Plakat 75 Jahre Stadtarchiv
- Neues Schützenfest-Plakat
- 6 Plakate, Programme, Faltblätter, Broschüren zum Stadtjubiläum
- Plakat Neueröffnung Landtag
- Filmplakat „Der Student von Prag“ sowie Broschüre.

10 Image-Kampagne

Nach der Kündigung des ersten Vertrages zur ursprünglichen Kampagne durch die ABC-Pressagentur wurden Düsseldorfer Agenturen zu einer neuen Präsentation aufgefordert. Zehn Agenturen kamen in die engere Wahl. Die kleine Kommission des Werbeausschusses wählte schließlich daraus vier Werbeagenturen aus, die zu einer Präsentation aufgefordert wurden. Sieger war einstimmig die KKG-Projektagentur von Michael Schirner mit ihrer Kampagne um die Aussage „Düsseldorf, eine gute Adresse“. Bundesweiter Start in den Medien Spiegel, FAZ-Magazin, Zeitmagazin und Handelsblatt war September 1986. Der Etat-Ansatz von jährlich ca. 2 Mio DM incl. der Kosten für flankierende Begleitmaßnahmen liegt dabei an der unteren Grenze aller vergleichbaren deutschen Image-Kampagnen.

Nach zweieinhalb Jahren Laufzeit der Kampagne läßt sich erkennen, daß

- die Anzeigen-Kampagne überdurchschnittlich hohe Beachtungswerte findet; das Spiegel-Anzeigenbarometer errechnete beispielsweise einen durchschnittlichen Aufmerksamkeitswert der Anzeigen von 70 %
- die Kampagne so gut angekommen ist, daß viele Düsseldorfer Unternehmen den Leitgedanken der Kampagne „Düsseldorf, eine gute Adresse“ aufgegriffen und für ihre eigene Werbung verwendet haben
- auch in der Fachbranche die Kampagne so gut ankam, daß einige der Anzeigen (Motive Japan, Werbeagenturen und Kinder) zur Anzeige des Monats bzw. Anzeige der Woche gewählt wurden
- der Art Directors Club von Deutschland die Kampagne einmal mit einer Auszeichnung und einmal mit einer Bronzemedaille geehrt hat
- das Jahrbuch der Werbung die Düsseldorfer-Kampagne 1987 zur Image-Kampagne des Jahres erklärt hat.

11. Bundesgartenschau

80/2 war Mitglied im Arbeitskreis Werbung der Bundesgartenschau GmbH. Alle Werbemaßnahmen wurden in 1987 auf dieses übergeordnete Thema abgestimmt. So wurden z.B. speziell Informationsbroschüren über Düsseldorf produziert (1 Mio Exemplare), die während der BUGA-Laufzeit im Informations-Pavillon verteilt wurden. Sales Guide, Besucher-Broschüren, Grün-Bildband oder ein Katalog mit Besichtigungsvorschlägen wurden ebenfalls auf das Thema abgestellt. Versandaktionen vor und während der BUGA an Reisebüros und Busreiseunternehmer im Umkreis von 200 km um Düsseldorf sorgten dafür, daß diese regelmäßig über die Bundesgartenschau informiert wurden. Nach Abschluß der Bundesgartenschau wurden von der BUGA GmbH alle Adressen der bekanntgewordenen Reisebüros, Busreiseunternehmer und andere an 80/2 übergeben;

diese Adressen wurden abgespeichert und fanden erneute Verwendung für Werbeaktionen zum Stadtjubiläum oder Schwerpunktmaßnahmen.

12. Stadtjubiläum

Durch die enge Zusammenarbeit des Grafikers von 80/2 mit dem Presseamt wurde 80/2 in die gesamte Produktion der Drucksachen zum Stadtjubiläum einbezogen. Hinzu kamen Schwerpunkt-Plakatierungsaktionen in und um Düsseldorf mit Hinweisen auf die verschiedenen Veranstaltungen zum Stadtjubiläum. Besonders erwähnt werden sollte dabei die Plakatierungsaktion auf Dreibeinständen der Messe Düsseldorf anlässlich des Altstadtfestes und des Kö-Festes. Displaymaterialien, Transparente, Großfotos und Texttafeln wurden speziell zum Stadtjubiläum angefertigt und z.B. während der ITB Berlin eingesetzt.

Erwähnenswert ist auch der Informationsstand der Stadt auf dem Kö-Fest, der von 80/2 ausgestattet, eingerichtet und regelmäßig beliefert wurde. Allein die Einnahmen aus dem Verkauf von Werbematerial beliefen sich an den Veranstaltungstagen des Kö-Festes auf mehr als 4.000,— DM.

13. Werbemittellager

Am 01. Juni 1986 wurde der Personalbestand des Prospektlagers am Ehrenhof um einen Arbeiter erweitert.

Seit März 1988 findet im Prospektlager neben dem Verkauf von Werbegeschenken auch eine direkte Abrechnung statt (Errichtung der Bürokasse).

14. Sonstige Werbeaktionen

In den Jahren 1986 und 1987 wurden im Dezember jeweils 100.000 Besucher aus den Niederlanden und Belgien in der Altstadt gezählt. Im Jahre 1988 konnte diese Besucherzahl auf 200.000 gesteigert werden. Mit dazu beigetragen haben ausführliche Versandaktionen an Busreiseunternehmer und Reisebüros in den Niederlanden und im flämisch-sprechenden Teil Belgiens sowie an solche aus dem näheren Umkreis um Düsseldorf. In enger Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverein und dem Einzelhandelsverband sowie der Rheinbahn und der Polizei wurden Informationsmittel weiter überarbeitet und ergänzt; zusätzliche Park- und Halteplätze für Busse wurden im Innenstadtbereich eröffnet. Broschüren und Plakate in deutscher und niederländischer Sprache wurden verschickt; ergänzt wurde dies durch eine von der WZ herausgegebene und vom Werbeamt verteilte niederländische Zeitung. Von 80/2 produzierte Hinweisschilder sorgten in 1988 dafür, daß die Busse an den Stadtgrenzen bereits aufgefangen und direkt auf ihre Halteplätze geleitet wurden. Die Kosten für sämtliche Wer-

maßnahmen zur Förderung des niederländischen Besucherverkehrs zusammengenommen lagen bei etwa 50.000,— DM pro Jahr; der Einzelhandel rechnete mit Mehrumsätzen durch diese niederländischen Besucher von jährlich ca. 3 Mio DM.

80/2 unterstützte den Designer Saturday in 1987. Dazu gehörte die kostenlose Beflagung der Veranstaltungsgebäude, Erleichterung bei Verwaltungsfragen, Unterstützung bei der Anzeigen-Akquisition sowie bei der Beschaffung von Räumlichkeiten.

1988 wurde bei 80/2 ein PC-Arbeitsplatz eingerichtet. Neben dem Anschluß an den Großrechner (Verwendung für Monatsprogramm, Finanzverwaltung, Adrema) wurde ein eigenes Medien-Verwaltungsprogramm installiert; dies ermöglichte eine effektivere Arbeit beim Verleih von Foto- und Filmmaterial sowie eine zügigere Abwicklung der ständig steigenden Anfragen.

80/3 – Abt. Kongreß- und Veranstaltungswesen

1. Fremdenverkehr

Die Zahl der Übernachtungen in Düsseldorf im Berichtszeitraum hat sich weiterhin positiv entwickelt. Wie schon in den Vorjahren stellen bei den ausländischen Gästen die Japaner das größte Kontingent, gefolgt von Großbritannien und den USA. Das Bettenangebot ist auf rd. 12.290 Betten im Jahre 1988 angewachsen (1985 waren es noch 10.913). Das Werbeamt hat sich an den großen internationalen Touristikkessen in Berlin und London beteiligt und warb für Düsseldorf auch auf einigen kleineren Messen wie der BTF in Brüssel, der Rhein Promotion der Köln-Düsseldorfer in Köln und der TUR in Göteborg. Im Vordergrund stand dabei, Düsseldorf als interessantes touristisches Städtereiseziel auf dem Markt bekannt zu machen. Als Mitglied der MAGIC EIGHT, eine Werbegemeinschaft von acht Großstädten in Deutschland, hat sich Düsseldorf auf dem amerikanischen und fernöstlichen Reisemarkt dargestellt und für den Besuch Düsseldorfs geworben.

Eine weitere Methode zur Touristenwerbung stellt die Betreuung von sog. Multiplikatoren aus dem Reisegewerbe dar, dazu gehören vorrangig Reisejournalisten und Vertreter von ausländischen Reisebüros, die vorrangig über die Deutsche Zentrale für Touristik, aber auch über Luftverkehrsgesellschaften vermittelt werden. Pro Jahr wurden rd. 700 Personen mit Mehrtagesprogrammen in Düsseldorf betreut, um ihnen die Attraktivität eines Mehrtagesaufenthaltes für Touristen in Düsseldorf vor Augen zu führen. Parallel dazu wurden wiederum Stadtrundfahrten für eine große Anzahl von Hotelagenten, Busunternehmern, Fernseh- und Radioteams sowie Kommunalpolitikern aus dem In- und Ausland durchge-

führt. Auch die Werbung für das Wochenend-Pauschalangebot, das gemeinsam mit der Deutschen Bundesbahn vom Verkehrsverein organisiert wird, hat wieder viel Resonanz gefunden. Daneben wurden zahlreiche Einzelanfragen von potentiellen Düsseldorf-Besuchern beantwortet und entsprechendes Informationsmaterial versandt.

2. Kongreßwesen

Neben den regelmäßig stattfindenden 150 bis 180 größeren Kongressen, Tagungen und Mitgliederversammlungen sowie 250 bis 300 kleineren Veranstaltungen wurden von der Kongreßabteilung im Berichtszeitraum 86 – 88 jährlich ca. 120 Veranstaltungen verschiedener Größenordnung unmittelbar betreut. Die Betreuung umfaßte die eingehende Information des Veranstalters über die in Düsseldorf vorhandenen Tagungsräume, die individuelle Beratung sowie die Unterstützung bei allen Organisationsproblemen. Besonderer Wert wurde auf die Gestaltung von attraktiven Rahmenprogrammen für Tagungsteilnehmer und Begleitpersonen gelegt, die auch das touristische Angebot Düsseldorfs präsentieren sollten.

Neben dieser konkreten Kongreßbetreuung wurden auch die Werbemaßnahmen für die „Kongreßstadt Düsseldorf“ weiter intensiviert. So wurde 1986 die Kongreßbroschüre, in der alle Tagungsmöglichkeiten aufgeführt sind, völlig überarbeitet und neu gestaltet. In Mailing-Aktionen wurden potentielle Kongreß- und Tagungsveranstalter auf die Kongreßbroschüre und damit auf das Düsseldorfer Tagungsangebot aufmerksam gemacht. Unterstützt wurde dies durch regelmäßige Anzeigen-Kampagnen in nationalen und internationalen Fachzeitschriften. Die Nachfrage nach der Kongreßbroschüre war so groß, daß 1988 bereits ein erweiterter Nachdruck erfolgen mußte. Durch diese Werbemaßnahmen, verbunden mit den Aktivitäten zur Bundesgartenschau und dem 700jährigen Stadtjubiläum, konnten besonders für die Jahre 87 und 88 hochkarätige Tagungen und Kongresse für Düsseldorf gewonnen werden. Gemeinsam mit dem Versand der Kongreßbroschüre wurde eine Fragebogen-Aktion durchgeführt, die die Attraktivität Düsseldorfs als Tagungs-ort zum Gegenstand hatte. Die Auswertung beinhaltete unter anderem auch die Aufstellung einer Adressdatei von Tagungs- und Kongreßveranstaltern. Bis Ende 1988 konnte diese Datei auf einen Bestand von ca. 600 Adressen ergänzt werden.

3. Veranstaltungen in den Jahren 1986 – 1988

Für das Sachgebiet Veranstaltungen waren die Jahre 1986 bis 1988 die bislang intensivsten. Zahlreiche große Straßenfeste und Aktivitäten mit überregionaler Bedeutung sind kennzeichnend für den Berichtszeitraum. Für

die Bewältigung dieser Aufgaben wurden neben den zwei Festangestellten vier Mitarbeiter (-innen) zusätzlich auf Zeit eingestellt.

1986

Höhepunkt dieses Jahres war das Jubiläum des Landes und der Stadt Düsseldorf. „40 Jahre NRW, 40-jährige Landeshauptstadt Düsseldorf“. Aus diesem Anlaß organisierte die Staatskanzlei ein großes Volksfest auf den Rheinwiesen, auf denen sich die Stadt Düsseldorf am 20./21.09.86 in einem Großzelt darstellte. Zudem präsentierte sich Düsseldorf im Festzug mit einem Festwagen und mehreren Fußgruppen und organisierte ein umfangreiches Rahmenprogramm in der Altstadt auf drei Bühnen. Weit über 1,3 Mio. Besucher haben das Fest an dem September-Weekend besucht. Neben diesem herausragenden Ereignis im Jahr 1986 wurden noch folgende Veranstaltungen durch die Abteilung 80/3 betreut:

- Eröffnung Kunstsammlung NW
- „Deckelfest“ Wersten zur Einweihung des A 46-Tunnels
- Deutsche Weinwoche
- Eröffnung WBZ
- Tag der Umwelt
- Hofgartenkonzerte

1987

Dieses Jahr stand ganz im Zeichen der Bundesgartenschau in Düsseldorf. Das Sachgebiet Veranstaltungswesen war, neben der ständigen, generellen Zusammenarbeit mit der Bundesgartenschau GmbH, mit folgenden konkreten Projekten befaßt:

1. Info-Pavillon

Auf dem Buga-Gelände richtete Amt 80 gemeinsam mit der Buga GmbH ein Informations-Pavillon ein, in dem die Besucher mit Informationen über Düsseldorf versorgt wurden.

2. Buga-Heißluftballon

Die Abteilung 80/3 koordinierte die Herstellung und den Einsatz des Bundesgartenschau-Werbeballons. Auf diese Weise wurde bei Veranstaltungen in und um Düsseldorf für die Bundesgartenschau und für Düsseldorf geworben.

3. Japanisches Feuerwerk

Dieses große Ereignis, zu dem 20 japanische Feuerwerker nach Düsseldorf eingeflogen wurden, mußte im Juni zunächst wegen des Rhein-Hochwassers abgesagt werden und wurde auf den September verschoben. Aus

Anlaß der Bundesgartenschau malten am 04.09.87 die Feuerwerk-Spezialisten ihre pyrotechnischen Blumenkreationen in den Himmel. Trotz des auch an diesem Tage ungünstigen Wetters sahen 700.000 Menschen das Himmelspektakel, das in dieser Art einzigartig war. Im Rheinpark wurde aus Anlaß des Feuerwerks am vorangehenden Nachmittag ein Rahmenprogramm organisiert. Weitere Veranstaltungen im Jahr 1987, die im Sachgebiet Veranstaltungswesen betreut wurden:

- 40 Jahre Städtefreundschaft Reading-Düsseldorf
- Shadowstraßenfest
- Eröffnung des Löbbecke-Museums und Aquazoo
- 60 Jahre Flughafen
- Tag der Umwelt
- Hofgartenkonzerte

1988

1988 jährte sich zum 700. Male der Tag, an dem der Stadt Düsseldorf die Stadtrechte verliehen wurden. Aus diesem Grunde war ein umfangreiches Jubiläumsprogramm verschiedenster Fachbereiche zusammengestellt worden. 80/3 übernahm dabei die Planung, Organisation und Durchführung von zwei Großveranstaltungen:

1. Historisches Altstadtfest vom 01. – 05.06.88

Anläßlich des Jahrestages der Schlacht bei Worringen wurde in der Düsseldorfer Altstadt ein Fest gefeiert, das insbesondere an das Düsseldorf des Mittelalters erinnern, aber auch den Bogen zur heutigen Zeit spannen sollte. So gab es bei diesem Fest einen mittelalterlichen Markt mit dem entsprechenden Rahmenprogramm, Ritteraktionen und einen historischen Kinder- und Jugendfestzug, aber auch Rock- und Popkonzerte am Grabbeplatz. In das Programm wurden auch die Fronleichnamsfestlichkeiten integriert. Auf vier Bühnen und mehreren kleinen Aktionsflächen fand ein buntes, abwechslungsreiches Rahmenprogramm statt. Trotz des wechselhaften Wetters kamen über 750.000 Besucher in die Altstadt.

2. Kö-Festival am 27./28. August

Zum Abschluß der großen Straßenfeste im Jubiläumsjahr organisierte Amt 80/3 ein großes Kö-Festival, bei dem sich das moderne Düsseldorf präsentierte. Vom Hofgarten bis zum Graf-Adolf-Platz gab es kulinarische und musikalische Leckerbissen für jeden Geschmack.

Auch gestalterisch präsentierte sich die Königsallee elegant. Aufwendige Ballongirlanden, schwimmende Blüten, Fahnenkunst, Illumination und Feuerwerk sorgten für ein stim-

mungsvolles Bild und ein anspruchsvolles Fest. Trotz des schlechten Wetters am Samstag besuchten insgesamt ca. 700.000 Menschen die Kö um mitzufeiern.

Beim Altstadtfest und beim Kö-Festival wurde erstmals bei städtischen Festen ein Versuch unternommen, einen Großteil der entstehenden Kosten über Sponsoren und die kostenpflichtige Vergabe von Standplätzen zu finanzieren. Es gelang immerhin, über die Hälfte der tatsächlich anfallenden Kosten auf diese Weise dem städtischen Haushalt zu ersparen.

Weitere Aktivitäten des Sachgebietes Veranstaltungen während des Jubiläumjahres waren unter anderem:

- der Einsatz des Jubiläums-Heißluftballons,
- die Betreuung des Rosenmontagszuges und der größten Kirmes am Rhein,
- die Hofgartenkonzerte.

4. Veranstaltungskalender

Die Nachfrage nach Informationen über Veranstaltungen in Düsseldorf gewann in den letzten Jahren zunehmend an Gewicht. Zum 01.01.88 wurde die Bearbeitung des Veranstaltungskalenders über die ADV eingeführt. Die Veranstaltungsdaten wurden außer für das offizielle Monatsprogramm für zahlreiche externe Veröffentlichungen z.B. des Landesverkehrsverbandes Rheinland, der Deutschen Zentrale für Touristik, des Kulturkalenders der Bundesregierung sowie für umliegende Städte zusammengestellt. Zusammenstellungen wurden auch vorgenommen für die Redaktionen von Bordzeitschriften von Fluggesellschaften, für Magazine und Zeitschriften, die ausgewählte Termine veröffentlichten. Darüber hinaus wurde auch durch Unterstützung der ADV die telefonische Terminauskunft aktiviert.

5. Betreuung ehemaliger jüdischer Mitbürger

Der Einladungskreis an ehemalige jüdische Mitbürger der Stadt Düsseldorf hat sich im Berichtszeitraum erheblich ausgeweitet. 1986 wurden zum ersten Mal auch Mitbürger aus den USA eingeladen. Zuvor kamen die Gruppen ausschließlich aus Israel. 1986 besuchten 25 Einzelreisende die Stadt, hinzu kam ein Gruppenprogramm im Mai, das mit 37 Personen durchgeführt wurde. 1987 wurde der Kreis der Eingeladenen erstmals auf Südamerika ausgedehnt; das Gruppenprogramm nahmen 34 eingeladene jüdische Mitbürger wahr, davon 25 aus Israel. 31 Einzelreisende besuchten außerhalb des Gruppenprogramms ihre ehemalige Heimatstadt. 1987 war zu beobachten, daß das Durchschnittsalter der Besucher geringer wurde. Die Einladung Düsseldorfs an seine ehemaligen jüdischen Mitbürger wurde weitgehend

positiv in der internationalen jüdischen Presse dargestellt. 1988 besuchten im Rahmen des Programms insgesamt 67 ehemalige jüdische Mitbürger Düsseldorf; dies liegt vor allem daran, daß zum ersten Mal zweimal im Jahr Gruppenprogramme durchgeführt wurden. Die erste Gruppe nahm an den Hauptfeierlichkeiten zur 700-Jahrfeier vom 10. - 17. August teil. Höhepunkt dieser Woche war sicherlich die Unterzeichnung der Partnerschaftsverträge im Rathaus u.a. mit Haifa, die besonders die israelischen Mitbürger stark beeindruckt hat. Eine kleinere Gruppe wurde noch einmal im November eingeladen. Anlaß war die Ausstellung jüdischer Kinderzeichnungen im Stadtmuseum; der überwiegende Teil dieser Gruppe kam aus England. Im Jahr 1988 besuchten außerdem 17 Einzelreisende ihre ehemalige Heimatstadt.

Zum Kreis der Eingeladenen gehörten diesmal auch ehemalige jüdische Mitbürger, die jetzt in Südafrika und in Australien leben. Besonderes Augenmerk bei der Betreuung der ehemaligen jüdischen Mitbürger wird auf eine intensive Korrespondenz gelegt, die die Verbindung zur alten Heimatstadt festigen soll.

6. Dolmetscheraufgaben

Im März 1988 wurde die Stelle der Dolmetscherin neu besetzt. Durch sie werden die Übersetzungen in englischer und französischer Sprache innerhalb der Verwaltung vorgenommen sowie Übersetzungen in andere Sprachen veranlaßt. Gleichzeitig fallen in sehr unterschiedlichen Abständen Dolmetscheraufgaben anlässlich von Besuchen ausländischer Gruppen an sowie im Rahmen von Empfängen beim Oberbürgermeister.

7. Empfänge und Bewirtungen

Im Berichtszeitraum wurde wieder eine große Anzahl von Empfängen und Bewirtungen durch 80/3 vorbereitet und ausgerichtet. 1986 betrug die Zahl 85, herausragende Ereignisse waren die Festakte aus Anlaß der Übergabe des Käutner-Preises an Bernhard Wicki sowie aus Anlaß des „40jährigen Jubiläums der Landeshauptstadt Düsseldorf“. Im Schloß Benrath fand anlässlich der Eröffnung der Nordischen Wochen ein Empfang in Anwesenheit der schwedischen Königin statt; das spanische Königspaar wurde im Jan-Wellem-Saal empfangen.

1987 fanden 95 Veranstaltungen statt, unter anderem ein Empfang in der Rheinterrasse aus Anlaß des japanischen Feuerwerks, ein Empfang ebenfalls in der Rheinterrasse aus Anlaß der Verabschiedung von Oberstadtdirektor Gerd Högener. In Anwesenheit des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und des Ministerpräsidenten Johannes Rau fand aus Anlaß der Eröffnung der Bundesgartenschau ein Empfang im Festzelt auf dem Gelände der Bundesgartenschau statt.

1988 war die Zahl der Empfänge und Essen durch das Stadtjubiläum außergewöhnlich hoch; hier sollen besonders erwähnt werden der Empfang in der Rheinterrasse für führende Repräsentanten der japanischen Wirtschaft in Anwesenheit des japanischen Botschafters und Ministerpräsidenten Rau, die Festakte im Plenarsaal aus Anlaß der Ratifizierung der Partnerschaftsverträge Karl-Marx-Stadt, Haifa und Reading, der Festakt im Plenarsaal aus Anlaß der Verleihung des Heinrich-Heine-Preises an Dr. Marion Gräfin Dönhoff in Anwesenheit von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundestagspräsidentin Prof. Rita Süßmuth, ein Empfang im Kongreßsaal der NOWEA für die führenden Repräsentanten der Düsseldorfer Wirtschaft sowie ein Empfang in der Rheinterrasse aus Anlaß des großen historischen Schützenfestzuges.

80/4 - Abt. Wirtschaftsförderung

Ausgangssituation

Seit dem letzten Berichtszeitraum 1983 bis 1985 sind die Beschäftigtenzahlen in Düsseldorf durch den allgemeinen Konjunkturaufschwung stark angestiegen. Nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung von 1987 hat Düsseldorf 411.705 Beschäftigte, die zu 25,6% in der Industrie, im Baugewerbe und im Handwerk und zu 74,4% im Dienstleistungsbereich beschäftigt sind.

Träger des Beschäftigungswachstums war der Dienstleistungsbereich, einzelne Bereiche aus Industrie und Baugewerbe mußten dagegen weitere Verluste, wenn auch nicht in der Größenordnung der vergangenen Jahre, hinnehmen.

Trotz des Beschäftigtenzuwachses erhöhte sich auch die Zahl der Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote stieg von 11,9% im Januar 1986 auf 13,4% im Dezember 1988. Diese Steigerung ist nach Untersuchungen der Wirtschaftsförderung unter anderem auf die Zunahme der Erwerbspersonen, auf Qualifikationsprobleme aufgrund des strukturellen Wandels, auf starke Pendlerverflechtungen und auf zu geringen Arbeitsplatzzuwachs zurückzuführen.

Um die positive Beschäftigungsentwicklung zu unterstützen, betreibt die Wirtschaftsförderung

- den weiteren Ausbau Düsseldorfs zum internationalen Handels- und Dienstleistungszentrum und damit die Sicherung der günstigen Entwicklungsmöglichkeiten für den tertiären Sektor und
- den gleichzeitigen Erhalt und Ausbau eines modernen produzierenden Gewerbes, d.h. die Unterstützung der notwendigen strukturellen Erneuerungen dieses Sektors.

Die Erfüllung dieser Aufgaben wurde im Berichtszeitraum immer schwieriger, vor

allem im Hinblick auf die Konkurrenzsituation zu anderen Wirtschaftsmetropolen, aber auch wegen des nach wie vor herrschenden Flächenmangels, des wachsenden Umweltbewußtseins und der Altlastenproblematik. Gerade angesichts der Entwicklung zu Europa 1992 war es aber wichtig, daß Düsseldorf seinen Anspruch als führendes internationales Handelszentrum bewahrt und ausbaut.

Zur Bewältigung der gestiegenen Anforderungen wurden weitere Mitarbeiter eingestellt, der Personalbestand inkl. Schreibkräfte stieg damit auf 13 Mitarbeiter. Ausgedehnt wurden vor allem das Beratungs- und Betreuungsangebot, die Außenwirtschaftsaktivitäten, die Technologieförderung und die Öffentlichkeitsarbeit.

Die Leistungspalette umfaßte folgende Bereiche:

1. Firmenakquisition
2. Bestandspflege
3. Flächenversorgung
4. Flächenvorsorge und Flächenaktivierung
5. Technologieförderung
6. Auslandsaktivitäten
7. Regionale Zusammenarbeit
8. Grundlagen und Standortinformationen
9. Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit

1. Firmenakquisition

Der Standort Düsseldorf ist bei in- und ausländischen Firmen nach wie vor beliebt und die Wirtschaftsförderung konnte in den letzten Jahren durch verbesserte Öffentlichkeitsarbeit weitere Firmen für Düsseldorf interessieren. Doch die Konkurrenz unter den in- und ausländischen Großstädten wurde stärker, die Akquisition damit immer schwieriger und arbeitsintensiver. Die Zahl der Beratungen bzw. Betreuungen zu Problemen wie Grundstücks- oder Büroraumbeschaffung, Fördermittel, Aufenthaltsgenehmigungen, Büroeinrichtung und Telefonanschlüssen stieg im Berichtszeitraum von 100 auf 200 Fälle pro Jahr.

Positive Ergebnisse dieser Bemühungen sind z. B. die Ansiedlung von Toshiba, Esprit, Dior, Hugin Sweda, DTK Computer, Alps, Apex, Copam, Biomedica, Bilsing, Inform und Rigips. Ein Akquisitionserfolg war auch die Entscheidung der taiwan-chinesischen Außenhandelsorganisation für Düsseldorf als Standort des Taiwan Trade Centers gegen starke Konkurrenz anderer deutscher Großstädte. Die Wirtschaftsförderung war bei der Konzipierung des Centers und bei der Suche nach Büroraum behilflich. Das Taiwan Trade Center wird Anfang 1989 eröffnet.

In den Bereich langfristiger Akquisition gehören die Projekte Filmzentrum Düsseldorf, Kreativzentrum Oberkassel und Korean Trade Center. Im Rahmen des Projektes Film-

zentrum Düsseldorf wurden 1987 und 1988 Gutachten angefertigt und Standortüberlegungen angestellt sowie Medienunternehmen beraten. Das Filmzentrum soll in Zukunft die Akquirierung von Medienunternehmen für Düsseldorf erleichtern. Dieses Ziel verfolgt die Wirtschaftsförderung auch mit der Konzeptionierung des Kreativzentrums Oberkassel. Im Rahmen dieses Projektes wurden ein Konzept für das zur Verfügung stehende Gebäude entwickelt, ein Gutachten für ein Mode-Design-Zentrum erstellt und erste Vertragsverhandlungen mit der International Academy, einer Modeschule, aufgenommen. Beworben hat sich Düsseldorf auch als Standort für ein Korean Trade Center, hier begannen 1988 die ersten Verhandlungen.

2. Bestandspflege

Einen ebenso wichtigen Bereich wie die Firmenakquisition stellt die Bestandspflege dar. Hierzu gehört zum einen die Standortsicherung, d. h., die Lösung der am Standort bestehenden und das Unternehmen gefährdenden Probleme und zum anderen die Hilfestellung bei Verlagerungen. In diesem Bereich wurden die Bemühungen verstärkt, um die Abwanderung der Firmen aus Düsseldorf zu bremsen.

Die Beratungen sind mit erheblichem Aufwand über einen längeren Zeitraum verbunden. Sie umfassen die Grundstückssuche, Hilfe in Baurechts-, Fördermittel- und betriebswirtschaftlichen Fragen, bei Immissions- oder Nutzungsproblemen oder bei Verhandlungen mit anderen Ämtern. Sie konnten durch die 1988 von der Wirtschaftsförderung herausgegebenen Fördermittelbroschüren zu den Bereichen Existenzgründung, Betriebsverlagerung, Forschung und Entwicklung und Umweltschutzinvestitionen sehr verbessert werden.

Die Gesamtzahl der Anfragen in allen Beratungsbereichen stieg ständig bis auf rund 1.000 Fälle 1988 an. Im Bereich der Standortsicherung waren z. B. Paguag und Schulte + Söhne zu nennen, im Bereich Verlagerung war die Wirtschaftsförderung z. B. bei Ericsson, Rheon, Rodenstock, Transitherm, Tannhäuser, Kiepe, Thrandorf, Tecno Plast und Holla & Spinzig erfolgreich.

3. Flächenversorgung

Der wichtigste Standortfaktor ist nach wie vor das Flächenangebot, d.h. das Angebot an Gewerbe- und Bürogrundstücken, an Hallenflächen und Büroräumen.

Der Mangel an Gewerbegebieten, den die Wirtschaftsförderung seit Jahren beklagt, wurde im Berichtszeitraum immer deutlicher. Wieder konnte nur ein Bruchteil der Flächennachfrage befriedigt werden. Zwischen 1986 und 1988 gingen 620 allgemeine Grundstücksanfragen mit einem Bedarf von 3,8 Mio. qm ein.

Dazu kamen 120 Anfragen nach Grundstücken an bestimmten, im Verkauf befindlichen Standorten, wie z.B. Mündelheimer Weg, Büttgenbachstraße, Am Köhnen, Hellerhof und Böhlerweg. Diese Anfragen beliefen sich auf weitere 670.000 qm, auf denen über 3.900 Arbeitsplätze bereitgestellt worden wären.

Den anfragenden Firmen konnten 50 städtische Grundstücke in einer Gesamtgröße von knapp 135.000 qm für rund 1.600 Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Bei diesen Verkäufen spielte die Bestandssicherung eine größere Rolle als Neuansiedlungen, die meisten der Firmen waren bereits in Düsseldorf ansässig.

Auf dem Sektor Bürogrundstücke gingen ca. 50 Anfragen pro Jahr nach insgesamt 1,5 Mio. qm ein. Unter Mitwirkung der Wirtschaftsförderung wurden Grundstücke an den Standorten Hauptbahnhof-Ost und Kennedydamm verkauft. Die Verkäufe von Flächen an der Parvealstraße, der Vagedesstraße, am Aachener Platz und am Vogelsanger Weg wurden eingeleitet und werden voraussichtlich 1989 abgeschlossen. Für die Zukunft ist auch auf diesem Sektor mit Engpässen zu rechnen.

Aufgrund der begrenzten Zahl städtischer Grundstücke hatte die Vermittlung privater Grundstücke einen großen Stellenwert. Aber auch der private Markt ist begrenzt, und es gibt zahlreiche Probleme, wie z.B. Altlasten, Nutzungsbeschränkungen, Erschließung und nicht zuletzt der Preis. Die Vermittlung hat in ca. 50 Fällen zum Erfolg geführt.

Generell an private Eigentümer oder Makler weitergeleitet wurden auch die Anfragen nach Hallen- und Büroflächen. Da hier in den meisten Fällen keine Rückmeldung erfolgte, kann über den Erfolg keine definitive Auskunft gegeben werden.

Den Überblick über das private Angebot lieferte das in den letzten Jahren aufgebaute computergestützte Informationssystem, das alle bekannten Grundstücks-, Hallen- und Büroflächenangebote enthält.

4. Flächenvorsorge und Flächenaktivierung

Aufgrund der Situation auf dem Flächenmarkt wurde die Flächenvorsorge zu einem Schwerpunkt der Arbeit. Im Rahmen der Diskussion um den Flächennutzungsplanentwurf erarbeitete die Wirtschaftsförderung zwei Berichte zum Bedarf an Gewerbe- und Büroflächen bis zum Jahr 2000 und zur Verfügbarkeit der ausgewiesenen Grundstücke mit dem Ziel der Sicherung bzw. Neuschaffung von Gewerbeflächen.

Daneben nahm die Aktivierung von Flächen für den kurz- und mittelfristigen Bedarf einen sehr breiten Raum ein. Hier hatte die Wirtschaftsförderung die Federführung in der Kommission zur beschleunigten Baureifmachung von Gewerbegrundstücken. Die

Baureifmachung gestaltete sich aber aufgrund des steigenden Anteils an Recyclingflächen und der damit verbundenen Altlastenproblematik sehr schwierig. Die steigende Bedeutung der Altlastenfrage in der Arbeit der Wirtschaftsförderung äußert sich auch darin, daß die Neuabstimmung der Altlastenprioritätenliste 1988 von der Wirtschaftsförderung federführend übernommen wurde.

Im einzelnen wurde die Aktivierung folgender Flächen betrieben:

- Mannesmann-Lierenfeld und Kölner Straße im Rahmen des Ringtauschprojektes,
- Nördlich Theodorstraße,
- Vogelsanger Weg,
- Am Schönenkamp,
- Lichtenbroicher Weg,
- Albertussee,
- Bergische Landstraße,
- Oberkasseler Bahngelände.

Daneben nahm die Wirtschaftsförderung im Rahmen der Vorsorge für die gewerbliche Wirtschaft in mehr als 80 Fällen Stellung zu Bebauungsplänen oder städtebaulichen Einzelmaßnahmen.

5. Technologieförderung

Die Förderung von neuen Technologien und Innovationen hat langfristig eine große Bedeutung bei der Verbesserung und Erneuerung der Düsseldorfer Wirtschaftsstruktur.

Eine besondere Rolle kommt dabei in Zukunft dem Düsseldorfer Technologiezentrum zu. Zum einen soll durch den Technologietransfer die rasche und effiziente Umsetzung neuer Forschungsergebnisse für Produktion und Marktverwertung gefördert, zum anderen jungen Unternehmen und Existenzgründern aus dem Bereich neuer Technologien der erste Schritt in die Selbständigkeit erleichtert werden.

Im Berichtszeitraum nahmen die Planungen konkrete Formen an. Es wurde ein Ratsbeschluß zum Technologiezentrum herbeigeführt, der die Beteiligung der Stadt Düsseldorf an einer Trägergesellschaft und den Verkauf eines Grundstückes am Großenbaumer Weg an einen Investor regelte. Der Grundstückskaufvertrag wurde inzwischen abgeschlossen, mit dem Bau wurde begonnen, die Gründung einer Trägergesellschaft vorangetrieben.

Des weiteren konnte eine finanzielle Förderung erreicht werden: zum einen vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie für die Trägergesellschaft, zum anderen von der Europäischen Gemeinschaft für das Technologiezentrum als Demonstrationsobjekt.

Parallel wurden erste Verhandlungen mit technologieorientierten Unternehmen und wissen-

schaftlichen Einrichtungen bezüglich der Kooperationsmöglichkeiten, mit der Post hinsichtlich der Kommunikationsinfrastruktur sowie mit Mietinteressenten geführt. Mit der gezielten Mieterakquisition wird 1989 begonnen.

Zur Präsentation des Technologiezentrums wurde 1987 eine spezielle Broschüre erstellt, die gezielt an Institutionen und Firmen verteilt wurde. Weitere Werbemaßnahmen wurden mit Standbeteiligungen an den Veranstaltungen „Technologieland Nordrhein-Westfalen“ in Düsseldorf und den „Mikroelektroniktagen“

Neugründungen von Firmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung in Düsseldorf

Jahr	Firmen	Kapital in Mio. DM	davon Japan	davon USA
1984	196	110,2	16	20
1985	274	86,9	18	21
1986	303	169,6	28	31
1987	323	213,1	20	32
1988	381	148,6	20	32

Taiwan: Es wurde eine Direct-Mail-Kampagne und eine Anzeigen-Kampagne durchgeführt. Aufgrund dieser Kampagne haben 60 Firmen mit der Wirtschaftsförderung Kontakt aufgenommen, einige haben sich schon in Düsseldorf angesiedelt, bei anderen finden noch konkrete Verhandlungen statt.

VR China: Im Rahmen des Kooperationsabkommens Düsseldorf-Shenyang wurden zahlreiche Delegationen aus Politik und Verwaltung in Düsseldorf betreut und ein Akrobaten-Gastspiel organisiert. Erstmals nach Abschluß des Abkommens wurde auch der Besuch einer Delegation aus Düsseldorf in Shenyang durchgeführt. Vorbereitung und Organisation der Reise erfolgten durch die Wirtschaftsförderung. Zur Delegation gehörten insbesondere auch Vertreter der Düsseldorfer Wirtschaft, denen Gelegenheit zu direkten Gesprächen gegeben wurde. Darüber hinaus wurden Einzelmaßnahmen, wie z.B. die Entsendung eines Senior-Experten und einer Deutschlehrerin nach Shenyang sowie ein Praktikantenaustausch organisiert.

Auch Kontakte mit anderen chinesischen Ansprechpartnern wurden intensiviert. So wurde bei der Gründung einer GmbH geholfen und verschiedene chinesische Firmen wurden bei der Raumbeschaffung unterstützt. Darüber hinaus wurden Kontakte zu Handelsorganisationen anderer chinesischer Städte und Provinzen aufgebaut.

Die Kontaktpflege als Mittel der Vertrauensbildung nahm an Bedeutung zu. 1987 wurde erstmals gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer ein „Außenwirtschaftstreffen“ durchgeführt, zu dem die Vertreter der ausländischen Handels- und Wirtschaftsförderungsinstitutionen sowie der Konsulate in Düsseldorf eingeladen wurden. Sehr wichtig war auch der kontinuierliche Besuch dieser

in Duisburg durchgeführt, darüber hinaus mit einigen Anzeigen, darunter im Katalog zum Gemeinschaftsstand der Hochschulen NRW auf der Hannover-Messe.

6. Auslandsaktivitäten

Mit ca. 3.000 Firmenniederlassungen aus 50 verschiedenen Ländern gehört Düsseldorf zu den führenden internationalen Handelszentren. Um diese Position zu festigen, hat die Wirtschaftsförderung ihre Auslandsaktivitäten weiter ausgebaut.

Institutionen sowie die regelmäßige Teilnahme an den Veranstaltungen z. B. des American Chamber of Commerce, der deutsch-chinesischen und deutsch-koreanischen Wirtschaftsvereinigungen.

Zur Kontaktpflege gehörte auch die Betreuung von rd. 70 ausländischen Delegierten aus Politik und Verwaltung, inkl. der Organisation von Gesprächskreisen und Empfängen, u.a. für eine Delegation des Keidanren, des Spitzenverbandes der japanischen Arbeitgeber.

Entsprechend dem besonderen Stellenwert der japanischen Wirtschaft in Düsseldorf wurden die Arbeitstreffen der Wirtschaftsförderung mit Vertretern japanischer Banken und Handelshäuser fortgesetzt. Darüber hinaus wurden die jährlichen Neujahrsempfänge für die japanische Wirtschaft und die Beteiligung der Stadt Düsseldorf mit einem eigenen Stand in der Ausstellung „Japan in Nordrhein-Westfalen“ organisiert sowie mit der Vorarbeit für die Entsendung einer Düsseldorf-Delegation nach Tokyo 1989 begonnen. Die Wirtschaftsförderung übernahm auch die Betreuung bei der Errichtung des Hauses der japanischen Kultur und der Erweiterung der International School. Die gute Zusammenarbeit wurde gefördert durch die Schenkung der japanischen Gemeinde zum Stadtjubiläum, der Stiftung „Studienfonds Düsseldorf-Japan“, mit deren Geschäftsführung die Wirtschaftsförderung mitbetraut wurde.

7. Regionale Zusammenarbeit

Der Oberstadtdirektor griff Anfang des Jahres 1988 das Projekt der interkommunalen Zusammenarbeit auf, in dessen Rahmen drei Arbeitskreise mit Vertretern aus 23 Umlandgemeinden zu den Themenbereichen Verkehr,

Abfall und Wirtschaftsförderung/Werbung gegründet wurden. Letzterer wird federführend von der Wirtschaftsförderung betreut. Inzwischen einigte man sich u. a. auf die gemeinsame Erstellung und Finanzierung eines regionalen Wirtschaftsprojektes. Die gesamte Abwicklung mit der beauftragten Werbeagentur obliegt der Wirtschaftsförderung.

Neben der Beschäftigung mit dem regionalen Arbeitskreis waren weitere Regionalthemen zu bearbeiten. So hat sich die Wirtschaftsförderung eingehend mit dem Konzept der Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM) sowie mit der Umsetzung von ZIM am Beispiel anderer Städte beschäftigt, um sich einen Überblick über die Wirksamkeit einer solchen Initiative zu verschaffen. In Verbindung damit wurden auch die Möglichkeiten für eine Einbeziehung Düsseldorfs in die Vergabe regionaler Fördermittel, evtl. auch die Möglichkeit einer Zukunftsinitiative Düsseldorf geprüft.

Die regionale Zusammenarbeit erhielt in den letzten Monaten des Jahres 1988 weiteren Auftrieb, als die Frage von Chancen und Risiken des Europäischen Binnenmarktes 1992 für Düsseldorf immer mehr in das Bewußtsein der Öffentlichkeit rückte. Zu diesem Thema wurde von der Wirtschaftsförderung ein Überblick über die wichtigsten Integrationsmaßnahmen erarbeitet. Die Wirtschaftsförderung wird die Entwicklung auf diesem Gebiet auch in Zukunft eingehend beobachten.

8. Grundlagen und Standortinformationen

Zu den Aufgaben des Bereiches Grundlagen und Standortinformationen gehörte die Beobachtung des Gewerbe- und Büroflächenmarktes als Grundlage für die schon in Kapitel 4 erwähnten Bedarfsberechnungen für Gewerbe- und Büroflächen bis zum Jahr 2000. Einige spezielle Aspekte der Gewerbeflächensituation wurden näher untersucht, so z.B. die Standortsicherung, das Problem Standortverlagerung, die Entwicklung der Gewerbeparks sowie die Branchenstruktur in neuen Düsseldorfer Gewerbegebieten.

Laufend beobachtet wurde auch die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung, die wichtigsten Ergebnisse wurden jeweils im Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsbericht dokumentiert.

Angefertigt wurden auch Berichte zu einzelnen Branchen, so z. B. zur Hotelsituation und

zum Einzelhandel in Düsseldorf sowie Stellungnahmen zur Ansiedlung von Einzelhandelsfachmärkten und zur Situation des Großhandels.

Um eine Datengrundlage für alle Untersuchungen zu schaffen, war die Einführung eines umfassenden Informationssystems erforderlich. Dieses Informationssystem versetzte die Wirtschaftsförderung auch in die Lage, die ständig steigende Zahl von Anfragen (über 180 Anfragen 1988) nach Standortinformationen zu beantworten. Diese Anfragen von Unternehmen, Privatleuten, Forschungsinstituten, anderen Städten, Verbänden und Ministerien aus dem In- und Ausland umfaßten alle wirtschaftsförderungsrelevanten Themen von Büro- und Gewerbeflächenmarkt, Gewerbeparks, Recycling, Marktanalysen, Standortuntersuchungen, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Firmenbesatz, Bevölkerung bis zu Konzepten der Wirtschaftsförderung und geplanten Investitionen sowie Fragen der Wirtschaftsgeschichte. Durch eine fundierte Beantwortung dieser Anfragen konnte die Wirtschaftsförderung Firmenakquisition und Imagepflege betreiben. Das geschah auch über die Zusammenstellung von Standortinformationen für nationale und internationale Informationssysteme.

9. Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit

Der Bereich Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit wurde im Berichtszeitraum völlig neu konzipiert.

Gezieltes Standortmarketing ist für die Akquisition im In- und Ausland von großer Bedeutung. Die Grundlage dafür bildete der 1986 neu erschienene Wirtschaftsprospekt unter dem Titel „Düsseldorf – internationales Wirtschaftszentrum am Rhein“ inkl. der Beilage „Fakten und Adressen“, der bis 1988 auch in den Sprachversionen englisch, japanisch, französisch, schwedisch, koreanisch, chinesisches sowie taiwan-chinesisch aufgelegt und über Multiplikatoren verteilt wurde. Als solche fungierten Kammern, Verbände, Konsulate, Handelsförderungsorganisationen, wichtige Großunternehmen sowie NOWEA und Flughafen.

Darüber hinaus wurden gezielte Kampagnen mit Direct-Mail-Aktionen und Insertionen

durchgeführt wie z.B. 1987 in Japan und 1988 mit guter Resonanz in Taiwan.

Einen Beitrag zur Bestandssicherung leistete die Wirtschaftsförderung mit ihrem regelmäßigen Informationsbrief für heimische Betriebe, den „Infos der städtischen Wirtschaftsförderung“. Dieses vierseitige Faltblatt berichtet vierteljährlich über aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen, über die Arbeit der Wirtschaftsförderung und über wichtige Informationsveranstaltungen. An 7.500 ausgewählte Düsseldorfer Betriebe mit einem persönlichen Anschreiben versandt, erfüllt das Info-Blatt vornehmlich die Aufgabe, den heimischen Unternehmern die städtische Wirtschaftsförderung als Ansprechpartner in Grundstücks, Baurechts- oder Finanzierungsproblemen bekannt zu machen. Die große Resonanz nach jeder Versandaktion bestätigte, daß dies der richtige Weg ist, die heimischen Betriebe auf die Leistungen der städtischen Wirtschaftsförderung aufmerksam zu machen.

Teil der Öffentlichkeitsarbeit waren darüber hinaus das 1987 erschienene Faltblatt „Die Wirtschaftsförderung stellt sich vor“ und die „Schriftenreihe der Wirtschaftsförderung“, in der seit 1986 die Arbeitsmarktberichte und alle weiteren Untersuchungen veröffentlicht werden. 1988 wurden erstmalig die „Fibeln zu Förderprogrammen“ für die Bereiche Existenzgründung, Betriebsverlagerung, Forschung und Entwicklung und Umweltschutzinvestitionen herausgegeben.

Ein wichtiger Teil des Standortmarketings und der Öffentlichkeitsarbeit ist die Pressearbeit. 1987 begann die städtische Wirtschaftsförderung mit einer gezielten Pressearbeit, deren Notwendigkeit sich aus der Tatsache ergab, daß die städtische Wirtschaftsförderung sowie das Investitionsklima des Standortes Düsseldorf häufig ins Kreuzfeuer der Medienkritik geraten waren.

Um die Journalisten über die Tätigkeiten, Bemühungen und Initiativen der Wirtschaftsförderung zu informieren und der Stadt insgesamt ein positives Presseecho/Image zu verschaffen, wurden 1987/88 65 Meldungen herausgegeben. Daraufhin erschienen allein in den lokalen Zeitungen etwa 300 Artikel über die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung mit einer bemerkenswert positiven Tendenz. Darüber hinaus wurden in Pressekonferenzen zu wichtigen Anlässen die Journalisten ausführlich informiert.

Amt 82 – Städtische Häfen

Werkleiter: Franz F. Blumenroth

1. Verkehrsentwicklung

Die Umschlagsresultate des Berichtszeitraumes ergeben sich aus nachstehender

Übersicht. Zum Vergleich sind die Verkehrszahlen des vorangegangenen Berichtszeitraumes 1983 bis 1985 gegenübergestellt.

Bezeichnung der Leistung	Durchschnittsleistung		Mehr (+) Weniger (-) 1986/88	
	1986/88	1983/85		%
	in 1000 t			
Schiffsgüterumschlag	3.024	2.774	+ 250	+ 9,0
Kranleistungen	1.303	1.136	+ 167	+ 14,7
Hafenbahnleistungen	919	1.123	./-.204	./-.18,2

Der Schiffsgüterumschlag entwickelte sich gegenüber dem letzten Berichtszeitraum trotz der Rückgänge in 1987 und 1988 noch positiv. Dabei konnte in 1986 mit 3,23 Mio. t das beste und in 1987 mit 2,98 Mio. t immer noch das viertbeste Ergebnis seit Bestehen des Hafens überhaupt erzielt werden. Im abgelaufenen Jahr 1988 blieb der Schiffsgüterumschlag mit 2,87 Mio. t um rd. 3,8 % hinter dem Vorjahresaufkommen zurück. Entscheidende Rückgänge sind durch geringere Einfuhren von Mineralölzeugnissen zu

verzeichnen, begründet in der abwartenden Haltung der Mineralölgesellschaften im Zusammenhang mit dem Ende der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen dem Iran und dem Irak.

Die Umschlagsentwicklung der Düsseldorfer Häfen verhält sich seit Jahren gegenläufig zum durchschnittlichen Trend der Rheinschifffahrt, die nach Umschlagsrückgängen in 1986 (7,7 %) und 1987 (5,4 %) in 1988 eine Steigerung von rd. 5,1 % zu verzeichnen hatte.

Die Düsseldorfer Häfen haben dabei trotz des Rückganges in 1988 mit einem Zuwachs von rd. 9,0 % für 1986/88 ihre Position halten können. Hier wirkt sich die breitgefächerte Güterstruktur der Düsseldorfer Häfen mit ihren relativ hohen Stückgutanteilen vorteilhaft aus.

Ebenfalls positiv wie der Schiffsgüterumschlag entwickelte sich der Kranbetrieb in den Jahren 1986 (+ 0,7 %) und 1987 (+ 2,6 %) und verzeichnete die höchsten Umschlagsleistungen seit 1974. In 1988 war dagegen eine Einbuße von 4,9 % zu verzeichnen, die ursächlich mit dem Rückgang des Kohletransportes zum Kraftwerk Lausward zusammenhängt.

Die negative Entwicklung der Beförderungsleistungen der Hafenbahn setzte sich im Berichtszeitraum fort. Hier ergaben sich 1986 Einbußen von 3,7 %, 1987 von 16,4 % und 1988 von 2,9 %. Der überwiegende Teil dieser Einbußen ist auf Rückgänge bei Eisen- und Stahlwaren einschließlich Röhren sowie beim Kohletransport zurückzuführen.

2. Wirtschaftliche Entwicklung

Die Erfolgsrechnungen der einzelnen Berichtsjahre schlossen wie folgt ab:

1986 – 159.000 DM Verlust
1987 – 1.563.000 DM Verlust
1988 – 349.000 DM Verlust

Die Ergebnisse werden beeinflusst durch steigende Aufwendungen in allen Bereichen, die durch leichte Ertragssteigerungen im Schiffs- und Kranumschlag nicht kompensiert werden konnten. Insbesondere wirken sich höhere Instandhaltungsarbeiten im Bereich Lagerplätze und -gebäude zur Ausweitung des Vermietungsgeschäftes aus, die sich erst in späteren Jahren amortisieren.

Daneben werden die Ergebnisse insbesondere in 1987 durch außerordentliche Aufwendungen (Wertberichtigungen, Rückstellungen) auf Grund aktienrechtlicher Vorschriften beeinflusst. Dies wird deutlich an den um die außerordentlichen Posten bereinigten Betriebsergebnissen. Während die Verluste in 1986 und 1988 mit 131.000 DM bzw. 111.000 DM nur unwesentlich abweichen, weicht der Fehlbetrag in 1987 mit 991.000 DM um rd. 572.000 DM vom tatsächlichen Verlust ab.

Am 31.12.1988 waren insgesamt 21 Umschlagsanlagen in Betrieb; die Einzelleistung je Anlage erhöhte sich je Anlage von 56.400 t im Jahre 1985 auf 60.475 t im Jahre 1988. Der Personalbestand betrug am 31.12.1988 122 Beschäftigte.

In Anpassung an die allgemeinen Kostensteigerungen sind im Berichtszeitraum folgende Tarifierhöhungen vorgenommen worden:

01.04.1986 Kranleistungsentgelte 2,04 %
01.04.1986 Hafen- und Ufergeld 1,94 %
01.07.1988 Verkehrsentgelte der Hafenbahn 5,00 %

01.07.1988 Kranleistungsentgelte 2,00 %
01.07.1988 Hafen- und Ufergeld ϕ 1,17 %
01.07.1988 Grundmiete der Zonen I – IV ϕ 9,30 %

3. Investitionen

Investitionen wurden in folgendem Umfang getätigt:

1986 rd. 4.043.000 DM
1987 rd. 4.878.000 DM
1988 rd. 5.944.000 DM
14.865.000 DM

Sie verteilen sich auf folgende Anlagegruppen:

	TDM	%
Übernahme von Grundstücken, Erwerb, Neubau bzw. Verbesserung von Lager-, Büro-, Wohngebäuden u. dgl.	2.790	18,8
Hafen-, Uferanlagen, Straßen und Lagerplätze	7.930	53,4
Umschlagsanlagen (Kräne u. dgl.)	3.600	24,2
Bahnanlagen, Bahnbetriebsmittel u. Einrichtungen	253	1,7
Maschinen, Betriebseinrichtungen, Fuhrpark	26	0,1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	266	1,8
	14.865	100,0

Im Berichtszeitraum wurden u.a. je ein neues Zolldienstgebäude und ein Bürogebäude errichtet, ein Büro-/Lagergebäude erworben sowie der Uferausbau am Hafenbecken C abgeschlossen.

Amt 84 – U-Bahn-Amt

Amtsleiter: Dipl.-Ing. Wolfgang Uhlendorf

1986

Der architektonische und betriebstechnische Ausbau des Streckenabschnittes Heinrich-Heine-Allee bis Hauptbahnhof wurde fortgesetzt.

Mit der Eröffnung der Kunstsammlung NRW am 14.03.86 wurde der neu hergestellte Fußgängertunnel zwischen der Tiefgarage der Kunstsammlung und der bereits bestehenden Opernpassage der Öffentlichkeit übergeben.

Am 18.12.86 beschloß der Rat den Bau des Bahnhofes Tonhalle mit einem Kostenvolumen von 5,1 Mio DM. Die Haltestelle ersetzt mit Aufnahme des U-Bahn-Betriebes die Haltestelle Rater Tor.

1987

Fortsetzung des architektonischen und betriebstechnischen Ausbaues des Streckenabschnittes Heinrich-Heine-Allee bis Hauptbahnhof.

Am 23.03.87 wurde an der Auffahrt zur Oberkasseler Brücke mit den Bauarbeiten für die Haltestelle Tonhalle begonnen. Der hochliegende Mittelbahnsteig hat eine Länge von 60 Meter und ist durch einen Fußgängertunnel zu erreichen. Dieser Tunnel verbindet darüberhinaus die Bereiche Tonhalle/Ehrenhof mit der Kunstakademie und der Altstadt (soge-

nannte Kunstachse). Neben einer festen Treppeanlage wurde zum erstenmal in Düsseldorf ein Schrägaufzug eingebaut.

Am 27.04.87 wurde mit dem Einbau einer zusätzlichen Rolltreppeanlage im Bahnhof Heinrich-Heine-Allee begonnen. Sie verbindet die Fußgängerpassage mit der Südseite der Elberfelder Straße (Kaufhof-Arkade).

In der Zeit vom 13.05.87 bis 31.08.87 wurde in der Breitestraße nachträglich ein Notausstieg errichtet.

Die Rheinische Bahngesellschaft führte im Jahre 1987 den Probetrieb durch. Von der Zentralen Leitstelle im Gebäude Heinrich-Heine-Allee 7 wird der U-Bahn-Betrieb gesteuert und überwacht. Die Zugsicherungstechnik einschließlich der Zuglenkung und Netzleittechnik befand sich im Probestadium.

1988

Am 25.01.88 wurde die Rolltreppe Bolkerpassage – Elberfelder Straße (Kaufhof-Arkade) der Öffentlichkeit übergeben.

Vom 22.03. bis 06.05.88 erfolgte der Rückbau der Rampe an der oberirdischen Haltestelle Opernhaus, um einen durchgehenden unterirdischen Stadtbahnbetrieb von Kennedydamm bis Hauptbahnhof zu ermöglichen.

Am 07.05.88 wurde die zweite Ausbaustufe, deren wichtigstes Teilstück der 3,1 km lange Innentunnel zwischen Heinrich-Heine-Allee und Hauptbahnhof ist, feierlich in Betrieb genommen. Oberbürgermeister Klaus Bungert und Vertreter des Landes- und Bundesministeriums für Verkehr öffneten gemeinsam per Knopfdruck die Rolltore zu den Bahnsteigabgängen.

Der Rat beschloß am 26.05.88 die Neugestaltung der Oberfläche der Heinrich-Heine-Allee. In Anlehnung an historische Vorbilder soll sie als große Alleestraße wiederhergestellt werden. Der begehbare Mittelstreifen zwischen Rater Tor und Bolkerstraße soll besonders gestaltet und aufgewertet werden.

Am 06.08.88 wurde der U-Bahn-Betrieb auf der Weststrecke (Oberkassel) mit dem neuen Bahnhof Tonhalle in Betrieb genommen.

Der Rat faßte den Bau- und Finanzierungsbeschluss für den Streckenabschnitt vom Hauptbahnhof bis zur Siegburger Straße. Der 2,1 km lange Abschnitt soll weitestgehend in Schildbauweise erstellt werden. Es sind folgende Bahnhöfe vorgesehen: Oberbilker Allee, Ellerstraße und Bahnhof Oberbilk.

Am 17.11.88 beschloß der Rat die behinderterfreundliche Ausgestaltung der Bahnhöfe Heinrich-Heine-Allee, Steinstraße und Oststraße durch die Ausrüstung mit Personenaufzügen.

Veröffentlichungen des Amtes für Statistik und Wahlen

von 1901 bis Oktober 1989

Periodische Veröffentlichungen

„**Statistisches Jahrbuch der Landeshauptstadt Düsseldorf**“ (Jährlich erscheinendes Nachschlagewerk über alle Sachgebiete)

Bezeichnung von 1901 bis 1950: Jahresbericht des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf.

Die erste Ausgabe betraf das Jahr 1901, die letzte – als 86. Jahrgang – behandelt das Jahr 1986.

„**Düsseldorf in Zahlen**“ (seit 1970 vierteljährlich Veröffentlichung – 12 Seiten – mit aktuellen Daten aus wichtigen Bereichen im Zeitvergleich, ab 1/1978 z. T. mit aktueller Textinformation).

Bezeichnung von 1902 bis 1920: Statistische Monatsberichte der Stadt Düsseldorf

von 1921 bis 1932: Statistische Monats- und Vierteljahresberichte der Stadt Düsseldorf

von 1933 bis 1939: Statistische Monatsberichte – von April 1933 bis März 1935 nicht herausgegeben –

von 1946 bis 1969: Düsseldorf in Zahlen, Monatliche Mitteilungen des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt

ab 1970: Düsseldorf in Zahlen, Vierteljährliche Mitteilungen des Statistischen Amtes

(ab Nr. 3/1975: des Amtes für Statistik und Wahlen) der Landeshauptstadt.

„**Landeshauptstadt Düsseldorf in Zahlen**“ (Kleinformatiger Faltkarton mit wissenswerten Angaben für Besucher, erscheint im Abstand von 1 bis 2 Jahren).

„**Verwaltungsbericht der Landeshauptstadt Düsseldorf**“ (gedruckter Tätigkeitsbericht der Verwaltung, vom Bericht für die Zeit von 1965 bis 1967 ab in dreijähriger Folge. Für welche Jahre bzw. Zeiträume und unter welcher Bezeichnung die Berichte ab 1851 herausgegeben worden sind, informiert die Übersicht am Schluß des Verzeichnisses.)

Unregelmäßig erscheinende Veröffentlichungen

„**Statistische Informationen**“ (Organ des Amtes für Statistik und Wahlen zur Veröffentlichung ausgewählter aktueller Ergebnisse aus den verschiedensten Gebieten der amtlichen Statistik – Text, Tabellen, Grafiken)

Nach Sachgebieten geordnet sind die herausgegebenen Statistischen Informationen im einzelnen auf den folgenden Seiten aufgeführt.

„**Beiträge zur Statistik und Stadtforschung**“ (eine Schrift, in der jeweils ein Thema ausführlich behandelt wird)

Bezeichnung der Hefte 1 bis 10: Mitteilungen zur Statistik der Stadt Düsseldorf

11 bis 16: Beiträge zur Statistik in Einzeldarstellungen

17 ff.: Beiträge zur Statistik und Stadtforschung

Die herausgegebenen Hefte sind in numerischer Ordnung, ferner auch nach Sachgebieten gegliedert, auf den folgenden Seiten verzeichnet.

„**Straßenverzeichnis der Landeshauptstadt Düsseldorf**“

Die „Ausgabe Januar 1974“ brachte im Anhang erstmalig Erläuterungen zu den Straßennamen mit heimatkundlicher Bedeutung. Nach Eingliederung der am 1. Januar 1975 zu Düsseldorf gekommenen Gebiete wurde für deren Straßen ein Zusatzstraßenverzeichnis herausgegeben. Das letzte Straßenverzeichnis ist im Januar 1989 erschienen.

Sonderveröffentlichungen

„**Taschenbuch des Statistischen Amtes**“

(Hauptziffern aus der Reichs-, Staats- und Stadt-Statistik) 1908

Denkschriften des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf:

Heft I: 1. Die städtische Arbeitslosenbeschäftigung in Düsseldorf 1908/09

2. Zur Frage der Arbeitslosenversicherung

Heft II: 1. Die Eingemeindungen des Jahres 1909/10

2. Die städtische Arbeitslosenbeschäftigung 1910

„**Die Lochkartenabteilung des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf**“

– Ein Bericht über die Entwicklung der Abteilung und das Arbeitsprogramm 1954/55 sowie Fragen der Leistungskapazität, der Rentabilität usw. –

Statistisches Taschenbuch der Landeshauptstadt Düsseldorf 1956

„**Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Zensus) 1961**“

– Ergebnisse für Düsseldorf –

(Zusammengefaßte Veröffentlichung der Anhangteile „Zensus 1961“ der Statistischen Jahrbücher 1962, 1963 und 1964)

noch Sonderveröffentlichungen

„Gebäude- und Wohnungszählung 1968“

Tabellenband mit den Ergebnissen für Düsseldorf, 183 Seiten

„Struktur der Häuser und Haushalte in Düsseldorf nach Baublöcken“

Tabellenwerk in 10 Bänden mit Ergebnissen aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1968

„Strukturatlas“ Teil 1: Häuser, Wohnungen, Haushalte

Großformatiger Kartenband mit den Ergebnissen für Baublöcke aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 auf 120 Karten 1 : 20 000

„Innergebietliche Gliederung der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Stande der Volkszählung 1970“

(Darstellung der kleinräumigen Gliederung des Stadtgebiets)

a) Blockverzeichnis in 4 Bänden

b) Straßenverzeichnis zum Blockverzeichnis in 8 Bänden

c) Kartenband mit 59 Karten 1 : 5 000

„Die Pendelwanderung in Düsseldorf nach Stadtteilen sowie Auspendler der Umlandgemeinden“ (Broschüre)

– Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 –

„Die Einwohner von Düsseldorf-Garath“

– Ergebnisse der Repräsentativ-Befragung vom Januar 1971 –

„Untersuchung über Ursachen der Obdachlosigkeit in Düsseldorf“

– Broschüre mit den Ergebnissen einer Untersuchung in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt – Februar 1975

„Innergebietliche Gliederung“

Band mit 79 Karten 1 : 5 000 mit der Darstellung der Stadtbezirke, Stadtteile, Blöcke und Stimmbezirke Düsseldorfs in der Deutschen Grundkarte – Stand: 1.1.1976

Die in den „Beiträgen zur Statistik und Stadtforschung“ behandelten Themen

- | | | |
|---------|---|---------------|
| Heft 1 | Die städtische Arbeitslosenbeschäftigung im Winter 1901/02 in Düsseldorf | |
| Heft 2 | Die Grundstücks- und Wohnungszählung vom 1. Dezember 1905 | |
| Heft 3 | Industrie und Handelsgewerbe in Düsseldorf nach der Betriebszählung vom 12. Juni 1907 | |
| Heft 4 | Die Nichteinheimischen in Düsseldorf nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 | |
| Heft 5 | 19 städtische Krankenanstalten im Lichte vergleichender Finanzstatistik (Herausgabe 1909) | |
| Heft 6 | Die städtische Sparkasse in Düsseldorf mit Sammelkasse und Alterssparkasse 1850 bis 1908 | |
| Heft 7 | Das Statistische Amt der Stadt Düsseldorf 1900 bis 1910 – Ein Jahrzehntbericht – | |
| Heft 8 | Die Grundbesitz- und Wohnungsverhältnisse in Düsseldorf und ihre Entwicklung seit 1903 | |
| Heft 9 | Die Grundstücks- und Wohnungszählung vom 26. April 1925 | |
| Heft 10 | Von der Düsseldorfer Wirtschaft und ihren Beziehungen zur deutschen Volkswirtschaft (Herausgabe 1927) | |
| Heft 11 | Die Struktur der Parteierfolge im Stadtkreis Düsseldorf bei den Bundestagswahlen vom 14. August 1949 | |
| Heft 12 | Über den Aussagewert der Straßenverkehrsunfallstatistik, unter besonderer Berücksichtigung der jahreszeitlichen Schwankungen (Heftausgabe 1950) | |
| Heft 13 | Bereinigte Häufigkeiten von Krebs als Todesursache (Herausgabe 1954) | |
| Heft 14 | Kurze Soziographie Düsseldorfs (Herausgabe 1955) | |
| Heft 15 | Die Wohnungssituation in Düsseldorf
– Ergebnisse der Wohnungszählung 1956 und Wohnungsdefizit-Berechnung mit Rückblick und Ausblick – | |
| Heft 16 | Die Entwicklung der von der Stadt Düsseldorf erhobenen Gebühren sowie sonstigen Abgaben und Entgelte (Herausgabe 1962) | |
| Heft 17 | Die Wohnungssituation in Düsseldorf – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 – | |
| Heft 18 | Die Wohnungssituation der Ausländer in Düsseldorf – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 | |
| Heft 19 | Die Wohnungsmieten in Düsseldorf und andere Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 | |
| Heft 20 | Die Einwohner in Düsseldorf 1970-1980 (Herausgabe Juli 1972) | |
| Heft 21 | Anwendungsbeispiele aus einem Planungs-Informationssystem (Herausgabe 1973) | |
| Heft 22 | Die Struktur der Düsseldorfer Wirtschaft unter Berücksichtigung der Ergebnisse der letzten Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970 | |
| Heft 23 | 75 Jahre Statistisches Amt der Stadt Düsseldorf (1900-1975) (Herausgabe November 1975) | |
| Heft 24 | Landtags- und Kommunalwahl in Düsseldorf vom 4. Mai 1975 (Herausgabe März 1976) | |
| Heft 25 | Zur Wahl des Achten Deutschen Bundestages und zur Wahl des Rates der Stadt Düsseldorf am 3. Oktober 1976 (Herausgabe August 1976) | |
| Heft 26 | Ergebnisse der Bundestags- und Kommunalwahl in Düsseldorf vom 3. Oktober 1976 (Herausgabe Februar 1977) | |
| Heft 27 | Die Handwerksunternehmen in Düsseldorf – Struktur und Entwicklung des Handwerks in Düsseldorf – Ergebnisse der Handwerkszählung 1977 (Herausgabe Januar 1979) | |
| Heft 28 | Wahlen '79 in Düsseldorf (Herausgabe Dezember 1979) | |
| Heft 29 | Zur Situation der Düsseldorfer Haushalte mit Wohngeldanspruch - Haushaltsstruktur, Einkünfte, Mieten und Wohnsituation der Antragsteller 1980 | November 1983 |
| Heft 30 | Einwohnerprognose 2000 – Vorausberechnung der Düsseldorfer Wohnbevölkerung bis zum Jahr 2000 | Dezember 1983 |
| Heft 31 | Wahlen '84 in Düsseldorf – Ergebnisse und Analyse der Europa- und der Kommunalwahl – | Dezember 1984 |
| Heft 32 | Repräsentativbefragung Düsseldorfer Bürger 1985 | Januar 1986 |
| Heft 33 | Zur Wohnungssituation in Düsseldorf | November 1986 |
| Heft 34 | Die ausländischen Einwohner der Stadt Düsseldorf | April 1987 |
| Heft 35 | Wahlergebnisse und soziale Strukturen in Düsseldorf – Eine Rückschau auf die Wahlen seit 1983 anlässlich der Europa- und Kommunalwahl 1989 – | Januar 1989 |

**Die „Statistischen Informationen“ (Abk.: „Informationen“), die „Beiträge zur Statistik...“ (Abk.: „Beiträge“)
sowie die Sonderveröffentlichungen, geordnet nach Sachgebieten**

Geographisches und Meteorologisches

Das Wetter im Jahre 1957 (Nr. 20 der Informationen)	Herausgabe: Januar 1958
Das Winterwetter 1957/58 in Düsseldorf (Nr. 25 der Informationen)	März 1958
Das Wetter des Jahres 1958 (Nr. 31 der Informationen)	Januar 1959
Das Sommerwetter 1959 in Düsseldorf (Nr. 39 der Informationen)	September 1959
Das Wetter des Jahres 1959 in Düsseldorf (Nr. 43 der Informationen)	Januar 1960
Das Stadtgebiet Düsseldorf nach Größe, Nutzung und Einwohnerdichte (Nr. 49 der Informationen)	Juni 1960
Das Sommerwetter 1960 in Düsseldorf (Nr. 53 der Informationen)	September 1960
Das Wetter des Jahres 1960 in Düsseldorf (Nr. 56 der Informationen)	Januar 1961
1. Einwohnerzahlen der Stadtteile 1939/1961; 2. Zur bezirklichen Neugliederung des Stadtgebietes (Nr. 60 der Informationen)	März 1961
Das Wetter des Jahres 1961 in Düsseldorf (Nr. 65 der Informationen)	Januar 1962
Die Witterungsentwicklung seit 1950 und das Wetter des Jahres 1962 in Düsseldorf (Nr. 74 der Informationen)	Januar 1963
Das Winterwetter 1962/63 in Düsseldorf (Nr. 78 der Informationen)	März 1963
Das Wetter des Jahres 1963 in Düsseldorf (Nr. 90 der Informationen)	Januar 1964
Das Sommerwetter 1964 in Düsseldorf (Nr. 101 der Informationen)	September 1964
Landeshauptstadt Düsseldorf, 31. Dezember 1974 bis 1. Januar 1975 – Ein Vergleich – (Nr. 186 der Informationen)	September 1975
Innergebietliche Gliederung (Kartenband) s. „Sonderveröffentlichungen“	Februar 1976

Stand und Bewegung der Bevölkerung

Die Nichteinheimischen in Düsseldorf (mit fremder Staatsangehörigkeit, Muttersprache, Heimat oder Herkunft) nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 (Heft 4 der Beiträge)	August 1908
Die ortsgeborenen Düsseldorfer (Nr. 1 der Informationen)	Januar 1956
Rückgang der Bevölkerungszunahme in Düsseldorf? (Nr. 7 der Informationen)	November 1956
Die Bevölkerungszunahme in Düsseldorf im 1. Halbjahr 1957 (Nr. 14 der Informationen)	Juli 1957
Zur Düsseldorfer Bevölkerungsstatistik 1957 (Nr. 19 der Informationen)	Januar 1958
Geburt und Tod 1957/Die Opfer der Straßenverkehrsunfälle 1957/ Die Bevölkerung im Januar 1958 (Nr. 23 der Informationen)	Februar 1958
Die Düsseldorfer Bevölkerung 1958 (Nr. 30 der Informationen)	Dezember 1958
Die Wanderungsbewegung zwischen Düsseldorf und dem Regierungsbezirk im Jahre 1958 (Nr. 36 der Informationen)	April 1959
Zur Entwicklung der Einwohnerzahl der Stadt Düsseldorf (Nr. 47 der Informationen)	Mai 1960
Das Stadtgebiet Düsseldorf nach Größe, Nutzung und Einwohnerdichte (Nr. 49 der Informationen)	Juni 1960
1. Einwohnerzahlen der Stadtteile 1939/1961; 2. Zur bezirklichen Neugliederung des Stadtgebietes (Nr. 60 der Informationen)	März 1961
Die Entwicklung der Wanderungsbewegung von 1958 bis 1960 (Nr. 61 der Informationen)	März 1961
Zur Düsseldorfer Bevölkerungsstatistik 1962 (Nr. 75 der Informationen)	Januar 1963
Die Entwicklung der Wanderungsbewegung zwischen Düsseldorf und dem übrigen Regierungsbezirk (Nr. 81 der Informationen)	Mai 1963
Die Haushaltungen in Düsseldorf nach den Ergebnissen der Volkszählung 1961 (Nr. 82 der Informationen)	Mai 1963
Die Einwohnerzahl der Stadt Düsseldorf und ihrer Bezirke von den Anfängen bis zur Gegenwart (Nr. 86 der Informationen)	September 1963
Die Wohnbevölkerung Düsseldorfs nach Alter, Geschlecht und Konfession (Nr. 87 der Informationen)	November 1963
Die Wohnbevölkerung Düsseldorfs nach ihrem Lebensunterhalt (Nr. 91 der Informationen)	Februar 1964
Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes im Jahre 1963 (Nr. 92 der Informationen)	Februar 1964
Die in Düsseldorf wohnhaften Ausländer (Nr. 99 der Informationen)	April 1964
Die Haushaltungen in Düsseldorf (Nr. 105 der Informationen)	Februar 1965
Zahl der Ausländer in Düsseldorf (Nr. 106 der Informationen)	Februar 1965
Aus der Bevölkerungsbilanz der Stadt Düsseldorf 1964 (Nr. 107 der Informationen)	Februar 1965
Die Ausländer in Düsseldorf 1966 (Nr. 130 der Informationen)	Februar 1967
Zur Entwicklung der Düsseldorfer Einwohnerzahl (Nr. 138 der Informationen)	Februar 1968
Geburten und Geburtenüberschuß in Düsseldorf – Entwicklung seit 1958 (Nr. 147 der Informationen)	Dezember 1969
Die Einwohner von Düsseldorf-Garath im Jahre 1968 (Nr. 149 der Informationen)	Februar 1970
Zur Düsseldorfer Bevölkerungsstatistik 1970 (Nr. 150 der Informationen)	März 1971
Die Einwohner von Düsseldorf-Garath, Befragung Januar 1971 (Sonderveröffentlichung)	April 1971
Die Entwicklung der Düsseldorfer Bevölkerung im ersten Halbjahr 1971 (Nr. 153 der Informationen)	August 1971
Erste Ergebnisse der Volkszählung 1970 für die Landeshauptstadt Düsseldorf (Nr. 159 der Informationen)	November 1971
Die Düsseldorfer Bevölkerung im Jahre 1971 (Nr. 160 der Informationen)	Februar 1972
Erste Düsseldorfer Stadtbezirksergebnisse der Volkszählung 1970 (Nr. 163 der Informationen)	April 1972
Die Einwohner in Düsseldorf 1970 – 1980 (Heft 20 der Beiträge)	Juli 1972
Die Düsseldorfer Ein- und Auspendler – Erste Ergebnisse der Volkszählung 1970 über die Pendelwanderung (Nr. 167 der Informationen)	September 1972
Die Düsseldorfer Bevölkerung im Jahre 1972 (Nr. 170 der Informationen)	Mai 1973
Prognose der Erwerbspersonen in Düsseldorf 1970-1985 (Nr. 171 der Informationen)	Juli 1973
Die Düsseldorfer Pendler nach Stadtteilen (Nr. 176 der Informationen)	April 1974
Einwohnerentwicklung in Düsseldorf und Umland 1970-1973 (Nr. 177 der Informationen)	Mai 1974
Pendlerverflechtungen im Raum Düsseldorf-Neuss (Nr. 179 der Informationen)	Juli 1974
Die Pendelwanderung in Düsseldorf nach Stadtteilen sowie Auspendler der Umlandgemeinden – Stand 27. Mai 1970 – (Sonderveröffentlichung)	Juli 1974
Die Düsseldorfer Bevölkerungsprognose und tatsächliche Entwicklung 1970-1974 (Nr. 181 der Informationen)	August 1974

Die Bevölkerung im Jahre 1973 im Vergleich zu den beiden Vorjahren (Nr. 182 der Informationen)	Herausgabe: August 1974
Landeshauptstadt Düsseldorf 31. Dezember 1974 bis 1. Januar 1975 – Ein Vergleich – (Nr. 186 der Informationen)	September 1975
75 Jahre Statistisches Amt der Stadt Düsseldorf (1900-1975) (Heft 23 der Beiträge)	November 1975
Vorausschätzung der Einwohnerzahl in Düsseldorf und in den 10 Düsseldorfer Stadtbezirken bis 1990 (Nr. 187 der Informationen)	März 1976
Die Geburtenentwicklung in Düsseldorf – Rückblick und Vorausschau – (Nr. 188 der Informationen)	Januar 1977
Erwerbspersonen in Düsseldorf und Umland – Entwicklung 1970 – 1975 – (Nr. 190 der Informationen)	August 1977
Prognose der Erwerbspersonen in der Region Düsseldorf bis 1990 (Nr. 192 der Informationen)	April 1978
„Stadtflucht“ aus Düsseldorf (Nr. 199 der Informationen)	Mai 1980
Einwohnerprognose 2000 – Vorausberechnung der Düsseldorfer Wohnbevölkerung bis zum Jahr 2000 (Heft 30 der Beiträge)	Dezember 1983
Die ausländischen Einwohner der Stadt Düsseldorf (Heft 34 der Beiträge)	April 1987
Erste Ergebnisse der Volkszählung 1987 in Düsseldorf (Nr. 226 der Informationen)	Dezember 1988
Volkszählung 1987 – Stadteilergebnisse – (Nr. 234 der Informationen)	September 1989
Gerichtliche Ehelösungen	
Gerichtliche Ehelösungen in Düsseldorf (Nr. 12 der Informationen)	Mai 1957
Die gerichtlichen Ehelösungen in Düsseldorf (Nr. 40 der Informationen)	Oktober 1959
Die gerichtlichen Ehelösungen in Düsseldorf in den letzten 5 Jahren (Nr. 85 der Informationen)	August 1963
Ehescheidungen in Düsseldorf (Nr. 173 der Informationen)	November 1973
Gesundheits- und Sozialwesen	
Bereinigte Häufigkeiten von Krebs als Todesursache (Heft 13 der Beiträge)	September 1954
Ergebnisse der schulärztlichen Untersuchungen der Schulanfänger 1964 (Nr. 111 der Informationen)	Mai 1965
Obdachlose in Düsseldorf (Nr. 166 der Informationen)	September 1972
Krankenhäuser	
19 städtische Krankenanstalten im Lichte vergleichender Finanzstatistik (Heft 5 der Beiträge)	Oktober 1909
Die Krankenhausversorgung der Düsseldorfer Bevölkerung (Nr. 6 der Informationen)	September 1956
Die Entwicklung der Krankenhausversorgung in Düsseldorf (Nr. 50 der Informationen)	Juni 1960
Sport	
Die Turn- und Sportanlagen in Düsseldorf (Nr. 140 der Informationen)	Mai 1968
Die Nutzung von kulturellen Angeboten, Freizeiteinrichtungen und Sportanlagen in Düsseldorf (Nr. 219 der Informationen)	Juni 1986
Eisenbahnverkehr	
Die Eisenbahnverbindungen Düsseldorfs nach dem Winterfahrplan 1959/60 (Nr. 42 der Informationen)	Dezember 1959
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1954 (Nr. 51 der Informationen)	August 1960
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf 1960 bis 1963 (Nr. 93 der Informationen)	März 1964
Die Ein- und Auspendler Düsseldorfs nach den benutzten Verkehrsmitteln – Ergebnisse der Volkszählung 1961 – (Nr. 98 der Informationen)	April 1964
Auto im Reisezug (Nr. 126 der Informationen)	Dezember 1966
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1963 (Nr. 145 der Informationen)	Oktober 1969
Städtische Häfen	
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1954 (Nr. 51 der Informationen)	August 1960
Die Entwicklung des Güterumschlages und des Schiffsverkehrs in den Düsseldorfer Häfen (Nr. 68 der Informationen)	Februar 1962
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf 1960 bis 1963 (Nr. 93 der Informationen)	März 1964
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1963 (Nr. 145 der Informationen)	Oktober 1969
75 Jahre Statistisches Amt der Stadt Düsseldorf (1900-1975) (Heft 23 der Beiträge)	November 1975
Rheinische Bahngesellschaft AG	
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1954 (Nr. 51 der Informationen)	August 1960
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf 1960 bis 1963 (Nr. 93 der Informationen)	März 1964
Die Ein- und Auspendler Düsseldorfs nach den benutzten Verkehrsmitteln – Ergebnisse der Volkszählung 1961 – (Nr. 98 der Informationen)	April 1964
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1963 (Nr. 145 der Informationen)	Oktober 1969
75 Jahre Statistisches Amt der Stadt Düsseldorf (1900-1975) (Heft 23 der Beiträge)	November 1975
Luftverkehr	
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1954 (Nr. 51 der Informationen)	August 1960
Über den Flugverkehr auf dem Flughafen Düsseldorf (Nr. 77 der Informationen)	März 1963
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf 1960 bis 1963 (Nr. 93 der Informationen)	März 1964
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1963 (Nr. 145 der Informationen)	Oktober 1969
75 Jahre Statistisches Amt der Stadt Düsseldorf (1900-1975) (Heft 23 der Beiträge)	November 1975
Straßenverkehr	
Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes (Nr. 29 der Informationen)	November 1958
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1954 (Nr. 51 der Informationen)	August 1960
Der Kraftfahrzeugverkehr über die Düsseldorfer Rheinbrücken (Nr. 54 der Informationen)	Oktober 1960

Kraftfahrzeugbestand in Düsseldorf – ohne Kfz der Bundesbahn und Bundespost – (Nr. 55 der Informationen)	Herausgabe: Oktober 1960
Der Kraftfahrzeugverkehr über die Düsseldorfer Rheinbrücken (Nr. 84 der Informationen)	August 1963
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf 1960 bis 1963 (Nr. 93 der Informationen)	März 1964
Die Ein- und Auspendler Düsseldorfs nach den benutzten Verkehrsmitteln – Ergebnisse der Volkszählung 1961 – (Nr. 98 der Informationen)	April 1964
Der täglich in das Stadtgebiet Düsseldorf und in bestimmte Gebiete der Innenstadt einströmende Kraftfahrzeugverkehr (Nr. 113 der Informationen)	Juli 1965
Über das Düsseldorfer Straßennetz (Nr. 123 der Informationen)	September 1966
Wie viele Kraftfahrzeuge können in Düsseldorf parken? (Nr. 124 der Informationen)	November 1966
Der in das Stadtgebiet Düsseldorf und in bestimmte Gebiete der Innenstadt einströmende Kraftfahrzeugverkehr (Nr. 139 der Informationen)	April 1968
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1963 (Nr. 145 der Informationen)	Oktober 1969
Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Düsseldorf seit 1928 (Nr. 155 der Informationen)	September 1971
Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Düsseldorf (Nr. 178 der Informationen)	Juni 1974
75 Jahre Statistisches Amt der Stadt Düsseldorf (1900-1975) (Heft 23 der Beiträge)	November 1975

Straßenverkehrsunfälle

Über den Aussagewert der Straßenverkehrsunfallstatistik, unter besonderer Berücksichtigung der jahreszeitlichen Schwankungen (Heft 12 der Beiträge)	November 1950
Straßenverkehrsunfälle in Düsseldorf (Nr. 4 der Informationen)	März 1956
Straßenverkehrsunfälle in Düsseldorf (Nr. 21 der Informationen)	Februar 1958
Geburt und Tod 1957/Die Opfer der Straßenverkehrsunfälle 1957/Die Bevölkerung im Januar 1958 (Nr. 23 der Informationen)	Februar 1958
Straßenverkehrsunfälle und Unfallopfer in Düsseldorf 1958 (Nr. 32 der Informationen)	Januar 1959
Bilanz der Straßenverkehrsunfälle 1959 in Düsseldorf (Nr. 44 der Informationen)	Januar 1960
Straßenverkehrsunfälle in Düsseldorf (Nr. 57 der Informationen)	Januar 1961
Die Straßenverkehrsunfälle in den letzten 3 Jahren (Nr. 66 der Informationen)	Januar 1962
Die Beteiligung der Fußgänger an Straßenverkehrsunfällen in Düsseldorf, bei denen Personen in Schaden kamen (Nr. 100 der Informationen)	Juni 1964
Gemeinsam mit der Kreispolizeibehörde Düsseldorf bearbeitete Sondernummern der „Statistischen Informationen“: Straßenverkehrsunfälle in Düsseldorf und polizeiliche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung	Februar 1965
Straßenverkehrsunfälle in Düsseldorf und polizeiliche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung	Februar 1966
Über die alkoholbedingten Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden (Nr. 117 der Informationen)	Februar 1966
Alkoholeinwirkung als Ursache von Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden (Nr. 128 der Informationen)	Januar 1967
75 Jahre Statistisches Amt der Stadt Düsseldorf (1900-1975) (Heft 23 der Beiträge)	November 1975
Alterspezifische Unfallursachen und -risiken im Straßenverkehr (Nr. 209 der Informationen)	Dezember 1983

Fremdenverkehr

Fremdenverkehr 1955 (Nr. 2 der Informationen)	Januar 1956
Düsseldorfer Fremdenverkehr 1957 (Nr. 24 der Informationen)	März 1958
Düsseldorfs Fremdenverkehr 1958 (Nr. 33 der Informationen)	Januar 1959
Düsseldorfer Fremdenverkehr 1961 (Nr. 67 der Informationen)	Januar 1962
Düsseldorfs Fremdenverkehr 1965 (Nr. 116 der Informationen)	Januar 1966
Das Beherbergungsgewerbe in Düsseldorf (Nr. 183 der Informationen)	Februar 1975
75 Jahre Statistisches Amt der Stadt Düsseldorf (1900-1975) (Heft 23 der Beiträge)	November 1975

Wirtschaft und Sozialprodukt

Von der Düsseldorfer Wirtschaft und ihren Beziehungen zur deutschen Volkswirtschaft (Heft 10 der Beiträge)	November 1927
Das Sozialprodukt der Stadt Düsseldorf (Nr. 104 der Informationen)	Januar 1965
Das Sozialprodukt der Stadt Düsseldorf (Nr. 127 der Informationen)	Dezember 1966
Das Düsseldorfer Sozialprodukt 1964-1966 (Nr. 135 der Informationen)	September 1967
Das Düsseldorfer Bruttoinlandsprodukt („Sozialprodukt“) 1964-1967 (Nr. 141 der Informationen)	Januar 1969
Das Düsseldorfer Bruttoinlandsprodukt 1967-1969 (Nr. 152 der Informationen)	April 1971
Die regionale Verteilung der Arbeitsstätten und der Arbeitsplätze in Düsseldorf (Nr. 164 der Informationen)	Juni 1972
Düsseldorf und sein Umland – Arbeitsstätten und Beschäftigte – (Nr. 165 der Informationen)	August 1972
Die Struktur der Düsseldorfer Wirtschaft unter Berücksichtigung der Ergebnisse der letzten Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970 (Heft 22 der Beiträge)	März 1973
Prognose der Erwerbspersonen in Düsseldorf 1970-1985 (Nr. 171 der Informationen)	Juli 1973
Der Dienstleistungssektor in Düsseldorf – Eine Sonderuntersuchung zur Arbeitsstättenzählung 1970 – (Nr. 172 der Informationen)	Juli 1973
Die Produktivität der Düsseldorfer Wirtschaft und das Einkommensniveau in der Landeshauptstadt (Nr. 189 der Informationen)	Juli 1977
Erwerbspersonen in Düsseldorf und Umland – Entwicklung 1970-1975 – Nr. 190 der Informationen)	August 1977
Das Arbeitsplatzangebot in Düsseldorf – erste Ergebnisse der neuen Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit – (Nr. 191 der Informationen)	Oktober 1977
Prognose der Erwerbspersonen in der Region Düsseldorf bis 1990 (Nr. 192 der Informationen)	April 1978
Investitionen auf dem Bausektor in Düsseldorf 1973-1977 (Nr. 193 der Informationen)	August 1978
Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt in der Region Düsseldorf (Nr. 194 der Informationen)	Januar 1979

	Herausgabe:
Arbeitsplätze und Wirtschaftsstruktur in Düsseldorf – Entwicklung während der siebziger Jahre (Nr. 200 der Informationen)	September 1980
Strukturen und Entwicklungen im Düsseldorfer Handel und Gastgewerbe – Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1979 (Nr. 204 der Informationen)	Januar 1982
Die Düsseldorfer Land- und Forstwirtschaft – Eine aktuelle Analyse – (Nr. 206 der Informationen)	Januar 1983
Heft 29 Zur Situation der Düsseldorfer Haushalte mit Wohngeldanspruch – Haushaltsstruktur, Einkünfte, Mieten und Wohnsituation der Antragsteller 1980	November 1983
Die wirtschaftliche Bedeutung von Handel und Gastgewerbe in Düsseldorf (Nr. 224 der Informationen)	Dezember 1987
Erste Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 in Düsseldorf (Nr. 227 der Informationen)	Januar 1989
Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Düsseldorfer Stadtteilen (Nr. 230 der Informationen)	Juni 1989
Preise und Lebenshaltungskosten	
Lebenshaltungskosten und Preise (Nr. 34 der Informationen)	Februar 1959
Die Entwicklung von Lebenshaltungskosten und Preisen (Nr. 80 der Informationen)	April 1963
75 Jahre Statistisches Amt der Stadt Düsseldorf (1900-1975) (Heft 23 der Beiträge)	November 1975
Investitionen auf dem Bausektor in Düsseldorf 1973-1977 (Nr. 193 der Informationen)	August 1978
Industrie, Bauhauptgewerbe, Handwerk	
Industrie und Handelsgewerbe in Düsseldorf nach der Betriebszählung vom 12. Juni 1907 (Nr. 3 der Beiträge)	März 1908
Über die Düsseldorfer Industrie (Nr. 11 der Informationen)	April 1957
Das Handwerk in Düsseldorf (Nr. 18 der Informationen)	November 1957
Die Industrie von 1951 bis 1958 (Nr. 37 der Informationen)	Mai 1959
Die Gewerbebetriebe im Stadtkreis Düsseldorf und ihre räumliche Verteilung (Nr. 45 der Informationen)	Februar 1960
Die Industrie in Düsseldorf von 1951 bis 1961 (Nr. 71 der Informationen)	Oktober 1962
Das Bauhauptgewerbe in Düsseldorf (Nr. 89 der Informationen)	Dezember 1963
Das Handwerk in Düsseldorf (Nr. 110 der Informationen)	April 1965
Industrie-Investitionen 1965 und 1966 in Düsseldorf (Nr. 142 der Informationen)	Februar 1969
Die Düsseldorfer Industrie 1961-1968 (Nr. 143 der Informationen)	Juni 1969
Struktur und Entwicklung des Düsseldorfer Handwerks – Ein Vergleich des Jahres 1970 mit 1960 – (Nr. 154 der Informationen)	August 1971
75 Jahre Statistisches Amt der Stadt Düsseldorf (1900-1975) (Heft 23 der Beiträge)	November 1975
Investitionen auf dem Bausektor in Düsseldorf 1973-1977 – (Nr. 193 der Informationen)	August 1978
Die Handwerksunternehmen in Düsseldorf – Struktur und Entwicklung des Handwerks in Düsseldorf – Ergebnisse der Handwerkszählung 1977 – (Heft 27 der Beiträge)	Januar 1979
Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt in der Region Düsseldorf (Nr. 194 der Informationen)	Januar 1979
Arbeitsmarkt	
Die städtische Arbeitslosenbeschäftigung im Winter 1901/02 in Düsseldorf (Heft 1 der Beiträge)	Oktober 1902
Die Ein- und Auspendler Düsseldorfs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1961 (Nr. 88 der Informationen)	November 1963
Die Stadt Düsseldorf als Arbeitsplatz (Nr. 96 der Informationen)	April 1964
Die Ein- und Auspendler Düsseldorfs nach Wohnsitz- bzw. Zielgemeinden – Ergebnisse der Volkszählung 1961 – (Nr. 97 der Informationen)	April 1964
Die Ein- und Auspendler Düsseldorfs nach den benutzten Verkehrsmitteln – Ergebnisse der Volkszählung 1961 – (Nr. 98 der Informationen)	April 1964
Arbeitsstätten und Beschäftigte in Düsseldorf – Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970 – (Nr. 161 der Informationen)	März 1972
Die regionale Verteilung der Arbeitsstätten und der Arbeitsplätze in Düsseldorf – Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970 nach Stadtbezirken im Vergleich zu 1961 – (Nr. 164 der Informationen)	Juni 1972
Düsseldorf und sein Umland, Arbeitsstätten und Beschäftigte - Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970 – (Nr. 165 der Informationen)	August 1972
Die Düsseldorfer Ein- und Auspendler – Ergebnisse der Volkszählung 1970 – (Nr. 167 der Informationen)	September 1972
Prognose der Erwerbspersonen in Düsseldorf 1970-1985 (Nr. 171 der Informationen)	Juli 1973
Der Dienstleistungssektor in Düsseldorf – Eine Sonderuntersuchung zur Arbeitsstättenzählung 1970 – (Nr. 172 der Informationen)	Juli 1973
Die Düsseldorfer Pendler nach Stadtteilen (Nr. 176 der Informationen)	April 1974
Pendlerverflechtungen im Raum Düsseldorf-Neuss (Nr. 179 der Informationen)	Juli 1974
Die Pendlerwanderung in Düsseldorf nach Stadtteilen sowie Auspendler der Umlandgemeinden – Stand 27. Mai 1970 (Sonderveröffentlichung)	Juli 1974
75 Jahre Statistisches Amt der Stadt Düsseldorf (1900-1975) (Heft 23 der Beiträge)	November 1975
Erwerbspersonen in Düsseldorf und Umland – Entwicklung 1970-1975 – (Nr. 190 der Informationen)	August 1977
Das Arbeitsplatzangebot in Düsseldorf – erste Ergebnisse der neuen Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit – (Nr. 191 der Informationen)	Oktober 1977
Prognose der Erwerbspersonen in der Region Düsseldorf bis 1990 (Nr. 192 der Informationen)	April 1978
Arbeitsplätze und Wirtschaftsstruktur in Düsseldorf – Entwicklung während der siebziger Jahre – (Nr. 200 der Informationen)	September 1980
Erste Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 in Düsseldorf (Nr. 227 der Informationen)	Januar 1989
Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Düsseldorfer Stadtteilen (Nr. 230 der Informationen)	Juni 1989
Geld- und Kreditwesen	
Die städtische Sparkasse in Düsseldorf mit Sammelkasse und Alterssparkasse 1850 bis 1908 (Heft 6 der Beiträge)	Oktober 1909

Bau- und Wohnungswesen, Grundbesitz

Die Grundstücks- und Wohnungszählung vom 1. Dezember 1905 (Heft 2 der Beiträge)	Juli 1907
Die Grundbesitz- und Wohnverhältnisse in Düsseldorf und ihre Entwicklung seit 1903 (Heft 8 der Beiträge)	Juli 1912
Die Grundstücks- und Wohnungszählung vom 26. April 1925 (Heft 9 der Beiträge)	April 1926
Die Entwicklung der Wohnraumsituation in Düsseldorf (Nr. 3 der Informationen)	Februar 1956
Der Grundeigentumswechsel im Stadtkreis Düsseldorf von der Währungsreform bis zum Jahresende 1955 (Nr. 5 der Informationen)	Juni 1956
Erste Ergebnisse der Wohnungszählung 1956 für den Stadtkreis Düsseldorf (Nr. 15 der Informationen)	August 1957
Sozialer Wohnungsbau und sonstiger Wohnungsbau in Düsseldorf 1955 und 1956 (Nr. 17 der Informationen)	September 1957
Die Wohnungssituation in Düsseldorf (Heft 15 der Beiträge)	Februar 1958
Wissenswertes über den sozialen Wohnungsbau in Düsseldorf 1955 bis 1957 (Nr. 28 der Informationen)	August 1958
Die Wohnungssituation in Düsseldorf Ende 1958 (Nr. 35 der Informationen)	Februar 1959
Die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaues in Düsseldorf 1955 bis 1959 (Nr. 48 der Informationen)	Juni 1960
Die Wohnsituation in Düsseldorf Ende 1960 – Rechnerisches Wohnungsdefizit und Vergleich mit der Dringlichkeitskartei des Wohnungsamtes – (Nr. 59 der Informationen)	Februar 1961
Sozialer Wohnungsbau in Düsseldorf 1958 bis 1960 (Nr. 62 der Informationen)	Juni 1961
Bewohnte Gebäude und Wohnungen in Düsseldorf (Nr. 76 der Informationen)	Januar 1963
Bewohnte Gebäude und Wohnungen in Düsseldorf (Nr. 79 der Informationen)	April 1963
Der Soziale Wohnungsbau in Düsseldorf in den letzten 5 Jahren (Nr. 83 der Informationen)	Juli 1963
Die Hochbautätigkeit in Düsseldorf seit 1950 (Nr. 95 der Informationen)	April 1964
Wohnungsbau und Wohnungsbestand in Düsseldorf (Nr. 109 der Informationen)	März 1965
Gebäudezugang und -bestand 1964 (Nr. 112 der Informationen)	Mai 1965
Betrachtungen zur Wohnsituation in Düsseldorf (Nr. 119 der Informationen)	April 1966
Wissenswertes über den Sozialen Wohnungsbau in den letzten Jahren (Nr. 120 der Informationen)	April 1966
Bautätigkeit in Düsseldorf – Gewonnene Wohn- bzw. Nutzfläche – (Nr. 121 der Informationen)	Juli 1966
Neues zur Wohnungsstatistik (Nr. 125 der Informationen)	Dezember 1966
Wohnungsbau und Wohnungsbestand in Düsseldorf (Nr. 129 der Informationen)	Februar 1967
Mietwohnungen nach Baualter und Ausstattung und das Mietgefüge in Düsseldorf im September 1965 (Nr. 133 der Informationen)	April 1967
Wohngeld und Wohngeldempfänger in Düsseldorf (Nr. 134 der Informationen)	August 1967
Das Baualter der Wohnungen in Düsseldorf (Nr. 136 der Informationen)	Oktober 1967
Erste vorläufige Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 (Nr. 144 der Informationen)	September 1969
Wohngeld und Wohngeldempfänger in Düsseldorf (Nr. 146 der Informationen)	Dezember 1969
Die Wohnungssituation in Düsseldorf – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 – (Heft 17 der Beiträge)	September 1970
Struktur der Häuser und Haushalte in Düsseldorf nach Baublöcken (Sonderveröffentlichung – 10 Bd.)	November 1970
Wohngeld sichert familiengerechtes Wohnen (Nr. 149 der Informationen)	Februar 1971
Die Wohnungssituation der Ausländer in Düsseldorf – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 (Heft 18 der Beiträge)	März 1971
Junge Familien und ihre Wohnungssituation (Nr. 156 der Informationen)	Oktober 1971
Ältere Mitbürger und ihre Wohnungssituation in Düsseldorf – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 – (Nr. 157 der Informationen)	Oktober 1971
Strukturatlas Teil 1: Häuser, Wohnungen, Haushalte (Sonderveröffentlichung)	Oktober 1971
Kinderreiche Familien und ihre Wohnungssituation in Düsseldorf – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 (Nr. 158 der Informationen)	November 1971
Die Wohnungsmieten in Düsseldorf – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 (Heft 19 der Beiträge)	Februar 1972
Wohnungsbedarf und Wohnungsgemeinde in Düsseldorf – Versuch einer Vorausschau bis 1980 (Nr. 168 der Informationen)	Februar 1973
Die Bautätigkeit in Düsseldorf im Jahre 1972 (Nr. 169 der Informationen)	April 1973
Gebäude- und Wohnungszählung 1968 (Sonderveröffentlichung)	Juli 1973
Der soziale Wohnungsbau in Düsseldorf von 1965 bis 1972 (Nr. 174 der Informationen)	November 1973
Die Bautätigkeit in Düsseldorf im Jahre 1973 (Nr. 175 der Informationen; durch endgültige Ergebnisse überholt)	März 1974
Der Abbruch von Wohngebäuden in Düsseldorf 1963 bis 1973 (Nr. 180 der Informationen)	Juli 1974
Die Entwicklung des Wohnungsbestandes in Düsseldorf (Nr. 184 der Informationen)	Februar 1975
Die Hochbautätigkeit in Düsseldorf im Jahre 1974 (Nr. 185 der Informationen)	Juni 1975
75 Jahre Statistisches Amt der Stadt Düsseldorf (1900-1975) (Heft 23 der Beiträge)	November 1975
Investitionen auf dem Bausektor in Düsseldorf 1973-1977 (Nr. 193 der Informationen)	August 1978
Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt in der Region Düsseldorf (Nr. 194 der Informationen)	Januar 1979
Zur Situation der Düsseldorfer Haushalte mit Wohngeldanspruch – Haushaltsstruktur, Einkünfte, Mieten und Wohnsituation der Antragsteller 1980 (Heft 29 der Beiträge)	November 1983
Zur Entwicklung der Wohnungsmieten in Düsseldorf (Nr. 214 der Informationen)	November 1984
Zur Wohnungssituation in Düsseldorf (Heft 33 der Beiträge)	November 1986
Der Wohnungsmarkt für Haushalte mit geringem Einkommen in Düsseldorf (Nr. 225 der Informationen)	Februar 1987
Erste Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 in Düsseldorf (Nr. 228 der Informationen)	Juni 1989
Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – Stadteilergebnisse – (Nr. 233 der Informationen)	August 1989

Bildung und Unterhaltung

Die allgemeinbildenden Schulen in Düsseldorf 1953 bis 1956 (Nr. 8 der Informationen)	Dezember 1956
Berufsbildende Schulen – Ergebnisse der Erhebung zum 15. November 1956 – (Nr. 10 der Informationen)	März 1957
Lichtspieltheater und deren Besuch in Düsseldorf (Nr. 26 der Informationen)	Juni 1958

Die Schulraumsituation der allgemeinbildenden Schulen in Düsseldorf (Nr. 38 der Informationen)	Herausgabe: August 1959
Kinobesuch und Fernsehen in Düsseldorf seit 1956 (Nr. 46 der Informationen)	Februar 1960
Die künftige Entwicklung der Schülerzahlen in Düsseldorf (Nr. 52 der Informationen)	August 1960
Die Schüler der Berufsschulen in Düsseldorf, Rückblick und Ausblick (Nr. 58 der Informationen)	Januar 1961
Die allgemeinbildenden Schulen in Düsseldorf, Ergebnisse der Erhebung zum 15. Mai 1961 (Nr. 64 der Informationen)	September 1961
Kinos, Theater, Konzerte und Volksbüchereien im Zeichen der Entwicklung des Fernsehens (Nr. 69 der Informationen)	Februar 1962
Die Situation der allgemeinbildenden Schulen (Nr. 72 der Informationen)	November 1962
Der Theater- und Konzertbesuch in Düsseldorf (Nr. 94 der Informationen)	März 1964
Die allgemeinbildenden Schulen in Düsseldorf seit 1946 (Nr. 102 der Informationen)	Oktober 1964
Der Besuch der berufsbildenden Schulen in Düsseldorf (Nr. 103 der Informationen)	November 1964
Die in Düsseldorf wohnhaften Absolventen von Hochschulen (Nr. 114 der Informationen)	September 1965
Übergänge von Volksschülern auf weiterführende Schulen (Nr. 115 der Informationen)	September 1965
Übergang von Volksschülern auf weiterführende Schulen in Düsseldorf (Nr. 122 der Informationen)	August 1966
Kinos, Theater und Konzerte sowie sonstige kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen im Zeichen der Ausbreitung des Fernsehens (Nr. 131 der Informationen)	März 1967
75 Jahre Statistisches Amt der Stadt Düsseldorf (1900-1975) (Heft 23 der Beiträge)	November 1975
Die Nutzung von kulturellen Angeboten, Freizeiteinrichtungen u. Sportanlagen in Düsseldorf (Nr.219 der Informationen)	Juni 1986
Rechts- und Sicherheitswesen	
Gerichtliche Ehelösungen in Düsseldorf (Nr. 12 der Informationen)	Mai 1957
Die gerichtlichen Ehelösungen in Düsseldorf (Nr. 40 der Informationen)	Oktober 1959
Die Kriminalität in Düsseldorf (Nr. 41 der Informationen)	Oktober 1959
Die Diebstähle in Düsseldorf (Nr. 70 der Informationen)	März 1962
Die gerichtlichen Ehelösungen in Düsseldorf in den letzten 5 Jahren (Nr. 85 der Informationen)	August 1963
Die Kriminalität in Düsseldorf (Nr. 108 der Informationen)	März 1965
Düsseldorfer Diebstahlstatistik (Nr. 118 der Informationen)	März 1966
Über die Kriminalität der Ausländer in Düsseldorf (Nr. 132 der Informationen)	März 1967
Ehescheidungen in Düsseldorf (Nr. 173 der Informationen)	November 1973
Finanzstatistik	
19 städtische Krankenanstalten im Lichte vergleichender Finanzstatistik (Nr. 5 der Beiträge)	Oktober 1909
Die Entwicklung der von der Stadt Düsseldorf erhobenen Gebühren sowie sonstigen Abgaben und Entgelte (Heft 16 der Beiträge)	Januar 1962
Wahlen	
Die Struktur der Parteierfolge im Stadtkreis Düsseldorf bei den Bundestagswahlen vom 14. August 1949 (Heft 11 der Beiträge)	November 1949
Vorbericht zur Bundestagswahl am 15. September 1957 (Nr. 13 der Informationen)	Juli 1957
Zur Landtagswahl 1958 (Nr. 22 der Informationen)	Februar 1958
Landtagswahl 1958 in Düsseldorf (Nr. 27 der Informationen)	Juli 1958
Vorbericht zur Bundestagswahl 1961 (Nr. 63 der Informationen)	Juli 1961
Vorbericht zur Landtagswahl 1962 (Sonderreihe Wahlen)	Januar 1962
Die Landtagswahlergebnisse 1962 in Düsseldorf, umgerechnet auf die Kommunalwahlbezirke, aufgegliedert nach Stimmbezirken (Sonderreihe Wahlen)	Juli 1963
Vorbericht zur Bundestagswahl 1965 (Sonderreihe Wahlen)	Dezember 1964
Vorbericht zur Landtagswahl 1966 (Sonderreihe Wahlen)	Dezember 1965
Vorbericht zur Bundestagswahl 1969 (Sonderreihe Wahlen)	Juni 1969
Vorbericht zur Landtagswahl 1970 (Sonderreihe Wahlen)	Februar 1970
Zur bevorstehenden Bundestagswahl 1972 (Sonderreihe Wahlen)	Juli 1972
So wählen Düsseldorfs Männer und Frauen bei der Bundestagswahl 1972 (Sonderreihe Wahlen)	Juni 1973
Zur bevorstehenden Landtags- und Kommunalwahl am 4. Mai 1975 (Sonderreihe Wahlen)	Februar 1975
Zur Kommunalwahl am 4. Mai 1975 (Sonderreihe Wahlen der Informationen)	April 1975
Zur bevorstehenden ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979 (Nr. 195 der Informationen)	April 1979
Zur bevorstehenden Kommunalwahl am 30. September 1979 (Nr. 196 der Informationen)	August 1979
Landtags- und Kommunalwahl in Düsseldorf vom 4. Mai 1975 (Heft 24 der Beiträge)	März 1976
Zur Wahl des Achten Deutschen Bundestages und zur Wahl des Rates der Stadt Düsseldorf am 3. Oktober 1976 (Heft 25 der Beiträge)	August 1976
Die Ergebnisse der Bundes- und Kommunalwahl in Düsseldorf vom 3. Oktober 1976 (Heft 26 der Beiträge)	Februar 1977
Wahlen '79 in Düsseldorf (Heft 28 der Beiträge)	Dezember 1979
Zur Vorbereitung der Landtagswahl am 11. Mai 1980 (Nr. 197 der Informationen)	April 1980
Landtagswahl 1980 in Düsseldorf (Nr. 198 der Informationen)	Mai 1980
Zur Vorbereitung der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 (Nr. 201 der Informationen)	September 1980
Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 in Düsseldorf – Vorläufige Ergebnisse – (Nr. 202 der Informationen)	Oktober 1980
Wahlentscheidungen in Düsseldorf nach Alter und Geschlecht	
– Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik der Bundestagswahl 1980 – (Nr. 203 der Informationen)	Dezember 1980
Zur Vorbereitung der Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983 (Nr. 205 der Informationen)	Januar 1983
Bundestagswahl am 6.3.1983 in Düsseldorf – Vorläufige Ergebnisse – (Nr. 207 der Informationen)	März 1983
Einflüsse von Alter und Geschlecht auf das Wahlverhalten	
– Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 1983 – (Nr. 208 der Informationen)	Mai 1983

Zur 2. Wahl des Europäischen Parlaments am 17. Juni 1984 (Nr. 210 der Informationen)	Herausgabe: Mai 1984
Europawahl am 17. Juni 1984 – Vorläufige Ergebnisse – (Nr. 211 der Informationen)	Juni 1984
Zur Kommunalwahl am 30. September 1984 (Nr. 212 der Informationen)	September 1984
Vorläufige Ergebnisse der Kommunalwahl 1984 (Nr. 213 der Informationen)	Oktober 1984
Wahlen '84 in Düsseldorf – Ergebnisse und Analyse der Europa- und der Kommunalwahl – (Heft 31 der Beiträge)	Dezember 1984
Zur bevorstehenden Landtagswahl am 12. Mai 1985 (Nr. 215 der Informationen)	April 1985
Vorläufige Ergebnisse der Landtagswahl 1985 in Düsseldorf (Nr. 216 der Informationen)	Mai 1985
Die Landtagswahl am 12. Mai 1985 in Düsseldorf – Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik (Nr. 217 der Informationen)	Juni 1985
Zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987 (Nr. 220 der Informationen)	Dezember 1986
Bundestagswahl am 25. Januar 1987 – vorläufige Ergebnisse – (Nr. 221 der Informationen)	Januar 1987
Ergebnisse der Bundestagswahl 1987 nach Alter und Geschlecht – Repräsentative Wahlstatistik – (Nr. 222 der Informationen)	Januar 1987
Wahlergebnisse und soziale Strukturen in Düsseldorf – Eine Rückschau auf die Wahlen seit 1983 anlässlich der Europa- und Kommunalwahl 1989 – (Heft 35 der Beiträge)	Januar 1989
Europawahl am 18. Juni 1989 in Düsseldorf – Vorläufige Ergebnisse – (Nr. 231 der Informationen)	19. Juni 1989
Ergebnisse der Europawahl 1989 nach Alter und Geschlecht (Nr. 232 der Informationen)	Juni 1989
Kommunalwahl am 1. Oktober 1989 in Düsseldorf – Vorläufige Ergebnisse – (Nr. 235 der Informationen)	2. Oktober 1989
Ergebnisse der Ratswahl 1989 nach Alter und Geschlecht (Nr. 236 der Informationen)	Oktober 1989

Sonstige Gebiete

Die Grundstücks- und Wohnungszählung vom 1. Dezember 1905 (Heft 2 der Beiträge)	Juli 1907
Das Statistische Amt der Stadt Düsseldorf 1900 bis 1910 – Ein Jahrzehntbericht – (Heft 7 der Beiträge)	November 1910
Die Grundbesitz- und Wohnungsverhältnisse in Düsseldorf und ihre Entwicklung seit 1903 (Heft 8 der Beiträge)	Juli 1912
Die Grundstücks- und Wohnungszählung vom 26. April 1925 (Heft 9 der Beiträge)	April 1926
Kurze Soziographie Düsseldorfs (Heft 14 der Beiträge)	November 1955
Düsseldorf im Jahre 1956 – Eine statistische Rückschau – (Nr. 9 der Informationen)	Januar 1957
Gaststätten im Stadtkreis Düsseldorf – Stand 31. Mai 1957 – (Nr. 16 der Informationen)	August 1957
Ergebnisse einer Untersuchung über die Alterseinrichtungen in Düsseldorf (Nr. 73 der Informationen)	Dezember 1962
Die Haushaltungen in Düsseldorf nach den Ergebnissen der Volkszählung 1961 (Nr. 82 der Informationen)	Mai 1963
Die Haushaltungen in Düsseldorf (Nr. 105 der Informationen)	Februar 1965
Düsseldorf im Zahlenspiegel 1958 und 1967 bei fast gleicher Einwohnerzahl (Nr. 137 der Informationen)	Februar 1968
Die Führerscheinprüfungen in Düsseldorf 1961 bis 1970 (Nr. 151 der Informationen)	März 1971
Düsseldorf und sein Umland (Nr. 162 der Informationen)	April 1972
Düsseldorf und sein Umland, Arbeitsstätten und Beschäftigte – Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970 – (Nr. 165 der Informationen)	August 1972 Februar 1973
Anwendungsbeispiele aus einem Planungs-Informationssystem (Heft 21 der Beiträge)	
Interkommunaler Vergleich von Ergebnissen aus repräsentativen Bürgerbefragungen in den rheinischen Großstädten Düsseldorf, Duisburg, Köln, und Krefeld (Nr. 218 der Informationen)	April 1986
Volkszählung 1987 (Nr. 223 der Informationen)	April 1987
Lebensbedingungen, Einkaufsverhalten sowie Probleme und Zukunftserwartungen der Düsseldorfer (Nr. 229 der Informationen)	Dezember 1988

Verwaltungsberichte*)

Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt (alte Bezeichnung für den Verwaltungsbericht) je ein Bericht für die Rechnungsjahre 1901, 1902 usw. bis 1913 (jeweils vom 1. April bis 31. März)

Verwaltungsbericht der Stadt Düsseldorf für den Zeitraum vom 1. April 1914 bis 31. März 1919
für den Zeitraum vom 1. April 1919 bis 31. März 1922
für den Zeitraum vom 1. April 1922 bis 31. März 1925
für den Zeitraum vom 1. April 1925 bis 31. März 1928

je 1 Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten in Düsseldorf im Jahre 1928, 1929, 1930, im Rechnungsjahr 1931/32

Verwaltungsbericht der Landeshauptstadt Düsseldorf vom Zeitpunkt der Besetzung der Stadt 1945 bis 31. März 1949
für die Zeit vom 1. April 1949 bis 31. März 1951
für die Zeit vom 1. April 1951 bis 31. März 1953
für die Zeit vom 1. April 1953 bis 31. März 1958
für die Zeit vom 1. April 1958 bis 31. März 1959
für die Zeit vom 1. April 1959 bis 31. Dezember 1960
für die Zeit vom 1. Januar 1961 bis 31. Dezember 1962
für die Zeit vom 1. Januar 1963 bis 31. Dezember 1964
für die Zeit vom 1. Januar 1965 bis 31. Dezember 1967
für die Zeit vom 1. Januar 1968 bis 31. Dezember 1970
für die Zeit vom 1. Januar 1971 bis 31. Dezember 1973
für die Zeit vom 1. Januar 1974 bis 31. Dezember 1976
für die Zeit vom 1. Januar 1977 bis 31. Dezember 1979
für die Zeit vom 1. Januar 1980 bis 31. Dezember 1982
für die Zeit vom 1. Januar 1983 bis 31. Dezember 1985
für die Zeit vom 1. Januar 1986 bis 31. Dezember 1988

*)Nicht vom Amt für Statistik und Wahlen bearbeitete Berichte existieren für einzelne Jahre von 1851 bis 1900.

Zur 7. Wiederwahl des rheinischen Parlaments am 17. Juni 1864 (Nr. 210 der Informationen)	November Mai 1904
Ergebnisse der 27. Juni 1864 – Vorläufige Ergebnisse – (Nr. 211 der Informationen)	Juni 1904
Zur 8. Wiederwahl am 30. September 1864 (Nr. 212 der Informationen)	September
Wahlgesetz zur Wahl der Kommunalräte 1864 (Nr. 213 der Informationen)	Oktober 1904
Wahlgesetz – Düsseldorf – Ergebnisse und Analyse der Stimm- und der Kommunalwahl – (Heft 31 der Beiträge)	Dezember 1904
Zur 9. Wiederwahl der Landtagswahl am 18. Mai 1865 (Nr. 216 der Informationen)	April 1905
Wahlgesetz zur Wahl der Landtagswahl 1865 in Düsseldorf (Nr. 216 der Informationen)	Mai 1905
Die Landtagswahl am 18. Mai 1865 in Düsseldorf – Ergebnisse der repräsentativen Volksabstimm. – (Nr. 217 der Informationen)	Juni 1905
Zur 10. Wiederwahl am 25. Januar 1867 (Nr. 220 der Informationen)	Dezember 1905
Bundestagswahl am 25. Januar 1867 – vorläufige Ergebnisse – (Nr. 221 der Informationen)	Januar 1906
Ergebnisse der Bundesratswahl 1867 nach Alter und Geschlecht – – Repräsentative Wahlweise – (Nr. 222 der Informationen)	Januar 1907
Wahlgesetz und städt. Strukturen in Düsseldorf – Eine Rückschau auf die Wahlen seit 1860 (Heft 32 der Beiträge – mit Kreiswahlrecht 1869 –) (Heft 35 der Beiträge)	Januar 1907
Europawahl am 16. Juni 1890 in Düsseldorf – Vorläufige Ergebnisse – (Nr. 231 der Informationen)	16. Juni 1907
Ergebnisse der Europawahl 1890 nach Alter und Geschlecht (Nr. 232 der Informationen)	Juni 1907
Kommunalwahl am 1. Oktober 1890 in Düsseldorf – Vorläufige Ergebnisse – (Nr. 236 der Informationen)	1. Oktober 1907
Ergebnisse der Europawahl 1890 nach Alter und Geschlecht (Nr. 236 der Informationen)	Oktober 1907
Städte und Gebiete	
Grundbesitz- und Wohnungszählung vom 1. Dezember 1905 (Heft 2 der Beiträge)	Juli 1907
Die städtische Art der Stadt Düsseldorf 1900 bis 1910 – Ein Jahrzehntbericht – (Heft 7 der Beiträge)	November 1907
Die Grundbesitz- und Wohnungswirtschaft in Düsseldorf und ihre Entwicklung seit 1905 (Heft 8 der Beiträge)	Jan 1912
Die Grundbesitz- und Wohnungszählung vom 26. April 1925 (Heft 9 der Beiträge)	April 1924
Stadt Schloßberg Düsseldorf (Heft 14 der Beiträge)	November 1924
Düsseldorf im Jahre 1850 – Eine statistische Rückschau – (Nr. 5 der Informationen)	Januar 1927
Düsseldorf im Stadtbild Düsseldorf – Stand 31. März 1927 – (Nr. 16 der Informationen)	April 1927
Ergebnisse einer Untersuchung über die Altersverhältnisse in Düsseldorf (Nr. 73 der Informationen)	Dezember 1927
Die Feststellungen in Düsseldorf nach den Ergebnissen der Volkszählung 1924 (Nr. 82 der Informationen)	Mai 1928
Die Bevölkerung in Düsseldorf (Nr. 105 der Informationen)	Februar 1929
Zuwachs im Zahlenmaß 1928 und 1927 bei fast gleicher Einwohnerzahl (Nr. 137 der Informationen)	Februar 1929
Die Altersverhältnisse in Düsseldorf 1921 bis 1920 (Nr. 151 der Informationen)	März 1929
Düsseldorf und sein Umland (Nr. 182 der Informationen)	April 1929
Düsseldorf und sein Umland, Arbeitsstellen und Beschäftigte – Ergebnisse der Arbeitsstellenzählung 1920 – (Nr. 196 der Informationen)	August 1929
Anwendungsbispiele für ein planmäßiges Informationssystem (Heft 21 der Beiträge)	Februar 1930
Interkommunaler Vergleich von Ergebnissen aus repräsentativen Bürgerbefragungen in den rheinischen Gebieten Düsseldorf, Dülmen, Köln, und Mülheim (Nr. 218 der Informationen)	April 1930
Verkehrslage 1927 (Nr. 223 der Informationen)	April 1930
Lebensbedingungen, Einkaufsverhalten sowie Probleme und Zukunftserwartungen der Düsseldorfer – (Nr. 229 der Informationen)	Dezember 1930

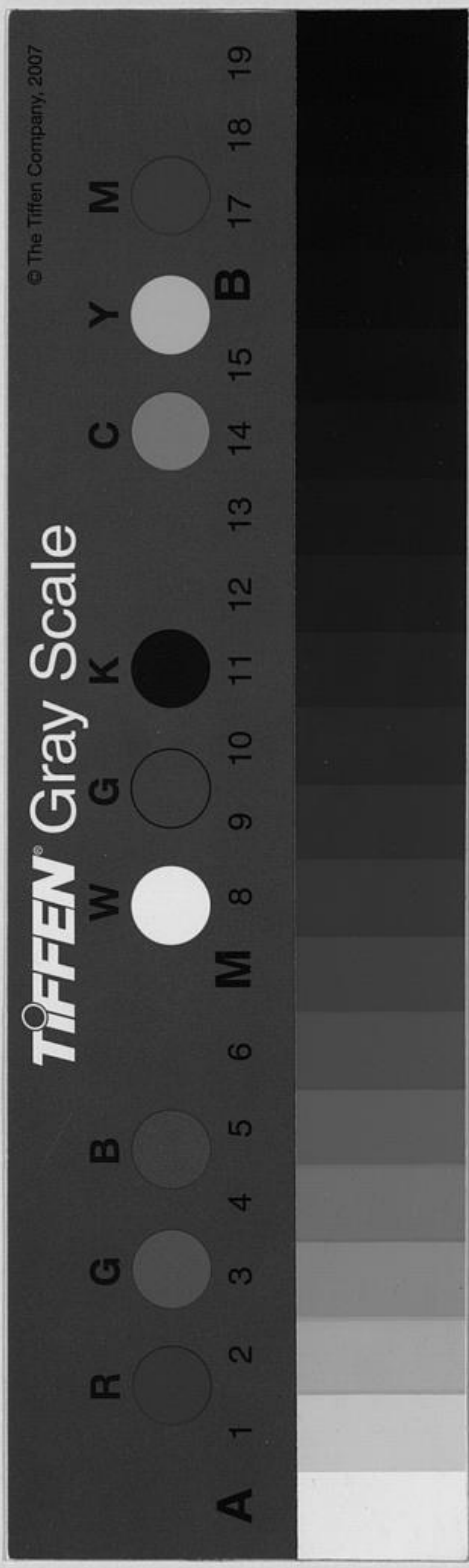
Verwaltungsberichte*)

Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt über den Zeitraum für den Verwaltungsjahr 1862 bis die Rechnungsjahre 1864, 1902 usw. bis 1913 jeweils vom 1. April bis 31. März	
Verwaltungsbericht der Stadt Düsseldorf für den Zeitraum vom 1. April 1914 bis 31. März 1915	
für den Zeitraum vom 1. April 1916 bis 31. März 1917	
für den Zeitraum vom 1. April 1922 bis 31. März 1923	
für den Zeitraum vom 1. April 1925 bis 31. März 1926	

*) Die Geschichte der Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten in Düsseldorf für Jahre 1928, 1929, 1930, in Rechnungsjahren 1927/28

Verwaltungsbericht der Landeshauptstadt Düsseldorf	
vom Zeitpunkt der Besetzung der Stadt 1845 bis 31. März 1846	
für die Zeit vom 1. April 1846 bis 31. März 1851	
für die Zeit vom 1. April 1851 bis 31. März 1853	
für die Zeit vom 1. April 1853 bis 31. März 1858	
für die Zeit vom 1. April 1858 bis 31. März 1859	
für die Zeit vom 1. April 1859 bis 31. Dezember 1860	
für die Zeit vom 1. Januar 1861 bis 31. Dezember 1862	
für die Zeit vom 1. Januar 1863 bis 31. Dezember 1864	
für die Zeit vom 1. Januar 1865 bis 31. Dezember 1867	
für die Zeit vom 1. Januar 1868 bis 31. Dezember 1870	
für die Zeit vom 1. Januar 1871 bis 31. Dezember 1873	
für die Zeit vom 1. Januar 1874 bis 31. Dezember 1875	
für die Zeit vom 1. Januar 1877 bis 31. Dezember 1879	
für die Zeit vom 1. Januar 1880 bis 31. Dezember 1882	
für die Zeit vom 1. Januar 1883 bis 31. Dezember 1885	
für die Zeit vom 1. Januar 1886 bis 31. Dezember 1888	

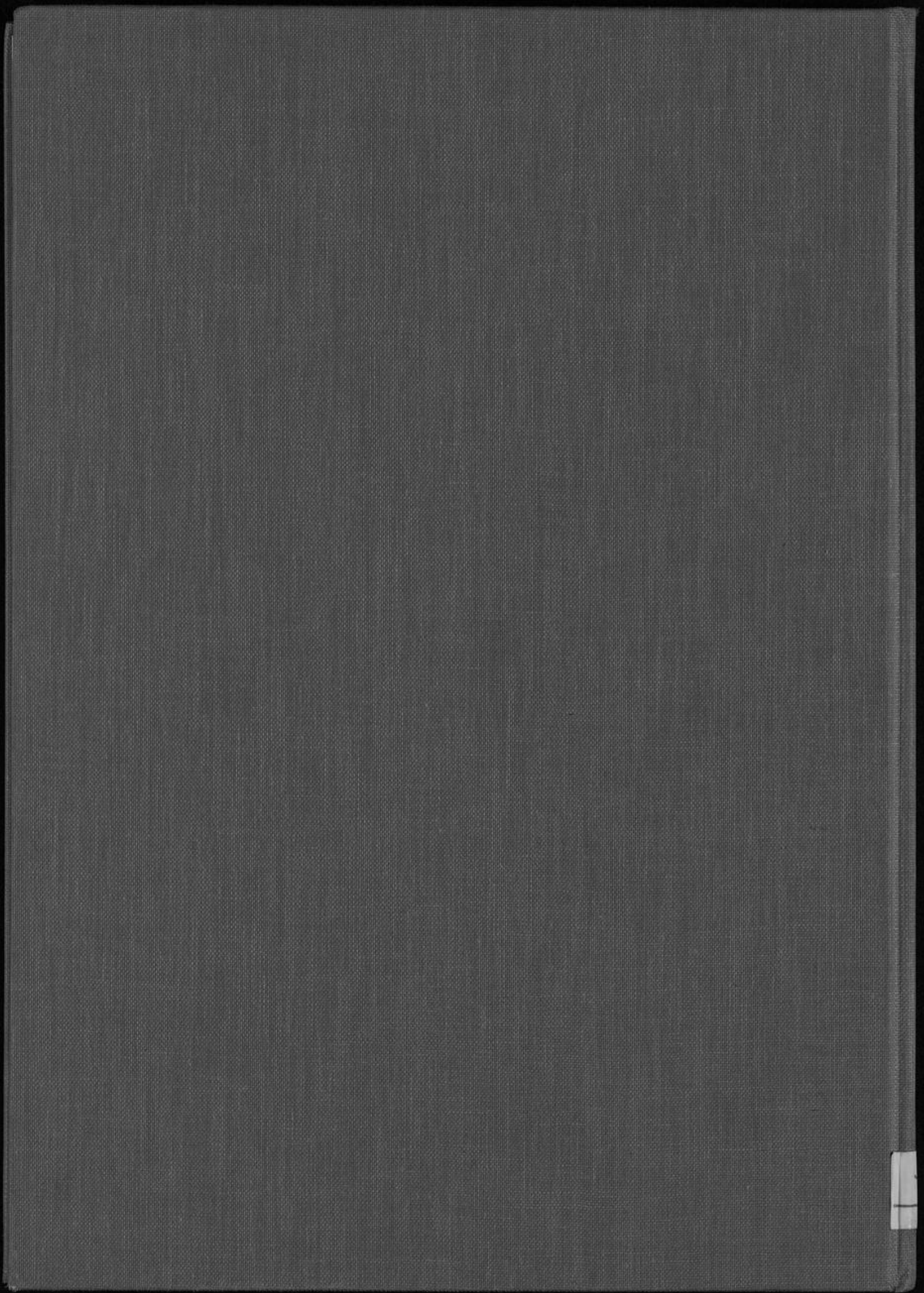
*) Diese Berichte sind in Düsseldorf unter dem Titel: „Verwaltungsberichte der Landeshauptstadt Düsseldorf“ abgedruckt worden. 1984 bis 1986



© The Tiffen Company, 2007

TIFFEN® Gray Scale





Small white label with illegible text.